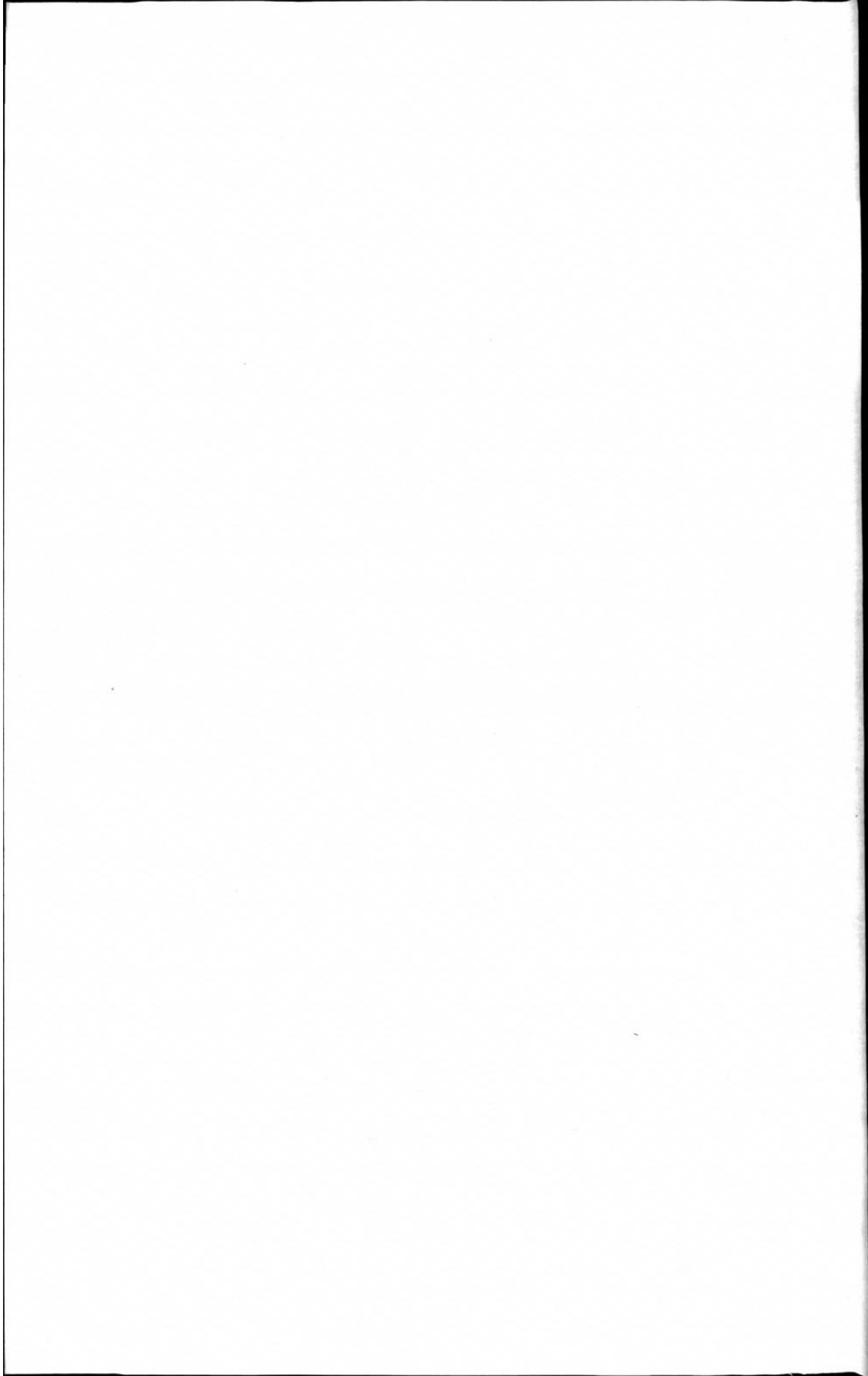

BREMISCHES JAHRBUCH

in Verbindung mit der
Historischen Gesellschaft Bremen
herausgegeben vom

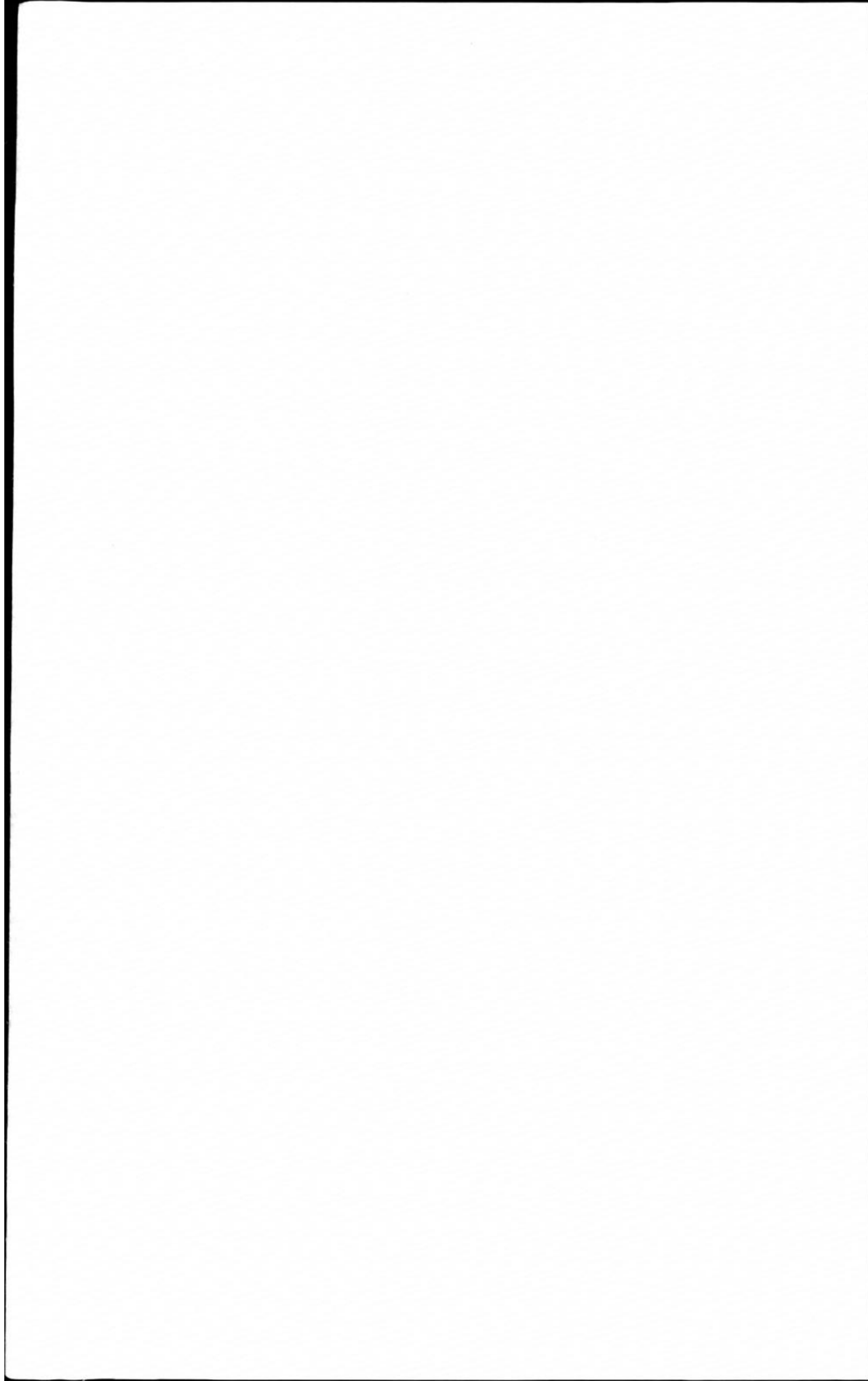
STAATSARCHIV BREMEN



BAND 93 · 2014



BREMISCHES JAHRBUCH · BAND 93 · 2014



BREMISCHES JAHRBUCH

In Verbindung mit der
Historischen Gesellschaft Bremen
herausgegeben vom

STAATSARCHIV BREMEN

BAND 93 · 2014

Selbstverlag des Staatsarchivs Bremen

Das BREMISCHE JAHRBUCH erscheint seit 1863.

REDAKTION:

Konrad Elmshäuser

REDAKTIONSAUSSCHUSS:

Jörn Brinkhus, Brigitta Nimz, Bettina Schleier

Die Redaktion bittet, Zuschriften, Manuskripte und Rezensionsexemplare an das Staatsarchiv Bremen, Am Staatsarchiv 1, 28203 Bremen, zu richten.

Sie finden Band 1 – 90 des Bremischen Jahrbuchs vollständig im Internet unter:
<http://brema.suub.uni-bremen.de>

Anmeldungen zur Mitgliedschaft in der
Historischen Gesellschaft Bremen,
die zum freien Bezug des Jahrbuchs berechtigt, nimmt
die Geschäftsstelle unter derselben Adresse und über
info@historische-bremen.de gerne entgegen.
Der Jahresbeitrag für Einzelmitglieder beträgt 25,- Euro.

Die Historische Gesellschaft Bremen dankt der Sparkasse Bremen
für die Gewährung großzügiger finanzieller Unterstützung
zum Druck des Bremischen Jahrbuchs.

Satz: taips. Bremen
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier von
Geffken & Köllner, Bremen

ISSN 0341-9622 ISBN 978-3-925729-74-4

Inhalt

Titelbild und Erläuterung

Bremer Plakatkunst im Ersten Weltkrieg Von Konrad Elmshäuser	9
---	---

Aufsätze

Die einstige Marienkapelle im St. Petri Dom – Zur Geschichte einer Bremer Pilgerstätte Von <i>Ingrid Weibezahn</i>	26
Ein reisender Musikant in Bremen – Untersuchungen zu einem französischen Reisebericht des späten 17. Jahrhunderts Von <i>Moritz Burgmann</i>	39
Bürgerliches Selbstverständnis und Naturwissenschaft in einer Hansestadt: Die 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« 1844 in Bremen Von <i>Maria Hermes</i>	71
Kultur und Literatur in Deutschland und Bremen um 1913 Von <i>Gert Sautermeister</i>	105
»Wir sind kein Kriegerverein, aber wir sind auch kein Debattierklub.« Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Bremen und Umgebung 1924 – 1933 Von <i>Ulrich Schröder</i>	121
»Alles, was ich getan habe, hatte das eine Ziel, in der Kirche ein ganzer Nationalsozialist zu sein«. Zur Biographie des Bremer »Landesbischofs« Heinz Weidemann (1895 – 1976) Von <i>Peter Ulrich</i>	157
»Deutschland bleibt unser Heimatland – Europa wird unser Vaterland«. Wilhelm Kaisen und die Bestrebungen zur Einigung Europas in den 1950er Jahren Von <i>Karl-Ludwig Sommer</i>	187

Der Gasometer und das »Zigeunerlager Warturm«. Ein Gemälde von Franz Radziwill als Quelle der bremischen Stadtgeschichte und ihr historischer Kontext

Von *Jörn Brinkhus* 205

Die Bremer Bibliothekartage 1954 und 1977: Themen – Tendenzen – Verpasste Chancen?

Von *Thomas Elsmann* 242

Miszellen

Erweiterte Recherchemöglichkeiten zu Segelschiffen im Staatsarchiv Bremen

Von *Wolfgang Walter* 266

Rezensionen und Hinweise

Baumann, Ludwig und Joa, Norbert: Niemals gegen das Gewissen. Plädoyer des letzten Wehrmachtsdeserteurs (Ulrich Schröder) 270

Behne, Axel und Steimer, Hans Gerhard (Hrsg.): Hermann Allmers. Briefwechsel mit Freunden im Nordwesten (*Thomas Elsmann*) 271

Bickelmann, Hartmut und Peters, Dirk J.: Vierundfünfzigmal Bremerhaven. Miniaturen zur Geschichte von Stadt und Hafen (*Jörn Brinkhus*) ... 272

Böning, Holger und Nagel, Michael: Erster Weltkrieg in Bremen und in der Bremer Presse (*Hartmut Müller*) 273

Brinkhus Jörn: Die Novemberpogrome 1938 im Land Bremen (*Karl-Ludwig Sommer*) 275

Dannhauer, Sören: Deutscher Reishandel 1850–1914. Die zentrale Rolle Bremens und der Familie Rickmers auf einem weltweiten Nahrungsmittelmarkt (*Christian Ostersehlte*) 277

Dolle, Josef (Hrsg.): Niedersächsisches Klosterbuch (*Konrad Elmshäuser*) 278

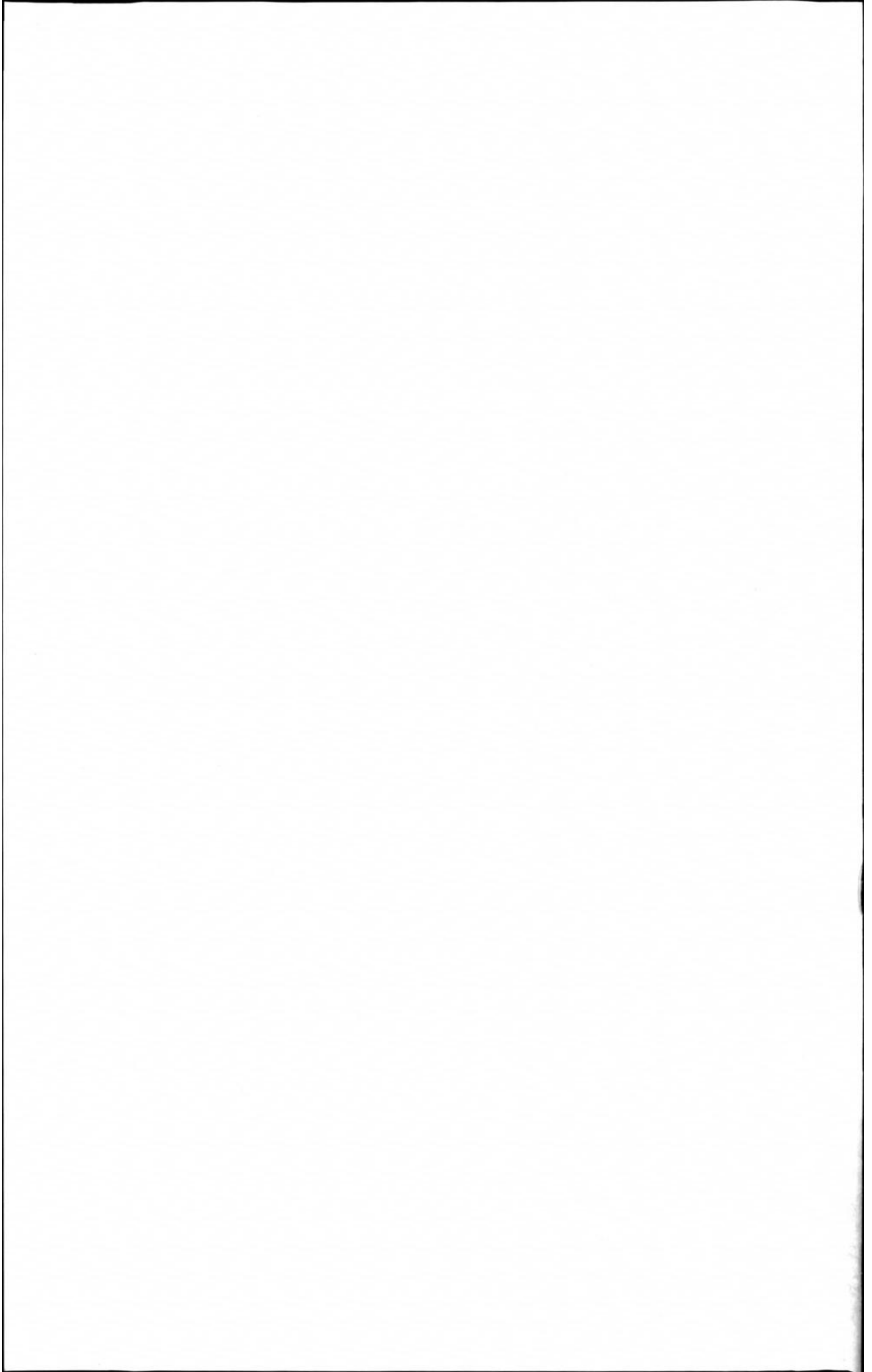
Fischer, Norbert und Pelc, Ortwin (Hrsg.): Flüsse in Norddeutschland (*Christian Ostersehlte*) 280

Focke, Harald: Borgwards Hubschrauber (*Jürgen Tremper*) 281

Handelskammer Bremen (Hrsg.): 475 Jahre Haus Schütting (*Uwe Bölts*) 282

Horn, Sabine u. a.: Protest vor Ort. Die 80er Jahre in Bremen und Göttingen (*Jörn Brinkhus*) 283

Landschaftsverband der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden (Hrsg.): Elbe-Weser-Dreieck. Eine kleine Landeskunde (Konrad Elmshäuser)	285
Lehmensiek, Anning: Juden in Worpswede (Werner Meiners)	286
Meiners, Werner und Obenaus, Herbert (Hrsg.): Juden in Niedersachsen auf dem Weg in die bürgerliche Gesellschaft (Andreas Lennert)	288
Schilling, Ruth: Stadtrepublik und Selbstbehauptung. Venedig, Bremen, Hamburg und Lübeck im 16. und 17. Jahrhundert (Konrad Elmshäuser)	290
Schöck-Quinteros u. a.: Eine Stadt im Krieg. Bremen 1914 – 1918 (Lars Worgull)	292
Scholl, Lars Uwe (Hrsg.): Bremen und der Erste Weltkrieg. Kriegsalltag in der Hansestadt (Hartmut Müller)	294
Schulmuseum Bremen (Hrsg.): Hunger – Demokratie – Rock 'n' Roll. Kindheit und Jugend 1945 bis 1960 (Jürgen Tremper)	296
Thiel, Reinhold: »Weser« Flugzeugbau (Jürgen Tremper)	298
Denkmalpflege in Bremen. H. 11, 2014	299
Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte. Bd. 99, 2013	299
Zeitschrift für Lübeckische Geschichte. Bd. 93, 2013	299
Stader Jahrbuch (Stader Archiv NF). Bd. 103, 2013	300
Oldenburger Jahrbuch. Bd. 113, 2013	300
Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Bd. 85, 2013	300
Hansische Geschichtsblätter. Bd. 131, 2013	301
Deutsches Schifffahrtsarchiv. Bd. 35, 2012	301
Weitere Neuerscheinungen zur bremischen Geschichte und Landeskunde	302
Historische Gesellschaft Bremen	
Jahresbericht 2013	305
Rechnungsbericht 2013	308
Anschriften der Autoren und Rezensenten	310



**KRIEGS-HILFSVEREIN
BREMEN FÜR**

DIE MITGLIEDSCHAFT
ERWIRBT MAN MIT
30 M. EINTRITTSGELD
U. JAHRESBEITRAG
VON 10 M. WER
1000 M.
ODER MEHR
EINZAHLT, WIRD
STIFTENDES
MITGLIED

ANMELDUNG BEI
E. CWEYHAUSEN
BREMEN
WAG-STR.

E.V.

SCHIRWINDT
OSTPREUSSEN

TKOII

Abb. umseitig:

Magda(lene) Koll (1879 – 1962), Bremen 1916.

Aufruf zur Spende und Mitgliedschaft im

Kriegs-Hilfsverein Bremen für Schirwindt Ostpreussen e.V.

90 x 62 cm. StAB 9, P zw. 1914 - 1918 020, FB734-161.

Bremer Plakatkunst im Ersten Weltkrieg

Von Konrad Elmshäuser

Der Krieg im Plakat

Der Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren brachte neben Zerstörung und Umwälzung auch Modernisierungsschübe mit sich: Militärische und soziale Entwicklungen wurden 1914–1918 »in einer ungeheuren Beschleunigung wie in einem Zeitraffer durchschritten« (Herfried Münkler).¹ Vieles unterscheidet daher den Ersten Weltkrieg von vorhergehenden Konflikten. Dies gilt für Strategie und Waffentechnik, aber auch für die sog. »Heimatfront«, die systematisch in die Kriegsführung einbezogen wurde.² Fast alle Lebensbereiche wurden zum Gegenstand kriegsbedingter Planungen und Überlegungen zum Ressourceneinsatz, womit der Krieg in ungekanntem Ausmaß in das Alltagsleben eingriff. Menschen aller Schichten wurden von Notverordnungen und Rationierungen von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern betroffen und die Heimatfront wurde durch Aufrufe zu Sammlungen von kriegswichtigem Material in die Nachschublieferei einbezogen. Hinzu kamen zahllose Appelle an die Großzügigkeit und Opfer- und Spendenbereitschaft zugunsten der »nationalen Sache«. Was mit Aufrufen bezüglich verzichtbarer Luxusgüter (Schmuck- und Goldsammlung) und als Sammlung von sog. »Liebesgaben« für die Frontsoldaten begonnen hatte, wurde bald von einem umfassenden Feldzug im Innern abgelöst, der bald auch auf die Privatvermögen zielte: Vermögende Kreise, aber auch kleinere Einkommen wurden zum Objekt intensiver Appelle, Kriegsanleihen zu zeichnen.

Im weiteren Verlauf des Krieges wurden die Aufrufe und Appelle dann auch zunehmend durch Durchhalteparolen und Propaganda ergänzt. Nun galt es, die Bevölkerung vom Sieg der eigenen Waffen und von der Bedrohung durch die Kriegsgegner zu überzeugen. Die Werbemaschine wandelte sich zur Propagandamaschinerie.³

Der öffentlichen Meinung wurde im Ersten Weltkrieg bereits früh entscheidende Bedeutung für den Erhalt des Kriegswillens zugemessen, dementsprechend versuchten die zivile und militärische Führung, auf die Stimmung in der Bevölkerung Einfluss zu nehmen. Daher wurden systematisch Mittel der

1 Herfried Münkler, *Der große Krieg. Die Welt 1914–1918*, Berlin 2013, hier bes. S. 22 ff. und S. 785 ff.

2 Vgl. zu Bremen Herbert Schwarzwälder, *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen*, Bd. 2, Bremen 1995, S. 617 ff., und neuerdings Eva Schöck-Quinteros u. a. (Hrsg.), *Eine Stadt im Krieg. Bremen 1914–1918*, Bremen 2013, darin eine Vielzahl von Aufsätzen und neueren Untersuchungen zur Heimatfront-Problematik.

3 Klaus-Jürgen Bremm, *Propaganda im Ersten Weltkrieg*, Darmstadt 2013.

modernen Werbung und Propaganda – damals noch verwandt benutzte Begriffe – eingesetzt. Hierbei kamen Druckerzeugnisse von Handzetteln bis hin zu großformatigen Plakaten an Litfaß-Säulen und Hauswänden zum Einsatz. Wo man zunächst einfache behördliche Bekanntmachungen verbreitet hatte, machte man sich nun die Mittel moderner Massenmedien zunutze: Bekannte Grafiker und Künstler entwarfen Postkarten, Broschüren und Plakate. Besonders die Werbeplakate für Kriegsanleihen, die reichsweit geklebt wurden, griffen dabei auf ganz unterschiedliche Stilmittel zurück: Von Motiven des Jugendstils bis zur Heimatbewegung und einer militaristischen Propagandasprache lassen sich vielfältige Anklänge erkennen. Auch hier erweisen sich die vier Kriegsjahre als Brücke in die Moderne.⁴

Auch an Quellen aus Bremen lassen sich die Stationen dieser medialen Entwicklung und Eskalation deutlich nachvollziehen. Der Aufruf des Kaisers zum Kriegsbeginn und das Aufgebot des Landsturms wurden im August 1914 noch als ganz einfache Drucksachen im Stile behördlicher Verkündigungen angefertigt und an Litfaß-Säulen in Stadt und Landgebiet ausgehängt. Schon bald entwarfen aber auch Bremer Künstlerinnen und Künstler Werbeplakate für den Krieg und beteiligten sich an der Kampagne an der Heimatfront.⁵

Trotz hoher Auflagenzahlen haben diese Plakate sich selten oder vielfach nur beschädigt erhalten. Im Original erhaltene Aufrufe und Plakate sind eindringliche Quellen aus einem Krieg, der nicht nur in Deutschland und Bremen, sondern in allen beteiligten Ländern auch um die Köpfe der Menschen geführt wurde.

Künstler in der Kriegswerbung

Die Plakate zur Propaganda für Kriegsmaßnahmen und Anleihewerbung gingen vielfach aus großen Wettbewerben der Reichsbank hervor, die Kunstschaffende aller Stilrichtungen und Altersgruppen ansprachen. Ein Siegerentwurf in einem solchen Wettbewerb war eine Auszeichnung, die auch anerkannte Künstler anspornte – entsprechend groß war die Resonanz. In den späteren Lebensläufen sucht man allerdings Hinweise auf die erfolgreiche Teilnahme z. B. an der Kriegsanleihewerbung meist vergeblich – nach Niederlage und Vermögensvernichtung war dies offenbar keine Empfehlung. Dennoch kann man natürlich fast alle Plakate noch heute ihren mehr oder weniger

4 Vgl. hierzu Steffen Bruendel, *Vor-Bilder des Durchhaltens. Die deutsche Kriegsanleihe-Werbung 1917/18*, in: Arnd Bauerkämper und Elise Julien (Hrsg.), *Durchhalten! Krieg und Gesellschaft im Vergleich 1914–1918*, Göttingen 2010, S. 81-108.

5 Das Staatsarchiv Bremen hat anlässlich des Beginns des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren mit einer von Marion Alpert und Konrad Elmshäuser kuratierten Ausstellung von Originalen aus seiner umfangreichen Plakatsammlung vom 28. Juli bis 17. Oktober 2014 diesen besonderen Aspekt des Ersten Weltkrieges thematisiert. Die vorliegenden Ausführungen gelten nur den Bremer Plakatkünstlern, die in dieser Ausstellung gezeigt wurden.

prominenten Erzeugern zuweisen.⁶ Zumeist arbeiteten die erfolgreichen Plakatkünstler in Berlin oder an den Standorten renommierter Akademien und Kunsthochschulen wie München oder Dresden. Bremen war im Ersten Weltkrieg hingegen zwar eine wichtige Handels-, Industrie- und Hafenstadt, aber kein Zentrum der Plakat- und Reklamekunst. Dennoch wurden auch hier Plakate entworfen, die sich mit den national erfolgreichen Motiven der oben erwähnten großen Plakatkünstler messen konnten. Hergestellt wurden diese Plakate in örtlichen Bremer Druckereien wie Hauschild und Jöntzen. Einige dieser Werke lokaler Künstler haben sich in der Plakatsammlung des Staatsarchivs Bremen erhaltenen. Sie sollen hier vorgestellt werden.

Zu den Bremer Künstlerinnen und Künstlern sei vorweggenommen, dass in Bremen die besten und eindrucksvollsten Arbeiten von einer Frau stammen: Magdalene, gen. Magda Koll (1879–1962), arbeitete als Grafikerin und Reklamezeichnerin in Hamburg, München und Bremen.⁷ Ihre Werke zählen zu den besten Arbeiten, die in Bremen aus dem Ersten Weltkrieg überliefert sind. Eine große Karriere blieb ihr dennoch versagt, sie starb in bescheidenen Verhältnissen als Zeichenlehrerin – ein für Frauen nicht untypischer Lebenslauf. Nach einer guten und vielfältigen Ausbildung, die durch privat und wirtschaftlich bedingte Unterbrechungen geprägt war, arbeitete die junge Grafikerin ab 1897 als Porträtzeichnerin in Hamburg, um von dort im Jahr 1900 nach Berlin an die Steglitzer Werkstatt und 1903 weiter nach München auf die Künstlerinnen-Akademie zu gehen. Nach Berufsjahren ab 1911 in Hamburg war Magda Koll ab 1913 für Firmen als Reklamezeichnerin tätig. Nach einem Preis bei einem Wettbewerb der Künstlerhilfe, erhielt Magda Koll im letzten Kriegsjahr in Bremen ein Stipendium und nutzte dieses, um wiederum nach München an die Schriftschule zu Prof. Anna Simons zu gehen. Von 1918 bis 1921 war sie Assistentin an der Kunstgewerbeschule München. Nach ihrer Rückkehr nach Bremen im Jahr 1924 war sie noch einige Jahre als Angestellte und später als freie Grafikerin tätig. Ein zweites berufliches Standbein wurde aber die Arbeit als Lehrerin an Berufs- und Handelsschulen sowie dem

6 Bekannt geworden durch seine Kriegsanzleiherwerbung ist vor allem Fritz Erler (1868–1940), Mitbegründer der Zeitschrift »Jugend« (1896) und bei Kriegsbeginn bereits erfolgreicher Kunstgewerbetreibender. Erler war im Ersten Weltkrieg offizieller Militärmaler und schuf mit dem Plakat zur 6. Kriegsanzleihe »Helft uns siegen« (1917) das erste und wichtigste Anleiheplakat – eine Ikone des Ersten Weltkrieges. Auch Louis Oppenheim (1879–1936) war als Gebrauchsgrafiker und angewandter Künstler in der Werbegrafik für bekannte Firmen tätig. Er prägte den »Berliner Poster Stil« und erhielt für seine zahlreichen Anleiheplakate mehrere Auszeichnungen. Lucian Bernhard, geb. Emil Kahn (1883–1972), war ebenso früh erfolgreich als Grafiker, Designer und Typograph, seine Plakatentwürfe prägten den Reklamestil vieler bedeutender Firmen, darunter die Bremer Kaffee HAG. 1923 wurde er erster Professor für Reklamekunst in Berlin, ab 1925 lebte und lehrte er überwiegend in den USA. Vgl. Bruendel, Vor-Bilder (wie Anm. 4), dort auch weiterführende Literatur zur Bildwirkung von Plakaten.

7 Magda Koll, geb. 22. 5. 1879 Hamburg, gest. 11. 2. 1962 Bremen. Vgl. hierzu und zu weiteren Stationen ihrer Vita Irene Jacob, Koll, Magda, in: Hannelore Cyrus u. a. (Hrsg.), Bremer Frauen von A–Z, Bremen 1991, S. 106–109.



Frauenerwerbs- und Ausbildungsverein und der Volkshochschule Bremen.⁸

In einem Zeitungsbeitrag sagte Magda Koll 1936 über sich und ihre Kunst: »Die angewandte Kunst fordert den ganzen Menschen (...) wenn sie Kunst sein soll. Das ist ja gerade das Bemerkenswerte an ihr, dass sich das Schöpferische immer wieder unterordnen muss (...). Das kostet manche Überwindung. Aber eines Tages zeigt sich vielleicht doch, dass wir persönlich da am Stärksten sind, wo wir am meisten von uns selbst aufgeben zu müssen glaubten.«⁹ Magdalene Koll hat während des Ersten Weltkriegs nicht nur Plakate, sondern auch drei Titelseiten sowie einen Innentitel der Zeitschrift NIEDERSACHSEN mit Kriegsthemen geschaffen. Ihre dem Heimatstil verbundenen patriotischen Arbeiten passen gut in diese Zeitschrift für niederdeutsche

Abb. 1: Magda(lene) Koll (1879–1962), Bremen 1917. Spendenaufruf des Zentral-Hilfsausschusses vom Roten Kreuz für den Bau von Bremer Soldatenheimen hinter der Front. 135 x 64 cm. StAB 9,P zw. 1914-1918 020, FB741-656.

8 Ebd.

9 Bremer Zeitung, 21. Juli 1936. Die Kunsthalle Bremen richtete Magda Koll zu ihrem 70. und 80. Geburtstag jeweils eine Ausstellung aus.

Literatur, Kunst und Heimatkunde – sind aber im Vergleich zu ihren Plakatentwürfen eher konventionell gehalten.¹⁰

Auch der Bremer Künstler August Wilhelm Wurthmann (1889 – 1921), von dem im Staatsarchiv Bremen zwei Werbeplakate für die 7. Kriegsanleihe und im Imperial War Museum in London zwei Plakate für Weihnachtsspenden und Haussammlungen für die Bremer Lazarette überliefert sind, starb nicht wohlhabend – aber sehr jung. Ein weiterer Bremer Plakatdruck zur 8. Kriegsanleihe stammt von dem Grafiker Walther Müller, zu dessen Werk hier nichts weiter bekannt ist. Eine Karriere als Künstler und akademischer Lehrer in Bremen hat allein der Bremer Maler und Lehrer an der Kunstgewerbeschule Willy Menz (1890 – 1969) aufzuweisen. Er entwarf 1917 ein Plakat für die erste mit Plakaten beworbene (6.) Kriegsanleihe. Menz wurde später Direktor der Staatlichen Kunstschule Bremen.



Abb. 2: Magda(lene) Koll, (1879 – 1962), Bremen 1917. Werbeplakat zur 6. Kriegsanleihe. 115 x 68 cm. StAB 9,P FB735 - 2,3.

Patriotische Spendenaufrufe

In Deutschland wurden gleich mit Kriegsbeginn durchgreifende Maßnahmen zur Kriegsbewirtschaftung in Kraft gesetzt.¹¹ Sie wurden begleitet von Kampagnen zur Einsparung von Ressourcen, aber auch zu Spenden für die Front und zum karitativen Engagement, denn ab nun standen Front und Heimat in einer Versorgungskonkurrenz. Für die Mobilisierung von Ressourcen und Arbeitskräften wurden daher über die gesamten Kriegsjahre die Anstrengungen kontinuierlich gesteigert. Vor allem zum Kriegsbeginn überwog die überwältigende Bereitschaft zu freiwilligem Einsatz und großzügiger Spende.

10 Niedersachsen, 20. Jg., Nr. 13, 1. 4. 1915 Titel; Nr. 15, 1. 5. 1915 Titel; 21. Jg., Nr. 6, 15. 12. 1915 Titel und Innentitel.

11 Vgl. Hans Peter Ullmann, Kriegswirtschaft, in: Gerhard Hirschfeld u. a. (Hrsg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2003, S. 220 ff.

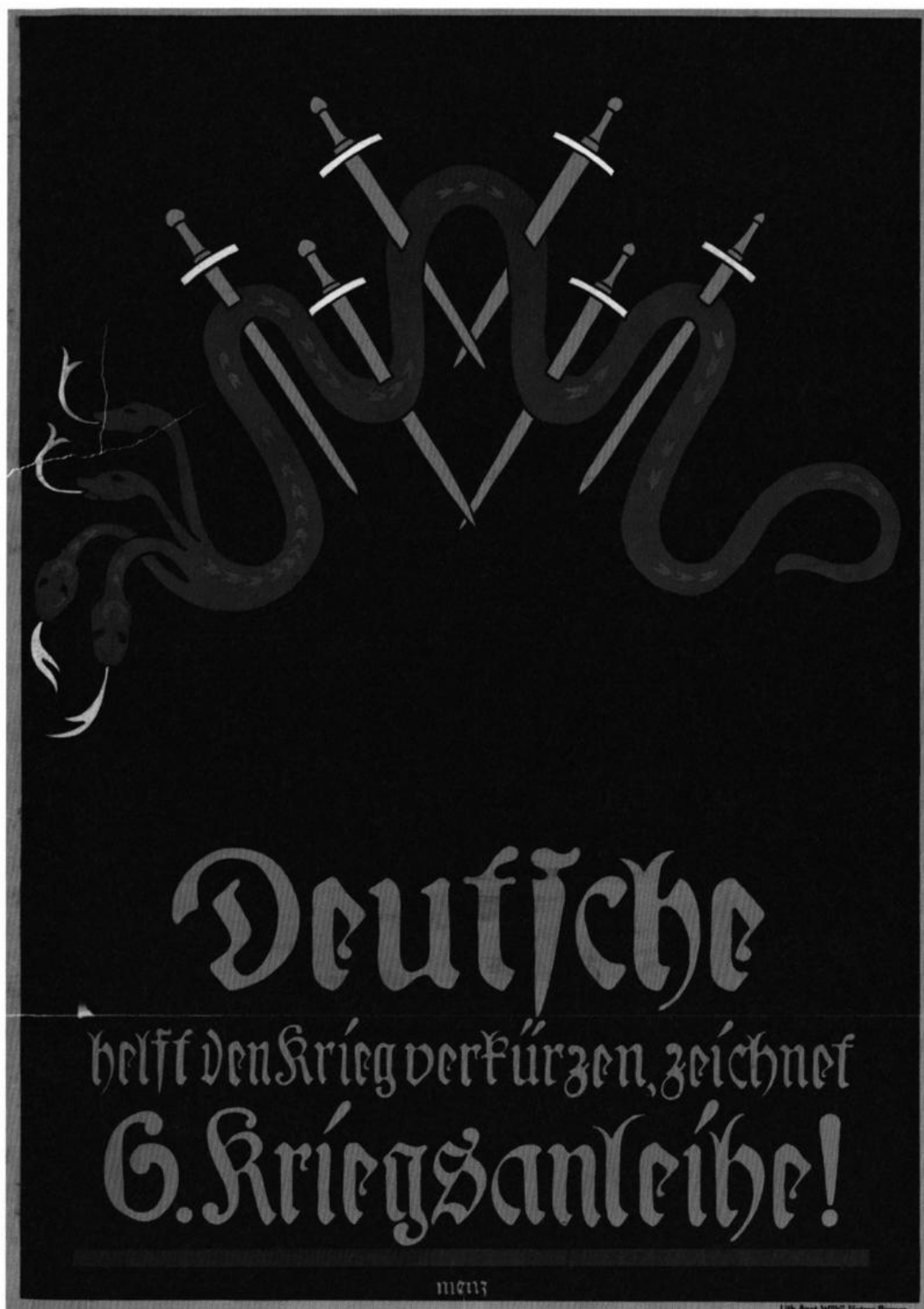


Abb. 3: Willy Menz (1890 – 1969), Bremen 1917. Plakat zur 6. Kriegsanleihe. 99 x 69 cm. StAB 9,P FB734 - 547.

Zunächst wurden auch in Bremen Sammlungen von »Liebesgaben« zugunsten der Frontsoldaten noch traditionell mit Anzeigen und Handzetteln beworben.¹² Bei den reichsweiten Kampagnen zur Sammlung von kriegswichtigen Rohstoffen bediente man sich bald in Anzeigen und Plakaten auch der Werbegrafik. Gleiches galt für die großen karitativen Spendenaufrufe zugunsten der abertausenden Kriegsversehrten, Witwen und Hinterbliebenen. Hier wurde gezielt der Einzelne zum individuellen »Opfer« für die gemeinsame Sache angesprochen.

Die Mittel zur Mobilisierung der Menschen waren außerordentlich vielfältig. Von Edelmetallwochen über Nagelstandbilder wie den Eisernen Roland und Haussammlungen durch Kinder und Jugendliche bis hin zu Wohltätigkeitskonzerten blieb nichts unversucht.¹³ Genutzt haben die Anstrengungen letztlich nichts: In dem als Abnutzungskrieg geführten Wirtschaftskrieg waren die Mittelmächte geostrategisch im Nachteil. Die nationale Propaganda sollte dies später anders sehen: Der Zusammenbruch der Heimatfront wurde als Versagen und »Dolchstoß« ausgelegt.

Das hier als Titelbild abgebildete Plakat des »Kriegshilfsverein Bremen für Schirwindt (Ostpr.) e.V.« (s. Abb. S. 9) stammt hingegen noch aus der ersten Kriegshälfte, als es noch relativ einfach war, mit Appellen an nationale Gefühle im patriotischen Überschwang Menschen für Spenden zu begeistern. Historischer Hintergrund des Plakatentwurfs sind die Gefechte des Jahres 1914 in den ostpreußischen Grenzgebieten, bei denen russische Truppen die Reichsgrenze überschritten hatten und im Zuge der Gefechte auch die Zivilbevölkerung und die Städte und Dörfer Ostpreußens massiv in Mitleidenschaft gezogen wurden. 1914 wurde dabei auch die ostpreußische Kleinstadt Schirwindt verwüstet. In dem Grenzort zum heutigen Litauen – einstmals östlichste Ortschaft und kleinste Stadt des Deutschen Reichs – wurden dabei 114 von 118 Wohnhäusern zerstört.¹⁴ Dass im fernen Bremen bald darauf ein Verein gegründet wurde, der nur dem Wiederaufbau Schirwindts gewidmet war, zu dem Bremen bislang kaum in Beziehung stand, erscheint zunächst verwunderlich, ist aber vor dem Hintergrund der patriotischen Solidarität mit den betroffenen Landstrichen in Ostpreußen zu erklären. Diese waren 1914 die einzigen deutschen Gebiete, in denen nennenswerte Feindbewegungen und Frontereignisse auf Reichsboden stattfanden – entsprechend schnell wurde nach dem für die deutschen Streitkräfte glückhaften Ausgang der Kämpfe um Ostpreußen die Wiederaufbauhilfe zu einer nationalen Angelegenheit, der sich sogar ein Reichsverband annahm. Im Februar 1915 hatte Kaiser Wilhelm II. die Deutschen dazu aufgerufen, in Ostpreußen »neues frisches Leben aus den Ruinen entstehen zu lassen«¹⁵. Diese Formulierung Wilhelms II.

12 Vgl. hierzu für Bremen Larena Schäfer, Bremer Liebesgaben für die Front, in: Schöck-Quinteros, Eine Stadt im Krieg (wie Anm. 1), S. 87-126.

13 Schwarzwälder, Geschichte (wie Anm. 2), S. 614 ff.

14 Schirwindt, Kreis Pillkallen, Reg.-bz. Gumbinnen, Ostpreußen.
<http://www.ostpreussen.net/ostpreussen/orte.Schirwindt>.

15 StAB 3-U.1.a. Nr. 414 /1/ Verhandlungen, betr. Uebernahme der sogenannten Patenschaft für einen ostpreussischen Grenzort (Schirwindt). Der Aufruf erschien

wurde vom in Berlin ansässigen »Verband Deutscher Kriegshilfsvereine für zerstörte ostpreußische Städte – Ostpreußenhilfe« als verpflichtendes »Kaiserwort« fortan zum Leitmotto einer Werbekampagne gemacht, die bald dazu führte, dass sich Städte im ganzen Reich um Patenschaften und Hilfsangebote bemühten. So auch Bremen, wo aber zunächst ein Gesuch des Bürgermeisters der Kleinstadt Schirwindt vom 14. April 1915 um die bremische Patenschaft im Senat zunächst sehr zurückhaltend behandelt und sogar abgelehnt wurde. Als zudem der Hamburger Senat am 8. Mai 1915 in Bremen anfragte, wie man sich dort in der Frage der ostpreußischen Patenschaften verhalten wolle und erkennen ließ, dass man dies in Hamburg eigentlich für eine preußische Angelegenheit halte, einigte man sich darauf, unter Hinweis auf die bereits geleistete Hilfe für Ostpreußen – die allein für Bremen 100.000 Mark betrug – städtische Patenschaften für Bremen, Hamburg und Lübeck abzulehnen. Damit war das Thema aber keineswegs erledigt, denn mittlerweile war es auch im patriotischen Bremer Bürgertum angekommen. Der Bremer Maler und Mäzen Leopold Biermann (1875–1922) rief im August 1915 – wohl durch die nationale Hilfswelle begeistert und vom Verhalten des Senats enttäuscht – in Bremen einen »Kriegshilfsverein Bremen für Schirwindt (Ostpr.) e.V.« ins Leben. Leopold Biermann war als Künstler, Sammler und Mäzen eine zentrale Gestalt im Kulturleben Bremens vor dem Ersten Weltkrieg und geübt in Spendenkampagnen für kulturelle Zwecke.¹⁶ Mit Kriegsbeginn verlagerte er diese Aktivität auf karitativ-nationalpatriotische Gegenstände – wie Marine-Vereinslazarette in Bremen – wofür er hochdekoriert wurde.¹⁷ Sein Kriegshilfsverein für Schirwindt begann 1915 nun ebenfalls, recht erfolgreich private Spenden zu sammeln. Im Oktober 1916 intensivierte der Verein nochmals seine Anstrengungen, so erfolgte im Bremer Rathaus ein Vortrag des für Schirwindt zuständigen preussischen Landrats und zugleich ging der Verein mit Anzeigen in den Bremer Zeitungen an die Öffentlichkeit. Ihnen wurde der Aufruf Wilhelms II. nun sogar als »Gelübde« vorangestellt. Martialisch und auch nach nunmehr zwei blutigen Kriegsjahren unversöhnlich, erinnerte man an die Untaten der »Kosakenheere und Russenhorden« und erklärte, dass man mindestens 500.000 Mark als Grundkapital aus Spenden erwarte, denn »der Wiederaufbau Schirwindts muß ein Ruhmesblatt in Bremens Geschichte werden«.¹⁸ Dass der Aufruf zu dieser »Bremer Ehrensache«

in der Presse, in Broschüren und wurde auch dem Informationsblatt des Kriegshilfsverein Bremen für Schirwindt (Ostpr.) e.V. vorangestellt.

16 Leopold Otto Heinrich Biermann, geb. 8. 8. 1875 Sprengel (Westf.), gest. 9. 9. 1922 München. Zu seiner Person vgl. Wilhelm Lührs, Leopold Otto Heinrich Biermann, in: Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969, S. 42f. Zur Spendenkampagne Biermanns für Schirwindt vgl. auch Wilhelm Lührs, Der Kriegshilfsverein Bremen für Schirwindt (Ostpreußen) e.V., in: 40 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen in Bremen, Bremen 1993, S. 47–52, und ders., Von der Hilfe Bremens für mittel- und ostdeutsche Städte in vergangenen Jahrhunderten, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Breslau IX, 1964, S. 3–30, hier S. 26 ff.

17 Vgl. div. Verleihungsvorgänge in StAB 3-M.2.1.Nr.22, 1916; 3-A.8.Nr.660, 1917; 3-A.8.Nr.660, 1917; 3-A.8.Nr.673, 1917; 3-A.8.Nr.685, 1918.

18 Beilage zur Weser-Zeitung vom 17. Oktober 1916.

vor vielen anderen auch mit der Unterschrift des Präsidenten des Senats Bürgermeister Dr. Barkhausen unterzeichnet war, wird ihm in Bremen zur Akzeptanz verholfen haben, führte aber im Senat zur Verstimmung. Denn der Bürgermeister hatte den Aufruf eben nicht unterzeichnet, wohl um seiner oben skizzierten Linie treu zu bleiben und protestierte daher bei Leopold Biermann. Eine förmliche Entschuldigung Biermanns bügelte das Missverständnis aus, so dass der patriotischen Sache kein weiterer Schaden entstand.¹⁹ Biermanns Verein war im Gegenteil großer Erfolg beschieden, schon im Kriegsjahr 1917 konnte mit Bremer Mitteln der Wiederaufbau in Schirwindt weit vorangebracht werden! Noch im gleichen Jahr wurde Leopold Biermann Ehrenbürger Schirwindts, eine Straße trug dort seinen Namen, das einzige Hotel hieß fortan »Bremer Hof«.²⁰

Zu diesem Erfolg wird nicht wenig das Plakat von Magda Koll beigetragen haben, das in Bremen für die Ostpreußenhilfe warb. In klarer Bildsprache ist es Magda Koll gelungen, ausgehend von dem kaiserlichen »Ruinen-Aufruf« die Hilfsfunktion Bremens mit der Kriegsnot in Ostpreußen zu verbinden. Geschickt bildet bei dem Plakat, das die Gefühle der Bremer ansprechen sollte, kein ostpreußisches, sondern ein bremisches Motiv den Mittelpunkt: Vor einem dunkelblauen Hintergrund steht ein weißer Bremer Roland. Der weiße Ritter wächst aus einem schwarzen Untergrund, den eine Ruinenlandschaft bildet. Durch die starke Betonung des Umhangs und die Blickperspektive von unten steht der Bremer Roland wie eine mittelalterliche Schutzmantelmadonna über den Ruinen und betont zudem mit Schwert und Schild vor dem Schriftzug »BREMEN« die Schutzfunktion der Bremer Initiative.

Dieser Entwurf, der mit kluger Motivwahl und mit zeitgemäßer, reduzierter und klarer Grafik seine Botschaft transportierte, stellt ein höchst gelungenes und modernes Beispiel für die Bremer Plakatkunst im Ersten Weltkrieg dar. Doch nicht immer erreichten die Entwürfe diese künstlerische Qualität. Ein weiteres Spendenplakat von Magda Koll unterstreicht zwar auch ihr Talent – bedient sich aber einer ungleich traditionelleren Bildsprache.

1917 entwarf Magda Koll ein Plakat für einen Spendenaufruf des Zentral-Hilfsausschusses vom Roten Kreuz für den Bau von Bremer Soldatenheimen hinter der Front. (Abb. 1) Soldatenheime dienten der Erholung der Soldaten, sie wurden in der Heimat, aber auch in Frontnähe angelegt und konnten entsprechend dem Herkunftsort der Verbände mit lokalem und auch mit konfessionellem Bezug errichtet werden. Die vier Bremer Heime waren Gegenstand intensiver Werbekampagnen und Spendenaufrufe. In Magda Kolls Werbeplakat geht der Blick von dem goldenen Text über einen schwer bepackten, auf

19 StAB 3-U.1. a.Nr.414/1/. Auszug aus dem Senatsprotokoll vom 17. Oktober 1916 und Schreiben von Leopold Biermann vom 18. Oktober 1916.

20 Die Bremer Aktivitäten für Schirwindt gingen bis 1918 weiter, der Wiederaufbau Schirwindts galt als vorbildlich, vgl. ebd. /20/ Beilage »Der Wiederaufbau Ostpreussens, 1928«. Dem neu erbauten Städtchen sollte aber auf Dauer kein Glück beschieden sein: 1944 wurde es nochmals völlig zerstört und nach dem Krieg nicht wieder aufgebaut. Im Bremer Gete-Viertel erinnert noch heute die 1924 so benannte Schirwindter Straße an die ostpreußische Kleinstadt.

einen Stock gestützten Soldaten in die Weite einer Winterlandschaft. Am Horizont liegt das Soldatenheim »Roland«, das, gekrönt von einer Speckflagge, Geborgenheit verspricht. Auch dieses Plakat spricht wiederum gefühlvoll das Bremer Publikum an und erinnert an zeitgenössische Buchillustrationen im Heimatstil. Dabei romantisiert es ohne Zweifel, denn eigentlich scheint es eher einen Wanderer oder Handwerksburschen zu zeigen als einen Frontsoldaten im dritten Kriegsjahr 1917. Dennoch: Auch dieses Plakat wird den Erfolg der Kampagne sicher befördert haben, denn die vier Bremer Heime wurden termingerecht fertiggestellt. Das Heim »Zum Bremer Roland« wurde im Oktober 1917 an der Westfront errichtet, die drei anderen Bremer Heime an der Ostfront.²¹

Plakate für Kriegsanleihen

Aus dem Jahr 1917 stammt auch das dritte hier vorgestellte Plakat von Magda Koll, das für die 6. Kriegsanleihe wirbt. (Abb. 2) Auf ihm wirkt ein junger Frontsoldat mit Pickelhaube mit Stoffüberzug²² und Laubsträußchen an Uniform und Helm noch ganz wie ein zuversichtlicher Kriegsfreiwilliger aus dem Kriegsbeginn – im Jahr 1917 ein auffälliger Anachronismus und wiederum in der Bildsprache trotz des ernsten und eindringlichen Blicks des jungen Mannes ein weich gezeichnetes, wenn nicht sogar ebenfalls ein romantisierendes Motiv, das zumindest mit der Frontrealität von 1917 nicht mehr viel zu tun hatte. Dennoch oder vielleicht gerade deshalb geht von dem Plakat suggestive Wirkung aus, denn Magda Koll hat den jungen Soldaten ganz auf die Geste der Ansprache mit erhobener Hand und eindringlichem Blick reduziert. Die Bremer Künstlerin hat mit dieser charakteristischen Geste, wohl ohne dies zu wissen, ein Motiv gewählt, das 1917 zeitgleich bei einem Rekrutierungsplakat der US-Armee verwendet wurde: James Montgomery Flagg (1877–1960) entwarf im selben Jahr wie Magda Koll mit seinem Uncle-Sam-Plakat »I want you for U. S. Army« mit der gleichen Geste eine internationale und bis heute vielfach abgewandelte Ikone der Plakatkunst des 20. Jahrhunderts. Flaggs Motiv hatte wiederum ein Rekrutierungsplakat der englischen Armee aus dem Jahr 1914 zum Vorbild.²³

Magda Kolls Plakat zur 6. Kriegsanleihe gehört zu den ganz frühen Stücken dieses wichtigen Genres der Kriegsplakate, eine weitere Verbreitung scheint es aber nicht gefunden zu haben. Er steht in deutlichem Gegensatz zu dem

21 Für das Soldatenheim in Riga erfolgte am 1. 10. 1917 in den Bremer Nachrichten und am 2. 10. 1917 in der Weser-Zeitung ein Aufruf des Bremer Liebesgaben-Ausschusses. Das Heim in Riga wurde bereits am 17. 10. 1917 eröffnet. Auch in Bremen selbst befand sich im »Tivoli« ein Soldatenheim.

22 Der Stoffüberzug diente der Tarnung, 1916 wurden die im Fronteinsatz ungeeigneten Pickelhauben durch den modernen Stahlhelm M16 ersetzt.

23 Flaggs in den USA 1917 erstmals produziertes Bildmotiv geht zurück auf ein Plakat mit einem Motiv des englischen Grafikers Alfred Leete (1882–1933) für die Rekrutierung Freiwilliger zum Einsatz in Frankreich. Sein seit 1914 weit verbreitetes Plakat fand mehrfache Nachahmung und könnte auch Magda Koll bekannt gewesen sein. Es zeigt den britischen Kriegsminister Lord Kitchener, dessen Foto mit der Unterschrift »wants YOU« direkt auf den Betrachter weist.

ersten deutschen Anleiheplakat, das zum Leitstück dieser Gattung werden sollte: Fritz Erlers düster-realistischem Plakat von 1917 mit dem Titel »Helft uns siegen!«, das zum Initialbild der deutschen Anleiheplakate werden sollte.²⁴

Kampagnen für Kriegsanleihen gehörten 1917 bereits zum Kriegsalltag – Anleihen wurden sowohl von den Mittelmächten wie auch der Entente und den USA zur Kriegsfinanzierung eingesetzt.²⁵ Besonders in Deutschland, wo das Reich kaum direkte Steuern einnahm, wurde massiv auf Kriegsanleihen und damit auf Schulden gesetzt, um unpopuläre Steuererhöhungen zu vermeiden: Mit 5 % Garantiezins und angeblich mündelsicher, schienen Anleihen als patriotische Tat und zugleich als sicheres Geschäft – und wurden bei der Reichsbank mit fast 100 Mrd. Reichsmark massenhaft gezeichnet. Noch 1918 erbrachte die 8. Anleihe einen Rekorderlös von 14,6 Mrd. Reichsmark. Die ersten Anleihen waren v. a. in der patriotischen Mittelschicht Selbstläufer. Die Zeichnungsfristen und auch die Ergebnisse wurden in den Zeitungen wie Frontmeldungen bekanntgegeben. Ab 1916 wurden die Anleihen mit einem eigenen Nachrichtenbüro, ab 1917 auch mit Bildmedien beworben, um die Zeichnungsraten zu erhöhen. Dies war die Geburtsstunde des Anleiheplakats, das zum Bildmedium des Krieges schlechthin werden sollte. Fritz Erlers Anleiheplakat »Helft uns siegen!« vom Frühjahr 1917 war nur das erste reichsweite von insgesamt über 160 Plakatmotiven, die zum Druck kommen sollten. Sie verhalfen den Anleihen zwar bis zum Kriegsende zum Erfolg – verbanden aber zugleich weite Teile der Bevölkerung bis in die untere Mittelschicht auf Gedeih und Verderb mit dem Kriegsverlauf. So wurde die Kriegsfinanzierung zu einem Motor des Durchhaltewillens – mit fatalen Folgen: Die Angst vor Verlusten der investierten Vermögenswerte ließ viele Anleihezeichner einen Verhandlungsfrieden fürchten, doch statt mit einem Siegfrieden endete der Krieg mit einer Niederlage. Für die deutschen Anleihezeichner bedeutete dies den Totalverlust, sie erhielten in der Hyperinflation vom Staat allenfalls wertloses Geld zurück.²⁶

In reichsweiten und lokalen Wettbewerben wurde eine Vielzahl von Bildmotiven entworfen und für Anzeigen, Postkarten oder Plakate gedruckt. Die Stilelemente, die dabei Verwendung fanden, waren von Anklängen des Jugendstils bis zum Heimatstil sehr vielschichtig. Die Plakate appellierten mit zunehmend entschlossener Symbolik und Bildsprache an patriotische Gefühle und an das mystische Ideal einer Einheit von Front und Heimat. Negative Zerrbilder des Feindes fehlten in ihnen fast ebenso wie reale Helden – die Anleiheplakate sind vielmehr beeindruckende Bildquellen zum Selbstbild der Deutschen.²⁷

24 Vgl. Bruendel, Vor-Bilder (wie Anm. 4), S. 89 f.; Münkler, Der große Krieg (wie Anm. 1), S. 591.

25 Vgl. hierzu Reinhold Zilch, Kriegsanleihen, in: Hirschfeld, Enzyklopädie Erster Weltkrieg (wie Anm. 10), S. 627f. und ders., Kriegskredite, in: ebd., S. 651 f.

26 Zilch, Kriegsanleihen (wie Anm. 25).

27 Vgl. hierzu Bruendel, Vor-Bilder (wie Anm. 4), und Christian Koch, Bild- und Plakatpropaganda für die deutschen Kriegsanleihen im Ersten Weltkrieg, Norderstedt 2006.

In Bremen entwarfen neben Magda Koll auch der später bekannte Maler Willy Menz sowie die Grafiker August Wilhelm Wurthmann und Walther Müller Anleiheplakate.

Von August Wilhelm Wurthmann (1889–1921), einem im Ersten Weltkrieg noch jungen und bald danach völlig vergessenen Bremer Grafiker und Plakatkünstler, sind Werbeplakate zur 8. Kriegsanleihe und Plakate für Haussammlungen zur Weihnachtsspende 1917 überliefert. Zu seinem Leben und seinem



Werk ist darüber hinaus wenig bekannt.²⁸ Von ihm erhaltene Zeichnungen zeigen expressionistische Landschaftsinszenierungen und farbige Aquarelle.²⁹ Wurthmann scheint beruflich trotz erfolgreicher Produktion von Plakaten für öffentliche Auftraggeber nicht Fuß gefasst zu haben. Ein Atelier oder eine eigene Privat- oder Geschäftsadresse scheint er in Bremen nicht gehabt zu haben.³⁰ Im Jahr 1921 verstarb er in Bremen-Osterholz – wohl im Elternhaus an der Osterholzer Heerstraße.³¹

Wurthmann hat sich in all seinen Entwürfen einer klaren grafischen Bildsprache bedient. Seine Motive zur Kriegsanleihe zeigen zentral eine Person in einer weit ausholenden, dynamischen Bewegung, die Kraft und Entschlossenheit

Abb. 4: August Wilhelm Wurthmann (1889–1921), Bremen 1917. Plakat zur 7. Kriegsanleihe. 87 x 67 cm. StAB 9,P FB 734 - 543.

28 August Wilhelm Wurthmann, geb. 2. 7. 1889 Osterholz, gest. 11. 8. 1921 Osterholz.

29 Bekannt sind eine expressionistische Landschaftsstudie mit einer zentralen Lichterscheinung sowie Blätter mit figürlichen Studien auf Aquarellen, Handzeichnungen und Grafik mit Sammlerstempel der Sammlung Dr. Arnold Blome, Bremen. Angeblich aus dem Nachlass des Künstlers (angeboten unter www.lot-issimo.com/de).

30 Das Bremer Adressbuch weist für ihn keine eigene Adresse aus, wohnhaft war er möglicherweise unter der Adresse der Mutter, Wwe. Wilhelm Wurthmann bzw. eines Bruders (?) Johann W., Landmann, Osterholzer Heerstr. 225, s. u.

31 StAB 4,60/5 - 1705 Personenstand, Sterbefälle Ostholerland, Osterholz 58/1921: Kunstmaler August Wilhelm Wurthmann, 32 Jahre, wohnhaft Osterholzer Heerstr. 225, ledig, 11. 8. 1921 in der Wohnung verstorben.

vermitteln soll. Martialisch oder gar kriegerisch wirken seine Entwürfe kaum, inhaltlich hat er mit dem Zeichnungsauftrag jeweils die Hoffnung auf den Frieden und nicht auf einen Sieg oder die Niederlage der Feinde verbunden. Dies wird im dritten Kriegsjahr den Erwartungen des Publikums durchaus entsprochen haben, das mit Zeichnung der Anleihe eben auch die Hoffnung auf baldigen Frieden verband. Bei genauer Betrachtung der Plakate fällt auf, dass für den Künstler offenbar diese Botschaft und nicht die realistischen Details der Ausführung im Vordergrund standen: Der Mann, der mit aufgerollten Hemdsärmeln mit bloßen Händen große Dornenzweige packt, hat eine auffällig kleine Sichel in der Hand, mit der er den Weg zum Frieden bahnt: »Wer die 7. Kriegs-



Abb. 5: August Wilhelm Wurthmann (1889 – 1921), Bremen 1917. Plakat zur 7. Kriegs-anleihe. 87 x 67 cm. StAB 9,P FB734 - 553.

anleihe zeichnet bahnt den Weg zum Frieden!«³² (Abb. 4) Nicht weniger seltsam in dem zweiten Plakat mit dem Titel »Wir gebrauchen Waffen, um den Frieden zu erkämpfen« das Bajonett, nach dem der Frontsoldat mit Stahlhelm greift: Die offene Klinge wird aus einer geschlossenen Faust gezogen.³³ (Abb. 5)

32 Wurthmanns Plakate sind in mehreren großen deutschen Sammlungen nachgewiesen, so u. a. im Bundesarchiv und im Deutschen Historischen Museum, Berlin. Sein Dornenmotiv findet sich als Abb. bei Bremm, Propaganda (wie Anm. 3), S. 80.

33 Wurthmanns Plakate zu den Weihnachtsgaben 1917 zeigen ebenfalls jeweils zentral eine Person, allerdings unbewegt: Einmal einen verletzten Soldaten mit Verband vor einem Weihnachtsbaum und Gabentisch: »Zur Dezember-Haussammlung spendet eine Sondergabe für die Weihnachtsbescherung in den Bremer Lazaretten«, Druck Wilhelm Jöntzen, Bremen, 947 x 651 mm (Imperial War Museum, London Id-Nr. IWM PST 7603), das andere Motiv zeigt den Umriss eines Soldaten vor einem Nachthimmel über einer Reihe von Menschen (im Zentrum der Kaiser?) und Weihnachtsbäumen: »Ein Kaiser- und Volksdank für Heer und Flotte sollen unsere Weihnachtsgaben 1917 sein«. Druck Wilhelm Jöntzen, Bremen, 1291 x 846 mm (Imperial War Museum, London Id-Nr. IWM PST 7598).

Anders als Wilhelm Wurthmann arbeitete der Bremer Maler und Grafiker Willy Menz (1890–1969) bereits seit 1910 beruflich als Künstler und besaß auch schon eine eigene grafische Werkstatt.³⁴ Wegen einer Körperbehinderung kam für Menz ein aktiver Kriegseinsatz nicht infrage. 1917 wurde er hauptamtlicher Zeichenlehrer an der Kunstgewerbeschule und begann damit eine akademische Laufbahn. Im gleichen Jahr entwarf er als Auftragsarbeit des Senats die Bremer Ehrenbürgerurkunde für Paul von Hindenburg.³⁵ Sein Plakat zur 6. Krieganleihe zeigt einen zweifellos eher konventionellen grafischen Entwurf: eine vierköpfige Schlange (die Kriegsgegner), die vor einem tiefdunklen Hintergrund von den Schwertern der sechs Krieganleihen durchbohrt wird.³⁶ (Abb. 3) Auch bei diesem Plakat wird deutlich, dass das Motiv mit dem fast flehentlichen Aufruf »Deutsche, helft den Krieg verkürzen ...« sehr viel mehr ein Dokument der Kriegsmüdigkeit als der Siegeszuversicht ist.

Zu den Entstehungszusammenhängen der Bremer Plakatgrafik im Ersten Weltkrieg ist nicht viel bekannt. In Bremen war der Werbeausschuss für die Krieganleihen zuständig für die Bewerbung der Anleihen. Er forderte die reichsweit eingesetzten Plakate zum Aushang an oder beauftragte für lokale Entwürfe örtliche Künstler und auch Druckereien. Aufträge oder gar Hintergründe von Beauftragungen sind aber kaum überliefert – bedingt durch den Kriegsausgang wurde auch von den Künstlern hierauf später nur selten eingegangen. Betrachtet man die in Bremen beteiligten Druckereien, so fällt auf, dass neben der Druckerei H. M. Hauschild³⁷ die in Bremen alteingesessene Druckerei bzw. »Lithographische Anstalt Wilhelm Jöntzen, Bremen« als wohl damals auf diesem Gebiet führendes Haus in Bremen auffällig oft beim Druck von politischen Werbeplakaten in Erscheinung tritt.³⁸ Sie druckte die Entwürfe

34 Willy Menz, geb. 16. 1. 1890 als Kaufmannssohn in Guatemala, gest. 10. 3. 1969 in Bremen, besuchte in Bremen die Schule, ab 1905 die Kunstgewerbeschule, 1911 die grafische Akademie in Leipzig und richtete 1912 in Bremen die grafische Werkstatt Menz & Prager am Domshof ein. Seit 1915 war er nebenamtlich, ab 1917 hauptamtlich Lehrer an der Kunstgewerbeschule, deren Nachfolgeeinrichtung er ab 1947 als Direktor leitete. Vgl. zu seiner Person den Artikel Menz, Willy, in: Herbert Schwarzwälder, Das Große Bremen-Lexikon, Bd. 2, Bremen 2003, S. 582, sowie die künstlerische Biographie von Bernd Küster, Willy Menz 1890–1969, ein Bremer Maler, Worpswede 1990.

35 StAB 3-B.6. Nr. 247 /2/-/63/. Die Ehrenbürgerschaft wurde Hindenburg anlässlich seines 70. Geburtstages am 2. Oktober 1917 in Bremen wie in 35 weiteren Städten verliehen. Vgl. hierzu Klaus Auf dem Garten, Hindenburg in Bremen – Februar 1921 und April 1924, in: Brem.Jb. 91, 2012, S. 139–163, hier besonders S. 140f.; vgl. auch Hartmut Müller, Vom Ehrenbürgerrecht der Freien Hansestadt Bremen, in: Brem.Jb. 78, 1999, S. 190–200, hier S. 195.

36 Auch der Entwurf von Menz wurde überregional wahrgenommen bzw. rezipiert. Vgl. Koch, Bild- und Plakatpropaganda (wie Anm. 23), Tafel IX, Abb. 28.

37 Bei H. M. Hauschild, Langenstr. 35/37 (gegr. 1855) wurde das Soldatenheim-Plakat von Magda Koll gedruckt. Zu Hauschild vgl. Lydia Niehoff, 1855–2005. 150 Jahre Druckerei und Verlag H. M. Hauschild, Bremen, Bremen 2005.

38 Die Lithographische Kunstanstalt Wilhelm Jöntzen wurde 1844 gegründet, der Geschäftssitz war 1917 in Bremen in der Buchtstraße 38/39. Das Bremer Adressbuch von 1917 führt im Firmenverzeichnis unter den Steindruckereien den Betrieb von

von A.W. Wurthmann und Willy Menz sowie ein Plakat von Walther Müller, das trotz der dramatischen Kriegslage noch im Jahr 1918 in Bremen mit romantischen Landsknechtmotiven für die 8. Kriegsanleihe Plakatwerbung machte. (Abb. 6)

Der Tätigkeit des Werbeausschuss für die Kriegsanleihen sowie der Geschichte der Kriegsanleihen in Bremen nachzugehen, die weit mehr als die Frage der Plakatwerbung umfasst, müsste einer eigenen Untersuchung vorbehalten bleiben.



Abb. 6: Walther Müller, Bremen 1918. Plakat zur 8. Kriegsanleihe. 93 x 61 cm. StAB 9,P FB 734-535.

Wilhelm Jöntzen mit einer eigenen Kleinanzeige und mit dem Hinweis »Anfertigung von Plakaten« an.

Die einstige Marienkapelle im St. Petri Dom – Zur Geschichte einer Bremer Pilgerstätte

Von Ingrid Weibezahn

Die Sonderausstellung »Unterwegs fürs Seelenheil« im Herbst/Winter 2013/14 im Focke-Museum brachte wieder ins Bewusstsein, dass auch Bremen im Mittelalter ein Ziel für Pilgerfahrten gewesen ist. Bereits im 9. Jahrhundert zogen Pilger zum Grab des ersten Bremer Bischofs, des Hl. Willehad, in den St. Petri Dom, um dort Heilung von ihren Leiden zu erlangen.¹ Der Umkreis, aus dem bereits damals Gläubige herbeiwanderten, umfasste die Region von Dorum an der Nordsee bis Bücken im Süden, von Schwarmstedt im Osten und Wildeshausen im Westen, ja sogar von der Emsmündung und aus Esens in Ostfriesland sollen Pilger herbeigekommen sein. Der Dom als älteste und bedeutendste Kirche Bremens zog im Laufe der Zeit immer mehr Heilungssuchende an, besonders seit der Bestand an Heiligenreliquien im 10. Jahrhundert durch Erzbischof Adalag stark angewachsen war.² Seither besaß der Dom zusätzlich Reliquien von acht Heiligen, darunter die »corpora integra« (die vollständigen Körper) der beiden Ärzte Cosmas und Damian, die nach der damaligen Vorstellung der Gläubigen ganz besonders heilsam wirkten.

Die Attraktivität der Stadt für Pilger wurde weiterhin gesteigert, als im Laufe der Jahre in Bremer Kirchen auch Reliquien ihren Einzug hielten, die nicht mehr in Bezug zu Krankenheilungen standen, sondern um ihrer bedeutenden Herkunft willen verehrt wurden. So brachte beispielsweise Erzbischof Hartwig II. im Jahre 1198 aus dem Heiligen Land unter anderem das Schwert nach Bremen, mit dem nach der biblischen Überlieferung³ der Apostel Petrus bei der Gefangennahme Christi einem der Diener des Hohenpriesters namens Malchus ein Ohr abgeschlagen hatte.⁴

Der Bremer Dom war also im Mittelalter wie viele andere Kirchen ein Hort von Reliquien. Sie gaben den Altären ihre besondere Bedeutung, waren teilweise, wie die Reliquien der Hll. Cosmas und Damian, auch an geheimen Orten in eine Mauer eingelassen und ermöglichten an verschiedenen Stellen im Dom den Gläubigen besondere Verehrung. So lassen kräftige Wetzspuren an einem Pfeiler im Mittelschiff unweit des Hauptaltars darauf schließen,

1 Vgl. Andreas Röpcke, Willehad. Das Leben des hl. Willehad, Bischof von Bremen, und die Beschreibung der Wunder an seinem Grabe. Bremen 1982.

2 Vgl. Adam von Bremen, Gesta Hammaburgensis ecclesiae Pontificum. Quellen des 9. und 11. Jahrhunderts zur Geschichte der Hamburgischen Kirche und des Reiches. Darmstadt 1978, S. 244 f.

3 Vgl. Lukas 22, 50-51.

4 Vgl. Regesten der Erzbischöfe von Bremen, bearbeitet von Otto Heinrich May, Bd. 1, Bremen 1937, Nr. 676.

dass an dieser Stelle ein besonders bedeutsames Heiligtum seine Wirkung entfaltete, der sich die Gläubigen durch Mitnahme herausgekratztter Teilchen aus seiner Umgebung dauerhaft versichern wollten. Im Jahre 1382 bezifferte Erzbischof Albert die Anzahl dieser heilsamen Relikte im Dom mit 210 und gab gleichzeitig zu, dass die Namen der Heiligen in geordneter Reihenfolge aufzuführen kaum möglich sei.⁵

Einen weiteren sehr bedeutenden Anreiz für eine Pilgerfahrt bot die Aussicht auf Indulgenz, also die Erlassung von Sündenstrafen, die seit dem 11. Jahrhundert seitens der Kirche den Gläubigen bei Erfüllung bestimmter Gebote zugesagt war. So erteilte, um nur ein Beispiel zu nennen, Papst Honorius III. im Jahre 1224 einen 20-tägigen Ablass der Sündenstrafen allen denen, welche die Sammlungen zur Wiederherstellung des baufälligen St. Petri Doms unterstützten.⁶ Diese Nachricht ist sowohl für die Erforschung der Baugeschichte des Domes als auch als Auslöser weiterer Pilgerfahrten nach Bremen wichtig. So richtete sich im Jahre 1300 eine Ablassankündigung für den Besuch der St. Willehadkirche⁷ nicht nur an Bremer Bürger, sondern ganz ausdrücklich auch an diejenigen, die sich »*peregrinationis causa*«, also als Pilger, der Kirche näherten.⁸

Als eine neue Erkenntnis aus der Beschäftigung mit dem mittelalterlichen Pilgerwesen in Bremen ergab sich jetzt, dass offensichtlich Anfang des 15. Jahrhunderts im St. Petri Dom ganz gezielt eine spezielle Pilgerkapelle eingerichtet wurde. Es handelte sich um einen Raum in einem mittelalterlichen Anbau an den Dom im Winkel zwischen Hochchor und südlichem Querschiff. Er wurde in jüngerer Zeit als Bleikeller genutzt, inzwischen ist er Teil des Dom-Museums. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge sei die Abfolge der Baugeschichte dieses Kapellenraumes hier dargelegt:

Der St. Petri Dom zeigte sich in der frühromanischen Periode als eine Pfeilerbasilika mit eckigem Ostchor und darunter befindlicher Krypta. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts wurde in einer großen Baumaßnahme u. a. die bislang flach gedeckte Basilika mit einem Gewölbe versehen. Im Verlauf dieser Bauarbeiten scheint das Bedürfnis nach einem Seitenraum neben dem Chor aufgekommen zu sein, in dem die Kostbarkeiten der Kathedrale aufbewahrt werden sollten. So entstand wohl gegen Ende des 13. Jahrhunderts auf der Südseite des Chores eine Schatzkammer (sog. Tresekammer); der Zugang erfolgte durch eine Tür, an deren Gewände die allbekannte steinerne kleine Dommaus sitzt. Um den Höhenunterschied zum angrenzenden Erdreich zu überbrücken, wurde diese Tresekammer auf einen offenen Unterbau vor der südlichen Außenwand der Krypta gesetzt. Er bestand aus zwei mächtigen Pfeilern und einem Rest der damals abgebrochenen halbrunden Apsismauer

5 Vgl. Bremisches Urkundenbuch (im Folgenden zitiert als BUB), hrsg. von R. Ehmck und W. von Bippen, Bd. 4, Bremen 1886, Nr. 11.

6 Vgl. BUB, Bd. 1, Bremen 1873, Nr. 129.

7 Einstige Kirche gegenüber dem Dom (am heutigen Platz des Hauses der Bürgerschaft).

8 Vgl. BUB (wie Anm. 6), Nr. 543.

vor dem südlichen Querschiff.⁹ Der Unterbau wurde mit einfachen Kreuzgratgewölben versehen.

Wie lange dieser Stützbau unter der Tresekammer ohne eine spezielle Nutzung blieb, lässt sich nicht ermitteln. Im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts trat dann ein Wandel ein: Der Unterbau wurde zu einer Bibliothek umgestaltet.¹⁰ Diese Bibliothek war aber – und hier setzt die schriftliche Überlieferung ein – wohl mehr eine Art Notbehelf, denn in einem zeitgenössischen Bericht heißt es dazu recht geringschätzig¹¹:

»Men mester Johann van der Lesmen hedde under der trezekamere maket ene arme liberye, de was duster unde dochte nicht vele.«

(»Denn Magister Johann van der Lesmen¹² hatte unter der Tresekammer eine armselige Bibliothek eingerichtet, die war dunkel und taugte nicht viel.«)

Diese kritischen Worte stammen von Johann Hemeling, von 1390 bis 1421 Dombaumeister am St. Petri Dom, eine Bezeichnung, die in jener Zeit nicht den Praktiker am Bau, sondern den Verwalter des kirchlichen Vermögens meinte.¹³ In dieser Funktion hat Hemeling, seit 1382 Ratsherr und von 1405 bis 1410 einer der vier Bürgermeister der Stadt, eine Art Rechenschaftsbericht verfasst, das »Diplomatarium fabricae ecclesiae Bremensis«, in das er wichtige Urkunden aufnimmt, die herkömmlichen Rituale und Gepflogenheiten in der Nutzung des Domes als Gotteshaus beschreibt und die von ihm eingeführten Umgestaltungen und Neuerungen am Bauwerk benennt. In diesem Zusammenhang erwähnt er auch eine bauliche Veränderung in der von Johann van der Lesmen eingerichteten Bibliothek:

9 Teile des Apsisfundaments sowie Reste der aufgehenden Apsismauer mit einer Halbsäulenvorlage sind als Exponate »in situ« im Erdgeschoss des jetzigen Dom-Museums noch zu sehen.

10 Wie alle großen Kirchen besaß auch der St. Petri Dom schon seit seiner Gründung eine Bibliothek. Zur Geschichte der einstigen Dombibliothek vgl. Bernhard Bruch, Die alte Bremer Dombibliothek. In: Philobiblon, Jg. IV, Hamburg 1960, S. 292f. Der Unterbringungsort dieser frühen Dombibliothek ist unbekannt; es ist zu vermuten, dass er sich im Süden des Domes auf dem Konventsgelände befand. Aus unbekanntem Grund wurde die Bibliothek dann Ende des 14. Jahrhunderts in den Unterbau der Tresekammer (Dom-Museum, Erdgeschoss, linker Raumteil) verlegt.

11 Vgl. Lieselotte Klink, Johann Hemelings »Diplomatarium fabricae ecclesiae Bremensis« von 1415/20. Hildesheim 1988, S. 115 (fol. 66 a). – Es ist das große Verdienst von Lieselotte Klink, dass sie diese für die Geschichte Bremens im Mittelalter so wichtige Quelle einer sorgfältigen Untersuchung für die Publikation unterzogen hat. Ich verdanke der so früh Verstorbenen wertvolle Anregungen bei der Beschäftigung mit der Geschichte der Marienkapelle.

12 Magister Johann van der Lesmen (de Lesmona) war Domvikar und Kanonikus von St. Wilhadi und Stephani. Das Bremische Urkundenbuch erwähnt ihn im Zeitraum von 1375 bis 1389. Vgl. BUB, Bd. 3, Bremen 1880, Nr. 483 (1375) und 494 (1376). Ferner BUB (wie Anm. 5), Nr. 112 (1389).

13 Vgl. zur Person Hemelings und seiner Bedeutung für die Geschichte Bremens um 1400: Klink, Hemeling (wie Anm. 11), S. 30 f. (nachfolgend zitiert als Hemeling).

»Dar bat yck do dat capittel, dat se my de liberye wolden laten to des buwes behuff, dat yck de mochte maken na mynen willen. Ick wolde en ene liberye wedder maken, de scolde alto vele nuttere wesen un betere. Do se dat horden, do segheden ze dat were ere wille wal. Also makede yck do de nyen liberyen myt den vijf lutken gevelen unde myt den vijf vensteren unde kostede meer wen C mark. Unde de olde arghe lutke liberye, dar yck de capellen van gemaket hebbe, kostede boven XL mark.«¹⁴

»Da bat ich das Kapitel, dass sie mir die Bibliothek behufs des Baues überlassen wollten, dass ich sie nach meiner Vorstellung umbauen könnte. Ich wollte ihnen eine neue Bibliothek machen, die sollte viel nützlicher und besser werden. Als sie das hörten, da sagten sie, dass dies auch ihr Wille wäre. Also machte ich da die neue Bibliothek mit den fünf kleinen Giebeln und mit den fünf Fenstern¹⁵ und kostete mehr als 100 Mark. Und die alte arg kleine Bibliothek, daraus ich die Kapelle gemacht habe, kostete über 40 Mark«.

Hemeling erkannte also die Notwendigkeit zu zwei wichtigen baulichen Veränderungen: Erstens sollte die bisherige sehr kleine und dunkle Bibliothek an anderer Stelle geräumiger und besser beleuchtet wieder aufgebaut und zweitens der bisherige dunkle Bibliotheksraum in eine Kapelle umgewandelt werden. Welche Gründe Hemeling zu diesem zweiten Schritt bewogen, erhellt eine frühere Textstelle im Diplomatarium:¹⁶

Hemeling berichtet von einer Frau, die seit vielen Jahren bettlägerig und gelähmt war, so dass sie nicht selber in den Dom kommen konnte. Schließlich wurde ihr geraten, sie solle geloben, ein nach ihrer Gestalt angefertigtes Wachsbild zur Ehre des »hilghen kledes« in den Dom bringen zu lassen – das Gewand Jesu Christi gehörte ebenfalls zu den Reliquien im Dom¹⁷ – und es »boven de natelen« aufhängen zu lassen, »dar men dore kruyt by der treppen«. Es muss sich hierbei um einen besonders geheiligten Ort gehandelt haben, einen engen Durchlass, vielleicht in der südlichen Umfassungsmauer des Chores, den die Pilger nur kriechend aufsuchten¹⁸. Die kranke Frau ließ sich auf

14 Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 66 a.

15 Leider konnte am jetzigen Bauwerk der Ort dieser seinerzeit von Hemeling neu gestalteten Bibliothek nicht mit Sicherheit ausfindig gemacht werden; es könnte sich allerdings um den an den Unterbau der Tresekammer angrenzenden größeren Raum im Erdgeschoss des heutigen Dom-Museums handeln. Vgl. auch Anm. 32.

16 Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 65 b.

17 Ausführliche Erläuterungen dazu weiter unten.

18 Dieser besondere Ort im St. Petri Dom könnte in der folgenden Beschreibung gemeint sein, die Hemeling selber über den Aufbewahrungsort der Gebeine der beiden besonders verehrten Heiligen Cosmas und Damian gibt (vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 89 a): »Wente de mure, de dar geyt umme dat oster kor, de is vul hillichdomes, wente ut der suder syden, dar sint vorheven der hilgen mertele lichame Cosme unde Damiani ...« (»Denn die Mauer, die da um den Ostchor geht, die ist voller Heiligtümer, denn auf der Südseite, da sind verborgen die Leichname der heiligen Märtyrer Cosmas und Damian...«).

diesen Vorschlag ein, stiftete ein solches Wachsbild und wurde tatsächlich gesund. Hemelings Bericht gewährt damit gleichzeitig einen Einblick in damalige Frömmigkeitsformen: Die in diesem Bericht zutage tretende Vorstellung, ein Abbild des Kranken könne stellvertretend für seine Gegenwart eine Heilung heraufbeschwören, war im damaligen Volksglauben weit verbreitet.

Dieses Heilungswunder hatte weitreichende Folgen, wie Hemeling schildert. Das Pilgerzeichen, das Wachsbild jener Frau, hing nun an der bewussten Stelle. Die Heilung der Frau habe sich schnell herumgesprochen und binnen kurzer Zeit sei eine Menge solcher Motivgaben an der Mauer aufgehängt worden. Er habe daraufhin als Andachtsbild für die Pilger an diesem Ort ein Standbild anfertigen lassen, das Jesus Christus als Sankt Salvator (Retter) zeige. Anschließend habe er zusätzlich einen großen Schrank für all diese Motivgaben beschafft, denn wenn er die Zeichen dort beließe, könne er den ganzen Dom damit behängen.¹⁹

Dieser große Pilgeransturm in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hochchor scheint Hemeling dazu bewogen zu haben, die Pilgerscharen in andere Bahnen zu lenken und dafür die bisherige Bibliothek in eine Kapelle umzugestalten. Den finanziellen Aufwand von immerhin gut 40 Bremer Mark für die Einrichtung dieser neuen Kapelle rechtfertigte der geschäftstüchtige Dombaumeister mit den Worten:

»Unde wan ein buwmester desse capellen will holden mit godesdenste, myt luchte unde myt aller herlicheit, unde laten de tekene vakene kundegen, also yck plach to donde, so kumpt id alto male teynvalt yn.«²⁰

»Und wenn ein Dombaumeister diese Kapelle weiterhin unterhalten will mit Gottesdiensten, mit (Wachs)licht und mit aller Herrlichkeit und lässt die Motivgaben davon künden, wie ich es zu tun pflegte, so kommt dies allemal zehnfach wieder herein«.

Hemeling ist sich also sicher, dass sich die Ausgabe von 40 Bremer Mark für den Umbau gelohnt hat, denn er sieht große Chancen, die Ausgaben zehnfach wieder hereinzubekommen, wenn sein Nachfolger die Kapelle weiterhin in der vorgegebenen Weise für Motivmessen nutzen lässt.²¹ Dass die Raumauslastung

Im Jahre 1710 beschreibt Conrad Zacharias von Uffenbach (1685–1754) diese Stelle, vgl. Herbert Schwarzwälder, *Bremen in alten Reisebeschreibungen*, Bremen 2007, S. 123, wie folgt: »Neben dem hohen Chor in einer Seitenkapelle oben bei dem Eingang zeigte uns der Küster ein steinernes Bild und eine eiserne Tür in einem kleinen Gewölbe. In diesem Gewölbe, das in oder unter den Chor geht, sollen einst die beiden heiligen Brüder Cosmas und Damian begraben gelegen haben Unten war vor der Öffnung des Gewölbes ein kleiner Altar, wo früher so viel Zulauf und Wunder geschehen sein sollen, dass die alten Steine oder Treppenstufen dabei ganz hinweggekniert wurden, wie der Küster versichert. Heute hat man eine Treppe hierher gesetzt ...«.

19 Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 65 b / 66 a.

20 Vgl. ebd., fol. 66 a.

21 Die Verwendung von Spenden für private Bittgottesdienste war urkundlich festgelegt. Die eingehenden Gelder dienten »ad usum structure vel fabrice« (dem

durchaus zufriedenstellend war, ist daran zu erkennen, dass Hemeling zur Pflege der Kapelle extra eine Beschließerin einstellt. Sie erhält ein kleines Haus an der Domsfreiheit zur Wohnung:

»Unde dat lutteke huseken pleghe ik ener maghet to lenende, de de nyen capellen waret unde gheve er dar to anderhalve mark, dat se alle dont truweliken vorware unde beslute in der capellen unde ok butene vor sunte Salvatore.²²«

»Und das kleine Häuschen pflege ich einer Magd zu überlassen, die die neue Kapelle betreut und gebe ihr dazu anderthalb Mark, dass sie alles dort getreulich verwahre²³ und verschließe in der Kapelle und auch draußen vor St. Salvator«.

Die Einrichtung der neuen Kapelle erhielt ihren krönenden Abschluss durch die Stiftung einer Vikarie. Am Vorabend des Feiertages »Mariae Himmelfahrt«, dem 14. August 1414, – also vor genau 600 Jahren – bestätigte Erzbischof Johann Slamsdorp die Stiftung dieser Vikarie bei dem Altar der Jungfrau Maria in der neuen Kapelle unter der Tresekammer durch Dombaumeister Johann Hemeling²⁴; es wurde damit dauerhaft ein Geistlicher zum Dienst an dem neuen Marienaltar eingesetzt. Dies war Dominus Edebold, Priester der Kapelle in Tossens in Butjadingen²⁵. Anscheinend war der Andrang zu Votivmessen in der Marienkapelle so groß, dass bereits am 14. Oktober desselben Jahres durch Johann Hemeling eine zweite Vikarie für diesen Altar gestiftet wurde²⁶. Die Wahl fiel auf Dominus Onneko aus Schortens²⁷.

Die neue Kapelle unter der Tresekammer erfüllte also in jener Zeit alle Erwartungen. In einer späteren Urkunde vom 1. Mai 1485 wird die Kapelle im Zusammenhang mit der Stiftung einer Kommende²⁸ noch einmal ausführlich erwähnt²⁹. Welches Schicksal der Raum in den Jahren der Reformation hatte, wissen wir leider nicht. Er mag zunächst, als die übrigen Bremer Kirchen ab 1525 der lutherischen Glaubenslehre zustimmten, noch weiter als Pilgerstätte gedient, aber spätestens nach 1532, als der Dom wegen des Aufstandes der 104 geschlossen wurde, keine religiöse Nutzung mehr erfahren haben. Als

Gebrauch des Dombaumeisters oder der Domfabrik). Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 48 a.

22 Vgl. ebd., fol. 40 a.

23 Es handelt sich vermutlich um die dort dargebrachten Votivgaben.

24 Hemeling (wie Anm. 11) nimmt diese Urkunde auf fol. 47 a–49 a in sein Diplomatarium auf.

25 Vgl. ebd., fol. 47 b.

26 Vgl. ebd., fol. 49 a – 50 b.

27 Vgl. ebd., fol. 49 b.

28 Bei einer Kommende handelt es sich um die Übertragung der Einkünfte eines Kirchenvermögens – hier der Vikarie – auf eine dritte Person unter Befreiung von den Amtspflichten.

29 Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 12 b f. Es handelt sich um eine nachträglich auf leere Seiten eingetragene Urkunde von Erzbischof Heinrich von Schwarzburg (1463–1493 im Amt).

nach der Wiederöffnung des Domes 1547 Domprediger Hardenberg im Sinne Calvins predigte, war die Zeit als Pilgerkapelle endgültig vorbei. Der Raum wurde später profaniert und schließlich als Kalkhaus³⁰ und Kohlenkeller benutzt. Dies war auch 1888 noch der Fall³¹, während der südlich angrenzende Raum – vermutlich die von Hemeling seinerzeit erbaute Dombibliothek³² – seit der Verpachtung der Ostkrypta als Lagerraum im Jahre 1823 die Mumien des berühmten, vor allem von Fremden sehr geschätzten Bleikellers³³ beherbergte. Der Name »Bleikeller« wurde in das neue Domizil der Mumien mitgenommen.

Im Rahmen der großen Domrestaurierung in den Jahren 1889–1901 erfuhr die ehemalige Pilgerkapelle – der damalige Kohlenkeller – eine neue Nutzung: Sie wurde in den Bleikeller einbezogen. Ein Durchbruch durch die Südwand der Krypta in Verbindung mit einer kleinen Treppe ermöglichte nach Aufgabe der Verpachtung der Ostkrypta den Bleikellerbesuchern den Zugang zur üblicherweise verschlossenen Krypta. Sie war inzwischen mit einer Vielzahl von Steinrelikten, Epitaphien und anderen aus dem Dom entfernten Kunstwerken versehen worden. Dieses Angebot zur Besichtigung der Mumien des Bleikellers mit anschließendem Rundgang durch die Ostkrypta bewährte sich bis in die neuere Zeit.

Als dann in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts bei einer archäologischen Grabung im Dom die bedeutenden Funde aus den mittelalterlichen Bremer Bischofsgräbern freigelegt worden waren, trat der Gedanke an eine Umquartierung der Mumien in den Vordergrund, bot doch der derzeitige Bleikeller im mittelalterlichen Domanbau zwischen Querschiff und Hochchor ideale Voraussetzungen als Ausstellungsfläche für ein kleines Museum. Im Zuge dieser Umgestaltungen verlegte man die acht Mumien im Frühjahr 1984 in mehrere eigens dafür eingerichtete Kellerräume unterhalb des einstigen Domkreuzganges. Während der baulichen Vorarbeiten für das Museum wurden zur allgemeinen Überraschung an den Wänden des schmaleren der beiden Räume Reste von Wandmalereien entdeckt!³⁴

30 Vgl. Gerhard Meyer, Einiges über die Denkwürdigkeiten der Domkirche in Bremen, 1828 (Beihefte zum Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 1), hrsg. von Dieter Hägermann, Bremen 2001, Domgrundriss mit Erläuterungen S. 53.

31 Vgl. Wilhelm von Bippen, Neue Untersuchungen zur Baugeschichte des Doms, in: Brem. Jb. 14, 1888, S. 198: Die einstige Kapelle, ein »jetzt für Lagerung von Heizungs-material benutzter Raum unter dem Diakonenzimmer« (einstige Tresekammer).

32 Bei den auch in diesem Raume durchgeführten Bauuntersuchungen wurde 1986 an einer Stelle knapp unterhalb des Gewölbes eine einfarbige rechteckige Mal-schicht entdeckt, die möglicherweise zur Beschriftung durch Buchstaben oder Zahlen gedacht war zur Auffindung der an dieser Stelle des Raumes aufbewahr-ten Bücher. Derartige Kennzeichnungen waren in mittelalterlichen Bibliotheken üblich. – Auch Lieselotte Klink vermutete in diesem Raum die einstige Dombiblio-thek. Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), S. 39.

33 Zur Geschichte des Begriffs »Bleikeller« und der Mumien vgl. Wilhelm Tacke, Der Bleikeller im Bremer Dom, Bremen 1985.

34 Diese Wandmalereien waren seinerzeit bereits Baumeister Ehrhardt bekannt ge- worden, der sie allerdings nicht sehr zu schätzen schien. Er notierte in seinem



Abb. 1: Die Taufe Christi im Jordan (Foto: StAB)

Bautagebuch zum 11. August 1899: »Im Raum neben der Bleikammer, einer alten, mit Resten von Malerei versehenen Kapelle, ...«. Vgl. Ernst Ehrhart, Bautagebuch, in: Hans-Christoph Hoffmann, Die Erhaltung des St. Petri Doms zu Bremen im 19. Jahrhundert (Beihefte zum Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2), Bremen 2007, S. 136. Im Gegensatz zu anderen während der Domrestaurierung 1889 ff. entdeckten mittelalterlichen Malereien wurden diese Reste damals nicht freigelegt, sondern übertüncht.

Die sogleich angeordnete Freilegung der Malereien erbrachte erstaunliche Ergebnisse. Nach dem mühsamen Entfernen der Tüncheschicht wurden mehrere gemalte Szenen erkennbar, die einst die gesamten Gewölbe- und Wandflächen des kleinen Raumes überzogen hatten. Angesichts dieses bedeutenden Schatzes von Wandmalereien – dem größten erhaltenen mittelalterlichen Bestand in Bremen – gewann die Frage nach der Entstehungszeit besonderes Gewicht. Die bereits dargelegte Baugeschichte des Raumes ergab in Zusammenschau mit der künstlerischen Gestaltung der Wandmalereien eine Entstehungszeit Anfang des 15. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Umgestaltung der einstigen Dombibliothek in eine Kapelle.

Eine nochmalige gründliche Durchsicht des Diplomatariums lieferte schließlich einen Beleg dafür, dass die Ausgestaltung des Raumes unter der Tresekammer als Pilgerkapelle seinerzeit einem besonderen Thema gewidmet wurde: Hemeling fasst gegen Ende seiner Darlegungen noch einmal die große Bedeutung des Bremer Domes aufgrund seiner vielen Heiligtümer und Kleinode zusammen und gibt einen Hinweis auf das neu entstandene Pilgerziel:

»Wante men dar sunderghes eret dat hilghe cleet, dat unssen leven heren Ihesu Christo syne menschliken lede bedeckede, ..., dat men dar eret in ener capellen, dar unsse here God vele tekene unde genade doyt.«³⁵

»Wo man besonders ehret das heilige Kleid, das unseres lieben Herren Jesu Christi menschliche Leiden bedeckte, ..., das man da ehret in einer Kapelle, da unser Herr Gott viele Zeichen und Gnade tut«.

Beim Betrachten der leider inzwischen ziemlich verblassten Malereien³⁶ fällt auf, dass das Gewand Christi tatsächlich auf fast allen Darstellungen eine zentrale Rolle spielt: Gleich am Eingang in die Kapelle bei der Szene »Taufe Christi im Jordan«³⁷ hält ein Engel Christi Gewand bereit,³⁸ während Johannes, am Ufer des Flusses stehend, die Taufe vornimmt.³⁹ (Abb. 1) In der Mitte des Raumes rechts am Pfeiler wird Christus inmitten einiger Männer unbekleidet stehend abgebildet, wobei einer der Männer ein weißes Gewand vor ihn hält. Diese Szene stellt eine nur selten wiedergegebene Begebenheit aus der Passion dar: die Bekleidung Christi mit dem weißen Spottgewand.⁴⁰ (Abb. 2) Hemeling listet dieses Kleidungsstück in der Nennung der Reliquien des Domes auf unter »... de linteamine quo ipse erat cinctus in passione« = »von dem

35 Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 95 a.

36 Für eine ausführliche Beschreibung vgl. Ingrid Weibezahn, Die mittelalterlichen Wandmalereien im Bremer Dom-Museum, in: Niederdeutsche Beiträge zur Kunstgeschichte, Bd. 32, München/Berlin 1993, S. 75 - 89.

37 Vgl. Matth. 3, 13 - 17; Mark. 1, 9 - 11.

38 Die Engelsfigur mit dem Gewand Christi ist in den Evangelien nicht vorgegeben, aber in der christlichen Ikonographie des Mittelalters sehr verbreitet.

39 Zu den im Dom vorhandenen Reliquien gehörte nach Hemeling auch etwas Erde von der Stelle, an der Christus im Jordan getauft wurde (vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 7 a.: »... de loco Iordanis ubi Christus fuit baptizatus ...«).

40 Vgl. Lukas 23, 11: »Aber Herodes mit seinem Hofgesinde verachtete und verspottete ihn, legte ihm ein weißes Kleid an und sandte ihn wieder zu Pilatus.«



Abb. 2: Die Bekleidung Christi mit dem Spottgewand (Foto: Dom-Museum)

Leinen, in welches er während der Passion gehüllt war.«⁴¹ Es wird also nicht die viel bekanntere Szene der Bekleidung Christi mit dem Purpurmantel dargestellt,⁴² denn dieses Kleidungsstück zählte nicht zu den Domreliquien.

41 Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 7 a.

42 Vgl. Matth. 27, 27-30.

Auf der gegenüberliegenden Raumseite zeigen sich im Gewölbe zwei Szenen übereinander: Im unteren Bildabschnitt knien zwei Männer mit jeweils erhobener Rechten einander gegenüber, zwischen ihnen liegt auf der Erde ein helles Gewand. Es handelt sich, wie auch das darüber befindliche Schriftband ausweist,⁴³ um eine Begleitszene der Kreuzigung Christi: Es sind die um den Rock Christi wüfelnden Kriegsknechte.⁴⁴ (Abb. 3) Laut Hemeling



Abb. 3: Der Kampf zwischen Petrus und Malchus [oben], Würfeln um Christi Gewand [unten] (Foto: Dom-Museum)

43 Vgl. Weibezahn, *Niederdeutsche Beiträge* (wie Anm. 36), S. 80.

44 Vgl. Joh. 19, 23 - 24.



Abb. 4: Christus in der Mandorla (Foto: StAB)

gehörte zu den Reliquien des Domes auch die »tunica Christi inconsutilis«⁴⁵ (= der ungenähte Rock Christi). – Im oberen Bildabschnitt gehen zwei Männer mit Messer und Krummschwert aufeinander los. Anfangs hielt ich diese Szene für eine Ergänzung der darunter befindlichen Würfelszene, doch wie

45 Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 8 b. In der Bibelübersetzung von Martin Luther heißt es über dieses Kleidungsstück (Joh. 19, 23): »Der Rock aber war ungenäht, von oben an gewirkt durch und durch«; damit ist ein gestricktes Untergewand ohne Nähte gemeint.

es scheint, ist hier eine andere Bibelszene und damit eine weitere Reliquie des Bremer Domes verewigt: der von den Evangelisten überlieferte Kampf zwischen Petrus und Malchus bei der Gefangennahme Christi⁴⁶. Auch Petri Schwert gehörte laut Hemelings Aufstellung zu den Domreliquien.⁴⁷

Am östlichen Ende des Raumes, also wohl oberhalb des einstigen Altars, ist eine weitere Szene recht gut erhalten. Sie zeigt inmitten von Rankenwerk und Sternenhimmel Christus in der Mandorla.⁴⁸ (Abb. 4) Der auf der Brust durch eine Spange zusammengehaltene Mantel umhüllt Schultern und Lenden und lässt die Körpermitte frei. Es handelt sich auch hier sicherlich um eine Darstellung einer weiteren am Dom vorhandenen Reliquie »de vestimento Christi«⁴⁹ (= von dem Gewand Christi).

So lässt sich gut vorstellen, dass diese Kapelle einst zum bevorzugten Pilgerziel wurde, da sie dem andächtigen Gläubigen in ihren Darstellungen aus der Passion Christi eine Fülle von Anregungen zur Meditation bot. Hemeling schließt seine Gedanken zu dieser Pilgerstätte mit den Worten:

»Also dat de ghenne, de in vangnisse sin ofte in anderen noden unde sick lovet in de hilghen kerken to Bremen in de ere des hilghen cledes, dat se geloset werden van eren noden, unde dar umme wert dar ghebracht manigerhande teken unde offer.⁵⁰

»Also dass diejenigen, die oft gefangen sind in anderen Nöten und ein Gelöbnis ablegen in der heiligen Kirche zu Bremen zu Ehren des heiligen Kleides, dass sie erlöst werden von ihren Nöten, und darum werden dargebracht mannigfaltige (Votiv)zeichen und Opfer«.

Der tatsächliche Verwahrungsort der verschiedenen Reliquien der Kleidung Christi geht aus den Angaben von Hemeling nicht hervor. Wie der Bericht über die gelähmte Frau vermuten lässt, war das »heilige Kleid« an einer bestimmten Stelle in der Mauer um den Hochchor eingelassen. Die neue Kapelle in unmittelbarer Nachbarschaft bot mit ihren vielfältigen Darstellungen des Gewandes Christi den heilungsuchenden Pilgern für ihre Votivgaben und Andachten eine besonders geeignete Stätte.

Das Schicksal des Raumes unter der Tresekammer im Domanbau war also sehr vielfältig: zunächst wenige Jahrzehnte kleine, düstere Dombibliothek, dann gut hundert Jahre als Marienkapelle Ziel zahlreicher Pilger, später vernachlässigt als Abstellraum, Materiallager und Kohlenkeller und dann wiederum rund hundert Jahre viel besuchter Bleikeller. Seit 1987 schließlich Bestandteil des neu eingerichteten Dom-Museums mit historischen Wandgemälden, die allerdings von den meisten Besuchern wegen des konservatorisch erforderlichen Dämmerlichts kaum wahrgenommen werden. Vielleicht kann dieser kleine Beitrag den Malereien die verdiente Aufmerksamkeit verschaffen.

46 Vgl. Joh. 18, 10-11.

47 Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 7 a: »gladius sancti Petri cum quo Malcho auriculam abscidit dexteram cum vagina lignea«. Siehe auch Anm. 4.

48 Mandelförmiger Heiligenschein um den ganzen Körper.

49 Vgl. Hemeling (wie Anm. 11), fol. 7 a.

50 Vgl. ebd., fol. 95 a.

Ein reisender Musikant in Bremen – Untersuchungen zu einem französischen Reisebericht des späten 17. Jahrhunderts

Von Moritz Burgmann

In den vergangenen Jahrhunderten ist der Aufenthalt von Franzosen in Bremen vielfach von wenig friedvollen Umständen begleitet gewesen – und dies in beide Richtungen. Für das 20. Jahrhundert ist an die Leiden französischer Zwangsarbeiter zu erinnern, die das NS-Regime zum »Reichseinsatz« nach Bremen beorderte.¹ Im frühen 19. Jahrhundert blieben die französische Besatzung und die folgenden »Befreiungskriege« nicht ohne Auswirkung², nicht wenige Bremer Bürger verloren dabei ihr Leben.³ Nicht anders verhielt es sich während der kurzzeitigen französischen Besetzung Bremens im Siebenjährigen Krieg.⁴

Umso erfreulicher ist es, hier von einem französischen Reisenden im Bremen des 17. Jahrhunderts berichten zu können, der die Stadt in friedlicher Gesinnung besuchte und allenfalls dadurch Leiden verursachte, dass er in seiner Reisebeschreibung beißenden Spott über die Hansestadt ausschüttete.

Dabei handelt es sich um die *Relation du voyage de Breme, En vers Burlesques; dédiée à Monsieur Besson, Chef de la Troupe de Musiciens, & et de Violons de sa Majesté le Roi de Dannemarc, de Norvegue, &c.* eines gewissen Clément, die im Jahre 1676 in Leiden in Druck gegeben wurde. Wie es ein burleskes Gedicht kaum anders erwarten lässt, ist die gesamte Schilderung der bereisten Gegenden – der Erzähler zieht von Kopenhagen über Hamburg nach Bremen – wenig schmeichelhaft. Er nennt Bremen »une ville miserable« und die »Ville en faquins la plus feconde / Qui puisse être dans l'univers« [eine Stadt, wie sie an eitlen Aufschneidern reicher nicht sein kann] (S. 40).

Zum Autor

Die Frage nach der Identität des Verfassers ist in der bio- und bibliographischen Literatur des 19. Jahrhunderts mehrfach aufgeworfen worden, ohne

- 1 Vgl. Helga Bories-Sawala, Franzosen im »Reichseinsatz«. Deportation, Zwangsarbeit, Alltag. Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, Frankfurt a. M. 1996.
- 2 Vgl. Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 1, Bremen 1975, S. 556 ff.; im Jahr 1810 war »die bremische Wirtschaft total ruiniert« (S. 564).
- 3 Vgl. Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 2, Bremen 1976, S. 33 ff.
- 4 Vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 1 (wie Anm. 2), S. 469 und 472.

dass ein Ergebnis erzielt worden wäre.⁵ Gelegentlich wurde spekuliert, dass jener Clément mit dem französischen Dichter Pierre Corneille Blessebois identisch sei. Während der Autor sein eigenes Vorwort nur mit »C.« signiert (S. 4) und lediglich auf der letzten Seite des Reiseberichts von einem Clément in der 3. Person spricht (S. 68), finden sich auf S. 5 sowie auf S. 69 zwei von Blessebois signierte Gedichte, die als Elogien des Werks dienen und Clément explizit als dessen Autor nennen. Weiterhin stimmen der Druckort, der literarische (burleske) Stil und enge lexikalische Anlehnungen an Paul Scarron⁶ in der *Relation* mit Werken Blessebois' überein, zudem finden sich Parallelen in der Drucklegung⁷, und auch der Spott gegenüber Protestanten lässt sich beiderseits wiederfinden.⁸ Die *Nouvelle biographie générale* (Bd. 9, Paris 1855, S. 777 a) lehnt diese Spekulation ab: »Il est plus vraisemblable de voir dans un Français retiré en Hollande, et ne se faisant peut-être connaître que par son surnom Clément [...], l'auteur de cette production.« Vertrauen in die Richtigkeit der Darstellung, die das Vorwort Blessebois' vermittelt, setzt auch Lachèvre.⁹

5 Vgl. Joseph Marie Quérard, *Les supercheries littéraires dévoilées*, seconde édition considérablement augmentée, publiée par Gustave Brunet et Pierre Jannet, Bd. 1, Paris 1869, S. 752 f.: »Les bibliographes ne sont pas d'accord sur la question de savoir si Clément est un personnage réel.«

6 Paul Scarron (1610–1660) galt mit seinem *Roman comique* (1651–1657) zahlreichen burlesken Autoren des 17. Jahrhunderts als meisterhaftes Vorbild.

7 Vgl. Gustave Brunet, *Imprimeurs imaginaires et libraires supposés*, Paris 1866, S. 27 f.: »Le Manuel du Libraire indique Clément, personnage d'ailleurs ignoré, Nodier s'est prononcé pour Corneille Blessebois dans une longue note manuscrite qu'il avait jointe à son exemplaire, lequel a paru à la vente de M. de Monaran (mars 1849), et ce catalogue, n° 325, reproduit la note en question; nous en copierons quelques lignes: »Il faudrait n'avoir jamais vu d'éditions elzéviriennes pour méconnaître ici les types qui avaient servi [...], en 1676 même, pour les nombreux et misérables ouvrages de Blessebois. Ce personnage [...] paraît avoir été le patron du livre de M. Clément (car c'est le nom que prend l'auteur), et si je m'en rapporte au titre de l'œuvre, c'était une adaptation fondée sur une grande homogénéité de talent. Les écrits de Blessebois furent imprimés la même année et dans la même ville que ceux de son ami; les caractères sont les mêmes ainsi que le format«; vgl. S. 98: »On a lieu de croire que le nom de Clément cache le fameux Corneille Blessebois.«

8 Vgl. Frédéric Lachèvre, *Pierre-Corneille Blessebois, normand (1646?–1700?)*. Notices biographique et bibliographique suivies d'un inédit de Blessebois [...], Paris 1927, S. 31, Fußnote 1.

9 Ebd., S. 39 ff. Johann Georg Kohl, *Episoden aus der Cultur- und Kunstgeschichte Bremens* (Denkmale der Geschichte und Kunst der freien Hansestadt Bremen, 2. Abtheilung), Bremen 1870, S. 95, möchte sich nicht festlegen und nennt ihn »Unser Dichter oder Tourist Mr. Clement.« In Ermangelung besseren Wissens nimmt Rolf Engelsing, *Der Bürger als Leser. Lesergeschichte in Deutschland 1500–1800*, Stuttgart 1974, S. 66, eine Gleichsetzung des Autors mit dem Bibliothekar und Historiker Nicolas Clément (1647 oder 1651–1712) vor. Die Angaben in *La Grande Encyclopédie, inventaire raisonné des sciences, des lettres, et des arts*, Paris 1886–1902, hier Bd. 11, S. 635 b, die Engelsing heranzieht, liefern hierfür jedoch keinerlei Anhaltspunkte. Nicolas Clément wird als pflichtbewusster und bescheidener Mann bezeichnet, der zwischen 1675 und 1684 die Drucke der königlichen

Der Erzähler, mit dem sich der Autor im Vorwort explizit gleichsetzt, stellt sich einem Bekannten in Hamburg, Bertrand de la Coste, vor, indem er sagt, »Que j'étois au roi des Danois.« Gefragt, ob auch der »Prince de Meklenbourg« in der Stadt sei, fährt Clément fort, »Que j'avois quitté son Altesse / Le Prince & la belle Princesse / Et toutte la Principauté / Pour servir une Majesté« (S. 35). Daraus lässt sich schließen, dass Clément zuvor bei dem genannten *Prince* (s. u.) angestellt war und der Wechsel zu dem königlichen Dienstherrn, der einem sozialen Aufstieg gleichkommt, seinem Bekannten noch nicht zu Ohren gekommen ist. Clément bezeichnet sich selbst als Musiker, der eine Weile in Kopenhagen ansässig war und dort verschiedenste gesellschaftliche Schichten mit dem »charme de ma sinfonie« (S. 7) unterhalten hat. Offenbar war er dabei Mitglied ebenjener »Troupe de Musiciens & de Violons de sa Majesté le Roi de Dannemarc, de Norvegue, &c.«, deren Leiter, einem gewissen Monsieur Besson, er sein Manuskript widmet (S. 3), »pour vous divertir.«

Für Cléments einstmaligen Dienstherrn, den »Prince de Meklenbourg«, kommen angesichts des Abfassungsdatums der *Relation*, die Cléments musikalische Tätigkeit in Deutschland auf die 1670er oder allenfalls 1660er Jahre festlegt, Gustav Adolf, Herzog zu Mecklenburg-Güstrow (1633–1695), Johann Georg, Herzog zu Mecklenburg-Schwerin (1629–1675) sowie dessen älterer Bruder Christian (Ludwig) I., regierender Herzog zu Mecklenburg-Schwerin (1623–1692), in Frage. Die von Meyer 1913 ausgewerteten Renterei-Rechnungen des Schweriner Hofes erbringen das erstaunliche Ergebnis, dass der Verfasser, über dessen Identität so viel spekuliert wurde, getreu seiner eigenen Schilderung dort realiter als Musiker angestellt war: Unter den von 1664 bis 1668/69 genannten sechs französischen »Violons« befindet sich tatsächlich ein »Clément«.¹⁰ Man erfährt, dass im »Juli, August und Oktober 1665 und im Mai 1666 [...] für sie an Besoldung 132 Rtlr. verausgabt worden [sind]. 1666 im Dezember sind sie in Parchim gewesen und bekamen jeder 1 Rtlr. 32 Schl. Zehrungsgeld.«¹¹ Sie waren im Zuge der 1664 erfolgten Rückkehr Christian Ludwigs aus Paris, wo er Elisabeth Angélique de Montmorency, Duchesse de Coligny, geheiratet hatte¹², nach Schwerin gekommen.¹³

Clément äußert mehrfach seine Geringschätzung der Protestanten (z. B. S. 13: »Calvin & de Beze / Qui vécurent fort à leur aise [die es sich gut gehen ließen], / De Luther & de sa Dondon [dicke Frau] / Qui firent ensemble faux

Bibliothek katalogisierte. Interessanterweise arbeitete er in Paris zunächst unter jenem Pierre de Carcavi, der von dem von Clément in Hamburg besuchten Bertrand de la Coste in seinen Schriften geschmäht wird (s. u.).

10 Clemens Meyer, Geschichte der Güstrower Hofkapelle. Darstellung der Musikverhältnisse am Güstrower Fürstenhofe im 16. und 17. Jahrhundert, in: Jahrbücher des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde 83, 1919, S. 1–46, hier S. 30.

11 Ebd.

12 Vgl. Artikel »Christian Louis I.« von Ludwig Fromm, in: Allgemeine Deutsche Biographie, herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 4, Leipzig 1876, S. 170.

13 Meyer, Geschichte der Güstrower Hofkapelle (wie Anm. 10), S. 29.

bon / Et banqueroutes à leur Cloître [die ihrem Kloster einigen Schaden bis hin zum Bankrott zufügten]«). Dass Christian Ludwig zum Katholizismus übertreten war, erleichterte es Cléments Gewissen womöglich, bei diesem Fürsten eine Anstellung einzugehen; andererseits hält Cléments Missbilligung des Protestantismus ihn nicht davon ab, intensive Kontakte mit dem Hugenotten Bertrand de la Coste zu pflegen – wie schon Lachèvre¹⁴ bemerkt hat – sowie mit der Calvinistin Elisabeth von Ungnad (s. u.).

Wenn die Reise nach Bremen sich, wie es den Anschein hat, 1676 abgespielt hat, handelt es sich bei dem »Roi de Dannemarc« um Christian V. (1646–1699), seit 1670 König von Dänemark und Norwegen; außer an der o.g. Stelle erwähnt ihn Clément nicht. Wie oben gezeigt, hat sein Hamburgischer Bekannter von Cléments Stellenwechsel noch keine Kenntnis; daraus muss aber nicht geschlossen werden, dass dieser erst kürzlich erfolgt ist. Da Bertrand de la Coste bereits seit Mitte der 1660er Jahre in Hamburg wohnte, kann die erste Begegnung der beiden Personen 1676 schon einige Zeit zurückliegen. Wie lange Clément in mecklenburgischen Diensten gestanden hat, ist nicht genau zu ergründen, da über die o.g. Besoldungslisten von 1668/69 hinaus noch mehrfach bloß die »Violons« aufgeführt werden, ohne dass sie immer namentlich genannt würden.¹⁵ Sicher ist jedoch, dass nach 1673 keine französischen Instrumentalisten mehr in Schwerin angestellt waren, zumal die Hofkapelle ab diesem Jahr praktisch nicht mehr bestand.¹⁶

Inwiefern Clément seiner musikalischen Tätigkeit »plus pour l'honneur que pour le gain« (S. 3) nachgegangen ist, kann im vorliegenden Rahmen nicht überprüft werden – in Schwerin war er zumindest als einfacher Musiker angestellt. Für die Richtigkeit seiner Behauptung spricht aber, dass er es sich offensichtlich erlauben konnte, eine mindestens zweiwöchige Reise gen Bremen zu unternehmen, während derer er seinem eigenen Bericht zufolge nichts für seinen Broterwerb zu tun brauchte. Er ist somit am ehesten der bürgerlichen Mittelschicht zuzuordnen, der man in dieser Epoche zwar nicht zahlreiche, aber doch verschiedentliche gedruckte Reiseberichte verdankt.¹⁷

Einen spezifischen Grund für seinen Aufbruch von Kopenhagen gibt Clément nicht an. Um einen burlesken Abenteuerroman handelt es sich nicht, wenngleich dem Erzähler manche Unbilden begegnen. Aufgrund der beschriebenen Begegnungen mit verschiedenen Prominenten seiner Epoche sowie der recht eingehenden Schilderung der Stadt Bremen im letzten Teil kann man die *Relation* am ehesten unter die Bildungs- und Wissenschaftsreisen einordnen, die auch im Korpus Schwarzwälders einen der vorderen Plätze

14 Wie Anm. 8, S. 91.

15 Vgl. Meyer, Geschichte der Güstrower Hofkapelle (wie Anm. 10), S. 30 f.

16 Ebd., S. 34.

17 Vgl. Herbert und Inge Schwarzwälder, Reisen und Reisende in Nordwestdeutschland. Beschreibungen, Tagebücher und Briefe. Itinerare und Kostenrechnungen, Bd. 1: bis 1620 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen XXXV: Quellen und Untersuchungen zur allgemeinen Geschichte Niedersachsens in der Neuzeit 7), Hildesheim 1987, S. 47, zur Problematik, wie aufschlussreich die Zahl der gedruckten Reiseberichte für mögliche Schlüsse auf die quantitative Sozialstruktur von Reisenden in der frühen Neuzeit ist.

einnehmen.¹⁸ Ein Auftraggeber, der der Reise beispielsweise eine diplomatische Funktion verliehen hätte, ist nicht auszumachen. Allerdings begleitet Clément im ersten Teil derselben einen nicht näher bezeichneten *Ambassadeur*, der zumindest sehr vermögend ist (*Relation* S. 11).¹⁹

Literarische Reiseberichte sind ein weit verbreitetes Genre des 17. Jahrhunderts, namentlich in Frankreich bzw. im französischsprachigen Raum. Requemora erklärt den Reiz der Reiseliteratur wie folgt: »Voilà pourquoi le voyage a toujours tant frappé l'imagination: les nouveautés, les singularités et l'exotisme qu'il recèle, surtout dans une société aussi fixiste que celle du XVIIème français dans son ensemble, donnent naissance à un imaginaire bien particulier.«²⁰ Dabei vermischen sich auch in der gehobenen Literatur Wirklichkeit und Fiktion: »[...] l'écriture du voyage oscille entre réalité et imagination et [...] cette oscillation est volontaire en tant qu'elle relève d'une véritable poétique mêlant aux règles viatiques les procédés romanesques.«²¹ Während nun aber gilt, dass die ernsthafte Reisebeschreibung insbesondere des 17. Jahrhunderts, welches eine verstärkte Infragestellung des Bekannten und Tradierten mit sich bringt, »peut être utilisée pour toute réflexion morale, sociale, politique, juridique, religieuse et philosophique«²², ergibt sich bereits aus dem Titelzusatz der *Relation*, »En vers Burlesques«, die beinahe rhetorische Frage, inwieweit tiefgehende Überlegungen in diesem Text überhaupt zu erwarten sind.

Am Beispiel der Personen- und Verhaltensbeschreibungen Cléments wird zu sehen sein, dass durchaus gewisse »réflexions sociales« vorliegen; dennoch ist das vornehmliche Anliegen der burlesken Reiseberichte die spöttische Darstellung der erkundeten Länder und ihrer Bewohner, unter Zuhilfenahme des stilistischen Mittels der Satire. Auch hierfür bietet die französische (und nicht nur diese) Literatur des 17. Jahrhunderts Beispiele en masse.²³ Da die Übertreibung grundlegendes Mittel der Satire ist, wird natürlich zu fragen sein, inwieweit den Darstellungen der burlesken Autoren und im vorliegenden Fall Cléments Glauben zu schenken ist²⁴ bzw. ob sie sich anhand vorliegender

18 Ebd.

19 Mit Sicherheit ausschließen kann man jedenfalls eine offizielle Reise mit einem Anliegen an den Rat, denn, wie Gualdo Priorato 1663 schreibt, »wenn es sich trifft, dass irgend ein Fürst Jemanden mit einem Auftrag an den Rath schickt, so lässt dieser ihn sofort glänzend bewirthen, ohne auf die Kosten zu achten, und mit grösserer Zuvorkommenheit, als er begehren könnte«. Vgl. Heinrich Motz, Bremen im Jahre 1663, in: Brem.Jb. 6, 1872, S. 1-25, hier S. 17. Solches widerfährt Clément nicht.

20 Sylvie Requemora, *Littérature et voyage au XVIIe siècle (récit, roman, théâtre)*, Aix-en-Provence 2000, S. 766.

21 Ebd., S. 444.

22 Ebd., S. 1012.

23 Z.B. Marc Antoine Gérard Saint-Amant, *Rome ridicule* (1643), Claude Le Petit, *La chronique scandaleuse ou Paris ridicule* (1668) oder *Les embarras de Paris* von Nicolas Boileau-Despréaux (1664).

24 Vgl. Michel Morineau, *Un burlesque, grand reporter: Pierre Le Jolle et sa Semaine d'Amsterdam* (1666), in: *Burlesque et formes parodiques dans la littérature*

Faktenkenntnisse veri- oder falsifizieren lassen. Nicht ohne Bedeutung ist in dieser Hinsicht sicherlich der Eid, den Clément auf seine eigene Aussage, »C'est la verité toute pure« (S. 61), schwört – er druckst eine Weile herum und schwört dann auf zwei zweifelhafte Gestalten, von denen zumindest eine sexueller Betätigung nachgeht. Ironisch schließt er: »Je croi [= Je crois] qu'apres de tels sermens / Vous devés tous être contens« (ebd.).

Wenn Cléments Ausführungen folglich mit Skepsis zu begegnen ist – »l'invention burlesque fait fi de la vraisemblance et de la convenance«²⁵ –, so ist doch nicht alles Fiktion. Schließlich ergab sich für die Leser der *Relation* ein besonderer Reiz gerade dann, wenn sie darin Bekanntes, Reelles wiederentdecken und sich dann über die Art der Darstellung amüsieren konnten – hierin wird man auch die vornehmliche Intention des Verfassers sehen können. Die Herausforderung für den Autor bestand mithin darin, abzuschätzen »jusqu'ou on peut aller trop loin«²⁶ – bei den Verstößen gegen die *bienséance* ebenso wie bei der Vermischung von realitätsgetreuer und karikaturaler Darstellung. Inwiefern ihm dies literarästhetisch gelungen ist, soll hier nicht entschieden werden – die meisten vorliegenden Urteile sind abschätzig²⁷ –, unzweifelhaft ist, dass Cléments Zeilen verschiedene »nicht ganz werthlose topographische Winke und Notizen enthalten«²⁸, denen im Folgenden weiter nachgegangen werden soll.

Der Reiseverlauf

Als Datum seines Aufbruchs gibt Clément den 22. August an, wobei es sich um einen Sonntag handeln soll. Ausgehend vom Jahr der Drucklegung, 1676, wäre nach gregorianischem Kalender 1666 das Jahr, in dem diese beiden Angaben zuletzt zusammenfallen, nach dem julianischen, der zu dieser Zeit zumindest in Bremen noch in Kraft war²⁹, 1674. Verschiedene weitere Bezüge der *Relation* machen das Jahr 1666 als Reisezeitraum unmöglich: bis 1668/69 war Clément noch Angestellter der Schweriner Hofkapelle; der Théodat Thomas Corneilles, den Clément erwirbt, erschien erst 1673; auch das Jahr 1674

et les arts. Actes du Colloque de l'Université de Maine, Le Mans du 4 au 7 decembre 1986), réunis par Isabelle Landy-Houillon et Maurice Menard (Papers on French Seventeenth Century Literature / Biblio 17, 33), Seattle / Tübingen 1987, S. 393 - 410, der der Frage nachgeht, inwiefern Pierre Le Jolle bei der Schilderung seiner *Semaine d'Amsterdam* als verlässlicher »reporter« gelten kann. Er kommt zu dem Schluss, dass Le Jolles Angaben trotz aller burlesken Schmähungen und Derbheiten von bemerkenswerter Genauigkeit sind (S. 397).

25 Claudine Nédélec, *Les états et empires du burlesque* (Lumière classique 51), Paris 2004, S. 296.

26 Ebd., S. 187.

27 Kohl, *Episoden* (wie Anm. 9), S. 95, spricht z.B. von Versen, »die als Poesie zwar nicht viel taugen [...]«. Immerhin hat die *Relation* zwei Neuauflagen erfahren (Leiden bei Charles de Pecker, 1677, und Bremen bei Claude Lejeune, 1705); zu ihrer Zeit fand sich folglich eine recht umfangreiche Leserschaft.

28 Ebd.

29 Vgl. Motz, *Bremen 1663* (wie Anm. 19), S. 10.

scheint indes fraglich, da Bengt Gabrielsson Oxenstierna, dessen Gefolge Clément begegnet, sich erst nach Januar 1675 auf der Rückreise aus Wien gen Norden befand (vgl. Anm. 57) und das Werk *Ce n'est pas la mort aux rats ny aux souris*, aus dem Bertrand de la Coste Clément vorlesen wird, erst 1676 erschien (wobei es sich hier natürlich um ein Manuskript des Buches handeln könnte). Wahrscheinlich hat die Reise daher erst im Sommer 1676 stattgefunden – ob es einen bestimmten Grund dafür gibt, dass die o.g. Datumsangabe wohl fehlerhaft ist, bleibt im Dunkeln.

Wo Clément die erste Nacht seiner Reise verbringt, teilt er nicht mit. Am Folgetag geht es mit einem Wagen (S. 9) nach »Casseure« – hierbei wird es sich um Korsør auf Seeland handeln –, das gegen Mittag erreicht wird und wo ein großer Sturm die Schiffsreise zunächst verhindert. Am nächsten Morgen (S. 10) erfolgt eine recht stürmische Seefahrt über den Großen Belt, während derer sich der »guide« der Reisenden – ob es sich dabei um den Kapitän des Schiffes handelt, wird nicht klar – hasenfüßig (»qu'il avoit plus de peur qu'un Lievre«) zurückzieht (ebd.). In der Dunkelheit gelangt man in Nyborg (»Nibour«) an (S. 15), hat aber noch genug Zeit, um für die nächste Übernachtung Odense (»Odenzée«) aufzusuchen (S. 17).

Am folgenden Tag wird der Kleine Belt »en moins de deux heures de tems« überquert, und Clément erreicht ein enigmatisches »l'Hosace« (S. 18), das sich auf der Halbinsel Als befinden muss – hat er als Ortsbezeichnung Østals vernommen? – und wo auch die Übernachtung stattfindet.

Um die Abendzeit des Folgetages befindet sich die Reisegruppe in der Nähe von Flensburg (S. 18). Es wird nicht klar, warum die Nachricht, dass der (dänische) König von Rendsburg aus aufgebrochen sei, die Gruppe dazu nötigt, eine neue Unterkunft zu suchen (ebd.). Diese findet sie mit Mühe in einem nicht näher benannten Dorf, in dem fast alle Quartiere bereits vom Grafen von Oxenstierna und seinem Gefolge belegt sind (S. 21). So kärglich die Unterkunft ist, so angenehm verläuft der Abend in heiterer Gesellschaft, begleitet von überraschend guter Verköstigung (S. 24: »N'importe je fis bonne chere [Nichtsdestoweniger bekam ich ein gutes Mahl vorgesetzt] / A quoi je ne m'attendois guere, / Ne pensant pas qu'en un tel trou / L'on eût de quoi manger son soû [dass man in einem solchen Kaff seinen Hunger stillen könnte].«). Mit seiner Begleitung erreicht der Erzähler am nächsten Abend Rendsburg (S. 25). Dort verabschiedet er sich jedoch »avec affliction« von seinen Bekannten und reist noch in derselben Nacht allein weiter gen Hamburg; dort kommt er am Freitag um vier Uhr an und quartiert sich bei einem *sieur de Vienne* ein (S. 26).

Da er die – offenbar feststehende – Abfahrtszeit der Postkutsche nach Bremen im Auge hat, zögert Clément hinsichtlich eines längeren Aufenthaltes in Hamburg, für den er andererseits angesichts zahlreicher dort anwesender Bekanntschaften gern vier oder fünf Tage erübrigen würde. Von der Ehefrau des *sieur de Vienne* lässt er sich überreden, die Fahrt nach Bremen aufzuschieben (S. 27: »Ne vous mettés point tant en peine, / Vous partirés l'autre semaine«). Am Dienstag findet bei derselben ein Fest statt, welches episch beschrieben wird. Laut Clément handelt es sich dabei um den Ludwigstag (welcher indes gemeinhin auf den 25. August fällt, was sich mit den o.g.

Angaben wiederum nicht vereinen lässt). Von seinem Hamburger Aufenthalt profitiert er abschließend, um den Gelehrten Bertrand de la Coste aufzusuchen.

Zwei Tage nach diesem Besuch verlässt er schließlich »l'aimable Hambour« (S. 40); geradezu antithetisch lauten die ersten Worte über Bremen: »une ville miserable / OÙ le dernier chagrin m'accable [wo mich der äußerste Kummer bedrückt]« (ebd.). Fast zwei Seiten werden dafür aufgewandt, die »misere de ce lieu-ci« zu untermauern; selbst die Muse wird angefleht, dem Erzähler unterstützende Inspiration zuteilwerden zu lassen, damit er die Stadt ausreichend verhöhnen kann: »Viens inspirer avec ardeur / A ton tres humble serviteur [Komm, deinem ergebensten Diener mit Inbrunst einzuflößen] / Un stile tout-à fait comique / Et sur tout l'humeur Satirique / Afin de ne rien oublier / Au portrait qu'il veut envoier / De cette ville ridicule« (S. 41). Da seine Muse ihn offensichtlich erhört hat, gelingt Clément im Folgenden eine sehr bildhafte Schilderung seines Eintritts in Bremen, während dessen ihn am Stadttor mehrere lächerliche Gestalten über die Umstände seiner Reise befragen, um ihn schließlich jedoch anstandslos passieren zu lassen (S. 43 f.).

Zur ersten Unterkunft wird die *auberge du Cigne* erkoren, die ihm der Kutscher als die »meilleure & la plus digne / Qui soit en toute la Cité« empfiehlt (S. 45). Obgleich der Empfang durch den Wirt herzlich, wenn auch etwas grob ausfällt – die heftige Umarmung spürt Clément noch vier Tage lang (S. 46) –, findet die erste Mahlzeit, die ihm in Bremen vorgesetzt wird, nicht Cléments Gefallen (S. 47: »elle ne merite pas / De la conter pour un repas«). Der folgende Stadtbummel bestätigt die negativen Eindrücke; Stadt und Bewohner werden über vierzehn Seiten spöttisch bis verächtlich beschrieben (vgl. unten).

Da ihm die *auberge du Cigne* angesichts der schlechten Verpflegung zu teuer ist (S. 61: »Donner quatre ecus la semaine / Pour emplir fort mal sa bedaine [um seinen Wanst nur kärglich zu füllen], / Cela me tient sans doute au cœur.«), folgt er einer Empfehlung für den *Empereur*. Dort bezieht er am 6. September ein deutlich günstigeres Zimmer (S. 62); die Qualität der Verköstigung sowie der Betten besteht jedoch auch hier nicht vor seinem Urteil (S. 62: »les méts de table, / C'est un sujet trop miserable«; S. 66: »Enfin je suis dans ma couchette / Tout-à fait miserablement; / Je n'y reposé nulement.«).

Die Reisebeschreibung endet in Bremen, abgeschlossen in resignativem Ton: »I'ai donc à prendre patience / Avec cette maudite Engeance [mit diesem verfluchten Gesindel], / Iusqu'à ce qu'il plaise au Destin / De m'en ôter un beau matin [mich eines schönen Morgens davon zu befreien]« (S. 67). Warum Clément nicht ohne Weiteres fort kann, wird nicht recht klar; doch muss er in den folgenden Wochen nach Kopenhagen zurückgekehrt sein – wohl erneut über Hamburg, so jedenfalls kündigt er es bei seinem Abschied dort an (S. 40) –; in Kopenhagen hatte er schließlich auch seine Anstellung. Dem besagten M. Beson, dem Leiter der *Troupe de Musiciens* ebendort, hat Clément über sechs Wochen hinweg seine Schrift angekündigt (S. 3); in Kopenhagen schließlich will auch P. C. Blessebois das Manuskript gelesen haben (S. 6), welches er dann zum Druck ins südholändische Leiden mit sich genommen hat.

Die Umstände der Reise

Trotz des burlesken Erzähltons lassen sich Cléments Darstellung Angaben über die Reiseumstände entnehmen, die auch andere zeitgenössische Reisende beschäftigt haben und somit nicht als bloße Fiktion zu gelten brauchen.

Eine finanziell unangenehme Überraschung erlebt der Erzähler bereits auf der ersten Etappe seiner Reise. Eine nicht weiter benannte Person hat ihm in Aussicht gestellt, die Reise »gratis« (S. 8) zu machen, d. h. wohl, die Kosten für ihn zu übernehmen. Zunächst frohlockend, da er sich so eine Ersparnis von mindestens zehn Talern verspricht (»dix bon ecus«), ist er umso enttäuschter, dass ihn die Reise schließlich zehn Dukaten, also ungefähr die doppelte Summe³⁰ kostet (S. 8). Hierbei scheint es sich um die Gesamtkosten der Reise zu handeln; wie viel für die einzelnen Etappen und Übernachtungen zu bezahlen war, erfahren wir außer bezüglich Bremens nicht.

Auch an anderer Stelle beschwert sich Clément über das Geld, das er ausgeben muss, und zwar weil es ihm in Anbetracht der Gegenleistung zu viel erscheint. Für eine Woche im *Cigne* werden ihm vier Taler berechnet; angesichts der bereits angesprochenen schlechten Verpflegung zieht er daraufhin den *Empereur* vor, wo man sich für etwa zehn Taler (»de bons écus une dixaine«) einen ganzen Monat lang einmieten kann; für eine Woche sind sieben lübische Mark zu bezahlen (S. 62).

Die Brandmarkung schlechter Verköstigung stellt einen Topos burlesker Literatur dar und darf daher nicht generell für bare Münze genommen werden. Dennoch dürfte auch hier Cléments Darstellung nicht völlig aus der Luft gegriffen sein; Kritik an der Verpflegung in Gasthöfen wird auch in zahlreichen nicht-burlesken und daher glaubwürdigeren Reiseberichten geäußert.³¹ In Korsør serviert man neben Äpfeln, Birnen, Suppe und Braten auch verschimmelten Käse (S. 9).³² Entsprechend der bereits genannten lobenden Darstellung der Stadt Hamburg ist dort indes die Tafel anders gedeckt – zugegebenermaßen anlässlich eines Festes und nicht in einem gewöhnlichen Gasthaus: »quantité de belles viandes / Tres delicates & friandes / Des biscuits & des Masse-pains, / Pâtes, anis & muscadins, / Et des petites Tartelettes, / Enfin jusques à des noisettes. / Le tout étant ainsi posé / L'on aporta du vin rosé, / Qui me rejoüit fort la veüe [der meinen Anblick sehr erfreute]« (S. 29). Weniger schmackhaft ist das Essen im Bremer *Weißer Schwan* (S. 47): »un

30 Vgl. Schwarzwälder, *Reisen und Reisende* (wie Anm. 17), S. 274. Zur Frage der Reisekosten vgl. auch Harald Witthöft, *Reiseanleitungen, Reisemodalitäten, Reisekosten im 18. Jahrhundert*, in: Boris I. Krasnobaev (Hg.), *Reisen und Reisebeschreibungen im 18. und 19. Jahrhundert als Quellen zur Kulturbeziehungsfor-*schung, Berlin 1980, S. 39 - 50.

31 Mehrere Beispiele in Schwarzwälder, *Reisen und Reisende* (wie Anm. 17), S. 74. Über die Privathäuser der Bremer Bürger schreibt hingegen Gualdo Priorato 1663: »Die Bewirthung in ihren Häusern ist köstlich«, zitiert nach Motz, *Bremen 1663* (wie Anm. 19), S. 22.

32 Vgl. den Bericht des Justus Lipsius von 1586 (zitiert nach Schwarzwälder, *Reisen und Reisende* (wie Anm. 17), S. 231): »Extremum ferculum caseus fuit: sed ita putridus, ut difflueret. Hoc ipsum tamen illi habent, ut cerebrum Jovis.«

ragoût fort miserable«, »cette forte méchante chere [dieses üble Mahl]«.³³ Auch werde in dieser Stadt nur selten Wein getrunken (S. 50: »tous les cents ans une fois«³⁴), wohingegen Bier das übliche Getränk sei. Explizit wird »bierre de Minde« genannt. Dass dieses vorrangig serviert wurde, ist glaubhaft: »Seit dem dreißigjährigen Kriege trat das Mindener Bier an die erste Stelle und wurde bald so beliebt, dass es bei keiner Hochzeit oder anderen festlichen Gelegenheiten mehr fehlen durfte.«³⁵ Clément ist von diesem Bier weniger angetan: es schmeckt nach Truthahnkot (S. 65). Des Weiteren beeindrucken Clément die Massen an Käse und Pökelhering, die täglich am Hafen ausgeladen werden.³⁶

Begleitet werden gemeinschaftliche Mahlzeiten von verschiedenen Diverissements. Auf dem Fest im Hamburg, das vornehmlich von Franzosen besucht zu sein scheint, werden nach dem Essen reihum Vaudevilles und andere Lieder angestimmt (S. 31), darunter »Réveillés-vous, belle endormie«.³⁷ Im Anschluss wird getanzt: »deux ou trois courantes«³⁸ (S. 32), »le menüet /

33 Ganz anderes berichtet der päpstliche Nuntius Giacomo Faustuzzi 1652 (zitiert nach Herbert Schwarzwälder, Bremen im 17. Jahrhundert. Glanz und Elend einer alten Hansestadt, Bremen 1996, S. 106): »Wir logierten mit der ganzen Gesellschaft im Gasthof zum Weißen Schwan, wo wir recht gut bewirtet wurden von einem Wirt, der ein Ehrenmann war und uns am Freitag vormittag [...] ein gutes Mittagessen ganz aus Fischen bereitete.«

34 Hierbei handelt es sich um eine zweifelsfreie Übertreibung; bspw. wurde im Ratskeller durchaus Wein ausgeschenkt, vgl. Hermann Entholt, Der Bremer Ratskeller, Bremen 1929, S. 29 – er gehört zu den ältesten Weinkellern Deutschlands. Mit Wein wurde auch Ludwig Friedrich von Württemberg bewirtet, der Bremen im Juli 1610 besuchte (s. Schwarzwälder, Reisen und Reisende (wie Anm. 17), S. 453), ebenso berichtet Gualdo Priorato 1663 von mannigfaltigem Weinausschank in Bremen (s. Motz, Bremen 1663 (wie Anm. 19), S. 14). Um das kulturelle Gefälle zwischen Bremen und Frankreich zu unterstreichen, lässt der Erzähler wie beiläufig die Burgunderweine (»vins de beaune«) einfließen, die sich vor dem gelben Wasser der Weser in Acht nehmen müssen.

35 Entholt, Ratskeller (wie Anm. 34), S. 29.

36 Vgl. auch Martin Zeiller / Matthäus Merian, Topographia Saxoniae inferioris, Frankfurt 1653, S. 55 a. Gualdo Priorato schreibt 1663 zum Fischhandel: »Da durch ein besonderes Privileg die Hansestädte allein die geräucherten und gesalzenen Fische, die aus Norwegen, Holland und anderen Gegenden kommen, in allen Theilen des Reichs verkaufen und vertreiben dürfen, so ziehen bei dem starken hiesigen Handel die Bürger einen bedeutenden Gewinn aus diesem Artikel«, vgl. Motz, Bremen 1663 (wie Anm. 19), S. 17. Auf dergleichen präzise Informationen stößt man in der *Relation* indes nicht.

37 Vgl. Joseph Canteloube, Anthologie des chants populaires français, tome 2: Savoie, Dauphiné, Lyonnais, Auvergne, Guyenne, Aunis, Saintonge, Angoumois, Paris 1951, S. 336.

38 »Der erste regelmäßige Gesellschaftstanz war die Courante, welche nach einer höchst einfachen Melodie im Dreivierteltact getanzt wurde [...]. Die Zierlichkeit in der (Gang-)Tanzart der Courante bekundet sofort den Sinn der Franzosen für das Gewandte, Leichte und Graziöse [...].« Rudolph Voß, Der Tanz und seine Geschichte. Eine kulturhistorisch-choreographische Studie. Mit einem Lexikon der Tänze, Erfurt 1868, S. 65.

Et le passe-pié³⁹ de Bretagne / Comme on le danse an Alemagne, / C'est-à-dire toûjours trottant« (S. 33 f.) – diesen Seitenhieb auf die deutsche Trägheit kann sich Clément nicht verkneifen. Nicht durchsetzen kann sich dagegen der *sieur de Belleville* mit seinem Vorschlag, »Taler, Taler, du musst wandern« zu spielen (S. 33). Stattdessen wird der Tanz von einer Kostümierung der Gäste unterbrochen.

Der Neuankömmlingen gelegentlich auferlegten »ceremony of giving salt to swear by«, von der Fynes Moryson 1592 berichtet⁴⁰, muss sich Clément nicht unterwerfen. Zwei andere Gebräuche, die die Mahlzeit begleiten, lernt er aber im *Empereur* kennen. Zunächst wird aus Höflichkeit möglichst lange gezögert, bevor man einen festen Platz einnimmt (S. 63); sodann gilt es, nicht der erste zu sein, der sich ans Essen macht: »Même toute la Compagnie / Fait une autre ceremonie, / A qui sera le premier fat / Qui portera la main au plat [wer wohl der erste Schnösel sei, der Hand an die Mahlzeit legt]« (S. 63 f.). Nachdem schließlich doch die Tafel eröffnet worden ist, wird ein Trinkspiel durchgeführt: »on boit par alphabet. / Et l'on peut conter une histoire« (S. 64). Da die zugehörigen Geschichten teilweise von ermüdender Länge bzw. Inhaltsleere sind und die übrigen Gäste in der Zwischenzeit darauf warten müssen, selbst an die Reihe zu kommen, erachtet der Erzähler diesen Brauch als »le plus insupportable« (S. 64 f.).

Ein anderes Spiel, das Clément mit seinen Begleitern zum Zeitvertreib spielt, ist das Kartenspiel Labet oder Zwicken (S. 9: »Nous jouames tous a la bête«), das im 17. Jahrhundert auch im deutschsprachigen Raum verbreitet war.⁴¹

Die von Clément aufgesuchten Unterkünfte bzw. Nachtlager scheinen von unterschiedlicher Qualität gewesen zu sein. Das erste Quartier – äußerlich zweifelhaft (»Moitié château, moitié taudis [Loch, Saustall]«, S. 8) – überzeugt innen durch seine Sauberkeit, die sich bis auf die »secrets« erstreckt, was sicherlich keine Selbstverständlichkeit darstellte. Dieser Aspekt des Komforts kann aber nicht verhindern, dass die nächtliche Ruhe nur bedingt erholsam ist: Zu sehr schmerzen die Glieder von der Fahrt auf holprigen Wegen (vgl. unten). Andernorts sind es die Betten selbst, die dafür verantwortlich sind, dass Clément wenig Schlaf findet (S. 17: »L'on dort peu dans ces lits ici.«). Hieraus auf eine schlechte Qualität der Betten in der Region generell zu schließen, verbietet sich jedoch; Schwarzwälder führt eine Reihe von Belegen auf, wo Reisende die Schlafstätten ausdrücklich loben.⁴² Gelegentlich bildet natürlich auch bloßes Stroh die Unterlage (*Relation* S. 24). Leider ist der letzte Eindruck, den Clément von Bremer Betten mitnimmt, kein guter (S. 66 f.): Im *Empereur* gibt es Wanzen, er versinkt im zu voluminösen Kopfkissen,

39 »Passepiéd: 3/4 auch 3/8 Tact, in zwei oder mehreren Theilen zu 8, 16 oder noch mehr Tacten; ist der Menuet ähnlich, aber munterer als diese« (ebd., S. 324). Beide Tänze waren laut Voß in der Mitte des 17. Jahrhunderts in Deutschland weit verbreitet, vgl. ebd., S. 145.

40 Vgl. Schwarzwälder, *Reisen und Reisende* (wie Anm. 17), S. 324: »Salz geben, um sich einzuschwören«.

41 Vgl. Manfred Zollinger, *Geschichte des Glücksspiels*, Wien 1997, S. 313.

42 Schwarzwälder, *Reisen und Reisende* (wie Anm. 17), S. 326, 527.

während die Laken nur die Größe von Handtüchern haben, und an ein bequemes Liegen ist nicht zu denken.

»Sieht man einmal von den Schilderungen ab, die das Innere von Gasthöfen beschrieben, so findet man nur selten die Menschen in ihrem häuslichen Rahmen dargestellt; denn die Reisenden hatten ja im allgemeinen keinen Zugang zu den Wohnungen«, resümiert Schwarzwälder.⁴³ Bei Clément verhält es sich im Wesentlichen nicht anders, abgesehen vom noch zu behandelnden Privatbesuch bei Bertrand de la Coste; ein weiteres Mal wird er jedoch in ein Privathaus eingelassen, als er nämlich in der Nähe von Flensburg verzweifelt ein Nachtquartier sucht (S. 22 f.). Die Bewohner zeichnen sich, wie bereits berichtet, durch ihre Gastfreundschaft aus, denn obwohl sich unvermittelt noch drei Kumpane zu Clément gesellen, werden alle vier freundlich aufgenommen und reich beköstigt (»ma Maîtresse / qui de manger d'abord me presse«), bevor ihnen ein Nachtlager bereitet wird.

Der bereits genannte Grund für die Knappheit der Unterkünfte, nämlich die Anwesenheit des Grafen von Oxenstierna, dessen Familie und Gefolge quasi das ganze Dorf in Beschlag genommen haben, bekräftigt im Übrigen Schwarzwälders Feststellung, wonach »auch Fürsten und Adlige eine Fülle von Berührungspunkten mit Angehörigen der Unterschicht hatten. Mochte eine Abschirmung des Hochadels in den Residenzen noch möglich sein, auf der Reise wurde sie weitgehend aufgehoben.«⁴⁴

Die geringe Qualität der Wege wurde bereits angesprochen; vgl. auch hierzu Schwarzwälder: »Die Straßen waren bis in die Napoleonische Zeit nicht gepflastert, sondern führten im allgemeinen über den gewachsenen Boden. [...] Der Zustand der Straßen brachte selbst vornehme Reisende mit ihren schweren Wagen in Gefahr. [...] der Wagen konnte auch umgeworfen werden.«⁴⁵ So verhält es sich laut Clément auch innerhalb Bremens, unmittelbar hinter dem Stadttor: »Un chemin sale, & plein de trous / Me secoüa tant le derriere [rüttelte mir dermaßen den Hintern durch] / Que j'en sentis douleur amere« (S. 44). Schwarzwälder hält weiterhin fest: »Unsicherheit auf den Straßen wurde nicht nur durch deren Zustand verursacht, sondern auch durch Straßenräuber, die allerdings längst nicht so häufig waren, wie man es sich im allgemeinen vorstellt«⁴⁶. Nichtsdestoweniger weiß Clément von vier Mitreisenden zu berichten, die von angeblichen Meuchelmördern nicht nur ausgeraubt, sondern auch körperlich misshandelt wurden (S. 26).

Der Einlass in die Städte wurde Fremden begreiflicherweise nicht ohne Weiteres gewährt, wobei Clément es ebenso begreiflicherweise nicht versäumt, die sich ihm zunächst in den Weg stellenden Wachen zu karikieren. In Nyborg sind es »Nichtsnutze« und »Grobiane« (S. 15), in Bremen »Ohrfeigen-gesichter« (S. 43), Infanteristen, die wie Frischlinge verdreckt sind, und ein Greis mit nur einem Stiefel.

43 Ebd., S. 43.

44 Ebd., S. 79.

45 Ebd., S. 64 f.

46 Ebd., S. 68.

Eine weitere interessante Frage ist diejenige der Verständigung. Die einheimische Bevölkerung »sprach am Ende des 16. Jahrhunderts noch im allgemeinen Niederdeutsch. Die meisten Stadtbewohner dürften freilich Hochdeutsch verstanden, wenn auch nicht gesprochen haben«⁴⁷; für das Ende des 17. Jahrhunderts dürfte diese Feststellung, namentlich was die ländliche Bevölkerung betrifft, allenfalls geringfügig zu korrigieren sein. Clément gibt selbst an, dass ihn ein Bremer Torwächter »en plat allemand« zum Anhalten auffordert (S. 43).⁴⁸ Des Niederdeutschen scheint der Erzähler indes selbst durchaus mächtig, denn bei der bereits mehrfach erwähnten Quartiersuche nahe Flensburg kann er dem aufnehmenden Dorfbewohner antworten (S. 22: »Je repondis en son patois«).⁴⁹ Angesichts seines Aufenthaltes in Norddeutschland seit spätestens 1664 ist dies durchaus plausibel.

Auch sonst scheint die Verständigung namentlich in den Bremer Gasthäusern, wo Clément allein einquartiert ist, kein Problem dargestellt zu haben; für die einfachen Gäste, deren Ess- und Trinkspiele er über sich ergehen lässt, ist kaum anzunehmen, dass sie Französisch sprachen. Anders verhält es sich wahrscheinlich mit den Gastwirten und höherstehenden Persönlichkeiten, vgl. von Bippin bezüglich des 17. Jahrhunderts: »Immer mehr wurde die Kenntnis der französischen Sprache zu einer Forderung, der diejenigen, die am öffentlichen Leben teilnehmen wollten, sich nicht entziehen konnten.«⁵⁰

»Bisweilen hatten die Reisenden erhebliche Schwierigkeiten, den Menschen in fremden Regionen Verständnis entgegenzubringen«, hält Schwarzwälder fest⁵¹; dies äußert sich bisweilen auch in der Art der Darstellung der Bewohner der bereisten Orte. Es kann nicht überraschen, dass Cléments Reisebericht »En vers Burlesques« sich auf die seiner Meinung nach kritik- bzw. spottwürdigen Eigenheiten der Einheimischen konzentriert, wobei der Spott gelegentlich geradezu boshaft erscheint und eine starke Verallgemeinerungstendenz zu beobachten ist.⁵²

47 Ebd., S. 62.

48 Hierbei dürfte es sich um den ersten Beleg der Lehnübersetzung *plat allemand* im Französischen handeln.

49 Kreativ geht Clément mit deutschen Wörtern in seinem Text um, was ebenfalls für eine gewisse Beherrschung der Sprache spricht; so reimt er »Ainsi fûmes-nous sur le Belt / Avec nos coffres pleins de gelt« (S. 11); »Ordinairement ces chanteuses / Sont de veritables coureuses [Flittchen], / Qui pour une groche, ou grochu / Font leur pôvre mari cocu [betrogen, gehört]« (S. 49 f.); zur Interpretation von *Gaste* in »Parlons plutôt de nôtre Gaste / Qui se fit avec bien du faste« (S. 29) s. Vf., Deutsches Sprachgut im Französischen. Aspekte lexikalischer Transferenz im 17. und 18. Jahrhundert, Marburg 2004, S. 75. Die Mischung lexikalischer Systeme hat weiterhin einen stilistischen Effekt: »les mots étrangers, par leurs sonorités, par leur spécialisation, par l'incompréhension qu'ils suscitent, font bizarre«, Nédélec, Les états (wie Anm. 25), S. 230.

50 Wilhelm von Bippin, Geschichte der Stadt Bremen, Bd. 3, Halle / Saale und Bremen 1904, S. 205.

51 Schwarzwälder, Reisen und Reisende (wie Anm. 17), S. 78.

52 Vgl. Requemora, Littérature et voyage (wie Anm. 20), S. 767: »La curiosité pour l'ailleurs relève d'un véritable phénomène de société qui se traduit par un effort

An den Bremern fällt dem Erzähler insbesondere ihre Trinklust auf. Auf dem Marktplatz werden große Reden geschwungen, die jedoch stets von intensivem Alkoholgenuss begleitet sind (S. 51: »Mais tout manque sans la bouteille«). Es verwundert nicht, dass dies oftmals in Gewalt endet: »Mainte & mainte fois l'on a veu / Finir ces debauches crüelles / Par de tres sanglantes querelles« [immer wieder hat man diese grausigen Ausschweifungen in blutigem Streit enden sehen] (S. 50). Dass Clément selbst dem Alkohol durchaus zugetan ist (vgl. S. 24), hält ihn nicht davon ab, das Verhalten der Bremer als die genannte »Ausschweifung« zu brandmarken.⁵³ Dieses kann sogar dazu beitragen, das persönliche Vermögen erheblich zu vermindern: Beispielsweise hat ein Tuchhändler seiner verstorbenen Tante eine großzügige Rente zu verdanken, doch »si ce n'eût été Bacchus / Il en auroit bien d'avantage« [wenn Bacchus nicht wäre, hätte er noch viel mehr davon] (S. 56 f.).

Ein weiteres Charakteristikum, das Clément den Bremern zuschreibt, ist ihre geistige Beschränktheit. Die leeren Reden während der Mahlzeit (S. 65: »ce bel entretien / Qui ne veût du tout dire rien«) kamen bereits zur Sprache; auch auf dem Marktplatz sind keine feingeistigen Gespräche zu erwarten: »La douce conversation / Ne peut de cette Nation / Purifier l'humeur trop noire, / Il faut que l'on parle de boire« (S. 51). Ironisch fasst Clément seine Lage in Bremen daher wie folgt zusammen: »Voiés la satisfaction / D'être sans conversation, / Sans cesse dans l'ivrongnerie [dauernd umgeben von Trunksucht], / Sans aucune galanterie« (S. 67) – ein besonders vernichtendes Urteil im 17. Jahrhundert, in dem die *galanterie* als gesellschaftliches Verhaltensideal besondere Bedeutung gewann. Weiterhin ist die Ankunft eines Fremden für viele Einwohner angeblich Grund genug, ihre Mahlzeit stehen zu lassen, um ihm auf der Straße hinterherzugaffen – manche verbringen damit »la moitié de leur vie« (S. 45).⁵⁴

In der Bremer Neustadt sollen die Frauen »pour une groche« (S. 49) bereit sein, ihren Mann zu betrügen. Inwiefern hieraus auf systematische Prostitution zu schließen ist, kann hier nicht entschieden werden; die von Schwarzwälder gesammelten Reiseberichte enthalten hierzu keine Angaben, was aber angesichts des zumeist offiziellen Charakters dieser Texte nicht verwunderlich ist.

de rationalisation et conceptualisation de l'inconnu, mais reste fasciné par le merveilleux exotique et développe toute une nouvelle ›imagologie‹. L'étude des types aboutit à des stéréotypes simplistes: le Turc est amoureux ou cruel, l'Espagnol orgueilleux, le Maure porté au vice, etc.« Die Bremer erschienen Clément zwar wahrscheinlich nicht »exotisch«, doch »faszinierte« ihn offenbar durchaus ihre Andersartigkeit, die er in der Narration klischeehaft umsetzt.

53 Gleiches lässt sich im Übrigen bei Pierre Le Jolle beobachten: »Bien que lui-même porté sur la bouteille, notre auteur ne peut admettre l'habitude des Hollandaises d'avalier dans leur journée dix, douze et jusqu'à quatorze petits coups d'Aquavit«. Morineau, Pierre Le Jolle (wie Anm. 24), S. 403.

54 Wie unterschiedlich die Reiseeindrücke (oder sind es doch nur die Erzähl-Absichten?) ausfallen können, zeigt erneut der Vergleich mit Gualdo Prioratos Bericht von 1663: »Die Bremer sind sehr gebildete und feine Leute, wie das bei Männern natürlich ist, welche durch Handelsgeschäfte viel mit fremden Nationen

Differenziertere Schilderungen der sozialen Zustände – bspw. der in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zunehmenden städtischen Armut⁵⁵ – liefert die *Relation* nicht. Die Bevölkerung bezeichnet Clément pauschal als »verfluchtes Gesindel« (S. 67).⁵⁶ Allerdings ist auch sein Urteil anderen Nationen bzw. ihren Gebräuchen gegenüber wenig nuanciert; als Gäste im *Empereur* ihren Leibwinden freien Lauf lassen, stellt er fest: »C'est la maniere de Holande« (S. 65).

Kontakte

Auf seiner Reise kommt Clément mit mehreren adligen Persönlichkeiten in Berührung. Zunächst ist es der besagte *Conte D'Oxestern* (S. 19), der als »Seigneur / D'un caractere Ambassadeur« bezeichnet wird und gerade aus Wien zurückgekehrt ist. Aufgrund dieser Beschreibung wird es sich um den schwedischen Diplomaten Bengt Gabrielsson Oxenstierna (1623–1702) handeln, der sich tatsächlich kurz zuvor in Wien aufgehalten hatte.⁵⁷ Dieser *Ambassadeur* unterhält sich eingehend mit jenem, in dessen Gefolge sich Clément zu diesem Zeitpunkt noch befindet. Über konkrete Inhalte erfährt der Leser jedoch nichts, da die Erzählung hier ins ausschließlich Burleske abgeleitet; die beiden »plappern wie einäugige Elstern« (S. 20). Interessant sind hingegen die Angaben über das Gefolge Oxenstiernas: laut Clément wird dieser »Conte d'élite« von 114 oder 115 Dienern begleitet sowie von seiner Frau und deren oder seinen zwei Schwestern (von denen eine dem Erzähler zuzwinkert). Diese hohe Zahl ist schwerlich nachzuprüfen, doch vielleicht angesichts der Bedeutsamkeit der Person nicht unplausibel. Zum Vergleich befanden sich im Gefolge des Herzogs von Södermanland im Jahr 1618 30 Personen⁵⁸, die politisch bedeutsame Gesandtschaft des hamburgischen Ratsherren Eberhard Esich 1599 bestand dagegen nur aus 13 Personen.⁵⁹

In Hamburg besucht Clément eine »Contesse de Konismar«, die er in ungewohnter Galanterie beschreibt: »Mais en bonté la plus feconde / Qui soit peut-

in Berührung kommen und deren Sitten annehmen. Daher rührt's, dass sie sehr gut mit den Fremden zu verkehren wissen, dass sie von denselben geliebt und mit grossen Gunstbezeugungen aufgesucht werden«. Motz, Bremen 1663 (wie Anm. 19), S. 21.

55 Vgl. Schwarzwälder, Bremen im 17. Jahrhundert (wie Anm. 33), S. 102.

56 Vgl. den Bericht des Justus Lipsius, der die Oldenburger »homines semi-homines« nennt. Zitiert nach Schwarzwälder, Reisen und Reisende (wie Anm. 17), S. 230.

57 Vgl. die daraufhin veröffentlichten *Novissima, Legati Suecici, Comitibus Benedicti ab Oxenstierna, Viennae Austriae, In Aula Caesarea, Degentis Acta: a mense Novembri anni praeterlapse 1674. ad Ianuarius anni cum Deo incepti 1675*, deutsch: Deß Ihrer Königlichen Majestät in Schweden anitzo am Kaiserl. Hof zu Wienn in Oesterreich anwesenden Abgesandten Herrn Grafen Oxenstierns vorgestellte bisherige neueste Friedens-Handlungen: Vom November des verflorbenen 1674. Jahrs/ bis auf den Jenner des itzt mit Gott angefangenen 1675. Jahrs; Aus dem Lateinischen in das Teutsche versetzt, o. O. 1675.

58 Schwarzwälder, Reisen und Reisende (wie Anm. 17), S. 555.

59 Ebd., S. 404.

être dans le monde. / [...] Et je vous jure sur mon ame / Qu'elle me fit autant d'honneur / Que si j'eusse été [wäre gewesen] grand Seigneur« (S. 28 f.).

Zwei historische Personen kommen für die Identifizierung in Betracht. Zum einen ist dies Marie Christine von Wrangel (1628–1691), die Tochter des schwedischen Feldmarschalls Hermann von Wrangel, die mit Kurt Christoph Graf von Königsmarck (1634–1673) verheiratet war und daher zu Recht als »Contesse« zu betiteln wäre. Marie Christine von Wrangel zog indes nach dem Tod ihres Mannes im Jahr 1673 nach Stockholm⁶⁰; allerdings könnte sie durchaus noch einmal nach Hamburg gereist sein – Clément erläutert leider nicht die genaueren Umstände ihrer Begegnung.

Ebenso gut kann es sich daher bei der *Contesse de Konismar* um die Schwester des o.g. Kurt Christoph handeln, Beata Elisabeth de la Gardie (1637–1724). Sie war die Tochter des schwedischen Feldmarschalls (ab 1655) Hans Christoph von Königsmarck (1600–1663), der 1650 zum Grafen von Westerwyk und Stegholm ernannt wurde⁶¹; 1655 heiratete sie den schwedischen Grafen Pontus de la Gardie. Somit ist der Gräfinnentitel hier gleich zweifach erklärbar. Abgesehen davon, dass sie zwei Töchter hatte⁶², waren nähere Informationen über ihre Biographie bzw. ihre Aufenthaltsorte im vorliegenden Rahmen nicht zu ermitteln.

Eine weitere Adlige der Region sucht Clément schließlich in Bremen auf. Bei der Wirtin der *auberge du Cigne* erkundigt er sich nach dem Aufenthaltsort der »Contesse de Wissenwoulf« (S. 47), welche zweifelsfrei als Elisabeth von Ungnad-Weißenwolf (1603 oder 1614–1683) zu identifizieren ist, einer österreichischen Freifrau (Freiin zu Sonnegg) und Hofdame Julianes von Hessen-Darmstadt, der Frau des Grafen Ulrich II. von Ostfriesland (1605–1648). Mit Graf Anton Günther von Oldenburg (1583–1667) hatte Elisabeth einen uneheleichen Sohn, den späteren Grafen Anton I. von Oldenburg (1633–1680).⁶³ Als »Contesse« wird sie Clément weniger aufgrund dieser illegitimen Beziehung mit Anton Günther bezeichnet haben als vielmehr aufgrund der Tatsache, dass sie zum Geschlecht der Grafen von Weißenwolf gehörte.⁶⁴

60 Vgl. Karl Ernst Hermann Krause, Königsmarck, Kurt Christoph Graf von, in: Allgemeine Deutsche Biographie, herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 16, Leipzig 1882, S. 531 f.

61 Vgl. Historisch-heraldisches Handbuch zum Genealogischen Taschenbuch der gräflichen Häuser, Gotha 1855, S. 449. In seiner Funktion als schwedischer Generalleutnant organisierte Hans Christoph von Königsmarck im Juli 1653 den schwedischen Angriff auf Bremen. Vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 1 (wie Anm. 2), S. 354.

62 Vgl. Herbert Riebau, Persönlichkeiten aus dem Geschlecht derer von Königsmarck, in: Altmark-Blätter. Heimatbeilage der Altmark-Zeitung, 14. Jahrgang, Nr. 47 (2003), S. 186.

63 Vgl. Johann Friedrich Ludwig Theodor Merzdorf, Anton Günther, Graf von Oldenburg, in: Allgemeine Deutsche Biographie, herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1, Leipzig 1875, S. 491 ff.

64 Vgl. Johann Hübners neu vermehrtes und verbessertes reales Staats-Zeitungs- und Conversations-Lexikon, Wien 1780, S. 1460 a: »die Reichsgrafen von Weissen-

Nachdem sie Julianes Hof in Aurich bzw. Sandhorst verlassen musste, lebte Elisabeth laut Raven⁶⁵ bis 1659 in Bremen, wohin sie ihr Sohn Anton brachte, hernach in Varel; doch wird sie von dort aus noch oft die Reichsstadt aufgesucht haben, so dass sie dort 1676 Clément begegnen konnte. Dieser beschreibt sie a. a. O. elogiös als »Dame d'esprit & de renom, / Et même l'on dit qu'à son âge / Il est peu de femme plus sage.« Diese Charakterisierung mag man zumindest hinterfragen, denn nach dem Tod Ulrichs und Julianes Übernahme der Vormundschaft für ihren Sohn Enno Ludwig »wurde deren Freundeskreis zum Küchenkabinett, das an der gräflichen Regierung vorbeiwirtschaftete, aber von der Sache wenig verstand«, was zu teilweise anarchischen Zuständen führte, bis Enno 1651 die Regierungsgeschäfte übernahm.⁶⁶ Es ist durchaus anzunehmen, dass nicht nur ihr Gatte Johann Mahrenholz, sondern auch Elisabeth selbst an der beschriebenen Misswirtschaft aktiv beteiligt war: »Als enge Vertraute der Gräfin Juliane [...] spielten die beiden Eheleute [...] eine einflussreiche Rolle am Auricher Hof.«⁶⁷ Vielleicht konnte Clément bei ihr jedoch eine gewisse Altersweisheit feststellen.

Humoristischer ist der zweite Teil der Schilderung: »Elle a prés de quatre vints ans / Et mange encor avec ses dents« – wobei dies in jener Zeit sicherlich tatsächlich bemerkenswert war. Die Altersangabe ist nicht ganz exakt: 1676 war Elisabeth zwischen 62 und 73 Jahre alt. Weiterhin stellt Clément die Gräfin als überzeugte Calvinistin dar, »Qui n'a jamais été Papiste / Tant elle hait le nom romain« (S. 48).⁶⁸ Dies hält ihn als Katholiken jedoch nicht davon ab, sie mit dem Anliegen aufzusuchen, ihn in Bremen zu beherbergen; dies kann man daraus schließen, dass sie ihn dazu auffordert, sich in der Stadt selbst eine Unterkunft zu suchen – das Ergebnis der Unterredung ist daher »plus qu'un petit deüil« [eine mehr als kleine Trauer] (ebd.).

Über den o.g. Grafen Anton von Aldenburg weiß Clément zu berichten, dass er ungern ins Kloster gehen würde (S. 47: »Qui ne veüt pas se faire Moine«), wobei er ihm seine Beweggründe nicht mitgeteilt habe. Ob diese Bemerkung ernst zu nehmen ist, sei dahingestellt; jedenfalls ist von Anton nicht bekannt, dass er beispielsweise eine besonders große Zahl unehelicher Kinder gehabt hätte, so dass etwa sein Lebenswandel gesittetem, gottgefälligem Benehmen widersprochen hätte. In jedem Fall hatte er legitime Nachkommen mit Auguste von Sayn-Wittgenstein (1638–1669)⁶⁹, die er 1657 heiratete.

wolf haben ihre Güter in den österreichischen Landen, und führen alle den Zunamen Ungnad.«

65 Mathilde von Raven, Elisabeth von Ungnad. Historischer Roman, Der Quell, Bd. 36, Leipzig [Erstausgabe 1875] 1938, S. 318; s. a. Heinrich Borgmann, Elisabeth von Ungnad und Sara Margarete Gerdes. Zwei Frauenschicksale am Oldenburger und Vareler Hof, in: Oldenburgische Familienkunde, Jahrgang 11, 1969, Heft 4, S. 74–84.

66 Vgl. Martin Tielke (Hg.), Biographisches Lexikon für Ostfriesland, Bd. 3, Aurich 2001, S. 282.

67 Vgl. Hans Friedl u. a. (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1992, S. 764 b.

68 Bereits Elisabeths Vater war durch seine protestantische Haltung im Habsburgerreich unangenehm aufgefallen, vgl. Tielke, Biographisches Lexikon (wie Anm. 66).

69 Von Raven, Elisabeth von Ungnad (wie Anm. 65), S. 318.

Cléments Kontakte mit Adligen beschränken sich auf die hier genannten Personen. Eine weitere prominente Figur seiner Zeit sucht er jedoch in Hamburg auf, und zwar den bereits erwähnten Bertrand de la Coste. Da er diesen und dessen Einbildungskraft gut zu kennen scheint⁷⁰, wird der Besuchte zum Opfer einer bissigen Gelehrtensatire.

Der Protestant und vormalige Artilleriecolonel Bertrand de la Coste war ein zu jener Zeit relativ bekannter Ingenieur und Mathematiker, der zeitweilig in Diensten des Kurfürsten von Brandenburg – zu dieser Zeit der »Große Kurfürst« Friedrich Wilhelm – stand, dessen wissenschaftliche Betätigung jedoch nur bedingt ernst zu nehmen war.⁷¹ Nachdem er sich 1663 in Hamburg niedergelassen hatte, versuchte er sich an der Quadratur des Kreises⁷² und war überzeugt davon, nach langjähriger Forschung im Jahr 1669 das Geheimnis der immerwährenden Bewegung ergründet zu haben⁷³ und in Form einer *Machina Archimedis* zu beherrschen.⁷⁴ Auch das Problem der Dreiteilung jeglicher Winkel, das Mathematiker seit der Antike beschäftigte – und deren Unmöglichkeit Pierre Wantzel 1837 bewies – glaubte de la Coste gelöst zu haben (vgl. das unten genannte Werk von 1676).

Gleichzeitig fühlte sich de la Coste bemüßigt, die Unfähigkeit namentlich der Mitglieder der Pariser *Académie des Sciences* (gegründet 1666) herauszustellen, wie aus den Titeln seiner Bücher erhellt: *Le Reueil matin fait par Monsieur Bertrand pour reueillir les prétendus sçavans Matematiciens de l'Académie royale de Paris, Hamburg 1674*; *Ce n'est pas la mort aux rats ny aux souris, mais c'est la mort des matématiciens de Paris, et la démonstration de la trisection de tous triangles, Hamburg 1676*. Dieser verbitterte Ton stand in Zusammenhang mit einer für ihn demütigenden Befragung im Zuge der geplanten Vorstellung seiner *Machina Archimedis* vor den *académiciens* in Paris.⁷⁵ Als Gegenentwurf ließ er eine eigene fiktive Akademie entstehen – auf dem Frontispiz des o.g. *Reueil matin* steht: »Imprimé par Bertrand, Libraire ordinaire de l'académie Bertrand« –, deren Mitglieder (»Atanai Bertrand, Ouran Bertrand, Herr Bertrand, Milord Bertrand, Monsieur le Directeur Bertrand

70 Er trifft in Hamburg offenbar nicht zum ersten Mal mit ihm zusammen: »Nous y vîmes le personnage / Que je trouvai deux grains moins sage / Qu'il ne m'avoit parû jadis« (S. 35).

71 Vgl. Eugène et Émile Haag, *La France protestante ou Vie des protestants français qui se sont fait un nom dans l'histoire*, Bd. 6, Paris / Genf 1861, S. 180 b.

72 *Scheda de inventâ quadraturâ circuli*, Hamburg 1663; wiederum dargelegt in *Démonstration de la quadrature du cercle [...]*, ebd. 1666 und erneut 1677, daraufhin auch ins Niederländische übersetzt: *Klaar bewys van het quadraat des cirkels [...]*, Amsterdam 1677; vgl. Lachèvre, Pierre-Corneille Blessebois (wie Anm. 8), S. 91.

73 Dies äußerte er in einem Brief vom 30. Januar an den Diplomaten und Naturphilosophen Henry Oldenburg, vgl. www.iatul.org/conference/proceedings/vol07/papers/full/nfpaper.html.

74 Vgl. die von Friedrich Wilhelm noch am 12. Mai 1674 unterzeichnete »Approbation de la Machine d'Archimede«, abgedruckt im u.g. *Reueil matin* (nicht paginiert).

75 Vgl. Roger Hahn, *The Anatomy of a Scientific Institution. The Paris Academy of Sciences, 1666–1803*, Berkeley u. a. 1971, S. 142.

et plusieurs autres membres de l'Académie») in Dialogen die o.g. mathematischen Beweise führen.

Dementsprechend hat die spätere Forschung de la Coste charakterisiert als »mathématicien mystique, à idées au moins bizarres«⁷⁶, »cerveau un peu dérangé qui se flattait d'avoir résolu des problèmes insolubles«⁷⁷ oder »fou littéraire«.⁷⁸

Clément sucht de la Coste vorrangig auf, um ihm einen Brief eines nicht näher spezifizierten »signor batiste« (S. 37) zu übergeben, über dessen Inhalt ebenfalls nichts geäußert wird. Dem Erzähler zufolge wohnt de la Coste in Hamburg in einem Obergeschoss, in welches eine schlecht beleuchtete Treppe führt (S. 35). Sein Zimmer riecht nicht etwa nach Amber, sondern nach Tabak und Urin; da de la Coste die Kosten für Bedienstete scheut, wird das Zimmer nicht gereinigt (S. 36). Sein Geiz zeigt sich auch darin, dass er seinen nur mehr dreibeinigen Tisch nicht reparieren lässt und aus Gläsern trinkt, die nicht mehr in appetitlichem Zustand sind (S. 37). Die ganze Behausung ist äußerst armselig; an die mathematische Betätigung des Gastgebers erinnert lediglich ein Kompass (S. 38).

Clément hat genügend Zeit, die Kammer eingehend mit Blicken zu inspizieren, denn nach der Lektüre des Briefes verfällt de la Coste darauf, aus einem Buch eine Liste vorzutragen »D'une infinité de savans / Qu'il fait passer pour ignorans« (S. 37), bei denen es sich um Mitglieder der Pariser Akademie handelt. Während sein Begleiter, der bereits erwähnte und wieder zu ihm gestobene *sieur de Belleville*, »en homme sage« einfach einschläft, muss Clément den Sermon über sich ergehen lassen: »Je souffrois [= Je souffrais] comme un miserable« (S. 38). De la Coste beendet die Lektüre schließlich mit dem Schwur, dass sein Buch »auf den Flügeln der Verse im ganzen Universum bekannt wird« (S. 39).

Angesichts der von Clément erwähnten Kritik an den *académiciens* hat de la Coste hier nachweislich explizit aus seinen o.g. in Hamburg veröffentlichten Büchern vorgelesen. Konkret handelt es sich um einen Auszug aus dem just 1676 veröffentlichten *Ce n'est pas la mort aux rats*, wo es in einem fiktiven Epitaph heißt: »Cy gist [Hier ruht] ou NIGUET, ou NIGAUD / Alias Badin & Badaut, / Ce Matematicien si beau / Avoit de l'esprit comme un VEAV.«⁷⁹ De la Coste verreißt hier den »pauvre Niquet«, der zudem ein »mauvais musicien« gewesen sei (»cet orgueilleux violiste«), bevor er sich in der *Académie*

76 Albert Caillet, *Manuel bibliographie des sciences psychiques ou occultes*, Bd. 2, Paris 1912, S. 386 a.

77 Jules Gay in den *Analectes du bibliophile* 3, 1876, S. 133.

78 André Blavier, *Les fous littéraires*, Paris 1982, S. 435.

79 Zur generellen Kritik an der *Académie des Sciences* s. *Ce n'est pas la mort aux rats*, unpaginiertes Vorwort: »LOUIS le victorieux, cet Invincible Monarque [...], ayant erigé une Académie Royale pour les Mathematiques dans sa bonne ville de Paris [...], pensoit y auoir des savants & capables hommes dans cette faculté, mais au lieu de ceux-la, il y a trouué une société ou pour mieux dire une bande de gens qui meritent plustot le tiltre [Titel] de stupides faineants [...].« Nicht ohne Wortwitz schließt er ebenda eine Grabinschrift der »Pseudo-Matematiciens de Paris« mit der Zeile »Requiescant in pice« ab.

als noch schlechterer Mathematiker erwiesen habe (*Relation* S. 38). Die *Académie des Sciences* zählt tatsächlich unter ihren Mitgliedern den Mathematiker bzw. Geometer Antoine de Niquet (1641–1726), der ihr – zunächst als Eleve – von 1666 an angehörte.⁸⁰ »It was the 1672 war against the Dutch which brought Niquet [...] into the military service as an engineer«⁸¹ – auch de la Coste hatte sich wie erwähnt mit Kriegsmaschinerie beschäftigt (vgl. S. 34: »avec ses bombes & Mortiers«) und verachtete die Kenntnisse de Niquets.⁸²

Obwohl er die beiden Gäste auffordert, noch auf ein Bier bei ihm zu bleiben, brechen sie schließlich überstürzt auf.

Cléments zeitgenössisches Urteil über den seltsamen Gelehrten deckt sich mit denen späterer Jahrhunderte: »ce grand Matematicien / Dont l'air est un peu Magicien« (S. 34) ist für ihn ein »Archifoû personnage« (S. 37). Die Kritik an der *Académie des Sciences* (»cette Academie / Qui brille si fort à Paris«) scheint ihm lächerlich, da de la Coste sich auf »sots écrits [törichte Schriften]« und »arguments profanes« stützt (S. 34). So burlesk auch hier die Schilderung ist, so glaubwürdig ist sie im Ganzen angesichts der zeitlichen und bibliographischen Referenzen.⁸³

80 Vgl. <http://www.academie-sciences.fr/academie/membre/memN.pdf>. De Niquet arbeitete mit Vauban zusammen und war an der Konstruktion des Canal du Midi beteiligt.

81 David J. Sturdy, *Science and social status: the members of the Académie des sciences 1666–1750*, Woodbridge 1995, S. 130.

82 Zwischen S. 48 und 49 des *Reueil matin* findet sich zudem eine Zeichnung, die den Mathematiker Niquet als Esel darstellt. Auf den Folgeseiten wird er mit Worten verhöhnt (S. 50: »un certain commis nommé Niquet«). Ein noch prominenteres Opfer der beißenden Kritik de la Costes ist Pierre de Carcavi (um 1605–1684), der als einer der bedeutendsten Mathematiker und Geometer seiner Zeit galt. Auch für ihn – 1676 noch durchaus lebendig – wird eine Grabinschrift erdacht (*L'Epitaphe de feu Mr. de Caricavi*): »Cy gist le bon CARICAVI / Qui dicit Pater PECCAVI / Le bien d'autrui FURAVI / Es Mathematiques ERRAVI / En mes brayettes [Hosen] CACAVI.« Der Stil de la Costes kann nur als ebenfalls burlesk bezeichnet werden.

Da Antoine de Niquet der Sohn des »sieur noble Eme de Niquet« war, vgl. Sturdy, *Science and social status* (wie Anm. 81), S. 129, ist nicht anzunehmen, dass er in seiner Jugend als Berufsmusiker tätig war, was de la Costes zu Clément gesprochene Zeile »Il étoit autrefois des vôtres« (S. 38) nahelegen könnte. Natürlich ist aber andererseits nicht auszuschließen, dass er sich dem nicht-professionellen Geigenspiel (»cet orgueilleux violiste«) gewidmet hat – »we remain ignorant of Antoine's early intellectual formation«, Sturdy, *Science and social status* (wie Anm. 81), S. 130.

83 Zur Illustration des Schreibstils de la Costes sei ein Auszug aus dem *Reueil matin* (S. 19 f.) angeführt, den man kaum als wissenschaftlich seriös, in der Rückschau allerdings als durchaus humorvoll bezeichnen kann. »Monsieur le Directeur« will hier einen mathematischen Beweis führen, wird jedoch von einem heftigen Hustenreiz unterbrochen, was detailliert wiedergegeben wird – ein in »wissenschaftlicher« Literatur völlig außergewöhnlicher Zug mündlichen Ausdrucks: »Approchez vous, mes chers disciples [...], ayez bonne memoire de tout ce que je vous diray, entrouvrez la bouche [öffnet leicht den Mund], & demeurez en cet

Die Begegnung mit in der jeweiligen Stadt ansässigen Wissenschaftlern war eine gängige Form des Austauschs: »Wer auf einer Bildungsreise war, suchte [...] unterwegs berühmte Wissenschaftler auf.«⁸⁴ Darunter war de la Coste offenbar nicht der einzige »komische Kauz« – angesichts der augenfälligen Parallelen sei hier der Bericht des William Penus zitiert⁸⁵, der 1677 in Bremen Johann Sophronius Kozak besucht: »Er hatte große und seltsame Erleuchtungen; er hat mehr als 100 Traktate geschrieben, von denen einige jetzt in Amsterdam gedruckt werden. Er ist voll Feindschaft gegen die Geistlichen [...]; er ist von froher doch rauher Gemütsart, ohne jegliche Ordnung oder Anständigkeit in Kleidung, Nahrung, Möblierung und Bewirtung.« Man könnte fast meinen, die *Relation* habe diese Schilderung inspiriert.

In seiner *Relation* erwähnt Clément überdies eine Menge von Personen, über die durchweg zu wenige Details berichtet werden, als dass sie zweifelsfrei identifiziert werden könnten. In Frankreich gibt es Dutzende bis Hunderte von Familien, aus denen der *sieur du Pont*, der *sieur Huguon* (S. 24), der *sieur la selle* (S. 31), der *sieur de Belleville* (S. 33) oder der *sieur de Richemont* (S. 26) stammen könnten – der Titel *sieur* bedeutet keineswegs zwangsläufig eine Zugehörigkeit zum Adel.⁸⁶

Wenn auch die verstärkte Auswanderung der Hugenotten erst nach dem Revokationsedikt Ludwigs XIV. von 1685 erfolgte, befanden sich doch vorher bereits französische Protestanten in Deutschland (so z.B. Bertrand de la Coste). Nicht auszuschließen ist daher bspw., dass der *sieur de la Barre* (S. 26) zur Familie des Abraham de la Barre gehört, der um 1630 geboren wurde und dessen Nachkommen gegen Ende des Jahrhunderts in der Uckermark nachgewiesen sind.⁸⁷ Entsprechend könnte der *Monsieur des Marets* (S. 31) im

etat jusqua ce que j'auray acheué de parler, Heum, heum, heum, peum [es folgt eine geometrische Skizze], O que j'ay une mechante toux, je croy qu'elle me menera jusqu'au terier [hier: Grab]. La piramide ABC Kheum, kheum, kheum; La Piramide ABCD est donnée.« Ebenso witzig wird der verletzte Gelehrtenstolz in *Ne trompez plus personne. Ou suite du Reveil-matin [...]*, Hamburg 1675, verpackt: in einer seiner diversen Identitäten (s.o.) radebrecht de la Coste hier als Schweizer mit dem Namen Bertrand marmiton (S. 14): »Ly toy plus mechant que di cademie de Paris. Ont trompé moy, aber [!] toy être levé trois heures à le tard, pour tromper moy.«

Ebenfalls 1676 beherbergte de la Coste kurzzeitig die belgische Mystikerin Antoinette Bourignon, die verschiedentlich Verfolgung ausgesetzt war, vgl. Pierre Bayle, *Dictionnaire historique et critique*, Bd. 1, Amsterdam ⁵1740, S. 649, wandelte sich aber noch im gleichen Jahr zu einem ihrer erbittertsten Feinde (s. *Biographie universelle, ancienne et moderne, Supplément*, Bd. 61, Paris 1836, S. 432 a) – angeblich weil sie seine Vorstellungen von der Mathematik nicht teilte, laut *Nouvelle biographie générale depuis les temps les plus reculés jusqu'à nos jours*, Bd. 27, Paris 1861, S. 560 b. Hiervon bekundet Clément nichts.

84 Schwarzwälder, *Reisen und Reisende* (wie Anm. 17), S. 58.

85 Nach Schwarzwälder, *Bremen im 17. Jahrhundert* (wie Anm. 33), S. 154.

86 Vgl. Paul Imbs/Bernard Quemada (Hg.), *Trésor de la langue française*, Bd. 15, Paris 1992, S. 478 a.

87 Vgl. <http://www.hugenotten-uckermark.de/Genealogiedt/delabarre/BARg01.htm>.

Umfeld der Familie Adrien Desmarets' zu suchen sein⁸⁸; die Teilnehmer der Gruppe, mit der Clément zunächst reist, können aber durchaus wie er selbst Franzosen gewesen sein, die sich lediglich aus beruflichen oder diplomatischen Gründen in Deutschland aufhielten.

Dagegen dürfte *Monsieur Bidal*, dessen angeblich buckliger Sekretär auf dem besagten Fest in Hamburg anwesend ist (S. 31), mit Pierre Bidal (1612–1682 oder 1690) identisch sein. Dieser vermögende Tuchhändler war Bankier der schwedischen Königin Christine – die ihn 1653 in den Baronienstand erhob, woraufhin er sich Herr von Asfeld (Hersefeld) und Freiherr von Wildenbruch nennen durfte – und, was für uns von Bedeutung ist, in der Folgezeit Resident Ludwigs XIV. in Hamburg und Niedersachsen.⁸⁹ Auch hier handelt es sich folglich um eine historische belegte Persönlichkeit.

Kopfzerbrechen bereitet hingegen die folgende Gestalt: Nicht zu ergründen ist, wer der »signor batiste« ist, dessen Brief Clément Bertrand de la Coste übergibt (S. 37). Zumindest war er kein Mitglied der *Académie des Sciences*; ein möglicher italienischer Gelehrter namens Battista oder Battisti ist ebenfalls nicht ausfindig zu machen.

Eine letzte Person, zu der zeitgenössische Leser der *Relation* womöglich einen reellen Bezug herstellen konnten, ist ein gewisser Boquet. Mit diesem vergleicht sich Clément nach seiner unerfreulichen Erfahrung mit den Bremer Trinksitten (vgl. oben): »Enfin je n'étois plus moi-même, / J'avois perdu tout mon caquet [ich hatte meine ganze Gesprächigkeit verloren], / Et j'étois un second Boquet« (S. 52). Möglicherweise handelt es sich aber auch lediglich um einen Bekannten des Erzählers, den er hier »am Rande« erwähnen und auf den Arm nehmen möchte. Genaueres lässt sich nicht ermitteln.

Im Kontext der Bezüge zu reellen Personen ist schließlich Cléments offenkundige Missbilligung des Protestantismus zu nennen (vgl. oben). Der *ambassadeur de France*, mit dem Clément zu Beginn reist, und ein gewisser »disciple de feu Calvin [Calvin selig]« streiten über die Anbetung von Bildnissen und sprechen in diesem Zusammenhang über Calvin und Theodor von Beza. Laut Clément zeichnen letztere sich namentlich dadurch aus, dass sie »ein Leben mit allen Annehmlichkeiten« geführt haben – ähnlich wie Luther und seine »Dicke«, die, wie bereits erwähnt, ihre eigenen Klöster in den Bankrott getrieben haben sollen (S. 13 f.).

Zeitgeschichte

Abgesehen von der Rivalität der Konfessionen, die in Frankreich 1685 mit der Revokation des Toleranzedikts von Nantes einen erneuten Höhepunkt erleben

88 Vgl. <http://www.hugenotten-uckermark.de/Genealogiedt/desmarets/DESg01.htm>.

89 Vgl. Neu-vermehrtes Historisch- und Geographisches Allgemeines Lexicon, In welchem das Leben und die Thaten der Patriarchen / Propheten / Apostel [...] Wie nicht weniger derer Kayser, Könige, Chur- und Fürsten [...] zusammen gezogen, Zweyter Theil, Basel 1742, S. 15 a. Derselbe Pierre Bidal stattete im Übrigen Bertrand de la Coste mit einem Empfehlungsschreiben für sein Vorsprechen vor der Pariser Akademie aus, s. Reueil-matin, S. 2 der Vorrede.

wird, findet die Zeitgeschichte in der *Relation du voyage de Breme* keinerlei Widerhall; Clément zeigt sich somit als gänzlich unpolitischer Berichterstatter. Der Niederländisch-Französische Krieg (1672–1679) und der damit verwickelte Schwedisch-Brandenburgische Krieg (1674–1679) werden an keiner Stelle expressis verbis erwähnt, obwohl das von 1654 bis 1719 zu Schweden gehörige Herzogtum Bremen-Verden zwischen 1675 und 1679 – also zum Zeitpunkt der Reise Cléments – in der Hand der dänisch-brandenburgischen Alliierten war. Indes fanden nach v. Bippen in Bremen keine unmittelbaren kriegerischen Handlungen statt.⁹⁰ 1676 ist es für einen Angestellten des dänischen Königs wahrscheinlich sogar leichter gewesen, nach Bremen zu reisen, als in den Jahren vor und nach der Besetzung durch die Alliierten. Vom Durchzug münsterischer Truppen und den Beratungen über die Zukunft des Herzogtums Bremen im Sommer, der angespannten Finanzlage und dem Missmut über die kaiserliche Forderung einer Reichssteuer in Höhe von 72.000 Talern⁹¹ hat Clément entweder nichts mitbekommen, oder es hat ihn schlichtweg nicht interessiert.

Allerdings weist Clément auf die Bedeutung solider Kanonen und schlagkräftiger Kanonenkugeln »en tems de guerre« hin (S. 16). Zur Kontrastierung erzählt er die Anekdote eines Städtchens in der Champagne namens »vilnos«, welches irrtümlich glaubte, sich mit hölzernen Kanonen verteidigen zu können, und schließlich eingenommen wurde. Der genannte Ort ließe sich mit Villenauxe-la-Grande (Département Aube, Region Champagne-Ardenne) gleichsetzen; eine entsprechende schildaeske Episode der dortigen Lokalgeschichte ist indes nicht zu belegen.

Eine historisch weniger obskure Schlacht ist diejenige von Pharsalos (48 v. Chr.), in der Cäsar im Bürgerkrieg einen entscheidenden Sieg errang. Clément nimmt hierauf Bezug, als er eine angebliche Cäsarstatue (s. u.) am »hôtel de ville« beschreibt: seinen gefiederten Kopfschmuck habe Cäsar erhalten, als er von der »bataille de Pharsale« schwer mitgenommen gewesen sei (S. 53). Liest man weiter, dass Cäsar zudem eine »cravatte salle« trage sowie Schuhe, die zum Tanzen einer Sarabande geeignet seien, wird klar, dass in dieser Schilderung die verlässliche Beschreibung hinter das Burleske völlig zurücktritt (vgl. unten).

Stadtbeschreibung

Abschließend soll von der Stadt Bremen die Rede sein, wie sie Clément im Jahr 1676 beschreibt. Das Stadttor, durch das er eintritt, ist in roter, weißer und grauer Farbe bemalt und zugleich von Ratten und Mäusen bewohnt (S. 45). Angesichts des generellen Erzähltons überrascht beinahe, dass der Erzähler in Bremen auch einige »belles maisonnettes« entdeckt – doch er macht sogleich eine Einschränkung: »[elles] paroisoient claires & nettes, / Si le tout est

90 Von Bippen, *Geschichte der Stadt Bremen* (wie Anm. 50), S. 196; vgl. Schwarzwälder, *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen* (wie Anm. 2), S. 394: »Bremen hatte unter den Operationen nicht zu leiden.«

91 Ebd., S. 394 ff.

correspondant / A ce que l'on voit par devant«. Seiner Darstellung zufolge sind viele Häuser mit »Firlefanz« und bemalten Kitschfiguren (»peinturés marmousets«) verziert (ebd.)⁹², worin man durchaus den Bremischen Baustil des 17. Jahrhunderts wiedererkennen kann: »Als die Renaissance-Zeit und nachher der Rococo-Styl aufblühten, als dann die Haare auf den Köpfen der Hausbewohner sich zu hunderten von Locken kräuselten, da fingen auch die steinernen Einfassungen der Hausgiebel an, Wellenlinien zu schlagen und sich in Locken zu krümmen, und die Häuser-Fronten zogen so zu sagen steinerne Perücken über. [...] Von Stufe zu Stufe fielen steinerne Blumengewinde oder Füllhörner mit einem Überflusse steinerne Früchte und Blüten und andere Einfassungen herab. Da nun die Giebel-Seite so bunt und reich geziert war, so mussten denn auch die anderen Theile der Hausfront, um nicht zu sehr abzustecken, nachfolgen. Das ganze Angesicht des Hauses bedeckte sich von oben bis unten mit Skulpturen aller Art.«⁹³

In der »ville neuve«, die in sumpfigem Gebiet gelegen ist, werden Häuser von nicht mehr als »vier Klaftern Höhe« gebaut (S. 49). Diese Information über die aktuelle Bautätigkeit passt zu der Tatsache, dass die Bremer Neustadt vorrangig im 17. Jahrhundert baulich erschlossen wurde.⁹⁴

Auf seinem Stadtrundgang erreicht Clément den Markt in der »vieille ville« (S. 50), der nicht nur Verkaufsort ist, sondern wo sich auch Müßiggänger aufhalten und die bereits erwähnten großen Reden schwingen. Auf dem Marktplatz fällt dem Erzähler natürlich das Rathaus auf mitsamt seinen gotischen Statuen, die laut Clément »Empereurs« und »Philosophes« darstellen (S. 53); genauer handelt es sich dabei um Abbilder des Kaisers Ruprecht von der Pfalz und der sieben Kurfürsten sowie (an der westlichen Schmalseite) vierer Propheten oder Philosophen und (an der östlichen) dreier weiterer Weiser und des Heiligen Petrus.⁹⁵

Clément beschreibt zwei der Statuen genauer, doch leider gleichzeitig derart unpräzise bzw. unzutreffend, dass man mit seiner Schilderung im Grunde

92 Diesen Sachverhalt bestätigt – wengleich ohne negative Wertung – Adam Saur's Vermehrtes Stätte-Buch von 1658, wo es auf S. 211 heißt: »Die gemeine Bürgerwohnungen [...] haben mehrentheils hohe ausgeschmückte Giebel, schöne Auslüchte, breyte, fülle Beyschläge und daran ziemlich erhabene mit allerhand Historien gezierete Grauerks Säulen [...]. Von den Gassen tritt man in grosse Vorhäuser, deren etliche gleich wie Kirchen seien, mehrentheils sehr lüfftig und mit zinnen, mössings, kupffer, eisen, steinen und holtzen Geräthe, [...] auch theils mit Rüstung, Hirschköpfen, Gemälden und schönen Kronen auch sonsten, ziemlich aufgebutzet«, zitiert nach Motz, Bremen 1663 (wie Anm. 19), S. 16.

Auf eine derart abfällige Charakterisierung wie Jacob Rathgeb, Kurtze und Warhaffte Beschreibung der Badenfahrt [...] von 1592/1602, zitiert nach Schwarzwälder, Reisen und Reisende (wie Anm. 17), S. 340, wonach Bremen »ein unflöttige, stinckete Statt« ist »unnd gewisslich ungesundt da sein muß«, verzichtet Clément dagegen.

93 Kohl, Episoden (wie Anm. 9), S. 9 f.

94 Vgl. Herbert Schwarzwälder, Das große Bremen-Lexikon, Bremen 2002, S. 502.

95 Vgl. Emil Waldmann, Die gotischen Skulpturen am Rathaus zu Bremen und ihr Zusammenhang mit Kölnischer Kunst (Studien zur deutschen Kunstgeschichte 96), Straßburg 1908, S. 6.

nichts anfangen kann. Die Skulptur ganz links, die den deutschen Kaiser abbildet, stellt Clément zufolge dagegen Julius Cäsar dar. Dass sie die erste in der Reihe ist, erklärt er folgendermaßen: »C'est que ce Prince magnanime / Est à Brême en fort grande estime; / L'on y tient [man hält dafür] que cet Empereur / En fut jadis le fondateur« (S. 53 f.). Dass Cäsar in Deutschland als Städtegründer fungiert habe, wird bspw. in der mittelhochdeutschen Kaiserchronik des 12. Jahrhunderts kolportiert⁹⁶; von Bremen ist dort (V. 379-390) jedoch nicht die Rede.⁹⁷

Die Angabe, dass die Figur einen Pagenbeutel, einen Federbusch und eine schmutzige Krawatte trüge, kann nur als bewusste Irreführung der Leser charakterisiert werden (auf die erste Figur der Westseite, Hesekeel bzw. Plato, trifft die Beschreibung ebenso wenig zu).

Die zweite Figur – der Kurfürst von Mainz – wird ohne erkenntlichen Grund als »Cesar Auguste«, also Augustus, vorgestellt; abgesehen davon, dass er wie ein »Roi de cœur« gekleidet sein soll, erfährt man nur, dass er einen bürsten- oder besenförmigen Bart trägt, was mit der Statue unter Umständen in Einklang zu bringen ist. Einer eingehenderen Betrachtung würdigt Clément die übrigen Figuren nicht – jedenfalls sind sie »Tag und Nacht an der frischen Luft« (S. 54).

Auf dem Platz wendet er sich nun dem Roland zu, dem er eine zweiseitige Erläuterung widmet. Die Größenangabe »trois brasses de haut« (drei Faden hoch) entspricht ungefähr der tatsächlichen Höhe von 5,55 Metern. Um seinen französischen Lesern einen Vergleich zu ermöglichen, zieht er eine Statue des Hl. Christophorus heran, die in der damaligen Zeit im rechten äußeren Seitenschiff von Notre-Dame in Paris stand. Deren Höhe betrug indes 28 Fuß, also circa 8,50 Meter⁹⁸, so dass Clément's Schwur hinsichtlich der Statue des Rolands falsch ist: »Elle est plus grande sur mon ame / Que saint Cristophe à Nôtre-Dame« (S. 54). Zutreffend wird dagegen festgehalten, dass der Roland die Privilegien der Reichsfreiheit versinnbildlicht⁹⁹; es sei aber so, dass diese verlorengelange, wenn das Standbild umfalle – diese volkstümliche Annahme ist tatsächlich bis heute verbreitet bzw. bekannt.¹⁰⁰ Aus diesem Grund werde der

96 Ursula Schulze, Beispiele für das Caesarbild in der ma. Prosaliteratur und Dichtung, I.: Deutsche Literatur im Hauptartikel »Caesar im Mittelalter«, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 2, S. 1355.

97 Deutsche Kaiserchronik eines Regensburger Geistlichen, hg. von Edward Schröder (Monumenta Germaniae historica. Deutsche Chroniken und andere Geschichtsbücher des Mittelalters 1,1), Hannover 1895.

98 Vgl. Édouard Gourdon, Les Églises de Paris, Paris 1843. 1785 wurde die Skulptur zerstört.

99 Napoleons Bestrebungen, die Statue in den Louvre zu überführen, verhinderten die Bremer mit dem Hinweis, »dass er von geringem künstlerischem Wert sei« (Schwarzwälder, Bremen-Lexikon (wie Anm. 94), S. 605 b).

100 Vgl. Abtheilung des Künstlervereins für Bremische Geschichte und Alterthümer (Hg.), Denkmale der Geschichte und Kunst der freien Hansestadt Bremen, 1. Abtheilung, Bremen 1862, S. 27: »Noch in unserem Jahrhundert lebt der schöne Glaube, dass solange auf Bremens Markt die Rolandssäule stehe, die Unabhängigkeit der Stadt nicht ernstlich gefährdet werden könne [...]«; »1799 heißt es

Roland mit Artillerie bewacht. Laut Clément kann man sogar ohne Umschweife verhaftet werden, wenn man den Roland beleidigt (S. 55). Da Clément die Stadt Bremen, wie bereits gesehen, im Großen und Ganzen missfällt, wird auch der Roland despektierlich dargestellt (»cette crottesque figure«, »Bâtard de Monsieur Charlemagne«). Die äußerliche Beschreibung zeichnet sich ein weiteres Mal durch wirklichkeitsferne Übertreibung aus: Das Kinn des Rolands soll länger sein als der Fuß eines Brabanzonen, was nicht nachvollziehbar ist. Zutreffend werden dagegen der lange Mantel und der Reichsadler erwähnt.

Vom Marktplatz biegt Clément in die »grand Rüe« ab, die Engelsing mit der Obernstraße identifiziert.¹⁰¹ Dort begegnet er zunächst einem Tuchhändler, der zwar ein Trunkenbold ist, jedoch durchaus qualitätsvolle Stoffe im Angebot hat (S. 56 f.): »revêche« (eine Art Wolle), »moleton« (weicher Wollstoff), »ras de Châlon« (Rasch, ein grober Wollstoff), »serge de Nîme« (Sarsche, ein leichter, geköppter Wollstoff). Abgesehen von *serge* sind die genannten Tuchbezeichnungen im Französischen alle erst um die Mitte des 17. Jahrhunderts belegt, so dass man davon ausgehen kann, dass es sich auch bei den bezeichneten Dingen um Ware handelt, die auf dem Stand der Zeit bzw. »à la mode« ist. Laut Kohl waren in dieser Gegend die Tuchhändler »seit frühesten Zeiten etablirt.«¹⁰²

Weiterhin finden sich in der Straße ein Eisenkrämer, ein Schuster, ein Hutmacher, ein Goldschmied – angeblich ein gebürtiger Trierer –, der durch die Verwendung billiger Legierungen seine Kunden übertölpelt (S. 57), ein Dorschhändler, ein Schwertfeger, ein Waffenhändler sowie ein Flickschuster (S. 58) und schließlich ein »riche apoticaire«. Auf der Obernstraße ist nach 1668 die Apotheke zur weißen Rose mit ihrem Inhaber Gerhard Ostendorp dokumentiert. Sollte Engelsing's o.g. Zuordnung nicht zutreffen, kämen des Weiteren die Apotheke zum güldenen Einhorn (Ludwig Krägelius) oder die Apotheke zum güldenen Hirschen (Jakob Schombart) auf der Langenstraße in Betracht.¹⁰³

Während seines Spazierganges wird Clément zudem von einem Kaminfeger und einem Brillenverkäufer angesprochen, die ihm allerlei Tand (Bisampulver, Seife, einen Feuerstein, Bindfaden, Kämmen, Wolfszähne und Florettband¹⁰⁴) andrehen wollen – Clément widersteht jedoch ihren Werbungen: Um ihn zu übertölpeln, müssten sie schon früher aufstehen (S. 60).

bereits: Sollte Roland von ungefähr einmal umfallen, muss er bei Verlust der Stadtfreiheit innerhalb 24 Stunden wiederaufgerichtet werden« (<http://www.dooyoo.de/sehenswuerdigkeiten-national/bremer-roland-bremen/696339/>).

101 Engelsing, Bürger als Leser (wie Anm. 9), S. 95.

102 Kohl, Episoden (wie Anm. 9), S. 95.

103 Vgl. Schwarzwälder, Bremen-Lexikon (wie Anm. 94), S. 24 b, und Ulrich Hausmann, Geschichte des bremischen Apothekenwesens bis zum Jahre 1872, in: Brem. Jb. 27, 1919, 1-61, hier S. 26.

104 Auch hierbei (»ruban de padoû«, frz. Erstbeleg: 1642) handelt es sich um ein modernes Produkt, das in Bremen anscheinend bereits in Umlauf ist; erstmals nachgewiesen ist der Gebrauch von Florettband (Bandware aus Schappe mit Baumwoll- und Leinenzwirn, die zum Einfassen von Schuhwerk dient) in

Von besonderem Interesse ist schließlich Cléments Besuch bei einem Buchhändler (S. 57 ff.), bei dem er sich nach französischen Büchern erkundigt. Hiervon hat der Händler unlängst »plein deux tonneaux« erhalten, von denen er im Folgenden eine Aufstellung gibt. Engelsing hat bereits die Bedeutung dieser Episode herausgestellt: über die Lektüre der Bremer Bürger im 17. Jahrhundert ist ansonsten fast nur aus Nachlassverzeichnissen etwas zu erfahren, wobei diese nur bedingt die Unterhaltungsliteratur erfassen.¹⁰⁵ Durch Cléments Bericht indes wird erkenntlich, dass »man sich schon damals [...] in Bremen um die Französische Literatur bekümmerte, und dass allerneueste Produkte derselben, unter anderem eine Tragi-Comödie des eben aufblühenden jüngeren Corneille, schon nach Bremen [...] gelangt waren.«¹⁰⁶

Bei letzterer handelt es sich um die Tragödie Théodat des Thomas Corneille, die erstmals 1673 in Paris erschien. Cléments (bewusst) leichtfertiger Umgang mit Worten zeigt sich in seiner Charakterisierung des Werkes (»C'étoit juste un[e] Comedie / Ou, pour mieux dire, Tragedie«, S. 59) und seines Autors (»Dont l'auteur n'est, je croi, point fat [kein Dummkopf]«), der zu dieser Zeit schon in hohem Ansehen stand. Für »six sols marqués«¹⁰⁷ ersteht Clément das Buch, das einen hübschen marmorierten Einband hat.

Sofern Cléments Aufstellung der vom Buchhändler aufgezählten Titel der Wahrheit entspricht und die potentielle Nachfrage widerspiegelt, kann man daraus den Schluss ziehen, dass das gebildete Bremer Publikum durchaus ebenjenem literarischen Genre zugetan war, dem die *Relation du voyage de Breme* selbst eignet, nämlich der im weitesten Sinne komischen Literatur. An Werken, die in verschiedenem Maße humoristisch, respektlos oder frivol sind, bietet der Händler folgende an (S. 58):

- »les contes d'Ovile« sind Les contes aux heures perdues du sieur d'Ouville ou Le recueil de tous les bons mots, réparties, équivoques, 1643 u.ö., oder L'Elite des contes du sieur d'Ouville, Paris 1641 u.ö.;
- »Le Parnasse de Theofile«, d.i. Théophile de Viau (1590–1626), Le Parnasse des poetes satyriques ou dernier recueil des vers picquans et gaillards de nostre temps, s.l. 1622¹⁰⁸.

Deutschland erst um 1670 bei einem Händler in Obermoschel/Pfalz, s. Pfälzisches Wörterbuch, begründet von Ernst Christmann [...], Wiesbaden/Stuttgart 1965–1997, hier Bd. 2, S. 1474 a.

105 Engelsing, Bürger als Leser (wie Anm. 9), S. 46.

106 Kohl, Episoden (wie Anm. 9), S. 96. Allerdings dürfte die potentielle Kundschaft begrenzt gewesen sein: »Der Bedarf gestattete in Bremen lange Zeit nicht mehr als zwei Buchhandlungen«, vgl. Schwarzwälder, Bremen-Lexikon (wie Anm. 94), S. 118 b.

107 Kupfermünze im Wert von 18 *deniers* (Pfennigen).

108 Der Atheist Théophile de Viau war einer der meistgelesenen Autoren des 17. Jahrhunderts, vgl. Jean-Pierre Chauveau, Situation de Théophile, in: Guillaume Peureux (Hg.), Lectures de Théophile de Viau, Rennes 2008, S. 27, Anm. 3. Für den Parnasse, der schlüpfrige Gedichte enthält, sollte er auf Betreiben der Jesuiten lebendig verbrannt werden.

- Für den »petit reveil matin« kommen mehrere Werke in Betracht; der komischen Literatur zuzurechnen ist namentlich der anonyme Facecieux reveille-matin des esprits melancholiques: ou Remede preservatif contre les tristes. Auquel sont contenuës les meilleures rencontres de ce temps, capables de réjouir toutes sortes de personnes, & divertir les bonnes compagnies, Rouen 1656; weitere Werke mit dem Titel Petit réveille-matin stammen vornehmlich aus dem 16. Jahrhundert und beziehen sich oftmals auf die Glaubensspaltung.

- Die »farces de Turlupin«: Turlupin war der Name, den sich der Schauspieler Henri Legrand (1587–1634 oder 1637) gab, wenn er in Farcen auftrat, wofür er derart berühmt war¹⁰⁹, dass sich davon das frz. *turlupinade* »geschmackloser Scherz« (Erstbeleg 1646) ableitet. Ein Werk mit dem Titel Farces hat er nicht verfasst; Clément könnte die Harangue de Turlupin le soufreteux (1615), Le Tocsin des filles d'amour (1618) oder Le Retour du brave Turlupin de l'autre monde (1637) gesehen haben.

- Das »Tombeau de la melancolie« aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts¹¹⁰ verspricht in seinem Untertitel ebenfalls Unterhaltsames (Le tombeau de la mélancolie ou le vray antidote et preservatif à messieurs les tristes. Ouvrage facecieux, gay et divertissant, bon pour les vieillards et les vieilles grammaires¹¹¹, Rouen s. d.).

Zu den von Engelsing¹¹² besagten »Ritterromanen«, die sich auch im 17. Jahrhundert noch großer Beliebtheit erfreuten, gehören

- »l'Avanturier Buscon«, d. h. Francisco de Quevedo (1580–1645), L'Aventurier Buscon, histoire facétieuse. Traduit par de La Geneste, Paris 1633¹¹³;

- eine »autre piece fort jolie / Qui se nomme, Jean de Paris«; hierbei handelt es sich um L'Excellent romant, nommé Jean de Paris roy de France, in Lyon 1578 bereits einmal aufgelegt, von dem aber 1676 auch eine aktuelle Neuausgabe (Lyon 1670) existiert;

- »l'histoire veritable / Du Chevalier Robert le Diable« ist La terrible et merveilleuse vie de Robert le Diable, die in mehreren Drucken seit dem Ende des 15. Jahrhunderts publiziert wurde, zuletzt Rouen 1645.

109 Vgl. Georges Mongrédien, La Vie quotidienne des comédiens au temps de Molière, Paris 1966, S. 57 f.

110 Vgl. Le tombeau de la mélancolie: littérature et facétie sous Louis XIII. Avec une bibliographie critique des éditions facétieuses parues de 1610 à 1643, hg. von Alain Mercier, 2 Bde., Paris 2005.

111 Dieses Wortspiel mit *grammaire* und *grand-mère* war im 17. Jahrhundert noch möglich, da beide Wörter [grāmER] ausgesprochen wurden.

112 Engelsing, Bürger als Leser (wie Anm. 9), S. 66.

113 Auch des Französischen nicht mächtige deutsche Leser kamen inzwischen in den Genuss der Lektüre dieses Werkes: Der abentheurliche Buscon, eine kurzweilige Geschichte / in span. Sprach erstlich beschr. durch Dom Francisco de Quevedo. Anitzo aber auß d. Frantzösischen in das Hochteutsche übersetzt, Frankfurt 1671.

• Bei »L'incomparable Maguelonne« dürfte es sich um L'histoire du noble et vaillant chevalier Pierre de Provence, & de Maguelonne fille du Roy de Naples. Où sont amplement declarées ses proüesses & leur [sic] honnestes amours, & mariage, Lyon 1665 (oder einen der früheren Drucke, erstmals Lyon 1490¹¹⁴) handeln;

• die Angabe »Roland« – es verwundert nicht, dass ein Werk mit diesem Thema in Bremen Absatz zu finden verspricht – bezieht sich höchstwahrscheinlich auf eine Übersetzung von Ariosts Orlando furioso, von denen die 1676 aktuellste von 1644 stammt (Le divin Arioste, ou Roland le furieux, traduit nouvellement en françois par F. de Rosset, Paris). Im Deutschen lag im 17. Jahrhundert nur eine Teilübersetzung (Gesänge 1 bis 30) durch Diederich von dem Werder vor (Drei Gesänge vom rasenden Rolandt, Leipzig 1632; weitere Gesänge wurden bis 1636 herausgegeben). Nicht auszuschließen ist allerdings, dass Boiardos Orlando innamorato gemeint ist, vom dem ebenfalls mehrere französische – keine deutsche – Übersetzungen existierten; die 1676 aktuellste Ausgabe war Roland l'amoureux, composé en italien par Mre Matheo Maria Bayardo comte de Scandian, et traduit fidèlement de nouveau par F. de Rosset, Paris 1619;

• »l'Hüon de Bordeaux« steht für die Histoire de Huon de Bordeaux Pair de France et duc de Guyenne, von der mehrere Ausgaben aus Lyon existieren (1626, 1634, 1666, 1676); ältere (erstmalig Paris 1516) tragen den Titel Les prouesses et faitz merueilleux du noble Huon de Bordeaux per de france duc de guyenne;

• »Richard sans peur de Normandie« ist L'histoire de Richard sans peur, duc de Normandie qui fut fils de Robert le Diable, et par sa prouesse fut roy d'Angleterre, lequel fist plusieurs nobles conquestes et vaillances comme il appert par son histoire, Rouen um 1620 (oder eine ältere Ausgabe).

Eine weitere angebliche »comédie« soll den Titel »Marion Stüard« tragen. Die einzigen französischen Publikationen über Maria Stuart (1542–1587), die für Cléments Liste infrage kommen, sind: Robert Turner, L'Histoire et vie de Marie Stuart, royne d'Écosse, d'Oirière de France [...] en laquelle elle est clairement justifiée de la mort du prince d'Arlay, son mary, composée en latin par Obert Barnestapoliüs [Turners Pseudonym], et faicte françoise par Gabriel de Guttery, Paris 1589, sowie Pierre Le Pesant de Boisguilbert, Marie-Stuart, reine d'Écosse, nouvelle historique, Paris 1675. Um eine »Komödie« handelt es sich in beiden Fällen nicht, wie es die Biographie Maria Stuarts nicht anders erwarten lässt. Wie jedoch angesichts der o.g. Charakterisierung des Théodat als »juste un[e] Comédie / Ou, pour mieux dire, Tragedie« zu erkennen ist, geht Clément mit literarischen Gattungsbezeichnungen sehr nonchalant um,

114 Dass es sich bei der Ware des *libraire* durchaus auch um »alte Bücher« handeln kann, zeigt die Tatsache, dass sich in seinem Angebot auch »Deux almanacs faits à Paris / L'an mil trois cens so[i]xante six« befinden.

so dass hier nicht über eine verschollene Komödie über Maria Stuart spekuliert zu werden braucht.¹¹⁵

Auf welches konkrete Werk sich die Angabe »Le Courtisan de Barcelonne« bezieht, konnte ich nicht ergründen.

Interessant ist, dass der Buchhändler auch »le trésor de saint Denis« feilbietet. Das einzige Werk, das von seinem Titel her hiermit zu identifizieren wäre, ist: Dom Germain Millet, *Le Trésor sacré ou inventaire des Saintes reliques et autres précieux joyaux qui se voyent en l'église et au thrésor de l'abbaye royale de Saint-Denys*, Paris 21645–1646, ungefähr 500 Seiten umfassend. Möglicherweise gab es unter den Bremer Bürgern auch kunstgeschichtlich interessierte, die als Käufer in Betracht kamen.

Der Théodat, den Clément selbst erstet, ist das ernsteste und literarisch wohl auch wertvollste Opus, von dem die Rede ist. Ob die Erwähnung dieses Kaufes dem Leser zeigen soll, dass der Horizont des Verfassers sich nicht auf die »niedere« Literatur beschränkt?

Diese Episode abschließend sei angemerkt, dass die Begutachtung und Auflistung von Literaturbeständen in den Reiseberichten des 17. Jahrhunderts keine Seltenheit darstellt. Pierre Le Jolle besichtigt bspw. in Amsterdam die Bibliothek der *Illustre École*¹¹⁶; in La Ville de Paris en vers burlesques eines gewissen Sieur Berthod (Paris 1652) wird das Angebot einer »belle libraresse« wiedergegeben (S. 7-9).¹¹⁷

Von den beiden Gasthäusern, in denen Clément in Bremen unterkommt, ist nur eins mit Sicherheit zu identifizieren. Die »auberge du cigne« ist dem Gasthof zum Weißen Schwan in der Obernstraße gleichzusetzen, in dem bspw. auch der päpstliche Nuntius Fantuzzi im Jahre 1652¹¹⁸, der Landgraf von Hessen und Graf Trautmansdorff 1648 und ein englischer Gesandter 1682 Aufnahme fanden.¹¹⁹ Die Unterkunft gilt laut Clément damals als »la meilleure et la plus digne qui soit en toute la Cité« (S. 45), was Schwarzwälder (»einer der vornehmsten Gasthöfe des 17. Jahrhunderts«) bestätigt.¹²⁰

Beim »Empereur«, ironisch als »auberge insigne [bemerkenswert]« und dann als »vilain trou [übles Loch]« bezeichnet (S. 62), könnte es sich um den Gasthof Zum Kaiser bzw. De Kayser handeln, der im 17. Jahrhundert in der Langenstraße bezeugt ist.¹²¹ Dieser Hypothese steht allerdings entgegen, dass

115 Dass Clément sie »Marion« nennt, mag burlesk kalkuliert sein: die Ableitung *Marion* ist im Französischen vielfach mit pejorativen Konnotationen behaftet. Vgl. Walther von Wartburg, *Französisches Etymologisches Wörterbuch*, Bd. 6/1, Basel 1958–69, S. 340.

116 Vgl. Morineau, Pierre Le Jolle (wie Anm. 24), S. 405.

117 Vgl. auch Michel Simonin, *La réputation des romans de chevalerie selon quelques listes de livres (XVIe – XVIIe siècles)*, in: ders., *L'encre et la lumière*, Genf 2004, S. 179–187.

118 Schwarzwälder, *Bremen im 17. Jahrhundert* (wie Anm. 33), S. 106.

119 Hanns Meyer, *Gastliches Bremen. Von Gästen und Gastereien, von Gasthöfen und Lustbarkeiten im Wandel der Zeiten*, Bremen 1959, S. 134.

120 Herbert Schwarzwälder, *Bremen im Wandel der Zeiten. Die Altstadt*, Bremen 1970, S. 109.

Cléments Zimmer laut eigenen Angaben zu einem Friedhof hinausgeht (S. 66: »J'ai [...] Ma chambre sur un Cimetiere / Et cette veüe est meurtriere [dieser Ausblick ist mörderisch]«), denn ein Kirch- oder Friedhof befand sich in der Langenstraße nicht. Unweit lagen die Kirchfriedhöfe von Unser Lieben Frauen und der Maria-Magdalenen-Kapelle¹²², doch unmittelbar können sie von der Langenstraße aus nicht einzusehen gewesen sein. Ebenso wenig kann in diesem Fall der Gasthof zum Kaiser Friedrich im Schnoor (Lange Wieren) gemeint sein, der seit 1635 bezeugt ist¹²³ und heute noch bewirtschaftet wird: Die Lage des Gasthofes als Eckhaus macht die genannte Aussicht schlichtweg unmöglich. Da Cléments übrige Angaben zur Stadtbeschreibung indes zumeist Hand und Fuß haben, ist wohl davon auszugehen, dass einer der beiden Gasthöfe gemeint ist und die Aussicht vielleicht zum Zweck der burlesken Überzeichnung unzutreffend geschildert wird.¹²⁴

Fazit

Die literarische Qualität der *Relation du voyage de Breme* soll an dieser Stelle nicht bewertet werden. Die »vers de Clément sont médiocres«, hält Lachèvre fest¹²⁵ – lobt jedoch die Bemühungen Pierre Corneille Blessebois', Cléments Schrift zu publizieren: »la postérité doit lui tenir compte de ce beau geste.«¹²⁶ Diesem Urteil kann man sich anschließen, denn bei aller Fabulierlust ist der Text nicht frei von faktologischen Komponenten und somit historisch aufschlussreich.¹²⁷ Wir erfahren einiges über die Aufenthaltsorte und Kontakte regionaler und überregionaler Persönlichkeiten der Epoche; insbesondere im

121 Meyer, *Gastliches Bremen* (wie Anm. 119), S. 135.

122 Vgl. Klaus Schwarz, *Die stadtbremischen Kirhhöfe von der Reformation bis zur Franzosenzeit (1813)*, in: *Brem.Jb.* 58, 1980, S. 23 - 62, hier S. 24 f.

123 Vgl. <http://www.nordmedia.de/locationguide/location/redirect.598.html>.

124 Auf einen weiteren reellen Ort, jedoch nicht in Bremen gelegen, nimmt Clément auf S. 57 Bezug: Der Goldschmied, der in der Obernstraße ansässig ist, »meriteroit qu'à la Grève / Il allât faire un petit Tour / Pour y finir son dernier jour.« Wenig einfühlsam spielt er hier auf die Pariser Place de Grève an (bis 1803 Name der heutigen Place de l'Hôtel de Ville), auf der in der Zeit des Ancien Régime zahlreiche Exekutionen stattfanden und auf der 1792 die erste Guillotiniierung im Rahmen der Französischen Revolution vollzogen wurde, vgl. Pascal Bastien, *Usage politique des corps et rituel de l'exécution publique à Paris, XVIIe–XVIIIe siècles*, in: *Crime, histoire et société* 6/1, 2001, S. 31 - 56. Der Grund ist folgender: »Tant ce fourbe de personnage [dieser Schurke] / A trompé par son aliage [Legierung] / Infinité de gens d'honneur.« Vgl. eine ähnlich unsensible Erwähnung der Opfer der Place de Grève durch Claude Petit, *La chronique scandaleuse ou Paris ridicule, 1668*, abgedruckt in: P. L. Jacob (Hg.), *Paris ridicule et burlesque au dix-septième siècle*, Paris 1859, S. 50.

125 Lachèvre, *Pierre-Corneille Blessebois* (wie Anm. 8), S. 41.

126 Ebd., S. 42.

127 Er ist es im Übrigen auch sprachhistorisch, vgl. Vf., *Souvenirs de la »ville en faquins la plus féconde« – remarques lexicologiques et lexicographiques sur la Relation du voyage de Breme, poème burlesque (1676)*, in: *Cahiers de Lexicologie* 95, 2009, S. 19 - 41.

Fall Bertrand de la Costes untermauert die *Relation* die belegte (pseudo)wissenschaftliche Kontroverse, die dieser Autor mit der Gelehrtenwelt führte, und liefert ein möglicherweise einzigartiges Zeugnis einer reellen Konversation mit dem Gelehrten, von dessen Einstellung wir darüber hinaus vornehmlich aus seinen eigenen Schriften wissen.

In soziokultureller Hinsicht ist interessant zu sehen, wofür sich ein Reisender mit einem gewissen Bildungshintergrund beim Besuch fremder Städte im Allgemeinen und Bremens im Besonderen interessierte und was sich seiner Meinung nach besonders dafür eignete, satirisch-literarisch verarbeitet zu werden. In welchem Maße Clément »reporter« und in welchem »fabuliste« ist – um die Leitfrage aufzugreifen, unter der Morineau 1987 die sehr ähnliche *Description De la Ville D'Amsterdam* des Pierre Le Jolle (1666) analysiert hat –, ist kaum zu definieren. Die meisten Übertreibungen fußen jedoch, wie auch der Abgleich mit dem von Schwarzwälder ausgewerteten Korpus zeigt, auf realen Sachverhalten.

Wallraf¹²⁸ vermerkt, dass die Stadt Bremen wenige »literarische Zeugnisse von künstlerischem Anspruch in der Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte« kenne und hebt umso mehr den Roman *Ingrid* (1976) des Franzosen Yves Bertho hervor, in dem dieser seine Kriegserfahrungen als Dienstverpflichteter in Bremen 1942–1945 verarbeitet und der trotzdem ein – preisgekröntes – »Buch ohne Hass« darstelle, das es »um so mehr verdient, von den Bremern beachtet zu werden.« Die *Relation* setzt sich, wie gezeigt, zwar nicht mit der bremischen Geschichte auseinander – sie hat allerdings durchaus einen künstlerischen Anspruch, der das Büchlein ebenfalls lesenswert macht.

128 Karlheinz Wallraf, Bremen im 2. Weltkrieg – gesehen von einem Franzosen, in: *Brem.Jb.* 55, 1977, S. 327-335, hier S. 335.

Bürgerliches Selbstverständnis und Naturwissenschaft in einer Handelsstadt: Die 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« 1844 in Bremen

Von Maria Hermes

»Ja, es wird der Tag kommen, und seine Morgenröthe winkt uns schon, wo die Grösse der Armeen und Flotten eines Staats zum Maassstabe seines Machtverhältnisses nicht mehr ausreicht, wo vielmehr die intellectuellen Kräfte, welche er aufzubieten vermag, um die Wissenschaft weiter zu bringen, in den Vordergrund seines Einflusses auf die Weltbegebenheiten treten. – Wenn dann physische Uebermacht der geistigen den ihr gebührenden Rang einzuräumen genöthigt wurde, und damit auch den Sirenenklängen Napoleonischer Kriegsglorie die bethörende Zauberkraft benommen ist, – dann wird man nicht mehr träumend, sondern mit vollem Bewusstsein sich zu den Fernröhren drängen dürfen, die uns fröhliche Aussicht eröffnen auf ewigen Frieden.

Im Hinblick auf diesen Hoffnungsstern erkläre ich die 22. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte hiemit [sic] eröffnet.«¹

Mit diesen Zeilen eröffnete Bürgermeister Johann Smidt am 18. September des Jahres 1844 die 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« in Bremen. Bei diesem naturwissenschaftlichen Großereignis tauschten sich Teilnehmer aus ganz Deutschland mehrere Tage lang über diverse naturwissenschaftliche und naturhistorische Themen aus. In Bremen fand die Versammlung, 1828 gegründet und im ein- bis zweijährigen Turnus durchgeführt, erstmals in jenem Jahr statt. Nicht nur Umfang und Bedeutung dieses Ereignisses für die wissenschaftliche Gemeinschaft, auch die traditionell kaufmännische Ausrichtung der Hansestadt konfrontierte die Veranstalter mit zahlreichen Herausforderungen.

Der vorliegende Beitrag stellt die bislang nicht wissenschaftlich aufgearbeitete 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« in Bremen im Jahr 1844 anhand dreier Themen vor:

1. Im Vorfeld der *Versammlung*
2. Während der *Versammlung*
3. Das Begleitprogramm.

1 Gustav Woldemar Focke, Johann Smidt, Amtlicher Bericht über die 22. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Bremen im September 1844, Bd. 1, Bremen 1845, S. 42.

Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, wie sich die Hansestadt im Kontext der *Versammlung* als Wissenschaftsstadt präsentierte. Eine Einführung zur »Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte« und der Geschichte der Treffen kontextualisiert das bremische Ereignis.

Die genauen Abläufe sind detailgenau im offiziellen Bericht zur *Versammlung* dokumentiert. Neben dieser Quelle werden eine Reihe in der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen überlieferter, das Umfeld der *Versammlung* betreffender Dokumente wie Einladungskarten und Briefe herangezogen.

Zur Einführung: Die »Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte«

Wer sich als (Natur-)Wissenschaftler zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit seinen Fachkollegen austauschen wollte, tat dies, wo es persönlich nicht möglich war, in Briefen oder, vermittelt durch diese, in wissenschaftlichen Zeitschriften. Den hierdurch evozierten Umständen Abhilfe zu schaffen, war das Ziel der 1822 erstmals in Leipzig tagenden »Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte«: »Der Hauptzweck der Gesellschaft ist: den Naturforschern und Aerzten Deutschlands Gelegenheit zu verschaffen, sich persönlich kennen zu lernen«², schrieb der Begründer Lorenz Oken (1779–1857) in den Statuten der Gesellschaft. Die Naturwissenschaftler und Ärzte im zerstückelten Deutschland sollten sich über die Grenzen der Kleinstaaterei hinweg kennenlernen. Damit war zugleich ein nationaler Einigungsgedanke verbunden und somit auch eine politische Vorstellung, wie Heinrich Schipperges feststellt.³ Schipperges verortet die Gründung der »Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte« im Kontext der immer mächtiger werdenden rationalen Naturwissenschaft: »Mit der nationalen Idee unlösbar verbunden ist der naturwissenschaftliche Fortschrittsglaube, der auf der neuen Methode der exakten Naturwissenschaften basiert und auf der Woge der aktualisierten Entwicklungsidee des 19. Jahrhunderts getragen wird.«⁴

Davon nicht zu trennen ist der Monopolanspruch, den die einzelnen naturwissenschaftlichen Fachwissenschaften im Laufe des Jahrhunderts für ihr Fachgebiet formulieren werden und aus dem sie ihren Anspruch für alleinige Zuständigkeit für ihr jeweiliges Wissensgebiet ableiten:⁵ »Daraus resultiert immer kräftiger der missionarische Charakter der Wissenschaft, der von exakten Feldern ausgehend immer weitere Bereiche des kulturellen und öffentlichen Lebens okkupiert und schließlich zu einem Religionsersatz geworden ist, jener naturwissenschaftlichen Weltanschauung, die sich bis in den evolutionären Humanismus unserer Tage fortsetzt.«⁶

2 Ebd.

3 Vgl. Heinrich Schipperges (Hrsg.): Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Die *Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte*, Stuttgart 1968, S. 9–16, hier S. 14.

4 Ebd.

5 Vgl. Claudia Huerkamp, *Der Aufstieg der Ärzte im 19. Jahrhundert. Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten: Das Beispiel Preußens* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 68), Göttingen 1985, S. 17.

6 Schipperges, Einführung (wie Anm. 3), S. 14.

Die Gründung der *Versammlung* ist damit im Kontext zeitspezifischer Ideen zur Rolle der Naturwissenschaften in der und für die Gesellschaft zu verstehen und damit »Kind ihrer Zeit«.

Dementsprechend umfasste ihr Wirkungs- und auch ihr Mitgliederkreis die bürgerlichen Naturwissenschaftler des deutschen Reiches. Eine eigene Ernennung fand 1844 noch nicht statt, auch wurden keine Diplome zur Mitgliedschaft in der Gesellschaft verschickt. Als Mitglied wurde vielmehr jeder »Schriftsteller« auf dem naturwissenschaftlichen und ärztlichen Gebiet betrachtet, wobei in den Statuten der Gesellschaft sogleich eine Ausnahme eingefügt wurde: »Wer nur eine Inaugural-Dissertation verfasst hat, kann nicht als Schriftsteller angesehen werden.⁷ Der Grundgedanke, *alle* Naturwissenschaftler und Ärzte in Deutschland ohne eigene Meldung aufzunehmen, zeigt nicht nur den universellen Anspruch der *Gesellschaft* als der einzigen ihrer Art in Deutschland. Er demonstriert auch die bei ihrer Gründung noch kaum vorhandene Differenzierung und Spezialisierung der naturwissenschaftlichen Spezialfächer im Deutschen Reich. Denn ging man auch zunächst von 50–100 Mitgliedern aus, so Oken⁸, wurden es bald mehr.

Wenngleich sich die Gründung der *Gesellschaft* im Kontext nationalistischer Erwägungen verorten lässt, war ihre innere Struktur weitgehend demokratisch: Stimmrecht besaßen die (jedoch nur die) Mitglieder, die bei den Versammlungen anwesend waren. Auch hieß es: »Es wird Alles durch Stimmenmehrheit entschieden.«⁹ In dieser Vereinigung und ihren entsprechend der Statuten jährlich stattfindenden Versammlungen fanden alle Forscher ein Forum für die Darstellung ihrer Ideen.

Damit spiegelt sich in den Berichten zu den Versammlungen der »Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte« die Entwicklung der Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert auch mit ihren Irrwegen und Abweichungen wider. Hier lässt sich die Entwicklung von der romantisch bestimmten Naturforschung zur modernen Naturwissenschaft nachvollziehen. Auch die Umkehr gilt hier: »Wohl keine Institution hat die Entwicklung der Naturwissenschaften in Deutschland so beeinflusst wie die »Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte«.¹⁰ Lt. Hans-Joachim Autrum stimulierte die *Gesellschaft* den Aufbruch der Naturforschung im 19. Jahrhundert wesentlich. Von ihr als Muttergesellschaft gingen zahlreiche weitere wissenschaftliche Vereinigungen aus. Als die Versammlung der »Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte« im Jahr 1844 in Bremen stattfand, hatte man somit nicht »irgendeine Tagung ins Haus« geholt: Vielmehr fand hier *das* naturwissenschaftliche Großereignis des Deutschen Reiches in einer vom Handel geprägten Stadt statt. Was dies für die Bremer Veranstaltung bedeutete, wird im Folgenden herauszustellen sein.

7 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 43.

8 Vgl. Wolfram Schmitt, Konstituierung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte, in: Schipperges, Die Versammlung (wie Anm. 3), S. 31–54. Hier S. 35.

9 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 43.

10 Vgl. Hans-Joachim Autrum, Von der Naturforschung zur Naturwissenschaft. Vorträge, gehalten auf Versammlungen der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte (1822–1958), Berlin, Heidelberg et al. 1987, S. IX.

Im Vorfeld: Die Organisation der Versammlung

Es war ein langer Weg, die 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« nach Bremen zu holen. Schon 1832, als die Stadt starke Bezüge zur naturwissenschaftlichen Praxis hatte, gab es Bemühungen. Bereits vor längerer Zeit, schrieben die Geschäftsführer Johann Smidt und Gustav Woldemar Focke im Rückblick auf die Bremer *Versammlung*, hatte man hier den Wunsch zu ihrer Durchführung. Pläne für 1832 wurden zugunsten Hamburgs zurückgezogen, so dass erst bei der 20. Versammlung 1842 in Mainz die Einladung für das darauffolgende Jahr durch den Bremer Senat ausgesprochen werden konnte¹¹; doch auch dies wurde zugunsten von Graz (das ältere Rechte habe) zurückgezogen. Nun wurde versprochen, die Versammlung 1844 in Bremen stattfinden zu lassen. Am 26. 10. 1843 ging das ersehnte offizielle Schreiben aus Graz in die Hansestadt: »An Sr. Magnifizienz dem Herrn Bürgermeister Dr. Smidt zu Bremen. Euer Magnifizienz! Die Unterfertigten geben sich hiermit die Ehre, Euer Magnifizienz die amtliche Anzeige zu machen, dass in der 2. allgemeinen Sitzung der 21. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte, auf den Vorschlag des Herrn Kammerrathes Waitz aus Altenburg, die freie Stadt Bremen durch Acclamation zum Versammlungs-Orte für das Jahr 1844 gewählt wurde. Es gewährt diese Mittheilung den Gefertigten ein um so grösseres [sic] Vergnügen, da wir aus dem schätzbaren Schreiben vom 14. September d. J. (erhalten während der 43. allgemeinen Versammlung) ersehen, wie lebhaft sowohl Euer Magnifizienz, als die Bürger der berühmten Freistadt diesen gelehrten Congress in ihrer Mitte zu empfangen wünschen.«¹²

Und weiter: »Auf den Vorschlag des Herrn Waitz wurden Euer Magnifizienz zum ersten und Herr Medicin. Dr. Focke zum zweiten Geschäftsführer unanimi consensu der Mitglieder gewählt. Indem wir unsern wärmsten Glückwunsch zu dieser Auszeichnung beifügen, bitten wir Euer Magnifizienz, uns dem Empfang dieser Anzeige und die Annahme der Wahlen gefälligst kund zu tun.«¹³ Das Antwortschreiben der Bremer wurde am 1. November 1843 versandt: Man nahm die Wahl an.

Johann Smidt und Gustav Woldemar Focke als Geschäftsführer der *Versammlung*: Mit ersterem hatte man die zeitgenössisch berühmteste Persönlichkeit Bremens ernannt, was der *Versammlung* buten un binnen Aufmerksamkeit garantierte. Es habe ihn beinahe beschämt, ließ Smidt später verlauten, dass man ihn zum ersten Geschäftsführer gewählt habe, habe er sich zwar für Naturwissenschaften sehr interessiert, doch dürfe er sich »zu keinem Genossen derselben zählen«¹⁴; auch sei er nun schon sehr alt, so dass es ihm fast als Vermessenheit erscheine, Pläne über das Jahresende hinaus zu machen. – Mit letzterem, Gustav Woldemar Focke, hatte man hingegen einen Arzt ernannt, der zwar selbst einige Forschungen durchgeführt hatte und auch später Leiter des städtischen Krankenhauses in der St. Jürgen-Straße wurde, dessen

11 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 3.

12 Ebd., S. 2.

13 Ebd., S. 4.

14 Ebd.

naturwissenschaftliche Forschungsleistungen jedoch kaum mit denen seines berühmten Großvaters zu vergleichen waren, mit Heinrich Wilhelm Matthias Olbers (1758–1840).¹⁵ Mit diesen beiden Geschäftsführern (die von einem »Hülfscomit  aus Einwohnern Bremens unterstützt wurden)¹⁶ wurde zugleich die spätere Ausrichtung der *Versammlung* vorbereitet: Smidt und Focke würden sie nutzen, um die Besonderheiten ihrer Stadt, der Hansestadt, im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern. Wissenschaft und Hanseatum würden sie immer wieder zu vereinen suchen.

Was sich im offiziellen Bericht lapidar in einem Absatz zusammengefasst liest, wurde in der Praxis von Hindernissen begleitet. Gustav Woldemar Focke, jener 2. Geschäftsführer (lt. der Statuten der »Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte« eigentlich »Secretair« der *Versammlung*¹⁷), führte einen ausführlichen Briefwechsel, um die *Versammlung* zu ermöglichen.¹⁸ Bei ihm handelte es sich um den eigentlichen Organisator, die in seinem Nachlass enthaltenen Schriften bestätigen dies.¹⁹ Hingegen übernahm Smidt primär repräsentative Aufgaben.

Knapp zehn Monate blieben zur Vorbereitung: Lt. Statuten der *Gesellschaft* sollten »die Versammlungen [...] jährlich und zwar bei offenen Thüren statt-[finden], [sie] fangen jedes Mal [sic] mit dem 18. September an und dauern mehre [sic] Tage.«²⁰ Die bremische Versammlung wurde auf den Zeitraum vom 18. bis zum 26. September festgelegt. – Die Organisation begann zeitnah. Zur Durchführung wurde eine Deputation eingerichtet.²¹ Im Dezember legte der Senat der bremischen Bürgerschaft einen Antrag zur Durchführung der genannten Veranstaltung vor, dem stattgegeben wurde.

Parallel begann die praktische Organisation. Eine Zusammenkunft derjenigen »unserer Mitbürger, welche durch ein wissenschaftliches Interesse oder persönliche Gegenwart bei früheren Versammlungen sich mit dieser

15 Olbers, selbst Arzt, war seit einigen bedeutenden astronomischen Entdeckungen um die Wende zum 19. Jahrhundert eine überregional, sogar international bedeutende Persönlichkeit.

16 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 5.

17 Vgl. ebd., S. 43.

18 Vgl. SuUB Bremen, Nachlass Gustav Woldemar Focke, FS XVII 1 bis FS XVII 12 b. Enthalten sind bspw. Protokolle von Vorbereitungstreffen der Versammlung oder Notizen zu den Personen, an die ein Circular zu schicken sei, um naturhistorische Gegenstände für die Ausstellung zusammenzutragen. Auch diverse Rechnungen sind erhalten.

19 Auch die Statuten der Gesellschaft legten fest: »§ 12 Der Geschäftsführer bestimmt Ort und Stunde der Versammlungen und ordnet die Arbeiten, weshalb Jeder, der etwas vorzutragen hat, es demselben anzeigt. § 13 Der Secretair [sic] besorgt das Protokoll, die Rechnungen und den Briefwechsel.« Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 43.

20 Ebd., S. 43.

21 Die Mitglieder der Deputation waren Aeltermann Theodor Lürman, Dr. Alexander Carl Conrad Adolph Kottmeier, Dr. Gustav Woldemar Focke, Carl Theodor Gevekoht. Bürgermeister Smidt und Senator Georg Heinrich Olbers  bernahmen diese Aufgabe von Seiten des Senats, ebd., S. 5.

Angelegenheit mehr vertraut gemacht, so wie auf der anderen Seite derjenigen, welche bei der voraussichtlich wünschenswerthen Benutzung hiesiger Anstalten und Localitäten durch die erforderliche Bekanntschaft mit deren Verhältnissen, zu den nöthigen Aufklärungen in den Stand gesetzt waren, kennen zu lernen«,²² verankerte die Versammlung frühzeitig in der bürgerlichen Gesellschaft der Stadt. Entsprechend hieß es später, es habe gegolten, den »Genossen der Gesellschaft«²³ »überhaupt von seiten des Gemeinwesens die Aufmerksamkeit zu beweisen, wodurch sich Achtung und vaterländische Theilnahme bethätigen.«²⁴ Die bremische Versammlung präsentiert sich hier bereits als Veranstaltung des Stadtbürgertums.

Frühzeitig erfolgten auch die Vorbereitungen für eine Ausstellung naturwissenschaftlich und naturhistorisch relevanter Gegenständen im Kontext der *Versammlung* (s. u.).

Nach den umfangreichen Vorarbeiten wurde am 1. Juni 1844 zur *Versammlung* eingeladen; ausschließlich in Tageszeitungen, nicht über persönliche Einladungen. Ebenfalls vor Versammlungsbeginn schickten Autoren in Einzelfällen sogar 50 bzw. 70 Exemplare Werke ein, die teils der 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« gewidmet wurden. Diese Schriften wurden später bei der *Versammlung* »den Wünschen der Herren Einsender entsprechend in den betreffenden Sectionen vorgelegt, vertheilt und begutachtet«.²⁵

Der Ablauf der Versammlung

Die ersten Gäste trafen sechs Tage vor dem Veranstaltungsbeginn am 18. September 1844 in der Hansestadt ein. Die Eintrittskarten, die sie von der Empfangskommission erhielten, dienten zugleich als »Aufenthaltskarten«; die Empfangskommission gab zudem Auskunft über die bestellten und vakante Übernachtungsmöglichkeiten.²⁶

Verteilt wurden unterschiedliche Teilnehmerkarten: Die stimmberechtigten Mitglieder erhielten rote Karten, die nicht stimmberechtigten Teilnehmer (die auch auf das Recht, Vorträge bei der allgemeinen Versammlung zu halten, verzichteten) erhielten grüne Karten. Denn die Teilnahme an den allgemeinen Veranstaltungen und den Sitzungen der einzelnen Sektionen stand »jedem Freunde der Wissenschaften« frei, doch stimmberechtigt waren nur Gelehrte, »deren schriftstellerische Thätigkeit, abgesehen von einer etwa verfassten Inauguraldissertation, auf dem Gebiete des Wissens gewirkt hat.«²⁷ Jeder Teilnehmer hatte einen Betrag von 1½ Thalern in Gulden zu entrichten; als »Beitrag zu den Kosten und Pränumeration auf die Tageblätter und den amtlichen Bericht.«²⁸ – Eine grüne Teilnehmerkarte des Apothekers Georg Christoph

22 Ebd., S. 5.

23 Ebd., S. 6.

24 Ebd., S. 5.

25 Ebd., S. 47.

26 Ebd., S. 25 f.

27 Ebd., S. 24.

28 Ebd., S. 26.



Abb. 1: Eintrittskarte (SuUB Bremen, Brem.b.667, Nr. 9)

Kindt aus Bremen mit der Nummer 432 auf dem Umschlag ist in der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen überliefert; dies obwohl Kindt auch eine Sektion moderierte. Auf der von Hunczelin gedruckten »Aufnahmekarte« wurde handschriftlich notiert: »Diese Karte vertritt die Stelle der Aufenthaltskarte u. sichert dem Besitzer den Eintritt zu den Versammlungen und allen den geehrten Mitgliedern und Theilnehmern zugänglichen Sammlungen, Anstalten und Festlichkeiten.« Johann Smidt und Wilhelm Focke unterzeichneten.²⁹ Darüber hinaus war die Versammlung den Bürgern Bremens geöffnet, die eigene Eintrittskarten hatten: »Gebildete jeden Standes können zu allen Versammlungen und Festlichkeiten während der Dauer der Versammlung, so weit es der Raum gestattet, zugelassen werden und haben dazu besondere, auf einen bestimmten Tag lautende Eintrittskarten, welche unentgeltlich verabfolgt werden, auf dem Empfangsbureau im Stadthause No. 5 eine Treppe hoch abzufordern.«³⁰

29 Vgl. SuUB Bremen, Brem.b.667, Nr. 9.

30 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 28, sowie SuUB Bremen, Brem.b. 667, Nr. 5.

Ein vierseitiges gedrucktes Programm informierte die Besucher in zwölf Paragraphen über die Veranstaltung³¹, wo man sich zu melden habe, wie die Abstimmungen liefen, über Ort und Zeitpunkt der Abstimmungen. Dabei erfolgte die Programmgestaltung, d.h. die Aufteilung, wann welche Sektion stattfinden solle, lt. Programm »dem eingeführten Gebrauche gemäß und nach der wahrscheinlich zweckmässigsten [sic] Anordnung«.³²

Unterschieden wurde zwischen allgemeinen und speziellen Versammlungen, d.i. Sektionen: Die »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« und die an ihr beteiligten Fachwissenschaften hatten 1844 bereits einen Grad der Spezialisierung und Professionalisierung sowie ein Ausmaß erreicht, die parallel stattfindende Sektionen an unterschiedlichen Orten unumgänglich machten.

An sieben Orten fand die *Versammlung* statt: Die allgemeinen Treffen am 18., 21. und 24. September fanden in der oberen Rathauhalle statt, die mit etwa 1.000 Sitzen eingerichtet wurde. Drei Zimmer in der Börse, zwei im Schütting und die Aula der Gelehrtenschule wurden für die Sectionssitzungen vorgesehen. In den Sälen des Haus Seefahrt fand zudem eine Ausstellung »von Thieren, Pflanzen, Mineralien und sonstigen Merkwürdigkeiten«³³ statt. Die gemeinsamen Mittagstafeln wurden in den oberen Sälen des Vereins »Union« abgehalten, und mit der »Gesellschaft Erholung«, in deren Räumlichkeiten die »Abendreunionen« stattfanden, war auch der zweite der drei großen bürgerlichen Vereine Bremens im 19. Jahrhundert in die Durchführung der 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« in Bremen mit einbezogen.³⁴

31 Vgl. SuUB Bremen, brem.b.667, Nr. 5: Programm zur 22. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Bremen.

32 Ebd.

33 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 32.

34 Diese drei Vereine spielten im geselligen Leben Bremens eine unterschiedliche Rolle. Die Union hatte sich in Opposition zum Museum entwickelt, denn ihr Vorsitzender Hermann Hinrich Bolte (1783–1850) durfte als Getreidegroßhändler und Präses im Collegium Seniorum der Kaufmannschaft die Gesellschaft Museum nicht besuchen. Die Union war somit zunächst um eine berufsständische Vereinigung von Kaufleuten, der Schwerpunkt ihrer ab 1802 aufgebauten Bibliothek lag nicht auf wissenschaftlicher, sondern auf schöngestiger Literatur. Seit 1807 wurden hier Vorlesungen abgehalten, ab 1810 gab es Konzerte. 1869 verband sich die Union, die 1835 bereits 800 Mitglieder zählte, mit dem Kaufmännischen Verein von 1869. 1803 wurde die Gesellschaft »Erholung« gegründet. Hier trafen sich Gleichgesinnte der führenden Kreise, um dem Gemeinwohl dienende Anliegen zu besprechen, in einem angenehmen bürgerlichen Ambiente. Die Erholung existierte bis 1866.

Selbst erklärtes Ziel der 1783 offiziell gegründeten, auf eine Lesegesellschaft zurückgehenden Gesellschaft Museum war hingegen die Bildung der Mitglieder in naturwissenschaftlichen Themen, die in der Hansestadt nicht in einer Universität erfolgte. Seit der Jahrhundertwende traf man sich in einem eigenen Vereinshaus mit Bibliothek und Naturalienkabinett. Hier fanden auch zahlreiche Vorträge von Vereinsmitgliedern und zeitgenössischen bedeutenden Gelehrten statt. Vgl. Der Club zu Bremen, Der Club zu Bremen 1783–2008. 225 Jahre in vier Jahrhunderten, Bremen 2009, S. 135–137.

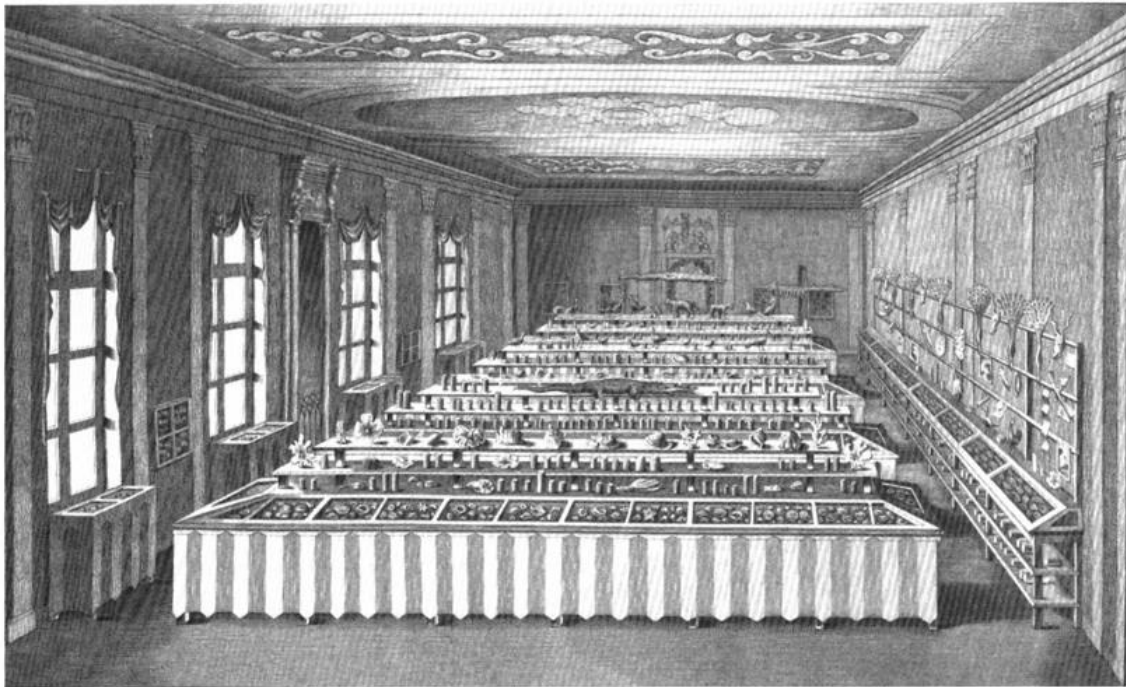


Abb. 2: »Die Ausstellung im Haus Seefahrt« (Aus: Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1)).

Dabei bemühte man sich offenbar um eine gleichmäßige Verteilung der informellen Veranstaltungen auf »Union« und »Erholung«.

Mit »Union« und »Erholung« fanden die abendlichen Treffen in zweien der drei bedeutendsten bremischen Vereine zu Anfang des 19. Jahrhunderts statt. Ausgerechnet derjenige Verein, der sich die naturwissenschaftliche Forschung neben der geisteswissenschaftlichen Bildung und dem Vergnügen auf die Fahne geschrieben hatte, die »Gesellschaft Museum«, wurde nicht in die *Versammlung* mit einbezogen, obwohl es hier seit der Jahrhundertwende die entsprechenden Räumlichkeiten im eigenen Vereinshaus gegeben hätte.³⁵ Die Gebäude von »Union« und »Erholung« stehen trotzdem für die Durchführung der *Versammlung* an Repräsentationsorten des bremischen Bürgertums.

Die *Versammlung* nebst ihrer Begleitveranstaltungen war straff durchorganisiert. Vor dem ersten Tag, am 17. September, gab es eine Mittagstafel in der »Union«, einen »Caffee« in Stüren Garten sowie abends um 20 Uhr eine »Reunion« in der »Erholung« und schließlich ein Souper à la carte im Weinkeller. Der Mittwoch war als Einführungstag organisatorischen Gegebenheiten wie Vorlesung der Statuten, Berichten über eingegangene Schreiben, Geschenke etc., Bildung der Sectionen, Einschreibung der Mitglieder und der Vorträgen gewidmet. Das Souper fand nun nicht mehr nur in der »Union«, sondern auch im Weinkeller, in »den Gasthöfen und verschiedenen Clublocalen« statt³⁶; um

35 Vgl. ebd., S. 135-136.

36 Vgl. Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 29.

jene Lokalitäten hatte man sich im August des Jahres bemüht. Am Donnerstag und Freitag fanden Versammlungen in den einzelnen Sektionen statt. Der Sonnabend war allgemeinen Versammlungen vorbehalten, die »Vorträge der Gelehrten«³⁷ beinhalteten. Am Sonntag erfolgte eine gemeinsame Ausflugsfahrt nach Bremerhaven (s. u.). Am Montag wieder gab es eine allgemeine Versammlung zunächst in den unteren Räumen der Börse, anschließend die Versammlungen der einzelnen Sectionen. Der Dienstag begann mit einer allgemeinen Versammlung, mit Berichten, Vorträge der Gelehrten und einer Schlussrede des ersten Geschäftsführers. Um 12 Uhr erfolgte die Versteigerung der gesammelten Ausstellungsstücke im Hause Seefahrt; um 14:00 eine Mittagstafel in der »Union«, um 20:00 eine Abschiedsreunion in der »Erholung« und anschließend ein Souper à la carte.³⁸

Allgemeine Versammlungen wurden an drei Tagen durchgeführt: Am 18., 21. und 24. September vormittags von 10:00 bis 12:00 Uhr in der oberen Rathaushalle. Eigens notiert wurde im Programm: »Für die Damen werden Plätze auf dem alten Archive eingerichtet«³⁹; auch diese Differenzierung ist ein Beispiel für die fortgeschrittene Professionalisierung der *Versammlung*.

Die Fachsektionen mit einer Dauer von je zwei Stunden fanden ebenfalls nicht täglich statt; so war es den Teilnehmern der »Versammlung« möglich, an mehreren Sektionen teilzunehmen. Fachsektionen wurden demnach am 19. und 20. (Donnerstag und Freitag) sowie abschließend am 23. September (Montag) abgehalten. Für sie wurde jeweils ein Verantwortlicher benannt:

Profession	Verantwortlicher	Ort	Zeit
Mathematik, Astronomie, Geographie und Mechanik	Dr. jur. Wilhelm Focke	Börse Nr. 1	9:00 – 11:00
Mineralogie und Geognosie	Apotheker Georg Christoph Kindt	Börse Nr. 2	9:00 – 11:00
Physik, Chemie und Pharmazie	Apotheker Heinrich Toel	Schütting Nr. 1	11:00 – 13:00
Botanik ⁴⁰	Dr. Philipp Heineken	Schütting Nr. 2	9:00 – 11:00
Forst- und Landwirtschaft	Dr. Philipp Heineken	Schütting Nr. 2	11:00 – 13:00
Zoologie	Dr. Carl Johann Gustav Hartlaub	Börse Nr. 3	9:00 – 11:00
Anatomie und Physiologie	Dr. Carl August Ludwig Stachow	Börse Nr. 3	11:00 – 13:00
Medizin und Chirurgie	Dr. Christoph [?] H. Schmidt	Aula der Gelehrtschule	11:00 – 14:00

Ein Blick auf die Verantwortlichen der Fachsektionen offenbart eine Schwierigkeit der 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« in Bremen: Bremen war zeitgenössisch keine (natur)wissenschaftlich herausragende Stadt. So wurden Fachsektionen nicht von namhaften, überregional auf ihrem jeweiligen Gebiet anerkannten und bekannten Wissenschaftlern geleitet, wie die Sektion zur »Mathematik, Astronomie, Geographie und Mechanik« zeigt. Diese vereinte nicht nur vier sehr verschiedene Fachdisziplinen. Auch war ihr Vorsitzender Wilhelm Focke Jurist und nicht an einer Universität naturwissenschaftlich ausgebildet worden oder hatte sich auf diesem oder anderen Wissenschaftsgebieten hervorgetan, wenn er auch trotz fehlender Ausbildung mit hoher Wahrscheinlichkeit über eine gewisse naturwissenschaftliche Bildung verfügte. So hatte er seinem berühmten Großvater Wilhelm Olbers in dessen letzten Lebensjahren bei seinen astronomischen Beobachtungen attestiert. Dass er trotzdem die genannte Sektion leitete, macht zum einen den Mangel Bremens an Gelehrten in diesem Fach deutlich. Zum anderen zeigt es die Anwendbarkeit des von Hans-Ludwig Schaefer als solchen bezeichneten »familienhafte[n] Zug[s] im bremischen Gemeinwesen«⁴¹ auch auf die Organisation der *Versammlung*: Das Prinzip der verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen prägte neben den politischen die gesellschaftlichen Geschehnisse der Stadt. Denn Wilhelm Focke war Bruder des zweiten Geschäftsführers der *Versammlung* Gustav Woldemar Focke.

Die weiteren Verantwortlichen der Fachsektionen konnten eine naturwissenschaftliche Ausbildung vorweisen: Georg Christoph Kindt und Heinrich Toel wurden bereits in der Liste der Verantwortlichen als Apotheker aufgeführt; bei Philipp Cornelius Heineken handelte es sich um einen Arzt (der im bremischen Adressbuch zudem als »Augen-Operateur« geführt wird)⁴²; auch Carl Johann Gustav Hartlaub, Carl August Ludwig Stachow und Christoph Schmidt waren im Jahr 1844 in der Hansestadt praktizierende Mediziner.

Doch hatte Wilhelm Focke als Verantwortlicher für »seine« Sektion ebenso wenig genuin naturwissenschaftliche Tätigkeiten zu verrichten wie seine Kollegen, die eine entsprechende Ausbildung vorweisen konnten. Die »bei jeder Section genannten Herren«⁴³ hatten die Aufgabe, »die Mitglieder in die dazu bestimmten Locale einzuführen, und sie um Aufzeichnung ihrer Namen und der zu haltenden Vorträge zu ersuchen, worauf die Wahl der Präsidenten und Secretaire vorzunehmen ist. Ein schriftlicher Auszug jedes Vortrages muss nach beendigter Session dem Präsidenten eingehändigt werden, um von den

37 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 30.

38 Vgl. ebd.

39 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 27 sowie SuUB Bremen, Brem. b. 667, Nr. 5.

40 Die hier getrennt aufgeführten Sektionen für Botanik sowie für Forst- und Landwirtschaft wurden im offiziellen Bericht zusammengefasst.

41 Hans-Ludwig Schaefer, Die Bevölkerung Bremens in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, Bremen 1957, S. 79.

42 Vgl. Bremisches Adressbuch für das Jahr 1844, S. 12, urn:nbn:de:gbv:46:1-2132.

43 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 27.

Geschäftsführern für den späteren amtlichen Bericht benutzt werden zu können.«⁴⁴ Die Verantwortlichen der Fachsektionen hatten damit primär repräsentative Funktionen, was die Benennung Wilhelm Fockes erklärt. Doch welche Teilnehmer begegneten ihnen?

Die Teilnehmer der Versammlung

Bei aller hanseatischen Bescheidenheit hoben die Geschäftsführer im zugehörigen »Tageblatt« nach Abschluss der *Versammlung* den großen Erfolg selbiger und die Begeisterung der Gäste hervor.⁴⁵ Noch im September, wenige Tage vor der Eröffnung, schienen sie dies nicht zu erwarten: »Leider hatte sich nur eine geringe Anzahl derselben [der zu erwartenden Gäste, M.H.] angemeldet, und nicht wenige Gelehrte mit Namen von gutem Klange sagten ihren Besuch noch kurz vor dem Beginne der Versammlung wieder auf [sic], so dass manche der von Bremens Bürgern bereitwillig angebotenen Logis unbenutzt bleiben musste [...] und manche Sorge über unnöthige Grossartigkeit unserer Anstalten wurde laut. Die letzten Tage beschwichtigten jedoch diese Besorgnisse – jeder Postzug, jedes Dampfboot brachte die Erwarteten aus allen Richtungen, und am Morgen des achtzehnten Septembers wogte in dem unteren Raume der Börse schon ein buntes Gedränge von Fremden und Einheimischen durcheinander.«⁴⁶ Als die Veranstaltung schließlich eröffnet wurde, war eine zufriedenstellende Anzahl von Teilnehmern eingetroffen, die augenscheinlich bei Bürgern ganz Bremens Unterkunft fanden.

651 Personen wurde im offiziellen Bericht als Teilnehmer an der 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« verzeichnet. Der überwiegende Teil dieser Personen (ca. 80 %) war einfacher Teilnehmer und nicht Mitglied der »Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte«: 131 Mitglieder und 519 Teilnehmer waren im Verzeichnis aufgeführt. Mit 277 Personen kamen 43 % der Teilnehmer aus der Hansestadt selbst: Fast die Hälfte der teilnehmenden Personen. Der am weitesten angereiste Teilnehmer war Consul Faber aus New York; fast alle weiteren Teilnehmer kamen aus Deutschland. Berühmt waren bspw. Chausepie senior und junior aus Hamburg.

Die in der offiziellen Publikation abgedruckte Teilnehmerliste liest sich geradezu als Who-is-Who bremischer Bürgerfamilien: Die Namen Gildemeister, Gloystein, Engelken, Focke, Heineken, Kottmeier, Lampe, Meyer, Migault, Noltenius, Pastor Rotermund (selbiger nahm als Mitglied (!) in der Sektion Naturgeschichte teil), Smidt (fünf Personen dieser Familie waren anwesend; Bürgermeister Johann Smidt nahm in der Sektion Landwirtschaft teil), Schünnemann, Schumacher, Tidemann, Treviranus, Wätjen, Wichelhausen, Wilkens sind in Bremen durchaus bekannt. Doch nicht nur Naturwissenschaftler nahmen teil,

44 Ebd. sowie SuUB Bremen brem.b.667. Nr. 5. Die auf dieser Grundlage publizierten Vorträge ermöglichen heute ein genaues Bild der wissenschaftlichen Inhalte der *Versammlung*.

45 Vgl. SuUB Bremen, brem.b.667, Nr. 10, Tageblatt der zweiundzwanzigsten Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte. Nr. 8, 25. September 1844.

46 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 31.

auch ist der Aeltermann A.J. Barkhausen bspw. als Vertreter der Kaufmannschaft zu erwähnen. Die Teilnahme Senator Georg Drostes als eines weiteren Mitglieds der bremischen Bürgerelite zeigt die Bedeutung, die der *Versammlung* für die Hansestadt von deren Würdenträgern zugemessen wurde (s. u.).

Die *Versammlung* schien ihren Zweck, die Zusammenführung von Wissenschaftlern, die sonst lediglich postalisch miteinander korrespondierten, voll zu erfüllen: »Am Morgen des achtzehnten Septembers wogte in dem unteren Raume der Börse schon ein buntes Gedränge von Fremden und Einheimischen durcheinander, in welchem manche alte Bekanntschaft erneuert, manche neu eröffnet, und eine prüfende Musterung der beiderseitigen Physiognomien oft der erste Keim zu persönlicher Bekanntschaft und inniger Befreundung solcher Gelehrten wurde, die früher nur von sich gelesen hatten.«⁴⁷

Dass fast die Hälfte der Teilnehmer der *Versammlung* aus der Hansestadt selbst stammte, wird zwar über die Teilnehmerliste ersichtlich, wurde darüber hinaus jedoch nicht expliziert. Die positiven Folgen der *Versammlung* für die praktische Wissenschaft im ganzen Deutschen Reich wurden betont: Die für die Wissenschaft so wertvollen persönlichen Kontakte und (entgegen zeitweiliger Befürchtungen) die zahlreichen auswärtigen Gäste. In den auch in Bremen geknüpften persönlichen Kontakten sah Gustav Woldemar Focke die Fortsetzung einer durch die *Versammlung* evozierten Erfolgsgeschichte der Naturwissenschaft als solcher: »Persönliche Bekanntschaft und dadurch bewirkter Austausch der Ideen haben in Folge der früheren Versammlungen auf erfreuliche Weise unter den deutschen Gelehrten zugenommen, und spenden gewiss durch die individuelle Anregung zu Combinationen [sic] und Schlüssen, und daraus hervorgehenden gediegeneren und reiferen Geistesarbeiten einen wesentlichen Nutzen.«⁴⁸

Smidt sah dies ähnlich, die *Versammlung* habe dem Zwecke ihrer Zusammenkunft entsprochen:⁴⁹ »Der bei der Stiftung dieses Vereins laut ausgesprochene und bei jeder weiteren Zusammenkunft wiederum anerkannte Hauptzweck derselben: den Naturforschern und Aerzten Deutschlands Gelegenheit zu geben, sich persönlich kennenzulernen, ist auch diesesmal [sic] nicht aus den Augen verloren. Es ist vielmehr täglich mehrfache und verschiedenartige Gelegenheit dazu dargeboten und benutzt worden.«⁵⁰

Auch die Zeitungen gäben Auskunft darüber, dass alle Spezialdisziplinen in gleicher Weise berücksichtigt worden seien. Doch auch »Anknüpfungspunkte zu weiterer Wechselwirkung«⁵¹ zwischen »jeder Stadt und jedem Staate«⁵² seien geknüpft worden. Nicht nur in wissenschaftlicher, auch in politischer Hinsicht nationalistischer Couleur im Hinblick auf ein einiges Deutschland wurde die *Versammlung* somit von ihren Geschäftsführern als Erfolg beurteilt.

47 Ebd.

48 Ebd., S. 44.

49 Ebd., S. 137.

50 Ebd.

51 Ebd., S. 138.

52 Ebd.

Wie aber wurde die 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« in Bremen inhaltlich ausgestaltet?

Vorträge und Sektionen

Die Eröffnungsrede

In seiner Eröffnungsrede führte der erste Geschäftsführer Johann Smidt nicht nur in die organisatorischen Gegebenheiten der *Versammlung* ein. Er sah sich vor allem gehalten, die Wahl Bremens als Ort der *Versammlung* zu begründen: »Es ist aber diese Rechtfertigung, einer Versammlung gegenüber, welche seit einer Reihe von Jahren fast nur Universitäten oder Residenzen zu ihrem Vereinigungspunkt gewählt, mithin an die Vortheile und Begünstigungen solcher Städte sich gewöhnt hat, in der That nicht leicht.«⁵³

Bremen hingegen war keine Universitätsstadt. Das Gymnasium illustre, das einer Universität noch am nächsten gekommen wäre, hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts seine Pforten geschlossen. Wer eine naturwissenschaftliche Ausbildung genießen wollte, tat dies in einer anderen Stadt, vorzugsweise als Bremer in Jena oder Göttingen, da durch das hier zugrundeliegende Medizinstudium die Chancen des gesellschaftlichen Aufstiegs im politischen Bereich am höchsten waren.⁵⁴ Auch lebten in Bremen 1844 keine bedeutenden, überregional bekannten Naturwissenschaftler: Die bekanntesten wie Wilhelm Olbers, Gottfried Reinhold Treviranus, Ludolph Christian Treviranus oder Gerhard Roth waren längst verstorben. Bremen war über den Zenit seiner naturwissenschaftlichen Kräfte und Fähigkeiten bereits hinaus gelangt. Fast schlimmer noch, schenkt man Smidt Glauben: »Und da diese Stadt zugleich den Kern eines kleinen, republikanisch regierten Staates bildet, so ist zu einer Begünstigung und Pflege geistiger Tendenzen von Oben herab auch nur beschränkter Raum vorhanden.«⁵⁵

In Bremen stehe, so wiederholte Smidt das uralte und oftmals hervorgekramte Selbstverständnis der Hansestadt, der Handel im Vordergrund: »Von einem Austausch wissenschaftlicher Bestrebungen kann dabei, wie überhaupt in einer Handelsstadt, wo die Förderung materieller Interessen den Vordergrund einnehmen muss, nur in einzelnen Kreisen die Rede sein.«⁵⁶ Diese Verortung der Hansestadt als Handelsstadt hatte die Funktion einer regelrechten Entschuldigung vorab, sollten Teile der *Versammlung* nicht auf dem höchsten Niveau der zeitgenössischen Wissenschaft verortet werden würden. Bremen sei eben eine Handelsstadt. – Wie fand der erste Geschäftsführer nun den Bogen zurück zur Rechtfertigung Bremens als Ort der *Versammlung*?

53 Ebd., S. 36.

54 Vgl. Andreas Schulz, *Vormundschaft und Protektion. Eliten und Bürger in Bremen 1750–1880*, München 2002, S. 21.

55 Focke, Smidt, *Amtlicher Bericht* (wie Anm. 1), S. 36.

56 Ebd.

In Johann Smidts Einführungsrede diente der gleiche Handel, der zuvor entschuldigend herangezogen wurde, nun als Argument für die Durchführung der *Versammlung* in Bremen. Es gebe große Ähnlichkeiten zwischen dem Welthandel und der »Pfleger der Naturwissenschaften.«⁵⁷ Unter diesen sei hervorzuheben eine »Aufmerksamkeit [...] [der beteiligten Menschen, M.H.], welche den Blick gleichzeitig auf universelle, wie auf individuelle Erscheinungen«⁵⁸ richte; ebenso wie ein geübter Umgang mit Schwierigkeiten, eine Fähigkeit und Übung, »Mittel und Wege mit ausdauernder Anstrengung zu suchen und zu finden.«⁵⁹ Und schließlich sei der »Bewegungs-Nerv dieses Betriebes«⁶⁰ (d. i. des Handels) doch der folgende: »In welcher Gegend der Erde walten Bedürfnisse des Austausches von Naturerzeugnissen, (denen selbstredend auch jedes Kunstproduct sein Material verdankt,) vor? – von welcher Art, in welchem Maasse, und aus welcher Ursache? – Wo ist daher Mangel, wo ist Ueberfluss, wie ist jenem durch diesen ausreichend zu begegnen, und zwar auf welchem leichtesten, auf welchem sichersten Wege?«⁶¹

Handel und Wissenschaft reichten sich so beständig die Hand; in keiner der Sectionen der *Versammlung* könnten Fragen beantwortet oder behandelt werden, ohne dass der Welthandel mit berücksichtigt würde. Gleichzeitig habe es niemals einen Zweig des Welthandels gegeben, der nicht durch wissenschaftliche Anstrengung »wo nicht begründet, doch erleichtert und vervollkommt«⁶² würde. Kurzum: Welthandel und Naturwissenschaft bedürften einander: »Es besteht also ein innerer Zusammenhang, eine Art von prästabiler Harmonie zwischen den beiderseitigen Tendenzen.«⁶³

Waren Naturwissenschaft und Handel zu Beginn der Rede Smidts noch unterschiedliche Themen, wurden sie an ihrem Ende zu bloßen *Tendenzen* ein und derselben Sache, die mit einer Leibnizschen Formulierung schon vor Weltbeginn zusammengehören und ohne einander nicht können. Dies allein wurde als für Bremen als »Austragungsort« der *Versammlung* hinreichend erachtet. Bremen wurde weiterhin entsprechend des traditionellen hanseatischen Selbstverständnisses als Kaufmanns- und Handelsstadt bezeichnet und präsentiert, doch gerade deshalb sei die Stadt geradezu prädestiniert, dass in ihr die 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« stattfinde.

Wie nebenbei erfolgte mit dieser Vorstellung Bremens eine Abgrenzung der Handelsstadt von Residenzstädten: »Der Regierung eines Freistaates ist weniger die Rolle eines Führers, als die eines Verkündigers der öffentlichen Meinung beschieden.«⁶⁴ Es ist bezeichnend, wenn Smidt bei der Beschreibung seiner Stadt nicht mit Gebäuden oder anderen Sehenswürdigkeiten begann,

57 Ebd., S. 37.

58 Ebd.

59 Ebd.

60 Ebd.

61 Ebd.

62 Ebd.

63 Ebd., S. 38.

64 Ebd., S. 39.

sondern mit der Regierung und dem »Freigeist der Hansestädte«: »Zuvörderst die Gemeinsamkeit des alten Wahlspruchs: Laissez nous faire! – Lasst uns nur gewähren! Wollet uns nicht bevormunden! Verschont uns mit Systemen, die nicht dem Lebendigen entsprechen, sondern denen umgekehrt das Lebendige sich unterordnen soll! [...] In allen diesen Stossseufzern [sic] sprechen sich unverkennbare Sympathien aus; denn nur in der Atmosphäre der Freiheit gedeiht der Handel wie die Wissenschaft.«⁶⁵

Die in der Einführungsrede des Bürgermeisters Smidt erfolgte Vorstellung der Freien Hansestadt Bremens mittels Abgrenzungen gehen somit in zwei Richtungen⁶⁶: Gegenüber Wissenschafts- und Universitätsstädten grenzte man sich zum einen ab; gegenüber dem Adel in der anderen Richtung. Somit erfolgt hier eine Konstituierung des bremischen Bürgertums nicht nur als Bürgertum, als Stadtbürgertum, sondern auch und vor allem eine positive Bestimmung als Handelsstadt. Beide Bestimmungen sind im Hinblick auf Bremen untrennbar miteinander verbunden.

Die allgemeinen Sitzungen

Bei der 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« wurde zwischen allgemeinen und speziellen Sitzungen, d. i. Fachsektionen unterschieden. Acht Fachsektionen wurden abgehalten: 1. Mathematik, Astronomie, Geographie und Mechanik, 2. Mineralogie und Geognosie, 3. Physik, Chemie und Pharmazie, 4. Botanik, 5. Forst- und Landwirtschaft, 6. Zoologie, 7. Anatomie und Physiologie, 8. Medizin und Chirurgie. Die allgemeinen Sitzungen sowie die Fachsektionen sollen hier überblicksartig vorgestellt werden.

Der Ablauf der ersten allgemeinen Sitzung war im Programm genauestens festgehalten: »Eröffnungsrede des ersten Geschäftsführers. – Vorlesung der Statuten durch den zweiten Geschäftsführer. – Berichte über eingegangene

65 Ebd.

66 Bei dieser Frage orientierten sich die Bremer ausgerechnet bei der sonst in Konkurrenz stehenden Schwesterstadt Hamburg: Die Sammlung von Schriftstücken zur 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« in Bremen in der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen enthält ein Schreiben ohne Adressaten des naturwissenschaftlichen Vereins in Hamburg aus dem Jahr 1839, in dem dieser um Übersendung naturwissenschaftlich interessanter Gegenstände bittet. Teile des Schreibens kommen in Smidts Eröffnungsrede wieder zum Vorschein: »Und doch besitzt unser Hamburg an allgemeiner und merkantilistischer Bildung, an pekuniären Hilfsmitteln, so wie an den ausgedehntesten Verbindungen mit allen Ländern der Erde und an den leichtesten Kommunikationsmitteln so viele Vorzüge vor allen Orten des Innern, dass wir überzeugt sind, es bedürfe nur der Anregung und der Vereinigung sämtlicher [sic], unserer Vaterstadt zu Gebote stehender Kräfte, um zur Ehre und zum Nutzen derselben ein, ihrer würdiges, öffentliches Museum zu Stande zu bringen.« Mitgegeben wurde diesem Schreiben eine »Anweisung, hinsichtlich der Behandlung der Naturalien«, die von den Bremern wortwörtlich übernommen und an die eigenen Rheder und Kapitäne betreffs des Einsammelns naturhistorischer Gegenstände in Übersee verschickt wurde (vgl. SuUB Bremen, Brem.b.667, ohne Paginierung).

Schreiben, Geschenke etc. von demselben. – Vorträge. – Bildung der Sectionen. Einschreibung der Mitglieder und der Vorträge, welche dieselben zu halten wünschen. – Wahl der Präsidenten und Secretaire.«⁶⁷

Auch die zweite allgemeine Versammlung war schon lange geplant, wie das Programm zeigt: »Berichte des zweiten Geschäftsführers. – Wahl des nächstjährigen Versammlungsortes. – Vorträge der Gelehrten. – 12 Uhr Versteigerung der Naturalien im Hause Seefahrt.«⁶⁸ Und schließlich die dritte und letzte am 24. September: »10 Uhr. Dritte allgemeine Sitzung. – Berichte etc. – Vorträge der Gelehrten. – Schlussrede des ersten Geschäftsführers.«⁶⁹ Die allgemeinen Sitzungen beinhalteten somit neben den Fachvorträgen diverse organisatorische Punkte. Die eigentliche inhaltliche Arbeit fand in den Fachsektionen statt.

Die inhaltlichen Vorträge der ersten allgemeinen Sitzung sollen skizziert werden, um ein Bild dieser Veranstaltungen zu schaffen, denn alle Teilnehmer der *Versammlung* hörten sie. Am Schluss steht die Frage nach Ausrichtung und Ziel der allgemeinen Sitzungen und damit der bremischen *Versammlung*. – Prof. J. B. Wilbrand aus Gießen hielt zunächst einen Vortrag mit dem Titel »Ueber die körperliche Bildung der Affen in Vergleich mit der körperlichen Bildung des Menschen, und über die *entgegengesetzte* [sic] Entwicklungsrichtung [sic] beider von Seiten des geistigen Lebens.«⁷⁰ Festzustellen sei eine Annäherung der Bildung [sic] der Affen an die des Menschen nur bei zwei der zeitgenössisch bekannten 137 Arten, nämlich beim Orang-Utan und beim Schimpansen. Am Beispiel des ersteren besprach Wilbrand in der Folge Unterschiede in der Bildung zwischen Menschen und Affen; womit er den Körperbau meinte. Wilbrands Ziel war es, »die Entfernung des Menschen von der Stellung der Affen in der Natur«⁷¹ herauszuarbeiten, die sich »am vollständigsten in der allmählig [sic] steigenden geistigen Entwicklung des Menschen«⁷² sowohl in phänotypischer als auch in genotypischer Hinsicht zeige.

Den nächsten Vortrag, einen Forschungsbericht, hielt Prof. F. A. Walchner (Direktor der Bergwerke in Baden) aus Karlsruhe mit dem Titel »Ueber das Vorkommen des Kupfers und Arseniks in Eisenerzen, Mineralquellen und in der Ackererde«⁷³. Er berichtete von seinen neuen Ergebnissen der Untersuchung von Eisenerzen, die ihm in seiner beruflichen Tätigkeit oft angetragen werde. Auch in eisenreichen Ackererden sei dies enthalten.

Im Anschluss an die Fachvorträge »erbat sich Herr Professor Hruschauer aus Grätz [Graz] das Wort und begrüßte die 22. ›Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte‹ im Namen der [...] Geschäftsführer der 21. Versammlung zu Grätz.«⁷⁴ Bei dieser Gelegenheit wurde den bremischen Geschäftsführern der Bericht über die vorherige *Versammlung* übergeben.

67 SuUB Bremen, Brem. b. 667. Nr. 5.

68 Ebd.

69 Ebd.

70 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 50.

71 Ebd., S. 57.

72 Ebd.

73 Ebd., S. 58.

74 Ebd., S. 60.

Nach den einführenden Vorträgen ersuchte der zweite Geschäftsführer Gustav Woldemar Focke die Teilnehmer der *Versammlung*, sich in die jeweiligen Sektionen zu begeben, um über Aufforderung der im Programme genannten Herren zur Bildung der Sectionen, so wie zur Wahl der Präsidenten und Secretaire und Anmeldung der zu haltenden Vorträge Folge zu leisten, und nachher die Ausstellung im *Hause Seefahrt* in Augenschein zu nehmen.⁷⁵

Die fachwissenschaftlichen Vorträge Wilbrands und Walchners zeigen den bereits in dieser ersten allgemeinen Sitzung der *Versammlung* formulierten Anspruch, ein breites Fachpublikum aus unterschiedlichen Fachdisziplinen mit neueren Forschungsergebnissen und Themen anzusprechen, die im herrschenden Diskurs durchaus en vogue waren. Dieser Anspruch sollte sich im weiteren Verlauf der *Versammlung* forttragen.

Die zweite allgemeine Sitzung am 21. September, ebenfalls in der oberen Rathshaushalle, begann mit der Vorstellung »auch aus Bremen selbst folgende[r] Widmungen für unsere geehrten Gäste.«⁷⁶ Der bremische ärztliche Verein hatte bspw. gerade zu diesem Behufe die Schrift »Biographische Skizzen verstorbener Bremischer Aerzte und Naturforscher. Eine Festgabe für die zwei und zwanzigste Versammlung Deutscher Naturforscher und Aerzte zu Bremen« herausgegeben. Auch eine eigens zur Versammlung geprägte Medaille, die auf der einen Seite Brustbilder von Wilhelm Olbers und Gottfried Reinhold Treviranus und auf der anderen Seite »eine Darstellung von Seltenheiten der Sammlung des Museums [d.i. der Gesellschaft Museum, M.H.] in allegorischer Gruppierung nebst den entsprechenden Inhalten«⁷⁷ trug, fiel unter die Widmungen. Schließlich wurden zwei medizinische bzw. medizinhistorische Publikationen erwähnt: Eduard Hirschfeld hatte »Umriss der Phrenologie. Zur Förderung des Ausbaues einer naturgemäßen Geisteskunde« in jenem Jahr bei Heise publiziert, und F.A. Mencke hatte seine Schrift »Die Aphorismen des Hippokrates. Durchaus berichtigte griechische Urschrift. Deutsche Uebersetzung, kritische Apparat und griechische Wortverzeichnisse« der Versammlung gewidmet.

Die zweite allgemeine Sitzung hatte neben diesen repräsentativen wiederum organisatorische Aufgaben zu erfüllen, so wurde nun der Ort der nächsten Versammlung bestimmt, bevor im Anschluss fachwissenschaftliche Vorträge erfolgten. Hier hielt zum Schluss auch ein Bremer, Prof. Weber, einen Vortrag: »Ueber die Vermittlung der Naturkunde und der Kochkunst durch die Poesie«⁷⁸, ein Beitrag, der »aus Mangel an Zeit nur theilweise vorgetragen«⁷⁹, doch im offiziellen Bericht vollständig abgedruckt wurde. Nach diesem Vortrag endete die zweite allgemeine Sitzung. Eine dritte und letzte allgemeine Sitzung am 24. September hatte einen ähnlichen Aufbau: Zunächst wurde Organisatorisches, dann Fachwissenschaftliches besprochen. Wieder hielt ein

75 Ebd., S. 61.

76 Ebd., S. 63.

77 Ebd., S. 62.

78 Ebd., S. 105.

79 Ebd.

Bremer, Hermann Engelken, Direktor der Privat-Irrenanstalt in Rockwinkel, einen Vortrag »Ueber das Verhältnisse der Poesie zur Seelenheilkunde«. ⁸⁰ Bisherige Fortschritte in der sich erst vor gut einem halben Jahrhundert als eigenständige Disziplin der Medizin etablierte Psychiatrie wurden vorgestellt sowie auf die Notwendigkeit der Entwicklung weiterer Behandlungsmethoden verwiesen. Engelken stellte Beispiele der literarischen Beschreibung seelisch erkrankter Menschen vor.

Die Vorträge auf den allgemeinen Sitzungen stammten somit aus den verschiedenen, auf der *Versammlung* vertretenen Spezialdisziplinen der Wissenschaften. Sie stellten oftmals neue Forschungsergebnisse vor, wenn sie auch nicht von berühmten Forschern gehalten wurden. Auffallend ist, dass auch zwei Bremer berücksichtigt wurden, die primär für ihre praktischen Tätigkeiten in ihren Fächern bekannt waren. Die allgemeinen Sitzungen hatten damit neben organisatorischen und repräsentativen Funktionen die Aufgabe, mit der Vielfalt der gehaltenen Fachvorträge nicht nur ein breites Publikum anzusprechen, sondern auch die Vielfalt der Themen vorzustellen, die man in Bremen hatte bzw. hierher holen können.

Die Fachsektionen

Dies trifft auch für die Fachsektionen zu, wie am Beispiel der Sektion für Medizin und Chirurgie deutlich wird. Die folgenden Vorträge wurden gehalten:

lfd. Nr.	Name	Thema
1	Professor Michaelis (Kiel)	Über Symphysiotomie
2	Dr. Flügge (Hannover)	Über die physiologische Wirkung des Seebades und den therapeutischen Einfluss gymnastischer Uebungen während desselben
3	Dr. Erpenbeck (Leer)	Über einige von ihm erfundene Mittel zur Präservation gegen die Schädlichkeit des Athmens in vergifteten oder verpesteten Räumen
4	Dr. Chausepie sen. (Hamburg)	Über Radesyge
5	Professor Christian Georg Ruete (Göttingen)	Über ein von ihm erfundenes Ophthalmotrop
6	Dr. Tölken (Bremen)	Über einige anatomisch-pathologische Präparate
7	Dr. Lorent (Bremen)	Über einen grossen [sic] Harnstein

⁸⁰ Ebd., S. 128.

8	Dr. Barkhausen (Bremen)	Über die Mortalität der Kinder aus innern Ursachen
9	Dr. Wolff (Berlin)	Über eine neue Methode zur Behandlung gewisser Ohrenkrankheiten

Bemerkenswert an dieser Liste auf der Sektion für Medizin und Chirurgie gehaltenen Vorträge ist wiederum die hohe Anzahl der Referenten aus Bremen: Drei von neun und damit ein Drittel der Vortragenden kam aus der Stadt, in der die *Versammlung* stattfand.

Thematisch wiesen die Beiträge eine große Vielfalt auf. Die im Titel der Sektion angesprochene Chirurgie fand sich bei den Vorträgen jedoch nicht wieder. Bei der Symphysiotomie handelt es sich um eine operative Methode aus der Frauenheilkunde zur Erleichterung der Geburt; das zweite Thema stammt aus dem Bereich der Physiologie; aus dem weiteren Feld der Lungenheilkunde das dritte; die Radesyge lässt sich im Bereich der Hautkrankheiten bzw. als Folge von Geschlechtskrankheiten verorten; Der Vortrag über das selbst erfundene Ophthalmotrop stammt aus dem Bereich der Augenheilkunde bzw. der ärztlichen Instrumentenkunde; weiter ging es mit der Anatomie, gefolgt von der inneren Medizin; Mit einem Thema der Kinderheilkunde befasste sich der vorletzte Vortrag, der letzte entstammte dem Bereich der Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde. Die Vorträge auf der Sektion für Medizin und Chirurgie ließen sich somit weder einem einheitlichen Thema noch einem einzigen Fachgebiet zuordnen. Sie bot vielmehr den einzelnen Wissenschaftlern die Gelegenheit, neue Themen unabhängig von einer inhaltlichen Klammer vorzustellen; mögen es ihre Beobachtungen oder Erfindungen oder die anderer gewesen sein.

Die am ersten Tag festgelegte Liste war jedoch nicht ausschließlich. Zusätzlich zu den aufgelisteten wurde am ersten Tag ein Vortrag Dr. Ewald Dietrichs (Leipzig) über »die Weintraubenkur, den chemischen Gehalt der verschiedenen Trauben und über die Wirkung derselben auf den menschlichen Körper«⁸¹ gehalten. Auch weitere Vorträge wurden gehalten, ohne dass dies zunächst festgelegt worden war: So von Dr. Mansfeld über die Anwendung der Magnet-Elektrizität, namentlich des Reilschen Rotationsapparates, bei der Behandlung somatischer und psychischer Erkrankungen; dieser Vortrag führte augenscheinlich zu diversen Fragen und einer Diskussion mit zahlreichen Wortmeldungen. Am Ende des ersten Tages meldeten sich nun noch drei weitere Teilnehmer zu Vorträgen: Hofrat Hoelscher »Über einige Pathologica«, Dr. Schütte aus Bremen »Über einen Fall von Defectus irdis« und Dr. Focke aus Bremen zur »Vorzeigung einiger elektrisch-magnetischer Apparate«.⁸²

Der Aufbau der Sitzungen der Fachsektion war damit stets gleich: Nach der Klärung organisatorischer Fragen folgten die sehr kurz gehaltenen Fachvorträge. Wortbeiträge und Diskussionen fanden im Anschluss an den letzten Vortrag

81 Gustav Woldemar Focke, Johann Smidt, Amtlicher Bericht über die 22. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Bremen im September 1844, Bd. 2, Bremen 1845, S. 136.

82 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht Bd. 2 (wie Anm. 81), S. 138.

statt und bezogen sich somit meist auf diesen. Durch diese Struktur konnten die Vorträge selbst keinen unmittelbaren inhaltlichen Austausch ermöglichen, dieser musste im Gespräch nach der Versammlung bzw. im Bereich schriftlicher Korrespondenz erfolgen. Die individuellen Erkenntnisse der *Versammlung* wurden somit, da sie im Privaten erfolgen mussten, nicht in der offiziellen Publikation zur 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« festgehalten. Diese bewirkte damit weniger die Fortentwicklung wissenschaftlicher Fragestellungen, als vielmehr die Anregung ebensolcher und das Knüpfen von Kontakten.

Die Sektion für Medizin und Chirurgie verdeutlicht den Anspruch der *Versammlung* auf dem Wege zu einer Professionalisierung der Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert: Einerseits wurden die Vorträge spontan festgelegt, die Teilnehmer hatten weder Gelegenheit, sich inhaltlich auf die Versammlung vorzubereiten, da sie die Themen nicht kannten, noch konnten die Veranstalter mit letzter Sicherheit die Qualität der Beiträge voraussagen. Auch konnten die Themen infolge der Struktur der einzelnen Sektionen nicht ausführlich debattiert werden, dies musste primär im privaten Bereich erfolgen. Die *Versammlung* selbst konnte lediglich zur inhaltlichen Auseinandersetzung *anregen*.

Andererseits wurde die Differenziertheit der Fachdisziplin bereits deutlich, indem die Vorträge unterschiedlichen medizinischen Fachgebieten entstammten und eine Sektion für Geburtshilfe eigens spontan eingerichtet wurde. Auch das Erfordernis, die Einzelvorträge mögten nicht mehr als 10 Minuten dauern, zeigt die sich zunehmend professionalisierende, nahe industrialisierende Wissenschaft: Lediglich Ergebnisse, keine Methoden wurden von den sich als Experten verstehenden Referenten kurz und knapp vorgetragen.

Von der Einführungsrede über die allgemeinen Sitzungen bis hin zu den Fachsektionen lassen sich somit eine zunehmende Betonung der wissenschaftlichen Inhalte und eine abnehmende Bedeutung der repräsentativen Funktionen feststellen. Damit einhergehend rückte die Frage, weshalb die *Versammlung* ausgerechnet in Bremen stattfand und wie sich die Hansestadt dabei verortete, immer mehr aus dem Fokus der Betrachtung.

»Das Drumherum«: Ausstellung, Gedenkmünze und Rahmenprogramm

Die Ausstellung

Neben den wissenschaftlichen Vorträgen wollten die Bremer ihren Gästen eine Ausstellung mit naturwissenschaftlichen Exponaten präsentieren. Doch auch dies gestaltete sich zunächst schwierig. Denn in der Hansestadt waren nicht hinreichend Materialien vorhanden, die bei der *Versammlung* einer Ausstellung würdig seien: »Die bisherigen öffentlichen und Privatsammlungen Bremens [hätten, M.H.] noch bei weitem nicht die Ausdehnung und Vollkommenheit erlangt, um den Naturforschern und Aerzten die an Universitäten und Residenzen ihnen dargebotenen Schätze aus dem Reiche der Natur zu ersetzen.«⁸³

83 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 7.

Um dennoch eine Ausstellung präsentieren zu können, löste man die Problematik auf typisch bremische Weise: Anzunehmen sei, »dass es bei den zahlreichen überseeischen Verbindungen Bremens, wo in jeder bedeutenderen Stadt theils ihre eigenen Söhne, theils langjährige Handelsfreunde residiren [sic], gewiss nur eines redlichen Willens und frühzeitiger Aufforderung bedarf, um ein reiches Material an seltenen und schönen Naturproducten, wie es in wenigen Orten in der Art zu beschaffen sein möchte, für die Naturforscher zusammen zu tragen, und es scheint letzteres um so nothwendiger.«⁸⁴

Die Geschäftsführer schrieben an die bremischen Rheder und Kapitäne und baten diese – ganz dem Selbstverständnis einer Hansestadt entsprechend, die sich hier auf ihre Stärken besann –, von ihren Reisen Gegenstände für die zukünftige Ausstellung mitzubringen. Dies war beizeiten zu planen, »indem die Ausführung des naheliegenden Gedankens, die vielfachen Communicationsmittel Bremens im Interesse der Naturforscher zu benutzen, bei dem Herannahen des Winters es wünschenswerth erscheinen liess [sic], die desfalligen [sic] Mittheilungen noch vor dem Eintritte des Frostes zu expediren. Der einfache Vorschlag, durch Vermittelung unserer Handelsmarine aus den verschiedenen jährlich von ihr besuchten Küstenländern eine Anzahl interessanter und wo möglich frisch eingesammelter oder lebender Thiere und Pflanzen, so wie merkwürdige Mineralien, Geräthe, Waffen, Kleidungsstücke etc. fremder Völkerschaften für die Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte zusammen zu bringen, und in einem geeigneten Locale auszustellen, führte bald zu weiteren Plänen, welche vorläufig, nach sorgfältiger Vorberathung mit einer Commission Sachverständiger, in einem besonderen Circulare ausgesprochen wurde, welches unsere Rheder um ihre Unterstützung für diese Zwecke ersuchte.«⁸⁵

Doch auch das Vorhaben, die bremischen Rheder und Kapitäne der ausgehenden Schiffe in die Beschaffung der Exponate mit einzubeziehen, führte zu Schwierigkeiten. Ihnen und »viele[n] andere[n], welche durch eine nähere Bekanntschaft oder Handelsbeziehungen mit überseeischen Ländern in Verbindung standen«⁸⁶, wurde zunächst ein Circular zugesandt. Denn sie waren nicht hinreichend naturwissenschaftlich vorgebildet noch ausgerüstet, um die Exponate in der gewünschten Form liefern zu können. Daher wurden den abgehenden Schiffen auch Geräte zum Transport der »naturhistorischen Gegenstände« sowie kleine Vorräte von Spiritus zum Konservieren mitgegeben, wobei letztere »um auch auf Schiffen, deren Mannschaft dem Mässigkeitsvereine beigetreten war, [...] durch einen Zusatz von Oleum therebinthinae und Oleum siccini untrinkbar gemacht wurde.«⁸⁷

Die Veranstalter hatten eine genaue Vorstellung der zukünftigen Exponate: Diese sollten »aus allen drei Reichen der Natur von frischen und mehrfachen

84 Ebd., S. 6.

85 Ebd., S. 61 f.

86 Ebd., S. 10.

87 Ebd., S. 11.

Exemplaren«⁸⁸ zusammengestellt werden, denn in Bremen sollte eine weitergehende Untersuchung der Gegenstände erfolgen. Doch war es nicht einfach, die Gegenstände exakt wie gewünscht zu bekommen. So sollte die Farbe der Fische möglichst erhalten werden; hierzu »müssen sie an der Luft getötet [sic] und dann etwas getrocknet werden. Demnächst wirft man sie auch in die eben bemerkten Gefässe [sic] mit Rum oder Spiritus. Es ist gut, wenn dieselben vor dem letzten Verschluss und der Absendung einige Male frisch aufgefüllt werden. – Grössere [sic] Fische können auch ausgeweidet, an der Luft möglichst getrocknet und in Leinen mit etwas Stroh oder dgl. verpackt werden«⁸⁹, hieß es im entsprechenden Paragraphen der »Kurze[n] Anweisung, wie beim Einsammeln, Zubereiten und Verpacken naturhistorischer Gegenstände zu verfahren ist.«⁹⁰ Diese Anweisung nahm eine ganze Seite in einem Rundschreiben der Geschäftsführer an Kapitäne, Rheder und weitere Personen ein, von denen man sich Gegenstände aus fernen Ländern für die vorgesehene Ausstellung erhoffte; der hohe Umfang zeigt die Schwierigkeiten der Bremer, geeignete Ausstellungsstücke zu bekommen.

Mitgeteilt wurde jedoch auch, worauf besonders zu achten sei und welche Bestandteile der einzelnen Naturalien wichtig für die Ausstellung seien. So käme es bei Säugetieren nicht nur auf eine gute Erhaltung der Bälge, sondern auch und vor allem des Schädels an; kleinere Amphibien, die eine schleimige Haut hätten, müssten jedoch erst vom Schleim befreit werden; und »lose Steine [...] haben nur einen relativen Werth, der theils von ihrer Beschaffenheit, theils von der Lokalität, wo sie gefunden sind, abhängt. Wichtiger sind abgeschlagene Stücke.«⁹¹

Entsprechende Richtlinien ließen sich nach Auffassung der Geschäftsführer jedoch nicht für alle Gegenstände der Versammlung konzipieren: »Das Sammeln von *Schmetterlingen* ist dem Kenner bekannt, möchte aber für den Nichtkenner zu mühsam und schwierig sein.«⁹² Auch »Das Sammeln, Trocknen und Einlegen von Pflanzen möchte wohl nur Sache des Botanikers vom Fache sein.«⁹³

Die erwähnte »Kurze Anweisung« hatte das Ziel, Personen (d. i. Kapitäne und Rheder), die selbst keine naturwissenschaftliche oder naturhistorische Ausbildung genossen hatten (und sich hierfür auch nicht sonderlich zu interessieren brauchten), in die Lage zu versetzen, aufgefundene Naturalien in einen Zustand zu bringen, in dem diese versandt werden konnten und diese dann auch fachgerecht zu versenden. Dies gelang jedoch nicht vollständig, stellten die Geschäftsführer ernüchternd bei der Beurteilung der Ergebnisse fest: »Die wenigen mit Sachkenntnis gesammelten und in Folge unserer Aufforderung für die Ausstellung geordneten Einsendungen verlieren sich vielmehr fast gänzlich unter der Menge von Einzelheiten, welche aus den Händen gebildeter

88 Ebd., S. 12.

89 SuUB Bremen, brem.b.667, Nr. 4 a.

90 Ebd.

91 Ebd.

92 Ebd.

93 Ebd.

Laien, durch die Capitaine und die Besatzung unserer Seeschiffe direct, oder deren Verwandte und Bekannte indirect und mitgetheilt wurden, und sowohl hinsichtlich ihres Vaterlandes und des Naturreiches, dem sie angehörten, als auch in Rücksicht auf ihre Bestimmung als Merkwürdigkeit, Verzierung, Handelsartikel etc. – oder Erhaltung, indem sie theils gut erhalten, durch alle Stufen der Verschlechterung, bis zu gänzlich verdorbenen; und von complete[n] [sic], bis zu werthlosen Bruchstücken und selbst verfälschten Gegenständen, in der buntesten Mischung durcheinander eingeliefert wurden.«⁹⁴

Als Anfang Mai 1844 die ersten Schiffe zurückkehrten und so der Blick wieder auf die inhaltliche Ausgestaltung der Versammlung gerichtet wurde, stellte sich zudem heraus, dass manche Gegenstände nicht zu beschaffen waren, z.B. die Zitteraale.⁹⁵ Das alleinige Vertrauen auf den Handel bei feststehenden Vorstellungen der Ausstellungsstücke sollte mit den Gegebenheiten der Wirklichkeit kollidieren: Die »häufigen Wechselfälle so weiter Reisen«⁹⁶ bedingten es, dass in der Ausstellung schließlich diejenigen »Vorräthe von Naturalien [genutzt werden mussten, M.H.], welche sich bereits auf dem Continente befanden, ohne in einer bestimmten Sammlung ihren Platz eingenommen zu haben.«⁹⁷ Man griff somit auf sich in der Heimat befindende Einzelstücke zurück, die sich als Doublettenvorrat angehäuft hatten. Nun wurde eine öffentliche Bitte für ganz Deutschland in Auftrag gebracht, Doubletten einzureichen, auch wurden einzelne Gelehrte gezielt angesprochen, von denen vermutet wurde, dass sich hier gesuchte Gegenstände befänden.⁹⁸

Zahlreiche Wissenschaftler reichten Ausstellungsstücke ein. Diese wurden teils von ausführlichen Schreiben begleitet wie die von Friedrich Hoeninghaus aus Krefeld zugesandte »Phryganea Mombachiana«, eines fossilen Pflanzenabdrucks, zu dem der Verfasser auch publiziert hatte. Hoeninghaus skizzierte die Pflanze in drei Zeichnungen und erklärte: »In den Bruchstücken einer Schicht Mombacher Süßwasser-Kalks [sic], in welcher Fragmente von Rhinoceros-Zähnen und Knochen vorkommen, finden sich nun auch Insecten-reste [sic], welche unbezweifelt von einer Phryganea herrühren, da der Adernverlauf der Flügel mit dem der jetzt hier noch lebenden Art ganz übereinstimmt. Zu mehrerer Ueberzeugung begleite ich hiebei [sic]: a. eine Abbildung in natürlicher Grösse b. in vergrößertem Maassstab [sic] und zur Vergleichung c. Abbildung des Vorderflügels von den hier lebenden Phryganea grandis in natürlicher Grösse [sic]. Diese Mittheilung einer geneigten Aufnahme empfehend Crefeld den 19. August 1844 Friedr. Wm. Hoeninghaus.«⁹⁹ Die Bremer gelangten durch diese Praxis, Ausstellungsstücke zu requirieren, nicht nur in den Besitz der Naturalien, sondern auch zu, wenngleich versprenkeltem, neuestem objektbezogenen Wissen zu den Exponaten.

94 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 15 f.

95 Ebd., S. 12.

96 Ebd.

97 Ebd.

98 Ebd., S. 13.

99 SuUB Bremen, brem.b.667, Nr. 3.

In der Folge erreichten die Geschäftsführer »zahlreiche Merkwürdigkeiten aller Art, theils zur Bereicherung der Ausstellung während der Dauer der Versammlung, theils zum Verkaufe bei der Versteigerung bestimmt.«¹⁰⁰ Zu Beginn der Veranstaltung schließlich wurden naturhistorische Gegenstände »in so steigendem Verhältnisse«¹⁰¹ eingeliefert, »dass schon einige Tage vorher die weitere Aufnahme von minder wichtigen Naturalien aus Mangel an Raum und Zeit verweigert werden musste. Im Katalog zur Ausstellung hieß es: »Die Mehrzahl der nachstehend verzeichneten Gegenstände traf zu kurze Zeit vor der Eröffnung der Versammlung und in so reichlichem Maasse [sic] hier ein, dass an Ordnen und Bestimmen derselben nicht weiter gedacht werden konnte, das einfache Aneinanderreihen der gleichartigen Gegenstände, nachdem für eine bequeme Aufstellung in dem gewählten Locale auch der Raum nicht mehr hinreichte, allein möglich war, und daneben nur durch eine sorgfältige Registrirung [sic] dafür gesorgt werden musste, dass für jeden eingelieferten Gegenstand nach beendigter Aufstellung der Käufer oder Eigenthümer nachgewiesen werden konnte.«¹⁰² Die durch diese Sammelpraxis entstandene Diversifizität der gesammelten Gegenstände wurde von den Geschäftsführern durchaus erkannt: »Sehr schwer möchte es bleiben, für dieses extemporirte [sic] Museum einen Gesichtspunkt aufzufinden, von dem auch sich eine wissenschaftliche Beziehung unter den Bestandteilen desselben nachweisen liesse [sic].«¹⁰³

Die Ausstellung im Hause Seefahrt wurde im Programm angekündigt: »Eine Sammlung von Mineralien, Pflanzen und Thieren, nebst einer Ausstellung von Blumen und Früchten, ist während der Dauer der Versammlung im Hause Seefahrt den Mitgliedern und Theilnehmern von Morgens um 9 Uhr bis Mittags um 3 Uhr geöffnet, und wird am 21. und 24. September von 12–2 Uhr, nach den beiden letzten Versammlungen, daselbst die öffentliche Versteigerung der eingesandten verkäuflichen Gegenstände stattfinden.«¹⁰⁴ Darüber hinaus würden »verschiedene öffentliche und Privatsammlungen [...] den Mitgliedern und Theilnehmern an bestimmten Tageszeiten zugänglich sein, worüber das Nähere in den Tageblättern bekannt gemacht und verschiedene Festlichkeiten in besonderen Localen [sic] vorbereitet werden, worüber nähere Bestimmungen vorbehalten bleiben.«¹⁰⁵ Nähere Beschreibungen dieser Sammlungen sind jedoch nicht vorhanden.

Ein »Catalog einer Sammlung von Mineralien, Pflanzen, Thieren, ethnogr. Gegenständen etc. etc. welche während der 22. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte im Hause Seefahrt ausgestellt und zum Theil am 21. und 24. Septbr. nach den allg. Versammlungen Mittags öffentlich meistbietend

100 Ebd., S. 14.

101 Ebd., S. 16.

102 SuUB Bremen, brem.b.667 Nr. 6, S. III.

103 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 15.

104 Ebd., S. 27 f. sowie SuUB Bremen, brem.b.667 Nr. 5.

105 SuUB Bremen, brem.b.667, Nr. 5.

versteigert werden soll«¹⁰⁶ gibt heute Aufschluss über die Inhalte der Ausstellung. Auf 77 Seiten werden ausführlich die in der Ausstellung präsentierten Naturalien vorgestellt, aufgeteilt nach Mineralien, Vegetabilien, Tieren (dies umfasste Korallen, Mollusken, Insekten und Krustazeeen, Fische, Insekten, Amphibien, Vögel und Säugetiere) sowie ethnographischen Gegenständen. Dies meinte im Einzelnen:

1. Mineralien; etwa 400 verschiedene Proben Kupfer und Eisenerze, ca. 400 Petrefacten, 600 Gegenstände aus geologischen Gegenständen bspw. aus den östlichen Alpen, beinahe zur Hälfte aus Versteinerungen bestehend,
2. Vegetabilien. Dies meinte Sammlungen von Sämereien und Früchten aus Mexiko, Texas, Südaustralien und der Lombardei sowie Herbarien aus dem norddeutschen und westindischen Raum; auch 150 verschiedene Holzarten waren ausgestellt.
3. »Aus dem Thierreiche eingegangene Objekte«: Wirbellose Tiere wie Spongien, Seeigel, Korallen, Conchylien, Insekten, Crustaceen; Wirbeltiere wie Fische und Amphibien (Krokodile, Eidechsen, Frösche, Schildkröten und Schlangen); ca. 150 Säugetiere, darunter auch solch exotische wie ein weiblicher Narwal, Eisbären, ein Affe als Skelett; ausgestopfte Affen, Eichhörnchen, Tiger, Leoparden und Tigerkarten, Paradoxurus und Mydaus, ein Eisbär, ein schwarzer nordamerikanischer Bär, einige Seehunde etc.
4. Ethnographische Gegenstände: Selbige wurden untergebracht, wo gerade Platz war; Blumen, Moose, Sehenswürdigkeiten, Säugetiere, Glasgefäße mit Amphibien, Fischen, Insekten und Crustaceen in Spiritus; Eier und Skelette hochnordischer Vögel etc.; doch auch Alltags- und rituelle Gegenstände fremder Völker.

Die Ausstellung selbst stieß anscheinend auf großes Interesse, so groß, dass Smidt und Focke im Vorwort des Katalogs betonten: »Auch kann eine nähere Untersuchung, ein Berühren, oder gar Aufheben der einzelnen Gläser, Thiere etc. durchaus nicht gestattet werden, damit die Reihenfolge der Nummern in keiner Weise in Unordnung gerathen kann.«¹⁰⁷ Den weitaus größten Umfang nahmen hier Tiere ein.

Für die Präsentation wurden die Ausstellungsstücke nach geographischen Gesichtspunkten zusammengefasst, als Erfassung der Welt durch die Zusammenfassung ihrer Teile nach systematischen Gesichtspunkten ein durchaus typisches Sammelprinzip noch des 19. Jahrhunderts. Zum Verkauf wurden sie in Paketen (Cavelingen) mit teils sehr unterschiedlichem Inhalt zusammengefasst und an den Meistbietenden versteigert.

Denn die Ausstellungsstücke wurden nach der Ausstellung und der *Versammlung* versteigert: »Die Gesellschaft legt keine Sammlungen an, und besitzt, ihr Archiv ausgenommen, kein Eigenthum. Wer etwas vorlegt, nimmt

106 Ebd., Nr. 6, gedruckt in der Buchdruckerei von G. Hunckel.

107 Ebd., Nr. 6, IV.

es auch wieder zurück.«¹⁰⁸ Die Exponate wurden in dem ausgestellten Zustand versteigert, es erfolgten keine Nachbesserungen o. ä. nach Versteigerung; auf Wunsch wurde eine für den Transport geeignete Verpackung bereitgestellt. Doch könne die Ablieferung erst nach Ende der Ausstellung geschehen, so dass ein bremischer Empfänger angegeben werden musste, »welchem nach geleisteter Zahlung die erstandenen Gegenstände verabfolgt werden können«¹⁰⁹; obschon der Käufer unmittelbar nachdem der Zuschlag erfolgt war, Namen und Wohnort registrieren lassen musste.¹¹⁰ Offenbar war es ein wiederkehrendes Problem der *Versammlung*, dass ihre Teilnehmer, auch und gerade jene, die Naturalien bei der *Versammlung* ersteigerten, frühzeitig abreisten.

Eine Besonderheit dieser Ausstellung, bedingt durch die spezifischen bremischen Gegebenheiten, war es somit, dass erst kurz vor Versammlungsbeginn die Inhalte feststanden. Die Geschäftsführer hatten weniger Einfluss auf die Auswahl der Ausstellungsstücke, als sie sich selbst gewünscht hätten. Doch der eigentliche Mangel an geeigneten Exponate wurde hier zu einer Stärke umgedeutet, ja, sogar als weniger bedeutsam als diese Stärke: Auf Schifffahrt und Handel wurde vertraut, die Außenwahrnehmung und Selbstbild in hohem Maße bestimmten und die Möglichkeit generierten, die fehlenden Materialien bereitzustellen. Die Geschäftsführer betonten zwar, »dass obgleich diese Ausstellung durch Bremen und seine überseeischen Communicationsmittel und Verbindungen eine wesentliche Färbung mag erhalten haben, ihr Character doch ein allgemein deutscher war.«¹¹¹

In der Veranstaltungsankündigung wurde jedoch die spezifisch bremische Sichtweise nach außen getragen: »Die unterzeichneten Geschäftsführer veranlassen, *begünstigt durch Bremens Lage und vielseitige Verbindungen mit den entlegensten Ländern*, bei der diesjährigen *Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte* eine öffentliche Ausstellung und Versteigerung von Naturalien, welche sich zu wissenschaftlichen Untersuchungen und zur Aufstellung in öffentlichen oder Privatsammlungen besonders eignen und zum grössten [sic] Theile durch bremische Schiffe angebracht wurden.«¹¹² Nicht trotz, vielmehr wegen der Bedeutung und dem Selbstverständnis Bremens als Hanse- und Handelsstadt sei es zu dieser (wie betont wurde, erfolgreichen und gut besuchten) Ausstellung gekommen.

Die Gedenkmünze

Auf weiteren Wegen bemühten sich die Veranstalter, die Freie Hansestadt Bremen im Gedächtnis der Teilnehmer der *Versammlung* als Wissenschaftsstadt zu verankern. So stiftete die Gesellschaft Museum eine Gedenkmünze: »Diese Münze bezweckt einen kleinen Beitrag zur Feier der zwei und zwanzigsten

108 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 43.

109 SuUB Bremen, brem.b.667, Nr. 6, VI.

110 Ebd., Nr. 6, V.

111 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 21.

112 Ebd., S. 13. Hervorhebung M.H.

Versammlung der Naturforscher und Aerzte, dargebracht von der Gesellschaft des Bremischen Museums, welches im Jahr 1776 durch Freunde der Wissenschaften gestiftet wurde. Die naturhistorischen Gegenstände, größtentheils Bewohner des Meeres, sind treue Abbildungen von den in unserm Cabinet bewahrten, namentlich die Behercoralle.«¹¹³

Und dennoch, obwohl die Gesellschaft Museum eine eigene Gedenkmünze stiftete, stellten ihre Räumlichkeiten neben den beiden anderen bremischen Vereinen keinen Ort des geselligen Treffens außerhalb des Vortragsprogramms.

Die Münze enthielt Abbildungen Wilhelm Olbers' und Gottfried Reinhold Treviranus'. Beide Personen wurden in einem dem »Wegweiser«, d. i. Reiseführer für auswärtige Gäste, beigelegten Blatt erklärt – bzw. eben nicht erklärt: »H. W. Olbers und G. R. Treviranus sind Namen, die keines Commentars bedürfen«¹¹⁴ hieß es hier, und weiter: »Aus dem Kreise der Museums-Gesellschaft sind sie geschieden, im Kreise der Naturforscher wird ihr Gedächtnis, wie die Achtung und Ehrfurcht vor ihren Leistungen fortleben.«¹¹⁵ – Mit Olbers und Treviranus wurden die bekanntesten Wissenschaftler Bremens zu Namensvettern der *Versammlung*: Bremen wurde erneut als Stadt der Wissenschaft inszeniert.

Die Versammlung als Freizeitveranstaltung: Das Rahmenprogramm

Auch das Rahmenprogramm zur Versammlung ist im Kontext der Öffentlichkeitsarbeit zu verstehen, da mit ihm vordringlich die Gäste der *Versammlung* unterhalten, mithin in ihrem Gedächtnis ein angenehmer Eindruck der Stadt Bremen verankert werden sollte. Denn die *Versammlung* führte mehrere hundert Nicht-Bremer zusammen, die »häufig in Begleitung eines oder mehrerer Familienmitglieder«¹¹⁶ erschienen. Was auf der einen Seite als positiv für die Strukturbildung in der Naturwissenschaft erachtet wurde, benötigte auf der anderen Seite ein eigenes Arrangement.

Doch wie sollte man die Gäste unterhalten? Im offiziellen Bericht wurde die Hansestadt zunächst nicht in positives Licht gerückt: »Die Stadt Bremen, fast ohne irgend eine Naturschönheit, die nicht in der unmittelbaren Nähe der Stadt oder in meilenweiter Entfernung zu suchen wäre, entbehrt jenes trefflichen Unterhaltungsmittels, welches andere Orte durch die Ausflüge in ihre Umgegend darbieten, und da bei ungünstigem Wetter selbst die projectirte [sic] Fahrt nach Bremerhaven [s. u., M.H.] hätte vielleicht aufgegeben werden müssen, so galt es unseren Gästen mit alleiniger Beschränkung auf die Stadt selbst die Tage ihres Hierseins durch abwechslungsreiche Unterhaltung zu erheitern und dem Belehrenden und Nützlichen das Angenehme und Schöne zweckmässig [sic] zu vereinen.«¹¹⁷

113 SuUB Bremen, brem.b.667 Nr. 7. Kurzer Wegweiser für die zu Bremen versammelten Naturforscher und Aerzte, Bremen 1844.

114 Ebd.

115 Ebd.

116 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 143

117 Ebd.

Wie aber ließe sich das »Angenehme und Schöne« mit dem »Belehrenden und Nützlichen« angemessen vereinen und die Stadt in das gewünschte Licht rücken? Die Organisation des Rahmenprogramms übernahm »eine Anzahl mit den Verhältnissen der Vaterstadt in jeder Beziehung hinreichend vertrauter Gelehrte[r] und Kaufleute[.]«¹¹⁸ auf Wunsch der Geschäftsführer. Rücksprache wurde gehalten mit »solchen Männern, welche bei einigem Einfluss hinreichende Sach- und Localkenntnis besaßen.«¹¹⁹ Das Rahmenprogramm hatte das Ziel, alle für Bremen typischen Einrichtungen öffentlich zu machen: »Alles dasjenige [sic], was Bremen eigenthümlich, oder in Bremen an sehenswerthen wissenschaftlichen und Kunstschatzen, Fabriken, Handels-Einrichtungen etc. vorhanden« war.¹²⁰

Das Rahmenprogramm beinhaltete zunächst gemeinsame Mittagessen in den oberen Räumen des Gebäudes der Gesellschaft *Union*. Mit Ausnahme des Sonntags konnten dort täglich 500 (!) Personen speisen; doch nahmen längst nicht alle Anwesenden teil, zudem nicht alle, so die Aussage im Bericht, zur gleichen Zeit anwesend waren. Man entschied sich für den neu dekorierten Konzertsaal zur Aufnahme der Speisenden. Insgesamt speisten dort 1360 Personen während der Veranstaltung.¹²¹

An den Abenden wurden »Reunionen« im Hause der Gesellschaft *Erholung* durchgeführt, die von der Geschäftsführung geleitet wurden. Zu ihnen waren »alle Fremde [...] mit ihren Damen«¹²² eingeladen; und zwar Männer sowie Frauen, letztere waren auch zu den Mittagessen eingeladen.¹²³ »Hier war es wo der freieste Verkehr bei geselliger Unterhaltung, mit Musik und Tanz gelegentlich abwechselnd, die beste Gelegenheit darbot, neue Bekanntschaften anzuknüpfen und fortzubilden und die dankbar anzuerkennenden Bemühungen eines Vereines hiesiger Damen für diese Reunionen möchten dem Vernehmen nach solchem Zweck förderlich gewesen sein.«¹²⁴

Auch die bekannten Räume des Ratskellers wurden für entsprechende Veranstaltungen für die Dauer der Versammlung ausgerüstet. Nachdem der Ratskeller weiterhin für alle Bremer geöffnet blieb, war »eine Gelegenheit gegeben [...], wodurch die Fremden mit allen Ständen der bremischen Einwohner in Berührung kommen konnten«¹²⁵, also faktisch mit dem gehobenen Bürgertum. Der Kontakt der Auswärtigen mit dem Stadtbürgertum war erwünscht. – Doch das Rahmenprogramm lief nur zögerlich an, auch die Durchmischung der auswärtigen Gäste und der bremischen Bürger war zögerlich: Am ersten

118 Ebd., S. 143. Die Namen der hier involvierten Personen sind bedauerlicherweise nicht überliefert.

119 Ebd., S. 144.

120 Ebd. Eine kurze »Uebersicht unserer Topographie« (144) wurde zu diesem Zweck entworfen und beim Empfangsbüro für die interessierten Gäste hinterlegt.

121 Ebd., S. 144.

122 Ebd., S. 145.

123 Vgl. SuUB Bremen, brem.b.667 Nr. 10, Tageblatt der zweindzwanzigsten Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte. Nr. 1, 17. September 1844.

124 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 145.

125 Ebd.

gemeinsamen Mittagessen nahmen 90 der 650 angemeldeten Personen teil, auch die Bremer Bürger kamen erst am 2. Abend in den Ratskeller.¹²⁶

Den Höhepunkt des Rahmenprogramms bildete eine gemeinsame »Lustfahrt« nach Bremerhaven. Am Sonntag wurden den Gästen »die Haupttriebfeder des bremischen Verkehrs, unsere Handelsmarine«¹²⁷ vorgestellt; die Fahrt nach Bremerhaven erfolgte, wie eigens betont wurde, mit den hochmodernen Dampfschiffen.

Mit drei Dampfschiffen wurden die Gäste »unter freudiger Begrüssung [sic] von beiden Ufern durch Zuruf, Flaggen und Kanonendonner in rascher Fahrt nach Vegesack«¹²⁸ gebracht. Von hier aus ging es weiter über Elsfleth und Brake (mit Zwischenhalten) nach Bremerhaven, wo es einen großen Empfang gab: »Zu beiden Seiten der Landungsbrücke bildeten in festlichem Aufzuge eine Reihe junger Matrosen mit oben aneinander gelehnten Rudern ein Spalier, durch welches die Landenden an den Rand des Hafengebassins gelangten und sich mit Betrachtung der mit den Flaggen aller Nationen reich geschmückten Flotte, der Schleuse und der nächsten Umgebung des Hafens beschäftigten.«¹²⁹ Schließlich erfolgte ein feierlicher Umzug aller teilnehmenden Matrosen und des »grössten [sic] Theil[s] der Bevölkerung Bremerhavens«¹³⁰ um den ganzen Hafen.

Die Beschreibung dieses Ausflugs nimmt im Amtlichen Bericht zur *Versammlung* vier ganze Seiten ein, auch die Festhalle ist abgebildet, in der man nach dem Rundgang durch den Hafen Platz zum Mittagessen und zur anschließend gespielten Musik nahm. Die Bremer nutzten die Lage, um ihre Schiffe zu präsentieren: »Gerade vor der Festhalle lagen der ›Kepler‹ und ›Copernicus‹, gegenüber an der anderen Seite des Hafengebassins der ›Olbers‹, neben ihnen ein kürzlich vom Wallfischfange aus der Südsee zurückgekehrter Dreimaster und nicht weit davor ein ganz neues grosses [sic] Schiff, welches in den nächsten Tagen zum ersten Male mit Auswanderern die Fahrt über den Ocean antreten sollte.«¹³¹ Weitere Schiffe an nämlichem Ort wurden exakt beschrieben. Es mag ein Zufall sein, dass ausgerechnet diejenigen Schiffe zur Besichtigung bereit lagen, die die Namen berühmter Wissenschaftler sowie des derzeit bedeutendsten bremischen Naturwissenschaftlers trugen; doch auch hier wurde subtil ein Zusammenhang von Welthandel und Naturforschung suggeriert, die die Stadt Bremen geradezu als Ort der *Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte*« prädestinierte.

Die Fahrt nach Bremerhaven: Technik, Handel, Schifffahrt und mit der Auswandererstadt auch Auswanderung standen hier im Mittelpunkt, all dies Punkte, für die Bremen bekannt war und auf denen die Stadt ihr Selbstbewusstsein aufbaute.¹³²

126 Ebd., S. 145 f.

127 Ebd.

128 Ebd., S. 146.

129 Ebd., S. 147.

130 Ebd.

131 Ebd., S. 148.



Abb. 3: Einladungskarte »Lustfahrt nach Bremerhaven« (SuUB Bremen, Brem. b.667)

Eine weitere Reise war vorgesehen: »Wenn sich bis Montag, den 22. September Nachmittag 3 ½ Uhr (möglichst früher) eine hinreichende Anzahl Passagiere dazu anmelden sollten, so wird das Dampfschiff König Wilhelm II. am Mittwoch, den 25. September Morgens – nach Helgoland – fahren und auf seiner Rückfahrt von Amsterdam, am Montag, den 30. September früh Morgens zur Aufnahme der nach der Weser zurückkommenden Passagiere diese Insel wieder anlaufen.«, wurde im 6. Tageblatt zur *Versammlung* notiert.¹³³ Auch »Fuhrgelegenheiten für Wege in die Stadt und zu Landpartien, so wie einige Schiffe zu Lustfahrten auf der Weser an geeigneten Orten [würden] bereit gehalten [werden, M.H.], und zu festgesetzten Preisen zu miethen sein.«¹³⁴

132 Dieser Betonung der Technik entsprechend scheint, obwohl Frauen ihre Ehemänner bei der *Versammlung* begleiteten, im traditionellen bürgerlichen Geschlechterrollenbild der Ausflug nach Bremerhaven den Herren der Schöpfung vorbehalten gewesen zu sein: »für Herrn...« war auf der Einladungskarte vorgedruckt. Auch diese Einladungskarte druckte von Hunckel, der bereits den Katalog zur Ausstellung gedruckt hatte.

133 Vgl. SuUB Bremen, Brem. b.667 Nr. 10, Tageblatt der zweiundzwanzigsten *Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte*. Nr. 6 22. September 1844.

134 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 28.

Der Beschreibung dieser Schiffsausflüge und damit der Darstellung Bremens als Handelsstadt wird im offiziellen Bericht zur *Versammlung* ein nicht geringer Raum eingeräumt. Doch ebenso verhielt es sich mit dem Teil des Rahmenprogramms, das die Naturwissenschaften in der Stadt hervorhob. So versammelten sich am Montagvormittag um 11 Uhr die Mitglieder der anatomisch-physiologischen Sektion sowie einige Teilnehmer weiterer Sektionen bei der Stadtbibliothek (der wissenschaftlichen Bibliothek Bremens und heutigen Staats- und Universitätsbibliothek Bremen), um der Aufstellung der Marmorbüste Gottfried Reinhold Treviranus' beizuwohnen, die von Ludwig Tiek angefertigt worden war. Diese wurde neben der schon früher in der Bibliothek aufgestellten Büste Wilhelm Olbers' errichtet.

Die Aufstellung der Büste wurde von einem gebührenden Festakt begleitet: »Hier theilte der erste Geschäftsführer den Versammelten diese Verhältnisse mit [d. i. den Anlass der Versammlung, M.H.], dankte im Namen der Behörde, welcher die Leitung der Angelegenheit der Stadtbibliothek zusteht, für das dieser Anstalt übergebene Geschenk, und glaubte die versammelten Physiologen und Aerzte würden nicht ungern Zeugen dieser Anerkennung wissenschaftlicher Verdienste sein wollen, und den hiesigen Verehrern von Treviranus gern bezeugen, dass sein Name bis über die Gränzen [sic] des deutschen Vaterlandes mit Achtung genannt werde, und mit Recht einer solchen Auszeichnung würdig geachtet sei. Doch für seine Freunde bedürfe es dieses Zeugnisses kaum, da ihnen der Charakter und die Tugenden ihres Mitbürgers dafür genügend Bürgschaft gegeben.«¹³⁵ Die Verdienste Gottfried Reinhold Treviranus' wurden im Folgenden mit Wortbeiträgen gewürdigt: Bremen wurde zur Stadt der Naturwissenschaft, indem wiederum Bezug auf die beiden zeitgenössisch berühmtesten Naturwissenschaftler der Hansestadt genommen wurde.¹³⁶

Eine weitere Veranstaltung erfüllte einen ähnlichen Zweck: Um fünf Uhr nachmittags wurde am Ostertorwall der für ein Denkmal Wilhelm Olbers' bestimmte Platz eingeweiht. In seiner Rede zu diesem Ereignis erwähnte Senator Georg Droste, dies sei das erste Mal, »dass in der Republik Bremen einem einzelnen Manne eine solche Anerkennung zu Theil werde, dass von Seiten des Staates ein Platz für sein Denkmal eingeräumt werde.«¹³⁷ In der Tat ist das Olbers-Denkmal das erste Denkmal für einen Bremer Bürger in der Hansestadt, der nicht politischer Würdenträger war.¹³⁸ Die Stadt bedürfe »zu unserer und unserer Nachkommen Freude, und zu Bremens Ehre!«¹³⁹ eines solchen Denkmals. Hofrath von Mädler hielt nun einen flammenden Vortrag über Wilhelm Olbers als Person und über seine Leistungen in der Astronomie, der in voller Länge im offiziellen Bericht über die *Versammlung* abgedruckt wurde.

135 Ebd., S. 149.

136 Ebd.

137 Ebd., S. 150.

138 Vgl. hierzu Herbert Schwarzwälder, Das Olbers-Denkmal. Planung, Entstehung, Aufstellung 1844–1850, in: Brem.Jb. 80, 2001, S. 123–145, hier besonders S. 132.

139 Focke, Smidt, Amtlicher Bericht (wie Anm. 1), S. 150.

Das Rahmenprogramm mischte damit drei unterschiedliche Arten von Veranstaltungen: zunächst Veranstaltungen allgemeingeselliger Art, die die Zusammenkunft der einzelnen Wissenschaftler in Bremen ermöglichen und ihnen die Stadt näherbringen sollten, fürderhin Veranstaltungen, die Bremen als Hafen- und Handelsstadt präsentierten, schließlich Veranstaltungen, die die naturwissenschaftliche Größe der Stadt betonten. Die Teilnehmer an der Versammlung sollten sich auf die Stadt Bremen einstellen, deren Besonderheiten stolz betont wurden. Die Durchführung der *Versammlung* in Bremen bedeutete nicht eine stärkere Orientierung der Stadt an der Naturwissenschaft, vielmehr ein Rückbesinnen auf die eigenen Stärken und das Bemühen, der Wissenschaftswelt diese Stärken darzustellen und Beziehungen zwischen beidem, Naturwissenschaft und Handel, herzustellen.

Fazit: Bremen – eine Stadt der Wissenschaft? Das Selbstbild Bremens und die 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte«

Die 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« war eine hoch professionalisierte, bis ins kleinste Detail durchdachte Veranstaltung. Als wissenschaftliches Großereignis liefen hier zahlreiche organisatorische Prozesse zusammen. Allein der eigens zur Ausstellung im Hause Seefahrt herausgegebene Katalog und die in ihm enthaltenen Bedingungen der Versteigerung der exponierten Naturalien zeigt, wie differenziert und durchdacht diese Veranstaltung war und mit welchem Aufwand sie in die Wege geleitet wurde. Umso aufschlussreicher ist im Kontext dieser stark »von oben« organisierten *Versammlung* die Frage nach der Selbstdarstellung Bremens.

Im Kontext der 22. »Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte« in Bremen im Jahr 1844 wurde vor allem eines immer wieder betont und damit ein seinerzeit für die Hansestadt typisches Muster hervorgeholt: Der Zusammenhang zwischen Naturwissenschaft und Handel. Der Handel kompensierte die etwaigen Mängel der Naturwissenschaft in der Hansestadt. Ob die Bremer ihre Handelsbeziehungen nutzten, um Exponate für die Ausstellung zu requirieren oder ob Smidt in seiner Eröffnungsrede auf die untrennbare Verbindung und große Ähnlichkeit von Naturwissenschaft und Handel hinwies; ob das Begleitprogramm Ausflugsfahrten mit dem Schiff in vom Handel dominierte Orte (Bremerhaven, Amsterdam) unternahm oder man ganz nebenbei die Treviranus-Büste und den Platz für das Olbers-Denkmal einweihte: Bremen wurde als Handelsstadt dargestellt, dies sei die Stärke der Stadt. Doch sei der Handel untrennbar mit der Wissenschaft und den bedeutenden Wissenschaftlern verbunden, die die Stadt ebenfalls vorzuweisen habe. Bei letzterem griff man 1844 bereits auf die Vergangenheit zurück: Die bedeutendsten Wissenschaftler der Hansestadt waren verstorben. Deutlich wurde dies bei der Einweihung eines Platzes für das Denkmal eines der größten Wissenschaftler der Stadt – den 1840 verstorbenen Wilhelm Olbers.

Nach der Einweihung des Platzes für das Olbers-Denkmal am Ostertorwall fasste Senator Droste gleichsam Programm und Ziel der *Versammlung* aus bremischer Sicht zusammen: »Denn die 22. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte werde in den Annalen der Bremischen Geschichte wie

des Olbers-Vereines stets einen Glanzpunkt bilden, und sei zu hoffen [sic], dass die hochgeehrten Gäste von dieser Stätte die Ueberzeugung mit in ihre Heimat nähmen, dass trotz des angeblich vorwiegenden Materialismus der Einwohner Bremens doch auch der Sinn für wissenschaftliche Verdienste bei ihnen nicht vergebens gesucht werde.«¹⁴⁰ Handel und Naturwissenschaft – beides bedingte einander im bürgerlichen Selbstverständnis der Stadt Bremen. Doch die Versammlung zeigte: Gegenwart und Zukunft Bremens waren in der Mitte des 19. Jahrhunderts Handel und Schifffahrt.

140 Ebd., S. 154.

Kultur und Literatur in Deutschland und Bremen um 1913

Von Gert Sautermeister*

1913 ist ein geflügelter Begriff geworden, seit Florian Illies ihn zum Titel seines Buchs gekürt hat und seit dieser Titel zum Bestseller gemacht wurde.¹ Von Monat zu Monat des Jahres 1913, vom Januar bis zum Dezember, sammelte der bienenfleißige Autor Anekdoten aus der Welt der Literatur und der schönen Künste, manchmal auch der Politik. Während jedoch Bienen einen unfehlbaren Riecher für echte Blüten haben und unsere Geschmacksnerven durch ihren Honig erfreuen, fliegt der Autor wiederholt in die Irre und bringt nur Kunsthonig nach Hause, zum Beispiel: »Die preußische Prinzessin Viktoria Luise und Ernst August von Hannover küssen sich im Januar zum ersten Mal.« (S. 21) oder: »Picasso besitzt drei Siamkatzen. Marcel Duchamp nur zwei. Und so steht es auch heute zwischen den beiden großen Revolutionären: 3 zu 2.« (S. 56), oder besonders bedeutsam: »Rainer Maria Rilke hat Schnupfen.« (S. 85) Es finden sich auch lesenswerte Anekdoten in Illies Sammlung, aber in beliebiger Reihung; ein geistiges Band, das sie miteinander verknüpft, wird kaum erkennbar. Illies interessiert sich für die einzelne Sensation und das Event, nicht für Zusammenhänge. Daß Stalin und Hitler im Januar 1913 einander im Schloßpark von Schönbrunn begegnet sein könnten, ohne sich zu erkennen, das bedeutet für Illies Weltgeschichte – und ist doch nur reine Spekulation ohne historischen Nährwert. Nicht Ideen und Sachgehalte, nicht Ereignisse von historischer Tragweite ziehen den Autor an, sondern berühmte Namen und die privaten Erlebnisse von Stars; über Alfred Kerr und Thomas Mann, über Franz Marc und Karl Kraus erzählt Illies Pikantes, Amouröses und auch Niederträchtiges. Dergestalt erhalten wir ein Potpourri von Vorfällen, Unfällen und Zufällen, höhere Personen betreffend, gleichsam eine Klatschgeschichte der Kultur, mit einer ordentlichen Portion Voyeurismus gewürzt. Das mag denn auch den konstanten Spitzenplatz des Buchs auf Platz 1 der Sachbuch-Bestseller-Liste erklären. Auch Sachverständige für Literatur entspannen sich offenbar gerne bei Klatsch und voyeuristischen Blicken hinter den Vorhang.

* Vortrag vom 15. August 2013 im Haus der Wissenschaft in der Vortragsreihe »Für Bürger und Senat. 100 Jahre Neues Rathaus in Bremen«. Der Aufsatz behält die Form des Vortrags um einer flüssigen Lektüre willen bei und wurde für den Druck um Zitat- und Quellenbelege ergänzt.

1 Florian Illies, 1913. Der Sommer des Jahrhunderts. Frankfurt/M. 2012.

Die mittelgroße Hansestadt Bremen jedenfalls bietet uns im Jahre 1913 auf engem Raum kulturell interessantere Begebenheiten als das weitläufige Buch von Illies insgesamt. Ich versuche, das Doppelgesicht der Stadt nachzuzeichnen, ihre geistige und literarisch-kulturelle Aufgeschlossenheit einerseits, ihre kulturell destruktive, kriegswillige Horizontverengung andererseits. Die Spannung, die hier zutage tritt, sei durch überregionale Beispiele aus der Literatur dieser Zeit näher beleuchtet.

1

Ein freundlicher Zufall will, daß wir heute ein Jubiläum, eine Hundertjahrfeier der besonderen Art, begehen. Denn auf den Tag genau wurde vor hundert Jahren, am 15. August 1913, das neue Bremer Schauspielhaus »in einem feierlichen Festakt« eröffnet.² Dieses Haus trat an die Stelle des alten Schauspielhauses am Neustadtwall, das zu klein geworden war. Die Architektur des neu eröffneten Hauses zog die Betrachter ebenso in Bann wie sein Standort am Ostertor, an der Altenwall-Contrescarpe; etwas abgerückt von der Straßenschaft schien das Gebäude, so rühmten die Architekten, geradezu »in seine Umgebung hineinkomponiert« zu sein (ebd.). »Der sechssäulige Vorbau«, der für eine »monumental sich aufbauende Theaterfront« sorgt, »kommt«, so fährt das Loblied fort, »vor der zurückliegenden Mauerfront zu imposanter Wirkung. Die Loggia führt der Freitreppe zum ersten Rang und auch den Treppenhäusern zum zweiten Rang das nötige Licht zu.« (ebd.)

Der Bau des neuen Rathauses von 1913 hat diese Vorlesungsreihe mitveranlaßt; mit gutem Grund können wir ihm den neuen Bau des Schauspielhauses zur Seite stellen. Der Noblesse und den schönen Lichteffekten dieses Baus waren die verantwortlichen Leiter des Schauspielhauses wahrhaft würdig, Johannes Wiegand und Dr. Eduard Ichon, zwei Männer von ungewöhnlichem Format. Zwei Theaterenthusiasten und Theatermanager gleichzeitig, wie man sie selten findet. Sie stellten das sogenannte »Stadttheater«, eine vom Bremer Senat subventionierte altersgraue Institution, vollständig in den Schatten. Wiegand und Ichon machten aus dem Bremer »Schauspielhaus« ein Eldorado der Schauspielkunst und einen Publikumsmagneten von hoher Qualität. Auf dem Spielplan mischten sich die Klassiker von Shakespeare bis Schiller mit modernen Autoren, mit Hauptmann und Ibsen, mit Strindberg und Hofmannsthal. Solider »Hanseatengeist« und »frischer Wagemut« rückten das Schauspielhaus, so schreibt Eduard Ichon im Rückblick, »in die Spitzengruppe der ersten deutschen Theater«.³ Es gab eine Fülle kühner Erstaufführungen, es inszenierten beehrte Gastregisseure wie Max Reinhardt, Erwin Piscator, Gustav Gründgens, es kamen zu Gastspielen und setzten ästhetische Maßstäbe Tilla Durieux, Albert Bassermann, Asta Nielsen, Heinrich George. Vor

2 Focke Wortmann, Was vorher geschah: Bremer Theatergeschichte vor dem Bau des heutigen Theaters am Goetheplatz im Jahre 1913, in: Frank Schumann: Bremer Theater 1913–2007. Bremen 2007, Kap. 1913 (ohne Seitenzählung).

3 Eduard Ichon, Zwanzig Jahre Bremer Schauspielhaus. 1910–1930. Bremen 2013, S. 32. – Nach dieser Ausgabe, einem Nachdruck, wird im folgenden zitiert.

der Bohème hatten die Bremer Leiter ebenso wenig Berührungsscheu wie vor antibürgerlichen Provokateuren vom Stile Frank Wedekinds. Künstlerische Freiheit, so das Credo Wiegands und Ichons, gewinnt Glaubwürdigkeit durch die Kunst der Inszenierung und des Bühnenspiels.

2

*Was ereignete sich damals im Bereich der bildenden Kunst?*⁴

1913 beschließt die Bremer Bürgerschaft eine Aufstockung der Zuschüsse für die Kunsthalle, allerdings mit der Maßgabe, daß die sogenannte »Ankaufskommission der Kunsthalle«, das Gremium also, das über den Kauf neuer Bilder entscheidet, personell ergänzt werden müsse; ab jetzt sollten in der Kommission auch zwei Vertreter aus der Bürgerschaft und einer aus dem Senat Sitz und Stimme haben. Konservative Abgeordnete waren es, die einen entsprechenden Antrag eingebracht hatten.

Die öffentliche Reaktion darauf war gereizt. Was hatten Politiker in einer Kunstkommission zu schaffen? Waren Kunst, Künstler und Kunstexperten nicht politisch unabhängig und mußten es bleiben? Die neue Regelung schlug so hohe Wellen, daß die Bürgerschaft sie zurücknehmen mußte. Die Konservativen hatten das Nachsehen.

Dieser stadttöffentliche Disput hatte eine bewegte Vorgeschichte, er war sozusagen die Krönung eines seit zwei Jahren geführten Kunststreits. Gustav Pauli, der wagetumige Direktor der Bremer Kunsthalle seit der Jahrhundertwende, hatte von Anfang an eine progressive Richtung beim Erwerb von Kunstwerken vertreten, hatte die traditionelle Historien- und Porträtmalerei bewußt vernachlässigt und an ihrer Statt eine Kollektion von Bildern französischer und deutscher Impressionisten erworben; bis heute bildet diese Kollektion, eine der ersten in Deutschland überhaupt, einen Schwerpunkt der Kunsthalle. Pauli hatte damit die Bahn der künstlerischen Moderne beschritten und sie durch Ankäufe aus dem Umfeld des Jugendstils und des Expressionismus energisch profiliert, ganz abgesehen von seinem Engagement für einige Worpssweder Maler, namentlich für die damals gänzlich verkannte Paula Modersohn-Becker, der er eine Einzelausstellung gewidmet hatte. Der ästhetische Avantgardist Pauli war zugleich ein umsichtiger Stratege und weitsichtiger Geschäftsmann; er hatte die »Vereinigung von Freunden der Kunsthalle« gegründet, deren Mitgliedsbeiträge seine Neuerwerbungen stützten, und er konnte in diesem Punkt auch mit den zahlungskräftigen Mitgliedern des 1904 gegründeten »Galerie-Vereins« rechnen, der ihm den Ankauf einiger Werke von Manet, Monet, van Gogh und Modersohn-Becker ermöglichte. Hält man sich vor Augen, daß der progressive und rastlos tätige Kunsthallen-Direktor auch als seriöser Wissenschaftler und Autor hervortrat, so müßte man eigentlich seine damalige Stellung in der Bremer Kunstszene

4 Vgl. zu den folgenden Ausführungen die Darstellung von Wulf Herzogenrath, Ingmar Laehnemann (Hrsg.), *Noble Gäste. Meisterwerke der Kunsthalle Bremen zu Gast in 22 deutschen Museen*. Hachmannedition, Bremen 2009.

für unanfechtbar halten. Das war jedoch keineswegs der Fall. Aus der Kaufmannschaft und dem Großbürgertum Bremens wurde Protest gegen Paulis moderne Kunstrichtung laut, Protest im Namen einer konservativen und deutschnational geprägten Kunstauffassung. Der damals bekannteste Künstler Bremens, Arthur Fitger, lieh dem Protest seine Zunge und verschaffte ihm als Vorsitzender des bremischen Kunstvereins beträchtliche Wirkung. Fitger sparte auch nicht mit Kritik an den von Pauli geschätzten regionalen Künstlern wie Modersohn-Becker und Heinrich Vogeler. Auf Resonanz stieß Fitger beim Worpsweder Maler Carl Vinnen, der 1911 in einem offenen »Mahnwort« Gustav Pauli eine vaterlandsfeindliche Kunstpolitik vorwarf und ihm unterstellte, daß er die »große Invasion französischer Kunst« in Deutschland befördere. Pauli antwortete prompt mit einer Gegendarstellung in den »Bremer Nachrichten« und wies nach, daß er in den vergangenen Jahren mehr deutsche als französische Kunstwerke erworben habe; im übrigen sei für die Entwicklung der modernen Malerei gerade der französische Beitrag unverzichtbar. Aber die von konservativer Seite aufgerissene nationale Kampflinie konnte Pauli damit nicht begradigen.

Zündstoff lieferte wenig später Paulis Ankauf eines Gemäldes von van Gogh, betitelt »Mohnfeld«, das Pauli wegen der »historischen Bedeutung« des Niederländers für moderne Ausdrucksformen erwarb. Seine Gegner beschuldigten van Gogh als »Vertreter des Farbenirrsinns« (S. 5, Mitte) und schritten – unter der Führung Carl Vinnens – zur Publikation einer Broschüre mit dem Titel »Ein Protest deutscher Künstler«; nicht weniger als 123 enragierte Künstler und Kunstexperten empörten sich darin gegen die angebliche »Überfremdung des Kunstmarkts« und plädierten erneut für die Förderung der »Tradition« und einer »nationalen Kunst« (S. 6). Eine Gegenbroschüre, angeleitet von Gustav Pauli, erschien wenige Wochen später, im Juni 1911 im Münchner Piper-Verlag. Unter dem Titel »Die Antwort auf den Protest deutscher Künstler« vereinigten sich 47 Künstler und 28 Galerieleiter, Kunsthändler und Schriftsteller, um neuere Kunsttendenzen zu verteidigen. Die Avantgarde der Moderne, Beckmann, Corinth, Kandinsky, Liebermann, Macke, Marc, Pechstein, Slevogt, gehörte zu den Unterzeichnern dieser Kampfschrift. Ihr Widerhall war gewaltig. Beide Broschüren provozierten in der Folgezeit über 30 Stellungnahmen in der bremischen Presse und über 60 in überregionalen Zeitungen. Weitere Publikationen folgten. Der »Bremer Kunststreit«, auch »Bremer Künstlerstreit« genannt, sprengte die regionalen Grenzen und wurde deutschlandweit bekannt. Er sprengte auch die nationalen Grenzen und wurde in Wien, Paris und New York diskutiert. Aus Bremen, der Kaufmannsstadt, kamen die zentralen Maßstäbe zur Beurteilung überlieferter und moderner Kunst. Als die Bürgerschaft 1913 den wagemutigen Direktor der Kunsthalle durch eine erweiterte Ankaufskommission politisch kontrollieren wollte – ich habe es erwähnt –, wehrte eine hellwache Öffentlichkeit den Angriff bravourös ab und bestand auf der freien Urteilskraft der Kunstliebhaber und Kunstexperten. Der Geist der Urbanität besiegte den der Provinzialität.

Das Jahr 1913 verzeichnet in Bremen weitere denkwürdige Ereignisse, unter anderem in der damaligen Jugendbewegung. In diesem Jahr schließen sich im deutschen Reich die zahlreichen Wandervogelvereine zu einem Großbund zusammen; auch in Bremen verstehen sich die verschiedenen Gruppierungen des Wandervogels als Teil des neuen Großbundes.⁵ Daß dieser sich offiziell »Bund für deutsches Jugendwandern« nennt (S. 30), hängt mit seiner Herkunft zusammen. Die Gründer des Wandervogels, die um die Jahrhundertwende von einem Berliner Gymnasium aus ihren Siegeszug antraten, verstanden sich als Erben der deutschen Romantik. Und die Dichter der Romantik, die Novalis, Tiecks, Brentanos, Eichendorffs, hatten das Wandern durch die Natur als eine Gegenkraft zu philiströser Bürgerlichkeit empfohlen; das gemeinschaftliche, selbstbestimmte Wandern sollte die Empfänglichkeit für die Schönheit der Natur, für freie Bewegung und körperliche Kräftigung fördern, sollte den kritischen Sinn gegen schulische Zwänge, Anpassungs- und Karrieredenken wecken. Vor allem jedoch wollte der Wandervogel die Jugend als ein eigenes, von den Erwachsenen abgeschirmtes Reich entdecken.⁶ Das Eigenrecht der Jugend auf eine selbständige, unabhängige Lebenswelt – daran lag dem Wandervogel. So entstand die erste deutsche Jugendbewegung. Weil hier sich die Einzelnen zu einer Gemeinschaft zusammenfanden, lernten sie miteinander soziale Fähigkeiten: wechselseitige Rücksichtnahme, dialogische Verständigung, brüderliche Empathie. Ein erfrischender, poetischer Elan bewegte die jungen Wanderer. Sie sangen mit Hingabe die romantischen Lieder Eichendorffs und träumten von der »blauen Blume« des Romantikers Novalis, von der Teilhabe am geheimnisvollen Zauber der Natur.

Den Einschlag der Poesie und des Ästhetischen in dieser deutschen Jugendbewegung demonstriert auffällig ein junger Bremer Lehrer, Konrad Weichberger, einer der Initiatoren des »Bremer Wandervogel« (S. 27). – Dieser äußerte sich programmatisch wie folgt: »Wir sind unsere eigenen Kellner und Köche, Sänger und Photographen, Ciceroni, Schriftsteller«, und fügte hinzu, daß die »Zierlichkeit unserer Gesänge« und die »Eleganz unseres Geistes« nichts mit rohem Naturburschentum zu tun habe, sondern die »feinere Zucht der Städte« verrieten (S. 20). Bildung wird von Wandervögeln wie Konrad Weichberger nicht etwa zivilisationsflüchtig verschmäht, sondern zum verfeinerten Erleben der Natur und der Gemeinschaft fruchtbar gemacht.

5 Ich stütze mich hier auf die Darstellung von Klaus Auf dem Garten / Peter Kuckuk, Bürgerliche Jugendbewegung in Bremen. Vom Wandervogel zur Bündischen Nachkriegsjugend (1907 bis 1960) (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens Heft 25/26), Bremen 2009. Die folgenden Zitate beziehen sich auf diesen Band. Ich ergänze die Darstellung durch literarhistorische Überlegungen.

6 Vgl. dazu Gert Sautermeister, Vom »Werther« zum »Wanderer zwischen beiden Welten«. Über die metaphysische Obdachlosigkeit bürgerlicher Jugend, in: »Mit uns zieht die neue Zeit«. Der Mythos Jugend. Hrsg. v. Thomas Koebner, Rolf-Peter Janz und Frank Trommler, Frankfurt/Main 1985, S. 438 - 478.

Noch im Jahr 1913 bereitet der Wandervogel in Bremen ein großes »Tanz- und Liederfest« vor, das im Januar 1914 im prachtvollen Festsaal des Künstlervereins stattfinden wird (S. 39 f.). Die Wandervogelgruppen erweisen dort der Literatur, der Musik und der rhythmischen Bewegung verblüffend viel Ehre. Sie tragen Balladen vor, sie brillieren mit sorgfältig einstudierten Volkstänzen und lassen Lieder ertönen. »Und was für Lieder!« berichten die »Bremer Nachrichten« anerkennend. »Lauter alte, schöne Volkslieder, zum Teil längst vergessen, die erst durch die Wandervogelbewegung wieder ans Licht gezogen worden sind und nun anfangen, ein starkes Gegengewicht gegen Gassenhauer und anderes Gelichter zu bilden.« (S. 39)

Die ästhetische Selbstdarstellung des Wandervogel ist zugleich eine Werbung in eigener Sache; sie verrät die ideenreichen Eigeninitiativen, die aus dieser Jugendkultur erwachsen konnten. Eigeninitiativen gingen auch von weiblicher Seite aus; in den bewegten Jahren 1912/13 schafften drei Mädchengruppen die Aufnahme in den Wandervogel Bremen und sorgen für eine neue Nachbarschaft der Geschlechter. Die Jugend hat das Zeug, als belebender Gärstoff im gesellschaftlichen Leben zu wirken.

Und doch – es gab auch Fragwürdiges in dieser Jugendbewegung. Sie litt an ideologischen Gegensätzen, wozu beispielsweise die umstrittene Abgrenzung gegen jüdische Jugendliche gehörte. Es herrschte im Wandervogel außerdem ein autoritatives Verhältnis zwischen dem »Führer« einer Gruppe und den »Scholaren«, den jüngeren Mitgliedern. Das erinnerte an autoritäre Verkehrsformen im Kaiserreich. Auch literarisch zeigte die Jugendbewegung ambivalente Züge: Sie erneuerte nicht nur die anregende literarische Erbschaft der Romantik, sie öffnete sich seit 1913 auch einer deutschnationalen Tradition und Literatur. Im Oktober 1913 jährte sich zum hundertsten Mal die »Völkerschlacht von Leipzig«. In den sogenannten »Befreiungskriegen« von 1812/13 waren deutsche Heere gegen die Fremdherrschaft Napoleons zu Feld gezogen, mit den blutrünstigen Liedern Theodor Körners auf den Lippen. Körner war damals das Idol der jungen Soldaten. Er selbst fiel in den Befreiungskriegen, dafür überlebte sein Liederbuch »Leyer und Schwerdt«. Es schwor Napoleon und den Franzosen ewigen Haß und rief die deutsche Jugend zum Lebensopfer auf. Jetzt, 1913, werden bei den Gedenkfeiern der kriegsbegeisterte Autor und seine militanten Lieder ins Gedächtnis gerufen und zu nachahmenswerten Vorbildern gekürt. Auf dem Hohen Meißner, einem zwischen Werra und Fulda gelegenen Berg, versammeln sich fast zweitausend Jugendbewegte, unter ihnen auch Wandervogelgruppen samt ihren Führern, um mit Glanz und Gloria die nationale Freiheit zu rühmen. Auch anderswo in deutschen Landen finden Gedenkfeiern statt. Kriegerische Töne durchgeistern manche festliche Zusammenkunft, als würde man erneut unter dem Joch einer Fremdherrschaft leiden. Ein Alt-Wandervogel gedenkt des Dichters und Kriegshelden Theodor Körner mit den martialischen Sätzen: »Keinen schöneren Tod können wir Männer uns wünschen als den seinen: Die Kameraden zur Seite, den Feind im Auge und im Herzen den Glauben an die Unsterblichkeit unseres Volkes.« (S. 29).

Keineswegs wurden solche Einstimmungen in den Krieg einmütig vom Wandervogel erwidert, aber sie trafen doch da und dort auf offenes Gehör. Neben die friedliebende Tradition der literarischen Romantik trat nun eine heroisch nationale, kriegswillige Erbschaft. Letztere wurde 1913 seit der Gedenkfeier der »Völkerschlacht« zunehmend von der Politik in Regie genommen. Vergegenwärtigen wir uns das am Beispiel Bremens.⁷ »Zur Erinnerung an die Jahrhundert-Feier der Völkerschlacht bei Leipzig«⁸ versammeln sich Bremens Bürger am 19. Oktober 1913 auf dem Domshof. Die Politik tritt in literarisch-musikalischer und in rhetorischer Gestalt in Szene. In einem »allgemeinen Gesang« bittet zunächst die Versammlung Gott um einen »edlen Frieden« (S. 3). Es folgten die »vereinigten bremischen Gesangvereine«, die Theodor Körners »Gebet während der Schlacht« anstimmen (S. 5). Darin heißt es: »Vater, du führe mich! / Führ' mich zum Siege, führ' mich zum Tode«. Gott, der Friedensstifter, wird im selben Atemzug als oberster Kriegsherr angerufen: der eklatante Widerspruch schien das Bürgertum nicht zu stören! Danach hielt das Oberhaupt der Stadt, Bürgermeister Stadtländer, seine »Festansprache« (S. 6 ff.). Der Redner stellte sich und sein Publikum in die Obhut des Bismarck-Denkmal, der Bismarck-Mythos feierte fröhliche Urständ:

»Er [Bismarck] ist bei uns, liebe Festgenossen«, schwärmte der Bürgermeister, »Blicken wir hinauf zu ihm, wie ihn Künstlerhand uns gebildet hat, kraftvoll und seines Zieles sicher, den deutschesten der Deutschen, der sein und aller edlen Deutschen tiefstes Denken und Fühlen gefaßt hat in das Wort: ›Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt.«« (S. 9) Deutscher Nationalstolz verbündet sich mit Gott und trotz der ganzen Welt. Der Bürgermeister läßt dem Nationalstolz die Zügel schießen, er rühmt Deutschlands Wachstum auf allen Gebieten, auch deutscher Kolonialpolitik verleiht er Kolorit und hebt ihre militärische Präsenz hervor: »wir halten«, ruft er, »unser Schwert scharf und blank zu Lande und zu Wasser« (S. 10). Keineswegs wendet sich das Stadtoberhaupt gegen die Gleichheit aller vor dem Gesetz, gegen bürgerliche »Freiheit« und »Mitbestimmung«, aber diese demokratische Moral steht unter dem rigorosen Vorbehalt, daß »für das Vaterland (und seine Freiheit) kein Opfer zu groß und kein Leben zu teuer« sein dürfe und daß folglich »jeder das Seine unter das Ganze« beugen müsse (S. 11). Vor dem Vaterland wird der Einzelne bedeutungslos, er hat ihm, wenn nötig, sein Leben zu opfern. Diese antidemokratische Verfügung über das Individuum gewinnt in des Bürgermeisters Rede eine Gewalt, als befände man sich schon im Jahre 1913 im Krieg. »Aber nicht nur der Krieg«, tönt er, »sondern auch das ganze Leben ist ein Kampf der Einzelnen und der Völker. Dafür, deutsche Jugend, stähle deinen Körper und erhebe deine Seele.« (S. 11) Die »Festansprache« mündet in einen kriegerischen Appell an die Jugend.

Bürgermeister Stadtländer ist ein gebildeter Mann. Er hat in seiner Gymnasialzeit das Fach Rhetorik kennengelernt und vermag eine öffentliche Rede mit rhetorischen Stilmitteln literarisch zu frisieren. Er versteht sich darauf,

7 Vgl. dazu Malte Ritter, *Die Bremer und ihr Vaterland. Deutscher Nationalismus in der Freien Hansestadt (1859–1913)*, Berlin 2004.

8 So lautet der Titel der Broschüre, aus der im folgenden zitiert wird.

Wirkung zu erzielen. Aber er bleibt – aller Bildung zum Trotz – dem Zeitgeist tributpflichtig und färbt vor den Bürgern der Stadt, namentlich ihrer Jugend, den Ungeist des Krieges schön.

Und die Jugend selbst? Sie wurde den Erwartungen des Bürgermeisters nicht durchweg, aber doch teilweise gerecht. Sie stählte ihren Körper. Der »Verband bremischer Wandervereinigungen« hatte bei seinen jugendlichen Mitgliedern bereits »Kriegsspiele« moniert (S. 35). Ohne Federlesens verknüpften etliche Wandergruppen »Wandern und Marschieren«, Pfadfinder- und Kriegsspiele, Schießen und Schwimmen« (S. 35), auf daß die jugendliche Wehrkraft erhöht werde. Es ist, als würden die Vorboten des Ersten Weltkriegs auf den Plan treten und als sei die kriegsbegeisterte Lyrik eines Theodor Körner einer dieser Vorboten. Als dann die wehrkräftige Jugend in den Krieg zog, berauschte sie sich an einem populären literarischen Begleiter: dem »Wanderer zwischen beiden Welten« von Walter Flex, einem früheren Wandervogel, der in Sirenentönen die Schönheit des Kampfes und der Selbstaufopferung zum Ruhme des Vaterlands besang.

So zeigt uns die bremische Jugendbewegung im Jahre 1913 ein Doppelgesicht: sie ist – auf der einen Seite – literarisch und kulturell aufgeschlossen, dem Leben zugewandt, kreativ und ideenreich wie die Initiatoren des Schauspielhauses, wie die Leitung der Kunsthalle und die ihr nahestehenden Kunstfreunde – und sie ist andererseits anfällig für Kriegsspiele, verführbar durch eine Literatur, die dem Freitod und dem Selbstopfer das Wort redet.

4

Nun ist der in Bremen ansässige Wandervogel mit seinen verschiedenen Gruppierungen nur ein Teil der damaligen Jugendgeneration – und was da und dort als Kriegs- und Opferbereitschaft hörbar wird, ist nur eine Stimme im Konzert der Jugendstimmen vor 1914. Eine ganz andere Stimme, eine des Zweifels und der Warnung, vernehmen wir bei jenen jungen Schriftstellern, die man später als Expressionisten bezeichnete. Diese radikal skeptische Jugend reagiert hellhörig auf Verfallssymptome des Kaiserreichs; sie vermißt im wilhelminischen Bürgertum eine wegweisende Sozialethik; sie nimmt Anstoß an den imperialistischen Expansions-Interessen des Kaiserreichs. Der soziale Unfriede zwischen besitzender und besitzloser Klasse, zwischen privilegierten und unterprivilegierten Schichten versetzt sie in Unruhe. Die jungen Expressionisten nehmen unter der Oberfläche des gesellschaftlichen Lebens ein Unbehagen wahr, das sie zu apokalyptischen Bildern verdichten. Ein Gedicht von Georg Heym, verfaßt im Jahre 1911, Heym war damals 23 Jahre alt, trägt die Überschrift

Der Krieg

Aufgestanden ist er, welcher lange schlief,
Aufgestanden unten aus Gewölben tief.
In der Dämmerung steht er, groß und unbekannt,
Und den Mond zerdrückt er in der schwarzen Hand.

In den Abendlärm der Städte fällt es weit,
Frost und Schatten einer fremden Dunkelheit,
Und der Märkte runder Wirbel stockt zu Eis.
Es wird still. Sie sehn sich um. Und keiner weiß.

(...)

Auf den Bergen hebt er schon zu tanzen an
Und er schreit: Ihr Krieger alle, auf und an!

(...)

Einem Turm gleich tritt er aus die letzte Glut,
Wo der Tag flieht, sind die Ströme schon voll Blut.
Zahllos sind die Leichen schon im Schilf gestreckt,
Von des Todes starken Vögeln weiß bedeckt.

(...)

In die Nacht er jagt das Feuer querfeldein
Einen roten Hund mit wilder Mäuler Schrein.

(...)

Eine große Stadt versank in gelbem Rauch,
Warf sich lautlos in des Abgrunds Bauch.
Aber riesig über glühnden Trümmern steht,
Der in wilde Himmel dreimal seine Fackel dreht

(...)

Daß er mit dem Brande weit die Nacht verdorr,
Pech und Feuer träufet unten auf Gomorrh.

Georg Heym (1911)⁹

Heyms Diagnose lautet: die Zeit ist reif für einen Krieg, sie leidet an der Krankheit zum Krieg. Heym hat selbst nie einen Krieg erlebt, aber er nimmt seine Schrecken visionär vorweg. Der Krieg ist ein unfaßbarer Dämon, der aus unterirdischen Tiefen auftaucht und sich bis ins ferne Weltall ausdehnt, wo er die Gestirne – hier den Mond – beschädigt. Er verbreitet Angst unter der Bevölkerung, wie das Bild der stockenden Märkte und die um sich greifende Ratlosigkeit verrät. Er setzt einen Todesreigen in Gang, die »Ströme voll Blut« und die »zahllosen« »Leichen« sind seine schauerlichen Opfer. Seine Erscheinung ist mit der Dynamik eines rasenden Feuers verknüpft, als würde Zerberus, der antike Höllenhund, seinen Schrecken auf Erden verbreiten. Und der Krieg verschlingt ganze Städte, hinterläßt Ruinen, steckt mit seiner Brandfackel die fernsten Horizonte an. Heyms letzte Zeile – »Pech und Feuer

9 Zitiert nach Theodor Echtermeyer / Benno von Wiese, Deutsche Gedichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1956, S. 597f.

träufet unten auf Gomorrh« – greift das biblische Bild von Gomorrha auf, um den Krieg als eine Strafe zu deuten, als eine von menschlicher Schuld ausgelöste Katastrophe.

Das an Heyms Gedicht – und an anderen expressionistischen Gedichten – Erstaunliche ist die wirklichkeitsgesättigte Prophezeiung des Kriegs. Gelegentlich erfolgte diese Prophezeiung auch – das sei nicht verschwiegen – mit einer gewissen Faszination. Drei Jahre nach Heyms Gedicht bricht der Krieg über Europa herein – und während die Majorität der Politiker, der Gebildeten und Kriegsteilnehmer ihn patriotisch feiert, unterstützt von Teilen der Jugendbewegung, malt Heym mit massivem Pinselstrich sein wahres Verhängnis, dessen sich die meisten erst im Laufe der Kriegsjahre bewußt werden. Diese dichterische Prophetie ist mit einer Eigenart ästhetischer Werke verknüpft: sie sind gelegentlich Seismographen der Zeitgeschichte; sie erspüren das unterirdische Beben kommender Ereignisse und nehmen auf diese Weise geschichtliche Prozesse vorweg. Die jungen Expressionisten ertasteten hinter dem täuschenden Schein bürgerlicher Selbstzufriedenheit und nationaler Erfolgsmeldungen das explosive Verhängnis, das im sozialen Untergrund lauerte.

Heyms Gedicht enthüllt die Zerstörung der Zivilisation durch die Herrschaft des Kriegs. Seine zerstörerische Kraft richtet sich hier in erster Linie gegen die äußere Ordnung der Stadt und der Natur. Vom Krieg kann auch die innere Ordnung der Menschen, können ihre Psyche und ihr Geist heimgesucht werden. Das prominenteste Beispiel dafür ist Thomas Manns »Der Tod in Venedig« aus dem Jahre 1913, eine in allen »Ecken und Enden« des Reichs gelesene und besprochene Erzählung, wie der Autor im Erscheinungsjahr nicht ohne Stolz berichtet.

5

Thomas Mann hat selbst auf die Nähe des »Tods in Venedig« zum Ersten Weltkrieg hingewiesen, wenngleich ohne nähere Begründung.¹⁰ Wie läßt sich diese Kriegsnähe verdeutlichen? Der Held der Geschichte, der Schriftsteller Gustav von Aschenbach, präsentiert sich als »Moralist der Leistung« (S. 345) und als ein Musterexemplar an »Haltung« (ebd.), dank eiserner Selbstdisziplin. Der Imperativ »Durchhalten« (S. 343) ist zu seiner Lebensmaxime geworden: durchhalten trotz konträrer Anwandlungen von Schwäche, Krankheit, Leidenschaften. Der Leistung, der künstlerischen Produktivität, der heroischen Haltung zuliebe hat er ein Leben lang seine Sinnlichkeit und sein Gefühlslieben, seine Spontaneität und seine Affekte am knappen Zügel gehalten, ja, »geknechtet« (S. 341), wie es einmal heißt. Während eines Aufenthalts in Venedig probt jedoch sein unterdrücktes Innen- und Triebleben einen Aufstand. Aschenbach ist auf ein Idealbild der Schönheit gestoßen, auf den vierzehnjährigen Tadzio, einen polnischen Jungen. Aus Aschenbachs ästhetisch-platonischer Bewunderung des Jungen wird unversehens leibhaftiges Begehren.

10 Zitiert wird die Erzählung nach Thomas Mann, Die Erzählungen, Bd. 1, Frankfurt/Main, 1975, S. 338 - 399.

Die jahrelang unterdrückte Sinnlichkeit bricht ungestüm hervor und wird ständig genährt von der moralischen Unordnung, die in Venedig seit dem Ausbruch der Cholera herrscht. Aschenbachs jahrelang geübte »Haltung« wird gleichsam überrollt von chaotischen Affekten, er gibt seine Selbstdisziplin und Würde preis und liefert sich im Traum und in der Phantasie seinen erotisch-sexuellen Wünschen aus.

Der bestechende Einfall Thomas Manns beruht nun darin, daß er diese Wünsche Aschenbachs in Bildern des Kriegs darstellt. In einer phantastischen Vision erblickt der träumende Schriftsteller eine »tobende Rotte« (S. 393), die dem Geist der entfesselten Sexualität huldigt. Der Sexualtrieb tritt in Gestalt einer kriegsberauschten Horde hervor, die ohne Achtung vor dem Leben des Einzelnen primitivste Affekte austobt. Der zerstörerische Kriegsgott im Gedicht Heyms tritt hier als Geist- und Seelenzerstörer auf, ein allerorten ausbrechender »Wahnsinn« (ebd.) vernichtet auch den moralischen Widerstand, den der Held im Traum einige Zeit lang leistet (S. 392) – seine Seele, so heißt es, kostet nun »Unzucht und Raserei des Untergangs« (S. 394).

Aschenbachs Traum verrät, daß sein seelisches Chaos letztendlich eine Flucht aus seiner gewaltsamen Selbstdisziplin und eisernen Askese darstellt. Seine jahrelang »geknechteten« Affekte und geheimen Wünsche befreien sich unkontrollierbar aus ihrer Umklammerung. Seine eiserne Leistungs- und Haltungsmoral, die damals als typisch preußische Tugend gilt, gerät damit ins Zwielficht. Die unterdrückten Wünsche und Bedürfnisse revoltieren und verwandeln Aschenbachs Seelenlandschaft in einen Kriegsschauplatz, der dem »Dämon« des Chaos, der Leidenschaft und des Untergangs unterworfen ist. Damit nimmt Thomas Mann die Seelenlandschaft des bevorstehenden Kriegsgeschehens von 1914 visionär vorweg. Denn die Kriegsteilnehmer werden ihre preußische Disziplin verwandeln in die Aggression gegen den Feind und gegen sich selbst; sie werden die Moral des Durchhaltens mit dem Todestrieb durchsetzen, der sich gegen den Feind richtet und der sie selbst zum nationalen Opfertod bewegen wird.

Der von Thomas Mann dargestellte Todestrieb erfährt eine dramatische Entfaltung in dem literaturpolitisch bedeutendsten Buch der unmittelbaren Vorkriegszeit: »Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg« von Wilhelm Lamszus. Der 1912 erschienene Roman¹¹ des 1881 in Altona geborenen, in Hamburg als Reformpädagoge und Schriftsteller tätigen Autors erregte ein ungewöhnliches Interesse. Binnen kurzem erlebte das schmale Werk 70 Auflagen mit 100 000 verkauften Exemplaren¹²; 1913 folgte eine verbilligte, durch den SPD-Parteitag in Jena geförderte »Volksausgabe« mit

11 Er wird zitiert nach der in Bremen (Donat Verlag) 2014 erschienenen Ausgabe. Ihr Untertitel lautet »Visionen vom Krieg«. Sie enthält den Ersten Teil des im Sommer 1912 veröffentlichten Romans sowie dessen Zweiten Teil von 1914, der, obgleich druckfertig, erst nach Kriegsende (1919) unter dem Titel »Das Irrenhaus« erscheinen konnte.

12 Die sachlichen Angaben zum Roman entnehme ich der informativen Einleitung des Herausgebers Andreas Pehnke, ebd., S. 7-21. Darüber hinaus versuche ich eine Würdigung der literarischen Eigenart des Werks.

20000 Exemplaren; Übersetzungen in fünf europäische Sprachen und ins Japanische schlossen sich an. Ungewöhnlich wie der Verkaufserfolg war das Sujet des Romans. Er handelt in einer Art Phantasmagorie von den Schrecken eines zukünftigen Kriegs, und zwar eines durch die moderne Waffentechnik beherrschten Kriegs; insbesondere auf das Maschinengewehr, dieses »Wunderwerk der Technik« (S. 32), richtet sich die Aufmerksamkeit des Autors. Zwar wurden damals in Fachkreisen die neuen Errungenschaften der Waffentechnik erörtert, nicht zuletzt auf der Basis des sechsbändigen Werks »Die Zukunft des Krieges in technischer, wirtschaftlicher und politischer Relation« von Johannes Bloch (1898). Aber die durch technische Innovationen möglichen Materialschlachten eines modernen Kriegs waren noch keineswegs ins allgemeine Bewußtsein gedrungen; vielmehr verknüpften Bevölkerung und künftige Soldaten mit dem Krieg noch die heroischen Bilder singulärer Taten, bewerkstelligt durch den persönlichen Einsatz jedes Einzelnen. Nicht nur diese Illusion, die 1914 von allen offiziellen Kriegsinstanzen genährt wurde, verabschiedet Lamszus. Er ist darüber hinaus fähig, kraft seiner erstaunlich realitätsnahen Einbildungskraft das zukünftige Kriegsgeschehen konkret vorwegzunehmen und es plastisch, bis in Einzelheiten, zu schildern, mit Einschluß der für den Ersten Weltkrieg typischen Grabenkämpfe und Minenfelder. Die »Visionen« des Autors, die wie Alpträume anmuten, haben den Rang einer exakten Phantasie. Nur ein technisch informiertes Vorstellungsvermögen, das sich mit hochsensibler Einfühlungskraft in die Leiden von Soldaten paarte, konnte den bevorstehenden modernen Krieg derart expressiv vergegenwärtigen.

Daß die Käufermassen vor den brutalen Schrecken des Kriegs, die der Roman offenlegte, nicht zurückwichen, hängt mit der klugen Sozialpsychologie des Autors zusammen. Obgleich Pazifist und Kriegsgegner durch und durch präsentiert er sich in den ersten Kapiteln seines Antikriegsromans als anfällig für die zu erwartende Kriegsbegeisterung der Massen. Er vermeidet die Gebärde des distanzierten angewiderten Außenseiters und prätendiert Sympathie für die Neigungen der Massenseele: »... Wo eine Volksmenge aus dem Staub des Alltags sich aufschwingt, wird sie unwiderstehlich und nimmt auch den mit fort, der kühlen Blutes sich entziehen möchte. (...) Ja! Deutschland ist schön und groß – und wert, daß man darum sein Blut vergießt.« (S. 49 f.)

Der Autor Lamszus, der gegen die Verführungskraft eines Kriegs gefeit ist, trifft hier den Nerv der Ekstase, die zwei Jahre später die deutsche Bevölkerung überwältigen sollte – eine Ekstase, die an dieser Stelle seinen Ich-Erzähler allem Anschein nach heimsucht. Dieser vorgespielten Schwäche gesellt der Autor eine andere hinzu, die ebenfalls aus der Massensuggestion von Kriegsberauschten erwächst. Sein Ich-Erzähler möchte nicht dem »hysterischen Geschlecht« angehören, »das kein Blut mehr sehen kann, ohne in Ohnmacht zu fallen! (...) Aug in Aug habe ich noch immer meinen Mann gestanden und werd' es auch diesmal tun, mög' da kommen, was da will.« (S. 39)

Mit dieser Erzählstrategie, die Rücksicht auf Vaterlands- und Kriegsbegeisterte nimmt, sichert sich der Autor zunächst die Sympathie deutschnationaler Leserschichten, um dann – so seine Hoffnung – deren Kriegsbegeisterung zu dämpfen und sie im Säurebad des Kriegsgemetzels auflösen.

Die Dämpfung der Kriegsekstase führt der Autor am Familiensinn seines Ich-Erzählers vor. Den sucht ein Traum heim, in dem seine Frau ihn als Opfer des Kriegs betrauert (S. 43) – ein massenhaft erlittenes und zu erleidendes Familienschicksal. Ein anderer Traum evoziert die Bilder friedlichen und sonntäglichen Familienlebens als Kontrast zu sterbenden Soldaten, ihrem »Wundfieber« und ihrem »zerfetzten Leib«, dergestalt, daß die Anziehungskraft des Friedens verlockend hervortritt (S. 53 f.). – Für die Dämpfung kollektiver Kriegsbegeisterung sorgt ferner ein Gottesdienst, der das religiöse Empfinden der Leser des Romans verletzen muß. Ein Pastor segnet Kriegsrausch und Kriegswaffen auf eine Weise, die aus Gott einen »Blutriesen« macht, den Urheber von »Granaten« und »Schädelpyramiden«, und aus den Menschen – »Mörder« (vgl. S. 37 f.).

Solche Desillusionierungen des kriegerischen Pathos erfahren eine dramatische Steigerung durch die »Visionen« kriegerischer Alltagspraxis. Maschinengewehr-Salven fahren über Schützengräben hin, explodieren im Dickicht der Kompanien; im Nahkampf zerfetzen Freund und Feind mit Bajonetten einander den Leib, »Trompeten hallen dumpf« zum »Sturmangriff« (S. 74). Zu den zerstückelten und verstümmelten Leibern der Soldaten schafft der Roman eine stilistische Analogie in Form von Satzketten. Und er läßt Bildfragmente aus der grausamsten der uns überlieferten Apokalypsen auferstehen – der »Offenbarung des Johannes«:

»Die Erde hat sich aufgetan... es blitzt und knallt, es donnert, und der Himmel reißt entzwei und fällt entflammt herab – die Erde fliegt in Stücken auf... die Menschen und die Erde explodieren und fahren rund wie Feuerräder durch die Luft... und dann... ein Krach, ein wütendes Getöse (...). Hat sich die Hölle aufgetan? (...) Da draußen liegen Arme, Beine, Köpfe, Rümpfe... die heulen in die Nacht hinaus, das ganze Regiment liegt dort zerfetzt am Boden, ein Menschenklumpen, der zum Himmel schreit...« (S. 75)

Es ist zeitgemäße expressionistische Prosa mit ihren abgerissenen Satzteilen, ihren Exaltationen und Exklamationen, ihren jähen Steigerungen und abrupten Explosionen, die der Autor inszeniert, genauer: die er sachadäquat widerhallen läßt. Denn die bildhaften Dramatisierungen, die rhetorischen Zuspitzungen und Exzesse expressionistischer Prosa sind der dem vernichtenden Kriegstreiben angemessene Ausdruck.

Würde der Roman nur das Massensterben einer jungen Generation visionär vorwegnehmen, so würde er seinen epischen Atem überanstrengen; er würde sich in repetitiver Monotonie erschöpfen. Lamszus hat daher mit dem rhythmischen Gespür für narrative Variation einzelne Figuren und ihren Untergang in die Schilderung der Massenvernichtung eingebettet. Solche Figuren können eine kritisch-repräsentative Kraft gewinnen, wenn sie sich auf verbreitete Epochenbilder beziehen. Zu ihnen gehörte das berühmte *Lichtgebet* von Meister Fidus, das in einer frühen Fassung von 1892 den Titel *Zu Gott* trug. Eine vom Betrachter abgewandte nackte Gestalt reckt sich, von Licht umflossen, mit erhobenen Händen dem Himmel entgegen.¹³ Eine Gegengestalt

13 Vgl. dazu Rolf-Peter Janz, *Die Faszination der Jugend durch Rituale und sakrale Symbole. Mit Anmerkungen zu Fidus, Hesse, Hofmannsthal und George*, in: »Mit uns zieht die neue Zeit« (wie Anm. 6), S. 310-337.

dazu, hervorgehend aus dem »Entsetzen« des Kriegs (S. 76), stellt Lamszus vor, indem er das von Fidus gemalte Licht in Nacht verwandelt und die aufbruchsbereite Ekstase des betenden Jünglings in den verzückten Todeswahnsinn eines jungen Soldaten überführt:

»... Da fängt auf einmal eine Stimme hinter uns zu singen an... feierlich – lang gedehnt... ›Nun danket alle Gott...‹ das ist der Wahnsinn, der da singt... wir alle sind dem Wahnsinn nahe... ich seh' mich um und seh' in grau verzerrte Backen und in flackend aufgestörte Augenlichter... (...), der Irre aber reißt sich los und springt voran auf den Schützengraben... hoch steht er, eine schwarze, wilde Silhouette gegen den blassen Himmel und breitet segnend in die kranke Nacht die Arme aus... wie ein verzückter Priester steht er da und rast und segnet die zerfetzte Dunkelheit« (S. 77).

Bedenkt man, daß das *Lichtgebet* des Meisters Fidus von diesem selbst zu einem Massenartikel in Postkartenform angefertigt wurde, betitelt »Freideutscher Jugendtag 1913. Jahrhundertfeier auf dem Hohen Meissner 11.– 12. Okt.«, bedenkt man ferner, daß Angehörige der Jugendbewegung in diesem Bild den Antrieb zu einem gesellschaftlichen Aufbruch sahen, einen Aufbruch, der nicht wenige von ihnen in den Krieg führte: so wird erneut die kühne Antizipation greifbar, die Lamszus mit seiner Wahnsinns-Gestalt leistet. Sie führt das *Lichtgebet* als zeitgemäßes Symbol im wahrsten Sinn des Wortes hinter Licht – in die Nacht des »Grauens«, die mit dem Ersten Weltkrieg anbricht.

Zur erfreulichen breitenwirksamen Resonanz, die Lamszus' Antikriegsroman fand, gesellten sich früh die Mißtöne der Verunglimpfung. Der Kronprinz des Deutschen Reiches forderte persönlich vom Hamburger Senat die Entfernung des »Vaterlandsverrätters« aus dem Schuldienst; konservative und militaristische Kreise setzten zum Sturmangriff auf den Pazifisten an.¹⁴ So spiegelt die Rezeption des Romans beispielhaft die Mentalität der Zeitgenossen am Vorabend des Ersten Weltkriegs wider: ihre teils friedliebende, teils kriegsbereite Mentalität, die bei Ausbruch des Kriegs beinahe durchweg, quer durch alle Klassen und Schichten, in militantem Nationalismus erblindete. Ganz so, wie Lamszus' Roman es prophezeite.

Die hier vorgestellten lyrischen und narrativen Texte bezeugen eine Qualität, die wir im literarischen Schrifttum immer wieder antreffen: seismographisches Erspüren von Ereignissen der nahen Zukunft. Was sich unter der Oberfläche des Alltags gleichsam unterirdisch vollzieht und insgeheim zum Ausdruck drängt – das zu ertasten und zu antizipieren oder in ein Gleichnis zu fassen, vermag die hellwache Sensibilität einzelner Autoren von Zeit zu Zeit. Am eindringlichsten und regelrecht unverschlüsselt demonstrieren dies die »Visionen« eines künftigen Kriegs von Wilhelm Lamszus. In verschlüsselter Form leistet das eine *Bremensie* aus dem Jahr 1913. Es handelt sich um eine von Rudolf

14 Vgl. Bernhard Gleim und Dieter Richter, »Das Menschenschlachthaus« und seine Leser. Ein Stück Wirkungsgeschichte aus den Akten der Polizei. In: Wilhelm Lamszus, *Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg* (1912). Neu herausgegeben von Johannes Merkel und Dieter Richter, München 1980, S. 131-152.

Alexander Schröder, dem Bremer Schriftsteller, besorgte Publikation einer Erzählung von Hugo von Hofmannsthal. Erschienen im Verlag *Bremer Presse* handelt es sich um eine in Leder gebundene bibliophile Kostbarkeit, gedruckt in 200 Exemplaren auf Van Gelder Bütten, ausgezeichnet durch Schwarz- und Rotdruck¹⁵. Der Titel der Erzählung »Die Wege und die Begegnungen« zeigt Hofmannsthals zentrale Intention an. Er versteht menschliche Begegnungen, aber auch Begegnungen mit der Natur als fundamentale Existenz Erfahrungen; sie gehören »einer höheren Ordnung der Dinge« an (S. 13) und sind mit vielfältigen »Bewegungen«, motorischen, politischen, geistigen und psychischen verknüpft. Hofmannsthals Erzähler erinnert sich eines Traums, der ihn nach Asien in eine ihm unbekanntere Gegend entführte, wo er einem »Patriarchen« begegnete, unter dessen Herrschaft ein »ganzes Volk« sich zu einem »ungeheuren Aufbruch« rüstete (S. 16f.); es »war geschäftig, seine Zelte abzureißen und seine Habe auf Packtiere zu laden« (S. 17f.). Seismographisch ertastet Hofmannsthal in diesem »ungeheuren Aufbruch«, der in einem »wildem Tumult« von statten geht (S. 21), die entfesselte chaotische Bewegung, die Europa bevorstand, in der Ungestalt des Ersten Weltkriegs. Der von dem »alten und gewaltigen« Patriarchen (S. 20) angeordnete Aufbruch ist ein Gleichnis für das kommende kriegerische Erdbeben; nicht zufällig hat er paramilitärische Züge, erscheint der Führer doch als eine Art Oberbefehlshaber, der durch »sein bloßes Dastehen« Gehorsam erzwingt (S. 21): »ich fühlte«, berichtet der Erzähler, »wie alles unter der Gewalt des Befehles geschah, eines Befehles, gegen den es keinen Widerspruch gab«. (S. 18) Bezeichnenderweise verflüchtigt sich unter dieser Herrschaft die erotische Beziehung zu einer jungen »schönen Frau« (S. 20), die der Alte offenbar in seinem höher gelegenen Zelt, seinem Hauptquartier, pflegte. Hatte der Ich-Erzähler zunächst mit menschlicher Begegnung die Erfahrung des Eros und des »Göttlichen« in Anspruch genommen (S. 12), so ist davon am Ende nicht mehr die Rede. Ohne daß die Massenbewegung im fernen Asien ausdrücklicher als kriegerischer Aufbruch bezeichnet würde, wird in ihr gleichwohl das unterirdische Beben spürbar, das im Jahr 1913 durch Europa ging, um sich im Jahr darauf im Weltkrieg zu entladen.

Die Exklusivität dieser *Bremensie* darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre Gleichnissprache eine repräsentative, brisante Aussage enthält. Die wenigen Gebildeten, denen die bibliophile Kostbarkeit zugedacht war, »begegneten« einer Massen-»Bewegung«, die sich als eine Vorwegnahme des europäischen »Aufbruchs« in den Ersten Weltkrieg enthüllen sollte.

6

Ich habe ein Doppelgesicht des Jahres 1913 zu zeichnen versucht: lebenszugewandte produktive Kräfte, wie sie sich im Schauspielhaus, in der Kunstszene und im Wandervogel äußern, und konträre kriegswillige Kräfte, wie sie vermehrt seit Oktober des Jahres, bei den Hundertjahrfeiern der »Völkerschlacht

15 Gesetzt aus der 16 Punkt Antiqua. – Signet, 9 Initialen, Schlußstück und Einband von R. A. Schröder.

**»Wir sind kein Kriegerverein,
aber wir sind auch kein Debattierklub.«
Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
in Bremen und Umgebung 1924 – 1933**

Von Ulrich Schröder

1. Einleitung

Eine Auseinandersetzung mit dem größten Wehrverband der Weimarer Republik, dem »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold«, löst bei mir zwiespältige Empfindungen aus. Befremdlich finde ich das martialische Gehabe und die Begeisterung für zackiges Auftreten und bewundernswert die Entschlossenheit und Opferbereitschaft, mit der sich Zigtausende junger Männer dem Aufstieg der Nationalsozialisten entgegengestellt haben.¹ Die Überlieferung außergewöhnlich umfangreichen Quellenmaterials zum »Ortsverein Vegesack und Umgebung« ermöglichte es mir, dessen Innenleben zu erforschen und vor Jahresfrist in dieser Zeitschrift darzulegen.² Dabei fiel mir auf, dass zwar einige Regionalstudien zum Reichsbanner (Rb) vorliegen,³ die Region um Bremen diesbezüglich aber einen weißen Fleck auf der Landkarte darstellt. Mit der vorliegenden Untersuchung möchte ich diese Forschungslücke schließen.⁴

- 1 Vgl. Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1966, Benjamin Ziemann, *Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924 – 1933*, Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der Demokratie (Gesprächskreis Geschichte, Hft. 91), Bonn 2011, und ders., *Veteranen der Republik, Kriegserinnerung und demokratische Politik*, Bonn 2014. In seiner jüngsten Veröffentlichung untersucht Ziemann das Reichsbanner ausführlich unter der Fragestellung, welche Rolle es als gemäßigt pazifistischer Veteranenverband im politischen und kulturellen Spektrum der Weimarer Republik spielte, und blendet seine Bedeutung als Wehrverband weitgehend aus.
- 2 Ulrich Schröder, *Aus dem Innenleben eines republikanischen Wehrverbandes, Der Ortsverein Vegesack und Umgegend des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold 1924 – 1934*, in: *Bremisches Jahrbuch (Brem.Jb.)*, Bd. 92 (2013), S. 217-270. Vgl. auch meine Dokumentation: »Zweck [...] soll sein, diese Arbeitslosen einmal für kurze Zeit aus ihrem Alltag und Alltagsorgen herauszuholen.« Willy Dehnkamps Bericht und Lied zu einem Ferienlager für junge, erwerbslose Reichsbanner-Leute aus der Region Vegesack im Spätsommer 1932; in: *Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte (AuS)*, Heft 25 (Oktober 2011), S. 115-128.
- 3 Vgl. die ausführliche Literaturübersicht in Schröder, *Innenleben* (wie Anm. 2), S. 218 f.
- 4 In seinem repräsentativen Beitrag zur Geschichte der Bremer Sozialdemokratie in den Jahren der Weimarer Republik – unlängst erschienen – erwähnt Bernhard Oldigs das Reichsbanner bezeichnenderweise mit keinem Wort; vgl. ders., *Die*

von Leipzig«, hervortreten, teilweise auch in der Jugendbewegung und in öffentlicher politischer Rhetorik.¹⁷

Gegen letztere erheben sich prophetisch warnende Stimmen, zumal im Kreis der jungen Expressionisten, aber auch in bekannten Erzählungen wie dem »Tod in Venedig« und in unbekanntem Werken wie dem »Menschenschlachthaus« von Wilhelm Lamszus.

Lassen Sie mich mit einem Ausblick schließen. Das Bremer Schauspielhaus bildete den Auftakt zu meiner Darstellung der Vorkriegssituation. Es soll dank seiner Überlebenskraft auch den Abschluß bilden. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs führte im Bremer Schauspielhaus (wie auch im Stadttheater) zu Bekundungen nationaler Begeisterung und zum beschämenden Ausschluß nicht-deutscher Ensemblemitglieder. Doch dann lernten seine Leiter, Johannes Wiegand und Eduard Ichon, den Krieg zusehends als Kulturvernichter kennen. Im Geiste einer Wiedergutmachung setzten sie nach dem Krieg eine Idee in die Tat um, die sie schon vor dem Krieg, 1910 bis 1914, entwickelt hatten: das »Gemeinschaftstheater«. Gemeinschaftstheater – was war das? Es war und ist eine zeitlos aktuelle Idee, wert, daß man sie in Erinnerung ruft, eine konkrete Utopie, die zur Wirklichkeit hindrängte und in Bremen zur Realität wurde. Lassen wir Eduard Ichon selbst zu Wort kommen. Er schreibt in seinen Erinnerungen¹⁸:

»Das Theater (...) konnte seine Kulturarbeit nur steigern, wenn es auch den Geringsten des Volkes zu angemessenen Preisen in seinen Kreis einschloß. (...) Nur so konnte das Theater den Alltag organisch durchseelen, konnte es dieses Publikum über sich hinausführen (...) Das Gemeinschaftstheater bezweckte, unter Ausschaltung aller Gewinnabsichten, durch planmäßige Regelung des Theaterbesuches das Erlebnis guter Bühnenkunst allen Kreisen des Volkes zu erschließen. Aus dem geregelten und organisierten Besuch (...) erhielt es seine materielle Grundlage und den Antrieb für seine (...) Kulturarbeit« (S. 37f.). Dieses Gemeinschaftstheater sollte in ganz Deutschland Aufsehen erregen (vgl. S. 40 f.). Die demokratisch-klassenübergreifende Bildungsidee Wiegands und Ichons, die beide vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt hatten, und die Praxis eines glänzend organisierten Abonentensystems gingen einen idealen Bund ein, der alle Widerstände überdauerte. Man darf darin ein überlieferenswertes Vermächtnis erblicken.

17 Das bremische Doppelgesicht im Jahre 1914 analysieren umsichtig Holger Böning und Michael Nagel in dem eben erschienenen Band *Erster Weltkrieg und Bremer Presse. Impressionen und Schlaglichter auf das Kriegserleben in der Hansestadt*, edition lumière, Bremen 2014.

18 Vgl. Eduard Ichon, *Zwanzig Jahre Bremer Schauspielhaus* (wie Anm. 3), S. 120.

Die meisten Stadt- und Kreisarchive, bei denen ich anfangs nach Quellen gefragt hatte, meldeten zwar Fehlanzeige, doch stellte ich fest, dass es überraschend viele leicht zugängliche Berichte gibt. Das Mikrofilmarchiv der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen führt nämlich nicht nur das bekannte SPD-Blatt »Bremer Volkszeitung« (BVZ), sondern verfügt über die Jahrgänge 1924–1931 des Verbandsorgans »Das Reichsbanner« (DRb). Ab der Ausgabe vom 1. September 1925 erschienen regelmäßig Gaubeilagen für den »Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover« (GB). Die Fülle des so erschlossenen Materials erforderte es, unter den vielen nachgewiesenen Ortsvereinen eine Auswahl zu treffen. Quellenkritisch ist allerdings anzumerken, dass die in der Hauspresse erschienenen Artikel im Wesentlichen nur das enthalten, was in die Öffentlichkeit geraten sollte bzw. durfte und deshalb »gegen den Strich« gelesen werden müssen. Hier und da konnten sie durch Quellen anderer Herkunft ergänzt und in ihrer Aussage hinterfragt werden.⁵

Bremer SPD in der Zeit der Weimarer Republik 1919 bis 1933, in: Herbert Brückner, Renate Meyer-Braun, Beenhard Oldigs (Hrsg.), 150 Jahre Sozialdemokratie Bremen und Bremerhaven, Bremen 2013, S. 64–82. Hingegen verweist Benjamin Ziemann in seiner gleichfalls erst vor kurzem erschienenen Untersuchung »Veteranen der Republik« (wie Anm. 1) einige Male auf Ereignisse in der Hansestadt. Als Vorarbeit zur Geschichte des bremischen Reichsbanners liegt eine ältere Examensarbeit vor, der ich etliche Hinweise verdanke: Theo Niehues, »Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« in Bremen, Hausarbeit Päd. Hochschule Bremen 1967 (masch.). In seinem Standardwerk zur bremischen Geschichte stützt Schwarzwälder sich diesbezüglich auf Niehues' Arbeit: Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 3, Bremen in der Weimarer Republik (1918–1933), Bremen 1995, S. 424 ff., und 583 ff. Ausführlich zum Rb-Widerstand ab 1933: Inge Marszolek und René Ott, Bremen im Dritten Reich, Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986, S. 207 ff.

- 5 Unterlagen aus dem Staatsarchiv Bremen (StAB), dem Niedersächsischen Landesarchiv – Staatsarchiv Stade – (NLA-StAS), dem Kreisarchiv Verden (KrAV) sowie dem Stadtarchiv Bassum (StaBas); weiterhin wurden ausgewählte Ausgaben folgender Tageszeitungen ausgewertet: Arbeiterzeitung (AZ), Achimer Kreisblatt (AK), Bassumer Zeitung (BZ), Bremer Arbeiterzeitung (BAZ), Bremer Nachrichten (BN), Hamburger Echo, Norddeutsche Volkszeitung (NVZ) und Verdener Anzeigenblatt (VA). Lokale Wahlergebnisse wurden, soweit nicht anders vermerkt, den genannten Zeitungen sowie der BVZ entnommen, ferner den Bänden 291, 315, 372 und 382 der Statistik des Deutschen Reichs, aus derselben Statistik, Bd. 455, auch die Angaben zur Volkszählung vom 16. 5. 1933. Biografische Daten stammen vielfach aus folgenden, künftig nicht weiter aufgeführten Unterlagen: Adressbücher für Bassum 1927 (Kopie im StaBas), den Kreis Achim 1926 (Kopie im StAB), Oberneuland 1932 (Sammlung Oberneuland) sowie für Bremen 1925 und 1930, ferner SPD-Wahlvorschlägen zu preußischen bzw. bremischen Gemeinderatswahlen sowie den Tätigkeitsberichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirksverband Hamburg-Nordwest, über die Zeiten vom 1. 4. 1921–31. 3. 1923, Hamburg 1923, und 1. 4. 1923–31. 3. 1925, Hamburg 1925. Die Rechtschreibung in Zitaten folgt den heute gültigen Regeln.

2. Gründungsprozess und Aufbau

Am 3. Juni 1924 erschien im sozialdemokratischen »Hamburger Echo« folgender Aufruf, den die »Bremer Volkszeitung« drei Tage später nachdruckte: »Die Verbände der republikanischen Kriegsteilnehmer haben sich in Magdeburg zu einer Reichsorganisation zusammengeschlossen. Die Verbände [...] der Freistaaten Hamburg, Bremen und des nördlichen Teils der Provinz Hannover haben sich im Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover mit dem Sitz des Gauvorstandes in Hamburg zusammengeschlossen.« Der neue Bund wolle sich mit allen Mitteln für den Schutz der republikanischen Verfassung einsetzen. Er bekämpfe die »infame Judenhetze« und führe »die Farben der Reichssturmflagge des Heiligen römischen Reiches deutscher Nation«, der Lützowschen Jäger und der »künftigen großdeutschen Republik: Schwarz-rot-gold.« Jeder republikanisch gesonnene Kriegsteilnehmer sei willkommen. »Monarchisten und Kommunisten halten wir von uns fern. Alle Orte im Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover müssen unverzüglich, wo es noch nicht geschehen ist, Ortsvereine gründen.« Damit brachte der Gauvorstand sowohl die programmatischen als auch organisatorischen Vorstellungen des Hauptvorstandes auf eine kurze Formel. Dieser hatte sich am 22. Februar 1924 unter dem Vorsitz des Magdeburger Oberpräsidenten Otto Hörsig (SPD) gebildet und setzte auf ein Zusammengehen sozialdemokratischer und bürgerlicher Republikaner aus DDP und Zentrumsparterie gegen die Gegner der Weimarer Republik von links und rechts. Der Aufbau des neuen Wehrverbandes vollzog sich streng hierarchisch von oben nach unten, wobei sich die zunächst 31 Gaue als mittlere Führungsebene an die sozialdemokratischen Partei-Bezirke anlehnten.⁶ Angesichts des überaus raschen Wachstums der Organisation – der Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover zählte Ende des Jahres 1925 bereits 58 Ortsvereine⁷ – stellte sich bald heraus, dass es einer weiteren, in der Gründungs-Satzung nicht vorgesehenen, Gliederungsebene bedurfte, der Kreise.⁸ Der Vorstand des am 12. Juni 1924 gegründeten Ortsvereins Bremen⁹ fungierte im folgenden Jahr wohl auch als Kreisleitung,¹⁰ und am 6. November 1926 tagte auf Initiative der Gauleitung die offenbar erste reguläre Kreis-konferenz mit 26 Delegierten der angeschlossenen Ortsvereine.¹¹ Zahlreiche Neugründungen erforderten eine kontinuierliche Umgliederung, und daher

6 Vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 55 ff. Die Adressen der Gauvorsitzenden sind abgedruckt in DRb Nr. 5 vom 15. 7. 1924.

7 BVZ vom 15. 12. 1925; zur organisatorischen Ausbreitung vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 71 ff.

8 Rb-Gaurundschreiben Nr. 11 vom 23. 5. 1925, StAB 7,88 - 50/2.

9 Siehe unten.

10 Vgl. undatiertes, vom DDP-Mitglied Hans Mallet unterschriebenes Schreiben an Ortsverein Vegesack, das noch den Stempel des Ortsvereins Bremen trägt, StAB 7,88 - 50 - 2. Als Mitglied des Bremer Ortsvorstandes ist Mallet allerdings nicht nachgewiesen. Seine Mitteilung gegenüber der Polizei vom Mai 1925, er sei 2. Vorsitzender des Reichsbanners, bezog sich möglicherweise auf den Kreis, Polizeibericht (Pol. Ber.) vom 27. 7. 1925, StAB 4,65 - 1029.

11 GB vom 15. 11. 1926.

stand das Thema »Kreiseinteilung« häufig auf der Tagesordnung von Gaukonferenzen.¹² So schieden die Ortsvereine Hemelingen, Achim, Bassen und Baden im April 1930 aus dem Kreis Bremen aus und bildeten einen eigenen Kreisverein.¹³ Außer den stadtbremischen Rb-Formationen¹⁴ gehörten Ende 1931 immerhin 18 weitere Ortsvereine zum Kreis Bremen.¹⁵ Die am 2. Oktober 1928 verabschiedete Bundessatzung sah Kreise als weitere Gliederungsebene vor, nicht jedoch Bezirke, die gleichwohl als Organisationsstufen zwischen Kreisen und Ortsgruppen möglich waren.¹⁶

3. Der Ortsverein und Bezirk Bremen

3.1 Gründungsprobleme, Mitgliederstruktur und Untergliederungen

Im Jahr der Rb-Gründung stellte sich die Lage der Republikaner in der Hansestadt Bremen als nicht sonderlich rosig dar. Die einst so einflussreichen, seit September 1922 wieder vereinigten Bremer Sozialdemokraten waren bei der Bürgerschaftswahl am 18. November 1923 auf 28,3 % der Wählerstimmen abgestürzt, und bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 konnten sie ihr Wahlergebnis mit weniger als zwei zusätzlichen Prozentpunkten nur unwesentlich verbessern.¹⁷ Im Senat waren sie seit Mitte 1920 nicht mehr vertreten, und ein von der KPD eingebrachter Misstrauensantrag, den sie unterstützten, scheiterte am 6. Juni 1924 in der Bürgerschaft an der bürgerlichen Mehrheit einschließlich der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP).¹⁸ Die Kommunisten hatten bei beiden Wahlen die verfassungstreue Senatspartei DDP überflügelt,¹⁹ und am rechten Rand des politischen Spektrums trug eine Reihe rechtskonservativer, völkischer und antisemitischer Parteien, Vereine sowie Kampf-bünde zur politischen Beunruhigung bei.²⁰ Ende 1924 zählte die VSPD in der

12 Vgl. z.B. die Tagesordnung der 3. Gaukonferenz in Stade am 10./11. 4. 1926; GB vom 1. 4. 1926.

13 Rb-Gaurundschreiben Nr. 4 vom 14. 4. 1930, StAB 7,88 - 50/5.

14 Siehe unten.

15 Es handelte sich um die Ortsvereine Barnstorf, Bassum, Blumenthal, Farge, Burgdamm, Falkenberg, Hambergen, Harpstedt, Kirchweye, Leeste, Lilienthal, Oberneuland, Osterholz-Ellen, Osterholz-Scharmbeck, Ritterhude, Syke, Vegesack und Worpswede, vgl. Adressenliste, StAB 7,88 - 51-1.

16 Bundessatzung abgedruckt in: »Das Reichsbanner« vom 14. 10. 1928, §§ 17-19; zu Bezirken und Untergliederungen unterhalb der Ortsvereinsebene vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 83 ff.

17 Die Prozentangaben beziehen sich jeweils auf die abgegebenen stadtbremischen Wählerstimmen.

18 Zu den Senatsbildungen seit 1920 vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 268 ff., 337 ff. und 449 ff.

19 Bürgerschaftswahlergebnisse (1923) der KPD: 16,0 % und der DDP: 12,2 %, Reichstagswahlergebnisse (4. 5. 1924) der KPD: 14,2 % und der DDP: 11,3 %.

20 Vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 209 ff., 334 ff. und 430 ff., und Dieter Fricke, »Antisemitisch bis in die Knochen!«, Judenfeindschaft in Bremen während der Weimarer Republik, in: AuS, Hft. 5, 2000, S. 5-17.



Abb. 1: Reichsbanner-Umzug am 27.12.1924 auf der Waller Heerstraße. Quelle: Fotosammlung Theo Niehues.

Stadt, die einst eine Hochburg der USPD mit mehr als 10000 Organisierten gewesen war,²¹ trotz des Zusammenschlusses mit der MSPD nur noch 7126 Mitglieder.²² Innerparteilich dominierten die Linken, die mit den Kommunisten um Einfluss unter den Arbeitern konkurrierten.²³

Unmittelbarer Vorläufer des bremischen Reichsbanners war der Ortsverein Bremen der »Vereinigung Republik«, dessen Mitglieder in einer außerordentlichen Versammlung am 12. Juni 1924 nahezu einstimmig beschlossen, ihn aufzulösen und dem neuen Kampfbund beizutreten.²⁴ Sozialdemokratische Selbstschutzorganisationen, die vor allem den Saalschutz übernommen hatten, waren im Reich – allerdings ohne zentrale Leitung – bereits seit Längerem aktiv gewesen,²⁵ in Bremen unter der geläufigeren Bezeichnung »Republik-schutz« bzw. »Republikanischer Selbstschutz« (RS).²⁶ Gottlieb Fauth, Kassierer

21 Vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 189 ff.

22 Vgl. Christian Paulmann, Die Sozialdemokratie in Bremen, Bremen 1964, S. 137.

23 Vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 419 f., und Oldigs, Bremer SPD (wie Anm. 4), S. 69 f.

24 Pol.Ber. vom 14. 6. 1924, StAB 4,64 -1027, und BVZ vom 13. 6. 1924.

25 Vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 29, und – für Sachsen – Carsten Voigt, Kampfbünde der Arbeiterbewegung, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924–1933, Köln/Weimar/Wien 2009, S. 95 f.

26 Vgl. BVZ vom 20. 4. 1923 u. Pol.Ber. vom 2. 7. 1924, StAB 4,64 -1027.

der Bremer VSPD, begründete die Selbstauflösung damit, dass es nicht mehr ausreiche, sich nur auf die Parteigenossen zu stützen, man habe deshalb auch bereits mit dem »Deutschen Republikanischen Reichsbund« (DRRB) verhandelt. »Im großen und ganzen« sei »das Reichsbanner genauso aufgezogen wie der Stahlhelm«. ²⁷ Kurz darauf traten auch die 722 Mitglieder des überparteilichen DRRB dem Rb-Ortsverein bei, ohne ihren Verband allerdings zu liquidieren. ²⁸ Dessen Jugendorganisation, der »Vortrupp Reichsadler«, löste sich zum Jahreswechsel auf und verschmolz mit den Rb-Jugendlichen zum »Jung-Reichsbanner Bremen«. ²⁹

Ein ehemaliger unabhängiger Sozialist, Friedrich Frese, vormals 1. Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Bremen (DMV), übernahm den Vorsitz im Rb-Ortsverein, und der einflussreiche Parteilinke Franz Starker setzte sich vehement für die Neugründung ein. ³⁰ Anfang Juli riefen die Distriktleitungen des bisherigen RS bzw. der VSPD ihre Mitglieder zu »Spaziergängen« – nunmehr als Reichsbanner – in den jeweiligen Stadtteilen auf. ³¹ Zwar zählte ein Polizei-Wachtmeister am 1. Juli in der Nähe des Stadtwaldes ca. 160 Teilnehmer unter der Führung Starkers, ³² doch blieben zahlreiche Sozialdemokraten skeptisch. Zu einer von vier Partei-Distrikten für den 15. Juli einberufenen Rb-Versammlung waren nur 28 Genossen erschienen. Die meisten Teilnehmer gehörten der DDP an, und die »Genossen der S.P.D. hätten es abgelehnt, in einer Reihe mit den Demokraten zu stehen«, berichtete ein Funktionär am folgenden Tag in der Distrikt-Versammlung West. ³³ Das Reichsbanner ließ nicht nach, um beitragsunwillige Sozialdemokraten zu werben: »Wir sind kein Kriegerverein, aber wir sind auch kein Debattierklub. [...] Genosse, der du dem Reichsbanner noch fern stehst, fragst du jetzt noch, warum du zu uns gehörst? Gehörst du vielleicht auch zu denen, die an längst überwundenen Vorurteilen kranken? [...] Das Reichsbanner ist die geeignetste Zusammenfassung aller republikanischen Träger. Darum, Genosse, gehörst auch du ins Reichsbanner! Wir warten auf dich.« ³⁴ Vorbehalte hegten auch Spitzenfunktionäre aus Partei und Freien Gewerkschaften: So wurden auf der

27 Wie Anm. 24, Pol.Ber.

28 Vgl. Gisa Herzer, Vorläufer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Bremen 1919–1923, Hausarbeit Päd. Hochschule Bremen 1965/66 (masch.), S. 50 ff., Niehues, Reichsbanner Bremen (wie Anm. 4), S. 34, Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 201 ff., und Jacob Toury, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Stiefkind der Republik, Zur Gründungsgeschichte der republikanischen Wehren, in: ders., Deutschlands Stiefkinder, Ausgewählte Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte, Gerlingen 1997, S. 11–92, hier S. 58.

29 BN vom 4. 1. 1925.

30 Wie Anm. 24, Starker gehörte dem Vorstand als Beisitzer an; zur Biografie Freses vgl. Niehues, Reichsbanner Bremen (wie Anm. 4), S. 42 f.

31 BVZ vom 5. und 9. 7. 1924.

32 Pol.Ber. vom 2. 7. 1924, wie Anm. 26.

33 Pol.Ber. vom 17. 7. 1924, StAB 4,64–1027; Vorbehalte gab es auch anderswo, insbesondere bei Parteilinken wie z. B. in Sachsen, vgl. Voigt, Kampfbünde (wie Anm. 25) S. 99 ff. Zu Hemelingen s. u.

34 BVZ vom 13. 12. 1924.

Generalversammlung der Bremer SPD Anfang 1926 Klagen über Mitglieder-rückgang und »Vernachlässigung der Parteiarbeit durch Reichsbannerleute« laut. Oskar Schulze, Freses Nachfolger als 1. DMV-Bevollmächtigter, befürchtete sogar, dass »die Reichsbannerbewegung leicht in ein gefährliches Fahrwasser gerate, wenn die Parteigenossen nicht in der Mehrzahl seien. Militärischen Veranstaltungen könne er nicht seine Zustimmung geben. Auch das häufige Herausstellen der schwarz-rot-goldenen gegenüber der roten Fahne scheine ihm bedenklich.« Frese hielt dagegen, dass viele Reichsbanner- zugleich auch SPD-Funktionäre seien und für sie »selbstverständlich die Partei im Vordergrund« stehe. Starker unterstützte ihn mit ähnlichen Argumenten.³⁵

Die bürgerlichen »Bremer Nachrichten« schlachteten die Parteitags-Kontroverse aus, um vor allem bei Lesern, die der DDP angehörten oder ihr nahe standen, Stimmung gegen das Reichsbanner zu schüren. Dr. Werner Ehrichs, Geschäftsführer der Partei und seit 1927 Beisitzer im Rb-Ortsvorstand,³⁶ setzte sich per Zuschrift dagegen zur Wehr: Die demokratischen Mitglieder würden sich nicht abspalten lassen, aber auch nicht zulassen, dass das Reichsbanner »zu einer einseitig-parteiischen Organisation im Sinne der Sozialdemokratie wird.« Im Übrigen sei es in Bremen »nirgends von der ihm durch Programm und Leitung vorgeschriebenen geraden republikanischen Linie abgewichen.«³⁷ Gleichwohl war man in den Reihen der DDP geteilter Meinung: Während der Konsultssekretär Hans Mallet, ein entschiedener Antimonarchist, sich mehrfach leidenschaftlich zum Reichsbanner und seinen Zielen bekannte,³⁸ äußerte sich der Bremer Parteivorsitzende Dr. Wilhelm Böhmert Anfang 1925 besorgt, denn »der linke Flügel der Sozialdemokraten habe in ihm die Führung«.³⁹ Zweifellos bekannten sich die Rb-Mitglieder in Bremen wie fast überall im Reich zu etwa 90 Prozent als Angehörige der SPD oder standen ihr nahe,⁴⁰ doch waren außer Mallet und Ehrichs weitere Demokraten bis mindestens 1930 in Vorständen vertreten: Als Stellvertreter Freses fungierte

35 BN vom 21. 2. 1926; Hans Hackmack, der als BVZ-Redakteur über innerparteiliche Vorgänge stets gut informiert war, bestätigte in einer im April 1967 verfassten Erinnerungsnotiz die anfänglich starken Vorbehalte Bremer Sozialdemokraten und Gewerkschafter gegen das Reichsbanner. Nur allmählich hätten sich die Genossen mit der neuen Organisationsform angefreundet; ders., BVZ – eine kämpferische Zeitung, Bl. 3 f., StAB 7,129-15, Bd. 1. Hackmack wurde im April 1931 zum stellvertretenden Bezirksführer des Bremer Reichsbanners gewählt, s. u.

36 GB vom 15. 2. 1927 und 26. 1. 1929.

37 BN vom 4. 3. 1926.

38 BVZ vom 1. 8., 9. 12. 1924 und 18. 5. 1925 sowie GB vom 6. 5. 1928. Mallet (s. Anm. 10) wurde wegen seiner politischen Haltung in der nationalistischen Presse verhöhnt und – wie auch seine Ehefrau – zu Hause belästigt und bedroht; »Nationale Rundschau« (Auszug) vom 10. 5., Schreiben Mallets an Polizeiwache Elbstraße vom 15. 5. und Pol. Ber. vom 27. 7. 1925, StAB 4,65-1029.

39 Pol. Ber. vom 7. 10. 1925, StAB 4,64-1027.

40 Vgl. Niehues, Reichsbanner Bremen (wie Anm. 4), S. 51, der sich auf Aussagen von Zeitzeugen stützt. Zum Reich vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 266 ff., und Ziemann, Zukunft (wie Anm. 1), S. 21 f.

zunächst der Kaufmann Rudolf Apt, zugleich Vorsitzender der Ortsgruppe des »Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten«,⁴¹ und nach dessen Fortzug Dr. Ernst Degenhardt, der sich für das Reichsbanner »stets rückhaltlos eingesetzt« habe⁴² und im Februar 1930 sogar zum 1. Vorsitzenden des neu gebildeten Ortsvereins Bremen-West gewählt wurde, sein Amt jedoch im Laufe des Jahres aufgab.⁴³ Mitglieder des in Bremen völlig unbedeutenden Zentrums lassen sich in Führungsfunktionen nicht nachweisen. Noch im Januar 1933 – das Reichsbanner betätigte sich schon seit reichlich zwei Jahren im Rahmen der »Eisernen Front« (EF) offen als Vorfeldorganisation der SPD⁴⁴ – bekannte sich Oscar Drees, der Nachfolger Freses als Bremer Rb-Führer, zum »Grundsatz der Überparteilichkeit«. Daher bestehe »ständige Verbindung auch zur Staatspartei und Zentrumspartei.«⁴⁵

Das Reichsbanner sei eine »Organisation hauptsächlich von Proletarier[n]«, verlautbarte der Bremer Ortsverein im Oktober 1932.⁴⁶ Seine Mitgliederzahlen hat er nie veröffentlicht. Niehues schätzt den Mitgliederstand von 1925 bis September 1931 auf ca. 2000, danach bis zum Ende auf 3000.⁴⁷ Wirklich überprüfbar und genau sind diese Schätzungen nicht, zumal allein im Jahr 1928 300 Neuaufnahmen registriert wurden⁴⁸ und sich mindestens eine der Zahlenangaben auf den gesamten Kreis bezieht. Zweifellos stieg die Mitgliederzahl seit 1931 beträchtlich an,⁴⁹ und das galt vor allem für die »Aktiven«, die uniformiert aufmarschierten und zu Aufgaben wie Saalschutz, Beobachtungs- und Wachtdiensten herangezogen wurden.⁵⁰ Bei einem Mitte 1932 durchgeführten Appell sollen etwa 1000 Männer in »Bundeskleidung« angetreten sein, und

41 GB vom 15. 2. 1927, zur Person und Tätigkeit vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 221, und Jacob Toury, Jüdische Aspekte der Reichsbannergründung, in: ders., Deutschlands Stiefkinder ... (wie Anm. 28), S. 93-113, hier S. 95.

42 Hans Hackmack, Sozialdemokratisches Reichsbanner?, Bl. 3, (April 1967), StAB 7,129-15, Bd. 1.

43 BN vom 25. 1. 1927, GB vom 8. 3. 1930 u. 7. 2. 1931; zur Bremer DDP vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 426 f.

44 Zur EF vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 392 ff., und ausführlich Rainer Schaefer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. / New York 1990, S. 295 ff.

45 BVZ vom 17. 1. 1933; in einem Schreiben vom 19. 12. 1932 an alle Ortsvereine des Reichsbanners, der SPD, des Zentrums, der DStP, des ADGB sowie weiterer republikanischer Organisationen stellte Drees klar, dass das Rb sich »nicht in die inneren Angelegenheiten einer republikanischen Organisation einmischen« dürfe, und führte dies näher aus, StAB 7,88-51/1.

46 BVZ vom 1. 10. 1932. Ein Großteil war erwerbslos, vgl. BVZ v. 11. 1. u. 1. 7. 1932.

47 Vgl. Niehues, Reichsbanner Bremen (wie Anm. 4), S. 44; Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4) folgt seiner Schätzung, ebd. S. 425.

48 GB vom 26. 1. 1929.

49 GB vom 16. 5. 1931.

50 Näheres zur »Schufo« s. u. Zu den »Aktiven« zählten ferner das Jungbanner und die Marine-Abteilung (s. u.). Die Stammformation (Stafo), die sich aus älteren Mitgliedern zusammensetzte, wurde weniger herangezogen.

die Generalversammlung am 15. Januar 1933 besuchten etwa 700 »aktive« Mitglieder.⁵¹ Die Anzahl der »Aktiven« dürfte dazwischen gelegen haben.

Obwohl der Rb-Ortsverein Bremen statutengemäß Generalversammlungen durchführte, war es schwierig, die Aktivitäten der zahlreichen Mitglieder anzuleiten und zu koordinieren. Daher untergliederte er sich zunächst in die drei Abteilungen Westend, linkes Weserufer und Ostende mit jeweils eigenen Jungbanner-Gruppen und Musikkorps. Sie waren ihrerseits in durchnummerierte Kameradschaften unterteilt und bildeten den Rahmen für das gesellige Verbandsleben, wie z. B. Weihnachtsfeiern und Ausflüge.⁵² Ein Steckenpferd Friedrich Freses war die im Jahre 1925 gegründete Marine-Abteilung, die über drei Boote verfügte, mit denen die durchweg jungen Leute mehrfach auf Propaganda- und zugleich Vergnügungsfahrt gingen.⁵³ Am 18. Dezember 1929 beriet die Generalversammlung des bisherigen Ortsvereins Bremen ein neues Statut nach Hamburger Vorbild, wonach die bisherigen Abteilungen offiziell zu Ortsvereinen mit allen Rechten und Pflichten, wie z. B. Einziehung und Abführung der Mitgliederbeiträge, erhoben wurden.⁵⁴ Gemeinsam bildeten sie nunmehr den »Bezirk« Bremen, der weiterhin unter Freses Leitung stand. Als dessen Nachfolger wurde am 27. April 1931 der 42-jährige Bundesjugendsportwart des Deutschen Arbeiterturn- und Sportbundes, Oscar Drees, gewählt.⁵⁵ Der gelernte Lehrer versah das Amt bis zu seinem erzwungenen Rücktritt am 20. März 1933.⁵⁶ Sein Stellvertreter war der elf Jahre jüngere BVZ-Redakteur Hans Hackmack (geb. 1900), der sich bereits zuvor als 2. Vorsitzender des Ortsvereins Bremen-West bewährt hatte.⁵⁷ Die Leitung der drei Ortsvereine übernahmen der Polizei-Oberwachtmeister und SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Franz Noch (Ost), der Maschinenschlosser Hermann Roschen (Süd) sowie – nach Degenhardts Ausscheiden – der Lagerhalter Heinrich Kröplin (West).⁵⁸

51 BVZ vom 1. 7. 1932 und 17. 1. 1933.

52 Pol.Ber. vom 2. 7. 1927, StAB 4,65-1034, und zahlreiche Hinweise, z.B. GB vom 1. 1., 15. 3. und 22. 4. 1928.

53 Vgl. Niehues, Reichsbanner Bremen (wie Anm. 4), S. 43, 59 ff., Hans Hackmack, Die Bremer Reichsbanner-Marine-Abteilung (April 1967), StAB 7,129-15, Bd. 1, und GB vom 15. 9. 1927; zur Kameradschaft 21 vgl. GB vom 24. 8. 1929.

54 GB vom 11. 1. 1930.

55 GB vom 16. 5. 1931; zur Biografie vgl. Niehues, Reichsbanner Bremen (wie Anm. 4); S. 43 f.

56 Ebd., S. 37.

57 Vgl. Niehues, Reichsbanner Bremen (wie Anm. 4), S. 44 f.; zur Biografie vgl. Renate Meyer-Braun und Klaus auf dem Garten, Hans Hackmack – Ein Leben für das freie Wort, Bremen 2000. Die Angaben zu seiner Rb-Karriere sind allerdings ungenau.

58 Vgl. Niehues, Reichsbanner Bremen (wie Anm. 4), S. 40 f. Als Nachfolger Kröplins und Nochs wurden am 16. 1. 1933 Heinrich Rietbrok und Louis Meier gewählt; zur Biografie Franz Nochs, der von den Nationalsozialisten verfolgt wurde und nach dem Zweiten Weltkrieg zum Bremer Polizeichef aufstieg, vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Noch [5. 11. 2013].

3.2 Tätigkeit und Auseinandersetzung mit gegnerischen Organisationen

Im Einzelnen auf die Aktivitäten einer derartig großen Organisation einzugehen, würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Ein wichtiges Betätigungsfeld waren Propagandafahrten ins Umland zwecks Landagitation, dazu gehörten vor allem große, mit Marschmusik begleitete Aufmärsche etwa anlässlich der Fahnenweihen, die benachbarte Ortsvereine einige Monate nach ihrer Gründung feierlich begingen, und der Besuch von ländlichen Werbeabenden.⁵⁹ Bereits Ende 1925 forderte der damalige Gauvorsitzende Heinrich Eisenbarth, dass statt der vielen Feierlichkeiten »die Agitation für den Gedanken der Republik und die Vertiefung der republikanischen Ideen bei den Reichsbannerleuten im Vordergrund [...] stehen« müsse.⁶⁰ Ob die Landagitation, so spektakulär sie in den Dörfern auch daher gekommen sein mag,⁶¹ konservative Landbewohner in nennenswerter Anzahl zum Umdenken bewog, ist zu bezweifeln. Zwar wurde sie von Rb-Führern immer wieder propagiert, doch forderte Wilhelm Strauß seine großstädtischen Kameraden in einem Zeitungsartikel dazu auf, die Mentalität der Bauern besser zu verstehen und sich darauf einzustellen, statt sich arrogant zu verhalten. Anderenfalls werde die Landagitation – wie bisher – keinen Erfolg haben. Der leidgeprüfte Sekretär des schwierigen SPD-Unterbezirks Achim-Verden-Rotenburg-Zeven wusste nach fünfjähriger Agitationspraxis, wovon er sprach.⁶²

Erwähnenswert ist die Teilnahme des Bremer Reichsbanners am Empfang der drei Atlantik-Flieger Hermann Köhl, Günther Freiherr von Hünefeld und James C. Fitzmaurice am 19. Juni 1928 im heutigen Weser-Stadion. Die kommunistische »Arbeiterzeitung« polemisierte tagelang gegen den »patriotischen Rummel« und amüsierte sich darüber, dass nur knapp 25 Mitglieder des mehr als hundertköpfigen Spielmannskorps und von der Schalmeykapelle lediglich vier Mann angetreten waren. Ihr »Klasseninstinkt« habe sie davon abgehalten,

59 Auf Einzelbelege wird verzichtet, da die Teilnahme Bremer Rb-Formationen in zahlreichen Berichten erwähnt wird.

60 BVZ vom 15. 12. 1925.

61 Laut Hans Hackmack bot sie »fast überhaupt die einzige Möglichkeit, öffentlich Werbung zu betreiben. Den zahlenmäßig schwachen Reichsbannerortsgruppen in der engeren und weiteren Umgebung Bremens war der Besuch der Formation aus Bremen eine bedeutende werbliche Unterstützung, da »weit draußen« Stahlhelm und SA das Feld beherrschten«, vgl. ders., Finanzielle Selbständigkeit des RB Bremen, Bl. 2 (April 1967), StAB 7,129 - 15, Bd. 1.

62 GB vom 20. 4. 1929; auf diesen Aspekt der Rb-Tätigkeit und Strauß' Kritik daran gehe ich in meinem zweiteiligen Aufsatz »»Erobert das Landgebiet!« Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in den ehemaligen Landkreisen Achim und Verden sowie dem Amt Thedinghausen« näher ein. Teil 1 in: Jahrbuch für den Landkreis Verden 2015, 58. Jg., 2014, S. 260 - 280. Vgl. grundsätzlich zur Problematik: Wolfram Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918 - 1933, Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996. Ziemann vertritt hingegen die Auffassung, dass das Rb sich auch in solchen Regionen organisatorisch ausbreiten und behaupten konnte, in denen republikanische Parteien und Gewerkschaften über keine örtlichen Niederlassungen verfügten, vgl. ders., Veteranen (wie Anm. 1), S. 79f.



Abb. 2: Bremer Reichsbanner im Reichstagswahlkampf 1928. Quelle: Fotosammlung Theo Niehues.

gemeinsam mit dem »Stahlhelm« Spalier zu stehen.⁶³ Die BVZ hielt dagegen, dass die sportlich-technische Leistung völkerverbindend sei, der schwarz-rot-goldene Fahنشmuck das übliche Schwarz-Weiß-Rot im Straßenbild zurückgedrängt habe und man dem Bedürfnis der Bevölkerung »nach Spiel und Zerstreung« Rechnung tragen müsse. »Wer verärgert und kleinlich in den Schmollwinkel retiriert, wird ausgelacht.«⁶⁴

In den ersten Jahren überwogen die Reibereien mit der KPD bzw. dem Rote Frontkämpferbund (RFB) einerseits⁶⁵ und dem Stahlhelm andererseits.⁶⁶ Nach

63 AZ vom 16., 18., 19. und 20. 6. 1928, daraus der zitierte Bericht. Zum Hintergrund vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 467 f.

64 BVZ vom 19. (Zitate) und 20. 6. 1928.

65 Beispiele dafür sind eine Schlägerei auf dem Waller Friedhof am 8. 2. 1925 anlässlich des Gedenkens an die Opfer der Bremer Räterepublik, an der Franz Starker beteiligt war, und ein kommunistischer Versuch, den Rb-Aufmarsch anlässlich des »Reichsbannertages« am 22. 2. 1925 mit einer Gegendemonstration zu behindern; vgl. AZ vom 19., 20., und 23. 2. 1925 sowie BN vom 23. 2. 1925. Zum Verlauf der Feierlichkeiten am Reichsbannertag vgl. Ziemann, Veteranen (wie Anm. 1), S. 178 f.

66 Sowohl Angehörige des RFB als auch des Reichsbanners protestierten am 1. 10. 1925 lautstark gegen einen zu Ehren Hindenburgs veranstalteten Fackelzug des rechten Wehrverbandes, Pol.Ber. vom 2. 10. 1925, StAB 4,65-1029; am 10. 5. 1926

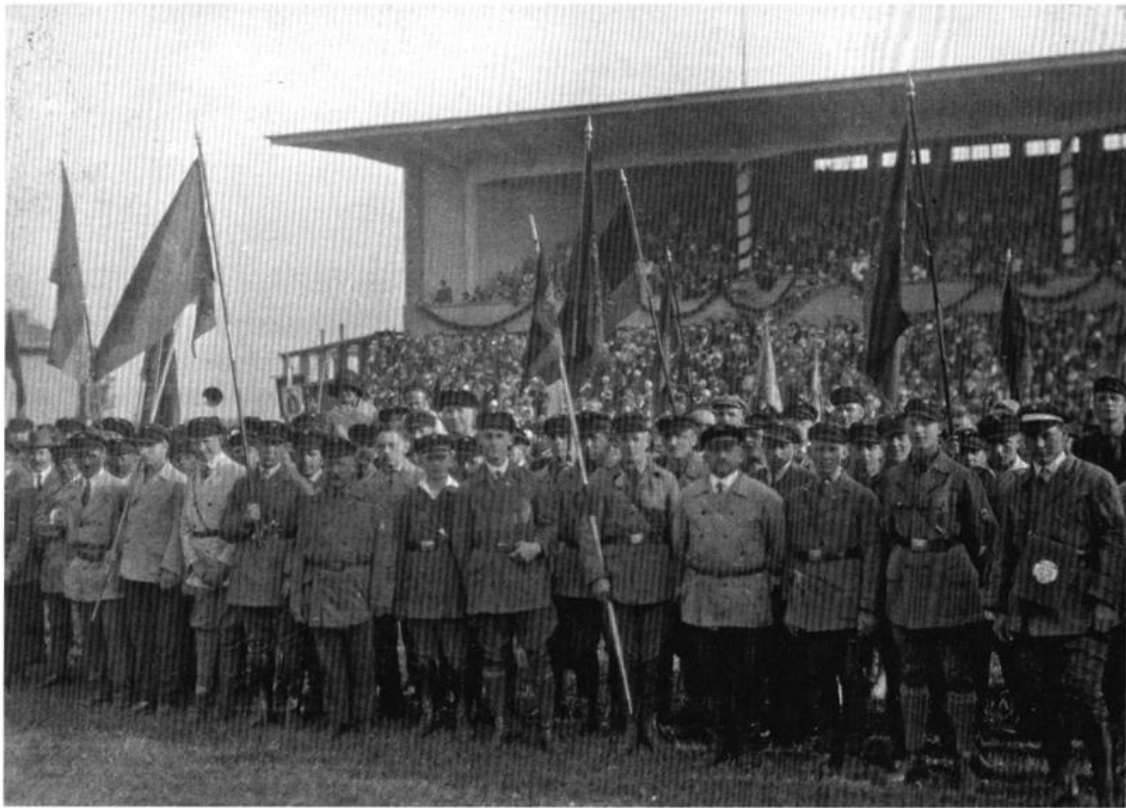


Abb. 3: Abordnung des Reichsbanners beim Empfang der Atlantik-Flieger am 19. 6. 1928 im Stadion an der Weser. Quelle: Staatsarchiv Bremen 10,B-AL- 630 Nr. 253.

dem erdrutschartigen Wahlerfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 (18,3 % der Wählerstimmen), der bei den Republikanern wie ein Schock wirkte, avancierten die Nationalsozialisten zum Hauptgegner. Das Reichsbanner reagierte mit der Aufstellung straff organisierter und wehrsportlich trainierter Schutzformationen (Schufo).⁶⁷ Sie sollten Stärke demonstrieren und bei zahlreichen Aufmärschen vor allem durch diszipliniertes Auftreten überzeugen. Zwar habe es Mitglieder gegeben, so Hans Hackmack im Rückblick, »die über Gewaltverzicht ihre eigenen Vorstellungen hatten, ohne dass man sie hätte als Schlägertypen bezeichnen müssen. Mit solchen Leuten wurden wir aber auch fertig; entweder sie fügten sich ein oder mussten unsere Reihen verlassen.«⁶⁸ In ihrem Bericht über einen Besuch Otto Hörsings

führte das Rb eine gegen den Stahlhelm gerichtete Massenkundgebung durch, der diverse Scharmützel mit Gruppen des Jungstahlhelm in den Straßen der Stadt folgten, vgl. Ziemann, Veteranen (wie Anm. 1), S. 134.

67 Vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 357 ff. Näheres zum Aufbau und zur Tätigkeit der Schufo am Beispiel Vegesacks vgl. Schröder, Innenleben (wie Anm. 2), S. 236 ff.

68 Hans Hackmack, Das RBBremen war unbewaffnet, Bl. 2, (April 1967), StAB 7,129-15, Bd.1.

in Bremen am 25. Januar 1931 trug die Verbandszeitung dick auf: «Ein körperlich kräftiges und im besten Mannesalter stehendes Menschenmaterial hat sich da zusammengefunden. Straff und geschlossen, kernig und frisch; so sind diese Gruppen die beste und nachhaltigste Mahnung an das politische Rowdytum der Kozis und Nazis.»⁶⁹

Starke Verbände der nationalsozialistischen »Sturmabteilungen« (SA) hatten dem Bundesführer bei dessen Anfahrt in der Nähe Mahndorfs auflauern wollen, wurden aber von der Schufo daran gehindert.⁷⁰ Ab Herbst 1931 häuften sich die Auseinandersetzungen zwischen SA- und Rb-Leuten in den Straßen Bremens, wobei die Braununiformierten zumeist die Angreifer waren und häufig sehr brutal vorgingen.⁷¹ Allerdings konnte trotz mehrerer Prozesse nie geklärt werden, wer den SA-Mann Wilhelm Decker am 9. November 1931 während einer Schlägerei in der Bornstraße mit einem Messerstich getötet hatte. Dort waren wegen Putschgerüchten alarmierte Rb-Leute und Mitglieder der »Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands« in der Überzahl gewesen.⁷²

Ende Februar 1932 führte das Reichsbanner nächtliche Wacht- und Patrouillendienste durch, um Versammlungen der Eisernen Front und Einzeichnungslokale zu schützen, wo »Eiserne Bücher« auslagen. EF-Anhänger sollten sich dort eintragen, um »den Feinden der Freiheit, den Gegnern der Demokratie und der organisierten Arbeiterschaft zu zeigen, dass an der



Abb. 4: Kommunistische Karikatur zum Empfang der Atlantik-Flieger am 19. Juni 1928; Arbeiterzeitung vom 20. 6. 1928.

69 GB vom 7. 2. 1931. Mit dem Schimpfwort »Kozis« bedachten Sozialdemokraten ihre kommunistischen Gegner.

70 GB vom 18. 4. 1931.

71 GB vom 31. 10. 1931, BVZ vom 27. 2., 3. 3., 7. 3. und 28. 9. 1932.

72 Vgl. Niehues, Reichsbanner Bremen (wie Anm. 4), S. 87 ff., und Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 566 f. Die Erschießung des Rb-Mannes Johann Lücke am 1. 3. 1933 ging hingegen eindeutig auf das Konto des SS-Sturmführers Otto Löblich, vgl. Marszolek/Ott, Bremen im Dritten Reich (wie Anm. 4), S. 110.

Abwehrbereitschaft und an dem Opfersinn der Republikaner jeder Ansturm zerschellen« werde.⁷³ Die Bremer Polizeiführung missbilligte die nächtlichen Rb-Aktivitäten. Am 27. Februar wies Hauptmann Kruse Hans Hackmack telefonisch darauf hin, »dass durch diesen Beobachtungsdienst wieder erhebliche Unruhen, vor allem bei den Nationalsozialisten, hervorgerufen würden, weil diese die vom Reichsbanner getroffenen Maßnahmen als gegen sie gerichtete Angriffe ansehen«. Tags darauf rief er Oscar Drees an, um ihn vor Erzeugung einer »Stimmung« zu warnen, »die genau wie am 9. November zu blutigen Zusammenstößen führen« könnte.⁷⁴ In einer Besprechung mit dem Polizeipräsidenten Leopold Petri am 5. März erklärte der Rb-Kreisführer, er habe seine Leute angewiesen, ihren Beobachtungsdienst unauffällig in Zivil durchzuführen und »nicht auf Gerüchte hin irgendetwas« zu unternehmen, sondern ggf. sofort die Kreisleitung zu informieren.⁷⁵ Der Aufforderung Petris, den »Beobachtungsdienst einzustellen«, weil das Reichsbanner damit in die Aufgaben der Polizei eingreife,⁷⁶ folgte er auf Anweisung der Gauleitung jedoch nicht.⁷⁷

In den Tagen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler steigerten SA-Trupps die Anzahl ihrer Überfälle noch einmal. Darunter hatten besonders Jungbanner-Leute zu leiden, die seit September 1932 im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) mit der Zuschüttung der Senke im Buntentor beschäftigt und in den Mißlerhallen untergebracht waren.⁷⁸ In einer Unterredung mit Polizeisenator Albert von Spreckelsen (DVP) und der Polizeiführung am 6. Februar 1933 führten Drees und Hackmack detailliert Beschwerde. Ihre Leute seien »sehr nervös geworden«, zumal sie das Gefühl hätten, »dass der polizeiliche Schutz versage«. Zwar wolle man »den Wahlkampf möglichst ohne Blutvergießen« durchführen, doch drohe »der aufgespeicherte Hass sich in sehr gefährlichen Formen [zu] entladen«. Versuchen der Kommunisten,

73 Aufruf in BVZ vom 12. 2. 1932; die Anzahl der Einzeichnungslokale stieg vom 12. bis 28. 2. von elf auf 16. Der im ganzen Reich durchgeführten und einmal verlängerten »Rüstwoche« war insgesamt wenig Erfolg beschieden, vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 406, und Schröder, Innenleben (wie Anm. 2), S. 249 u. 252.

74 Bericht Kruses an Polizeipräsident Petri vom 29. 2. 1932, StAB 4,65 - 1037.

75 Bericht des Polizeipräsidenten vom 7. 3. 1932, ebd.

76 Ebd.

77 Dies geht aus dem Gau-Rundschreiben Nr. 4 vom 10. 3. 1932 hervor, das der Vorbereitung auf die drei Tage später stattfindende Reichspräsidentenwahl diene. Darin finden sich zwar die Anweisungen Drees wieder, dennoch wurde »höchste [...] Alarmbereitschaft« angeordnet, wozu unauffällige Streifendienste zählten, StAB 7,88 - 50/1.

78 Träger waren das Reichsbanner, die Arbeiterwohlfahrt sowie die Gewerkschafts- und Arbeiterturnjugend, vgl. Annegret Waldschmidt, Der Freiwillige Arbeitsdienst in Bremen 1931–1935, in: Zwangsarbeit, Rüstung, Widerstand 1931–1945, Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Heft 5, Bremen 1982, S. 62–80, hier S. 72 ff. Kritisch dazu: Jörg Wollenberg, »Seit gestern bei Mißler. Kannst mich denn mal besuchen.« Zur Geschichte der frühen Bremer Konzentrationslager Mißler und Ochtumsand 1933/34, in: Brem.Jb. Bd. 90 (2011), S. 201–243, hier S. 223 ff.



Abb. 5: Teilnehmer am Bremer FAD-Lager des Reichsbanners, 1932/33. Foto-
sammlung Theo Niehues.

Rb-Angehörige in »Auseinandersetzungen mit der Polizei hineinzuziehen«, trete die Leitung strikt entgegen.⁷⁹

Die Stimmung unter den Reichsbanner-Leuten lässt sich nur schwer ergründen, da die Untersuchung sich überwiegend auf positiv gestimmte Eigenberichte stützen muss. Hier und da schimmert jedoch durch, wie sie dachten. Als Gauführer Heinrich Steinfeldt am 4. Juni 1932 – wenige Tage nach dem Sturz des Reichskanzlers Brüning – im Bremer Volkshaus dem neuen Kabinett Papen »allerschärfsten Kampf« ankündigte und sich freute, ihn »in vollster politischer Freiheit führen zu können«, erntete er stürmischen Beifall, war doch damit die unpopuläre Tolerierungspolitik beendet.⁸⁰ Der folgende

79 Gesprächsprotokoll vom 7. 2. 1933, StAB 4,65-1038. Zu Bemühungen des »Kampfbundes gegen den Faschismus« zu Rb-Leuten Kontakt aufzunehmen und der Initiative Findorffer Kommunisten, einen gemeinsamen »Massenselbstschutz« aufzuziehen, vgl. Arne Andersen, »Lieber im Feuer der Revolution sterben, als auf dem Misthaufen der Demokratie verrecken!« Die KPD in Bremen von 1928–1933, München 1987, S. 411 f. Vom durchschlagenden Erfolg eines gemeinsamen, wenn auch nicht abgesprochenen Vorgehens von Kommunisten und Reichsbanner gegen die SA im Buntentor berichtete 1980 Hermann Prüser, KPD-Bürgerschafts-abgeordneter und Orgleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus. Leider fehlt eine genauere Zeitangabe; vgl. Mechthild Müser, Lore Heer-Kleinert und Jörg Wollenberg, Forschungsprojekt, Antifaschistischer Arbeiterwiderstand in Bremen 1933–1945, Erste Auswertung der Interviews mit Bremer Arbeiterveteranen, o. O. (Bremen), August 1981, S. 135 f.

80 BVZ vom 6. 6. 1932. Zur politischen Entwicklung in den frühen 1930er Jahren vgl. Marszolek/Ott, Bremen im Dritten Reich (wie Anm. 4), S. 61 ff.

Reichtags-Wahlkampf verlangte den Rb-Kameraden vollen Einsatz ab.⁸¹ Als von Papen am 20. Juli handstreichartig die preußische Regierung absetzte, erwartete zumindest ein Teil der Männer massiven Widerstand.⁸² Das Zurückweichen ihrer Führung scheint auch unter den Bremern für Erbitterung gesorgt zu haben.⁸³ Drees sah sich Anfang Oktober veranlasst, Presseberichte über interne »Unstimmigkeiten« zu dementieren.⁸⁴ Bei einem Wehrsporttreffen auf der Spielwiese am »Kuhhirten« versicherte er, dass »die Reichsbannerbewegung nicht nur intakt« sei, »sondern neuerdings wieder gesteigerte Aktivität« entfalte.⁸⁵ Auf der Generalversammlung des Ortsvereins Bremen-Ost am 13. Januar 1933 hob Gausekretär Fritz Wollmann hervor, dass der Papenputsch »die Republikaner aufgerüttelt« habe. Ihre reservierte Einstellung zum Wehrsport müssten sie nunmehr aufgeben.⁸⁶ Es ist anzunehmen, dass er damit auf Vorbehalte gegen die sich seit Mitte November 1932 abzeichnende Militarisierung des Reichsbanners anspielte, die mit einer Annäherung der Bundesleitung an Reichswehrkreise einherging.⁸⁷

Die trotz eindrucksvoller Wahlkundgebungen der Eisernen Front im Februar und Anfang März 1933⁸⁸ erfolgte Machtübernahme der Nationalsozialisten setzte derartigen Plänen ein Ende. Am 20. 3. verboten die neuen Machthaber das Reichsbanner⁸⁹ und verbrachten dessen Führer Oscar Drees und Hans Hackmack ins KZ Mißler, wo sie schwer misshandelt wurden.⁹⁰ Bremer Rb-Angehörige zogen ab dem Sommer eine weit verzweigte Widerstandsorganisation auf. Im Frühjahr und Sommer 1934 gelang es der Gestapo jedoch, sie zu zerschlagen.⁹¹

81 Die BVZ berichtete über 15 Demonstrationen des Reichsbanners bzw. der »Eisernen Front« allein in Bremen im Zeitraum zwischen dem 20. Juni und dem 11. Juli 1932.

82 Vgl. Marszolek / Ott, Bremen im Dritten Reich (wie Anm. 4), S. 81.

83 Vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 426 ff.

84 BVZ vom 1. 10. 1932.

85 BVZ vom 3. 10. 1932.

86 BVZ vom 14. 1. 1933.

87 Vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 441 ff. Beispielsweise boykottierten in der württembergischen Kleinstadt Schramberg etliche Schufo-Angehörige die Wehrsportübungen aus Protest gegen den Militarisierungskurs, vgl. Carsten Kohlmann, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Industriestadt Schramberg, in: Schwäbische Heimat, Jg. 52 (2001/2), S. 186-194, hier S. 193.

88 An der Kundgebung vom 4. 3. 1933 beteiligten sich ca. 30.000 Personen. Zur Teilnahme daran hatte auch die KPD-Bezirksleitung Nordwest ihre Mitglieder aufgerufen, nachdem eine eigene, für den Vortag geplante Kundgebung verboten worden war, vgl. Andersen, Feuer (wie Anm. 79), S. 437, und Jörg Wollenberg, 80 Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften, »Angriff soll nun die Lösung sein für das neue Jahr 1933«, in: Arbeiterstimme Nr. 179 (Frühjahr 2013), S. 1-14, veröffentlicht in »Schattenblick« zum 15. 5. 2013, S. 7, <http://www.schattenblick.de/infopool/medien/altern/arbei265.html> [22. 2. 2014].

89 Vgl. Marszolek / Ott, Bremen im Dritten Reich (wie Anm. 4), S. 207.

90 Ebd., S. 122, und Wollenberg, Mißler (wie Anm. 78), S. 205 f.

91 Vgl. die ausführliche Darstellung bei Marszolek / Ott, Bremen im Dritten Reich (wie Anm. 4), S. 207 ff.

4. Der Ortsverein Hemelingen

Im ehemals hannoverschen Bauerndorf Hemelingen hatten sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts in rascher Folge zahlreiche Fabriken angesiedelt. Dafür war der weseraufwärts unmittelbar an bremisches Staatsgebiet angrenzende Ort aus der Sicht hansestädtischer Unternehmer sehr günstig gelegen, denn er gehörte zum Deutschen Zollverein und verfügte über Anschluss an die Eisenbahnlinien Bremen-Hannover und Bremen-Osnabrück.⁹² Durch Zuwanderung wuchs die Einwohnerzahl binnen weniger Jahrzehnte um ein Vielfaches, sodass Hemelingen seit Ende des 19. Jahrhunderts die mit Abstand größte Gemeinde im mittlerweile preußischen Landkreis Achim darstellte. Laut einer Aufstellung für das Jahr 1910 bestand der erwerbstätige Teil der Bevölkerung zu etwa 63 Prozent aus Arbeitern und unselbständigen Handwerkern, gleichzeitig waren 31 Fabriken registriert.⁹³ Lag die Einwohnerzahl im Mai 1925 bereits bei 10042, so wuchs sie in den folgenden acht Jahren noch einmal um 20 %.

Wohl von Anfang an in enger Verbindung mit der Bremer, insbesondere Hastedter Arbeiterbewegung stehend, gründeten die Hemelinger Sozialisten 1891 einen Ortsverein der SPD.⁹⁴ Nach dem Ersten Weltkrieg eine Hochburg der USPD mit einem Stimmenanteil von 41,1 Prozent bei der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920,⁹⁵ blieb Hemelingen bis zum Ende der Weimarer Republik eine Gemeinde, in der die Arbeiterparteien bei Reichstagswahlen zumeist um die 60 % der Wählerstimmen erzielten. Da bei der Spaltung der USPD im Herbst 1920 nur eine Minderheit der Mitglieder zur KPD übergewechselt war, konnte sich die wiedervereinigte SPD einen linken Wählerstamm erhalten, der zumeist bei weit über 40 Prozent (1928: 56,2 %) lag.⁹⁶ Dank eines beträchtlichen katholischen Bevölkerungsanteils (knapp 20 % im Jahre 1905)⁹⁷ war

92 Vgl. Klaus Düwel, Die industrielle und kommunale Entwicklung des Fabrikortes Hemelingen, »Ein Kapitel der Industrialisierung des bremischen Randgebietes«, Diss. Phil. Göttingen 1958, Bremen 1990 (im Nachdruck erschienen), S. 9 ff.

93 Ebd., Anhang III. Da das Adressbuch für den Kreis Achim und Sebaldsbrück 1911 die Quelle war, die Düwel auswerten konnte, sind natürlich nur die darin aufgeführten, überwiegend männlichen Personen berücksichtigt.

94 Ebd., S. 77 ff, vgl. auch Helga Hoffmann, Hemelingen, Von Nachbarn, Bekannten und Unbekannten, 100 Jahre im Zeitraffer, Teil 1, hrsg. v. Kultur- und Freizeitgemeinschaft Hemelingen e.V., o. O. (Bremen) 2013, S. 74.

95 Bremer Arbeiter-Zeitung (BAZ) vom 10. 6. 1920; bei der Preußischen Landtagswahl vom 20. 2. 1921 erzielte die USPD immerhin noch 33 % der Wählerstimmen, vgl. BAZ vom 22. 2. 1921. Der Schuhmacher Adam Fransunkiewicz (1873–1923), der u. a. als 2. Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten der Bremer Räterepublik und später als Leiter des Bezirks Bremen der USPD und ab 1922 der VSPD fungiert hatte, war vor dem Ersten Weltkrieg Vorsitzender des Hemelinger SPD-Ortsvereins gewesen, vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 21 u. 193.

96 Ein Teil der Ergebnisse in: Robert Kienzle, Vor fünfzig Jahren. Wahlergebnisse berichten, in: Heimatkalender für den Landkreis Verden (HfdLV), Jg. 1983, S. 202–236, hier S. 208 f.

97 Vgl. Dirk Wolters, Hemelingen, Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde, Bremen o. J. (1975), S. 87; zur Herkunft der Zuwanderer aus katholischen Regionen vgl. Düwel, Entwicklung (wie Anm. 92), S. 59 f. u. 63.

die Zentrumsparlei vor Ort vertreten⁹⁸ und lag bei Reichstagswahlen zwischen knapp sechs und knapp vier Prozent der Wählerstimmen. Desgleichen erzielte die ebenfalls vertretene DDP in den ersten Jahren der Weimarer Republik respektable Ergebnisse (8 % und mehr). Die Rechtsparteien befanden sich in einer relativ schwachen Position. Die DNVP schnitt mit maximal neun Prozent Stimmenanteil bei Reichstagswahlen (7. 12. 1924) weitaus schlechter ab als in der Region üblich, und die NSDAP lag mit ihrem am 31. 7. 1932 erreichten Spitzenergebnis von 29,8 % gut sieben Prozent unter ihrem Reichsdurchschnitt. Noch Anfang 1930 verfügte sie lediglich über 30 Mitglieder in der Gemeinde, die sich der Ortsgruppe Bremen-Hastedt angeschlossen hatten.⁹⁹

Es vergingen mehr als fünf Wochen seit der Reichsbanner-Gründung in Bremen, bis auch Hemelinger Sozialdemokraten dazu aufriefen. Alle ehemaligen Mitglieder des »Republikanischen Selbstschutzes« und des »Vereins Republik« sollten am 19. Juli 1924 zu einer Vorbesprechung in den »Centralhallen« erscheinen.¹⁰⁰ Die Feiern zum Verfassungstag am 9. August organisierte noch die SPD mit Unterstützung einer Rb-Abteilung aus Bremen-Hastedt.¹⁰¹ Erst am 23. August – später als z. B. in Osterholz-Ellen (1. 8.), Moorhausen (2. 8.), Achim (6. 8.) und Lilienthal (9. 8.)¹⁰² – erfolgte im Rahmen einer gut besuchten Werbeveranstaltung die Gründung des Reichsbanner-Ortsvereins. Laut BVZ-Bericht behandelte der Redner Friedrich Frese »auch eingehend die Gründe, die uns veranlassen, mit den republikanischen Kreisen aus dem Bürgertum [...] eine gemeinsame Abwehrfront zu bilden. Das Reichsbanner soll keine politische Organisation sein, sondern dem Schutz der heutigen Staatsform und nebenbei der Pflege der Kameradschaft dienen.«¹⁰³ Die »Hemelinger Republikaner« hätten »es vorgezogen fernzubleiben.« Sowohl

98 Siehe unten.

99 Vgl. Dirk Stegmann, Politische Radikalisierung in der Provinz, Lageberichte und Stärkemeldungen der Politischen Polizei und der Regierungspräsidenten für Osthannover 1922–1933, Hannover 1999, S. 323; die Schwäche der örtlichen Nationalsozialisten vor der Machtübernahme gab auch Ortsgruppenleiter Koch im Rückblick zu, vgl. Auszug aus dem Hemelinger Anzeiger vom 15./16. 1. 1938, zit. in: Arbeitskreis Geschichte der Kultur- und Freizeit-Arbeitsgemeinschaft Hemelingen (Hrsg.), Auch Hemelingen hatte einen Adolf-Hitler-Platz, Eindrücke aus Hemelingen 1933–1945, Bremen 1986, S. 11.

100 BVZ vom 19. 7. 1924; der Aufruf erfolgte in zwei Artikeln, einer davon in Verbindung mit der Einladung zur Mitgliederversammlung der SPD.

101 BVZ vom 14. 8. 1924.

102 BVZ vom 6. und 7. 8. 1924; zum Ortsverein Lilienthal vgl. Ulrich Schröder, Rotes Band am Hammerand, Geschichte der Arbeiterbewegung im Landkreis Osterholz von den Anfängen bis 1933, Bremen 2007, S. 235 ff., und zum OV Achim vgl. ders., Landgebiet (wie Anm. 62).

103 BVZ vom 28. 8. 1924. Knapp zwei Monate nach ihrer mühsam zustande gekommenen Gründung ließ die junge Ortsgruppe es sich nicht nehmen, sie noch einmal feierlich zu begehen. Ca. 1500 Personen, vor allem Rb-Leute aus der Gemeinde selbst sowie aus Bremen und Achim, beteiligten sich am 26. Oktober am Festumzug. Als Redner bei der Abschlusskundgebung trat der Polizeioberleutnant Benno Georges vom Hamburger Gauvorstand auf, vgl. BVZ vom 30. 10. 1924, dazu auch Ziemann, Veteranen (wie Anm. 1), S. 357 f. (Endnote 100).

dieser Hinweis als auch die Zeitspanne, die seit dem ersten Anlauf vergangen war, deuten darauf hin, dass es sowohl auf bürgerlich-demokratischer als auch auf linkssozialistischer Seite Vorbehalte gegen die neue Organisation gab. Zum Vorsitzenden bestimmte man den Silberarbeiter Georg Entelmann. Er und Adolf Hagemann, beide ehemalige Mehrheitssozialdemokraten, nahmen Mitglieder auf: »Nichtanschluss bedeutet Gegnerschaft«. ¹⁰⁴ Trotz seiner Ausrichtung auf ehemalige Kriegsteilnehmer bemühte sich der Ortsverein von Anfang an darum, junge Mitglieder zu gewinnen, die sich zunächst im »Vortrupp Reichsadler« organisieren sollten. ¹⁰⁵

Der DDP-Ortsvorstand reagierte nicht auf eine schriftliche Einladung zum Beitritt, jedoch folgten ihr einzelne Mitglieder. Die örtliche Zentrums-Partei riet ihren Angehörigen sogar »entschieden« davon ab, sich dem Reichsbanner anzuschließen, kein Wunder, denn der Vorsitzende, Lehrer Johannes Schwedtheim, führte auch den Kyffhäuserbund sowie den Reserve- und Landwehrverein. ¹⁰⁶ Offenbar standen auch linke Sozialdemokraten dem Reichsbanner weiterhin reserviert gegenüber. Unter seinen Funktionären, soweit namentlich bekannt, ist kein ehemaliges USPD-Mitglied nachweisbar, und die Mehrheit der männlichen Parteimitglieder blieb ihm fern. ¹⁰⁷ Wie Entelmann hatte auch sein Nachfolger ab 1925, der Gewerkschaftsredakteur Karl Helfenberger, ursprünglich der MSPD angehört. ¹⁰⁸ Anfang 1925 wurde auf der Generalversammlung

104 Ebd., Entelmann war Frontsoldat gewesen und war seit 23 Jahren in der Bremer Silberwarenfabrik beschäftigt, vgl. BVZ vom 30. 9. 1924. Hagemann, vermutlich der Kassierer, hatte 1920/21 den Vorsitz des MSPD-Ortsvereins innegehabt.

105 BVZ vom 6., 8., 15. und 24. 9. 1924.

106 BVZ vom 7. 1. 1925; zur Biografie Schwedtheims vgl. Hoffmann, Hemelingen (wie Anm. 94), S. 730 ff. Auf der Rb-Gaukonferenz in Verden am 29. 4. 1928 stimmte der Hemelinger Hüne als Vertreter des Zentrums einer Rede Theodor Haubachs ausdrücklich zu, blieb damit aber eine Ausnahme, vgl. GB vom 20. 5. 1928.

107 Der Ortsverein hat nie Angaben über seine Mitgliederstände gemacht. Der Polizeipräsident Harburg-Wilhelmsburg zählte in einer am 3. 12. 1932 dem Regierungspräsidenten zu Stade übermittelten Aufstellung der Reichsbannervereine im Regierungsbezirk 140 Hemelinger Mitglieder; NLA-StAS, Rep. 180 P Nr. 482, Bl. 138. Bei 535 männlichen SPD-Mitgliedern in Hemelingen Anfang 1932 entsprach das in etwa einem Verhältnis von 1 : 4 (zur SPD vgl. BVZ v. 29. 1. 1932). Zum Vergleich: Das entsprechende Zahlenverhältnis für die Ortsvereine »Veogesack und Umgegend« von Rb und SPD lag Ende 1932 bei 1 : 2,4. Zum Rb vgl. Schröder, Innenleben (wie Anm. 2), S. 270, und zur SPD Willy Dehnkamp, Von unten auf, Die sozialistische Arbeiterbewegung in Blumenthal-Vegesack (Bremen-Nord), Bonn 1986, S. 227.

108 Der gelernte Böttcher, geb. 1878, redigierte von 1919 bis 1928 die Böttcherzeitung und leitete anschließend bis 1933 die Bezirksgewerkschaft des Nahrungs- und Getränkearbeiterverbandes in Bremen; spätestens seit 1923 war er Vorsitzender des Unterbezirks Achim-Verden-Rotenburg-Zeven der (V)SPD. Er war Mitglied des Hemelinger Gemeindeausschusses und unbesoldeter Beigeordneter sowie Mitglied des Kreistages Achim und des Kreis Ausschusses. Von 1928 bis 1932 gehörte er dem Preußischen Landtag an. Zur Biografie vgl. Beatrix Herlemann, unter Mitarbeit von Helga Schatz, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919–1945, Hannover 2004, S. 148.

der »Freien Turner« davor gewarnt, dem Reichsbanner beizutreten, weil es »politisch« sei und »mit Bürgerlichen gemeinsame Sache« mache.¹⁰⁹ Dagegen waren sich noch im August 1927 die Teilnehmer einer Rb-Mitgliederversammlung darin einig, »dass im Reichsbanner Verhältnisse bestehen müssen, die es jedem Republikaner ohne Unterschied der politischen Einstellung ermöglicht, sich als Mitglied wohlzufühlen.« Die Versammelten diskutierten den kurz zuvor erfolgten Verbandsaustritt des Reichskanzlers Wilhelm Marx, der dem Zentrum angehörte, und verwahrten sich gegen die von Politikern des gesamten republikanischen Spektrums vertretene Meinung, »das Reichsbanner sei überflüssig.«¹¹⁰

Trotz des Bekenntnisses zum republikanischen Pluralismus bestand von vornherein eine besonders enge Bindung zur SPD. Dies verdeutlicht die Zusammensetzung des Funktionärskörpers. Der SPD-Unterbezirks-Vorsitzende Helfenberger fungierte auch hier von 1926 bis 1928 als Vorsitzender: Nach seiner Wahl in den Preußischen Landtag ließ er sich vom Schlosser Wilhelm Schacht vertreten, der bislang Kassierer gewesen war und dieses Amt 1932 auch im SPD-Vorstand versah. Bis Anfang 1933 blieb Helfenberger, obwohl er sich im März 1928 über Arbeitsüberlastung beklagte,¹¹¹ als 1. oder 2. Vorsitzender im Amt und bestimmte stark den Verlauf von Mitgliederversammlungen. Auch die nachfolgenden 1. Vorsitzenden Schacht (1929/30) und Friedrich Wilhelm (1931) sowie der 2. Vorsitzende Emil Tesch (1932) übten Funktionen im SPD-Ortsverein aus, der mutmaßliche 1. Schriftführer Robert Jabs, ein Kesselschmied, 1930/31 sogar als Vorsitzender der Partei. In Versammlungen führte Wilhelm Strauß, SPD-Unterbezirks-Sekretär seit November 1924, häufig das Wort. Am 5. April 1930 wählte ihn die Delegiertenversammlung des neu gebildeten Rb-Kreises Achim zum Kreisführer.¹¹² Im Januar 1933 übernahm er zusätzlich den Ortsvereins-Vorsitz.¹¹³ Bürgerliche Republikaner lassen sich im Funktionärskörper des Reichsbanners nicht nachweisen.

Die Beziehungen zum Bürgertum blieben gespannt. Im April 1926 wies Schacht angesichts knapper Kasse darauf hin, dass »dem Ortsverein nicht, wie den reaktionären Vereinen, fast sämtliche Geschäftsleute [...] als Gönner zur Seite stehen.«¹¹⁴ Ein im November 1930 unternommener Versuch, von diesen »ein Bekenntnis zu Republik und Demokratie zu erhalten«, ¹¹⁵ scheiterte kläglich. Die Vorsitzenden der Arbeitervereine ließen ihnen Fragebögen mit Freiumsschlägen zukommen, die mit Kontrollnummern versehen waren. Gefragt wurde nach der Einstellung der Empfänger »zur modernen Arbeiterbewegung«, u. a. nach einer Mitgliedschaft im Reichsbanner oder Haltung einer

109 BVZ vom 18. 2. 1925.

110 GB vom 15. 9. 1927, zum Hintergrund vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 293

111 GB vom 22. 4. 1928.

112 GB vom 19. 4. 1930.

113 BVZ vom 31. 1. 1933.

114 GB vom 15. 5. 1926.

115 So begründete Strauß das Vorhaben in einer Mitgliederversammlung, vgl. GB vom 15. 11. 1930.

Rb-Zeitung. Man weise darauf hin, »dass keine Antwort als Missachtung und Gegnerschaft aufgefasst werden« müsse.¹¹⁶ Die Geschäftsleute reagierten empört. Ihr Zorn entlud sich in einer Versammlung, die, so Jabs, »unter dem Schutz der Nationalsozialisten gestanden« habe.¹¹⁷

Seine feierliche Fahnenweihe beging der Rb-Ortsverein am 17. Mai 1925,¹¹⁸ und es ist anzunehmen, dass er den »jährlichen Festkalender«¹¹⁹ einhielt, wenngleich nicht über alle Feiern berichtet wurde.¹²⁰ Nach einer längeren Anlaufphase bildete sich eine Schalmeykapelle, die in der Generalversammlung Anfang 1927 erstmals aufspielte.¹²¹ Gegen Ende des folgenden Jahres suchte der Verein Nachwuchs dafür.¹²² Später unterhielt er ein Bläserkorps.¹²³ Zum Schießen trafen sich die Hemelinger seit 1928 einmal monatlich in Hastedt, mussten dafür aber dem »Schützenverein Republik« beitreten.¹²⁴ Der Schießwart Hermann Köster führte genauestens Buch: Auf der Generalversammlung Anfang 1931 zählte er auf, dass im Vorjahr an 16 Sonntagen 8551 Schüsse abgegeben worden seien. Hinzu kämen 271 unentgeltliche Schüsse von Jungbanner-Kameraden.¹²⁵ Helfenberger berichtete bei gleicher Gelegenheit, dass der Verein neun Vorstands- und zwölf Führersitzungen sowie 12 Mitgliederversammlungen durchgeführt habe. Außerdem habe er an 28 Kundgebungen, Treffen und anderen Veranstaltungen mitgewirkt. Ihre Wahlagitation betrieben Rb-Leute vielfach, indem sie mit LKWs über die Ortschaften fuhren und dort kurze Kundgebungen – möglichst mit Musikbegleitung – abhielten. Ihren Besuch der Gau-Konferenz in Verden am 24. April 1928 wollten die Hemelinger z. B. mit Auftritten in Syke, Bassum und Thedinghausen während der Hinfahrt und in Langwedel, Baden, Achim und Basen während der Rückfahrt verbinden.¹²⁶ Der Terminplan für Rb-Veranstaltungen, wie z. B. Handballtraining, Jugendversammlungen und Ausmärsche, war zeitweise so eng, dass die BVZ nahezu täglich Terminhinweise veröffentlichte.

Die Berichterstattung über Hemelinger Mitgliederversammlungen zeichnete sich dadurch aus, dass geäußerte Kritik nicht totgeschwiegen wurde. So

116 Abschrift des Flugblatts mit Kommentar aus AK vom 5. 11. 1930, NLA-StAS, Rep. 180 P Nr. 228.

117 GB vom 30. 11. 1930.

118 DRb vom 15. 6. 1925.

119 Diesen Begriff verwendet Voigt, *Kampfbünde* (wie Anm. 25) in einer Kapitelüberschrift, ebd., S. 303.

120 Gefallenenehrung am Volkstrauertag 1925 (BVZ v. 28. 2. 1925), Feiern zu den Verfassungstagen 1926 und 1928 (GB v. 15. 9. 1926 u. 23. 9. 1928), Republikanischer Abend 1926 (BVZ v. 24. 11. 1926).

121 GB vom 1. 2. 1927.

122 GB vom 4. 11. 1928

123 BVZ vom 28. 12. 1932.

124 GB vom 22. 4. 1928 und BVZ vom 5. 12. 1929. Ziemann weist allerdings darauf hin, dass Schießübungen mit Kleinkaliberwaffen bei Rb-Mitgliedern nicht sonderlich beliebt waren, vgl. ders., *Veteranen* (wie Anm. 1), S. 87 f.

125 GB vom 21. 2. 1931.

126 GB vom 6. 5. 1928.

stieß die Massenteilnahme des Reichsbanners an der »Rheinlandsbefreiungsfeier« Anfang Februar 1926 in Köln offenbar auf erheblichen Widerspruch.¹²⁷ Helfenberger musste sich in der September-Mitgliederversammlung 1927 dafür rechtfertigen, dass er über eine Teilnahme des Reichsbanners an einer Feier zum achtzigsten Geburtstag des Reichspräsidenten Hindenburg verhandelt hatte, um sie dann abzulehnen: »Daran dürfen uns Kritiken solcher, die oft sehr radikal reden, aber wenig mit Taten aufwarten können, nicht hindern.«¹²⁸ In der August-Versammlung 1928 standen einige Mitglieder wegen Rauchens im Festumzug anlässlich der Fahnenweihe in Baden am Pranger.¹²⁹

Ungewöhnlich war die starke Einbeziehung von Frauen in das Vereinsleben des ansonsten männerbündischen Reichsbanners.¹³⁰ Das betraf zwar nicht Aktivitäten wie Ausmärsche oder Geländespiele, aber Monatsversammlungen mit Vorträgen zu politischen Themen.¹³¹ Am 17. Januar 1925 stand sogar ein von der Bremer Pazifistin und Frauenrechtlerin Auguste Kirchhoff gestalteter »Frauenabend« mit anschließender Kaffeetafel, musikalischer Unterhaltung und Tanz auf dem Programm.¹³²

Der Schock infolge des erdrutschartigen Wahlerfolgs der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 saß tief. Die Aufstellung der Schufo habe »reges organisatorisches Leben in die Reihen des Hemelinger Reichsbanners« gebracht, hob Helfenberger im Rückblick auf das verflossene Jahr hervor. Dass es mehr kampfbundrelevante »Führersitzungen« als Vereinsvorstandssitzungen gegeben hatte, passt ins Bild. Die Anzahl der Neuaufnahmen stieg beträchtlich.¹³³ Ende 1932 bezifferte die Polizei die Anzahl der Schufo-Mitglieder mit 40 Mann samt Sanitäter- und Gegnerbeobachtungsabteilungen.¹³⁴

Inwieweit die Bildung der »Eisernen Front« Ende 1931 einen weiteren Mobilisierungsschub bewirkte, lässt sich schwer zu beurteilen. Ihre erste Kundgebung führte die EF mit Gustav Dahrendorf vom Gauvorstand als

127 GB vom 15. 5. 1926, zum Hintergrund vgl. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 255 f.

128 GB vom 1. 10. 1927.

129 GB vom 23. 9. 1928; ähnlich eine Rüge in der Mai-Versammlung 1928, vgl. GB vom 17. 6. 1928.

130 Vgl. dazu Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 1), S. 102 f., Voigt, Kampfbünde (wie Anm. 25), S. 186 ff., und Ziemann, Zukunft (wie Anm. 1), S. 44 ff. Die Organisation von Frauen war per Statut untersagt, und – soweit bekannt – umging nur das Braunschweiger Reichsbanner das Organisationsverbot; vgl. Joachim K. Kortum, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Braunschweig, Im Freistaat und Stadt Braunschweig 1924 bis 1933, o. O., 2007, S. 19, 65 und 119.

131 Z. B. Karl Helfenberger: »Der deutsche Faschismus« (GB v. 1. 10. 1927), Paul Günzel: »Meine Erlebnisse im besetzten Gebiet und auf den früheren Schlachtfeldern in Frankreich« (GB vom 15. 12. 1927), die Reichspräsidentenwahl 1932 (BVZ vom 25. 2. 1932).

132 BVZ vom 8. 1. 1925; zu A. Kirchhoff vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Auguste_Kirchhoff [1. 1. 2013].

133 GB vom 21. 3. 1931 und 1. 2. 1932.

134 NLA-StAS, Rep. 180 P Nr. 482, Bl. 138.

Hauptredner am 12. Januar 1932 im Saal Lüers Tivoli durch. Zu einer Folgeveranstaltung am 20. Februar mit dem Leerer SPD-Reichstagsabgeordneten Hermann Tempel und Oscar Drees strömten etwa 900 Besucher.¹³⁵ Anfang 1933 witterten die Nationalsozialisten auch in Hemelingen Morgenluft und kündigten für das Wochenende am 21. und 22. Januar Aufmärsche von ca. 5000 SA- und SS-Leuten an. Allerdings brachten sie nur knapp 500 Teilnehmer auf die Beine.¹³⁶ Über eine weitere EF-Kundgebung, die am 12. Februar – knapp zwei Wochen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler – stattfinden sollte,¹³⁷ berichtete die BVZ wohl aufgrund der sich überschlagenden Ereignisse nicht mehr.

Im März 1933 erfolgte die Ernennung des SS-Manns und bisherigen Ortsgruppenleiters der NSDAP Hermann Passe zum Hemelinger Bürgermeister.¹³⁸ Er veranlasste die Verhaftung Karl Helfenbergers¹³⁹ und vermutlich auch die von Wilhelm Strauß.¹⁴⁰ Am 12. Mai beschlagnahmten Landjäger bei Mitgliedern des Bläserkorps eine Pauke, eine Trommel, zwei Schlagbecken, eine Lyra sowie zwölf weitere Musikinstrumente nebst Zubehör und Noten.¹⁴¹ Zwei der Musiker gaben an, die Formation habe gar nicht dem Reichsbanner unterstanden, sondern von sich aus Konzerte veranstaltet. Die Instrumente seien aus dem Erlös sowie aus Sammlungen bezahlt worden und dann »in das persönliche Eigentum der Mitglieder der Kapelle übergegangen«. Da die beiden sie der Freiwilligen Hemelinger Feuerwehr geschenkt hatten, gab sich die Behörde mit der Erklärung zufrieden,¹⁴² doch den Großteil des Raubguts übergab Passe der SS.¹⁴³

135 BVZ vom 22. 2. 1932.

136 BVZ vom 20. und 23. 1. 1933.

137 BVZ vom 9. 2. 1933.

138 Vgl. Joachim Woock, Hitlers willige Helfer: Nationalsozialisten im Landkreis Verden, Folge 4: NSDAP-Kreisleiter 1925–1937, in: HfdLV, Jg. 2010, S. 181–191, hier S. 188.

139 Ebd., S. 190; Helfenberger war längere Zeit im Gefängnis Verden inhaftiert, vgl. Herrlemann/Schatz (wie Anm. 108), S. 148.

140 Strauß, geb. 1896, wurde am 29. 3. 1933 von SA-Leuten verhaftet und ins Gerichtsgefängnis Verden überführt. Aus der Schutzhaft wurde er frühestens im August 1933 entlassen, musste sich aber verpflichten, »den Landkreis Verden und das Staatsgebiet Bremen zu verlassen und nie wieder zu betreten«, Antrag auf Wiedergutmachung an Wiedergutmachungsstelle Hamburg vom 29. 11. 1946, StAB 4,54-Rü5656, und Schreiben der Deutschen Gesellschaft für Bürotechnik an Gemeindeamt Hemelingen, vom 10. 8. 1933, StAB 6,6/1-Xa13.

141 Nachweisung über beschlagnahmte Vermögen staatsfeindlicher Organisationen und Einzelpersonen (Entwurf), KrAV, 1/102 a, 1. Teil.

142 Schreiben A./a an Landrat in Verden vom 27. 5. 1933, StAB 6,6/1-Xa13. Eine ähnliche Geschichte tischten die Osterholz-Scharmbecker Rb-Spielleute der Polizei auf, vgl. Schröder, Rotes Band (wie Anm. 102), S. 340.

143 Schreiben Landjägermeister Westphal an Landrat in Verden vom 5. 10. 1933, KrAV 1/102 a, 2. Teil.

5. Der Ortsverein Oberneuland

Bereits im 18. Jahrhundert hatten wohlhabende Bremer große Landgüter mit ausgedehnten Parks als Sommersitze in Oberneuland angelegt. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts siedelten sich wegen der niedrigen Grundstückspreise zahlreiche Arbeiter, Handwerker und Angestellte dort an.¹⁴⁴ Die ursprünglich rein bäuerliche bremische Landgemeinde Oberneuland-Rockwinkel zählte im Juni 1933 2935 Einwohner. Nur noch ein knappes Viertel (23,5 %) der Bevölkerung lebte von der Landwirtschaft.¹⁴⁵ Bei Reichstagswahlen wichen die Oberneulander Ergebnisse nicht wesentlich von denen im gesamten Freistaat Bremen ab.¹⁴⁶ Die SPD erzielte im Mai 1928 mit 41,6 Prozent der Wählerstimmen ihr bestes Ergebnis, zumeist stimmte etwa ein gutes Drittel der Wähler für sie. Ihre Bremer Wahlergebnisse lagen im Schnitt nur einen Prozentpunkt darüber. Ungewöhnlich gut, besser als in Gesamt-Bremen oder gar im Reich, schloss die DDP bei Wahlen bis einschließlich 1928 ab. Am 7. Dezember 1924 gewann sie 17,1 % der Wählerstimmen (Bremen: 12,93 %, Deutsches Reich: 6,34 %). Noch erfolgreicher war die DVP, die selbst in der Novemberwahl 1932 ganze neun Prozent der Wählerstimmen holte. Wohl wegen des bäuerlichen Bevölkerungsanteils verfügte die DNVP über einen deutlich höheren Wählerstamm als in Bremen, während die NSDAP erst im Juli 1932 ein Spitzenergebnis von 39,6 % erzielte, hinter das sie jedoch vier Monate später um 11,3 Prozentpunkte zurückfiel. Durchschnittlich – die KPD blieb relativ bedeutungslos – entschieden sich bei allen Wahlen um die 60 bis 63 Prozent der Oberneulander Wähler / innen für bürgerliche Parteien einschließlich der Nationalsozialisten.

Gründungstag des Reichsbanner-Ortsvereins war der 1. Oktober 1925. Den Vorsitz übernahm der Korrektor Bernhard Groll. Im Februar 1926, auf seiner ersten Generalversammlung, zählte der Verein bereits 86 Mitglieder. Bei dieser Gelegenheit nahm Hans Mallet feierlich die Fahnenweihe per Hammerschlag vor, die Versammelten beschlossen, Uniformstücke anzuschaffen und ein Trommler- und Pfeiferkorps aufzustellen.¹⁴⁷ Nur wenig später, am 28. März, veranstaltete die Ortsgruppe, unterstützt von einer Bremer Rb-Kapelle und Rb-Kameraden aus Hastedt, Schwachhausen und Osterholz, einen Werbeumzug durch den Ort. Oberneuland sei zwar reaktionär, aber die Gegner seien »seit Bestehen des Reichsbanners ganz still geworden«, stellte Groll bei seiner Begrüßung im Versammlungslokal fest, bevor er Gausekretär Fritz Wollmann das Wort zu einem Vortrag erteilte.¹⁴⁸ Offenbar empfand man die Anfang 1926 in relativ schlichter Form vollzogene Fahnenweihe nachträglich als nicht feierlich genug, denn etwa sieben Monate später, am 4. und 5. September, wurde sie im Rahmen eines groß aufgezogenen »Republikanischen Tages« mit Fackelzug, Kommers, Kranzniederlegung am Gefallenenehrenmal,

144 SPD-Ortsverein Oberneuland (Hrsg.), *Unser Oberneuland, Funktionen eines Stadtteils*, Bremen 1983, S. 3.

145 Einwohnerzahl 1925: 2917.

146 Zu den gesamt-bremischen Reichstagswahlergebnissen vgl. http://www.gonschior.de/weimar/Bremen/Uebersicht_RTW.html [11. 12. 2012].

147 GB vom 15. 3. 1926.

148 GB vom 15. 4. 1926.



Abb. 6: Feier des Reichsbanner-Ortsvereins Osterholz-Ellen, der mit dem benachbarten Ortsverein Oberneuland eng zusammenarbeitete, 1927/28. Quelle: Staatsarchiv Bremen 10,B-AL-1481.

Konzert und vielen auswärtigen Gästen wiederholt. Dieses Mal sollte Dr. Theodor Haubach vom Gauvorstand die Festrede halten.¹⁴⁹

Wir sind dank zahlreicher Berichte über die Entwicklung des Ortsvereins gut informiert. Das gilt z. B. für sämtliche Generalversammlungen mit einer einzigen Ausnahme, der des Jahres 1929. Aus dem Rückblick auf das Jahr 1927 erfahren wir, dass die Ortsgruppe zwölf Mitgliederversammlungen, zwei Werbeveranstaltungen mit Umzug, drei Propaganda- und Republikanische Abende, eine Gefallenenehrung am Volkstrauertag und eine Silvesterfeier durchgeführt hatte. Außerdem hatten sich die Oberneulander Rb-Leute an sämtlichen Gau- und Kreisveranstaltungen sowie den Verfassungsfeiern in Bremen und Hemelingen beteiligt, Wahlagitation zur bremischen Bürgerschaftswahl betrieben und Saalschutz gestellt. Für ihren Versammlungsraum hatten sie Bilder von Ebert, Rathenau und Erzberger angeschafft, desgleichen republikanische Bücher für ihre Bibliothek.¹⁵⁰ Bei auswärtigen Aktivitäten taten sie sich häufig mit ihren Kameraden vom benachbarten Ortsverein

149 Einladungsschreiben mit Festprogramm, StAB 7,88 -7, GB vom 15. 2. 1927; zur Biografie Haubachs vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Haubach [9. 6. 2013].

150 GB vom 1. 2. 1928.

Osterholz-Ellen zusammen,¹⁵¹ hin und wieder unternahmen sie einen Ausflug mit ihren Frauen oder feierten gemeinsam mit ihnen.¹⁵² Neben häufigen Vorträgen Wollmanns über jeweils aktuelle Aufgaben des Reichsbanners lauschten sie auch Referaten zu Themen wie »Die Revolution von 1848« (13. 12. 1927) und »Das neue Wien« (Frühjahr 1928).¹⁵³ Beide Referenten, Dr. Werner Ehrichs und Hans Mallet, waren Vertreter der DDP in der Bremer Reichsbannerführung.

Ständiges Gesprächsthema auf den Mitgliederversammlungen waren die für Aufmärsche und Feiern so wichtigen Musiker. Aus den Berichten lässt sich ein ständiges Auf und Ab herauslesen. Hatte das Bläserkorps 1926 eine »glänzende Entwicklung« zu verzeichnen, so galt es 1927 mehrere »Krisen« zu überstehen.¹⁵⁴ Anfang 1930 und auch noch ein Jahr später berieten Mitgliederversammlungen über eine Neuaufstellung der Kapelle.¹⁵⁵ Im Sommer 1931 hieß es, dass sie mit 17 Mitgliedern »erfreulich wieder im Aufblühen begriffen war«. Dennoch bedurfte sie offenbar einer von Bremer Musikern gewährten Nachhilfe.¹⁵⁶ Bereits Anfang 1928 plante der Verein die Aufstellung einer »Wehrsportabteilung«.¹⁵⁷ Spätestens seit Mai 1930 existierte sie, und seit Anfang 1931 fanden regelmäßige Übungsabende der Schufo statt, für die der technische Führer »geschlossene Teilnahme« anordnete.¹⁵⁸

In den ersten 2 ¼ Jahren seines Bestehens veröffentlichte der Ortsverein stolz seine Mitgliederstände (Ende 1926: 147, ein Jahr später: 154) als Beweis für seine dynamische Entwicklung.¹⁵⁹ Seit 1928 oder 1929 folgte offenbar eine Phase nachlassender Aktivität und sinkender Mitgliederzahlen, über die man nichts mehr verlautbarte. Schwacher Besuch von Versammlungen im Jahre 1930 wurde offen eingestanden.¹⁶⁰ Neuen Aufschwung verzeichnete die Ortsgruppe seit Beginn des Jahres 1931, wengleich sie »das große Arbeitslosenelel« zu spüren bekam.¹⁶¹ In allen Versammlungen, über die Berichte vorliegen, erfolgten Neuaufnahmen, vor allem junge Leute traten nun ein und bildeten ab Sommer eine Jungbanner-Gruppe unter eigener Leitung.¹⁶² Im Juli gab der Versammlungsleiter den Mitgliederstand bekannt: 114 Mitglieder zähle »der Verein jetzt wieder«.¹⁶³

Bei den Vorstandswahlen war man sich offenbar stets einig. Bernhard Groll kandidierte Anfang 1930 nicht mehr für das Amt des 1. Vorsitzenden, seine Nachfolge trat der Schmied August Grupe an. Den beiden Sozialdemokraten

151 GB vom 22. 4. 1928, 8. 2. 1930, 17. 5. 1930 und 30. 5. 1931.

152 BVZ vom 10. 12. 1927, GB vom 21. 3. und 30. 5. 1931.

153 BVZ vom 10. 12. 1927 und GB vom 22. 4. 1928.

154 GB vom 15. 2. 1927 und 1. 2. 1928.

155 GB vom 5. 4. 1930 und 21. 3. 1931.

156 GB vom 8. 8. und 28. 11. 1931.

157 GB vom 1. 2. 1928.

158 GB vom 17. 5. 1930, 21. 3. und 3. 5. 1931.

159 GB vom 15. 2. 1927 und 1. 2. 1928.

160 GB vom 5. 4. und 30. 11. 1930.

161 GB vom 8. 8. 1931, 1. Bericht.

162 GB vom 21. 3., 30. 5., 8. 8. (1. Bericht) und 28. 11. 1931.

163 GB vom 8. 8. 1931, 2. Bericht.

folgte Anfang 1932 der Demokrat Alois Rampf, der großes Ansehen im Verein genoss.¹⁶⁴ Er war als »Hofmeier« und Gärtner auf dem Anwesen des ehemaligen Bremer Stadtkommandanten Arnold von Engelbrechten, Oberst a. D., beschäftigt und hatte dem Rb-Vorstand bereits seit 1928 oder länger in unterschiedlichen Funktionen angehört, so mehrfach als 2. Vorsitzender, Stabführer des Musikkorps und technischer Leiter. Weitere Vorstandsmitglieder, so der Frisör Robert Eschrich (1. Schriftführer 1925–1932), der Betriebsassistent Anton Perlician (technischer Leiter 1928), die Maurer August Wagschal (Kassierer seit 1927), Alfred Rohlf (2. Vorsitzender seit 1931) und Hinrich Behrens (2. Schriftführer seit 1931) sowie der Tischler Johann Bruns (Schutzsportleiter 1931) waren Sozialdemokraten.

In der gut besuchten Generalversammlung am 27. Dezember 1932 herrschte offenbar verhaltener Optimismus,¹⁶⁵ denn kaum jemand rechnete nach dem Wahlausgang vom 6. November damit, dass Hitler wenig später Reichskanzler sein würde. Am 21. Februar 1933 erlebten die Oberneulander das letzte Aufbegehren vor dem Verbot: Etwa 350 uniformierte Reichsbanner-Leute der Ortsvereine Oberneuland und Osterholz-Ellen sowie aus Bremen marschierten gemeinsam mit ca. 150 Sozialdemokraten zunächst durch Osterholz, wo Hans Hackmack eine Rede hielt, und dann auf verschneiten und vereisten Wegen nach Oberneuland. Nach zweieinhalbstündigem Marsch rief der stellvertretende Bezirksführer Bremens dort noch einmal zur Wahl der SPD bei der Reichstagswahl vom 5. März auf und schloss dann die Kundgebung der Eisernen Front.¹⁶⁶

6. Der Ortsverein Bassum

Als besonders schwieriges Umfeld für die Arbeit des Reichsbanners kann Bassum im Kreis Syke gelten. Die Einwohnerzahl des am 27. November 1927 zur Stadt erhobenen Fleckens lag am 16. Mai 1925 bei 3355 und wuchs in den folgenden acht Jahren noch um mehr als 500 Personen. Knapp ein Viertel der Bevölkerung lebte im Juni 1933 von der Landwirtschaft. Die Kleinstadt beherbergte außer Geschäften und Handwerksbetrieben ein Finanzamt und ein Amtsgericht, aber so gut wie keine Industrie,¹⁶⁷ war also überwiegend agrarisch

164 In der Generalversammlung 1930 würdigte ihn der scheidende Vorsitzende Groll: Er habe sich »als einziger aktiver Demokrat allgemeine Sympathie errungen«, GB vom 5. 4. 1930; für die folgenden Angaben wird auf Einzelbelege verzichtet.

165 BVZ vom 1. 1. 1933.

166 BVZ vom 22. 2. 1933.

167 Ein kurz nach der Jahrhundertwende gegründetes Eisenwerk, in dem landwirtschaftliches Gerät hergestellt wurde, drosselte nach dem Ersten Weltkrieg wegen mangelnder Nachfrage die Produktion und stand zeitweise ganz still, vgl. Hanna Schröder, Abschlussarbeit, Das Eisenwerk und seine Entwicklung (1900–1940), o. J., (maschinenschriftliches Manuskript im Stadtarchiv Bassum). Arbeiter und unselbständige Handwerker waren wohl überwiegend im Baugewerbe tätig. Der 1925 gegründete Zweigverein Bassum des Baugewerksbundes erreichte im Jahr 1929, nach Anspringen der Baukonjunktur, seinen höchsten Mitgliederstand mit 51 Organisierten, vgl. Deutscher Baugewerksbund, Jahrbücher 1924–1931, Hamburg und Berlin 1925–1932.

und mittelständisch und somit konservativ geprägt. Dies schlug sich in den Wahlergebnissen nieder. Es dominierten bei allen Wahlen die bürgerlichen, antirepublikanischen und völkischen Parteien. Die SPD erzielte bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 zwar 28,10 Prozent, bei den übrigen Wahlen jedoch nur um 20 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 konnte die NSDAP 53,46 % der Stimmen für sich verbuchen, erlitt jedoch in der folgenden Wahl am 6. November d. J. eine empfindliche Schlappe. Sie kam nur noch auf 36,99 %, während vor allem die unter der Bezeichnung »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot« kandidierende DNVP (22,51 %), aber auch die KPD (10,3 %) stark zulegten.¹⁶⁸

Zwar war die DDP im Jahre 1924 im Ort vertreten,¹⁶⁹ doch beherrschten die monarchistischen und rechten Kampfbünde sowie Parteien die Szene. Die Gründung einer Ortsgruppe des »Stahlhelm« erfolgte bereits am 7. Dezember 1920. Nach Aufhebung des Verbots reorganisierte sie sich spätestens im Januar 1924 und führte noch im selben Jahr mindestens sechs weitere Versammlungen und Kundgebungen durch.¹⁷⁰ Der »Jungdeutsche Orden« (Jungdo) rief am 24. April 1924 eine Ortsgruppe ins Leben und entfaltete ebenfalls eine rege Tätigkeit.¹⁷¹

Ungewöhnlich früh, am 28. Mai 1925, bildete sich eine Ortsgruppe der NSDAP. Aufgrund ihrer Aktivität galt Bassum alsbald als »Hauptstadt der Bewegung« in der Region und beherbergte ab November 1930 die Geschäftsstelle der »Bezirksleitung Mittel-Weser-Nord«.¹⁷² Die Existenz einer Ortsgruppe der (M)SPD ist ab 1919 belegt. Dies geht überwiegend aus bezahlten Veranstaltungsanzeigen in der »Bassumer Zeitung« hervor,¹⁷³ denn das Lokalblatt berichtete nur ausnahmsweise über linke Parteien und Vereine. Dagegen räumte es deren Gegnern aus dem bürgerlichen und völkischen Lager viel Platz in seinem redaktionellen Teil ein, wobei Berichterstattung und politische Werbung ineinander übergingen.¹⁷⁴

Das bekamen auch die Gründer des örtlichen Reichsbanners von Anfang an zu spüren: Sie luden per Anzeige zu einer Werbe- und Gründungsversammlung für den 20. September 1924 ein, die am Vortag in der BZ erschien. Als Redner kündigten sie den Sozialdemokraten Bernhard Poelder aus Kirchweyhe an, der dort als Gewerkschaftssekretär tätig war.¹⁷⁵ Am 20. September druckte das Blatt – angeblich auf Wunsch eines anonymen Einsenders –

168 Vgl. Jens Mastnak, Beiträge zur Bassumer Geschichte, Diepholz/Bassum 2000, S. 44f.

169 Einladung des Ortsvereins Bassum zu einer öffentlichen Wählerversammlung, Inserat in BZ vom 26. 4. 1924.

170 StaBas, Aufstellung »Suchwort Stahlhelm«, BZ.

171 StaBas, Aufstellung »Suchwort Jungdeutscher Orden«, BZ.

172 Vgl. Mastnak, Beiträge (wie Anm. 168), S. 33f.

173 StaBas, Aufstellung »Suchwort SPD«, BZ.

174 Vgl. Mastnak, Beiträge (wie Anm. 168), S. 32 und 36.

175 Zur Biografie des späteren preußischen Landtagsabgeordneten (1928–1932) vgl. Herlemann/Schatz, Biographisches Lexikon (wie Anm. 108), S. 277f. Ein Rb-Ortsverein Kirchweyhe bestand zu dem Zeitpunkt vermutlich schon. Wann er gegründet wurde, lässt sich nicht feststellen.

kommentarlos einen Artikel aus dem »Niedersachsen-Herold«, einem völkischen Hetzblatt, nach.¹⁷⁶ Überschrift: »Schwarz-rot-gelb oder ostfriesischer Papphelm«. In dem Pamphlet geht es um die Bannerweihe der Greetsieler Rb-Ortsgruppe am 7. September 1924, bei der »etwa 30 bekannte Juden das Fest durch ihre Anwesenheit« beehrt hätten. Es sei »jedermann klar geworden [...] dass das Reichsbanner eine Judenschutztruppe ist und dass die Drahtzieher der Bewegung nur Juden sind«. Eine derartige Hetze am Tag seiner Gründung konnte vom Reichsbanner Bassum nur als Kampfansage verstanden werden. Die BVZ berichtete drei Tage später über die Versammlung: »Von der Gegenseite« seien »Hakenkreuzler und Jungdohauptlinge erschienen, um die Versammlung zu stören. [...] Ihr Schreien bewies, dass ihnen die Reichsbannerbewegung ein Dorn im Auge ist. Die Bassumer Luft ist von diesem Stahlhelmgeruch verpestet. Sie betrachteten sich als Herren von Bassum, die politische Freiheit wollten sie nur für sich gelten lassen.« Einer Diskussion seien sie allerdings ausgewichen. Die nicht namentlich genannten Veranstalter hätten sich nicht provozieren lassen und die Gründung des Ortsvereins erfolgreich vollzogen.

Über dessen Entwicklung in den folgenden drei Jahren erfährt man nur bruchstückhaft etwas aus Veranstaltungsanzeigen und -hinweisen. Am 7. März 1925 feierte man das erste Stiftungsfest in geschlossener Gesellschaft.¹⁷⁷ Zum Besuch der Jahreshauptversammlung am 9. Januar 1926 lud der Vorstand die Mitglieder im ungeliebten Lokalblatt ein.¹⁷⁸ Am 5. und 6. Juni des Jahres, einem Wochenende, beging der Verein seine Fahnenweihe. Für den ersten Tag war ein Fackelzug mit Kommers geplant, und am folgenden Sonntag sollte unter Beteiligung auswärtiger Rb-Formationen ein Festzug zum Kundgebungsplatz führen, wo Dr. Theodor Haubach vom Gauvorstand die Festrede halten und Weihung vollziehen würde. Ein Ball in drei Sälen war für den Abend angekündigt.¹⁷⁹

176 Herausgeber der Wochen-Schrift war der Gau Weser-Ems der »Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung« mit Sitz in Bremen; vgl. Schwarzwälder, Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 220, 340 u. 438.

177 Anzeige in der BZ vom 7. 3. 1925.

178 BZ vom 9. 1. 1926.

179 GB vom 15. 5. 1926.



Abb. 7: Einladung zur Gründungsversammlung des Reichsbanner-Ortsvereins Bassum. Bassumer Zeitung vom 19. 9. 1924.

Über eine Mitgliederversammlung, die am 12. September 1927 in Anwesenheit des Gausekretärs Fritz Wollmann stattfand, berichtete die Reichsbanner-Gaubeilage: Eine besonders wichtige Aufgabe des Reichsbanners, so der Hamburger, bestehe darin, »gerade im Landgebiet in die entlegensten Ortschaften zu kommen, um für die Republik [...] Anhänger zu bekommen.« Seine Zuhörer stimmten ihm in der Aussprache zu und billigten die Haltung ihres Ortsvorstandes, der wie Karl Helfenberger in Hemelingen eine Einladung des örtlichen Turnvereins zur Teilnahme an einer Feier anlässlich des achtzigsten Geburtstags Hindenburgs ausgeschlagen hatte.¹⁸⁰ Zwei Monate später, am 5. November, war Wollmann erneut zu Gast und hielt einen Vortrag zum Thema »Die Reichsverfassung und ihre historische Entwicklung«. Dazu zeigte er die aktuelle »Wochenschau der Republik«. ¹⁸¹ Mit ihrem Werbeabend übten die Bassumer Reichsbanner-Kameraden für ihren auswärtigen Auftritt am folgenden Tag: Nach einem »kurzen Ummarsch« im benachbarten Twistringen gestalteten sie dort gemeinsam mit Wollmann einen weiteren Werbeabend. Hochzufrieden mit dem Verlauf – 20 neue Mitglieder traten ein – schloss der Bassumer Ortsvereinsvorsitzende Diedrich Kleine die Kundgebung »mit dem Appell an die Anwesenden, [...] der republikanischen Schutztruppe in allen Dörfern neue Kämpfer zuzuführen.« Wollmann, der darüber einen Bericht für die Gaubeilage schrieb, dankte den »Bassumer Kameraden« ausdrücklich für ihren Einsatz.¹⁸²

Öffentliche Kundgebungen mit Beteiligung auswärtiger Rb-Formationen und eher gesellige Veranstaltungen in kleinerem Rahmen wechselten einander ab. Silvester 1928 feierte der Ortsverein im Vereinslokal Danne, und am 2. Februar 1930 traf man sich zum Kappenfest.¹⁸³ Einer weiteren Werbeveranstaltung am 13. April 1929, an der Bremer Jungbanner-Kameraden mit Friedrich Frese an der Spitze als Gäste teilnahmen,¹⁸⁴ folgte am 8. September ein »Republikanischer Tag«, über den sogar die BZ berichtete: »Um 14.45 Uhr begann der Festzug durch den Ort, der eine imposante Teilnehmerzahl vereinigte. Die Teilnehmer des Festzuges [darunter 80 Hamburger, U. S.] machten im großen Ganzen einen vorzüglichen Eindruck, ihre straffe Haltung gefiel.« Man zählte mehrere Kapellen und sowie 29 Wimpel. Am Kriegerdenkmal hielt Theodor Haubach »eine zu Herzen gehende Ansprache. Er fand die richtigen Worte, die auch auf die Außenstehenden ihre Wirkung nicht verfehlte. Es war ein erhebender Augenblick, als die Fahnen sich senkten, der Kranz niedergelegt wurde und die Musik das Lied vom guten Kameraden spielte.« Seine später auf dem Festplatz gehaltene Festrede gefiel der BZ-Redaktion jedoch weniger: »Auf ihren Inhalt näher einzugehen, wollen wir uns ersparen. Nach unserer Ansicht waren seine Ausführungen mehr eine Propagandarede für Sozialdemokratie und Reichsbanner als eine republikanische Kundgebung.«

180 GB vom 1. 10. 1927. Eine Teilnahme hätte laut BZ vom 2. 10. 1927 bedeutet, gemeinsam mit Stahlhelm, Jungdeutschem Orden, Kriegerverein sowie 14 weiteren örtlichen Vereinen und Institutionen zu marschieren.

181 GB vom 15. 11. 1927.

182 Ebd.

183 BZ vom 3. 1. 1929 und 7. 1. 1930 (Anzeige).

184 GB vom 4. 5. 1929.

Abschließend konzidierte das Blatt dem Bassumer Ortsverein jedoch, er könne »mit dem Verlauf seiner Veranstaltung sehr zufrieden sein.«¹⁸⁵

An dessen Generalversammlung am 19. Januar 1930 nahmen drei auswärtige Funktionäre teil. Außer Wollmann und Frese erschien auch der Gautambour W. Bruhn. Es ging u. a. um die Ausrichtung der mittlerweile existierenden Martinshornkapelle. Seine Mitglieder wünschten sich, als Blasorchester weitermachen zu dürfen. Kleine, Frese und Bruhn argumentierten dagegen, eine Neuausstattung sei zu teuer, vor allem aber, so der Gautambour, mache ein gutes Trommler- und Pfeiferkorps mehr Eindruck als »schlecht gespieltes Blasorchester«. Es blieb zu dieser Frage wohl bei einem Meinungs austausch, wohingegen man beschloss, demnächst »die sportfähige Jugend« zu einer Versammlung einzuladen, um eine Schutzsportgruppe zu gründen.¹⁸⁶ Im Versammlungsbericht werden erstmalig die Namen von sechs Mitgliedern genannt, die neu in den Vorstand bzw. als Delegierter gewählt wurden. Der Vorsitzende Diedrich Kleine war Bauarbeiter, die übrigen Fünf waren Maschinist, Maurer, Arbeiter, Zugschaffner und Schiffbauer von Beruf. Vier von ihnen kandidierten bei der Gemeinderatswahl im November 1929 für die SPD. Seinen Mitgliederstand hat der Ortsverein nie veröffentlicht.

Einzelheiten über den in der Generalversammlung 1930 beschlossenen Aufbau einer Schutzsportabteilung sind nicht überliefert. Er scheint aber in Angriff genommen worden zu sein. Im »Technischen Rundschreiben« vom 2. Oktober 1930 ordnete die Hamburger Gauleitung an, dass jeder Ortsverein, »soweit noch nicht geschehen«, mindestens eine Schufo-Gruppe aufzustellen habe. Eine Besichtigung der Bassumer Formation setzte sie für den 18. Oktober an.¹⁸⁷ Was sie ergab, ist nicht bekannt.

Noch einmal – im Mai 1931 – geriet der Ortsverein in die Spalten der Bassumer Zeitung. Das kam so: Am 16. d. M. hatte das Reichsbanner eine Saalkundgebung mit Max Leuteritz, dem Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft, als Redner und knapp 200 Besuchern durchgeführt. Drei Tage später meldete sich der NSDAP-Bezirksleiter Friedrich Behre,¹⁸⁸ der mit einer Handvoll Parteigenossen daran teilgenommen hatte, in der Rubrik »Offener Sprechsaal« zu Wort: »Die Nationalsozialisten, die sicher nicht zum Stören der Kundgebung gekommen waren«, seien »in einer Form angepöbelt [worden], wie ich sie bisher noch nicht erlebt habe.« Leuteritz habe behauptet, »Kapitalismus und Sozialismus« könnten »sehr gut zusammen arbeiten. Was sagst Du zu dieser Weisheit, ausgesogener deutscher Arbeiter?« Als Diskussionsredner sei er selbst »durch die blödesten Zwischenrufe« unterbrochen worden, während auf einen nationalsozialistischen Zwischenrufer »fast das ganze versammelte Reichsbanner unter Johlen und Biergläser werfend« eingedrungen sei. Zwei Tage später antwortete der Bassumer Rb-Vorstand in derselben Rubrik: »Wenn er auch nur ein Gramm politischen Verstand hätte«, müsste Behre sich sagen, dass Leuteritz den zitierten Satz niemals gesprochen, sondern darauf

185 BZ vom 10. 9. 1929.

186 GB vom 8. 2. 1930.

187 StAB 7,88 - 50/5.

188 Zu Behre vgl. Mastnak, Beiträge (wie Anm. 168), S. 42 ff.

hingewiesen habe, dass die Nazis »zwar angeben, den Kapitalismus zu bekämpfen, jedoch von den Geldern der Kapitalisten leben.« Den Zwischenrufer habe man aus dem Saal entfernen wollen, ein ganz normaler Vorgang. Er sei weder geschlagen noch mit Biergläsern beworfen worden. Eine Abteilung des Bremer Reichsbanners habe den Saaleingang und die Straße gesichert, »nur zu dem Zweck, damit die anwesenden Nationalsozialisten nach Schluss der Versammlung unbehelligt den Saal verlassen konnten.« In nationalsozialistischen Versammlungen genieße man als politischer Gegner solchen Schutz nicht. Behre antwortete wiederum in der BZ-Ausgabe vom 23. Mai. Zu Beginn hielt er dem sozialdemokratischen Zentralorgan »Vorwärts« vor, sich von jüdischem Kapital finanzieren zu lassen. Weiterhin zählte er eine Reihe angeblicher Angriffe auf »Volksgenossen« und Stahlhelmer am 16. und 17. Mai 1931 auf. Bassumer Reichsbanner-Mitglieder seien die Täter gewesen. Die Replik des Rb-Vorstandes erschien bereits am folgenden Tag. Was die angeblichen Gewalttätigkeiten von Rb-Leuten anbelange, so sei »es ja ein Leichtes, Behauptungen aufzustellen, die man nicht [zu] beweisen braucht.« Einen Zwischenfall räumten die Verfasser indirekt ein, jedoch sei ein angeblicher Überfall von 15 Reichsbannerangehörigen auf einen Stahlhelmer »glatter Schwindel«, den Behre aus der »Syker Zeitung« übernommen habe. Tatsächlich hätten sich Bremer und Bassumer RB-Leute »friedlich« in Dreye aufgehalten. Am folgenden Wochenende setzten die Bassumer ihre Werbetätigkeit in der Region fort. Gemeinsam mit Kameraden aus Hamburg, Verden und Leeste beackerten sie Kirchweyhe und Südweyhe.¹⁸⁹

Am 8. November 1931 bereitete die SA offenbar einen Überfall auf den Ortsvereins-Vorsitzenden¹⁹⁰ vor. Während das Reichsbanner abends eine Versammlung abhielt, machten sich einzelne Männer an dessen Haus zu schaffen, wurden aber von Rb-Mitgliedern gestellt. Auf ein Hornsignal hin drang sodann eine größere Anzahl von SA-Leuten aus dem Hinterhalt auf sie ein. Die alarmierte Polizei konnte gerade noch rechtzeitig Schlimmeres verhindern.¹⁹¹

Aus dem politisch turbulenten Jahr 1932 liegen kaum noch Informationen vor. Laut »Bremer Volkszeitung« gelang es Anfang Januar dem Bremer Parteisekretär der SPD, Josef Böhm, eine Bassumer NSDAP-Versammlung für einen einstündigen Redebeitrag zu nutzen. Darin habe er die »Verlogenheit und Arbeiterfeindlichkeit« der Nazis zerpflückt.¹⁹² Die Bassumer Polizei ließ die NSDAP im sommerlichen Reichstagswahlkampf auch dann gewähren, wenn

189 GB vom 30. 5. 1931.

190 Es ist unklar, ob es sich noch um Dietrich Kleine oder um dessen Nachfolger handelte. Laut einer etwa Ende 1931 angefertigten Adressenliste der Ortsvereins-Vorsitzenden im Kreis Bremen hatte der Lagerhalter Heinrich Kiese Wetter, ein Angestellter der Konsum-Genossenschaft, das Amt des Vorsitzenden übernommen; StAB 7,88-51/1. Im Jahre 1929 war er 1. Vorsitzender des Rb-Ortsvereins Verden gewesen und dann vorerst nach Bremen verzogen, VA vom 16. 1. 1929 und 7. 1. 1930.

191 BVZ vom 13. 11. 1931.

192 BVZ vom 7. 1. 1932.

sie illegal agierte. Hingegen untersagte sie es Reichsbannerleuten, einen mit Wahlzetteln beklebten Handwagen durch die Stadt zu ziehen.¹⁹³ Über das Ende des Bassumer Reichsbanners ist nichts bekannt. In der BZ findet sich kein Bericht.

7. Der Ortsverein Löhnhorst

Knapp ein Drittel der Löhnhorster Bevölkerung lebte im Juni 1933 von der Land- bzw. Forstwirtschaft. Die Gemeinde zählte im November 1932 426 Einwohner,¹⁹⁴ darunter zahlreiche Arbeiter, die im nahe gelegenen Industriegebiet um Vegesack und Blumenthal oder in Heimarbeit ihr Brot verdienten.¹⁹⁵ Dorfpatron war der Industrielle Georg Carl Lahusen, der im Jahre 1928 auf seinem Gut Hohehorst eine hochmoderne Meierei einrichtete und im Nachbarort Brundorf einen Schweinelehrhof in Betrieb nahm.¹⁹⁶ Im gleichen und folgenden Jahr ließ er die alte Villa abreißen und ein Herrenhaus mit 75 Räumen und zwölf Bädern für seine Familie errichten.¹⁹⁷ Im dazu gehörigen Park und Forst soll er bis zum Konkurs des von ihm geführten Nordwolle-Konzerns im Juli 1931 80 bis 90 Parkarbeiter dauernd beschäftigt haben.¹⁹⁸

Die gemischte Bevölkerungsstruktur spiegelte sich in den Wahlergebnissen wider. In den sechs Reichstagswahlen vom Mai 1924 bis zum 6. November 1932 erzielten zweimal die Arbeiterparteien mehr als 50 % der Wählerstimmen und viermal die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten. Meistens lagen die jeweiligen Ergebnisse nicht weit auseinander. Bei der Reichstagswahl vom 6. 11. 1932 kamen SPD und KPD gemeinsam auf 48,3 Prozent, schnitten also erheblich besser ab als im Reich (37,3 %). Die SPD erreichte im Mai 1928 47 Prozent der Löhnhorster Wählerstimmen, musste sich aber bei den übrigen Wahlen mit um die 30 Prozent oder weniger begnügen. Stärkste bürgerliche Partei war bis zur Reichstagswahl vom 14. September 1930 die DNVP (20,8 %), während die DDP und das Zentrum bedeutungslos blieben und die NSDAP erst in der Juli-Wahl 1932 haushoch gewann (42,9 %).

Bereits Anfang 1912 hatte die SPD 25 Mitglieder in Löhnhorst gezählt und einen eigenen Parteidistrikt gebildet.¹⁹⁹ Seit 1922 oder 1923 existierte wieder

193 Vgl. Mastnak, Beiträge (wie Anm. 168), S. 41.

194 Kreisarchiv Osterholz, Karton 74, »Finanzlage des Kreises Osterholz. Denkschrift über die Finanzlage des Kreises vom 27. 12. 1932«, Anlage 5.

195 <http://www.schwanewede.de/internet/page.php?naviID=907000113&site=907000082&typ=2> [8. 12. 2012].

196 Vgl. Karl Behnke, Dorfchronik Löhnhorst, Löhnhorst (Schwanewede) 1985, S. 173.

197 Vgl. Dorothee Schmitz-Köster, »Deutsche Mutter, bist du bereit«, Alltag im Lebensborn, Berlin 2002, S. 64.

198 Vgl. Alfred Faust, Das Panama der Nordwolle, Die Lahusen, Verkrachte »Führer« der Wirtschaft, Bremen o. J. (1931), S. 10. Auch Behnke, Dorfchronik (wie Anm. 196), berichtet, dass L. viel Personal beschäftigt habe, ebd., S. 173. Zur Familien- und Firmengeschichte der Lahusens vgl. Dietmar van Reeken, Lahusen, Eine Bremer Unternehmersdynastie 1816–1933, Bremen 1996.

199 Bremer Bürger-Zeitung vom 9. 1. 1912.

ein selbständiger Ortsverband,²⁰⁰ der Mitgliederstand blieb aber deutlich hinter dem der Vorkriegszeit zurück, vermutlich eine Folge der starken kommunistischen Konkurrenz.²⁰¹ Die Voraussetzungen für die Gründung eines Reichsbanner-Ortsvereins waren gegeben, die im Herbst 1927 vollzogen wurde. Den Vorsitz übernahm August Lankenau, der bei der SPD kassierte.²⁰²

Am 17. Juni 1929 wandte sich der Rb-Kassierer Heinrich Schulz schriftlich an den Gau-Vorstand in Hamburg.²⁰³ Der Vulkan-Werftarbeiter klagte, dass es mit dem Ortsverein »immer mehr bergab« gehe. »Die meisten von unseren Kameraden arbeiten auf dem hiesigen Gute Hohehorst. Wer seine Stellung behalten will, muss sich in den Stahlhelm aufnehmen lassen. [...] Bei diesen Zuständen ist es unmöglich, unseren Ortsverein aufrecht zu erhalten.« Daher bestehe der Wunsch, sich dem benachbarten Vegesacker Reichsbanner anzuschließen. Man wolle den Ortsverein gerne wieder ins Leben rufen, sollten »sich die Arbeitsverhältnisse mit der Zeit ändern«. Gausekretär Wollmann übersandte am folgenden Tag dem Vegesacker Ortsvereins-Vorsitzenden Willy Dehnkamp eine Abschrift des Briefs und bat um Überprüfung des Sachverhalts, damit, falls erforderlich, »geeignete Maßnahmen ergriffen werden« könnten. Dehnkamp, der gleichzeitig Sekretär des SPD-Unterbezirks Vegesack-Blumenthal-Osterholz war, kannte den Wunsch der Löhnhorster schon seit Längerem, stand ihm aber ablehnend gegenüber, weil es ihm »im Interesse beider Ortsvereine wie der Bewegung überhaupt nicht vorteilhaft erschien, hier die Organisation noch mehr zu zentralisieren«.²⁰⁴ Er habe bereits im März im Parteiauftrag recherchiert und festgestellt, dass Stahlhelmer bei Neueinstellungen bevorzugt würden. Deshalb sei »eben fast alles, wenn auch nicht freiwillig, Mitglied im Stahlhelm«. Bislang sei jedoch nicht nachzuweisen, dass Reichsbanner-Angehörige wegen ihrer Mitgliedschaft benachteiligt würden, allerdings seien einige Kameraden nach Brundorf in den Nebenbetrieb versetzt worden. So sei es nicht verwunderlich, dass Gerüchte wucherten und sich Angst ausbreite. Für ihn als Außenstehenden sei es »so gut wie unmöglich, hier die Grenze zwischen Betriebsnotwendigkeiten und Politik zu ziehen«. Da aber die Gefahr bestehe, dass »die Löhnhorster Kameraden ganz abspringen«, wenn der Ortsverein Vegesack den Anschluss weiterhin ablehne, solle der Vorstand demnächst darüber beraten und beschließen. Dieser stimmte dem Begehren am 3. Juli einstimmig zu, obwohl der dazu eingeladene Vorsitzende Lankenau nicht erschienen war. Offensichtlich vergrätzt forderte Dehnkamp die Löhnhorster auf, einen Hauskassierer zu bestimmen, der dem Vorstand angehören werde, und künftig zu Veranstaltungen des nunmehr gemeinsamen Ortsvereins zu erscheinen, »dass es uns nicht immer so

200 SPD-Tätigkeitsbericht vom 1. 4. 1921–31. 3. 1923 (wie Anm. 5), S. 30.

201 Vom 2. Quartal 1928 bis Ende 1930 zählte der Ortsverein konstant 11 männliche Mitglieder, vgl. SPD-Bezirksverband Hamburg-Nordwest, Tätigkeitsberichte vom 1. 1. 1927–31. 12. 1928, S. 36, und vom 1. 1. 1929–31. 12. 1930, S. 42.

202 Rb-Gau-Rundschreiben vom 31. 10. 1927, StAB 7,88 - 50/2.

203 StAB 7,88 - 50/3, daraus auch die folgenden zitierten Schreiben.

204 Dehnkamp an Wollmann vom 27. 6. 1929, daraus auch das Folgende.

geht wie auf der letzten Versammlung«. ²⁰⁵ Warum Dehnkamp, ein ansonsten äußerst resoluter »Reichsbannergeneral« und Parteisoldat, ²⁰⁶ sich so zurückhaltend äußerte, als es um G. Carl Lahusens Verhalten als Gutsherr ging, bleibt unklar. Immerhin drohte der Verlust eines ganzen Ortsvereins. Auf der 5. Rb-Gaukonferenz, die Anfang März 1930 in Cuxhaven stattfand, warnte er dagegen vor Machenschaften, die er aus Hohehorst kannte: »Mit verstärktem Druck erwerben sie [die Gegner des Reichsbanners, U.S.] in erheblichem Maße Zwangsmitglieder, die wirtschaftlich abhängig sind.« ²⁰⁷ Noch drastischer äußerte sich der Chefredakteur der BVZ Alfred Faust nach dem Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns: Lahusen habe die Nazibewegung mit Millionenbeträgen finanziert und auf Hohehorst gezielt Nazis und Stahlhelmer beschäftigt. ²⁰⁸

Nach dem Anschluss der Löhnhorster dauerte es nicht lange, bis Dehnkamp den von ihnen bestimmten Kassierer auch als potenziellen Führer des 6. Zuges auserkor, dessen Mitglieder sich aus den kleineren Randgemeinden Schönebeck, St. Magnus und Löhnhorst rekrutieren sollten. ²⁰⁹ Ernst Ullmann übernahm die Aufgabe und bewährte sich offenbar. Bei einer Neueinteilung der mittlerweile neun Vegesacker Schufo-Gruppen am 18. März 1931 blieb er für zwölf Leute aus den drei Ortschaften verantwortlich. ²¹⁰

8. Zusammenfassung

Obwohl das Reichsbanner ein straff geführter Kampfbund mit weitgehenden Durchgriffsrechten der Leitungsebenen war, entwickelten sich die fünf untersuchten Ortsvereine sehr unterschiedlich. In den ehemaligen USPD-Hochburgen Bremen und Hemelingen gab es anfangs starke Vorbehalte gegen die neue, wegen ihrer Überparteilichkeit als »rechts« empfundene Organisation. Dennoch entwickelte diese an beiden Standorten ein reiches und lebendiges Vereinsleben. In der Groß- und Handelsstadt Bremen boten sich den Mitgliedern freilich mehr Möglichkeiten sich zu entfalten. Dafür verliefen die Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern, insbesondere der SA, sehr viel härter als in der kleineren Industriegemeinde, in der die Arbeiterschaft einen höheren Bevölkerungsanteil stellte. Die Oberneulander Ortsgruppe könnte man als »Vorzeige-Verein« bezeichnen. Reibungslos absolvierte sie das jährliche Vereinsprogramm, berichtete regelmäßig darüber und räumte dem Demokraten Alois Rampf stets einflussreiche und geachtete Funktionen im Vorstand ein. Der hohe Mitgliederstand weist darauf hin, dass sie in der Wohnbevölkerung hinreichend verankert war. Im Ackerbürgerstädtchen Bassum dominierten dagegen rechtskonservative und völkische bzw. faschistische Parteien sowie Organisationen. In diesem von Vornherein feindlichen Umfeld

205 Dehnkamp an Lankenau vom 13. 7. 1929.

206 Vgl. Schröder, Innenleben (wie Anm. 2), S. 230 ff.

207 GB vom 22. 3. 1930.

208 Vgl. Faust, Panama (wie Anm. 198), S. 9 f.

209 Dehnkamp an Ullmann vom 11. 9. 1929, StAB 7,88 - 50/3.

210 Protokoll der Gruppenführersitzung vom 18. 3. 1931, StAB 7,88 - 50/8.

hatten es die Reichsbanner-Leute schwer sich zu behaupten. Sie schlossen sich aber offenbar fest zusammen und leisteten zähen Widerstand. Der kleine Löhnhorster Rb-Ortsverein hielt dagegen dem gegnerischen Druck nicht stand. Ein Großteil der Mitglieder bzw. potenziellen Mitglieder war von der Gunst eines übermächtigen Arbeitgebers abhängig, der sie einzuschüchtern vermochte. Es waren wohl die außerhalb der Gemeinde beschäftigten Werftarbeiter, die dem Reichsbanner treu blieben, sich aber unter die Fittiche des großen Vegesacker Ortsvereins flüchteten. Allen fünf Ortsgruppen gemeinsam war, dass sie überwiegend Arbeiter organisierten und dass die Funktionäre zumeist Sozialdemokraten waren.

**»Alles, was ich getan habe, hatte das eine Ziel,
in der Kirche ein ganzer Nationalsozialist zu sein.«
Zur Biographie des Bremer »Landesbischofs«
Heinz Weidemann (1895 – 1976)**

Von Peter Ulrich

*I. Vorbemerkung*¹

Am 24. Januar 1926 schrieb der damalige verwaltende Bauherr der St. Petri Domgemeinde in Bremen, der Rechtsanwalt und Notar Dr. August Lürman, an den soeben neu an den Bremer Dom gewählten Pastor Lic. Dr. Heinz Weidemann in dem Dorf Bremke bei Göttingen:

»Wir hegen die Hoffnung, dass die auf Sie, geehrter Herr Pastor, gefallene Wahl unserer großen Gemeinde zum Wohle gereichen möge und wünschen Ihnen von ganzem Herzen, dass Sie in der Ihnen sich darbietenden umfangreichen Wirksamkeit volle Befriedigung finden mögen.«²

Die von Lürman im Namen der Gemeinde ausgedrückte Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Fünfzehn Jahre später, am 11. Juli 1941, stellte der derzeitige verwaltende Bauherr der Domgemeinde, der Kaufmann Franz Albrecht Schütte, beim Oberstaatsanwalt am Landgericht Bremen Strafanzeige gegen den nunmehrigen Domprediger, Schriftführer, selbsternannten verwaltenden Bauherrn, den Staatsrat, Präsidenten der Bremischen Evangelischen Kirche, Landesbischof und Mitglied der NSDAP Lic. Dr. Heinz Weidemann, wohnhaft Domsheide 1:

»In meiner Eigenschaft als Gemeindeführer der St. Petri Domgemeinde erstatte ich, indem ich den vielfachen Aufforderungen aus Mitgliederkreisen der St. Petri Domgemeinde entspreche, die nachstehende Strafanzeige gegen den Obengenannten.«³

Schütte nannte in der Strafanzeige drei Gründe: a) Betrug, b) Vergehen gegen die Kriegswirtschaftsverordnung und c) Untreue. Außerdem teilte er mit,

1 Überarbeiteter und um Quellenbelege ergänzter Vortrag vom 13. 3. 2013 vor der St. Petri Domgemeinde. Das Zitat im Titel stammt aus Heinz Weidemann, Rechenschaftsbericht »Mein Wollen und Mühen, das religiöse Leben der Kirche zu erneuern« (April 1943), in: Entnazifizierungsakte Heinz Weidemann, StAB 4,66-I, S. 60/4 Rückseite.

2 Personalakte Pastor Lic. Dr. Heinz Weidemann. Domprediger 1926. Landesbischof 30. 6. 1934, in: Archiv der St. Petri Domgemeinde Bremen.

3 Ebd.

bei der zuständigen Einleitungsbehörde der damaligen Deutschen Evangelischen Kirche die Einleitung eines formellen Disziplinarverfahrens anzustrengen, was dann auch geschah.

Weidemanns Wirken, das zu diesem ungewöhnlichen Schritt des Gemeindeführers geführt hatte, ist seither mehrfach in der Literatur behandelt worden: Einer der schärfsten Gegner Weidemanns, der langjährige Bauherr der Gemeinde Unser Lieben Frauen, Prof. Dr. Karl Stoevesandt, hat 1961 zu Weidemanns Wirken gearbeitet⁴, Reijo E. Heinonen⁵ und Almuth Meyer-Zollitsch⁶ haben den damaligen sogenannten »Bremer Kirchenkampf« und somit Weidemanns Agieren dargestellt, zudem hat Herbert Schwarzwälder noch zu Lebzeiten Weidemanns eine biographische Lebensskizze vorgelegt.⁷ Eine wissenschaftliche Darstellung von Person und Werk Heinz Weidemanns fehlt indes noch immer.⁸

II. Der Weg Heinz Weidemanns vor 1933

Herkunft und Studienbeginn – Frontsoldat des Ersten Weltkriegs – Theologe in Göttingen und Pastor in Bremke bei Göttingen

Heinrich Franz Friedrich August Weidemann⁹ – genannt Heinz – wurde am 1. März 1895 in Hannover geboren.¹⁰ Sein Vater, Wilhelm Weidemann, war Lehrer und wurde später Seminaroberlehrer in Hannover.¹¹ Die Mutter, Marie Weidemann, geborene Rorig, war die Tochter des Militärrossarztes Heinrich Rorig in Hannover. Heinz Weidemann hatte noch drei weitere Geschwister. Er

4 Karl Stoevesandt, *Bekennende Gemeinden und deutschgläubige Bischofsdiktatur. Geschichte des Kirchenkampfes in Bremen 1933–1945*. Göttingen 1961. – Zum Thema Bremen in der Zeit des Nationalsozialismus: Inge MarBolek und Rene Ott, *Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung*. Unter Mitarbeit von Peter Brandt, Hartmut Müller, Hans-Josef Steinberg. Bremen 1986.

5 Reijo E. Heinonen, *Anpassung und Identität. Theologie und Kirchenpolitik der Bremer Deutschen Christen 1933–1945*. Göttingen 1978.

6 Almuth Meyer-Zollitsch, *Nationalsozialismus und evangelische Kirche in Bremen (VStHB 51)*, Bremen 1985; dies., *Die Bremische Evangelische Kirche 1918–1953*, in: *Bremische Kirchengeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Andreas Röpcke. Bremen 1994, S. 177–318.

7 Herbert Schwarzwälder, *Heinz Weidemann (geb. 1895). Irrungen und Wirrungen eines »braunen« Landesbischofs*, in: ders., *Berühmte Bremer*, München 1972, S. 245–294.

8 Der Verfasser hat Archivmaterial zu Person u. Werk Weidemanns im Landeskirchlichen Archiv der Bremischen Evangelischen Kirche, im Staatsarchiv Bremen, im Archiv der St. Petri Domgemeinde und im Universitätsarchiv Göttingen eingesehen. Er dankt Herrn Pastor em. Hans-Martin Schäfer, Bremen, der seine Recherchen im Bundesarchiv Berlin zum Fall Weidemann zur Verfügung gestellt hat.

9 Zu den genealogischen Daten: Fragebogen der Reichsmusikkammer, von Heinz Weidemann am 1. April 1938 ausgefüllt, in: *Personalakte Heinz Weidemann* (wie Anm. 2).

10 Zum Folgenden: Fragebogen ebd.; Schwarzwälder, Weidemann (wie Anm. 7).

11 Er stammte aus dem Dorf Othfresen nördlich vom Harz und war ein Sohn des dortigen Bäckermeisters Franz Weidemann.

wurde am 16. April 1895 in der Christuskirche zu Hannover getauft und am 20. März 1910 in der dortigen Schlosskirche konfirmiert.¹²

Weidemann besuchte das Goethe-Gymnasium in seiner Geburtsstadt und bestand 1914 das Abitur mit dem Gesamtergebnis »gut bis befriedigend«.¹³ Danach begann er Ostern 1914 in Göttingen Theologie zu studieren. Nach eigenem Bekunden im April 1960 hatte ihn folgender Gedanke dazu geführt:

»Zur Theologie war ich gekommen, nachdem ich als Primaner folgende Überlegung angestellt hatte: Da die Kirche allen Ernstes den Anspruch erhebt, über das Wohl und Wehe der menschlichen Existenz, über mein ewiges Seelenheil das entscheidende Wort zu verkündigen, muss es sich lohnen, an diese Institution ein Leben zu setzen, um die Berechtigung ihres Anspruchs zu erforschen. Von Anfang an war ich daher kritischer Theologe.«¹⁴

Im August 1914 meldete Weidemann sich bei Kriegsausbruch als Kriegsfreiwilliger. Er machte den ganzen Krieg mit, wurde mehrere Male verwundet und erhielt das Eiserne Kreuz II. und I. Klasse sowie das Verwundetenabzeichen. Als Frontsoldat brachte er es bis zum Leutnant der Reserve. Zunächst diente er bei den Königs-Ulanen, später als Bataillonsadjutant beim Reserve-Infanterieregiment 231, worauf er stolz war.¹⁵

Im Februar 1919 – der Vater war bereits 1917 verstorben – nahm Heinz Weidemann das Studium der Theologie in Göttingen wieder auf. Da die Mutter und die Geschwister – sie wohnten in Hannover, Theodorstr. 5 – materiell nicht gut abgesichert dastanden, musste er sich mit dem Studium beeilen. Die Studienzeit betrug im Ganzen sechs Semester in kaum zwei Jahren, darunter »Zwischensemester« für Kriegsteilnehmer. Am 24. September 1920 bestand Weidemann sein erstes theologisches Examen vor dem Landeskonsistorium in Hannover mit der Zensur »fast gut«.¹⁶ Die Hausarbeit hatte er über das Thema verfasst: »Das Recht des Privateigentums – eine theologische Untersuchung«.¹⁷ 1960 schrieb er rückblickend über sein Studium: »Während meines

12 Personalakte Heinz Weidemann der ev.-luth. Landeskirche von Hannover (1922–1925), Landeskirchliches Archiv der Bremischen Evangelischen Kirche; Schwarzwälder, Weidemann (wie Anm. 7), S. 245 ff.

13 Personalakte Weidemann, Landeskirchliches Archiv der Bremischen Evangelischen Kirche.

14 Heinz Weidemann, Mein Werdegang als Theologe und der Kampf um die Kirche in gedrängter Kürze, April 1960, Mss., in: Landeskirchliches Archiv der Bremischen Evangelischen Kirche, B.205.43, Unterstützungsverhandlungen, S. 1.

15 Laut Bescheinigung war er vom 15. 3. 1914 bis 16. 1. 1919 im Heeresdienst (Personalakte Heinz Weidemann, Landeskirchliches Archiv der Bremischen Evangelischen Kirche, G.2.b.W.4. (2)).

16 Ebd.

17 »Der Aufsatz ist stark politisch-antikommunistisch gefärbt und verfehlt nicht, auf die abschreckenden Beispiele der bolschewistischen Revolution und der Spartakusunruhen in Deutschland hinzuweisen. Die ›Gemeinwirtschaft‹ in der Umgebung Christi sei eine praktische Maßnahme für das Herumziehen der Jünger, jedoch kein Religionsprinzip.« Schwarzwälder, Weidemann (wie Anm. 7), S. 246.

theologischen Studiums haben die Göttinger Professoren Carl Mirbt und Walter Bauer den größten Einfluss auf mich ausgeübt.«¹⁸

Weidemanns Lieblingsfach innerhalb der Theologie war die Kirchengeschichte. Sein väterlicher Lehrer, der Kirchenhistoriker Carl Mirbt (1860–1929)¹⁹, lehrte in Göttingen von 1911 bis zu seiner Emeritierung 1928. Er hatte sich einen Namen gemacht mit Arbeiten zum Investiturstreit sowie zur Papstgeschichte.²⁰ Der Protestant Mirbt zeichnet darin ein negatives Bild des Katholizismus. In seinem Nachruf für Mirbt in der Zeitschrift der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte von 1931 sagt Weidemann: »Wer ihn (Mirbt – Verfasser) gehört hat, weiß, mit welcher Freude der Politiker die geheimen Fäden des heiligen Stuhls aufdeckte.«²¹ Einen solchen Antikatholizismus hat sich Weidemann ebenfalls zu Eigen gemacht.

Mirbt, politisch konservativ, war 1920/21 – also zu Weidemanns erster Göttinger Zeit – Rektor der Universität. Zugleich war er Vorsitzender der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte und gab neben der damaligen Zeitschrift der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte die von ihm begründeten Studien zur Kirchengeschichte Niedersachsens heraus. Hier veröffentlichte Weidemann 1925²² und 1929²³ eine zweibändige Monographie über Gerard Wolter Molanus (1633–1722), Abt zu Loccum. Dieser war ein wichtiger Vertreter der protestantischen Seite in den sogenannten Reunionsverhandlungen des 18. Jahrhunderts, auf denen evangelische und römisch-katholische Theologen versuchten, die beiden großen deutschen Konfessionen wieder zu vereinigen.²⁴

Von Ostern 1921 bis Ostern 1922 war Weidemann für ein Jahr Vikar im Stephansstift in Hannover. Seit dieser Zeit trieb der junge Theologe auf Anregung von Carl Mirbt seine Studien zu dem Abt Molanus. Diesen Stoff nutzte Weidemann für seine weiteren akademischen Zwecke geschickt aus: Bereits 1921 konnte er einen Teil seiner Untersuchungen als theologische Promotion einreichen (Licentiat theologiae, abgekürzt: Lic. Theol), 1922 einen weiteren Teil als Hausarbeit im zweiten theologischen Examen in Hannover, 1925 einen

18 Weidemann, *Mein Werdegang* (wie Anm. 14), S. 1.

19 Vgl. Rudolf Schieffer, Art. Mirbt, Carl, in: NDB 17 (1994), S. 557 (Onlinefassung).

20 Carl Mirbt, *Quellen zur Geschichte des Papsttums und des römischen Katholizismus*, 2 Bde.: 1. Aufl. 1895; 4. Aufl. 1924; 6. Aufl. hrsg. von Kurt Aland, Tübingen 1967.

21 Heinz Weidemann: Carl Mirbt zum Gedächtnis, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte* 36 (1931), S. 8.

22 Ders., *Gerard Wolter Molanus. Abt zu Loccum. Eine Biographie*, 1. Bd., Göttingen 1925 (Studien zur Kirchengeschichte Niedersachsens, in Verbindung mit Geh. Kons.-Rat D. Philipp Meyer in Hannover und Konsistorialrat D. Ferdinand Cohrs in Ilfeld hrsg. von Geh. Kons.-Rat Professor D. Carl Mirbt in Göttingen).

23 Ders., *Gerard Wolter Molanus. Abt zu Loccum. Eine Biographie*, 2. Bd., Göttingen 1929 (Studien zur Kirchengeschichte Niedersachsens, in Verbindung mit Vizepräsident D. Wagenmann in Hannover und Konsistorialrat D. Ferdinand Cohrs in Ilfeld herausgegeben von Geh. Kons.-Rat Professor D. Carl Mirbt in Göttingen).

24 Vgl. Hans Otte und Richard Schenk (Hrsg.): *Die Reunionsgespräche im Niedersachsen des 17. Jahrhunderts. Rojas y Spinola – Molan – Leibniz*, Göttingen 1999.

dritten Teil zur Erlangung des Dr. phil. in Göttingen.²⁵ Der Loccumer Abt wurde zu seinem wissenschaftlichen Spezialthema. Eine akademische Laufbahn allerdings blieb Weidemann verwehrt, so er sie überhaupt angestrebt hat.

Nach seinem zweiten theologischen Examen im November 1922 wurde Weidemann Hilfsprediger an der Innenstadtkirche St. Jacobi in Göttingen und blieb somit im gewohnten universitären Umfeld. Ein Jahr später, im November 1923, trat er die Stelle des Inspektors am theologischen Stift in Göttingen an, was die Arbeit an seinem wissenschaftlichen Thema ebenfalls ermöglichte. Sicher hatte er die begehrte Stelle nicht zuletzt dem bekannten Emanuel Hirsch zu verdanken, der seit 1921 in Göttingen Kirchengeschichte lehrte und gerne in Sachen Personalia die Fäden mit zog.²⁶

Hirsch scheint viel von dem sieben Jahre jüngeren Weidemann gehalten zu haben und dürfte neben Mirbt dessen zweiter theologischer Ziehvater gewesen sein.²⁷ Auch nach 1933 verband beide ein gutes Verhältnis, man kann Hirsch später zu den profilierten Mitarbeitern Weidemanns zählen²⁸. Ebenso lernte der junge Weidemann in Göttingen weitere zukünftige Mitarbeiter kennen – so den späteren Staatssekretär im Ministerium für kirchliche Angelegenheiten Hermann Muhs²⁹ sowie den späteren Bremer Pastor Rudolf Gensch.

In Göttingen galt der junge Weidemann als rechter Frontsoldat. Nach Reijo Heinonen erinnerte sich der Abt von Amelungsborn, Christhard Mahrenholz, später, dass man in Göttingen über Weidemann sagte: »Er übt seinen priesterlichen Dienst mit dem Kruzifixus in der einen Hand und mit der Handgranate in der anderen aus.«³⁰ Viele rechte, zum Teil militante Soldaten der sogenannten Frontgeneration hatten die Niederlage des Ersten Weltkriegs nicht verkraftet und sie fanden ihre politische Heimat in rechten Organisationen – so z. B. im »Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten«. Diese Bünde waren ein fruchtbarer Nährboden für den aufkeimenden Nationalsozialismus.³¹

25 »Die mündliche Doktorprüfung fand am 3. August 1925 statt. Aus unbekanntem Gründen hat es dann aber fünf Jahre gedauert, bis die Dissertation vorschriftsmäßig gedruckt wurde. Während dieser Zeit bediente sich Weidemann jedoch bereits der akademischen Titel Lic. theol. und Dr. phil.«, Herbert Schwarzwälder, Weidemann (wie Anm. 7), S. 248; Doktorvater war der Historiker Arnold Oskar Meyer (1877–1944); die Promotionsurkunde ist datiert auf den 2. 8. 1930, vgl. zum Promotionsvorgang: Universitätsarchiv Göttingen, Philosophische Fakultät, Promotionen-Specialia, W, 1923-1932.

26 Mündliche Auskunft von Prof. Dr. Rudolf Smend, Göttingen.

27 Ebd.

28 So publizierte Hirsch in den dreißiger Jahren in Weidemanns Organen der »Kommenden Kirche«, hielt Vorträge auf den Bremer Kirchentagen der Bewegung »Kommende Kirche« und verfasste Lieder für das Gesangbuch »Lieder der Kommenden Kirche«, dem Vorläufer des später von ihm selbst herausgegebenen Gesangbuchs der »Kommende Kirche«. Weidemann hingegen schrieb 1940 für die Feldausgabe von Hirschs Buch über Paulus das Vorwort.

29 Vgl. Heinonen, Anpassung und Identität (wie Anm. 5), S. 29.

30 Ebd.

31 Vgl. Alexander Meschnig: Der Wille zur Bewegung. Militärischer Traum und totalitäres Programm. Eine Mentalitätsgeschichte vom Ersten Weltkrieg zum Nationalsozialismus. Bielefeld 2008.

1960 erinnerte sich Weidemann an die Zeit als Stiftsinspektor, als er Karl Barth kennenlernte, und schrieb über ihn:

»Als ich Stiftsinspektor war, kam der junge Karl Barth nach Göttingen. Seine radikale Fragestellung begeisterte mich. Den Feind der Kritik und Dogmatiker lehnte ich ab.«³²

Mit »Feind« dürfte Weidemann die Vertreter der liberalen Theologie gemeint haben. Weidemanns Erwähnung von Karl Barth scheint im April 1960 jedoch eher der Rechtfertigung seiner Haltung während des Nationalsozialismus geschuldet zu sein. Im Kirchenkampf zumindest musste Weidemann sich als dessen radikaler Gegner gefühlt haben.

Im April 1925 wurde Weidemann eine Assistentenstelle an der theologischen Fakultät angeboten, die er jedoch ablehnte. Denn nun galt es Geld zu verdienen: Bereits 1922 hatte er in Hannover die 25-jährige Luise Georgine Schmidt, genannt Lieschen, geheiratet, Tochter eines Fleischers, mit der er drei Kinder bekommen sollte: 1927 Jutta, 1930 Heinz Martin und 1932 Christa. Im Juli 1925 übernahm Weidemann die Pfarrstelle in Bremke bei Göttingen, die er nach Schwarzwälder »von Anfang an nur als vorübergehenden Broterwerb an(sah).«³³ Weidemann hatte in dem als »rot« geltenden Dorf großen Erfolg, indem es ihm gelang, mit »unermüdlicher Energie und anerkannter rednerischer Begabung ausgerüstet ... die Kirche ›voll zu predigen‹ ... «³⁴

1925 veröffentlichte Weidemann den ersten Band seiner Biographie über Gerard Wolter Molanus in dem traditionsreichen Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht. Im Vorwort dankte er Mirbt dafür, »dass er die ersten Anregungen zu der vorliegenden Arbeit gegeben und auch fernerhin in liebevollster Weise und mit größtem Interesse meine Studien verfolgt und gefördert hat«.

Domprediger in Bremen

Ortswechsel: Nachdem in Bremen 1925 der Domprediger Ludwig Jacobskötter gestorben war, trat eine Wahlkommission zusammen, der die vier Bauherren Anton Ludwig August Lürman, Rechtsanwalt und Notar, Heinrich Bömers, Kaufmann und Senator, und die Kaufleute George W. Wätjen und Julius Eduard Hirschfeld angehörten, ferner die Domprediger Oscar Mauritz, Adolf Schäfer, Otto Hartwich und Erich Pfalzgraf sowie die nichtständigen Mitglieder im Konvent, nämlich die Kaufleute Ernst Kellner, Konsul Paul Meyer und August Schmöle, der Bankier Carl Eduard Meyer und der frühere Senator und derzeitige Präsident der Bremischen Evangelischen Kirche, Dr. Theodor Lürman. Allgemeiner Wunsch war es, einen guten Prediger sowie einen anziehenden Lehrer für die Jugend zu finden. Zudem sollte der neue Prediger die positive Linie am Dom weiter vertreten, d. h. im Gegensatz zu seinen liberalen Amtsbrüdern traditionell biblisch ausgerichtet sein. Es bewarben

32 Weidemann, *Mein Werdegang* (wie Anm. 14), S. 1.

33 Schwarzwälder, Weidemann (wie Anm. 7), S. 248.

34 Heinonen, *Anpassung und Identität* (wie Anm. 5), S. 29.

sich 76 Theologen auf die vakante Stelle. Über Weidemann holten Heinrich Bömers bei Carl Mirbt³⁵ und Ernst Kellner bei dem Göttinger Historiker Ulrich Kahrstedt positive Beurteilungen ein.³⁶ Beide Auskünfte genügten, um Weidemann dem Konvent mit vier weiteren Mitbewerbern zu präsentieren. Er passte genau in das gewünschte Profil. Außerdem mag ihm sein Göttinger akademisches Herkommen einen gewissen Glanz verliehen haben.

Am Sonntag, dem 29. November 1925, hielt Weidemann, der wohl als Favorit galt, seine Wahlpredigt. Er predigte über Galater 5,6: »Denn in Christus Jesus gilt weder Beschneidung noch Unbeschnittensein etwas, sondern der Glaube, der durch die Liebe tätig ist.« Dabei holte er seine Bremer Hörer geschickt ab, indem er die damaligen schweren Zeitläufte aufnahm und von den »gewaltigen Erschütterungen unseres Volkskörpers«³⁷ sprach. Er benannte dann die verschiedenen Wege, welche die Menschen gehen, um der Not zu entkommen und folgerte:

35 »Hoch verehrter Herr Senator! Die Beantwortung Ihrer vertraulichen Anfrage vom 3. d. M. btr. Herrn Pfarrer Lic. Dr. Weidemann in Bremke bei Göttingen bemerke ich: 1) Pfarrer Weidemann ist ein gewandter, eindrucksvoller Kanzelredner; 2) Als Hilfspfarrer wie als Inspektor des Theologischen Stifts hierselbst hat er die Fähigkeit bewiesen, mit Menschen umzugehen. Über die Zeit seiner Hilfspredigerzeit hinaus zeigte die im Kindergottesdienst versammelte Jugend seiner Gemeinde ihm große Anhänglichkeit; ebenso konnte ich beobachten, dass er bei Gebildeten wie bei einfachen Leuten großes Vertrauen genoss; 3) Die gesellschaftlichen Formen beherrscht Pfarrer Weidemann vollkommen. 4) Pfarrer Weidemann ist eine konziliante Natur und ein taktvoller Mensch; 5) Politisch steht er auf der rechten Seite; 6) Kirchlich desgleichen. Ich füge hinzu, dass Pfarrer Weidemann mir seit langen Jahren bekannt ist und mir nach jeder Richtung für ein verantwortungsvolles Pfarramt in einer Großstadt qualifiziert scheint. Nach bestem Wissen und Gewissen diese Auskunft erteilend, bin ich, hochverehrter Herr Senator, mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener Mirbt.«, in: Personalakte Weidemann (wie Anm. 2).

36 »Lieber Herr Kellner! Schönen Dank für Ihren freundlichen Brief. Herr Dr. Weidemann ist mir wohl bekannt, da er unter meinem Dekanat promoviert hat, ich habe außerdem bei hiesigen Theologen Erkundigungen eingezogen. Alle diese bejahten Ihre Frage, Herr W. ist ein guter Prediger, sein Organ (das kann ich bestätigen) langt für die große Kirche aus und Kindererziehung ist sein Gebiet, das ihn interessiert und auf dem er starke Begabung hat. W. ist auch bereits für Hannover in Aussicht genommen worden, nur seine Promotion hat ihn hier festgehalten. Dass er in einem Dorf wie Bremke sitzt, kommt lediglich daher, dass seine Universitätslehrer auf eine Stelle lancierten, wo er nahe bei der Göttinger Bibliothek ist wegen seiner Studien und Arbeiten. Sein eigentlicher Lehrer, Geh. Konsistorialrat Mirbt, sagte mir, er sei ein ausgesprochener Großstadtpfarrer. (Bremke, wo er gut wirke, ist das rötteste Dorf der Gegend). – Sein historischer Doktor war nicht sonderlich, aber dabei handelte es sich ja nicht um Dinge, die für seine Tätigkeit an einer großen Kirche bedeutsam sind. Äußerlich eine gute Erscheinung. Hoffentlich genügt die Auskunft. Sonst frage ich gern weiter nach. Mit besten Grüßen von Haus zu Haus ... immer Ihr Kahrstedt.«, in: Personalakte Weidemann (wie Anm. 2).

37 Heinz Weidemann, Wahlpredigt, ebd.

»Ein Jammer nur, dass aus unserem Zwergengeschlecht nicht eine solche Riesenpersönlichkeit hervorragt wie Paulus, der in einzigartiger Weise Christusleben und Jesusglaube in sich verkörpert.«³⁸

Wie ein Leitmotiv klingt hier die Sehnsucht nach einem starken Mann an, die den Prediger wie unzählige andere Menschen nur wenig später Adolf Hitler in die Arme trieb. Die Wahlpredigt zeigte auch den politisch rechts stehenden Weidemann, wenn er sagte:

»Du weißt, unsere Väter waren fromm. Das war Germanenart! Wir müssen es wieder werden. Und wenn es den Anschein hat, dass alle Geister der Hölle sich auf Volk und Seele gestürzt haben, ja, dass sie gleich einer Meute auf uns gehetzt sind: Lug und Trug, Hochmut und Hassgeist, Goldes- und Sinnengier, so verzweifeln wir nicht. Wir kennen nur zu gut den alten Seelenadel, der trotz allem in deinem Edelblut steckt und aus deinem Blauauge schaut, deutsches Volk ...«³⁹

Schließlich sprach Weidemann in seiner Wahlpredigt die Jugend an, die der Führung bedarf, und stellte fest:

»Sie (die Jugend) schreit nach Führung; und wenn sie sich noch so selbständig gebärdet, sie kann nicht verbergen, wie unsicher sie sich fühlt. Tu ihr die Liebe, zeig ihr den größten Menschheitsführer, dass er sie unter seine Kommandogewalt zwingt.«⁴⁰

Mit dem größten Menschheitsführer meinte Weidemann 1925 natürlich Christus, aber auch diese Wortwahl klingt im Nachhinein doppeldeutig. Solche Töne kamen in der bürgerlichen Domgemeinde gut an. Am Sonntag, dem 24. Januar 1926, fand die Wahl durch den Konvent der Gemeinde statt. Von den 90 abgegebenen Stimmen entfielen 68 auf Weidemann, ein klares Ergebnis. Am 6. März 1926 bestätigte der Kirchenausschuss der Bremischen Evangelischen Kirche die Wahl der Gemeinde, und am Sonntag, dem 11. April 1926, führte der Pastor primarius Oscar Mauritz Weidemann in sein neues Amt ein.⁴¹

38 Ebd.

39 Ebd.

40 Ebd.

41 Im Zuge der Vorbereitung zur Einführung Weidemanns fasste der verwaltende Bauherr Lürman im Namen des Bauherrenkollegiums das pastorale Leben am Dom damals so zusammen, indem er dem zukünftigen Domprediger in Bremke mitteilte: »Zu Ihrer Kenntnis legen wir ein Exemplar unserer zur Zeit noch gültigen Gemeindeverfassung bei, woraus Sie die Organisation und die rechtliche Stellung unserer Gemeinde, ihrer Mitglieder, Geistlichen und Beamten im allgemeinen ersehen wollen und fügen über ihren zunächst in Frage kommenden Geschäftskreis folgendes hinzu: An jedem Sonntag finden gegenwärtig drei Gottesdienste (zwei im Dom, einer im Haus Seefahrt), sowie eine Abendmahlsfeier, mit welcher die Vorbereitung verbunden ist, statt; die Gottesdienste werden nach einem regelmäßigen Turnus von den fünf Predigern gehalten. Ferner wechseln unter sämtlichen Predigern die Predigten an den Festtagen, während die Predigten an den fünf Freitagen in der Fastenzeit, nach welchen ebenfalls eine Abendmahlsfeier stattfindet, von den vier jüngeren gehalten werden.



Abb. 1: Pastor Heinz Weidemann an seinem Schreibtisch im Pfarrhaus Domsheide 1, Bremen 1932–36. Foto aus dem familiären Umfeld der Familie Weidemann. (Abb. 1–4: StAB, 10, B A1-217 Fotoalbum Tietjen/Weidemann)

Dazu hielt er eine »Einführungsrede«, die zusammen mit der Antrittspredigt Weidemanns, gedruckt bei Carl Schünemann, »Zum Besten der St. Petri-Gemeindepflege« erschien.⁴² Weidemann hielt seine Antrittspredigt über Römer 7,24 f.⁴³

Die Familie des neuen Dompredigers bezog am Dom das Pfarrhaus des Vorgängers Ludwig Jacobskötter, Domsheide 1. Es wich in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts der Erweiterung der Violenstrasse.

Die Tauf und Trauungen wechseln wöchentlich, auch werden einige andere Amtshandlungen im St. Petri Waisenhaus und St. Petri Witwenhaus wechselweise wahrgenommen. Dem Religionsunterrichte der Jugend, welcher zwei Jahre dauert, werden gewöhnlich 8–10 Stunden wöchentlich gewidmet; der Unterricht und die Konfirmation der Zöglinge des Waisenhauses wechselt jährlich. Die Austeilung des heiligen Abendmahls übernehmen sämtliche Prediger.«, in: Personalakte Weidemann (wie Anm. 2).

42 Vgl. die Antrittspredigt Weidemann in: *Hospitium Ecclesiae* 17, 1989, S. 179–184.

43 Heinonen unterzieht diese Predigt einer eingehenden Untersuchung. Reijo E. Heinonen, Zwischen zwei Zeitaltern. Anmerkungen zur Predigt von Lic. Dr. Heinz Weidemann, in: *Hospitium Ecclesiae* 17, 1989, S. 185–190.

»Es war das älteste Pfarrhaus der Domgemeinde, 1807 gebaut und eines der letzten Ständerhäuser in der Altstadt. Die Wände wurden durch Holzständer gehalten, deren Zwischenräume mit Lehm ausgefüllt waren, was im Sommer kühlte und im Winter wärmte. Das spitzgiebelige weiße Haus hatte ein wunderschönes, barock wirkendes Holztreppehaus mit niedrigen breiten Stufen – die herrlichen Geländer weiß, die Handläufe schwarz lackiert.«⁴⁴

Das Weidemanssche Pfarrhaus besaß neben dem Parterre noch zwei Geschosse, die nach vorne einen weiten Blick über die Domsheide, nach hinten einen Blick in die verschiedenen Pastorengärten erlaubten.

Der Garten grenzte an den des Dompredigers Oscar Mauritz, dessen Pfarrhaus in der Sandstr. 15/Ecke Violenstraße stand. Das Nachbarhaus zur Linken, die Domsheide 2, bewohnte bis 1934 der wie Mauritz stadtbekanntere Domprediger Otto Hartwich mit seiner Familie, ab 1934 der Domprediger Hermann Rahm mit Familie. Die rechte Seite von Pfarrhaus und Garten wurde durch die damals erheblich schmalere Violenstraße begrenzt. Auch hatte das geräumige Gebäude eine Veranda. Stand man vor dem Eingang des Hauses der Familie Weidemann, so erhob sich rechts von der Violenstraße das relativ nahe gelegene hohe Gerichtsgebäude. Seinen Konfirmandenunterricht wird Weidemann in einem an sein Pfarrhaus hinten angrenzenden Lehrsaal durchgeführt haben.

Um 1932 bis 1936 lebte Margarete Tietjen als Kinderschwester im Hause Weidemann und nahm sich der drei Kinder an. Ihr Fotoalbum⁴⁵ zeigt Abbildungen aus dem Familienleben, so Ausflüge nach Fischerhude 1933 und Moringen.

In der Erinnerung einer ehemaligen Konfirmandin war Weidemann »flott«, und sie fügte hinzu: »ein flotter Hirsch«.⁴⁶ Seine Bewegungen waren schnell, seine Sprache eloquent. Er kam gut an, füllte am Sonntag den Dom und erreichte die Jugend. Sein Unterricht war lebensnah, und zuweilen erzählte er den staunenden Konfirmanden und Konfirmandinnen von seinen Kriegserlebnissen. Daneben engagierte er sich im Domjugendbund, der eine breit gefächerte Jugendarbeit anbot.⁴⁷ Sicher galt Weidemann nach seinem Eintritt in das Dompredigerkollegium als zukünftiger Hoffnungsträger der Gemeinde. Seine ersten Amtsjahre waren geprägt von wirtschaftlicher Depression verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit, politischen Radikalisierungen, Straßen- und Saalschlachten sowie der »Schmach von Versailles«.

Neben dem Dompfarramt veröffentlichte Weidemann 1929 den zweiten Teil seiner Molanus-Biographie. Im Vorwort dankt er »Herrn Vize-Präsidenten D. Wagenmann – Hannover, Herrn Studienrat Dr. Harms – Bremen und Herrn

44 Peter Ulrich, »Dominus providebit« – »Der Herr wird Vorsorge tragen«. Die Predigerhäuser auf der Dominsel erzählen Bremer (Kirchen-)Geschichte, in: Bremer Häuser erzählen Geschichte, hrsg. von Detlev G. Gross und Peter Ulrich, Bremen 2001, S. 37 f.

45 Der Verfasser dankt Herrn Ulrich Tietjen, Bremen, für die Zurverfügungstellung des Albums.

46 Mündlich Auskunft Anneliese Popken, Bremen.

47 Ebd.



Abb. 2: Foto der Domsheide um 1932–36, in der Bildmitte das Pfarrhaus Domsheide 1, dahinter das Gerichtsgebäude, rechts das Gustav-Adolf Denkmal.

Pastor Wilken – Bremen⁴⁸ für Hilfeleistung und Korrektur. Im Nachwort sagt er über Molanus, und darin wird er den Loccumer Abt sich selbst zum Vorbild genommen haben:

48 Heinz Weidemann, Vorwort, in: Molanus 2. Bd. (wie Anm. 23); die Domgemeinde pflegte auch in Weidemanns Fall den althergebrachten Brauch, eine Hilfe zur Wohnungseinrichtung zu geben. 96 Domgemeindeglieder sammelten die Summe von 3090.- RM, von denen 10 % an den Kassierer Melle gingen, so dass Weidemann schließlich 2781 RM ausgehändigt wurden, für die er sich beim verwaltenden Bauherren bedankte, vgl.: Personalakte Weidemann (wie Anm. 2).

»Molan war ein Mann, der seinen Weg unbeirrt ging. ... Molan hat ... stets seine Selbständigkeit gewahrt, und sein reger Geist hat sich immer ein eigenes Urteil gebildet ... Seine bleibende Bedeutung liegt sicher nicht in dem, was er für Hannover und Loccum getan hat; vielmehr macht das ihn zu einem Man, der immer wieder die Blicke auf sich richten wird, dass er den Mut hatte, das weltgeschichtliche Problem der Einigung der christlichen Kirche selbständig durchzudenken und durchzuarbeiten.«⁴⁹

III. Der Weg Heinz Weidemanns nach 1933

Sein Weg in den Nationalsozialismus – 1933: Schriftführer der Bremischen Evangelischen Kirche, Staatsrat und Gauleiter der Deutschen Christen in Bremen – 1934: Unrechtmäßige Zulegung des Titels »Landesbischof« und »stellvertretender Landeskirchenführer«; 1936: Präsident der Bremischen Evangelischen Kirche

Am 23. April 1933 trat Heinz Weidemann in die NSDAP ein.⁵⁰ Im Nationalsozialismus sah Weidemann wie viele seiner Zeitgenossen die politische Zukunft Deutschlands gesichert. Zugleich teilte er dessen Antisemitismus.

Weidemann erhoffte sich durch die vermeintliche politische Erneuerung auch eine kirchliche Erneuerung. Diese konnte nach seiner Überzeugung nur durch den Nationalsozialismus gelingen. 1933 schloss er sich daher der am Ende der Weimarer Republik entstandenen reichsweiten Bewegung der Deutschen Christen an.⁵¹ Diese begrüßte Adolf Hitler als Führer der Deutschen und sah ihn als von Gott gesandt an. Die Deutschen Christen, die 1933 rasch an Zulauf gewannen, erblickten zwischen Christentum und Nationalsozialismus keinen Gegensatz, sondern eine gegenseitige Ergänzung. Bezeichnend für Weidemanns Haltung und seine Einschätzung der Lage ist die vierzehn Seiten umfassende Schrift »Ein kurzes Wort zur kirchlichen Lage der Gegenwart«, die er 1934 herausgab. Darin sagte er:

»Gott hat der deutschen Kirche eine so große Stunde geschenkt wie nie zuvor. Adolf Hitler, der Führer des jungen Deutschlands, baut einen Staat auf, der im schroffen Gegensatz zu dem steht, den wir nach dem Kriege erleben mussten. Vorbei das Gerede, Religion sei Privatsache; vorbei Schulen ohne Religion; vorbei verantwortungslose Korruption, Schmutz und Schund. Sieht man denn gar nicht das unablässige Ringen des Dritten Reiches um einen Lebensinhalt, der nicht aus dem Staube kommt? Dieser Staat will und kann die religiöse Grundlage gar nicht entbehren.«⁵²

49 Heinz Weidemann, Molanus 2. Bd. (wie Anm. 23), S. 147.

50 Fragebogen, in: Personalakte Weidemann (wie Anm. 2).

51 Vgl. Heinonen, Anpassung und Identität (wie Anm. 5).

52 Heinz Weidemann, Ein kurzes Wort zur kirchlichen Lage, Bremen o. J. (1933), S. 4.

Weidemann setzte nun alles daran, Einfluss in der Bremischen Evangelischen Kirche zu gewinnen.⁵³ Hier wollte er das Führerprinzip im Sinne des Nationalsozialismus einführen, um damit in seinem Sinn eine Erneuerung der Bremischen Evangelischen Kirche herbeizuführen. Er ließ sich noch 1933 durch den alten Pastor Paul Thyssen (früher Prediger an St. Stephani) in der Landgemeinde Wasserhorst zum »Gauleiter« der sich in Bremen bildenden Gauorganisation der Deutschen Christen vorschlagen und unter dem Vorwand zum Vorsitzenden wählen, dass kein ortsfremder Pfarrer die zukünftigen Bremer Deutschen Christen leiten solle.

Am 27. Juni 1933 wurde der nationalsozialistische Senator Otto Heider zum Senatskommissar für kirchliche Angelegenheiten ernannt. Dieser löste am 30. Juni 1933 den Kirchentag und damit den Kirchenausschuss ohne Rechtsgrundlage auf. Am 30. August 1933 wurde ein neuer Kirchentag gewählt, auf dem die Bremer Deutschen Christen ihren Einfluss ausbauten. Der neue Kirchenausschuss, später »Kirchenregierung« genannt, besaß nur noch eine beratende Funktion. Der Hastedter Pastor Hermann Rahm schlug Weidemann zum Schriftführer des Kirchenausschusses vor, der auch gewählt wurde.⁵⁴ Die Bremische Evangelische Kirche wurde nun an die neue evangelische Reichskirche Deutschlands angegliedert, und Weidemann überdies zum bremischen Senatsrat ernannt.

Am 27. Januar 1934 ließ er sich durch den Reichsbischof Ludwig Müller auf dem Hintergrund des Reichkirchengesetzes von 1933 zum vermeintlichen Landesbischof und zum stellvertretenden Landeskirchenführer ernennen – beide Ämter hatte es bis dahin in der Bremischen Evangelischen Kirche nie gegeben.⁵⁵ Otto Heider wurde nun Präsident der Bremer Kirche; er gab dieses Amt allerdings bereits 1936 wieder ab, als er von der SA zur SS wechselte, deren Angehörige keine Kirchenmitglieder sein durften. Heider ernannte daraufhin Weidemann 1936 zum Präsidenten der Bremischen Evangelischen Kirche. Damit vereinigte dieser innerhalb von drei Jahren in seiner Person die geistliche und weltliche Führung der Bremischen Evangelischen Kirche, eine Machtfülle, die so bisher niemals in einer Hand gewesen war. Zugleich setzte er seine Pfarramtstätigkeit am Dom fort.

Weidemann versuchte, in der reichsweiten Bewegung der Deutschen Christen seinen Führungsanspruch durchzusetzen, zu deren Bischof 1933 der frühere Königsberger Reichswehrpfarrer Ludwig Müller gewählt worden war.

53 Zum Folgenden vgl. die detaillierte Darstellung bei Heinonen, Anpassung und Identität (wie Anm. 5); Almuth Meyer-Zollitsch, Die Bremische Evangelische Kirche (wie Anm. 6).

54 Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kirchentages der Bremischen Evangelischen Kirche vom 30. August 1933, in: Personalakte Heinz Weidemann, Landeskirchliches Archiv der Bremischen Evangelischen Kirche, P.A.W.G.2.b.W.4 (2), S. 26.

55 Die Verfassung der Bremischen Evangelischen Kirche von 1920 wurde zwischen 1933 und 1945 nicht außer Kraft gesetzt. Es bestand ein Antagonismus zwischen Staat und NSDAP, die versuchte, staatliche Strukturen durch Parteifunktionen zu ersetzen. Die Titel »Landesbischof« und »Landeskirchenführer« gehen auf die NS-Terminologie zurück. Der Verfasser dankt Herrn Johann Christian Bosse, Bremen, für Hinweise.

Er wollte die Bremische Evangelische Kirche in eine dem Nationalsozialismus willfährige Musterkirche umformen und sie in eine Reichskirche einbringen, welche die althergebrachten Grenzen der verschiedenen Landeskirchen überwinden sollte. Doch die Deutschen Christen waren keine homogene Bewegung. Ihre thüringischen und sächsischen Anhänger gingen eigene Wege. Auch ihre Anhänger in Hannover und Westfalen standen nicht unbedingt hinter dem Gedanken einer überkonfessionellen protestantischen Reichskirche. 1935 kam es zum Bruch zwischen Weidemann und der Leitung der Deutschen Christen in Berlin, deren Reichsbischof Müller durch den neuen Reichskirchenminister Otto Kerrl 1934 entmachtet wurde.

Dompredigerkollegium – Weidemanns Mitarbeiter – Widerstand der Bekennenden Gemeinden in Bremen

An dieser Stelle ist zu fragen: Wie verhielt sich das Dompredigerkollegium ab 1933 angesichts solcher Zentralisierungsmaßnahmen durch eines seiner Mitglieder?

a) Otto Hartwich, national-konservativ eingestellt und Freimaurer, wurde bereits 1934 emeritiert.

b) Seine Nachfolge trat der bisher in Hastedt amtierende Hermann Rahm an, der wie Weidemann zu den Deutschen Christen der ersten Stunde in Bremen zählte und, wie Almuth Meyer-Zollitsch ausführt, in Hastedt sein Pfarrhaus Mitgliedern der SA als »Versammlungsort und Unterschlupf zur Verfügung«⁵⁶ gestellt hatte. 1933 übernahm Rahm neben seiner Gemeindefunktion zusätzlich für zwei Jahre die Funktion eines Landesjugendpfarrers und gehörte in den folgenden Jahren dem Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche an. Er kann als Mitarbeiter Weidemanns gelten, bis er sich 1941 wegen von diesem abwandte.

c) Oscar Mauritz, Pastor primarius, trat diesbezüglich nicht öffentlich hervor. Aus der Duz-Freundschaft zwischen ihm und Weidemann kann man keine tragfähigen Schlüsse ziehen. Der erzliberale, fast siebzigjährige Mauritz hat den braunen Kirchenaufbruch nicht aktiv bekämpft, sondern positiv begleitet.

d) Erich Pfalzgraf gehörte 1933 dem neuen Kirchenausschuss an und wird damit nicht als Gegner Weidemanns anzusehen sein.

e) Nach Pfalzgrafs Tod 1937 trat 1939 der DC-Pfarrer Heinrich Krumwiede in das Kollegium ein, der allerdings in der Gemeinde kriegsbedingt keinen Einfluss gewann.

f) 1940 schließlich kam Dr. Walter Dietsch aus Gröpelingen hinzu. Wie Rahm war er bis 1941 ein Parteimann Weidemanns, bis auch er sich von diesem abwandte. Seine Gründe bezogen sich auf Weidemanns kriminelle Handlungen und dessen charakterliches Versagen. Auch wenn Dietsch zeitweise als Gefolgsmann Weidemanns gelten muss, war er doch kein Mitglied der NSDAP.

g) Über Adolf Schäfers Verhältnis zu Weidemann lässt sich nichts sagen. Insgesamt also hat sich das Dompredigerkollegium nach 1933 Weidemann gegenüber positiv verhalten. Dieser brachte das Kollegium hinter sich und

56 Meyer-Zollitsch, Die Bremische Evangelische Kirche (wie Anm. 6), S. 208.

sorgte dafür, dass innerhalb des Kollegiums freiwerdende Pfarrstellen mit ihm genehmen Pfarrern besetzt wurden.

Zu den übrigen Bremer Pfarrern, die mit Weidemann zusammenarbeiteten, gehörte an erster Stelle Karl Refer⁵⁷, Prediger an St. Martini, nach 1933 Redakteur der Bremer Kirchenzeitung, von 1938 bis 1940 Oberkirchenrat und Stellvertreter des Landesbischofs und Kirchenpräsidenten. Ferner gehörten dazu Rudolf Gensch (Gröpelingen), Walther Schomburg (St. Remberti), Johann Bertuleit (Martin-Luther-Gemeinde), Wilhelm Dargel und Wilhelm Köper (beide Hastedt), Friedrich Finke (St. Pauli), Wolfgang Wehowsky (Dankeskirche Osterholz), Curt von Schwanenflügel und Paul Fesenfeld (beide Dankeskirche Sebaldsbrück), Hans Heider (Grambke und Mittelsbüren), Fritz Krüger (Zuchthaus Oslebshausen), Friedrich Wilhelm Meyer (Woltmershausen), Paul Meyer (Rablinghausen), Johannes Mohrmann (Borgfeld), Rudolf Schmedes (Seehausen), Heinrich Keller (Veegesack) und Ernst Minor (Kreuzkirche Bremerhaven).⁵⁸ Zwischen 1933 und 1939 holte Weidemann 17 Pfarrer nach Bremen. »Was sie verband, war stärker als die alten theologischen Richtungsunterschiede: etwas von der nationalreligiösen Begeisterung des Augusts 1914, die Erfahrung der politisch verachteten Republik als verunsichernd und kirchenfeindlich und ein starker Wille zur Tat für Kirche, Volk und Vaterland.«⁵⁹

Gegen Weidemanns übergemeindliche und deutsch-christliche Kirchenpolitik formierte sich allerdings rasch Widerstand, der sich zum Teil in der Bekennenden Kirche zusammenfand. Dies geschah einerseits wegen seiner willkürlichen und anmaßenden Amtsführung. Andererseits pochten verschiedene Gemeinden – darunter Unser Lieben Frauen und St. Stephani – auf ihre Selbständigkeit in Fragen der Glaubens-, Gewissens- und Lehrfreiheit, welche die Verfassung der Bremischen Evangelischen Kirche von 1920 garantierte. Sie widersetzten sich der Gleichschaltung sowie dem Führerprinzip und erkannten Weidemann als Landesbischof und später als Kirchenpräsidenten nicht an. Was er tat, war in ihren Augen unrechtmäßig.

Zugleich wandten sich vor allem die Gemeinden der Bekennenden Kirche gegen eine Theologie, die sich dem Nationalsozialismus und dessen Rassenideologie andiente. Karl Stoevesandt, Mitglied der Bekennenden Kirche in Bremen und Freund des Schweizer Theologen Karl Barth, hat über den zermürbenden Widerstand gegen den nationalsozialistischen Staat und Weidemanns Machtansprüchen sowie dessen Mitarbeiter eingehend berichtet.⁶⁰

Weidemann seinerseits versuchte, die bekennenden Gemeinden zu unterwandern, indem er Bauherren absetzte – oder es jedenfalls versuchte –, ihm genehme sogenannte »Gemeindeführer« ernannte und DC-Pastoren einsetzte.

57 Vgl. Wilhelm Lührs, Art. Refer, Karl, in: Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969, S. 400 f.; Eberhard Hagemann, Die St. Martini-Pastoren im Spiegel der Bremischen Kirchengeschichte. Ein protestantisches Drama 1525–2011, Bremen 2011, S. 209–218.

58 Meyer-Zollitsch, Die Bremische Evangelische Kirche (wie Anm. 6), S. 208 u. 213 f.; Bremer Pfarrerbuch, Die Pastoren der Bremischen Evangelischen Kirche seit der Reformation, Bde. 1 u. 2, bearb. von Hartwig Ammann, Bremen 1990, 1996.

59 Meyer-Zollitsch, Die Bremische Evangelische Kirche (wie Anm. 6), S. 214.

60 Vgl. Anm. 4.

Es scheint, dass Weidemann das Herkommen der Bremischen Evangelischen Kirche nicht akzeptiert hat: Diese zeichnete sich seit der Reformation durch die jeweils eigene theologische Farbe der einzelnen Gemeinde sowie durch ein selbstbewusstes und gut vernetztes Bürgertum aus, wie es z. B. die Altstadt diakonien belegen. Das sogenannte Führerprinzip, dem Weidemann nach-eiferte, passte nicht in die kirchlich-theologische Landschaft Bremens. Über sein spezielles Verhältnis zur Bekennenden Kirche schrieb er im April 1960 die bezeichnenden Worte:

»Man könnte fragen, warum ich nicht Mitglied der Bekennenden Kirche geworden bin. Darauf antworte ich: Ich verneine den in der Bekennenden Kirche gepflegten Traditionsprotestantismus als überholt, katholisierend und für den Bestand der Evangelischen Kirche auf weite Sicht lebensgefährlich. Nach meiner Überzeugung gilt es, mit dem ganzen Ernste das in der Reformation waltende geistige Prinzip zu hüten und zu bezeugen. Ich bejahe daher in unbedingter, alle Folgen auf sich nehmender Wahrhaftigkeit den Gewissensprotestantismus als allein in die Zukunft weisend. Mein Gewissensprotestantismus hindert mich nicht, Verdienste der Bekennenden Kirche unter der nationalsozialistischen Tyrannei anzuerkennen; aber den Sieg gewinnen, die im geistigen Sinne gewinnen, die Kirche mit ihrem eigentlichen Anliegen im Zeitalter der Wissenschaft und Technik um Fußbreite vorwärts bringen – das vermag die Bekennende Kirche nicht, weil sie die Tradition über das Gewissen stellt. Diesen geistigen Sieg erstrebt die Kommende Kirche.«⁶¹

*Weidemanns Bewegung »Kommende Kirche«:
deren antisemitische Organe – Programm der »Entjudung« von Bibel
und Gesangbuch – Vision einer »entjudeten« Nationalkirche*

Im Herbst 1935 gründete Weidemann die Bewegung »Kommende Kirche«, nachdem er vergeblich versucht hatte, Reichsleiter der Deutschen Christen zu werden.⁶² Er stellte sich langfristig eine neue deutsche evangelische Nationalkirche vor. »Vom Ende 1937 bis zur Papstwahl 1939 wurde die Nationalkirche als zentrales Thema in der Kommenden Kirche erörtert. Zunächst vermied Weidemann, ausdrücklich von einer Nationalkirche zu sprechen, aber das Ziel, das er im Einvernehmen mit der Partei durch Schulung in maßvollen Formen erreichen wollte, war eine überkonfessionelle deutsche Volkskirche – die Nationalkirche.«⁶³ Diese Kirche sollte nach Weidemanns Vorstellung vier Merkmale kennzeichnen: Sie sollte 1) als einziges Bekenntnis das zu einem deutschen Jesus Christus aufweisen und 2) deutsch, 3) antirömisch und 4) anti-jüdisch sein. Diese neue Kirche sollte von »unten« und von »oben« gebildet werden – durch die Gewinnung des Kirchenvolks wie durch die Mitgestaltung der NSDAP. Wichtig war, dass die Kommende Kirche keine allein auf Bremen

61 Weidemann, Mein Werdegang (wie Anm. 14), S. 1.

62 Meyer-Zollitsch, Die Bremische Evangelische Kirche (wie Anm. 6), S. 254.

63 Heinonen, Anpassung und Identität (wie Anm. 5), S. 153.

bezogene Kirche werden, sondern auch anderswo Anhänger finden und sich so ausbreiten sollte.

Weidemann trieb dafür einen ungeheuren publizistischen Aufwand. Als Sprachrohr der Bewegung »Kommende Kirche« diente der ihm gehörende gleichnamige Verlag, welcher sein Domizil Domsheide 3 hatte. Für seinen Verlag »Kommende Kirche« zweigte Weidemann Kirchengelder der Bremischen Evangelischen Kirche ab, was ihm den späteren Vorwurf der Untreue einbrachte.

In dem Verlag ließ er von 1936 bis zu ihrer kriegsbedingten Einstellung 1941 eine wöchentlich erscheinende überregionale Zeitschrift mit demselben Namen in der ungewöhnlich hohen Auflage von ungefähr 15.000 Exemplaren herausgeben.⁶⁴ Zu dem ebenfalls teils überregionalen Redaktionskreis gehörten u. a. der Oldenburger Pfarrer Adolf Heger und von 1938 bis 1941 der junge Pfarrer Dr. Walter Dietsch in Gröpelingen und noch kurz am Dom.

Ebenfalls in seinem Verlag »Kommende Kirche« gab Weidemann zwei Schriftenreihen heraus: 1) die Schriftenreihe »Die Christus bekennende Reichskirche«. Hier veröffentlichte er Vorträge, die auf den jährlichen Kirchentagungen der Bewegung »Kommende Kirche« in der Glocke gehalten worden waren. Hier traten u. a. Weidemanns Bremer Mitarbeiter Karl Refer auf – der sich wie Rahm und Dietsch nach 1941 von Weidemann abwandte –, sowie Emanuel Hirsch, der Hamburger Oberkirchenrat Dr. Karl Boll, der Frankfurter Generalsuperintendent Hans Schöttler, der Lübecker Domprediger Dr. Adolf Riege und der Dortmunder Religionspädagoge Hermann Werdermann.⁶⁵ Weiter gab Weidemann 2) die Schriftenreihe »Kommende Kirche« heraus. Hier veröffentlichte er verschiedene Aufsätze, zu deren Autoren u. a. Adolf Riege und Hans Schöttler gehörten.

Weidemann vertrat eine im Sinne des Nationalsozialismus antisemitische Theologie, die, wie es im allgemeinen Sprachgebrauch der Deutschen Christen hieß, auch der »Entjudung« von Bibel und Gesangbuch das Wort redete. So legte er 1936/37 in seinem Verlag in Zusammenarbeit mit Karl Refer und Heinrich Knittermeyer⁶⁶ als »Zugang« zur Bibel eine entsprechende Übersetzung des Johannes-Evangeliums vor. Im Vorwort sagte er:

»Als wir in unserer Bremer Freundeskreise den Zugang zur Bibel suchten, gab es nur eine einhellige Meinung: dieser Zugang sei für uns heute, um mit Luther zu reden, das ›einzigste, zarte, rechte Hauptevangelium‹. Es war uns gewiss: die entscheidende Frage, die heute an das Christentum gerichtet wird, ist sein Verhältnis zum jüdischen Geist.«⁶⁷

1938 gab Weidemann in seinem Verlag ein »entjudetes« Gesangbuch heraus, das er betitelte mit: »Lieder der Kommenden Kirche«. Das Gesangbuch umfasst

64 Meyer-Zollitsch, Die Bremische Evangelische Kirche (wie Anm. 6), S. 255.

65 Ebd.

66 Vgl. Hans-Jürgen Seekamp, Art. Knittermeyer, Johann Hinrich, in: Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969, S. 277–279.

67 Heinz Weidemann, Vorwort, in: Das Evangelium Johannes deutsch, Bremen 1937.

112 Lieder, die er einteilte in 1) »Das Lied der Väter« mit den Untertiteln »Das Kirchenjahr«, »Kirche und Volk« und »Christenleben« sowie 2) »Lieder der Zeit«, unterteilt in »Volk und Kirche«, »Christenleben« und »Im Kampfe«. Zu den zeitgenössischen Liederdichtern des Büchleins gehörten Emanuel Hirsch, der Bremer Pastor an St. Remberti Walther Schomburg, der damals gerade verstorbene Domprediger Erich Pfalzgraf, der aus Bremen stammende Dichter Rudolf Alexander Schröder, der Arbeiterdichter Heinrich Lersch und der Dichter Gustav Schüler.⁶⁸

Im Dezember 1938 sandte Weidemann anlässlich des Erscheinens des neuen Gesangbuches dem Bremer Studienrat Dr. Bruno Schütt einen hektographierten Brief mit eigenhändiger Unterschrift zu, in dem es heißt:

»Die Kommende Kirche ist als die eine christliche Kirche Deutscher Nation antijüdisch und antirömisch. Im Kampfe gegen das mitgeschleppte jüdische Erbe ist das beigelegte Buch entstanden. Die Lieder der Kommenden Kirche sind kein Gesangbuch alten Stils, auch nicht irgendeine Sammlung neuer Lieder. Zum ersten Male wird hier der Schritt gewagt, unserem national-sozialistischen Volk sein christliches Lied zu zeigen. Dies umfasst das Lied der Väter und Lieder unserer Zeit. Beim Lied der Väter bestand die Aufgabe darin, die überkommene jüdische Symbolsprache restlos zu beseitigen, stattdessen die christliche Substanz in deutscher Sprache aufzudecken. In den Liedern der Zeit wollen Dichter unserer Generation das alte Evangelium in neuen Weisen singen.«⁶⁹

Weidemann entwickelte also eine umfangreiche Herausgebertätigkeit. Mit den verschiedenen Publikationsorganen seines eigenen Verlags verbreitete er neben Pfarramt und übergemeindlicher Tätigkeit geschickt seine antisemitische Theologie. So heißt es z. B. 1940:

»Seht euch den Juden an, den Börsenjuden, den Juden in der Presse, in der Kunst, Literatur und Theater! Sie sind mit Mommsen keine Element der Organisation, sondern ein ›Ferment der Dekomposition‹, mit Schopenhauer ›große Meister im Lügen‹, ›Auswurf der Menschheit‹, das einzige Volk auf Erden, welches den Menschen kein Dasein über dies Leben zuschreibt.«⁷⁰

Hier offenbart sich ein Antisemitismus, welcher der Wegbereiter für die Vernichtung der als jüdisch verfolgten Menschen war. Weidemann war nicht zuletzt durch seine verschiedenen Publikationen zu einem Erfüllungsgehilfen der Vernichtungsmaschinerie des Nationalsozialismus geworden.

Er versuchte in den Jahren von 1933 bis 1941 seine Vision einer neuen Kirche in Bremen zu realisieren. Dazu gehörte neben seinem Engagement als Herausgeber agitatorischer Schriften einer rassistischen Theologie 1937 die

68 Der ebenfalls beteiligte Dichter W. Steinkillsberg konnte nicht identifiziert werden.

69 Brief an Dr. Bruno Schütt, Oberlehrer an der Oberrealschule, im Eigentum des Verfassers.

70 Heinz Weidemann, So sieht die Kommende Kirche aus, Bremen 1940 (3. Aufl.), S. 104 f.

Gründung der »Bremer Bibelschule«, welche insbesondere dank Emanuel Hirsch eine eher akademische Bibelauslegung der »Kommenden Kirche« übte. Außerdem legte Weidemann Reformvorschläge für den Religionsunterricht sowie für die zukünftige Pfarrerausbildung vor.⁷¹ Weiter versuchte er sich in der Reform gottesdienstlicher Formen. So baute er Texte aus Reden Hitlers in seine Gottesdienste ein und beendete seine Predigten mit »Heil Hitler« statt mit Amen.

»Solche christlich-nationalsozialistischen Amalgierungsversuche, mit denen Weidemann innerhalb der DC-Bewegung nicht alleine stand, gerieten jedoch in allzu enge Nähe zur pseudoreligiösen Propagandataktik der Partei und riefen scharfe Kritik des Rosenberg-Flügels hervor.«⁷²

Die neue deutsche Nationalkirche im Sinne Weidemanns sollte nicht in Konfessionen unterteilt werden, sondern ein einheitliches evangelisches Bekenntnis aufweisen. Hier stand sicher nicht zuletzt der Loccumer Abt Geradus Molanus Pate, der im 17. Jahrhundert der Vertreter des Reunionsgedanken war. 1960 verteidigte Weidemann uneinsichtig Sinn und Ziel der Bremer Bewegung »Kommende Kirche«:

»In der Kommenden Kirche bemühte ich mich unter den damaligen schwierigen Verhältnissen auf meine Art, redlich und gewissenhaft dem erstarrten Christentum neue Form und Gestalt zu geben und die Voraussetzungen für eine neue Dynamik zu schaffen. Dabei bedurfte es einer neuen Christusschau, wie ich meine, neuer Gesangbücher, einer neuen Kirchenordnung und nicht zuletzt auch einer neuen Lebensordnung. Die kommende Kirche war ihrem Wesen nach *vita activa* und suchte das kirchliche und staatliche, das öffentliche und private Leben mit ihrem Geist zu durchdringen. Das geschah auf die verschiedenste Weise. Ohne Kinderkrankheiten ging es dabei nicht ab. Es war aber nur konsequent, wenn ich vor dem eigenen privaten Leben nicht Halt machte.«⁷³

Weidemanns frühere Sekretärin Urte Lindemann⁷⁴ gab am 22. November 1947 während seiner Entnazifizierung über seine Persönlichkeit und seine Ziele zu Protokoll:

»Weidemann kenne ich als einen absoluten Anhänger des Nationalsozialismus, der von der Idee besessen war und von sich aus alles tat, um diese Idee durchzusetzen. – Dies kam besonders in seinen Reden und seinem Briefwechsel zum Ausdruck. – Er wolle Bremen zum kirchlichen Mittelpunkt Deutschlands machen und sich als Oberhaupt wissen. Zu diesem Zweck veranstaltete er Kirchentagungen, zu denen er Pfarrer aus ganz Deutschland einlud. – Die letzte, soweit erinnerlich, im Herbst 1940. An ihr nahmen ebenfalls, soweit erinnerlich, einige Hundert auswärtige Theologen teil. Die Aufnahme war teils begeistert, teils indifferent.«⁷⁵

71 Heinonen, *Anpassung und Identität* (wie Anm. 5), S. 209 ff.

72 Meyer-Zollitsch, *Die Bremische Evangelische Kirche* (wie Anm. 6), S. 256.

73 Weidemann, *Mein Werdegang* (wie Anm. 14), S. 1.

74 Vgl. Anm. 79.

75 Urte Lindemann, Bericht, in: *Entnazifizierungsakte Heinz Weidemann* (wie Anm. 1), S. 14.

*Kirchenbenennung – Treueeid der Pastoren auf Adolf Hitler –
Schenkung des Bremer Doms an Heinrich Himmler?*

Aber Staat und Partei zogen sich von der Kirche reichsweit und auch in Bremen zunehmend zurück. Mit der NSDAP kam Weidemann in Konflikt, die ihn sogar kurzzeitig ausschloss. Grund war sein Plan, sich dem Regime durch die Benennung von drei 1938 neu erbauten Kirchen in »Horst Wessel-Gedächtniskirche«, »Hindenburg-Kirche« und »Ernst-Moritz-Arndt-Kirche« anzudienen. Dies allerdings lehnten Gauleiter Carl Röver in Oldenburg und Bürgermeister Heinrich Böhmecker in Bremen als Anmaßung einmütig ab, zudem bestanden sie auf der Trennung von Staat und Kirche. Die Sache drang bis Berlin vor, und Hitler selber entschied, dass Weidemanns Benennung verboten bleiben solle. So hießen die drei Kirchen fortan »Dankeskirchen«, die alle drei am ersten Advent 1938 eingeweiht wurden: »Aus Dankbarkeit gegen Gott für die wunderbare Errettung unseres Volkes vom Abgrund des jüdisch-materialistischen Bolschewismus durch die Tat des Führers«, wie eine Tafel jeweils am Eingang kündete.⁷⁶

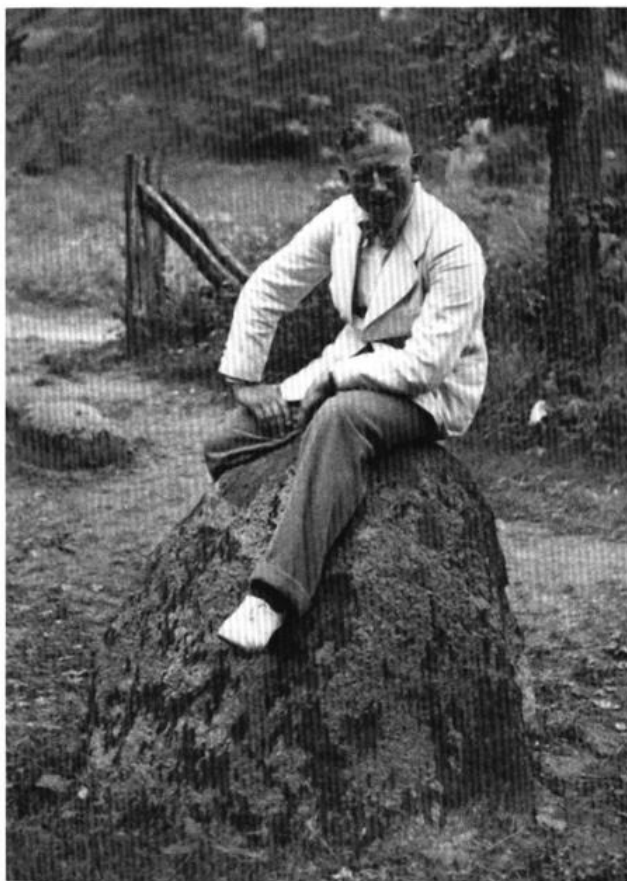


Abb. 3: Heinz Weidemann posiert auf einem Stein. Privatfoto von einem Familienausflug 1932 – 36.

Weiter versuchten die Deutschen Christen sich reichsweit dem »Führer« zu empfehlen, indem sie im April 1938 ihren Pastoren den sogenannten »Treueeid« zu Hitler abverlangten. Vollstrecker in Bremen war natürlich der Landesbischof. Das rief heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Bremischen Evangelischen Kirche hervor. Beschämend war, dass der Staat selber auf einen solchen Treueeid letztlich keinen Wert legte.

Ein weiteres Beispiel, sich Staat und Partei anzudienen, war Weidemanns Idee, den Bremer Dom zur »nationalen Weihestätte unter der Schirmherrschaft der SS zu erheben«.⁷⁷ Weidemanns Sekretärin sagte dazu:

»Nach Befragung bzgl. Schenkung des Bremer Doms an Himmler erkläre ich: Soweit mir bekannt, wollte Weidemann Himmler den Bremer Dom für seine politischen Veranstaltungen

⁷⁶ Meyer-Zollitsch, Die Bremische Evangelische Kirche (wie Anm. 6), S. 251.

⁷⁷ Ebd., S. 246.

zur Verfügung stellen bzw. gemeinsam mit der SS ihn zu Gottesdiensten benutzen. Dadurch hoffte Weidemann, den Dom als kirchlichen Raum zu behalten und nicht wie den Braunschweiger zu verlieren. Meines Wissens hat Himmler ein derartiges Ansinnen nicht an Weidemann gestellt, sondern es ging von Weidemann aus, den Dom so herzurichten, dass er Himmler ›genehm‹ wäre. Von Himmler sprach er als ›von seinem Freunde‹.«⁷⁸

Weidemanns Ehescheidungsprozess – sein ruiniertes Ruf als Pfarrer – Prozesse

Weidemann hatte seine Frau seit Herbst 1940 gedrängt, in die Scheidung einzuwilligen.⁷⁹ Er hatte ein Verhältnis mit seiner jungen Sekretärin und ehemaligen Konfirmandin Urte Lindemann begonnen.⁸⁰ Sie wurde am 26. Juni 1920 geboren, war seit 1934 im Bund deutscher Mädchen (BDM) und seit 1938 Mitglied der NSDAP.⁸¹ Zu ihrer Tätigkeit bei Weidemann sagte sie 1947:

»Ich war in der Zeit vom 1. 4. 1939 – 28. 2. 1942 als Gemeindegewerkschaftshelferin der St. Petri Domgemeinde in Bremen tätig. Meine Arbeit umfasste die kirchliche Mitarbeit bei den Mädchen und Frauen und die Tätigkeit als Sekretärin des Landbischofs. Als letztere führte ich den persönlichen Briefwechsel des Herrn Weidemann dienstlich und privat.«⁸²



Abb. 4: Familienausflug nach Fischerhude 1933, Heinz Weidemann und seine erste Frau Luise, geb. Schmidt, in einem Wümmekahn.

78 Urte Lindemann, Bericht, in: Entnazifizierungsakte Heinz Weidemann (wie Anm. 1), S. 14.

79 Zum Folgenden vgl. Urteil von Landesbischof Heinrich Weidemann / Bremen. Strafsache im Zusammenhang mit seiner Scheidung. 1942–1944, Bundesarchiv Berlin, R 5101/24162; Herbert Schwarzwälder, Weidemann (wie Anm. 7), S. 276 ff.

80 Ebd.

81 Urte Lindemann, Bericht, in: Entnazifizierungsakte Heinz Weidemann (wie Anm. 1), S. 14.

82 Ebd.

Die Akten und damit die Beweisaufnahmen von Weidemanns erstem Ehescheidungsprozess 1941/42 und seinem zweiten Ehescheidungsprozess 1943/44 zeigen sehr genau, wie Weidemann die um 25 Jahre jüngere Frau an sich band, mehrfach mit ihr verheiratete und ihr die Ehe versprach.⁸³

Luise Weidemann suchte Hilfe bei Bremer Freunden und bei ihrem Bruder, dem Syndikus Alfred Schmidt in Braunschweig. Schließlich reichte Weidemann am 4. Februar 1941 seine Ehescheidungsklage ein. Dass ihn dies bei Schuld oder Unschuld insgesamt schwer belasten musste, dürfte ihm klar gewesen sein. Da Weidemann aber auch seine persönlichen sexuellen Nöte in der Ehe öffentlich auszubreiten begann, reichte Luise Weidemann am 7. Juli 1941 eine Widerklage ein. Am 3. März 1942 wurde er schuldhaft geschieden.

Dazu kam ein zweiter Prozess, den der Bruder von ihr gegen seinen Schwager wegen Beleidigung anstrebte, der aber bereits im August 1941 eingestellt wurde. Einen dritten Prozess verlor Weidemann 1941 vor dem Münchener Amtsgericht wegen Beleidigung des Pastors und Kirchenrats Fritz Klingler, Reichsbundesführer der deutschen evangelischen Pfarrervereine. Dieser hatte sich dafür eingesetzt, dass nicht alle Glocken einer Kirche als Metallspende abgeholt werden sollten, sondern wenigstens eine verbleiben sollte. Dagegen hatte Weidemann sich öffentlich verwahrt und Klingler in Nürnberg angezeigt.⁸⁴

Weidemanns unduldsames Verhalten⁸⁵ zerstörte seinen Ruf als Pfarrer nachhaltig. Seine persönliche Eheführung, die er nach außen trug, sein skrupelloses Taktieren mit Menschen, sein undurchsichtiger Umgang mit Kirchengeldern, seine Maßlosigkeit in persönlichen finanziellen Dingen – so erhöhte er sich selber sein Gehalt –, sein Machtstreben, das selbst vor körperlicher Gewalt nicht mehr zurückschrecken sollte – all das ruinierte sein pastorales Ansehen zusehends. Sein Verhalten verletzte viele Menschen in der Domgemeinde und in Bremen zutiefst. Der Großteil der Bremer Pfarrerschaft zog sich von ihm zurück. Am Dom blieben ihm nur noch Mauritz und Schäfer. So riefen Weidemanns Ehescheidungsprozess sowie zwei Prozesse gegen ihn wegen Beleidigung allgemeines Entsetzen hervor.

All das machte den angemaßten Landesbischof in Bremen unmöglich. Schließlich stellte der Bauherr und Gemeindeführer am Dom, Franz Albrecht Schütte⁸⁶, am 11. Juli 1941 im Namen der St. Petri Domgemeinde beim Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bremen die eingangs zitierte Strafanzeige

83 Vgl. Anm. 79.

84 Vgl. Brief von Pastor Hermann Rahm an Unbekannt, in: Entnazifizierungsakte Heinz Weidemann (wie Anm. 1), S. 56.

85 Vgl. zum Folgenden Schreiben des Kirchenausschusses der Bremischen Evangelischen Kirche am 27. November 1947 an den Senator für politische Befreiung, in: Entnazifizierungsakte Heinz Weidemann (wie Anm. 1), S. 13.

86 Franz Albrecht Schütte, geb. 1879 in Bremen, Sohn des Kaufmanns und Mäzens Franz Ernst Schütte, gest. Bremen 1967. In ihm stand Weidemann ein typischer Vertreter des gehobenen Bremer Bürgertums gegenüber. Traditionell engagierten sich Kaufleute und Akademiker als Bauherren und Diakone in den Gemeinden: Man gehörte zu »seiner« Gemeinde und stand dort hinter »seinem« Pastor. Diesen Rückhalt hatte Weidemann in der Domgemeinde allerdings verloren.

gegen Weidemann, unterstützt von seinen Mitbauherren, dem Kaufmann Karl Lindemann, dem Bankier Carl Eduard Meyer und dem Rechtsanwalt und Dispatcheur Dr. Carl Traub sowie vom Kirchenvorstand.⁸⁷ Dieser Schritt zeigt, wie sehr sich die Domgemeinde bis 1941 von Weidemann entfernt hatte – wozu auch die Domprediger Hermann Rahm und Walter Dietsch gehörten.

Auch die Mitglieder der aktiven Domdiakonie unter dem Seniorat von Dr. Leo Schlemmermeyer⁸⁸, Rechtsanwalt und Notar, und ab 1943 unter dem Seniorat von Dr. Jules Eberhard Noltenius, Syndikus der Handelskammer, wandten sich ab. Hatte Weidemann Franz Schütte und die übrigen Bauherren noch 1941 nach deren Klage gegen ihn abgesetzt und unterschrieb er zeitweise nun selber mit »Verwaltender Bauherr«, so konnte er die Domdiakonie nicht entmachten. Sie blieb eigenständig und ließ sich nicht gleichschalten. Auch wenn ihre Mitglieder sich persönlich mit dem nationalsozialistischen Staat arrangierten, so lebte doch in der Domdiakonie der Geist der alten bremischen Altstadt diakonien weiter.

Im Archiv der St. Petri Domgemeinde haben sich Reste der Korrespondenz zwischen Schütte und den Senioren Schlemmermeyer und Noltenius erhalten. Insbesondere die Briefe zwischen Schütte und Schlemmermeyer, die teilweise persönliche Äußerungen enthalten, offenbaren die Zwangslage beider Männer angesichts der unerhörten Vorgänge, mit denen angemessen umzugehen, sie sich nicht gewachsen bzw. befähigt fühlten. So schreibt Schlemmermeyer am 27. Dezember 1941 an Schütte, der sich damals in Bützow/Mecklenburg aufhielt:

87 Vgl. Anm. 2; Der Brief der Kirchenvorsteher lautete: »Die unterzeichneten beiden Domprediger und die unterzeichneten Mitglieder des Kirchenvorstands der St. Petri Domgemeinde haben in der heute von Ihnen einberufenen Versammlung Kenntnis genommen und von den Vorwürfen, die gegen den Landesbischof im Rahmen der von ihm geführten Prozesse erhoben worden sind, sowie von den auch sonst gegen die Amtsführung des Landesbischofs erhobenen schweren Beschuldigungen. Im Interesse der Bremischen Evangelischen Kirche sowie der St. Petri Domgemeinde halten es die Unterzeichneten für erforderlich, dass sich der Landesbischof bis zur Klarstellung durch die Gerichte jeglicher Amtsführung enthält und sich von der Kirchenregierung bis auf weiteres beurlauben lässt. – Heil Hitler! Gez.: Dr. Appel, Carl A. Wuppesahl, Gg. (George) Albrecht, Carl Aug. Merkel, Dr. Schlemmermeyer, H. Rahm, Dr. Traub, Carl Ed. Meyer, Henrich Kriete, W. Dietsch.«

88 Dr. Leo Schlemmermeyer, geboren 1. Mai 1896 (nach Wappenbuch der Aktiven Diakonie der St. Petri Domgemeinde), wohnhaft Straßburger Straße 14 bei der Witwe bzw. verstorbenen Direktors der Sparkasse in Bremen, Heinrich Johann Peter Lampe, war 1935 zusammen mit Dr. Ernst Schulze-Smidt, Johann Georg Ueltzen und Dr. Albrecht Schackow in die Aktive Diakonie der St. Petri Domgemeinde gewählt worden. Als Rechtsanwalt und Notar war er Partner der renommierten Sozietät von Dr. Albrecht Bulle, Dr. Edwin Hirschfeldt, Ferdinand Donandt und Dr. Louis Haas und hatte sein Büro in der Baumwollbörse Zimmer 118. Schlemmermeyer musste seine anwaltliche Tätigkeit in Bremen wegen Zuwiderhandlung gegen den § 175 des Bürgerlichen Gesetzbuches aufgeben.

»Im Übrigen habe ich die Ruhe der Weihnachtstage benutzt, um Einkehr bei mir zu halten. Anhand einer wunderschönen mir von meiner Frau auf den Weihnachtstisch gelegten Bibel, die 1729 bei Cotta gedruckt und wunderbar erhalten ist, habe ich meine Ruhe wiedergewonnen. Ich bin klar in der Erkenntnis, dass es unmöglich ist, gegen Dämonien anzukämpfen. Je mehr man sie anpackt, desto stärker werden sie. Man soll, um mit Goethe zu sprechen, Toren nicht ins Wort fallen. Solche Naturen, wie sie einem Weidemann gegeben ist, müssen sich austoben. Man soll sie wirken lassen. Ich bin nicht bereit, mir meine innere Welt stören zu lassen. Ich will meinen Frieden behalten, meinem Beruf, meiner Familie und meinem Freundeskreis leben. Ich möchte mich auch nicht abdrängen lassen auf Kampfmethoden, die mir von innen her zuwider sind. Dass das äußere Organisationsgefüge der DEK (Deutsche Evangelische Kirche/Verf.) morsch und brüchig ist, liegt klar. Neues kann nur werden von innen her und auch nur dann, wenn man jede Bitterkeit abstreift. Ich glaube, dass ich die Kraft dazu jetzt habe. In der Stadt wird jeder Einsichtige wissen, wofür wir gekämpft haben, und jeder wird verstehen, dass es nur gute Absichten und Gedanken waren, von denen wir uns haben leiten lassen.«⁸⁹

Der international vernetzte und als Kaufmann von Weidemann unabhängige Franz Albrecht Schütte schrieb: »Ein Mann wie Weidemann kann mich nicht beleidigen.«⁹⁰ Weiter richtete er am 21. Juli 1941 bei dem Leiter der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei in Berlin-Charlottenburg, Präsident Dr. Werner, den Antrag auf Eröffnung eines förmlichen Disziplinarverfahrens und Antrag auf vorläufige Dienstenthebung gegen Weidemann ein.⁹¹ Als Begründung gab Schütte in einem ersten Teil A) an: Verfehlungen als Kirchenbeamter wegen 1) Betrug, 2) Vergehen gegen die Kriegswirtschaftsordnung und 3) Untreue. In einem zweiten Teil B) gab Schütte folgende Verfehlungen Weidemanns an: Verfehlungen als Geistlicher wegen 1) eines Gebets zu Gott um den Tod seiner Frau, 2) Unterhaltung ehewidriger Beziehungen zu seiner Sekretärin, 3) Preisgabe der innersten und heiligsten ehelichen Beziehungen vor Dritten, 4) Bruch des Seelsorgegeheimnisses und 5) Vornahme von Amtshandlungen im Uniformrock.⁹²

89 Dr. Leo Schlemmermeyer an Franz Albrecht Schütte am 27. 12. 1941, in: Domarchiv, Diakonieakten 1941.

90 Franz Albrecht Schütte an Dr. Leo Schlemmermeyer am 27. Dezember 1941, in: ebd.

91 Antrag an Berlin 21. 7. 1941, in: ebd.

92 Zum letzten Punkt erklärte Schütte: »Der Beschuldigte hat vor längerer Zeit einen dunkelblauen Uniformrock für die Geistlichen der Bremischen Evangelischen Kirche eingeführt, den er auch selbst bei Amtshandlungen trägt. Die Einführung dieses Uniformrockes ist völlig selbstherrlich geschehen und hat in weitesten Kreisen der Bremischen Evangelischen Kirche stärksten Unwillen hervorgerufen. Als Gemeindeführer sind mir viele Beschwerden in dieser Beziehung aus dem Kreise meiner Gemeinde zugegangen. Besonderen Unmut hat die Tatsache erregt, dass der Beschuldigte, die in diesem Jahre zur Konfirmation anstehenden Kinder nicht im Talar, sondern angetan mit seiner Uniform eingesegnet hat, obwohl –

Es war offenbar, dass Weidemann neben dem Desaster seiner persönlichen Lebensführung ein weiteres Desaster hervorgerufen hatte: nämlich die Veruntreuung von Kirchengeldern. Bis dahin hatte er sich als Kirchenpräsident höchstpersönlich die letzte Befugnis über die Finanzen der Bremischen Evangelischen Kirche vorbehalten, obwohl es dagegen innerhalb der bremischen Kirchenfinanzverwaltung bereits Widerstand gegeben hatte.

Am 8. Oktober 1941 suspendierte die Deutsche Evangelische Kirche in Berlin Weidemann und setzte als neuen Kirchenpräsidenten den Oberkonsistorialrat Johannes Schultz aus Magdeburg kommissarisch ein. Dieser übernahm im Februar 1943 die Leitung der Bremischen Evangelischen Kirche. Die Leitung der Kirchenfinanzverwaltung war bereits 1941 in die Hände des Rechtsanwalts Georg Cölle gelegt worden, der ab 1942 auch die Finanzen der Deutschen Evangelischen Kirche verwaltete. Cölle setzte allerdings den autoritären Stil Weidemanns fort, doch damit war Weidemann endgültig entmachteter.

Der tätliche Kampf um die Domkanzel

1941 und 1943 kam es zu den bekannten »Skandalauftritte(n)«⁹³ Weidemanns, die noch heute gerne (leider!) anekdotenhaft erzählt werden. Sie haben damals viele Menschen tief erregt und sie in ihren religiösen Gefühlen verletzt.

Am Sonntag, den 12. Oktober 1941, wollte Weidemann im Dom predigen. Dieser war auf Weisung des Bauherrn Franz Albrecht Schütte mit Einverständnis des Seniors der Domdiakonie, Dr. Leo Schlemmermeyer, des Reichskirchenministers in Berlin und der Bremer Polizei geschlossen. Auf Weisung Weidemanns öffnete ein Schlosser die Tür zur letzten Südschiffskapelle. Weidemann ließ danach die Besucher in den Dom hinein, fand aber die Tür zur Kanzel ebenfalls verschlossen. Daraufhin kletterte er die Kanzel von außen hoch, wobei er der Figur des Evangelisten Matthäus einen Arm abbrach. Weidemann trug seinen Dienstanzug, der ihm eine solche Akrobatik erlaubte. Nach der Predigt nahm er denselben Weg wieder hinunter.

Am Mittwoch, den 15. Oktober 1941, fand Weidemann die Tür zum »Bundesaal« der Glocke, wo er einen Frauennachmittag halten wollte, auf Weisung von Franz Albrecht Schütte und Dr. Leo Schlemmermeyer verschlossen vor. Der Betriebsangestellte der Glocke, Friedrich Roosenbohm, fand sich nicht bereit, die Tür zu öffnen. Das erregte Weidemann so sehr, dass er auf offener Straße nach der Polizei rief. Zwei Kirchenvorsteher, die nach dem Rechten sehen wollten, bedrohte er handgreiflich, worauf der eine seinen Stock hob.

Am Sonntag, den 19. Oktober 1941, sollte planmäßig Pastor Dr. Walter Dietsch predigen. Aber Weidemann und einige Anhänger hielten ihn fest, weil

soweit ich weiß – der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten sich auch gegen das Tragen einer Uniform bei geistlichen Amtshandlungen ausgesprochen hat. Auch dieses hartnäckige Bestehen des Beschuldigten auf Beibehaltung der Uniform bei Amtshandlungen zeigt auf, dass es dem Beschuldigten an jedem Gefühl für Würde und Anstand gebricht. Auch dieses Verhalten des Beschuldigten erfüllt den Tatbestand eines Dienstvergehens.«, in: ebd.

93 Meyer-Zollitsch, Die Bremische Evangelische Kirche (wie Anm. 6), S. 274.

Weidemann eine Ansprache halten wollte. Dietsch konnte jedoch zur Sauer-Orgel entkommen, Von dort aus bat er die Gemeinde, den Dom zu verlassen. Als Weidemann seine geplante Rede halten wollte, begann Käte van Tricht die Orgel so laut zu spielen, so dass er übertönt wurde. Schwarzwälder berichtet:

»Zwei Tage später wurde gegen ihn Strafanzeige wegen versuchter Untreue, Beamtennötigung, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Verhinderung und Missbrauch des Gottesdienstes und Beleidigung erstattet. Doch die landesbischöflichen Gewaltakte setzten sich fort. Weidemann sprengte eine Sitzung des Disziplinarausschusses, der über sein Schicksal entscheiden sollte, und verdrängte am 9. November 1941 in der St. Michaelis-Kirche einen Pastor mit Gewalt vom Altar.«⁹⁴

Nach diesen drei Auftritten ließ die Finanzabteilung der Bremischen Evangelischen Kirche den Dom am Sonntag schließen. Der Vorsitzende der Finanzabteilung, der von Weidemann eigentlich entlassene Schatzmeister der Bremischen Evangelischen Kirche und Häusermakler Hermann Edzard, verfügte am 24. Oktober 1941:

»Nach vorher eingeholter Anweisung des Herrn Reichskirchenministers für die kirchlichen Angelegenheiten ordne ich an:

Bis auf weiteres ist der Dom sonntags geschlossen zu halten.

An Wochentagen darf der Dom geöffnet werden

a) für die Motetten

b) für Taufen und Trauungen, jedoch in jedem Falle nur nach vorher eingeholter Genehmigung des Finanz-Bevollmächtigten.

Besichtigungen dürfen nur an Wochentagen stattfinden.«⁹⁵

Ein vierter Vorfall ereignete sich am Donnerstag, den 20. November 1941. Während der Motette im Dom verkündete Weidemann, dass er am kommenden Sonntag, dem Totensonntag, den Gottesdienst halten würde. Dazu besetzten er und um die dreißig seiner Anhänger den Dom und ließen sich unter der Kanzel und in der Ostkrypta nieder. »Sie hatten Decken, Kissen, Esspakete und Thermosflaschen mitgebracht; Altarkerzen dienten als Beleuchtung. Die Herren wollten bis Sonntag bleiben, und dann gedachte Weidemann zu predigen. ... Erst ein Überfallkommando führte den Landesbischof, der sich heftig sträubte, und einige seiner Anhänger ab. Sie wurden bis in die Morgenstunden in Schutzhaft gehalten, dann jedoch wieder freigelassen.«⁹⁶

Ein fünfter Skandal ereignete sich am Sonntag, den 30. Mai 1943. Walter Dietsch stand in der Sakristei, um sich den Talar anzuziehen. Das nutzte Weidemann, um vor der versammelten Gemeinde eine Ansprache zu halten. Als Dietsch die Sakristei verließ, erschien Weidemann auf dem Hochchor, untersagte ihm den Gottesdienst und erlaubte nur eine musikalische Feier. Dietsch beriet sich mit dem Organisten und seinem Kollegen Hermann Rahm. Zwischenzeitlich erklang die Orgel; Weidemann saß vor dem Altar, um ihn

94 Schwarzwälder, Weidemann (wie Anm. 7), S. 281 f.

95 Brief vom 24. 10. 1941, in Domarchiv, ebd.

96 Schwarzwälder, Weidemann (wie Anm. 7), S. 282.

ungefähr 200 Gottesdienstbesucher versammelt. Als die Orgel aufhörte, rief Dietsch von der Kanzel, die er heimlich betreten hatte: »Der Gottesdienst ist geschlossen!«⁹⁷ Gleich darauf erklang wieder die donnernde Orgel, so dass Weidemann nichts mehr ausrichten konnte.⁹⁸ Der Domprediger Hermann Rahm hat darüber als Zeuge anlässlich der Entnazifizierung Weidemanns einen Bericht gegeben.

Zuchthaus – Entnazifizierung und Rechtfertigung – Tod

Weidemann war seit 1941 suspendiert. Dennoch sah er sich weiter als rechtmäßigen Inhaber dieser Ämter an, bekämpfte und denunzierte seine Gegner und sah sich dabei von der Gestapo gestützt. Den Anspruch, der rechtmäßige Landesbischof zu sein, hat er niemals aufgegeben. Mit den Skandalauftreten im Dom meinte er ihn auch mit körperlicher Gewalt durchsetzen zu können.

Doch weder den staatlichen Stellen in Berlin noch in Bremen war kriegsbedingt und propagandamäßig daran gelegen, ihn verurteilen zu lassen – das wäre in ihren Augen einem Sieg der Bekennenden Kirche in Bremen gleichgekommen. So zog sich der staatliche Prozess hin. Zudem verweigerte Weidemann vielfach seine Aussage und trug so selber zur Verschleppung seines Falles bei. Er glaubte sich außerdem durch seinen Freund aus früheren Göttinger Tagen, den Staatssekretär Hermann Muhs im Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten in Berlin, geschützt, doch dieser zog langsam seine Hand von ihm zurück.

Weidemann war zur *persona non grata* geworden. Nur noch ein kleiner Kreis hielt zu ihm. Der Prozess, den die Domgemeinde in Gang gesetzt hatte, dauerte indes an. Ein psychiatrisches Gutachten, das 1943 in der Charite in Berlin erstellt wurde, benannte wohl pathologische Züge seiner Persönlichkeit, aber er wurde nicht für geisteskrank erklärt und demzufolge nicht in eine Anstalt eingewiesen.

Als Weidemann versuchte, den Ehescheidungsprozess wieder aufzurollen, verleitete er seine Freundin Urte Lindemann zum Meineid. Dies schließlich brachte ihn endgültig zu Fall. Er wurde am 13. Oktober 1944 zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt, die er bis ihrem Ende am 31. Juli 1947 absaß. Bereits am 24. April 1944 hatte ihm die Deutsche Evangelische Kirche seine geistlichen Rechte aberkannt.

Nach 1945 gerierte sich Weidemann wegen seiner Zuchthausstrafe als Opfer der Nationalsozialisten. 1947 begann in Bremen nach der Haftentlassung sein Entnazifizierungsverfahren. Weidemann tauchte allerdings unter und teilte dies seinem Verteidiger Walter Oliver, selbst Opfer des Nationalsozialismus, frühmorgens mit, indem er ihn aus dem Schlaf klingelte.⁹⁹ In Abwesenheit wurde Weidemann als Hauptbeschuldigter zu vier Jahren Lagerarbeit verurteilt. Später erklärte man ihn zum Mitläufer.

97 Mündliche Auskunft Pastor Dr. Walter Dietsch.

98 Schwarzwälder, Weidemann (wie Anm. 7), S. 288; mündliche Auskunft Pastor Dr. Walter Dietsch, Bremen.

99 Mündliche Auskunft Rechtsanwalt und Notar Walter Oliver, Bremen.

Weidemann kehrte des Öfteren nach Bremen zurück, um mit der Bremischen Evangelischen Kirche über seine Ruhestandsbezüge zu verhandeln. In dem Rechtfertigungsschreiben des Jahres 1960 bog er seine Vergangenheit so hin, dass er sich selber als Opfer des nationalsozialistischen Staates sah:

»Seit 1939 trat ich als betrogener ›Nationalsozialist‹ dem Nationalsozialismus in Kirche und Staat entgegen. Nach mancherlei Kompromissen, die ich in der Begegnung zwischen Volk und Kirche zuliebe gemacht hatte, sah ich, dass wir an die Grenze gekommen waren, wo es heißen musste: Bis hierher (und) nicht weiter! Das belegen folgende Tatsachen:

a) Nach den wüsten Ausschreitungen gegen die Juden in der Kristallnacht am 9./10. November 1938 lehnte ich die Errichtung eines Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das kirchliche Leben ab. ...

b) Unter Einsatz meiner Person begann ich Widerstand zu leisten, als mir im Oktober 1941 eine Finanzabteilung aufgezwungen werden sollte, um staatlicherseits den größten Teil der praktischen Kirchenverwaltung zu übernehmen.«¹⁰⁰

Luise Weidemann erhielt nach dem Krieg von der Bremischen Evangelischen Kirche eine Rente. Sie war mit ihren drei Kindern noch vor der endgültigen Scheidung nach Goslar gezogen. Das Thema »Vater« wurde nie mehr in der Familie berührt.¹⁰¹

Zeitweise soll Weidemann nach Schwarzwälder SED-Bürgermeister in einem thüringischen Dorf gewesen sein.¹⁰² 1954 heiratete er zweites Mal. Seinen Lebensunterhalt verdiente er zeitweise als Versicherungsvertreter. Später wohnte Weidemann in München. Schwarzwälder sagt: »Noch im Alter war er ein rüstiger Bergsteiger und häufiger Gast im Lesesaal der Bayrischen Staatsbibliothek.«¹⁰³ Heinz Weidemann starb 8. März 1976 in München. Die Bremische Evangelische Kirche bezahlte auf Bitten von Weidemanns zweiter Frau Hildegard Weidemann die angelaufenen Arztkosten sowie die Kosten des Bestattungsinstituts in München. Im Übrigen hat die Bremische Evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg Weidemann zu keinem Zeitpunkt Ruhebezüge gewährt.

IV. Schlussbemerkung

Die Beschäftigung mit der Biographie Heinz Weidemanns zeigt den Weg eines Menschen, der sich selbst verlor und andere mit sich riss, nicht zuletzt seine eigene Familie sowie seine Geliebte.

Wie andere dem Nationalsozialismus anhängende Theologen träumte Heinz Weidemann davon, die »morsche« evangelische Kirche durch eine neue natio-

100 Weidemann, Mein Werdegang (wie Anm. 14), S. 2.

101 Mündliche Auskunft anonym.

102 Bremer Pfarrerbuch, Bd. 2 (wie Anm. 58), S. 179.

103 Herbert Schwarzwälder, Das Große Bremen-Lexikon, Bd. 2, Bremen 2003 (2. Aufl.), S. 960.

nalsozialistische Reichskirche – später Nationalkirche – abzulösen. Er glaubte nicht an die Rettung der herkömmlichen Kirche. Er setzte vielmehr auf einen neuen Geist, und den fand er im Nationalsozialismus lebendig. Nur die einen »deutschen Christus« bekennende, überkonfessionelle, »antirömische« und »entjudete«, wie er es zynisch formulierte, Nationalkirche im Sinne der Kommenden Kirche, welche nach dem Führerprinzip strukturiert sein sollte, konnte nach seiner Meinung den christlichen Glauben zukünftig gewährleisten.

Weidemanns fundamentaler Irrtum war, diesen Glauben mit Hilfe einer im Tiefsten dämonischen Ideologie retten und weitertragen zu wollen. Es geht eben nicht an, das Evangelium mit dem Kreuz in der einen Hand und der Handgranate in der anderen zu verkünden. Dietrich Bonhoeffer mahnt: »Nur wer für die Juden schreit, darf gregorianisch singen.« Für die Juden hat Weidemann zwischen 1933 und 1945 niemals geschrien, auch wenn er es selber später irgendwie doch meinte. Im Gegenteil: Er hat sie mit niedergeschrien und wollte die Bibel, das Gesangbuch und die evangelische Kirche »entjuden«.

Aber nicht nur ehemalige Frontsoldaten und Jugendliche und junge Erwachsene in den zwanziger Jahren bewegten sich auf rechtem Boden. Auch Professoren wie Carl Mirbt in Göttingen taten das ihre, die »Schmach von Versailles« den jungen Menschen zu verkünden. Weidemanns späterer Kollege und Nachbar in Bremen, der Domprediger Otto Hartwich, gründete aus demselben Grund den reichsweiten Bund »Rettet die Ehre«. Die Mehrheit der evangelischen Theologieprofessoren und Pastoren dachte national-konservativ. Die Demokratie kam bei ihnen nicht an. So erkannten 1933 nur wenige von ihnen das aufziehende Unheil.

Somit bleibt auch zu fragen: Können sich diejenigen hinter seinen Untaten verstecken, die doch eine Wegstrecke mit ihm gegangen sind, bevor sie sich von ihm abwandten? Was haben sie zuvor getan, und was haben sie nach dem Krieg getan? Was haben sie vor 1941 unter Leitung von Weidemann in Wort und Schrift verbreitet und damit insbesondere die Jugend, die ihnen anvertraut war, missbraucht? Was haben sie später selber dazu gesagt? Weidemann besaß seine zeitweisen Mitstreiter und Sympathisanten, Theologen wie Laien.

Nach dem Krieg stellte Weidemann sich selber als Opfer des nationalsozialistischen Staates dar. So taten es viele Nationalsozialisten. Uneinsichtig schrieb er im April 1960 an die Verantwortlichen der Bremischen Evangelischen Kirche:

»Da ich den Terror des Nationalsozialismus erst seit der Kristallnacht und nachweislich erst Anfang 1939 erkannte, ist es für mich nicht leicht, in unserem heutigen demokratischen Rechtsstaat Gehör zu finden. Ich hoffe, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, meine Angelegenheit wieder aufzunehmen. Es war in höchstem Grade verwerflich und ein Willkürakt ohnegleichen, wie in den ersten Wirren nach dem Zusammenbruch mit meinem Wiederaufnahmeverfahren umgegangen ist. Die Justiz des heutigen Rechtsstaates, die immer wieder über Recht und Unrecht der Vergangenheit zu Gericht sitzt, muss endlich einsehen, dass

sie an mir etwas gutzumachen hat. Die freiheitliche Justiz der Demokratie täte sich selber und ihrer Glaubwürdigkeit den schlechtesten Dienst, würde sie den Kampf eines Gewissens für die Wahrheit im Jahre 1944 nicht offiziell anerkennen. Ich kann warten. Die Wahrheit hat Zeit.«¹⁰⁴

Abschließend sei angeregt, die Person Heinz Weidemann nicht länger unkritisch als Landesbischof anzusprechen. Dieser unrechtmäßige Titel ist eindeutig deutsch-christlichen und nationalsozialistischen Ursprungs. Mit einer Fortführung des Titels verfestigt sich diese fatale Nomenklatur. Heinz Weidemann war in die Zeit von 1922 (Ordination in Göttingen) bis 1944 (Aberkennung der geistlichen Rechte) ein »Pastor«. Ansonsten kann man von Heinz Weidemann als Lic theol und Dr. phil. Heinz Weidemann sprechen.

104 Weidemann, Mein Werdegang (wie Anm. 14), S. 6.

**»Deutschland bleibt unser Heimatland –
Europa wird unser Vaterland«
Wilhelm Kaisen und die Bestrebungen
zur Einigung Europas in den 1950er Jahren**

Von Karl-Ludwig Sommer*

»Deutschland bleibt unser Heimatland – Europa wird unser Vaterland«. Mit dieser prägnanten Formulierung fasste Wilhelm Kaisen im Sommer 1951 in einem Vortrag bei der Evangelischen Akademie Hermannsburg seine Vorstellung von einem vereinigten Europa zusammen. Die Bundesrepublik müsse bestrebt sein, »durch eine Folge übernationaler Verträge und Schaffung übernationaler Behörden Europa zu gestalten und in Europa Deutschland wieder auf[zu]richten, allerdings als keinen Machtstaat, sondern als Teil von Europa.«¹ Konkreter Bezugspunkt dieser Ausführungen war der ein Jahr zuvor vom französischen Außenminister Robert Schumann vorgestellte Plan zur Einrichtung der Montan-Union, eines gemeinsamen europäischen Marktes für Kohle und Stahl, der von einer übernationalen, an Weisungen der Mitgliedstaaten nicht gebundenen Hohen Behörde geordnet und kontrolliert werden sollte. Der im April 1951 von der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten unterzeichnete Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gab einen entscheidenden Impuls für Bestrebungen, auch in weiteren Bereichen gemeinschaftliche europäische Strukturen zu schaffen. Sie bildeten in den 1950er Jahren ein zentrales Thema der politischen Agenda in Westeuropa und wurden in der Bundesrepublik nicht nur zwischen der Bundesregierung und der sozialdemokratischen Opposition, sondern auch innerhalb der SPD kontrovers diskutiert. Wilhelm Kaisen beteiligte sich intensiv an diesen Diskussionen und wurde innerparteilich zu einem der profiliertesten Wortführer, weil er die von Kurt Schumacher für die SPD vorgegebene Parteilinie, dass die drei westlichen Siegermächte und die anderen Partner erst die volle Gleichberechtigung Deutschlands anerkennen müssten, ehe es sich an Vereinbarungen zur Integration Europas beteiligen könne, für falsch hielt. Stattdessen stimmte er mit dem Kurs Konrad Adenauers und der von ihm geführten Regierungskoalition im Grundsatz überein, durch aktive Teilnahme am europäischen Integrationsprozess schrittweise die volle völkerrechtliche Souveränität und internationale Gleichberechtigung

* Mit Literatur- und Quellenbelegen versehener Text der am 22. Mai 2014 im Bremer Rathaus gehaltenen »Kaisen-Lesung« 2014.

1 StAB 3/4-4, Manuskript »Neuordnung der westl. Politik (11. 6. 1951, Hermannsburg)«.

der Bundesrepublik zu erlangen. »So absurd es klingt, Adenauer verfolgt – oder besser muss – heute eine Linie der Außenpolitik verfolgen, die im Grunde genommen von der SPD befürwortet werden müsste, und die SPD verfolgt eine Linie, die früher Adenauer verfolgte«, schrieb er im Sommer 1952 einem führenden Berliner Sozialdemokraten.²

I

Der Gedanke, die Interessengegensätze zwischen den Staaten in Europa durch die Bildung einer europäischen Föderation auszugleichen, war bereits nach Ende des Ersten Weltkriegs politisch virulent gewesen. Er hatte sich damals allerdings nicht gegen das Beharren auf tradierten nationalstaatlichen Souveränitätsprinzipien durchsetzen können. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Projekt der Einigung Europas nun für viele Intellektuelle und Politiker in den kriegszerstörten Ländern West- und Mitteleuropas zur zukunfts-trächtigen Perspektive, um die wirtschaftlichen Folgen des Krieges möglichst rasch zu überwinden und den politischen Bedeutungsverlust der alten europäischen Großmächte gegenüber den neuen weltpolitischen Führungsmächten USA und Sowjetunion so weit wie möglich wettzumachen. Die Vorstellungen darüber, welchen Charakter dieses vereinigte Europa haben und welche politische Rolle es in der Zukunft spielen sollte, gingen allerdings weit auseinander. In konservativen Kreisen verband sich mit der Forderung nach Gründung der »Vereinigten Staaten von Europa« vor allem die Erwartung auf eine dauerhafte Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sowie auf den Aufbau einer gemeinsamen Abwehrfront gegen eine Ausweitung des sowjetischen Herrschaftsbereichs in Europa. Sozialdemokraten und Sozialisten hofften demgegenüber, dass ein demokratisches, sozialistisches Europa die Funktion einer »dritten Kraft« zwischen den rivalisierenden Großmächten USA und Sowjetunion übernehmen könnte, wie es z.B. der im britischen Exil lebende deutsche Sozialdemokrat Richard Löwenthal in seiner Ende 1946 veröffentlichten Schrift »Jenseits des Kapitalismus«³ skizziert hatte. Außerdem bot die Einbindung Deutschlands in übergreifende europäische Strukturen aus Sicht der Nachbarn eine hervorragende Möglichkeit, einer erneuten Bedrohung durch die Deutschen vorzubeugen, während sie in Deutschland vielfach als Versprechen auf eine baldige, gleichberechtigte Wiederaufnahme in den Kreis der europäischen Staaten verstanden wurde.⁴

Wilhelm Kaisens Engagement für die Einigung Europas beruhte nicht nur auf grundsätzlichen Erwägungen, sondern ergab sich nicht zuletzt aus der Wahrnehmung spezifisch bremischer Interessen und gewann erst deutliche Konturen, als sich im Laufe des Jahres 1947 die Spaltung Deutschlands und

2 Archiv der sozialen Demokratie (AsD), NL Kaisen, Mappe 4, Brief Wilhelm Kaisen an Siegfried Nestriepke vom 9. 7. 1952.

3 Paul Sering [= Richard Löwenthal], *Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung*, Nürnberg 1946, S. 247 ff.

4 Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, Göttingen 1990.

Europas immer deutlicher abzeichnete. Bremen wurde dadurch absehbar von einem erheblichen Teil des Wirtschaftsraumes im Osten Deutschlands und in den angrenzenden mitteleuropäischen Staaten abgeschnitten, für den die bremischen Häfen zuvor als Umschlagplatz gedient hatten. Dies machte es zwingend erforderlich, nach Alternativen für die Sicherung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen der Hansestadt zu suchen. Das Konzept der Schaffung eines einheitlichen westeuropäischen Wirtschaftsraumes, wie es von den USA mit dem Marshall-Plan verfolgt wurde, bot sich aus Kaisens Sicht als Ausweg an. Es wurde zum Bezugspunkt seiner europäischen Aktivitäten, die darauf abzielten, ausgehend von dem Impuls zum wirtschaftlichen Zusammenschluss bzw. parallel dazu auch die politische Einigung Europas voranzutreiben. »Es ist eine langfristige wirtschaftliche Entwicklung, die vor uns liegt. Sie hat zum Ziel, ein für alle Teile in Europa gemeinsames Produktionsprogramm durchzuziehen, dessen Grundkonzeption die Zusammenfassung der europäischen Grundindustrien bedeutet und politisch gesehen die Vereinigung Europas. Es werden sich in den nächsten vier Jahren weitgehende Konsequenzen für uns alle daraus ergeben«, ließ Kaisen Kurt Schumacher im Frühjahr 1949 wissen. »Mit einer Aufrichtung der europäischen Union sind auch alte Forderungen unserer Partei verbunden, die entstanden sind aus den sehr bitteren Erfahrungen zweier Kriege. Heute sind wir nun in der Lage, in der Bevölkerung das Verständnis zu wecken, um dieses Ziel endlich zu erreichen. Dass wir Deutsche voranzugehen haben, ist die große historische Chance, die uns die Geschichte bietet.«⁵

Der Dissens zwischen Kaisen und der SPD-Führung über die europapolitische Linie der Partei brach im Frühjahr 1950 offen auf. Nachdem sich im Mai 1949 der Europarat aufgrund einer von zehn west- und nordeuropäischen Staaten geschlossenen Vereinbarung konstituiert hatte, lud dessen Ministerrat die Bundesrepublik Ende März 1950 formell zum Beitritt ein, allerdings unter der von Frankreich durchgesetzten einschränkenden Bedingung, dass die Bundesrepublik zunächst nur den Status eines assoziierten Mitglieds erhalten und gleichzeitig auch das damals noch unter französischem Protektorat stehende Saargebiet mit dem selben Status in den Europarat aufgenommen werden sollte. Während Schumacher dies für die SPD für inakzeptabel erklärte, weil Deutschland als Partner minderen Rechts behandelt würde und zudem eine dauerhafte Abtrennung des Saargebiets von Deutschland drohe, sprach sich Wilhelm Kaisen für den Beitritt zum Europarat aus. Zwar räumte er ein, dass der Weg nach Europa »Zumutungen« enthalte. Aber er sei »eine bittere Notwendigkeit« und vielleicht sogar eine »Hoffnung«; die Deutschen müssten »um Deutschlands willen europäisch handeln«.⁶ Der Beitritt zum Europarat biete die Chance, »wieder in einen ständigen Kontakt mit den Völkern« zu gelangen und die deutsche Position, dass das Saargebiet zu Deutschland gehöre, im Europarat zur Geltung zu bringen. Die von Frankreich durchgesetzten Bedingungen für den Beitritt zielten seiner Ansicht nach darauf ab,

5 StAB 3/4-3, Brief Wilhelm Kaisen an Kurt Schumacher vom 5. 3. 1949.

6 StAB 3-S.4. a.Nr.1406, Bericht über die Tagung »Europäische Verantwortung« in der Evangelischen Akademie Hermannsburg vom 15. – 18. 3. 1950.

die europäische Einigung hinauszuzögern und zuvor Fakten hinsichtlich der von Frankreich angestrebten Regelung der Saarfrage – politische Autonomie und wirtschaftliche Angliederung an Frankreich – zu schaffen. »Man hofft am Quai d'Orsay [dem Sitz des französischen Außenministeriums in Paris], gerade die deutschen Kreise, die für eine ehrliche Verständigung sind – wie die SPD – durch eine entsprechende Politik so vor den Kopf zu stoßen, dass sie resignieren. Der Zweck ist erreicht und wir wählen – wie üblich – von zwei Übeln alle beide«, teilte Kaisen dem SPD-Vorstand Ende März 1950 mit.⁷

Kaisens Kritik an der Parteilinie zur europäischen Integration, die seine Amtskollegen Max Brauer in Hamburg und Ernst Reuter in Berlin sowie weitere führende SPD-Landespolitiker teilten und auch öffentlich äußerten, war auf dem Parteitag der SPD im Mai 1950 in Hamburg ein zentrales Thema. Hier wurde Schumachers Position ausdrücklich bestätigt, allerdings nur mit Hilfe des Verfahrenstricks, dass die Aussagen zur Europapolitik Teil eines umfassenden politischen Leitantrags der Parteiführung waren und Schumacher die Abstimmung über diesen Antrag zur Vertrauensfrage erklärte. Außerdem sorgte er dafür, dass Wilhelm Kaisen, der wegen seiner USA-Reise nicht am Hamburger Parteitag teilnehmen konnte, nicht wieder in den SPD-Vorstand gewählt wurde.⁸ Fortan war er der einzige sozialdemokratische Regierungschef eines Bundeslandes, der nicht dem Bundesvorstand der Partei angehörte. Dies hinderte Kaisen allerdings nicht, weiterhin sowohl parteiintern als auch in öffentlichen Stellungnahmen entschieden für seine Auffassung einzutreten, dass sich die Bundesrepublik aktiv am europäischen Einigungsprozess beteiligen müsse, selbst wenn sie dabei zunächst nicht als gleichberechtigter Partner behandelt werden würde. Seine Position in Bremen als unangefochtene Nr. 1 der Sozialdemokraten blieb davon unbeeinträchtigt, obwohl der parteiinterne Dissens hier auch öffentlich ausgetragen wurde, wie etwa bei einem im Juni 1951 von der Bremer SPD veranstalteten Streitgespräch Kaisens mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer, das mit Blick auf die im Herbst des Jahres anstehende Bürgerschaftswahl große Aufmerksamkeit fand und mit einem klaren Vertrauensvotum der Bremer Genossen für ihren Frontmann endete.⁹ Unmittelbarer Anlass für diesen Disput war der offizielle Besuch Kaisens in Frankreich im März 1951, der dort politisch sehr hoch eingestuft worden war und Kaisen mehrere Auszeichnungen wegen seines Engagements für eine deutsch-französische Verständigung eingetragen hatte, in Deutschland allerdings nur am Rande zur Kenntnis genommen wurde. In einem Bericht über diese Reise, den er in einer eigens anberaumten Sondersitzung der Bürgerschaft erstattete,¹⁰ hatte sich Kaisen nachdrücklich für den Schumann-Plan zur Gründung der Montan-Union ausgesprochen, den

7 AsD, NL Kaisen, Mappe 4, Brief Wilhelm Kaisen an Fritz Heine vom 20. 3. 1950.

8 Karl-Ludwig Sommer, *Wiederbewaffnung im Widerstreit von Landespolitik und Parteilinie. Senat, SPD und die Diskussion um die Wiederbewaffnung in Bremen und im Bundesrat 1948/49 bis 1957/58*, Bremen 1988, S. 35 ff.; Karl-Ludwig Sommer, *Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie*, Bonn 2000, S. 306 ff. und S. 386 ff.

9 Sommer, ebd., S. 313 f.

10 *Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft im Jahre 1951*, S. 133 ff.

Kurt Schumacher und mit ihm der SPD-Vorstand und die SPD-Bundestagsfraktion strikt ablehnten. Nach Meinung Schumachers lief der Plan auf die Schaffung eines »neuen Rheinbundes« oder gar eines »karolingischen Europa« hinaus; es werde eine »Europa-AG« oder ein »Überstaat der Manager« entstehen, dessen innere Strukturen er plakativ mit der Formel der vier K – »konservativ, klerikal, kapitalistisch und kartellistisch« – charakterisierte.¹¹ Wilhelm Kaisen hielt dieses Verdikt für populistisch und überzogen; aus seiner Sicht bot die Montan-Union die Möglichkeit zu einer sinnvollen europäischen Arbeitsteilung im Bereich der Schwerindustrie und einen Ansatzpunkt für eine grundlegende Neugestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, wie er in der Diskussion mit Erich Ollenhauer offenkundig überzeugend darlegte. Parteiintern fielen allerdings scharfe Worte. Ein Bremer ›Gewährsmann‹ des Parteivorstands attestierte Wilhelm Kaisen »den Horizont des Funktionärs eines dörflichen Ortsvereins« und fügte hinzu: »Damit könnte ich allerdings den dörflichen Funktionär beleidigen.«¹² Und Kurt Schumacher erklärte Ende März 1951 in einer Sitzung des SPD-Vorstands, dass er Kaisen »nicht mehr ernst nehmen« könne.¹³

Auf der selben Sitzung formulierte der SPD-Vorstand eine scharfe öffentliche Erklärung, in der Kaisens Bericht vor der Bürgerschaft zu einer »Rede über den Schumann-Plan« aufgebauscht und ausdrücklich festgestellt wurde, »dass es den politischen Grundsätzen der SPD widerspricht, wenn es um deutsche Lebensfragen geht, regionale Interessen über das Interesse der gesamtdeutschen Wirtschaft zu stellen.« Der Parteivorstand weise »jeden Versuch aufs Schärfste zurück, die Lebensgrundlage und Zukunft des Ruhrgebietes einem vermeintlichen Landesinteresse preiszugeben.«¹⁴ Kaisen machte daraufhin gegenüber Erich Ollenhauer zwar seiner Enttäuschung Luft, dass »der Parteivorstand es bis heute nicht für nötig gehalten [hat], mir die von ihm beschlossene Maßregelung mitzuteilen. Rundfunk und Presse sind sofort von ihm informiert worden, nur ich nicht... Es ist doch keine Kleinigkeit, sich nach 45jähriger opfervoller Tätigkeit für die Partei zum Schluss Rügen erteilen zu lassen, ohne dass ich überhaupt gehört werde. Ich bin darüber sehr verbittert, weil ich den Beschluss des Parteivorstands für sehr unangebracht halte.«¹⁵ Aber in der Sache zeigte er sich unbeeindruckt. Angeblich war es Kaisen egal, ob er »exkommuniziert« würde, notierte Alfred Faust, Pressesprecher des Bremer Senats und wichtigster Berater Kaisen zum Thema europäische Einigung, zu Jahresbeginn 1952.¹⁶ Und vielen auswärtigen Genossen, die ihm brieflich ihre Anerkennung für seine inhaltliche Position zur europäischen Einigung und seine Bereitschaft aussprachen, sie im Widerspruch zur Parteilinie engagiert

11 Peter Merseburger, Kurt Schumacher. Der schwierige Deutsche. Eine Biographie. TB-Ausgabe Berlin 1997, S. 438 ff.

12 AsD, Sammlung Personalien »Wilhelm Kaisen«, »Hintergrundbericht zum Bremer Schumann-Plan-Klima«, undatiert [vermutlich Frühjahr 1951].

13 AsD, PV Protokolle, Protokoll der Sitzung des SPD-Vorstands am 31. 3. 1951.

14 Ebd., Kommuniké der Sitzung des SPD-Vorstands am 31. 3. 1951.

15 AsD, NL Kaisen, Mappe 1, Brief Wilhelm Kaisen an Erich Ollenhauer vom 25. 4. 1951.

16 AsD, NL Löbe, Nr. 54, Brief Alfred Faust an Paul Löbe vom 4. 1. 1952.

zu vertreten, versicherte er im Sommer des Jahres, er werde sich »den Mund nicht verbieten lassen«. ¹⁷ Wiederholten Aufforderungen langjähriger Weggefährten, sich an die Spitze einer innerparteilichen Fronde gegen Kurt Schumachers außenpolitischen Kurs zu stellen, erteilte er allerdings eine Absage. Es liege ihm nicht, »eine Oppositionsgruppe zu organisieren und dergl., um in der Partei einer anderen geschlossenen Meinung entgegenzutreten; dazu habe ich keine Zeit, und nach 50jähriger Parteitätigkeit auch keine Neigung mehr.« ¹⁸

Ohnehin wäre eine solche Aktion, wenn sie denn tatsächlich in die Wege geleitet worden wäre, ins Leere gelaufen. Kurt Schumacher starb Ende August 1952 und die von ihm für die SPD vorgegebene Linie, dass die Bundesrepublik nur dann Verträgen zur Errichtung eines vereinten Europa beitreten dürfe, wenn sie dabei als gleichberechtigter Partner behandelt werden würde, wurde auf dem Dortmunder Parteitag im September des Jahres als »Vermächtnis« des Verstorbenen ausdrücklich bestätigt. Zudem bemühte sich sein Nachfolger Erich Ollenhauer, der schon zuvor Wilhelm Kaisens ›Kummerkasten‹ bei seinen Differenzen mit der Parteiführung gewesen war, um eine Entschärfung der innerparteilichen Kontroversen zum Thema europäische Einigung. Auf zwei »Koordinierungstreffen« der Parteiführung mit den sozialdemokratischen Mitgliedern des Bundesrates im Frühjahr 1953 erhielten Kaisen und die anderen der innerparteilichen »Bürgermeister-Fraktion« zugerechneten Landespolitiker Gelegenheit, ihre von der Parteilinie abweichenden Auffassungen zur europäischen Einigung ausführlich darzulegen. Die Treffen brachten zwar inhaltlich keine Verständigung über die Parteilinie, sondern nur eine Feststellung der nach wie vor unterschiedlichen Standpunkte, wurden aber von Kaisen dennoch als »recht fruchtbar« gewertet, weil er »den Eindruck gewonnen [habe], dass es möglich ist, eine gemeinsame politische Linie einzuhalten, und zwar dann, wenn wir uns rechtzeitig darüber aussprechen.« ¹⁹ Dafür spielte nicht zuletzt der Umstand eine Rolle, dass zum einen mit den jeweils gegen das Votum der SPD ratifizierten Verträgen über die Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Europarat und in der Montan-Union Fakten geschaffen worden waren, die der SPD-Vorstand nicht ignorieren konnte. Zum anderen gerieten die Bestrebungen zur Schaffung eines vereinten Europa bei dem nächsten dafür in Aussicht genommenen Schritt, der Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), ins Stocken. ²⁰

Ausgangspunkt dieses Projekts war die in den westeuropäischen Staaten bei allen maßgeblichen politischen Gruppierungen mit Ausnahme der Kommunisten vorherrschende Überzeugung, dass im Einklang mit entsprechenden Forderungen der USA Vorkehrungen zur Abwehr einer als akut angesehenen militärischen Bedrohung »aus dem Osten« erforderlich seien und dazu auch

17 StAB 7,97-7, Brief Wilhelm Kaisen an Klaus-Peter Schulz vom 10. 6. 1952.

18 Brief Wilhelm Kaisen an Siegfried Nestriepke (wie Anm. 2).

19 AsD, PV Bestand Ollenhauer, Nr. 197, Brief Wilhelm Kaisen an Erich Ollenhauer vom 9. 4. 1953.

20 Zum Folgenden mit weiteren Nachweisen Sommer, *Wiederbewaffnung im Widerstreit* (wie Anm. 8), S. 54 ff.

westdeutsche Streitkräfte aufgestellt werden müssten, wie es Konrad Adenauer in seinem »Sicherheitsmemorandum« angeboten hatte, das er kurz nach Beginn des Korea-Krieges im Sommer 1950 dem US-amerikanischen Hochkommissar für Deutschland übermittelte. Daraufhin legte der damalige französische Ministerpräsident und vorherige Verteidigungsminister René Pleven im Oktober des Jahres einen Plan für eine Europa-Armee vor, der den aus historischen Gründen durchaus verständlichen Vorbehalten in den westeuropäischen Nachbarländern gegen die erneute Aufstellung deutscher Militäreinheiten Rechnung trug. Er sah den Aufbau einer integrierten europäischen Armee mit multinationalen, d. h. mit Soldaten aus allen Mitgliedstaaten besetzten Einheiten vor, für deren administrative Kontrolle ein neu zu schaffendes europäisches Ministerium nach dem Vorbild der Hohen Behörde der Montan-Union zuständig sein sollte, das zugleich als Blaupause für weitere europäische Ministerien einer bereits als Fernziel dieses Plans angepeilten Europäischen Politischen Gemeinschaft dienen sollte. Allerdings war die Bundesrepublik in diesem Konzept erneut kein gleichberechtigter Partner: Während die übrigen Mitgliedstaaten jeweils nur Teile ihrer nationalen Streitkräfte für die Europa-Armee abstellen sollten, sollten die deutschen Soldaten komplett darin integriert sein und zudem deutsche Offiziere keine Positionen in den militärischen Führungsstäben dieser Armee übernehmen dürfen. Dennoch nahm die Bundesregierung mit den Regierungen der fünf anderen Mitgliedstaaten der Montan-Union und unter Beteiligung des britischen und des US-amerikanischen Hochkommissars für Deutschland entsprechende Verhandlungen auf, die Ende Mai 1952 mit der Unterzeichnung des Vertrags über die Gründung der EVG und des dazugehörigen »Generalvertrags« abgeschlossen wurden, in dem die besonderen Rechtsbeziehungen zwischen den drei westlichen Besatzungsmächten und der Bundesrepublik geregelt waren, da diese mit Inkraft-Treten des EVG-Vertrages den ihr bislang vorenthaltenen Status voller völkerrechtlicher Souveränität erhalten sollte.

Während die SPD-Führung die EVG wegen der fehlenden Gleichberechtigung Deutschlands ablehnte, bewertete sie Wilhelm Kaisen v. a. wegen des Fernziels einer europäischen politischen Gemeinschaft wiederum grundsätzlich positiv. Er stimmte allerdings mit dem Parteivorstand dahingehend überein, dass ein Vertragswerk mit so weitreichenden Konsequenzen für die Bundesrepublik nicht mit einfacher, sondern nur mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen 2/3-Mehrheit vom Parlament ratifiziert werden könne. Zudem stelle sich die Frage, ob der im August 1949 gewählte Bundestag dazu überhaupt berechtigt sei, weil insbesondere das Thema »Wiederbewaffnung« damals noch nicht zur Diskussion gestanden habe. Unter diesen Vorzeichen lieferten sich die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien auf der einen und die Sozialdemokraten auf der anderen Seite einen »Kampf um den Wehrbeitrag«, in dem auch der Bundespräsident, das Bundesverfassungsgericht und nicht zuletzt der Bundesrat eine entscheidende Rolle spielten. In der Länderkammer argumentierte und votierte Wilhelm Kaisen für Bremen entsprechend der vom SPD-Vorstand beschlossenen Linie gegen die Ratifizierung des EVG-Vertrages, die aber im Frühjahr 1953 rechtsgültig erfolgte, nachdem der Bundesrat den zuvor von ihm mit Nachdruck eingeforderten

Anspruch auf Mitsprache bei außenpolitischen Entscheidungen selbst ad absurdum geführt hatte.²¹ Allerdings scheiterte die geplante Gründung der EVG gut ein Jahr später, weil die französische Nationalversammlung die Ratifizierung des Vertragswerkes ablehnte. Als ›Ersatzlösung‹ wurden daraufhin binnen weniger Wochen die »Pariser Verträge« über den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und den Aufbau nationaler westdeutscher Streitkräfte sowie eine den veränderten Voraussetzungen angepasste Version des »Generalvertrages« ausgehandelt, die Anfang Mai 1955, genau 10 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, in Kraft traten.

II

Für Wilhelm Kaisen bedeutete das Scheitern der EVG eine Enttäuschung, weil damit auch das eigentliche Ziel seines europäischen Engagements, die Gründung einer europäischen politischen Gemeinschaft oder gar der Vereinigten Staaten von Europa, in unabsehbare Ferne gerückt war. Die im Frühjahr 1957 in den »Römischen Verträgen« vereinbarte Gründung der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) begrüßte er zwar nachdrücklich, zumal ein gemeinsamer europäischer Markt den Wirtschaftsinteressen der Hafen- und Handelsstadt Bremen in besonderer Weise entgegenkam. Aber die innerhalb des Marktgebietes geltende Freizügigkeit war aus seiner Sicht nichts grundlegend Neues, sondern nur die Rückkehr zu einem Zustand, wie er seiner persönlichen Erfahrung und Erinnerung nach bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Europa geherrscht hätte.²² EWG und Euratom bedeuteten für ihn aber nur einen kleinen Schritt auf dem Weg zur Einigung Europas, weil lediglich multinationale gemeinschaftliche Gremien und Institutionen eingerichtet, aber eben keine supranationalen, genuin europäischen Strukturen geschaffen wurden. Dies hielt er jedoch für unbedingt erforderlich, um die historisch tief verwurzelten Rivalitäten und Ressentiments zwischen den Völkern Europas dauerhaft überwinden zu können, wofür er selbst sich ganz pragmatisch bei mehreren Besuchen in europäischen Nachbarländern in den 1950er Jahren einsetzte. Neben den jeweils wahrzunehmenden explizit politischen Terminen maß Kaisen dabei Begegnungen mit Regional- und Lokalpolitikern, Journalisten und Vertretern von Verbänden und Wirtschaft sowie der öffentlichen Wahrnehmung seines Auftretens im Ausland fast gleichrangige Bedeutung zu, weil ihm beides in besonderer Weise geeignet erschien, in den Gastländern verbreitete Vorurteile über Deutschland und die Deutschen abzubauen.

Ganz besonderen Stellenwert sowohl in politischer Hinsicht als auch für ihn persönlich hatte Kaisens bereits erwähnter Besuch in Frankreich im Frühjahr 1951, eine der ersten offiziellen Visiten eines hochrangigen politischen Amtsträgers der Bundesrepublik bei den Nachbarn. Die Einladung zu diesem

21 Karl-Ludwig Sommer, Der Bundesrat als außenpolitische Kontrollinstanz in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 23/1992, S. 537-556.

22 Sommer, Wilhelm Kaisen (wie Anm. 8), S. 328 ff.

Besuch war ursprünglich von den Bürgermeistern von Paris und Bordeaux ausgesprochen worden, dann allerdings von André Francois-Poncet, dem französischen Hochkommissar in Deutschland, übernommen und mit Nachdruck betrieben worden. Er hatte im Oktober 1950 Bremen einen offiziellen Besuch abgestattet und betrachtete Kaisens Visite sozusagen als »Gegenbesuch«, für den er ein entsprechendes Programm organisierte und den Leiter der Pariser Dienststelle des Hochkommissariats als ständigen Begleiter des Gastes abstellte. Francois-Poncet arrangierte unter anderem ein Treffen mit dem damaligen Außenminister Robert Schumann, das Kaisen stark beeindruckte und in seiner positiven Haltung zur Montan-Union bestärkte. Außerdem organisierte Francois-Poncet kurzfristig Besuche

Kaisens in den beiden nordfranzösischen Hafenstädten Le Havre und Rouen, nachdem ein ursprünglich geplanter Aufenthalt in Bordeaux von französischer Seite abgesagt werden musste. Wilhelm Kaisen nutzte die Gelegenheit, um Kontakte mit kommunalen Amtsträgern und örtlichen Repräsentanten der Wirtschaft anzubahnen; aufgrund von ihm ausgesprochener Einladungen fanden in den folgenden Jahren wechselseitige Besuche von Vertretern der Hafenbehörden und -wirtschaft aus Le Havre, Rouen und Bremen statt. In Paris wurde Kaisen die Medaille der Vereinigung der französischen Bürgermeister sowie die Medaille des Departements de la Seine verliehen, und bei dieser Gelegenheit sowie bei der Eintragung in das Gästebuch eines berühmten Traditionshotels wurde festgestellt, dass die letzte Auszeichnung bzw. Eintragung eines Deutschen jeweils mehr als 60 Jahre zurücklag. Bei all diesen Terminen setzte sich Kaisen jenseits des Parketts der »hohen« Politik ganz praktisch für die deutsch-französische Verständigung ein und tat dies auch

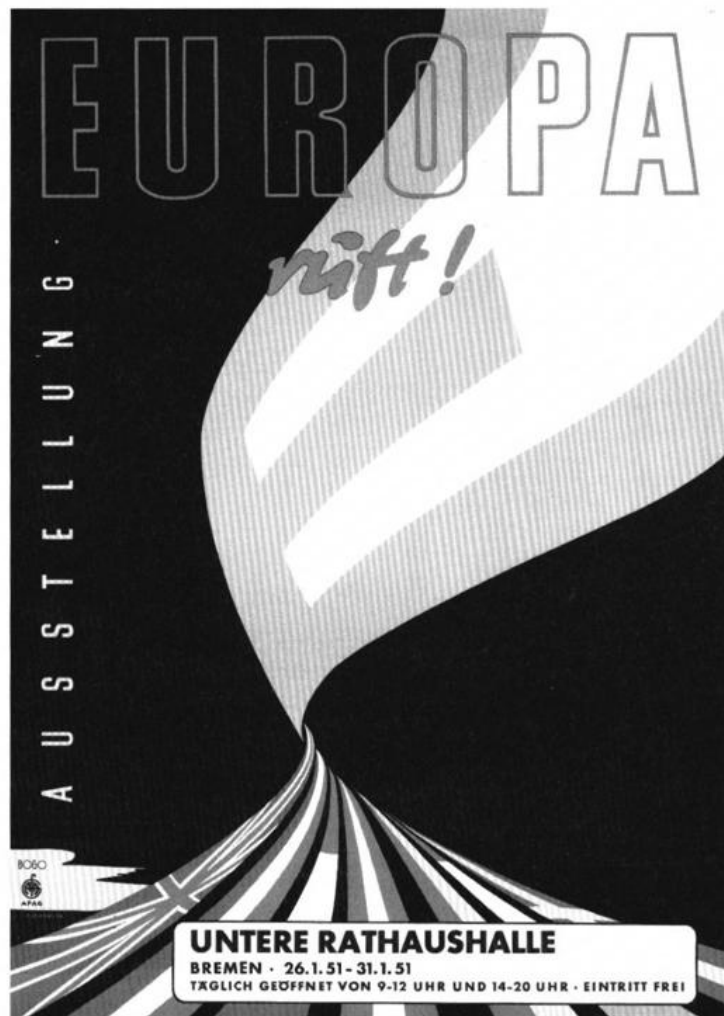


Abb. 1: Plakat der Europa-Union für eine Ausstellung in der Unteren Rathaushalle, Januar 1951. StAB 9,P FB740 - 666.

nach seiner Rückkehr nach Bremen: Der Bericht, den er Ende März 1951 in der Sondersitzung der Bürgerschaft über seine Frankreich-Reise erstattete, hatte streckenweise den Charakter eines landeskundlichen und historischen Kollegs über Frankreich und die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen, das inhaltlich und vom Umfang her etwa gleichgewichtig neben den Ausführungen zum Inhalt seiner politischen Gespräche stand.²³

Gut zwei Monate später fuhr Wilhelm Kaisen zu einem weiteren offiziellen Besuch in ein europäisches Nachbarland und hielt sich auf Einladung des dortigen Oberbürgermeisters zwei Tage in Antwerpen auf. Obwohl dieses Mal keine Themen der »großen« Politik, sondern beiderseits interessierende Hafenfragen auf der Tagesordnung standen, hatte auch dieser Besuch besondere Bedeutung für Kaisens Bemühungen um die Förderung der europäischen Einigung. Bei seiner Ankunft stellte er erstaunt fest, dass sich außer dem von Vertretern des Antwerpener Magistrats und der Stadtverwaltung gebildeten Empfangskomitee auch eine größere Menschenmenge zur Begrüßung der Bremer Delegation eingefunden hatte. Zudem wurde der Besuch nicht nur in der örtlichen, sondern auch in der überregionalen Presse in Belgien zur Kenntnis genommen, des Öfteren unter ausdrücklichem Hinweis darauf, dass Kaisen den Schumann-Plan und das damit verfolgte Ziel der Schaffung einer europäischen Union befürwortete, wie es auch in Belgien überwiegend der Fall war. Die in Antwerpen geführten Gespräche, in denen es im Wesentlichen um die Wiederbelebung der traditionell guten Handelsbeziehungen und vor allem um eine engere Abstimmung in Bezug auf die Vertretung gemeinsamer Interessen der Nordseehäfen in einem zukünftigen europäischen Wirtschaftsraum ging, markierten den Ausgangspunkt für regelmäßige Treffen der beiden Bürgermeister, bei denen nicht zuletzt darüber gesprochen wurde, wie man sich gemeinsam der Konkurrenz von Hamburg und Rotterdam erwehren könne. Außerdem nutzte Wilhelm Kaisen die Gelegenheit, um seine Kontakte zu den belgischen Sozialisten und vor allem zu deren prominentestem Mitglied, dem ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Paul Henri Spaak zu intensivieren, der damals den Vorsitz in der Beratenden Versammlung des Europarats führte und nach Gründung der Montan-Union erster Präsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde. Spaak kam im Frühjahr 1953 nach Bremen und hielt im Rathaus einen nicht nur in der örtlichen Presse viel beachteten Vortrag über Probleme der europäischen Einigung. Nach einem längeren Gespräch mit Kaisen leitete er zudem eine erneute Einladung Kaisens nach Belgien in die Wege, indem er anregte, die der Sozialistischen Partei Belgiens nahestehende europäische Monatszeitschrift »Synthese« solle Kaisen zu einem Vortrag bei einem der von der »Synthese« in unregelmäßigen Abständen in Brüssel veranstalteten »europäischen Dinners« einladen. Dies war zwar eine »private« Einladung, die aber in Anbetracht der Tatsache, dass an diesen Dinners regelmäßig führende belgische Politiker, Journalisten und Wirtschaftsvertreter sowie Mitglieder des in Brüssel akkreditierten diplomatischen Korps teilnahmen, einen deutlich höheren politischen Stellenwert hatte als der voraufgegangene Besuch in Antwerpen.

23 Ebd., S. 331 ff.

In Absprache mit dem Auswärtigen Amt reiste Kaisen Anfang Juni 1954 nach Brüssel und trat dort als erster deutscher Politiker seit Ende des Zweiten Weltkriegs in einer öffentlichen Veranstaltung auf, was ihm die besondere Aufmerksamkeit nicht nur der belgischen Presse, sondern auch der internationalen Nachrichtenagenturen sicherte, zumal er sich unmittelbar nach seiner Ankunft demonstrativ zum Grabmal des unbekanntes Soldaten begab und dort einen Kranz niederlegte. Sein Vortrag stand unter dem auf Anregung des Auswärtigen Amtes gewählten Titel »Die Geschichte eines deutschen Landes seit 1945«, befasste sich allerdings nur in einer vergleichsweise kurzen, einleitenden Passage mit dieser Thematik. Bei weitem ausführlicher stellte Kaisen die Unterschiede der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik und der sowjetischen Besatzungszone dar und legte abschließend ein flammendes Bekenntnis zur europäischen Einigung ab: Es sei auffallend, »wie sich die innerpolitischen Angelegenheiten in den einzelnen europäischen Staaten decken mit den inneren Zusammenhängen ihrer europäischen und internationalen Angelegenheiten«. Auf diesen Ebenen getroffene Entscheidungen seien »in vielem bestimmend geworden für das Schicksal auch des einzelnen Staates und auch des einzelnen Bürgers, ob er nun in Deutschland oder in Frankreich, in Belgien oder in England lebt«. Deshalb seien alle europäischen Staaten und ihre Bürger aufgerufen, »aktiv mitzuarbeiten an den im Entstehen begriffenen europäischen Institutionen.«²⁴

Noch ein weiterer Besuch in einem europäischen Nachbarland, ein einwöchiger Aufenthalt in Großbritannien im Herbst 1953, hatte für Wilhelm Kaisens europäisches Engagement besondere Bedeutung gehabt, allerdings in der Hinsicht, dass er sich in seiner Auffassung bestätigt sah, auch ohne britische Beteiligung die ersten Schritte auf dem Weg zur Einigung Europas zu gehen. Bereits im Herbst 1949 hatte er auf Einladung des britischen Außenministeriums an einer Konferenz unter dem Thema »Die Grundlagen der britischen Politik« teilgenommen, die in Wilton Park, einer als Schulungszentrum für deutsche Kriegsgefangene eingerichteten und zwischenzeitlich in ein internationales Tagungszentrum umgewandelten Einrichtung am Stadtrand von London, durchgeführt worden war. Schon damals hatte Kaisen die Gelegenheit wahrgenommen, Gespräche mit britischen Politikern zu führen, in denen jedoch durchweg das zu dieser Zeit aus bremischer Sicht absolut vorrangige bilaterale Thema, die Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen, im Mittelpunkt gestanden hatte. Auch die zweite England-Reise Kaisens erfolgte auf Einladung der britischen Regierung, hatte allerdings gänzlich anderen Charakter, weil dieses Mal ein umfangreiches Programm zusammengestellt worden war, dass neben politischen Gesprächen in London Besichtigungen der Hafen- und Werftanlagen in Plymouth und Glasgow, Besuche in Edinburgh und Cambridge sowie einen kurzen Abstecher nach Wilton Park einschloss. Das Programm entsprach im Prinzip dem seines Besuchs in Frankreich im Frühjahr 1951, der Ertrag ließ sich jedoch nicht annähernd mit den durchweg positiven Ergebnissen vergleichen, die Kaisen damals nicht nur nach eigener

24 StAB 7,97/2-47, Manuskript »Referat für Brüssel (Synthese) am 2./3. Juni 1954«.

Einschätzung, sondern auch nach Meinung des deutschen Botschafters in Frankreich erzielt hatte.²⁵

Da Großbritannien weder der Montan-Union angehörte noch Mitglied der EVG werden wollte, hatte Wilhelm Kaisen von vornherein nicht damit gerechnet, mit seinen Bemühungen zur Förderung der Einigung Europas besondere Resonanz zu finden. Aber selbst diese gedämpften Erwartungen wurden noch enttäuscht: Die britische Regierung teilte ihm keinen hochrangigen Beamten, sondern nur den Leiter der Informationsabteilung des Deutschlandreferats im Außenministerium als ständigen Reisebegleiter zu. Für seine politischen Termine in London standen ihm dann keine nach eigener Einschätzung »adäquaten« Gesprächspartner zur Verfügung, sondern er musste mit dem stellvertretenden Handelsminister, einem parlamentarischen Unterstaatssekretär des Außenministeriums sowie einem Staatssekretär des Verkehrsministeriums vorlieb nehmen. Und auch bei den weiteren Programmpunkten außerhalb Londons beschränkten sich Kontakte mit führenden Kommunalpolitikern durchweg auf repräsentative Anlässe, während er bei den Besichtigungen, die den überwiegenden Teil der Zeit ausfüllten, in der Regel nur von Mitarbeitern der jeweiligen städtischen Pressestelle begleitet wurde. Ein Lichtblick war allenfalls die Teilnahme an der Jahreskonferenz der Labour-Party, auf der sich Kaisen zumindest von der Atmosphäre her heimisch fühlte wie auf einem Parteitag der SPD, während die Gespräche mit mehreren führenden Mitgliedern der Labour-Party wenig Substantielles erbrachten. In dem sehr kurzen und distanzierten schriftlichen Bericht, den Kaisen über diese Reise verfasste,²⁶ kommen die Worte »Europa« oder »europäische Einigung« bezeichnenderweise nicht vor; eine Berichterstattung vor der Bürgerschaft, geschweige denn eine eigens zu diesem Zweck anberaumte Sondersitzung, wurden gar nicht erst in Erwägung gezogen. Das Thema »Großbritannien und Europa« war für Kaisen vorerst erledigt und er konzentrierte sich darauf, das weitere Zusammenrücken der sechs Mitgliedstaaten der Montan-Union zu unterstützen, zumal er sich sicher war, dass dies eine Eigendynamik entfalten würde, der sich auch die Briten auf Dauer nicht entziehen könnten.²⁷

III

Ein drittes Aktionsfeld, auf dem sich Wilhelm Kaisen vor allem in der ersten Hälfte der 1950er Jahre für die Einigung Europas einsetzte, war die Mitarbeit in Vereinigungen, die sich der Förderung des europäischen Gedankens verschrieben hatten. Bereits im Sommer 1947 war er dem kurz zuvor gegründeten Bremer Landesverband der Europa-Union beigetreten, ohne darin zunächst aktiv mitzuarbeiten. Im November 1949 übernahm er dann aber das Amt des Landesvorsitzenden, offenbar auf Bitten seines alten Bekannten und Partei-

25 StAB 7,97/2-52, Abschrift des Schreibens von Botschafter Hausenstein an das Auswärtige Amt vom 20. 3. 1951.

26 StAB 3-S.1. a.Nr.444[9]Nr.9, Vermerk »Eindrücke von meiner Englandreise« samt anhängender Aufstellung »Englandreise vom 17. September – 6. Oktober 1953«.

27 Sommer, Wilhelm Kaisen (wie Anm. 8), S. 340 ff.

freundes Erich Rossmann, der damals Generalsekretär des Bundesverbandes der Europa-Union war. Rossmann hatte sich im Herbst des Vorjahres beim ständigen Vertreter Bremens beim Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes nach den Aktivitäten der Europa-Union in Bremen erkundigt und daraufhin vom damaligen Leiter der Senatskanzlei eine ernüchternde Auskunft erhalten: Die Vorstandsmitglieder des Bremer Landesverbandes wirkten »farblos und nichtssagend«, »eine Besetzung der hiesigen Europa-Union mit kräftigeren politischen Persönlichkeiten [wäre] dringend zu wünschen.«²⁸ Wilhelm Kaisen veranlasste unmittelbar nach seiner Wahl, dass der ehemalige französische Finanz- und Wirtschaftsminister André Philip, einer der führenden ›Europäer‹ in der sozialistischen Partei Frankreichs und Vorsitzender der in Frankreich gegründeten »Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa« (MSEUE = Movement Socialiste pour les Etats Unis d' Europe) zu einer Ende Januar 1950 im Bremer Rathaus veranstalteten europäischen Kundgebung eingeladen wurde. Kaisen selbst sprach das Schlusswort auf dieser Kundgebung und nutzte außerdem die Gelegenheit, einen persönlichen Kontakt zu Philip aufzubauen, dessen besonderer Stellenwert für Kaisens europäisches Engagement erst drei Jahre später in vollem Umfang deutlich wurde, als Kaisen die Führung der deutschen Sektion der MSEUE übernahm. Außerdem bat Eugen Kogon, der damalige Präsident der Europa-Union Deutschland, Wilhelm Kaisen, sich auf dem Jahreskongress im Dezember 1950 für die Position eines ihrer drei Vizepräsidenten zur Wahl zu stellen. Obwohl er die Teilnahme an dem Kongress kurzfristig absagen musste, wurde Kaisen in Abwesenheit gewählt, nahm diese Wahl aber nicht an. Denn er hatte seine telefonisch gegebene Zustimmung zur Nominierung ausdrücklich davon abhängig gemacht, dass es nicht zu einer Kampfabstimmung gegen Carlo Schmid, den ›Europa-Experten‹ des SPD-Parteivorstands kommen dürfe. Genau das war jedoch passiert, weil Schmid als Vizepräsident der Europa-Union zur Wiederwahl angetreten war, woraufhin Kaisen Ende Januar 1951 den Vorsitz im Bremer Landesverband niederlegte und seine Mitarbeit in der Europa-Union vorerst einstellte.²⁹

In Anbetracht des ohnehin gespannten Verhältnisses zum SPD-Vorstand wegen seiner von der Parteilinie abweichenden Auffassung zum Thema europäische Einigung konnte sich Kaisen kaum anders verhalten. Der Verzicht dürfte ihm aber auch deshalb nicht sonderlich schwer gefallen sein, weil sich zur gleichen Zeit eine neue Perspektive für sein europäisches Engagement eröffnete. Zu Jahresbeginn 1951 hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Brill unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Querelen in der Europa-Union bei ihm angefragt, ob er nicht in der MSEUE mitarbeiten wolle, deren deutsche Sektion sich im November 1950 unter Vorsitz von Anna Siemsen, der ›großen alten Dame‹ der Hamburger SPD der Nachkriegszeit, konstituiert hatte. Kaisen lehnte zunächst ab, weil er von der irrigen Annahme ausging, dass die deutsche Sektion der MSEUE in enger Abstimmung mit dem SPD-Vorstand organisiert würde und er »weder Zeit noch Neigung« habe, sich an

28 StAB 3-V.12.Nr.8[1], Brief Wilhelm Haas an Erich Rossmann vom 23. 10. 1948.

29 Sommer, Wilhelm Kaisen (wie Anm. 8), S. 348 ff.

Bekanntnis zur europäischen Einheit

Der französische Politiker André Philip sprach im Rathaus auf einer Kundgebung

Eine eindrucksvolle Kundgebung für die deutsch-französische Verständigung war die gestern vormittag im Festsaal des Neuen Rathauses von der Europa-Union und der Deutsch-Französischen Gesellschaft durchgeführte Gemeinschaftsveranstaltung, in deren Verlauf der französische Politiker André Philip sprach. In seinen häufig von Beifall unterbrochenen Ausführungen betonte er die Notwendigkeit, eine europäische Föderation der freien Völker zu schaffen, die imstande sei, die engen Grenzen der Nationalstaaten zu sprengen. Seine Worte waren ein leidenschaftliches Bekenntnis zu europäischer Verständigung und Einheit.

Der Vorsitzende der Deutsch-Französischen Gesellschaft, Generalstaatsanwalt Dr. Heino Bollinger, hatte vorher darauf hingewiesen, daß der Weg der Verständigung zwischen beiden Völkern unabhängig von Rückschlägen besritten werden müsse, weil sie die Vorbedingung für ein einheitliches Europa sei. Senatspräsident Kaisen betonte in seinem Schlußwort, die Einheit Europas lasse sich nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Staaten verwirklichen.

„Die wirtschaftliche und politische Einheit Europas ist heute nicht mehr ein Ideal oder eine Hoffnung, sondern eine einfache Notwendigkeit, eine Existenzbedingung für unseren Kontinent.“ Mit diesen Worten leitete André Philip sein großangelegtes Referat ein. Das wirtschaftliche Dilemma, in dem sich Europa seit Jahren befinde, mache eine Umgestaltung der gesamten europäischen Wirtschaftsstruktur erforderlich, die im nationalen Rahmen nicht mehr durchzuführen sei. Nicht nur die großen Schäden des letzten Krieges könnten für diese Schwierigkeiten verantwortlich gemacht werden, deren Ursachen noch viel tiefer lägen.

Durch den Aufbau leistungsfähiger Industrien in überseeischen Gebieten hätten sich in den letzten Jahrzehnten in zunehmendem Maße Absatzschwierigkeiten für die europäischen Staaten ergeben. Dadurch seien die Gegensätze immer mehr verschärft worden. Nach dem ersten Weltkriege hätten alle Staaten Versuche unternommen, sich autark zu machen. Dieser Entwicklung, die mit der Aufrichtung von Zollschranken

einhergegangen sei, müsse ein Ende bereitet werden. Europa besitze noch genügend Kraft, um seine Rolle in der Welt spielen zu können. Die Voraussetzung dazu sei die Schaffung eines großen europäischen Wirtschaftsraumes.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich André Philip eingehend mit den Vorschlägen, die der Erreichung dieses Zieles dienen sollen. Er sprach sich für die Einrichtung einer Finanzorganisation aus, die sich für die freie Konvertierbarkeit der Währun-

galer Egoisten zusammenfinden müßte. Regionale Vereinigungen von Staaten trüden dagegen den Kern neuer Gegensätzlichkeiten in sich.

„Europa vereint sich aber nur, wenn gelingt, Deutschland und Frankreich dauer zu verbinden“, erklärte André Philip. Die so notwendige Annäherung sei nur möglich, wenn beide Völker ihre nationalen Standpunkte aufgaben und alle Probleme nur unter dem europäischen Gesichtswinkel betrachteten. Nur auf diese Weise könne ein wirklicher Friede zustande kommen. Beide Länder müßten sich zu gemeinsamen Idealen bekennen. André Philip schloß seine Ausführungen mit der Mahnung: „Suchen wir die Einheit Europas in der Gerechtigkeit und alles andere wird uns hinzugegeben werden“.

Senatspräsident Kaisen sagte in seinem Schlußwort, daß heute sowohl im französischen wie auch im deutschen Volk das gesamte europäische Interesse stärker entwickelt als nach dem ersten Weltkrieg. Die europäische Einheit könne nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung verwirklicht werden. Obwohl Deutschland noch keine Souveränität

besitze und keine Einheit bilde, dürfe nicht resignieren, sondern müsse am Aufbau Europas mitarbeiten, denn seine Zukunft an das Schicksal Europas gebunden. Im Gegensatz zum Marshallplan, der eine europäische Konzept zum Ziele habe, die das Ruhrstatut in seiner Bezogenheit nur Deutschland nicht dem europäischen Interesse Das könne nur durch Einbeziehung aller europäischen Schwerindustrien in eine höhere Ordnung geschehen.

In diesem Zusammenhang erwähnte Senatspräsident Kaisen



André Philip (links) in der Unterhaltung mit Senatspräsident Kaisen und dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, Dr. Schierloh. Foto: Karl Ed. Schmidt

Wirtschaftsgesundheit

Wirtschaftsgesundheit

Wirtschaftsgesundheit

Wirtschaftsgesundheit

Abb. 2: Bericht des Weser-Kurier zu einer Veranstaltung der Europa-Union in Bremen vom 30. Januar 1950.

Aktivitäten zu beteiligen, bei denen »die alte Linie der Partei: Europa nur, wenn England und Skandinavien dabei sind, nicht aufgegeben wird.«³⁰ Er hielt jedoch in der Folgezeit nicht nur intensiven Kontakt vor allem mit einigen Hamburger Genossen, die in der MSEUE mitarbeiteten, sondern ließ sich auch regelmäßig Positionspapiere und Tätigkeitsberichte der deutschen Sektion zuschicken. Auf der Grundlage dieser Informationen revidierte er dann

30 StAB 3-V.12.Nr.30, Brief Hermann Brill an Wilhelm Kaisen vom 2. 1. 1951 und Antwort Kaisens vom 15. 1. 1951.

Senatsempfang für Philip

Der Senat gab am Sonnabendabend im Rathaus einen Empfang zu Ehren des französischen Gastes. Senatspräsident Kaisen sagte in seiner Begrüßungsansprache, die Regierungspolitik der Vergangenheit müsse sich den Gedanken der europäischen Zusammenarbeit überwinden werden. André Philip erklärte u. a., die USA könnten Europa nicht immer helfen. Bis zum Ablauf der Hilfe müßte zumindest die wirtschaftliche Vereinigung sichergestellt werden, die auch mit der politischen Hand in Hand zu gehen habe. Capt. (USN) Jeffs unterstrich den Willen der USA zur Förderung jeder Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent.

Am Sonnabendvormittag hatte Senatspräsident Kaisen den französischen Gast bereits im Rathaus empfangen.

Senatspräsident Kaisen auch das Saarproblem betonte, daß es nur auf dem Wege des Rechts entschieden werden dürfe. Die nationalistische Agitation trage nicht zu einer Lösung bei. Regierungen und Parliamente aller Länder müßten erkennen, daß die europäische Einheit eine absolute Notwendigkeit sei.

Im Anschluß an Senatspräsident Kaisen sprach noch einmal André Philip das Wort und sprach speziell zum Saarproblem. Er erklärte, daß Frankreich die französisch-saarländische Wirtschaftsunion als notwendig ansehe, weil sich beide Länder wirtschaftlich ergänzten. Niemand denke jedoch daran, eine politische Bindung des Saarlandes an Frankreich oder eine zwangsweise Autonomie herbeizuführen. Andererseits sei es verständlich, wenn Deutschland den Anschluß des Saargebietes wünsche. Vor Abschluß eines Friedensvertrages werde jedoch nichts Endgültiges gehen. Die saarländische Bevölkerung solle 1952 ein neues Parlament. Die letzte Entscheidung über die Zukunft des Saargebietes liege dann bei der Bevölkerung des Landes selbst und beim Europarat.

Unter den zahlreichen Gästen befanden sich neben dem Landeskommisär für Bremen, Capt. (USN) Jeffs, auch die Beobachter der britischen und französischen Parlamentarischen Kommissionen sowie Vertreter des diplomatischen Korps. Ferner waren Mitglieder der Bürgerschaft und des Senats sowie die Spitzen der verschiedenen Behörden erschienen.

St.

seine ursprüngliche Einschätzung, weil die MSEUE eindeutig zugunsten der auch von ihm selbst befürworteten Konzeption Stellung nahm, die europäische Einigung auf dem mit der Montan-Union eingeschlagenen Weg des »Europa der Sechs« voranzubringen.

Im Frühjahr 1953 erklärte sich Wilhelm Kaisen dann auf Drängen von André Philip und Paul Henri Spaak, den beiden prominentesten Führungspersonlichkeiten der MSEUE, bereit, eine aktive Rolle in der deutschen Sektion zu übernehmen, deren Tätigkeit bis dahin kaum öffentliche Resonanz gefunden hatte. Dies änderte sich grundlegend nach Kaisens erstem öffentlichen Auftritt für die MSEUE im November 1953: Auf einer in Frankfurt am Main veranstalteten »europäischen Arbeitstagung« übernahm er den Vorsitz im Rat der deutschen Sektion der MSEUE, der dort als neues politisches Führungsgremium installiert wurde. Zudem wurde eine Resolution zur Europapolitik verabschiedet, die Kaisen einbrachte und unverkennbar seine Handschrift trug: Nach einem einleitenden Bekenntnis zur europäischen Einigung, die dem Frieden diene, die wirtschaftliche Kraft des Kontinents stärken und den Lebensstandard aller Europäer heben werde, wurde die Gründung der EVG, die damals binnen Kurzem erwartet wurde, ausdrücklich befürwortet. Die EVG und die Montan-Union müssten anschließend der politischen Führung und parlamentarischen Kontrolle durch eine Europäische Politische Gemeinschaft unterstellt werden, deren Aufgabe es zudem sein müsse, für eine engere Zusammenarbeit des »Europa der Sechs« mit Großbritannien und den übrigen europäischen Ländern Sorge zu tragen.³¹ Diese Resolution und die Personalentscheidung der Frankfurter Tagung fanden breite Resonanz in der bundesdeutschen Presse, in der sie verschiedentlich als vielversprechender Ansatz für eine Neuorientierung der SPD zur Frage der europäischen Einigung gewertet wurden. Dagegen bezeichnete der

SPD-Vorstand die Tagung ausdrücklich als »eine private Veranstaltung«, deren Beschlüsse in keiner Weise bindend und auch nicht repräsentativ für die Partei seien. Allerdings wurden Kaisen und einige andere führende Vertreter der deutschen Sektion der MSEUE in die »Arbeitsgemeinschaft für Fragen der Europäischen Zusammenarbeit« beim Parteivorstand berufen, die kurz vor der Frankfurter Tagung eingerichtet worden war. Wilhelm Kaisen kam dieser Berufung gerne nach, da er seine Mitarbeit in der MSEUE nicht als oppositionelles Verhalten gegenüber der Parteiführung gewertet wissen

31 StAB 3/4-5, Entwurf der Resolution der Europäischen Arbeitstagung der deutschen Sektion der MSEUE am 14./15. November 1953 in Frankfurt.

wollte und sich strikt dagegen aussprach, der deutschen Sektion der MSEUE, die bis dato nur ein lockerer Zusammenschluss Gleichgesinnter war, eine feste organisatorische Struktur zu geben. Er sah die Aufgabe der Mitglieder deutschen Sektion der MSEUE allein darin, auf die innerparteiliche Diskussion in der SPD Einfluss zu nehmen und darauf hinzuwirken, dass die zentralen, von allen nationalen Sektionen der MSEUE gemeinsam vertretenen Vorstellungen zur europäischen Einigung von der SPD insgesamt zumindest im Grundsatz übernommen würden.

Der erste öffentliche Auftritt Wilhelm Kaisens in seiner Funktion als Vorsitzender des Rats der deutschen Sektion der MSEUE, eine von ihm geleitete Sitzung des Rats im Bremer Rathaus Mitte Februar 1954, bei der »Arbeitsthesen zur europäischen Integration« beschlossen und anschließend veröffentlicht wurden, war jedoch zugleich sein letzter. Denn im Sommer des Jahres kam es anlässlich eines internationalen Kongresses der MSEUE in Mailand zu einem Eklat: Kaisen und Max Brauer, die beiden prominentesten Mitglieder der deutschen Sektion, hatten die Teilnahme an diesem Kongress frühzeitig abgesagt und waren trotz eindringlicher Aufforderungen der Veranstalter, die sogar die Übernahme sämtlicher durch die Reise entstehenden Kosten anboten, nicht nach Mailand gefahren. Dennoch wurden beide im Veranstaltungsprogramm als Teilnehmer aufgeführt, und in Presseinformationen der Veranstalter wurde sogar behauptet, Kaisen hätte eine Sitzung auf diesem Kongress geleitet und Brauer von Mailand aus einen Appell an die europäischen Sozialisten gerichtet. Der SPD-Vorstand fasste daraufhin einen formellen Beschluss, in dem allen Parteimitgliedern »nahegelegt« wurde, »Bindungen an die MSEUE zu lösen«, und Kaisen kam dieser Aufforderung umgehend nach. Im August 1954 ließ er sich bei einer Sitzung des internationalen Exekutivkomitees der MSEUE, dem er als Vorsitzender des Rats der deutschen Sektion angehörte, durch Alfred Faust vertreten. Außerdem nahm er davon Abstand, den Rat der deutschen Sektion, der bis dahin nur die eine Sitzung in Bremen abgehalten hatte, erneut einzuberufen, der daraufhin Ende Januar 1955 ohne formellen Beschluss für aufgelöst erklärt wurde.³²

Nach dem Abrücken von der MSEUE engagierte sich Wilhelm Kaisen wieder stärker in der Europa-Union, in deren Präsidium er im Sommer 1954 erneut in Abwesenheit gewählt worden war und die Wahl dieses Mal in Absprache mit dem SPD-Vorstand angenommen hatte. Im Herbst 1956 wurde er in den als neues Führungsgremium gebildeten neunköpfigen Beirat der Europa-Union berufen, und auf seine Initiative hin fand im Januar 1958 der 10. Jahreskongress der Europa-Union in Bremen statt, bei dem er selbst den Eröffnungsvortrag hielt. Darin zog er ein Fazit der bisherigen europäischen Einigungsbestrebungen, deren Erfolge er vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet sah. In Bezug auf die politische Einigung Europas und vor allem hinsichtlich der Entwicklung einer europäischen Identität machte er dagegen erhebliche Defizite aus, deren Behebung seiner Meinung nach ein vorrangiges Anliegen der europäischen Bewegung insgesamt und gerade auch der Europa-Union

32 Sommer, Wilhelm Kaisen (wie Anm. 8), S. 353 ff.

sein sollte.³³ Trotz dieses Ausblicks auf künftige Aufgaben hatte Kaisens Rede allerdings den Charakter einer Abschlussbilanz, und das war sie auch, soweit es sein eigenes Engagement für die europäische Einigung betraf. Seine erneute Mitarbeit in der Europa-Union beschränkte sich weitgehend auf repräsentative Aufgaben und auch seine Auftritte auf dem Bremer Kongress, der insgesamt drei Tage dauerte, waren vorwiegend repräsentativer Art; außer an der Eröffnungsveranstaltung nahm er nur noch an einem kurzen Stehempfang im Rathaus und an der Abschlusskundgebung teil. Selbst seinen Vortrag hielt er eher »pflichtgemäß«, nachdem ihn der Präsident der Europa-Union eindringlich darum gebeten hatte, und nicht aus eigenem Antrieb. Symptomatisch dafür war, dass er den Text im Unterschied zu früheren öffentlichen Stellungnahmen zu Fragen der europäischen Einigung nicht selbst unter Rückgriff auf eigene politische Lagebeurteilungen erarbeitet hatte, sondern sich über weite Strecken am Konzept einer Rede orientierte, die Karl Carstens, der inzwischen in leitender Stellung in der Europa-Abteilung des Auswärtigen Amtes tätig war, im November 1957 in Hamburg gehalten hatte.³⁴

Wilhelm Kaisens Entschluss, Bestrebungen zur Einigung Europas nicht mehr selbst aktiv mitzugestalten, bedeutete nicht, dass er mit dem Erreichten zufrieden gewesen wäre. Er war vielmehr Ausdruck von Enttäuschung und Resignation, wie auch aus seinen Lebenserinnerungen ersichtlich ist. Darin äußert er sich zum »Europa-Problem«, das ihn immerhin über Jahre intensiv beschäftigt hatte und Anlass für tiefgreifende Differenzen mit dem SPD-Vorstand gewesen war, auf nur acht Seiten, während er die Eindrücke seiner USA-Reise, die politisch einen deutlich geringeren Stellenwert hatte als sein europäisches Engagement, auf mehr als 30 Seiten in epischer Breite schildert.³⁵ Zwar war der wirtschaftliche Zusammenschluss Westeuropas, der den Ausgangspunkt seines aktiven Eintretens für die Einigung Europas markiert hatte, mit der Gründung der Montan-Union, der EWG und der Euratom relativ weit gediehen. Und in der SPD hatte nach ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl 1953 eine zunächst verhalten, mit der Zeit jedoch immer offener geführte Diskussion darüber eingesetzt, ob das kategorische »Nein« Kurt Schumachers zur Einigung Europas auf dem von Konrad Adenauer in Abstimmung mit den Westmächten und den europäischen Partnern eingeschlagenen Weg in Anbetracht der dabei geschaffenen Fakten noch zeitgemäß sei. Sie endete nach der erneuten Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl 1957 mit der »realpolitischen Resignation« der SPD-Führung,³⁶ die sich nun mit dem Konzept des »Kerneuropa der Sechs« arrangierte, das die »Bürgermeister-Fraktion« der Partei von Anfang an zumindest im Grundsatz für richtig gehalten hatte und dessen innerparteiliche Akzeptanz das vorrangige Ziel von Kaisens aktiver Mitarbeit in der MSEUE gewesen war.

33 StAB 3-V.12.Nr.8[14], Manuskript »Europas Stellung in der Welt. Referat a. d. Europa-Kongreß am 17.1.1958«.

34 StAB 7,97-26, Brief Karl Carstens an Wilhelm Kaisen vom 19.12.1957 mit anliegendem Redemanuskript zum Thema »Europäische Wirtschaftsgemeinschaft«.

35 Wilhelm Kaisen, *Meine Arbeit, mein Leben*, München 1967, S. 380 ff. und S. 292 ff.

36 Rudolf Hrbek, *Die SPD, Deutschland und Europa 1945–1957*, Bonn 1972.

Aber es schmerzte ihn, dass jetzt die »Reformer« in der SPD-Bundestagsfraktion um Fritz Erler, Herbert Wehner und Carlo Schmid, die in der ersten Hälfte der 1950er Jahre die Parteilinie mitgetragen hatten, innerparteilich und in der westdeutschen Öffentlichkeit als Protagonisten des neuen europapolitischen Kurses der Sozialdemokraten galten, und nicht er selbst, der schon Anfang der 1950er Jahre hartnäckig und im offenen Widerspruch zur Parteiführung für diesen Kurs eingetreten war.³⁷ Zudem – und dies wog für Wilhelm Kaisen weit schwerer – war auch das große Ziel einer politischen Vereinigung Westeuropas, dem sein europäisches Engagement vor allem gegolten hatten, Ende der 1950er Jahre wieder in weite Ferne gerückt. Das Scheitern der EVG hatte auch die Schaffung der Europäischen Politischen Gemeinschaft, die eigentlich als nächster Schritt vorgesehen gewesen war, vorerst von der politischen Tagesordnung verschwinden lassen. Von den Römischen Verträgen waren in dieser Hinsicht nicht nur keine neuen Impulse ausgegangen, sondern die Bemühungen um eine Erweiterung der dem gemeinsamen Markt zugeordneten Wirtschaftsbereiche und um eine Zusammenfassung der nebeneinander auf wirtschaftlichem Gebiet bestehenden europäischen Instanzen drängten auch jeden Gedanken an eine politische Vereinigung für längere Zeit in den Hintergrund. Dies enttäuschte Wilhelm Kaisen besonders, weil er gehofft hatte, durch die Bildung einer westeuropäischen politischen Union einen neuen Ansatzpunkt zur Überwindung der deutschen Teilung zu finden. »Es ist die große Aufgabe Europas, dem Osten gegenüber eine echte Alternative zu entwickeln, um den russischen Weg nicht nur zu vermeiden, sondern um auch den russischen Völkern selbst den Weg zu zeigen, der aus der Staatsklaverei herausführt«, hatte er im Sommer 1954 in seinem Vortrag in Brüssel ausgeführt.³⁸ Doch den europäischen Partnern ging es vorrangig um die wirtschaftlichen Vorteile des gemeinsamen Marktes, weder an der politischen Vereinigung Europas noch an der Wiedervereinigung Deutschlands zeigten sie sich sonderlich interessiert. Von daher erschien es Wilhelm Kaisen sinnlos, weiter Zeit und Kraft in Aktivitäten zur Förderung der europäischen Einigung zu investieren, zumal er sich in Bremen nach der in den vorausgegangenen Jahren politisch weitgehend konfliktfrei verlaufenen Entwicklung seit Anfang der sechziger Jahre mit wachsenden Problemen konfrontiert sah.

37 In seinen Lebenserinnerungen benutzt Kaisen die bezeichnende Formulierung, ihm sei »von Erich Ollenhauer einmal[!] aus freiem Antrieb öffentlich Genugtuung[!] geschehen«, indem dieser erklärt habe, »im Falle der Differenzen von ehemals über den richtigen Weg hätte ich schließlich recht behalten.« Kaisen, *Meine Arbeit* (wie Anm. 35), S. 271f.

38 StAB 7,97/2 - 47, Manuskript »Referat für Brüssel (Synthese) am 2./3. Juni 1954«.

Der Gasometer und das »Zigeunerlager Warturm«. Ein Gemälde von Franz Radziwill als Quelle zur bremischen Stadtgeschichte

Von Jörn Brinkhus

Franz Radziwill (1895–1983) gilt als einer der profiliertesten Maler Bremens. Obwohl sein künstlerisches Wirken erst Resonanz erfuhr, nachdem er die Stadt seiner Kindheits- und Jugendjahre verlassen hatte, beziehen sich zahlreiche Werke auf seinen Heimatort, nutzen Motive aus Bremens Stadtbild und verweisen auf das örtliche Zeitgeschehen. Am bekanntesten ist sicherlich »Die Klage Bremens«, ein Gemälde, das 1946 von Radziwill gemalt, vielfach bearbeitet und schließlich 1978 von der Freien Hansestadt Bremen erworben wurde, die es im Rathaus eindrucksvoll zur Geltung bringt.¹ Ein zweites Bild, der »Wasserturm in Bremen« (1932 entstanden), gilt als eines der wichtigsten des Malers, weswegen die Deutsche Bundespost es als Motiv für eine Sondermarke nutzte.² Ein weiteres Werk betitelte Radziwill mit »Der bunte Gasometer«. Es präsentiert einen ganz eigenen Blick auf die Bremer Neustadt, und soll mit seinen besonderen Bildgegenständen und deren Komposition Ausgangspunkt dieses Beitrags sein, der sich in sieben Abschnitte gliedert:

Nach einer Bildbeschreibung, die sich auf die für den weiteren Fortgang der Argumentation wichtigen Aspekte beschränkt (I.), soll der realgeschichtliche Gehalt des Bildes ermittelt werden (II.).³ Dabei legt der Beitrag seinen Schwerpunkt bewusst auf das von Radziwill im Bildvordergrund positionierte »Landfahrerlager«, auch häufig als »Zigeunerlager« bezeichnet. Sodann wird Radziwills Gemälde auf seine zeitgenössischen Bezüge befragt und als stadt- und kulturgeschichtliche Quelle interpretiert (III.). Als nächstes sind das Sozialleben im »Landfahrerlager« und das Verhältnis der bremischen Bevölkerung zu den Bewohnern (IV.), der Umgang der bremischen Verwaltung mit dem Lager (V.) sowie dessen Schließung und die Umsiedlung der ansässigen

1 Vgl. Knut Soiné, »Die Klage Bremens«. Franz Radziwills Bild im Bremer Rathaus, in: Oldenburgische Landschaft, Bd. 125 (2005), S. 12 - 15.

2 Vgl. dazu: Claus Peukert, Franz Radziwill – »Der Wasserturm in Bremen«, in: ders. (Hg.), Franz Radziwill. Das Steinhaus, die Ziegelarchitektur, der Wasserturm, Dangast 1995, S. 36 - 40.

3 Vgl. zu methodischen Fragen: Rainer Wohlfeil, Das Bild als Geschichtsquelle, in: Historische Zeitschrift, Bd. 243 (1986), S. 91-100; Heike Talkenberger, Von der Illustration zur Interpretation. Das Bild als historische Quelle, in: Zeitschrift für Historische Forschung, Bd. 21 (1999), S. 289 - 314; Holger Th. Gräf, Historische Bildkunde. Eine Hilfswissenschaft zwischen Kunstgeschichte und Bildwissenschaft, in: Archiv für Diplomatik, Bd. 54 (2008), S. 379 - 398.

Sinti-Familien zu thematisieren (VI). Dabei wird auch darzustellen sein, wie die örtlichen Quellen durch Zuschreibungen, Stereotype und Vorurteile geprägt sind, die einem allgemeinen, europaweiten Diskurs über die »Zigeuner« entstammten.⁴ Aber auch auf Besonderheiten der bremischen Diskussion wird einzugehen sein. Abschließend sollen Motive und Konzepte der »kommunalen Minderheitenpolitik«⁵ Bremens gegenüber den ungeliebten »Landfahrern« eingeschätzt werden (VII.), wobei diese zu den Empfehlungen des Deutschen Städtetags zum Umgang mit dieser Minderheit sowie der »Zigeunerpolitik« anderer Stadtverwaltungen in Beziehung zu setzen sind, um das Geschehen in der Freien Hansestadt in den allgemeinen Umgang mit den Sinti und anderen Romagruppen in der Bundesrepublik Deutschland einordnen zu können.

I.

Im Blickfang des 1960 in Öl gemalten und im Original 99 x 109 cm messenden Bildes steht der rot-weiß karierte titelgebende Gasometer, der rechts von zwei weiteren Stahlbauten in Skelettbauweise und von drei gelben Schornsteinen sowie auf der gegenüberliegenden Seite von einer Krananlage ergänzt wird. Links dieses Industrieensembles, auf das der Beobachter von stadtauswärts schaut, erhebt sich ein modernes, fast transparentes und den Gasometer überragendes Hochhaus mit Glas-Stahl-Fassade, auf der sich die Umrisse eines Menschen sowie einzelne Lichtreflexionen in Gelb und Rot zeigen. Um diese Gebäude hat Radziwill eine Stadtlandschaft angeordnet und diese durch eine Mauer vom Bildvordergrund klar getrennt. Von den Häusern sieht der Beobachter deswegen nur die Dächer – überwiegend ohne Gauben – und manchmal die oberen, fensterlosen Stockwerke; sie sind nur mit wenigen Details und in matten Farben ausgeführt. Zuweilen (zum Beispiel bei einer Gruppe von drei Häusern am rechten Bildrand) wird eine Parallelperspektive verwendet. Deutlich davon abgehoben, stehen vor der Mauer drei

4 Vgl. dazu: Klaus-Michael Bogdal, *Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung*, Frankfurt a.M. 2011. Der Begriff »Zigeuner« wird als Quellenwort benutzt, insbesondere um die zeitgenössische Verwendung zu charakterisieren. Von »Bremer Sinti« ist im Zusammenhang mit den Bewohnern des »Zigeunerlagers« die Rede, weil die Bewohner sich nach allen überlieferten Quellen dieser Großgruppe der Roma zurechneten. »Roma« dient als Allgemeinbezeichnung für die Nachkommen der im Spätmittelalter aus Indien nach Deutschland und in die anderen europäischen Staaten eingewanderten Volksgruppen, die ihre eigene Sprache mitbrachten. Zu den Bezeichnungen Sinti, Roma, »Zigeuner« usw. vgl. Karola Fings, *Dünnes Eis. Sinti, Roma und Deutschland*, in: Herbert Diercks (Hg.), *Die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus*, Bremen 2012 (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Bd. 14), S. 24 - 34, hier S. 24 f.

5 Vgl. Peter Widmann, *Auszug aus den Baracken. Der Aufstieg der Sozialpädagogik und die deutsche Kommunalpolitik gegenüber »Zigeunern« seit 1945*, in: Michael Zimmermann (Hg.), *Zwischen Erziehung und Vernichtung. Zigeunerpolitik und Zigeunerforschung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2007, S. 510 - 531, hier S. 516.

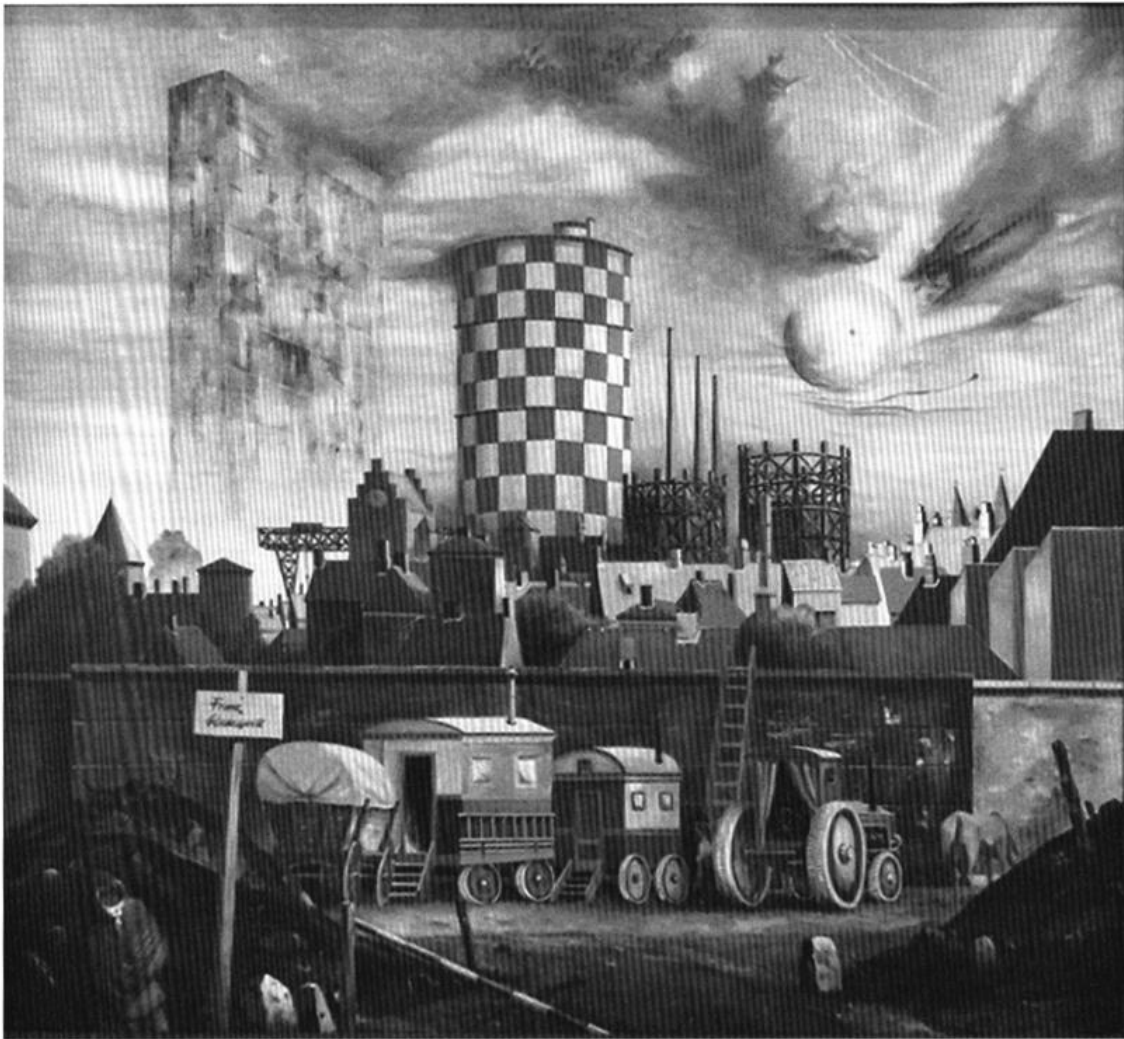


Abb. 1: Franz Radziwill: »Der bunte Gasometer«, Gemälde in Öl von 1960. Quelle: Kunstsammlung der EON AG. Fotografin: S. Zouyene.

Wohnwagen, die um eine Zugmaschine und ein Pferd ergänzt sind. Diese Gegenstände sind in leuchtenden Farben gemalt und detailliert ausgeführt; sie werden links und rechts von Unrat eingerahmt. Details im Bildvordergrund sind zwei Personen (eine hält sich beim Schuttberg auf, die andere bei der Zugmaschine), eine Sperrschranke, ein Schild mit dem Namenszug des Künstlers und eine Leiter, die an der Mauer lehnt. Über Stadt und Umland spannt sich ein braun-diesiger Himmel, der nur an einem Fleck aufreißt und sich in mattem Blau präsentiert. Drei Himmelserscheinungen in roter und grüner Farbe säumen eine wolkenverhangene Sonne.

Auf den ersten Blick hat das Bild die Prägung der Stadtansicht durch technische Industrieanlagen zum Thema. Der Gasometer steht als übergroßes Gebäude im Bildmittelpunkt und drückt einem leblos anmutenden, menschenleeren Häusermeer seinen Stempel auf, das sich durch eine Mauer vom Umland abschottet. Das transparente Hochhaus im Hintergrund scheint die

nächste Stufe der Stadtentwicklung anzudeuten. Die Wohnwagenkolonie im Vordergrund bildet einen Kontrast zu dieser Stadtlandschaft.

Um die Bildgegenstände auf ihre realgeschichtlichen Vorbilder befragen zu können, sind einige Bemerkungen zum Stil des »Magischen Realismus« nötig, dem Radziwill zugeordnet wird, und der für die in der Weimarer Republik wichtige Kunstströmung der »Neuen Sachlichkeit« von Bedeutung war. In den frühen 20er-Jahren, als auch Franz Radziwill seine charakteristische Arbeits- und Malweise entwickelte, wandten sich zahlreiche deutsche Künstler von einem sich an abstrakter Kunst orientierenden Expressionismus ab; die folgende gegenständliche Malerei erlebte durch Ausstellungen und Veröffentlichungen viel Popularität.

Wurde der Begriff »Magischer Realismus« zunächst als Sammelbezeichnung für diese nach-expressionistische Malerei in Deutschland genutzt, so gilt er der Kunstgeschichte mittlerweile als ein zeit- und länderübergreifendes Stilphänomen, das durch eine »unterschwellig surrealistische Präzisionsmalerei« unter Nutzung von »unwahrscheinlichen, aber dennoch denkbaren Bildszenen« zu charakterisieren sei. Auf den Betrachter bezogen, bedeutet die Wortkombination »magischer Realismus«, dass »trotz einer deutlichen Erkennbarkeit aller Bildgegenstände seitens des Betrachters Fragen, etwa nach der Bildaussage und dem Sinn eines solch fremdartigen Personen- und Gegenstandsarrangements, auftauchen, welche in jedem Fall unbeantwortet bleiben müssen, um die geheimnisvolle Hintergründigkeit der Bildszenarien zu gewährleisten.«⁶

Damit bedeutet eine Zuordnung zum »Magischen Realismus«, dass die Bilder Radziwills nicht als unwirkliche, phantastische Szenarien zu verstehen sind, sondern eine Auseinandersetzung des Künstlers mit seiner Umwelt und Gegenwart darstellen, freilich unter Verzicht auf eine programmatische Naturtreue und mit Nutzung von Stilmitteln, die kunstgeschichtlich auch dem Surrealismus zugeordnet werden können. Dies gilt insbesondere für die Stadtbilder des Malers: »Ausgangspunkt ist die Wirklichkeit der Stadt, die er [also Radziwill – Anm. JB] nach und nach zu seiner subjektiven Vision angleicht. Die Einzelelemente werden umgruppiert und verformt,«⁷ so dass der realgeschichtliche Gehalt von »Der bunte Gasometer« mit Hilfe folgender Leitfragen dechiffriert werden soll: Welche Stadtansicht hat Radziwill 1960 vorgefunden? Welchen Ausschnitt des Bremer Sozial- und Wirtschaftslebens thematisiert sein Gemälde? Und wieso legte der Künstler einen Schwerpunkt

6 Siehe Andreas Fluck, »Magischer Realismus« in der Malerei des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1994, S. 144 f. Vgl. aber auch: Petra Kemmler, Die Neue Sachlichkeit und der Maler Franz Radziwill, in: Radziwill und die moderne Welt, Oldenburg 2008, S. 23 - 34, die diese Zuordnung bestreitet. Fluck verweist darauf, dass Radziwills Spätwerk »durch abnehmende Naturnähe, einen freieren Umgang mit Perspektive, Proportionen und Farbgebung sowie den Einsatz eindeutig phantastischer Bildelemente (...) gekennzeichnet ist. (S. 211) und sich die Mehrzahl seiner Bilder daher nicht mehr durch die Verwendung des Magischen Realismus als Stil auszeichnen, wohingegen »Der bunte Gasometer« und einige andere Bilder noch diesem Stil verpflichtet seien (S. 353).

7 Siehe Wilfried Seeba, Franz Radziwill. Magie der Städte, Bremen 1995, S. 46. Vgl. zur kunsthistorischen Einordnung auch Fluck (Anm. 6), S. 32 - 55.

auf die Wohnwagenkolonie, wenn der Titel des Bildes doch eine andere Themensetzung vermuten lässt?

II.

Das im Blickfang stehende Industrieensemble verweist auf eine Reihe realer Vorbilder: Der in den Farben der Bremer »Speck«-Flagge ausgeführte, 1949 errichtete und über 90 Meter hohe Trockengasometer mit 100.000 m³ Fassungsvermögen prägte ebenso wie die beiden Rundbauten in Skelettbauweise die Ansicht vom Stadtrand auf das 1898 eingeweihte, in Woltmershausen gelegene Gaswerk. Freilich sollte diese Energiegewinnung in der Bremer Neustadt einige Jahre nach Fertigstellung des Gemäldes aufgegeben werden. Dem Anschluss an das Ruhrgasleitungsnetz 1963 folgte ein Jahr später die Einstellung des Betriebs in Woltmershausen. Während seines Bestehens bildete der Gasometer einen markanten Punkt der Neustadt, der über die Sichtachse Pappelallee-Gastfeldstraße weithin sichtbar war. Auch galt er den Bewohnern Woltmershausens (so stellte eine Stadtteilzeitschrift fest) als Wahrzeichen ihres »für Außenstehende gesichtslosen Stadtteil[s]«. ⁸

Die drei Schornsteine verweisen auf die benachbarten Industrieansiedlungen in der Bremer Neustadt, namentlich die Lloyd-Motorenwerke und die Francke-Werke sowie die Brinkmann-Werke. Eventuell diene auch eine in unmittelbarer Nähe zum Gaswerk gelegene Ziegelei als Vorbild. Die Krananlage hatte kein reales Gegenstück im nahegelegenen Hohentorshafen; Radziwill orientierte sich vermutlich an den Aufbauten im Werfthafen auf der anderen Weserseite. Auch verzichtete der Maler darauf, die für diese Industrieanlagen prägnante Eisenbahnlinie mit in seine Ansicht der Neustadt einzuarbeiten. Das schemenhafte Hochhaus hat eine Entsprechung außerhalb Bremens: Radziwill verarbeitete den optischen Eindruck des Düsseldorfer »Dreischeibenhauses«, das von 1957 bis 1960 für die Phönix Rheinrohr AG errichtet wurde und als ein prägnantes Beispiel des Internationalen Stils bei seinen Zeitgenossen viel Aufmerksamkeit hervorrief.

Für die Bildkomposition und die Ausgestaltung des Bildmittelgrunds mag eine in Woltmershausen am – heutigen – Warturmer Platz gelegene Reihenhaussiedlung als Inspiration gedient haben, die 1935/1936 vom Amt für Wohnung und Siedlung errichtet worden war und die Architekturkritikern wegen ihrer geschlossenen Dachlandschaft als eine Besonderheit gilt. ⁹ Eine von Karl Edmund Schmidt angefertigte Fotografie aus dem Jahre 1965 verdeutlicht, wie der Gasometer die Wohnhäuser optisch dominierte. [Abb. 2]

Aus einer ähnlichen Perspektive könnte Radziwill sein Motiv studiert haben. Auch die Charakteristika dieser Wohngebäude (auffallend hohe Dachkörper, detailarme Fassadengestaltung) scheint er für sein Bild genutzt zu haben,

8 Vgl. Stadtwerke Bremen AG 100 Jahre Gasversorgung in Bremen, Bremen 1954; Arbeit im Gaswerk 1900 bis 1965. Zwischen Ofenhaus und Gasometer, Bremen 1986; Pusdorfer Blatt. Zeitschrift für Woltmershausen, August 1984, Zitat: S. 3.

9 Vgl. Hans Heinrich Wendt, Wohnsiedlungen in Bremen 1900 – 1945, Bremen 1984, S. 146.

ohne dass der Maler die Häuser aus seinem Bild in ähnlicher geschlossener Bauweise angeordnet hat wie die vorgefundene Wohnanlage. Für die im Gemälde dargestellte unsystematische Dachlandschaft dürfte vielmehr ein Blick von der Neustadt auf den Gasometer Pate gestanden haben. [Abb. 3]

Die schlichte Architektur der Gebäude am Warturmer Platz entsprach indes ihrem ursprünglichen Zweck, denn die Anlage diente dem NS-Regime als bremische »Wohnungsfürsorgeanstalt« Hashude zur zwangsweisen Unterbringung und fürsorglichen Disziplinierung von »Asozialen«, also von als »gemeinschaftsfremd« ausgegrenzten sozialen Außenseitern. In der Siedlung am Gaswerk konzentrierte die bremische Verwaltung Familien, die überwiegend Fürsorge bezogen und bei denen die Beamten Trunksucht, Streitigkeiten, Mietschulden u. ä. vermerkt hatten. Das dortige Aufsichtspersonal reglementierte streng den Tagesablauf und das Alltagsleben der Bewohner, inklusive einer Zugangsschranke und einer räumlichen Absonderung durch Zäune. Schon 1940 wurde der Entschluss gefasst, diese so bezeichneten »Asozialenwohnungen« zu räumen und die Mietshäuser Arbeiterfamilien zur Verfügung zu stellen, die bewährte Mitglieder der »Volksgemeinschaft« waren. Freilich sah sich das Regime wegen des Mangels an Wohnraum in Bremen nicht in der Lage, diesen Plan umzusetzen: Noch im Februar 1942 korrespondierten Wohlfahrtsamt und Quartiersamt über die endgültige Unterbringung der »nicht gebesserten Familien« aus der nun »Heimweg« genannten Anlage sowie



Abb. 2: Der Gasometer überragt die Wohnanlage Hashude. Quelle: StAB 10 B-1965-102.



Abb. 3: Auch aus der Bremer Neustadt war das Industriegebäude auf der Sichtachse der Gastfeldstraße deutlich zu sehen. Quelle: StAB 10 B-1962-102.

über die »Entlausung der ganzen Siedlung«. ¹⁰ Als Radziwill sein Gemälde 1960 malte, lebten in der Reihenhaussiedlung überwiegend Arbeiter, Handwerker und kleine Angestellte mit ihren Familien. Zuweilen blieben sogar Personen in der nun »Warturmer Platz« genannten Anlage sesshaft, die in den 30er-Jahren von dem NS-Regime in eines der Häuser zwangseinquartiert worden waren.

Im Bildvordergrund bezieht sich Radziwill indes auf eine andere, aber benachbarte »Problemgegend«, in der soziales Elend wesentlich deutlicher zu Tage trat. Denn die von ihm in direkter Nähe von Unrat positionierten Wohnwagen sind eine bildhafte Wiedergabe des auf dem Müllablageplatz Warturm ¹¹ angesiedelten »Landfahrerlagers«, wo zahlreiche Bremer Sintifamilien in Wohnwagen und in Baracken lebten. Dieses Sammellager war 1955 eingerichtet worden, und es ist beispielhaft für die diskriminierende Behandlung, der sich die Sinti und andere Romagruppen durch Politik und Behörden im

¹⁰ Schreiben des Wohlfahrtsamts an das Quartiersamt, 11. 2. 1942, Staatsarchiv Bremen (StAB) 4,130/1-237. Zur Siedlung Hashude vgl. mit Besprechung der vorhandenen Literatur die im Erscheinen befindliche Untersuchung von Elke Steinhöfel, Wohnungsfürsorgeanstalt Hashude. Die NS-»Asozialenpolitik« und die Bremer Wohlfahrtspflege (Arbeitstitel), Bremen 2014 (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv Bremen, Bd. 71).

¹¹ Vgl. dazu: 50 Jahre Bremische Straßenreinigung, Bremen 1953.

Deutschland der Nachkriegszeit ausgesetzt sahen. Nach 1945 galten die »Landfahrer« (dieser Terminus wurde benutzt, da die Bezeichnung »Zigeuner« durch die rassistische NS-Verfolgungspolitik im juristischen Gebrauch unhaltbar geworden war) in Bremen und andernorts als Kriminalitäts- und Hygieneproblem, weswegen auf ihr als auffällig bewertetes Verhalten mit melderechtlichen Eingriffen und anderen Verwaltungsaufgaben reagiert wurde. »Man vermied die offen erkennbare gesetzliche Diskriminierung (...), stigmatisierte (...) aber weiterhin[.]«¹²

Beispielhaft hierfür ist das Bremer Wohnwagengesetz. Vorderhand regelte es, dass der Besitzer für das dauerhafte Aufstellen seines Wohnwagens eine polizeiliche Genehmigung einholen musste. Auch machte es die Ausweisung von festen Wohnwagenplätzen von zahlreichen Bedingungen abhängig. Nur die Begründung wies aus, dass das Gesetz der »Ordnung des Landfahrerwesens« diene und, wie in einer Sitzung des Senats ausgeführt wurde, die Verabschiedung einer eigenen Norm für diese Gruppe überflüssig mache.¹³ Denn schon vor Verkündung dieses Gesetzes nutzte die Verwaltung eine Zuweisung oder Verweigerung von Stellplätzen als wichtiges Instrument im Umgang mit den Bremer Sinti. In der Hansestadt war das »fahrende Volk« nach 1945 zunächst auf zahlreiche kleinere Plätze verteilt worden, bevor das Lager Riespott als ein erster Sammelplatz diente. Dieser musste allerdings geräumt werden, weil das Gelände zur Ansiedlung des Stahlwerks des Klöckner-Konzerns benötigt wurde, und die Wahl fiel auf den neuen Standort am Rande von Woltmershausen.¹⁴

Die 1955 mit Polizeizwang durchgeführte Ansiedlung auf dem als Müll- und Schuttbladeplatz Warturm genutzten Gelände war von Beginn an öffentlich umstritten, da sich schnell der Widerstand der im Schrebergartengebiet benachbarten Bevölkerung regte und deren Beschwerden Redner aller Fraktionen auf einer Sitzung der Stadtbürgerschaft am 8. Juni 1955 aufgriffen.¹⁵ Eingangs

12 Siehe Gilad Margalit, Zigeunerpolitik und Zigeunerdiskurs im Deutschland der Nachkriegszeit, in: Zimmermann (Hg.), *Zwischen Erziehung und Vernichtung* (wie Anm. 5), S. 483-509, Zitat: S. 499. Vgl. auch Gilad Margalit, *Die Nachkriegsdeutschen und »ihre Zigeuner«*. Die Behandlung der Sinti und Roma im Schatten von Auschwitz, Berlin 2001, S. 83-117.

13 Auszug aus dem Senatsprotokoll, 29. 5. 1956; Mitteilung des Senats, 29. 5. 1956, StAB 3-W 11. Nr. 59 b [56]. Ein anderes Beispiel für den repressiv-polizeilichen Umgang mit dem Problem der Ansiedlung dieser Familien war die verwaltungsinterne Diskussion um eine Verordnung zum Schutze der Bevölkerung vor Belästigung durch Landfahrer, ausführlich dokumentiert in: StAB 3-P.1. a. Nr. 1146.

14 Vgl. hierzu die verdienstvolle Untersuchung von: Klaus Lang, *Aspekte der Bremer Sinti-Politik nach 1945. Zielvorstellungen und Auswirkungen von sozialpolitischen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen gegenüber den »Zigeunern«*, Bremen 1984, S. 57-80, sowie Hans Hesse und Jens Schreiber, *Vom Schlachthof nach Auschwitz. Die NS-Verfolgung der Sinti und Roma aus Bremen, Bremerhaven und Nordwestdeutschland*, Marburg 1999, S. 107-113.

15 Siehe für die folgenden Zitate: Sitzung der Stadtbürgerschaft, 8. 6. 1955, Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1955, S. 145-155. Vor- und Nachlauf der Debatte sind dokumentiert in: StAB 3-R.1.m. Nr. 5 [42]. Vgl. Frank Reuter, *Die*

erläuterte der Regierungsdirektor und spätere Innensenator Franz Löbert die Standortwahl und verwies auf die Möglichkeit, die Lagerinsassen am Warturm polizeilich überwachen zu lassen, um so den Ängsten der Parzellenbesitzer entgegenzutreten. Mit der Ansiedlung in einem zentralen Lager, dozierte der Beamte, hätten die Bewohner »sozusagen die erste Stufe der Zivilisation erklimmen« und griff damit ein tradiertes, weit verbreitetes Stereotyp auf, nämlich die – unterstellte – mangelnde Siedlungsbereitschaft der in Europa beheimateten Romagruppen.¹⁶ Die Betroffenen in Bremen seien durch die erzwungene Ansiedlung »keine Nomaden mehr, sondern [sie] sind immerhin seßhaft geworden«, obwohl sich »bei einigen doch ein alter Wandertrieb wieder« bemerkbar mache, so dass eine Unterbringung in festen Wohnungen nicht in Frage komme.

Mit diesen Bemerkungen erschöpfte sich der Paternalismus von Politik und Behörden; flankierende sozial- oder bildungspolitische Maßnahmen kamen in der Debatte der Stadtbürgerschaft nicht zur Sprache. Vielmehr sollte der Aufenthalt für die Bewohner so unangenehm gestaltet werden, dass keine weiteren »Zigeuner« angezogen würden. Darüber hinaus seien die auf dem Platz untergebrachten Sinti auf Distanz zur übrigen Stadtgesellschaft zu halten. So hob Regierungsdirektor Löbert gegenüber der Bürgerschaft die vorherige Unterbringung auf dem Lager Riespott positiv hervor, weil die dortigen schlechten Bedingungen zu einem Fortzug der »Landfahrer« beigetragen hätten. Einen Vorteil des Standorts in Woltmershausen sah er darin, die Bewohner von zwei benachbarten Polizeirevieren überwachen zu lassen.

Die eigentümliche Nähe zur Wohnanlage am Warturmer Platz fiel dem SPD-Abgeordneten Hermann Giese auf: »Der sogenannte Warturmer Platz – oder wie er in Bremen, besonders in der Neustadt bekannt ist: Hashude – ist für jeden Bremer ein Begriff. Und wenn heute die Verwaltung hundert Meter von dieser Kolonie ein solches Lager hinsetzt, und die Jugend sieht von den Häusern aus, was dort getrieben wird, dann meine Damen und Herren, fürchte ich für die Erziehung dieser Jugend.« Den umzusiedelnden Bewohnern des Lagers Riespott hielt der Redner ein gängiges Vorurteil über die »Zigeuner« vor, nämlich ihre scheinbar unbürgerliche Lebensweise, und diese Behauptung wurde als Argument genutzt, um gegen eine Ansiedlung am Warturm zu opponieren. Statt zu konstatieren, dass die unmittelbare Nähe zur ehemaligen »Wohnungsfürsorgeanstalt« die Sozialstruktur des Viertels weiter beeinträchtigte, machte der Abgeordnete den zukünftigen Lagerbewohnern den Vorwurf eines unsittlichen Lebenswandels, der in anderen Debattenbeiträgen durch abschätzige Wertungen wie »keine erstklassigen Staatsbürger« und schlechte »Steuerzahler« ergänzt wurde.

In ihrer Entgegnung verwahrte sich eine KPD-Abgeordnete gegen diese negativen Bemerkungen und forderte für die Betroffenen lebenswürdige Wohn-

Deutungsmacht der Täter. Zur Rezeption des NS-Völkermords an den Sinti und Roma in Norddeutschland, in: Herbert Diercks (Hg.), Die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus, Bremen 2012 (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Bd. 14), S. 127-143, hier S. 135 mit weiteren Hinweisen zur Literatur.

16 Vgl. Bogdal (wie Anm. 4), S. 160 f.

bedingungen ein. Auch zeigte sich ein SPD-Abgeordneter, Hermann Engel, »bestürzt über die teilweise unausgesprochen gebliebenen und zum Teil offen (...) zum Ausdruck gebrachten Werturteile über diese Menschen« und fand dabei Zustimmung bei seiner Fraktion, ohne freilich Folgerungen für die bremische Wohlfahrtspolitik zu ziehen. Dagegen formulierte der FDP-Abgeordnete Georg Knauer drastische Vorschläge, die sich freilich nur mit anderen im Parlament geäußerten negativen Einschätzungen deckten: »Vielleicht wäre auch ein Versuch löblich gewesen, weil im Zusammenhang mit dem Klöckner-Projekt ein großer Bedarf an Arbeitern besteht, ihnen einmal eine Spitzhacke oder eine Schaufel in die Hand zu drücken und ernsthaft zu untersuchen, ob sie gewillt sind, auf Dauer einer ernsthaften Arbeit nachzugehen. Daß dieser Versuch unterbleiben ist, muß ich ebenfalls ganz nachdrücklich bedauern.« Offensichtlich schwebte dem ehemaligen Bediensteten der Deutschen Arbeitsfront Knauer¹⁷ als Besserungsmaßnahme ein Arbeitszwang vor, um die vermutete Aversion der Platzbewohner gegen regelmäßige Erwerbsarbeit zu überwinden. Darauf entgegnete Adolf Ehlers als zuständiger Senator nur matt: »Wir haben ja keine Handhabe dazu!« und signalisierte damit ein inhaltliches Einverständnis mit diesem Vorschlag, dessen Umsetzung er aber an den offensichtlich fehlenden Befugnissen scheitern sah. Immerhin stellte der Zuruf: »Wie bei den Nazis! KZ!« aus den Reihen der KPD den Zusammenhang zu einer repressiven und gewalttätigen Wohlfahrtspolitik her, deren Ende nur zwölf Jahre zurücklag und deren destruktive Konsequenzen den Anwesenden eigentlich noch hätten vor den Augen stehen müssen.

Stattdessen diskutierten die Bürgerschaftsabgeordneten der regierenden Koalition die Platzwahl nur unter dem Gesichtspunkt, dass die »Belästigung« für die Stadtgesellschaft¹⁸ möglichst gering ausfalle und der Standort keine weiteren »Landfahrer« anziehe. Auch erörterten die Parlamentarier die Möglichkeit, die Sintifamilien mit ihren geschätzten 32 Mitgliedern über das gesamte Stadtgebiet zu dezentralisieren. So sei (wie der Abgeordnete Heinrich Ahlers von der Deutschen Partei ausführte) die Belästigung für die Nachbarn geringer, gleichzeitig »wäre wohl eine sicherheitsmäßige Überwachung besser möglich« als auf dem Gelände in der Nähe zum Warturmer Platz. Abschließend wurde die Angelegenheit in die zuständigen Deputationen verwiesen – und kam in der Bürgerschaft nicht noch einmal zur Sprache.¹⁹

17 Vgl. Karl-Ludwig Sommer, NS-Vergangenheit früherer Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, Manuskript, Bremen 2014, Eintrag »Knauer, Georg«.

18 Vgl. zum Begriff: Marianne Rodenstein, »Stadtgesellschaft«. Was ein Begriff über die Wirklichkeit unserer Städte aussagt!, in: Forum Stadt, Bd. 40 (2013), S. 3-17.

19 So antwortete die Deputation für Wohnungswesen auf den Vorschlag der KPD, die »Bewohner des Riespott in festen Wohnungen mit tragbaren Mieten unterzubringen...«, daß auf den Antrag nicht näher eingegangen werden braucht, da es sich nach den getroffenen Feststellungen durchweg um Leute handelt, die in ordentlichen Wohnungen nicht untergebracht werden können, und die zum größten Teil auch garnicht den Wunsch haben, eine solche zu bekommen.« (Niederschrift über die Sitzung der Deputation für das Wohnungswesen, 13. 5. 1955, StAB 3/4 - 51).



Abb. 4: Der Betrieb der Müllkippe fand in unmittelbarer Nähe zum Lager statt.
Quelle: StAB 10 B-1969-112.

Dabei war die konzentrierte Ansiedlung auf der Müllkippe aus ganz anderen, aber sehr offensichtlichen Gründen eine schlechte Lösung. Wie Karl Edmund Schmidt in seinen Fotos von 1969 eindrücklich festhielt, wuchsen die Müllberge bis fast an die Siedlung heran und waren von dieser nicht getrennt, so dass die Kinder der dort ansässigen Familien im Unrat spielten, während Schwärme von Möwen über der Szenerie schwebten. Den trostlosen äußerlichen Eindruck, den die Fotos wiedergeben, bestätigen Aussagen von Betroffenen wie Behördenvertretern, denn schon bald beschwerten sich die Lagerbewohner über die schlechte Zuwegung und den hygienisch unhaltbaren Zustand der sanitären Einrichtungen (die nur mit Hocktoiletten ausgestattet und als Sickergrube angelegt waren). Dies änderte sich erst nach mehreren Jahren durch einen Ausbau des Toilettengebäudes und der Zapfanlagen für Wasser. Ebenso vermerkten Behördenvertreter, dass Staub, Papier und Unrat vom Müllplatz in das Lager herüberwehten und die Lagerbewohner unter Infektionserkrankungen litten.²⁰ Zudem sorgte die direkte Nähe zur

20 Schreiben des Hauptgesundheitsamts an das Amt für Kanalisation und Abfuhrwesen, 4. 4. 1956; Schreiben des Amts für Kanalisation und Abfuhrwesen an das Hauptgesundheitsamts, 14. 4. 1956; Schreiben des Stadt- und Polizeiamts an das Hauptgesundheitsamts, 27. 4. 1956; Aktenvermerk, 29. 5. 1956; Bericht des Stadt- und Polizeiamts, 10. 9. 1956, StAB 4,130/4 - 246.

Müllhalde nicht nur für unhaltbare hygienische Zustände, auch entstanden auf dem Gelände immer wieder Brände, die das Lager einnebelten und Leib und Leben der Bewohner bedrohten.²¹

»Die hygienische Besserung der Wohnverhältnisse unserer Bevölkerung scheint an diesem Lager völlig vorübergegangen zu sein...«, vermerkte das Hauptgesundheitsamt noch 1966. Dessen ungeachtet gefährdete die behelfsmäßige Behausung in Wohnwagen, in selbst gezimmerten Baracken und in einem ausrangierten Omnibus die Gesundheit. Ärzte warnten Bewohner mit chronischen Krankheiten vor einem weiteren Aufenthalt und vermerkten beunruhigt bei den Kindern häufige Erkältungen sowie Magen- und Darminfektionen. Auch der Paratyphus grassierte im Lager. Wie das Hauptgesundheitsamt in plastischen Worten kritisierte, veranlasste der unhygienische Zustand der Toilettenanlage zahlreiche Bewohner dazu, ihren natürlichen Bedürfnissen auf dem Bahndamm nachzugehen, woraus die Behörde mit sarkastischen Worten folgerte: »Es bedarf wohl keiner besonderen Fantasie, um sich auszumalen, was sich dabei manchesmal abspielt, und welche Eindrücke Eisenbahnbenutzer wohl oft als bleibende Erinnerung an Bremen mitnehmen.«²²

III.

Bisher wurde Radziwills Gemälde nur als Zugang zu einer vergangenen Wirklichkeit und als Quelle mit »Überrest«-Charakter genutzt, die Fingerzeige auf das Stadt- und Sozialleben im Bremen Anfang der 60er-Jahre liefert.²³ Freilich will dieser Aufsatz keinem einfachen Abbildrealismus folgen. Wie oben erwähnt, hat Radziwill auf die Darstellung diverser realgeschichtlich vorhandener Objekte verzichtet, und ebenso ist die Anordnung der Bildgegenstände künstlerisch gewollt: Vom Lager aus war die Dachlandschaft der

- 21 Beim Spielen auf dem Müllgelände geriet ein kleines Mädchen in ein solches Feuer und erlitt Verbrennungen dritten Grades; im Spätsommer 1969 wäre die Siedlung fast das Opfer einer Feuerbrunst geworden. Bescheinigung von Dr. H. Chr. Rosemeyer, 29. 11. 1965, Bescheinigung von Dr. W. Kettler, 1. 12. 1965, Bescheinigung von Dr. Hanns Voss, 6. 12. 1965, Vermerk des Polizeiamts, 13. 5. 1959, Schreiben des Hauptgesundheitsamts an das Stadt- und Polizeiamt, 16. 2. 1968, StAB 4,130/4 -246; Schreiben von Helga Reichert an den Senator für Inneres, 12. 8. 1969, StAB 4,29/2 -1513; *Jenseits von Roland und Schütting*, aus der Arbeit Bremer Geschichtsgruppen, Bremen 1992, S. 83.
- 22 Schreiben des Hauptgesundheitsamts an das Stadtplanungsamt, 6. 12. 1966, StAB 4,31/6 -145, darin auch die Erörterung: »Anstatt den Bewohnern durch die Instandhaltung und regelmäßige Reinigung der Anlage ein erzieherisches Vorbild zu geben, läßt man sie baulich verkommen. Entsprechend ist die Benutzungsweise. Eine unsaubere Benutzung wird jedoch allein schon dadurch provoziert, daß Sitzbecken fehlen. Kinder haben Angst, wenn sie bei der Verrichtung ihrer Bedürfnisse über den Öffnungen im Betonboden hocken müssen.«
- 23 Vgl. zur fachhistorischen Unterscheidung zwischen dem Überrest- und Traditionscharakter von Bildquellen: Eckart Henning, *Bilder*, in: Friedrich Beck und Eckart Henning: *Die archivalischen Quellen*, 5. Auflage, Wien 2012, S. 157-182, hier S. 159.



Abb. 5: Ein Blick von der Müllkippe auf den Gasometer. Quelle: StAB 10 B-1969-112.

Neustadt (die nochmals von dem Gasometer überragt wurde) nicht zu sehen. Auch dürfte Radziwill das gemalte Wagenlager mit Hilfe einer andernorts angefertigten Skizze entworfen haben²⁴, die vermutlich eine Reihe mobiler Unterkünfte auf einem Jahrmarkt zeigt.

Doch wenn historische Bildquellen nur einen von ihrem Produzenten – willkürlich – gewählten Ausschnitt der vergangenen Wirklichkeit wiedergeben, dann können sie auch als zeitgenössische Kommentare verstanden werden, und insbesondere Produkte der darstellenden Kunst fordern eine solche Interpretation als Quellen mit Traditionscharakter geradezu heraus. Freilich setzt eine Deutung dessen, was das Gemälde den Zeitgenossen mitteilte, eine Einordnung des Gemäldes in das Gesamtwerk des Künstlers, aber auch in den zeitgeschichtlichen Kontext voraus.

Im Œuvre Radziwills nehmen Stadtansichten einen breiten Raum ein. Dabei – und in dieser Hinsicht gleicht »Der bunte Gasometer« einem weiteren wichtigen Bild, nämlich dem »Wasserturm in Bremen«, und anderen seiner Gemälde – wiederholte der Maler dieselbe Bildkomposition, nämlich eine Dreiteilung in Himmel (im Bildhintergrund), Stadt (im Bildmittelgrund) und Landschaft (im Bildvordergrund). In seinen Stadtansichten trennt Radziwill Gebäude und Umgebung durch eine Mauer oder mittels einer anderen Barriere; der Himmel

24 Vgl. zu den Skizzen der Wagen: Seeba (wie Anm. 7), S. 45

ist häufig farblich extravagant gestaltet, im Spätwerk kommen Risse, Löcher und andere unerklärliche Himmelserscheinungen hinzu.²⁵ Nur in der Umgebung im Bildvordergrund treten Menschen auf, während die Architektur den Mittelgrund dominiert, nicht selten in Form eines prägnanten Industriegebäudes, das zurückgesetzt hinter anderen Häusern positioniert ist. So steht auch im Gemälde »Wasserturm in Bremen« eine der öffentlichen Versorgung dienende Betriebsstätte im Mittelpunkt des Bildes und gibt diesem (wie bei vielen Gemälden des Künstlers²⁶) als ein beschreibender Titel seinen Namen. In kompositorischer Hinsicht handelt es sich bei »Der bunte Gasometer« also um eine typische Stadtansicht Radziwills.

Und wie in anderen Werken²⁷ hat der Maler mit großer Dingschärfe einzelne Details herausgearbeitet, nämlich die Mauerstruktur, die Zugmaschinen und die Wohnwagen, ohne dass »Zigeuner«-Motive oder Darstellungen des fahrenden Volkes in seinem Gesamtwerk einen großen Stellenwert einnehmen.²⁸ Dagegen bleiben die auf der gleichen Bildebene dargestellten Menschen ebenso undeutlich wie der gesammelte Unrat. Auch verwandte Radziwill die von ihm gewählte Perspektive mit Bedacht²⁹. So positionierte der Maler den Gasometer im Mittelpunkt des Gemäldes, verzichtete aber bei der Darstellung der übrigen Gebäude auf eine Zentralpunktperspektive, die er in zahlreichen anderen Gemälden nutzte. Damit verstärkte er den Eindruck eines unzentrierten und damit ungeordneten Häusermeers. Im Unterschied zu Radziwills Stadtansichten der 20er-Jahre fehlen fast allen Häusern die Fenster, so dass die abgebildete Großstadt unwirtlich und anonym wirkt – eine Interpretation, die sich in den Zeitkontext der frühen 60er-Jahre einfügt.

Denn zeitgleich zur Entstehung des »Bunten Gasometers« hob in der Bundesrepublik eine öffentliche Debatte über Großstadt und Urbanität an, als dessen Wegmarken auflagenstarke Bücher wie Alexander Mitscherlich »Die Unwirtlichkeit unserer Städte« (1965) und Wolf Jobst Siedler »Die gemordete Stadt« (1964) zu nennen sind.³⁰ Als eine Grundlinie der Debatte bezeichnete der bekannte Göttinger Stadtsoziologe Hans Paul Bahrtdt, dessen 1961 erschienenes Buch »Die moderne Großstadt« die Diskussion forcierte, eine romantisch grundierte Auseinandersetzung mit der Großstadt, die sich als Teil einer allgemeinen Zivilisationskritik verstand. Im Kern wandten sich die Vertreter

25 Vgl. Jürgen Weichardt, »Mauern« in Bildern von Franz Radziwill, in: Radziwill und die moderne Kunst, Oldenburg 2008, S. 57-74, Fluck (wie Anm. 6), S. 184 f. und Seeba (wie Anm. 7) mit viel Anschauungsmaterial.

26 Vgl. Fluck (wie Anm. 6), S. 372.

27 Vgl. Wilfried Seeba, Ein Zauberbau des Diesseitigen. Technik und Architektur in Franz Radziwills magisch-realistischen Gemälden, in: Radziwill und die moderne Welt, Oldenburg 2008, S. 35 - 47.

28 Vgl. einen einzigen Hinweis in: Franz Radziwill – Mythos Technik, Oldenburg 2000, S. 29 f.

29 Vgl. Fluck (wie Anm. 6), S. 163 f.

30 Vgl. zu der Debatte: Axel Schildt und Detlev Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik Deutschland – 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 240 - 244; Hermann Glaser, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, München 1986, S. 140 - 148.

dieser Position gegen die Uniformität der Großstädte, die über keinen besonderen Charakter mehr verfügten und eigentlich austauschbar geworden seien. Eine solche moderne Großstadt – der ein Mangel an »Urbanität« vorgeworfen wurde³¹ – bewirke nur Anonymität und soziale Desintegration.³² Nach Bahrndt sei diese Kritik ein Traditionsbestand der konservativen Großstadtkritik der 20er-Jahre gewesen. Statt die wesentlichen Ursachen für

das Unbehagen an der modernen Großstadt klar zu benennen (die funktionale Trennung von Arbeit und Wohnen sowie die Dominanz der Großbetriebe im Stadtbild), hätten sich die Vertreter dieser Position auf eine Idealisierung und Ideologisierung des ländlichen Raums und der dörflichen Lebensweise beschränkt.³³

»Der bunte Gasometer« und auch Radziwills andere Stadtansichten (zum Beispiel: »Je höher die Häuser, desto kleiner der Mensch«) können als Auseinandersetzung mit diesem Diskurs gesehen werden³⁴, und diese Einschätzung



Abb. 6: Franz Radziwill: »Der Wasserturm in Bremen«, Gemälde in Öl von 1931, hier als Sondermarke der Deutschen Post von 1995. Quelle: StAB 9, T-376.

31 Vgl. zum schillernden Begriff der Urbanität: Klaus von Beyme, Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, München/Zürich 1987, S. 91 f., sowie Beate Binder, Urbanität als »Moving Metaphor«. Aspekte der Stadtentwicklungsdebatte in den 1960er/1970er Jahren, in: Adelheid von Saldern, Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten, Wiesbaden 2006, S. 45-63, hier S. 53 f. Zum gesamten bundesdeutschen Kontext: Vittorio Magnago Lampugnani, Architektur und Stadtplanung, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, Kultur, Frankfurt a. M. 1983, S. 140-182, hier S. 152 f. mit einem Verdammungsurteil über die ästhetische Qualität und soziale Funktion von Architektur und Stadtplanung in der Nachkriegszeit.

32 Vgl. Hans-Paul Bahrndt, Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Neuauflage, Opladen 2006, S. 59 f. und S. 79.

33 Vgl. Hans-Paul Bahrndt, Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine nahe Zukunft, Hamburg 1969, S. 23. Zum politik- und wirtschaftsgeschichtlichen Hintergrund: von Beyme (wie Anm. 31).

34 Freilich wird Radziwill dieser konservativen Richtung der Großstadtkritik nicht umstandslos zuzuordnen sein – immerhin thematisiert er die Dominanz, mit der Großbetriebe (der Wasserturm in Walle, das Gaswerk in Woltmershausen, die Hochhäuser in Düsseldorf) die sie umgebende Stadtlandschaft beherrschen. Vgl. auch: Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 314-318, der – am Beispiel

ergibt sich nicht nur aus einer Analyse der Bildinhalte, denn auch der Entstehungszusammenhang des Gemäldes weist Querverbindungen zur zeitgenössischen Großstadtrezeption auf. In seinen Gedichten setzte sich Radziwill seit den 20er-Jahren und bis weit in die 50er-Jahre hinein mit Fragen der Architektur und der Stadtentwicklung auseinander.³⁵ Ursprünglich trug sein Bild den Titel »Der Gasometer und der gläserne Kasten«, was ein eindeutiger Fingerzeig des Malers auf den nur schemenhaft ausgeführten Wolkenkratzer ist und als Thema des Gemäldes eine dem Menschen entfremdete städtische Architektur im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft nahe legt. Die frühe Kommentierung des Gemäldes anlässlich von Ausstellungen in verschiedenen westdeutschen Städten (wo es zu sehen und für 6.000.- DM zu erwerben war) nahm auf diesen ursprünglichen Titel Bezug oder intonierte wie die Westfälische Rundschau vom 29. 7. 1961: »Drohende Industrielandschaft hinter Kirmeswagen«.³⁶ Was Radziwills Gemälde freilich in einen besonderen Bezug zur Großstadtdebatte der Bundesrepublik der 60er-Jahre setzte, sind die städtebaulichen und architektonischen Ansichten, die dem Maler als örtliche Anschauungsobjekte dienten. Während beispielsweise Wolf Jobst Siedler 1962 in der ZEIT heftige Kritik an der Neuen Vahr übte³⁷, griff Radziwill nicht die suburbane Stadtplanung seiner Gegenwart oder die Mietskasernen der wilhelminischen Zeit als Motive auf, sondern spielte die Anonymität des Großstadtlebens am Beispiel eines durch das Bremer Haus geprägten Stadtviertels durch.³⁸

Doch welchen Stellenwert nimmt die vor der Stadt positionierte Wohnwagensiedlung in dieser Interpretation ein? Die konservative Zivilisations- und Technikkritik der 50er-Jahre, die sich etwa pointiert durch Hans Freyer und sein 1955 erschienenes Buch »Theorie des gegenwärtigen Zeitalters« zu

der Beiträge von Alexander Mitscherlich und Helmut Schelsky – eine eindeutige Zuordnung von Positionen der Großstadtdebatte zu politischen Strömungen in Zweifel zieht.

35 Vgl. Konstanze Radziwill, Poesie des Raums – Zu Franz Radziwills Gedichten, in: dies. (Hg.), Franz Radziwill. Raum und Haus, Dangast 1988, S. 90-94, sowie die weiteren Beiträge in dem Sammelband.

36 »Liste der Bilder von Professor Radziwill«(ohne Datum) sowie diverse Zeitungsausschnitte, Ordner »Ausstellungen 1960/1961/1962«, Franz-Radziwill-Archiv Dangast. Weitere Hinweise zur Entstehungsgeschichte konnten im Franz-Radziwill-Archiv nicht ermittelt werden.

37 Vgl. Wolf Jobst Siedler, Deutsche Städte werden am Reißbrett zerstört, DIE ZEIT, 16. 2. 1962. Die Neue Vahr gilt auch Lampugnani (wie Anm. 31), S. 156, als abschreckendes Beispiel.

38 Vgl. zur zeitgenössischen Bautätigkeit in Bremen: Georg Wagner-Kyora, Die neue City in der kriegszerstörten Altstadt. Das »Wiederaufbau«-Image Bremens (1946–1964), in: Daniela Münkler und Lu Seegers (Hg.), Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2008, S. 293-318, sowie Karl Marten Barfuß, Hartmut Müller und Daniel Tilgner (Hg.), Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 2005, Bd. 1, Bremen 2008, S. 537-554. Zum Bremer Haus: Wolfgang Voigt, Das Bremer Haus. Wohnungsreform und Städtebau in Bremen 1880–1940, Hamburg 1992.

Wort meldete, stellte der seelenlosen Gegenwart Residuen von vormoderner Lebensweise als idealisierte Fluchtorte gegenüber.³⁹ Eine ähnliche Position schreibt die Fachliteratur Franz Radziwill zu.⁴⁰ In »Der bunte Gasometer« stellt die Gruppe von Wohnwagen den aus Tradition und Zusammenhalt gespeisten Gegenentwurf zur technischen, industriellen, anonymen Großstadt dar. Der Maler grenzt diese Wagen ab – versinnbildlicht durch die Mauer – und stellt die Großstadt im Gegensatz zu ihnen detailarm und farbschwach dar. Dabei greift das Gemälde eine nach 1945 in der Populärkultur (Schlagermusik, Filmproduktionen, Zimmerschmuck) präsente Romantisierung der »Zigeuner« und ihrer angeblichen Nicht-Sesshaftigkeit auf.⁴¹ Radziwills Bild scheint diese stereotypen und idealisierten Vorstellungen über die fahrende Lebensweise zu illustrieren – die tatsächliche Armut der Bewohner wird dagegen nur in stilisierter Form ausgedrückt, indem der Maler die Wohnwagen vorbildgetreu mit Haufen von Schutt und Unrat umgeben hat.

Freilich beleuchtet Radziwills Gemälde nur einen Aspekt des vielschichtigen Diskurses, der in der Nachkriegszeit über die »Zigeuner« geführt wurde. So stellten die kriminologischen, ethnologischen und soziologischen Beiträge der 50er-Jahre dem »fahrenden Volk« als Gegenfigur den »Großstadtzigeuner« zur Seite. Die »Fahrenden« seien ethnisch rein, und dies ermögliche ihnen ein Umherziehen im Familienverbund sowie die Ausübung des Wandergewerbes und damit eine Abstinenz von Zivilisationsübeln wie Kriminalität, Prostitution und Pauperismus usw., die allesamt als Probleme des Großstadtlebens galten.⁴² Nur die in Städten sesshaft gewordenen »Zigeuner« gäben diesen

39 So formuliert thesenhaft: Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 7–49, hier S. 23. Vgl. zur konservativen Zivilisationskritik der 50er-Jahre: Schildt/Siegfried (wie Anm. 29), S. 156–161, und Nolte (wie Anm. 34), S. 283–290.

40 Zum Beispiel Andrea Firmenich und Rainer W. Schulze, Franz Radziwill. Monographie und Werksverzeichnis, Emden 1995, S. 41: »Während der 20er und 30er Jahre hatten sich in Radziwills Verhältnis zu Technik und Wissenschaft Faszination und Abwehr die Waage gehalten. Doch nun empfindet der Maler Industrialisierung und Urbanisierung immer stärker als Bedrohung eines von ihm als ursprünglich und natürlich erfahrenen Lebens.« Auch Annette Kulenkampff-Gering (Stadtlandschaft und Pittura Metafisica. Giorgio di Chiroco – Franz Radziwill – ein Vergleich, in: Konstanze Radziwill (Hg.), Franz Radziwill – Raum und Haus, Dangast 1988, S. 110–113) stellt fest, Franz Radziwill habe die »Stadt in einer Vermischung aus Tradition und Moderne« (S. 113) verarbeitet. Vgl. auch Walter Weymann-Weyhe, Das menschliche Haus – Von Heidegger zu Habermas, in: Konstanze Radziwill (Hg.), Franz Radziwill – Raum und Haus, Dangast 1988, S. 83–89.

41 Vgl. Margalit, Nachkriegsdeutsche (wie Anm. 12), S. 183–185; Bogdal (wie Anm. 4), S. 247

42 Vgl. Bogdal (wie Anm. 4), S. 116; Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik und Zigeunerdiskurse im Europa des 20. Jahrhunderts, in: Zimmermann (Hg.), Zwischen Erziehung und Vernichtung (wie Anm. 5), S. 13–70, hier S. 25.

Versuchungen nach, weil sie aus der Art geschlagen seien, nämlich als Mischlinge mit Jenischen und »asozialen« Elementen zur Welt gekommen und deswegen mit einer genetischen Disposition zur Kriminalität belastet.⁴³ Somit wurde den in Städten wohnenden Sinti und anderen Romagruppen jegliche Möglichkeit zur Besserung ihres angeblichen gesellschaftsschädlichen Verhaltens abgesprochen.

Auch in Bremen fand dieser in der Bundesrepublik geführte »Zigeunerdiskurs« einen Widerhall, denn die im Lager am Warturmer Platz beheimatete Gruppe wurde mit diesen zeitgenössischen Kategorien beschrieben und analysiert. In einem für die Freie Hansestadt Bremen 1959 angefertigten Gutachten charakterisierte der seiner Zeit bekannte »Zigeunerforscher« Siegmund A. Wolff⁴⁴ die Sinti vom Warturm als Angehörige eines Volkes, das durch seine festen Familienstrukturen und andere traditionelle Bindungen eigentlich kriminalitätsfern sei. Nach Wolff sorgten die inzwischen erlittene soziale und ökonomische Deprivation, die Verfolgung während des »Dritten Reichs« und ihre unbeseitigten Folgen im Zusammenwirken mit dem Abbau der hergebrachten Sitten und Gebräuche für eine Orientierungslosigkeit der »Zigeuner«. Diese seien der Gefahr ausgesetzt, durch einen Kontakt mit den »asozialen« Elementen der »Landfahrer« (die »deutschblütig«, aber aus der etablierten Gesellschaft »herabgesunkene« Elemente seien) ebenso in die Berufskriminalität abzugleiten.⁴⁵ Zwar teilte der Verfasser mit seinen Zeitgenossen die Diagnose der Kriminalität als ein um sich greifendes Problem in den Sinti- und Romafamilien, aber er erklärte die angeblich starke Neigung zu delinquentem Verhalten durch die Auflösung des überkommenen sozialen Milieus und nicht genetisch oder kriminalbiologisch. Auch unterbreitete er den Bremer Behörden einen Lösungsvorschlag. Um den schon begonnenen Prozess

43 Es ist nicht überraschend, dass sich die Kontinuitätslinien im Schreiben und Reden über die Sinti und anderen Roma von der Bundesrepublik Deutschland der 60er-Jahre über die NS-Zeit bis zu ihren inhaltlichen Kernen im aufkeimenden Rassismus des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen lassen. Zimmermann (wie Anm. 42), S. 51-57; Bogdal (wie Anm. 4), S. 337-347. Vgl. zur Minderheit der Jenischen, Ulrich Opfermann, Die Jenischen und andere Fahrende. Eine Minderheit begründet sich, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Bd. 19 (2010), S. 126-150.

44 Vgl. zur Person. Eve Rosenhaft, Wissenschaft als Herrschaftsakt. Die Forschungspraxis der Ritterschen Forschungsstelle und das Wissen über Zigeuner, in: Zimmermann (Hg.), Zwischen Erziehung und Vernichtung (wie Anm. 5), S. 329-353, hier S. 335 und S. 342.

45 Gutachten von Siegmund A. Wolff, 1. 10. 1959, StAB 4,130/4-246. Auch Wolffs Gutachten ist (quellen-)kritisch zu betrachten, arbeitet er doch mit einer Reihe von stereotypen Zuschreibungen. Seine Charakterisierung der Sinti als schützenswerte Minderheit unterschied sich allerdings deutlich von der Fortschreibung eines rassistischen »Zigeunerbildes«, wie es etwa im Gutachten des Bremer Kriminalsekretärs Karl Brix von 1955 zum Ausdruck kommt und das nach strengen repressiven Maßnahmen verlangt. Vgl. dazu: Lang (wie Anm. 14), S. 80-92. Zu den rassenideologischen Wurzeln der Betrachtung der Sinti als einer bedrohten Ethnie vgl. Margalit, Nachkriegsdeutsche (wie Anm. 12), S. 39.

eines sozialen Niedergangs der Bremer Sinti zu stoppen, schlug Wolff eine dauerhafte Ansiedlung in einer geschlossenen Wohnanlage mit festen Häusern, aber abseits der Stadt vor. Im Unterschied etwa zu den Äußerungen der Bremer Bürgerschaftsabgeordneten sowie den Spitzenbeamten der Bauverwaltung diente die von Wolff vorgeschlagene Separierung somit nicht polizeilichen Zwecken oder kam den Wünschen der Bevölkerung nach Abstand entgegen, sondern war zum Schutz der Bremer Sinti selbst vorgesehen. An einer unüberbrückbaren Distanz zwischen bremischer Stadtgesellschaft und den Lagerbewohnern hielt aber auch dieses Konzept fest.

Gegenüber diesen Zuschreibungen und Theorien bleibt Radziwills Gemälde deutungsoffen. Warum eine Mauer das Lager von der Stadt trennt, und ob dieser Zustand zu begrüßen oder abzulehnen ist – dazu trifft das Bild keine klare Aussage. Lediglich die an der Mauer lehrende Leiter kann als Hinweis gedeutet werden, dass ein eingeschränkter Kontakt und Austausch möglich ist. Durch sein Gemälde ergreift Radziwill keine klare Position – in diesem Punkt unterscheidet er sich etwa von Otto Pankok. Pankok beschäftigte sich intensiv mit den in Deutschland lebenden Roma und portraitierte diese immer wieder. Als Vertreter eines realistischen Expressionismus verfolgte er damit auch klar zu erkennende sozialkritische Absichten.⁴⁶ Im Unterschied dazu war Radziwill kein sozialer Maler, brachte aber mit den Mitteln des »Magischen Realismus« den Gegensatz zwischen Stadt und Lager in einer zum Nachdenken anregenden Weise zum Ausdruck. Denn ist für die Ausgeschlossenen eine Integration in die Stadtgesellschaft attraktiv, wenn die Großstadtarchitektur derartig farblos und monoton wirkt und das Leben in ihr nur durch Anonymität und Konformismus geprägt zu sein scheint, wie es »Der Bunte Gasometer« und andere Gemälde des Malers andeuten?

IV.

Vermutlich hat sich Radziwill nicht länger oder im Detail mit dem Lager am Warturm beschäftigt, zumindest finden sich in seinem Nachlass darauf keine Hinweise. Aber auch sein Gemälde bringt klar zum Ausdruck, dass die »Landfahrer« in Bremen wie anderswo unerwünscht waren, wenn sie separiert am Rande der Städte lebten, nämlich (wie es der Soziologie und Briefpartner Radziwills Helmut Schelsky ausdrückte) »als ethnisch bedingte Minoritätsgruppen[, die] durch die Verwaltung, soziale Praxis und die öffentliche Meinung als ›Randexistenzen‹ der modernen Gesellschaft festgehalten werden.«⁴⁷ Diese Diagnose Schelskys über die »Landfahrerlager« der Bundesrepublik Deutschland traf auch auf Bremen zu.

Als Radziwill sein Gemälde schuf, bestand das Lager aus elf Haushalten mit über 65 Mitgliedern, die sich selbst der Roma-Großgruppe der Sinti zurechneten. Fast alle sprachen Romanes, und sie teilten sich in zwei, anderen Angaben

46 Dies spiegelt sich auch in der Biographie Pankoks wider, kann an dieser Stelle aber nicht weiter verfolgt werden. Vgl. dazu: Bogdal (wie Anm. 4), S. 430 f.

47 Siehe Lukrezia Jochimsen, Zigeuner heute. Untersuchung einer Außenseitergruppe in einer deutschen Mittelstadt, Stuttgart 1963, S. V.

zu Folge in drei Familienverbände.⁴⁸ Ihren Lebensunterhalt versuchten die Bewohner als Markthändler, vornehmlich mit Teppichen, und als Hausierer zu bestreiten, wobei diese unregelmäßigen Einnahmen durch Wiedergutmachungszahlungen, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld und andere Transferleistungen ergänzt wurden. Dass den erwachsenen Lagerbewohnern als »Zigeunern« während der NS-Zeit der Schulbesuch verwehrt geblieben war und sie deswegen weder lesen noch schreiben konnten, beschränkte ihren Zugang zu qualifizierter beruflicher Betätigung – trotz der wirtschaftlich guten Lage der Bundesrepublik. Auch belastete der Analphabetismus der Elterngeneration die Schulleistungen der Kinder, die ihrer Schulpflicht nur unregelmäßig nachkamen, weil ihnen bei schlechter Witterung der Fußweg über den Müllplatz zur Schule nicht zugemutet werden konnte. Gleichzeitig unternahmen die Bremer Behörden keine Maßnahmen, um einen regelmäßigen Schulbesuch zu erzwingen. Eine »Wanderschaft« in den Sommermonaten wurde nur noch von wenigen Familien praktiziert, stattdessen waren die meisten Bewohner sesshaft und ihre Wagen in keinem fahrbereiten Zustand. Da das Lager an das Stromnetz angeschlossen war, nahmen die Bewohner zumindest durch das Fernsehen und Radio am sozialen und kulturellen Leben der Bundesrepublik teil. Darüber hinaus unterhielt die evangelische Süd-Europa-Mission einen Wohnwagen auf dem Lager, wo deren Mitarbeiterinnen Bibelstunden für die Kinder abhielten und die Bewohner bei Alltagsproblemen berieten.

Über die hygienisch unzureichende, räumlich isolierte Situation berichten auch die Selbstzeugnisse der Betroffenen: »Bevor man zu dem Platz kam, mußte man über einen Schuttplatz, wo die Stadt Bremen ihren Müll abgeladen hat – auch von den Krankenhäusern – Spritzen mit Blut drin und solche Sachen. Im Laufe der Zeit hat sich das so weit verschoben, daß der Müll nur noch zehn bis fünfzehn Meter von unseren Baracken entfernt war...«, erinnerte sich ein Bremer Sinto (Jahrgang 1951), der mit seinen Eltern und sieben Geschwistern auf engstem Raum lebte. Erinnerunglich ist diesem Bewohner, dass sich in seiner Elterngeneration eine tiefsitzende Furcht vor den staatlichen Stellen eingebrannt hatte, nachdem deren Mitglieder knapp der physischen Vernichtung entgangen und aus den osteuropäischen Vernichtungslagern zurückgekehrt waren. Diese Traumatisierung beeinflusste auch das Verhalten ihrer Kinder, »die teilweise Angst [hatten], in die Schule zu gehen.« Der direkte Austausch mit der bremischen Stadtgesellschaft gestaltete sich mal besser, mal schlechter: »Der Kontakt zu den Nachbarn war unterschiedlich – manche wollten nichts mit uns zu tun haben, aber der Postbote, der war immer sehr

48 Das Folgende nach: Ursel Dreßler, Soziologische Untersuchung des Zigeunerlagers Warturm in Bremen, Manuskript, Bremen 1964, S. 18-49; Gutachten von Siegmund A. Wolff, 1. 10. 1959, StAB 4,130/4-246; Ewald Hanstein, Meine hundert Leben. Erinnerungen eines deutschen Sinto, Bremen 2005, S. 129. Zum Desinteresse der Behörden, die Schulpflicht durchzusetzen, führt Jochimsen (wie Anm. 47), S. 58 aus: »Die Volksschulen (...), sowieso ängstlich um ihr sinkendes Prestige bemüht, versuchen alles mögliche um die Zigeunerkinder zu entmutigen, damit ihnen nicht die Eltern anderer Schüler auch noch vorwerfen, daß ihre Kinder zusammen mit Zigeunern die Schulbank drücken müssen.«

freundlich. An der Ecke gab es einen Kaufmannsladen, der hat nachher Preise gehabt wie eine Apotheke. Mit uns konnte er es ja machen.«⁴⁹

Diese von einem Betroffenen beobachtete ambivalente Einstellung deckte sich mit einem Meinungsbild der bremischen Bevölkerung von 1964, das eine (nicht-repräsentative) demoskopische Untersuchung ermittelt hatte. Zwar wurden den Sinti im Allgemeinen eine Reihe üblicher »Zigeuner«-Stereotype zugeschrieben wie eine »Nomadenexistenz« oder eine fremde Herkunft (Ungarn, Balkan oder Asien) und die Chancen für deren Integration in die bremische Stadtgesellschaft als schlecht eingeschätzt, doch belegte nur eine Minderheit von 12 % der Befragten diese Gruppe mit eindeutig abschätzigen Bewertungen wie »arbeitsscheu«, »Verbrecher« u.ä. Auch optierten die befragten Bremer in einer deutlichen Mehrheit gegen eine eigene Sonderschule für »Zigeunerkinder«. Ohnehin war nicht nur das Wissen um das Lager und seine Bewohner in der unmittelbaren Umgebung weiter verbreitet als in anderen Untersuchungsbezirken, auch die Einstellung gegenüber »Zigeunern« im Allgemeinen war umso positiver, je näher die Betroffenen am Lager wohnten. Ebenso kritisierten die wenigen Befragten, die das Lager aus eigener Anschauung kannten, die dortigen Wohnbedingungen.⁵⁰

Beide Befunde – das relative Desinteresse am Lager und die vergleichsweise positive Einstellung der unmittelbaren Nachbarschaft – standen im Widerspruch zum Auftreten einiger selbst ernannter Fürsprecher der örtlichen Bevölkerung. Seit 1957 wandte sich der Kleingartenverein Warturm e.V. regelmäßig mit Schreiben über das Lager an den Senator für Inneres. Die Beschwerdeführer fanden harsche Worte (»gewissenlose Elemente«, »potentielle Brandstifter«, »Mob«, »Zigeuner-Terror«); Maßnahmen wie eine Einzäunung und intensive Bestreifung des Geländes wurden vorgeschlagen und auch, »durch die Auflösung des Lagers die betroffene Bevölkerung von der Geißel zu befreien«.⁵¹ Schließlich erreichte der Vorstand des Kleingartenvereins, dass die Bremer Presse über das Thema berichtete.

Unter dem Vorsitz von Herman Mester (der in der unmittelbaren Nachkriegszeit Senator für Ernährung und Landwirtschaft, später für das Wohnungswesen und die Landeskultur gewesen war) hielt die Arbeitsgemeinschaft Woltmershausen-Rablinghausen e.V. eine von den Bremer Zeitungen beachtete Versammlung ab, auf der die Beschwerden der Kleingärtner über Diebstähle und Beschädigungen zur Sprache kamen. Die Klageführer äußerten, dass sie von den Platzbewohnern bedroht worden seien, und beschwerten sich über das Verhalten der Behörden, die Diebstahlsanzeigen wegen Geringfügigkeit einstellten. Gegen diesen Vorwurf verwahrte sich ein Vertreter der Polizei mit dem

49 Siehe Jenseits von Roland und Schütting (wie Anm. 21), S. 83. Vgl. auch die ausführlichen Äußerungen in: »Genauso wie im Lager – nur, daß man frei war«, PUSDORFER BLATT. Zeitschrift für Woltmershausen, März - Mai 1991, S. 10 - 13, und »Ich werde nie verleugnen, daß ich ein Sinto bin«, PUSDORFER BLATT. Zeitschrift für Woltmershausen, Juni - August 1991, S. 14 - 17, sowie Hanstein (wie Anm. 48), S. 130 f. Vgl. zur Traumatisierung nach 1945: Bogdal (wie Anm. 4), S. 452 f.

50 Vgl. Dreßler (wie Anm. 46), S. 49 - 66.

51 Vgl. dazu Lang (wie Anm. 14), S. 104.

Hinweis darauf, dass allen Anzeigen nachgegangen werde, und ergänzte: »Daß die Landfahrer die Bewohner und Parzellisten sogar mit Beilen bedrohten, wie berichtet worden sei, sei ihm jedoch nicht bekannt gewesen.« Unzufrieden mit dieser Antwort, kündigten die Teilnehmer an, sich an den zuständigen Innensenator Hans Koschnick wenden zu wollen. Darüber hinaus brachten sie ihre Klagen auch beim Senator für das Bauwesen vor, verbunden mit dem Vorschlag, das Lager zum Schutz der Bevölkerung einzuzäunen.⁵²

Seit Einrichtung des Lagers bemühten sich diese örtlichen Interessenvertreter, öffentlichen und politischen Druck aufzubauen, und wollten die Behörden dazu bewegen, wenn das Lager schon nicht geschlossen werde, das Verhalten der Bewohner durch repressive Maßnahmen zu reglementieren und sie weiterhin von der Stadtgesellschaft zu trennen. Für die prekäre Lage der Bewohner wurde kein Verständnis aufgebracht. Ganz im Gegenteil: Die ärmlichen und unhygienischen Verhältnisse wurden auf ein nicht-konformes Verhalten der Bewohner zurückgeführt, den Betroffenen damit die Schuld für ihre erbärmliche Lage zugeschoben.⁵³ Einen Resonanzboden für solche Vorurteile bot die »Zigeuner«-Berichterstattung der Bremer Presse, die Kleinkriminalität und Aberglaube in den Mittelpunkt stellte – und damit gängige Zuschreibungen wiederholte und befestigte, deren sich die Sinti seit dem 18. Jahrhundert gegenüber sahen.⁵⁴ Bestenfalls portraitierte sie die ortsansässigen »Zigeuner« als exotisch-interessante Kleingruppe zwischen Moderne und Tradition. Dabei fiel den Behörden das Lager am Warturm nicht als Kriminalitätsschwerpunkt auf, und auch überkommenes Brauchtum spielte (soweit die Quellen darüber Aufschluss geben) im Leben der Bewohner keine wichtige Rolle.⁵⁵ Diese negativen Stereotype und das impertinente Auftreten der Kleingärtner mögen den Polizeivertreter auf der Versammlung im Mai 1965 dazu bewogen haben, »um viele begründete Anzeigen« gegen die Lagerbewohner zu bitten, »denn auch den Polizeibeamten sei daran gelegen, durchgreifen zu können und damit Sicherheit und Ordnung zu schaffen.«⁵⁶

52 »Kleingärtner fühlen sich von Landfahrern belästigt«, *Weser-Kurier*, Nr. 116, 19. 5. 1965; Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Woltmershausen-Rablingshausen e.V. an den Senator für das Bauwesen, 14. 6. 1965, StAB 4,31/6-145.

53 Die Entstehung dieses Vorurteils hat Peter Widmann treffend so charakterisiert: »Die Stadtverwaltungen hielten ›Zigeuner‹ und ›Jenische‹ für nicht integrierbare Nomaden. Die auf diese Sicht fußende Politik zwang Sinti und Jenische in verrotteten Wohnwagen und selbst gebauten Baracken auf unbefestigten Plätzen zu wohnen. Der so entstehende Eindruck schien zu bestätigen, daß ›Zigeuner‹ und ›Landfahrer‹ bürgerliche Wohnformen verachten und sich selbst aus der Stadtgesellschaft ausgrenzten.« (Der lange Weg zur Chancengleichheit. Sinti und Jenische in der deutschen Kommunalpolitik seit 1945, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Bd. 49 (2001), S. 510-524, Zitat S. 516).

54 Vgl. Bogdal (wie Anm. 4), S. 121.

55 »Razzia der Polizei im Landfahrerlager«, *Weser-Kurier*, Nr. 122, 15. 5. 1960; »Zigeunerinnen drohten mit Unheil und forderten Geld«, *Weser-Kurier*, Nr. 157, 8. 7. 1960; »Spezialkartei für romantische Gilde«, *Weser-Kurier* Nr. 180, 6. 8. 1957. Vgl. Dreßler (wie Anm. 46), S. 41-45; Gutachten von Siegmund A. Wolff, 1. 10. 1959, StAB 4,130/4-246.

56 »Warturm: Ärger mit Landfahrern«, *Bremer Nachrichten*, Nr. 116, 19. 5. 1965.

Ebenso gut kann diese Äußerung aber auch als Aufforderung verstanden werden, statt per Hörensagen schwerwiegende Anschuldigungen zu verbreiten, die Anzeigen und sonstigen Beschwerden mit Tatsachen und glaubhaften Aussagen zu belegen. Denn die Wortführer der Parzellisten waren offenkundig immer gerne bereit, die Ursachen für Missstände vorschnell bei den Lagerbewohnern zu suchen, wie das Stadt- und Polizeiamt 1964 an den Senator für Inneres berichtete: »Ohne die Landfahrer völlig exkulpieren zu wollen, möchten wir vermuten, daß vor allem ihre in der Volksmeinung einen überaus starken Niederschlag findende Andersartigkeit es ist, die dazu führt, daß die Schuld stets in aller erste Linie nur bei ihnen gesucht wird.«⁵⁷ Ihre Existenz als soziale Außenseiter prädestinierte die Lagerbewohner zu Sündenböcken, denen die Verantwortlichkeit für allerlei Auswirkungen von delinquentem und deviantem Verhalten zugeschrieben wurde. »Die Bevölkerung sei geneigt alle nicht genau feststellbaren Unregelmäßigkeiten in der Nähe des Wohnsitzes einer solchen Familie dieser [...] in die Schuhe zu schieben. Unregelmäßigkeiten solcher Art kämen aber überall im Stadtgebiet vor...«, hielten Vertreter der Sozialbehörde noch im Jahr 1970 über eine Familie fest, die das Lager bereits verlassen hatte, der in ihrer neuen Umgebung aber offensichtlich schroffe Ablehnung entgegenschlug.⁵⁸ Dass ihr Leumund durch solche Vorurteile und selektiven Wahrnehmungen fortwährend beschädigt wurde, stand auch den Lagerbewohnern selbst vor Augen, wie einer ihrer Vertreter gegenüber der Presse 1970 äußerte: »[A]ndere Kinder dürfen ruhig mal mit dreckigen Schuhen und Hosen zur Schule kommen, Zigeuner dürfen das nicht. Wenn andere Menschen betrunken am Steuer sitzen, so ist das verzeihlich, nicht aber, wenn uns das mal passiert.«⁵⁹

V.

Die von Radziwill als Motive verwendeten Orte existieren längst nicht mehr: Auf dem Gelände der Ende der 60er-Jahre geschlossenen Deponie sind nach wie vor Entsorgungsbetriebe untergebracht, in unmittelbarer Nähe zum »Zigeunerlager« unterhält nun der Dobermannverein Bremen ein Trainingsgelände. 1984 wurde der Gasometer in Woltmershausen demontiert. Damals lag den Stadtwerken kein überzeugendes Nutzungskonzept vor. Da es sich nicht um ein bemerkenswertes Beispiel von Industriearchitektur handele, entschied sich der Landesdenkmalschützer dagegen, das Gebäude zu erhalten. Manch einer der Anwohner mochte dies bedauern, wie eine Stadtteilzeitschrift in einer Sonderausgabe zum Abbruch vermerkte. Zumindest Radziwills Bild erfreute sich einer gewissen Beliebtheit. Es wurden Drucke des »Bunten Gasometers« mit der Bildunterschrift »Woltmershausen« vertrieben⁶⁰, ja ein Bremer soll in den 80er-Jahren damit sogar die Motorhaube seines Wagens

57 Zitiert nach Lang (wie Anm. 49), S. 105.

58 Besprechungsprotokoll, 5. 10. 1970, StAB 4,29/2-1513.

59 »Leben neben dem Abfall«, Bremer Nachrichten, Nr. 168, 18. 7. 1970.

60 Vgl. die Abbildung in: Polizeirevier Woltmershausen, Revierjournal, Bremen 2002, S. 7.

verziert haben. Diese Popularität des Gemäldes ist bemerkenswert – schließlich wurde es vor Ort erst in den 90er-Jahren ausgestellt. Bis 1968 war der »Bunte Gasometer« bei diversen Gelegenheiten nur außerhalb Bremens zu sehen, dann wurde das Bild über die Galleria del Levante (die in München und Mailand saß und über die viele Gemälde des Malers nach Italien kamen) in römischen Privatbesitz verkauft und war dem deutsche Publikum bis zu einer großen Radziwill-Retrospektive 1981 in Berlin nicht mehr zugänglich, wo das Bild allerdings nur eingereiht neben zahlreichen anderen Werken präsentiert wurde.⁶¹ Das Landfahrerlager war ungleich früher, nämlich im Spätsommer 1972, endgültig geschlossen worden und hatte damit über 17 Jahre Bestand, was angesichts der unhaltbaren Situation (die allen Verantwortlichen aus einer umfänglichen Korrespondenz auch zur Genüge bekannt war) erstaunt.

Warum zeigten die Behörden lange Jahre kein Engagement, etwas an den dortigen Zuständen zu ändern? Der Platz war Eigentum der Stadtgemeinde Bremen und wurde von der Bauverwaltung betreut, die im Sinne des Wohnungengesetzes für die Sicherheit und die Ausstattung verantwortlich war, ohne dass (wie das Stadt- und Polizeiamt ausdrücklich bestätigte) die vom Gesetz eigentlich für private Stellplätze vorgesehenen Standards Anwendung fanden. Gleichwohl legte die Innenverwaltung Wert darauf, dass der Platz im polizeirechtlichen Sinne keine Gefahr für seine Bewohner und andere Anwohner bildete, und forderte wiederholt, aber ergebnislos auf, an der Zuwegung und dem Zustand der Toilettenanlage etwas zu ändern.⁶² Mit seiner hinhaltenen Behandlung des Problems orientierte sich das zuständige Stadtplanungsamt freilich an einem Kalkül, das schon bei der Einrichtung des Platzes in den Raum gestellt worden war. So hatte der spätere Senator Löbert 1955 erklärt, »daß ein guter Ausbau des Platzes nicht dazu führen dürfe, daß die übrigen zuständigen Stellen an einer anderweitigen Unterbringung der Lagerbewohner nicht mehr interessiert seien.«⁶³ Das Lager am Warturm war also ursprünglich als Provisorium vorgesehen. Auf seine Befestigung hatten die Baubehörden nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen verzichtet, sondern auch, um den Handlungsdruck auf andere Verwaltungszweige aufrechtzuerhalten – gemeint waren vermutlich die Sozial- und die Innenverwaltung.

Dem Stadt- und Polizeiamt erschien diese Argumentation freilich nur als ein »Vorwand«, um auf jegliche Form von Instandhaltung zu verzichten, »zumal sich unsere Forderungen wirklich auf das Allernotwendigste beschränken und uns nicht nachgesagt werden kann, dass wir hier ein Paradies für Landfahrer schaffen wollen.« Vielmehr missachtete die Freie Hansestadt Bremen –

61 Vgl. zu weiteren Details der Werksgeschichte: Firmenich und Schulze (wie Anm. 40), S. 441. Der Ordner »Galleria del Levante«, Franz-Radziwill-Archiv Dangast enthält leider keine Hinweise auf den Verkauf nach Italien. 1986 erwarb die Ruhrgas AG das Bild, es ging in den Bestand der E.ON SE ein. Auskunft der E.ON Art Collection, 27. 5. 2014, der an dieser Stelle für die Zurverfügungstellung einer hochwertigen Reproduktion von »Der bunte Gasometer« gedankt sei.

62 Schreiben des Stadt- und Polizeiamts an das Stadtplanungsamt, 19. 12. 1956, StAB 4,130/4 - 246.

63 Zitiert nach: Vermerk, 7. 8. 1970, StAB 4,29/2 - 1513.

zwar nicht dem Wortlaut, wohl aber dem Sinn nach – ihre eigenen Gesetze, da der von ihr eingerichtete öffentliche »Landfahrerplatz« nicht den Mindestanforderungen genügte, die das Wohnwagengesetz von jedem privaten Platzbetreiber verlangte. Schließlich versuchte die Innenverwaltung, Druck auf die Baubehörden auszuüben, indem sie den Platz auf der Müllkippe ab 1959 als privaten Wohnwagenplatz betrachtete (den die Stadtgemeinde Bremen als Eigentümerin des Geländes unterhielt) und dem Stadtplanungsamt eine Reihe von Auflagen auferlegte, u. a. eine Verbesserung der Zuwegung und der Sanitäranlagen⁶⁴, was aber über Jahre hinweg ignoriert und erst in den 60er-Jahren umgesetzt wurde.

Mit Desinteresse begegnete die Bauverwaltung auch dem Problem, dass die Lagerbevölkerung wuchs. Da der Bausenator die Interessen der Stadtgemeinde als Eigentümerin des Platzes wahrnahm, hätte er einem weiteren Zuzug durch Klagen entgegentreten können. Stattdessen erwarteten seine Beamten, dass das Stadt- und Polizeiamt das Wohnwagengesetz vollziehe und die Schwierigkeiten so auf polizei- und nicht auf zivilrechtlichem Wege eine Lösung fänden. Anlass dieses Streits um Zuständigkeiten, Verfahrenswege und andere Formalia war eine Initiative des Hauptgesundheitsamtes, das den Platz aus medizinischen und seuchenhygienischen Bedenken schon länger im Blick und die Zahl der Bewohner auf 50 Personen begrenzt hatte. Im Übrigen mahnte die Behörde eine Lösung der Probleme an, »schon um zu vermeiden, daß die Angelegenheit einmal zu einem Politikum wird.«⁶⁵

Doch genau dies, nämlich eine öffentliche Erörterung des Umgangs mit dem Platz, schien der Bauverwaltung gar nicht so ungelegen zu sein, immerhin vertrat sie die Position:

»Für ein wie auch immer geartetes Vorgehen gegen den in Rede stehenden Personenkreis durch die für die Liegenschaftsverwaltung verantwortliche Stelle oder durch das Stadt- und Polizeiamt in deren Auftrag würde m.E., solange der Platz als solcher nicht völlig belegt ist, die Öffentlichkeit kaum Verständnis aufbringen. Ungeachtet des Umfangs der Platzbelegung würde aber selbst die Verhinderung weiteren Zuzugs notfalls mit polizeilicher Gewalt aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten nach meiner Ansicht in weiten Bevölkerungskreisen u. U. sogar begrüßt werden.«⁶⁶

Vermutlich wäre die Frage aufgeworfen worden, ob der »slum am Rande Bremens« (wie die Bremer Presse schon titelte)⁶⁷ zur Wohlfahrts- und Sozialpolitik des sozialliberalen Bremer Senats passe und was die Behörden unternommen

64 Schreiben des Stadt- und Polizeiamts an das Stadtplanungsamt, 19. 12. 1956 (Zitat), Bericht des Stadt- und Polizeiamts, 10. 9. 1956, Schreiben des Stadt- und Polizeiamts an das Stadtplanungsamt, 17. 9. 1959, StAB 4,130/4 - 246.

65 Schreiben des Senators für Inneres, 29. 11. 1967, Ergebnisprotokoll einer Besprechung beim Senator für Inneres, 5. 12. 1967 (Zitat), StAB 4,130/4 - 246.

66 Schreiben des Senators für das Bauwesen an den Senator für Inneres, 9. 1. 1968, StAB 4,29/2 - 1513. Verständlicherweise trat der Innensenator dieser Position nicht bei. Schreiben des Senators für Inneres an den Senator für das Bauwesen, 19. 1. 1968, StAB 4,130/4 - 246.

67 »Ein slum am Rande Bremens. Brennender Müll und Ratten gehören zum Alltag«, bremer illustrierte, Nr. 12, 1967.

hatten und planten, um an den dortigen Zuständen etwas zu ändern. Eine solche Wendung nahm die Behandlung des Themas nicht, stattdessen räumte ein Vermerk des Bausenators von 1970 selbstkritisch eine »äußerst schleppe, desinteressierte und erfolglose Behandlung« der mit dem Lager zusammenhängenden Fragen ein.⁶⁸

Bereits in den 50er-Jahren wurde eine solche gleichgültige Haltung nicht von allen Beschäftigten der Polizei, der Sozialverwaltung oder des Gesundheitsamts geteilt, insbesondere dann, wenn sie vor Ort mit den Bewohnern und deren erbärmlich-perspektivloser Lage konfrontiert waren. Den Fürsorgern stand klar vor Augen, dass die faktisch erzwungene Unterbringung auf dem Platz ursächlich für die fehlende Integration in die Stadtgesellschaft war und nicht umgekehrt.⁶⁹ Dabei gründete diese Einsicht durchaus nicht in Sympathie für die Betroffenen, wie eine Äußerung des Stadt- und Polizeiamts von 1956 zeigt: »Wenn es sich auch bei den Bewohnern um Zigeuner handelt, so sind es doch immerhin Menschen, die genau wie alle anderen auch einen Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein haben.«⁷⁰ Hieraus spricht einerseits Distanz gegenüber den ansässigen Familien. Andererseits stand den Beamten vor Augen, dass sich die Bremer Politik wie auch die Landesverwaltung würde daran messen lassen müssen, wie sie mit den seit 1949 verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten dieser Außenseiter in der Gesellschaft der Bundesrepublik umgingen. Solche schweren Defizite des Verwaltungshandelns bezeichnete ein aufmerksamer Beobachter der westdeutschen Gesellschaft wie Helmut Schelsky als »Beschneidungen« der Staatsbürgerschaft von Sinti und anderen Romagruppen.⁷¹

Entsprechend dokumentieren der umfangreiche Schriftverkehr und die zahlreichen Vermerke der verschiedenen beteiligten Dienststellen auch kein geschlossenes, negatives »Zigeunerbild«, obwohl stereotype, zum Teil auch offenen abwertende Urteile über die Lagerbewohner in die Schilderung der Missstände und die Korrespondenz über deren Besserung eingewebt sind. Indes ist ein elaborierter Antiziganismus⁷² in den Quellen nur an wenigen Stellen greifbar und dürfte nur ein Nebenmotiv gewesen sein, am Schicksal der Betroffenen nichts zu ändern. Als eigentliche Ursache hierfür machte das Stadt- und Polizeiamt schon 1956 »Kompetenzstreitigkeiten (...) u[nd] das Fehlen der nötigen Haushaltsmittel« aus.⁷³ Unter dem behördlichen Kleinkrieg um formale Zuständigkeiten und inhaltliche Verantwortung litten im Übrigen

68 Vermerk, 7. 8. 1970, StAB 4,29/2-1513. Ein Schreiben des Hauptgesundheitsamts an das Stadtplanungsamt, 6. 12. 1966, StAB 4,31/6-145 kritisiert sehr ähnlich: »Das uns vom Senator für das Gesundheitswesen zur Verfügung gestellte Sitzungsprotokoll deutet darauf hin, daß deshalb die in seuchenhygienischer und medizinischer Hinsicht bestehenden Mißstände nicht in ausreichender Weise gewürdigt wurden. Eine Diskussion über Prioritäten und Fristen hätte dann sicher den nicht aus dem Protokoll zu entnehmenden Umfang einzunehmen brauchen.«

69 Bericht der Familienfürsorge, 17. 1. 1957, StAB 4,130/4 - 246.

70 Bericht des Stadt- und Polizeiamts, 10. 9. 1956, StAB 4,130/4 - 246.

71 Vgl. das Vorwort zu: Jochimsen, Zigeuner (wie Anm. 47), S. V.

72 Zum Begriff vgl. Fings (wie Anm. 4), S. 28 f.

73 Bericht des Stadt- und Polizeiamts, 10. 9. 1956, StAB 4,130/4 - 246.

nicht nur die Lagerbewohner. Auch die Kleingärtner wurden mit ihren Vorschlägen, die auf eine lediglich polizeiliche Behandlung abstellten und verschärfte Repressionen einforderten, von einer Dienststelle zur anderen verwiesen.⁷⁴

Dabei konnte kein Beteiligter damit rechnen, dass sich das Problem auf einem anderen Weg, als durch Eingriffe der öffentlichen Hand löste, denn der normale Wohnungsmarkt war den Lagerbewohnern verschlossen. Bei privaten Vermietern waren die Sinti vom Warturm unbeliebt, und auch die gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften in Bremen nahmen keine Vermittlungen vor, da sie mit Beschwerden der übrigen Mietparteien rechneten und um ihre Reputation fürchteten.⁷⁵ Ebenso war nicht zu erwarten, dass sich die Zahl der Betroffenen durch Fortzug deutlich reduzierte, schließlich lebten diese seit Jahren in der Stadt, waren hier sesshaft und nicht selten gebürtige Bremer.

Mit ihrer hinhaltenden Position orientierte sich die Verwaltung freilich nur an den in der Hansestadt vorherrschenden Meinungen. Noch 1964 konnte sich die Mehrzahl der befragten Bremer eine Assimilation (»Aufgehen«) der Lagerbewohner in die Mehrheitsgesellschaft nicht vorstellen; Tradition und Sitten der Sinti wurden dafür verantwortlich gemacht.⁷⁶ Die Befragten standen somit auch Bildungs- und Wohlfahrtsmaßnahmen, die ihren Zielpunkt in einer Eingliederung der Lagerbewohner fanden, tendenziell skeptisch gegenüber. Eine städtische Integrationspolitik hätte sich somit Widerständen gegenüber gesehen. Gleichzeitig brachten die Bremer kein großes Interesse für die Lagerbewohner und ihre Situation auf. Nur 23 von 100 Befragten äußerten sich dazu und sprachen sich in der Mehrzahl für einen Fortbestand des Lagers aus, eben weil die Bewohner nicht zur Eingliederung fähig oder bereit seien. Diese Haltung, also eine ausgeprägte Skepsis gegenüber einer Integrationspolitik bei gleichzeitigem Desinteresse für die Lage der Betroffenen, könnte die niedrige Priorität und den äußerst begrenzten Ressourceneinsatz erklären, mit denen gerade die Bauverwaltung dieses Problem bearbeitete. Es handelte sich um ein Organisationsversagen der öffentlichen Verwaltung, dessen Resultat eine in den Akten wohl dokumentierte Verwaltung der Missstände war und das erst nach fast zwei Jahrzehnten ein Ende fand.

VI.

Elan, an der Misere etwas zu ändern, zeigten die Beamten der Bauverwaltung erst, als ab 1960 im Raum stand, dass das Lagergelände im Zuge des Baus des Neustädter Hafens anderweitig genutzt werden sollte, namentlich plante die Bundesbahn einen Ausbau ihrer nach Oldenburg führenden Trasse. Als Folge sollten die Lagerbewohner »auf einem noch zu bestimmenden

74 Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Woltmershausen-Rabblinghausen an das Stadtplanungsamt; Antwortschreiben. 14. 7. 1965, StAB 4,31/6 - 145.

75 Schreiben des Hauptgesundheitsamts an das Stadtplanungsamt, 6. 12. 1966, Amt für Familienfürsorge an den Senator für Wohlfahrt und Jugend, 30. 7. 1969, StAB 4,31/6 - 145.

76 Vgl. Dreßler (wie Anm. 48), S. 62 f.

Gelände, wo sie für die Nachbarschaft in möglichst geringem Maße lästig werden, Steinbaracken in Schlichtbauweise« beziehen. In direkter Nachbarschaft zum bisherigen Standort war hierfür eine Sonderfläche vorgesehen, die das Lager nur 100 Meter nach Norden Richtung Warturmer Heerstraße verschoben hätte.⁷⁷ Damit griffen die Behörden den Vorschlag Siegmund Wolffs von 1959 wieder auf, die Lagerbewohner in einer geschlossenen Siedlung unterzubringen – und in deutlicher Distanz zu den anderen Wohngebieten Bremens.

Die geplante »Zigeunersiedlung« sollte mit öffentlichen Mitteln errichtet werden, damit die Stadtgemeinde über Eingriffsmöglichkeiten verfügte und die Sozialverhältnisse in der Siedlung mitgestalten konnte. Außerdem empfahl der Innensenator schon 1962 aus polizeilichen Erwägungen eine erneute Ansiedlung im Raum Warturm, »weil sich die Wohnbevölkerung hier an die Anwesenheit der Zigeunerfamilien gewöhnt hat, während bei einer Ansiedlung in einem anderen Raum ein erheblicher Widerstand der Wohnbevölkerung zu erwarten wäre.«⁷⁸ Auch die bremische Fürsorgeverwaltung attestierte den Sintifamilien, reif und sozial gefestigt genug zu sein, um in festen Wohnungen untergebracht zu werden.⁷⁹ Ende 1969 ergänzte das Amt für Familienfürsorge, dass eine geschlossene Siedlung somit sozialpolitischen Zwecken diene und eine intensive vorschulische sowie schulische Betreuung der Bewohner ermögliche. Erst wenn es gelinge, »das Analphabetentum der hiesigen Zigeuner zu überwinden«, stünden den Sinti andere berufliche Möglichkeiten als der ambulante Handel offen.⁸⁰ Damit griff die Bremer Wohlfahrtsverwaltung Konzepte auf, die in Ansätzen bereits in der Weimarer Republik erprobt worden waren.⁸¹ Parallel dazu berichteten die Bremer Zeitungen seit 1970 durchaus in einem anderen Duktus über das Lager. Seine Bewohner galten nun als diskriminierte Randgruppe, der mit den Mitteln des Sozialstaats zu helfen sei.⁸²

»Die Bewohner leben nach ihren eigenen Sitten und Gesetzmäßigkeiten. Eine Unterbringung in der Nähe anderer Häuser hat in der Regel zu großen Komplikationen mit den jeweiligen Nachbarn geführt. (...) Die meisten der jetzigen Bewohner des Lagers wären z.Z. bei einer Umsetzung (...) inmitten

77 Schreiben des Senators für Inneres an den Senator für das Bauwesen, 18. 7. 1962 (Zitat), Vermerk, 7. 8. 1970, StAB 4,29/2-1513; Vermerk, 17. 1. 1968, StAB 4,31/6-145; Mitteilung des Senats an die Stadtbürgerschaft, Nr. 186 der 7. WP, 16. 6. 1970. Freilich bezeichnete der Senator für Wirtschaft und Häfen auch dieses Gelände als für jegliche Form der Industrieansiedlung geeignet. Vgl. zur Hafenplanung: Karl Marten Barfuß, Hartmut Müller und Daniel Tilgner (Hg.), Geschichte Bd. 1 (wie Anm. 38), S. 549 f.

78 Schreiben des Hauptgesundheitsamts an das Stadtplanungsamt, 6. 12. 1966, Schreiben des Senator für Inneres an den Senator für das Bauwesen, 18. 7. 1962 (Zitat), StAB 4,31/6-145.

79 Schreiben des Hauptgesundheitsamts an das Stadtplanungsamt, 6. 1. 1966, Vermerk, 10. 7. 1970, StAB 4,130/4-246.

80 Schreiben des Amts für Familienfürsorge an den Senator für Wohlfahrt und Jugend, 30. 7. 1969, StAB 4,31/6-145.

81 Vgl. Bogdal (wie Anm. 4), S. 358 f.

82 »Landfahrerlager wurde eingeebnet«, Weser-Kurier, 5. 9. 1972.

anderer Nachbarschaft überfordert...«⁸³ – so begründeten die Beamten der Wohlfahrts- und Bauverwaltung die Notwendigkeit einer eigenen »Zigeunersiedlung«. Ein geschlossenes Gruppenverhalten, dessentwegen die Betroffenen auf Ablehnung bei »der ›weissen‹ Bevölkerung« stießen, sei auch in Zukunft zu erwarten, weil »diese Personen sich kaum aus ihrem Sippenverband lösen können«, so dass »zum jetzigen Zeitpunkt für die Bewohner des Landfahrerlagers nur eine isolierte Lösung getroffen werden kann.«⁸⁴ Wegen der »besonderen Mentalität der Zigeuner« wurde den Bewohnern des Lagers unterstellt, auch selbst Wert auf eine räumliche Zusammengehörigkeit zu legen, so dass eine geschlossene Unterbringung nicht nur vermeide, dass »es in dicht besiedelten Wohngebieten immer zu Komplikationen kommen« werde, sondern auch den Wünschen der Sinti selbst entspreche.⁸⁵

Die Lagerbewohner, ihre Unterbringung und ihre Lage wurden zwar nach wie vor⁸⁶, aber nicht mehr ausschließlich (und vielleicht auch nicht mehr hauptsächlich) als ein Arbeitsgebiet von Polizei und Fürsorge betrachtet, sondern auch als eine Aufgabe der Stadtplanung. Damit traten repressive Argumente für eine geschlossene Siedlung wie die Erleichterung von polizeilichen Kontrollen oder hygienischen Vorsorgemaßnahmen ebenso in den Hintergrund wie das noch in den 50er-Jahren herausgestellte Schutzbedürfnis der »Zigeuner« als einer von den Zivilisationsübeln der Großstadt besonders bedrohten ethnischen Minderheit. Vielmehr verfolgten die Beamten nur bescheidene Absichten: Eine fortgesetzte Segregation diene in erster Hinsicht dem Zweck, die bei einer dezentralen Ansiedlung befürchteten Nachbarschaftsstreitigkeiten zu vermeiden und schien gleichzeitig den Wünschen der Betroffenen zu entsprechen. Nur mittelbar und langfristig sollte diese Anlage auch die Integration der Betroffenen in die bremische Stadtgesellschaft befördern.

Indes wurde die Errichtung einer mit sozial- und bildungspolitischen Angeboten flankierten »Zigeunersiedlung« nie ernsthaft angegangen, obwohl es nach Meinung der Beteiligten die beste Lösung war. Sogar die Vorarbeiten hierfür waren schon weit gediehen. Bremer Baubeamte hatten sich über vergleichbare Vorhaben andernorts informiert, es lagen Kostenvoranschläge auf dem Tisch, und auch über andere Standorte wurde diskutiert.⁸⁷ Aber das Projekt scheiterte, weil die Beteiligten es versäumten, die finanziellen Grundlagen

83 Protokollauszug einer Amtsleitersitzung vom 25. 3. 1970, 13. 5. 1970, StAB 4,29/2-1513.

84 Schreiben des Amtes für Familienfürsorge an den Senator für Wohlfahrt und Jugend, 30. 7. 1969, StAB 4,31/6-145.

85 Vermerk, 10. 4. 1970, StAB 4,29/2-1513 (Zitat); Vermerk, 3. 8. 1962, StAB 4,31/6-145.

86 So hielt ein Baubeamter fest, »daß man diesen Menschenkreis fast ausschließlich nur unter dem Gesichtspunkt der Gefahrenabwehr behandelt hat und man darum bemüht war, weiteren Zuzug zu verhindern. Begriffe wie Sicherheit und Ordnung, Besitzstörung oder -entziehung, Nichtbegründung eines Vertragsverhältnisses, Duldung, Einzäunung und Verbotsschilder zeigen deutlich, unter welchem geistigen Blickwinkel dieser Menschenkreis behandelt worden ist.« Vermerk, 7. 8. 1970, StAB 4,29/2-1513.

87 Vgl. den Schriftwechsel und die Planungsunterlagen in StAB 4,31/6-145.

hierfür bereitzustellen. Mitte der 60er-Jahre war erwogen worden, die Lagerbewohner am Bau und Kauf der Häuser einer solchen Siedlung zu beteiligen, ohne dass konkrete Schritte zur Umsetzung dieser Absicht dokumentiert sind.⁸⁸ Vielleicht schreckte auch die prognostizierte Dauer von fünf Jahren für den Erwerb der an der geplanten Stelle stehenden Kleingärten sowie die Durchführung der Baumaßnahmen die Beteiligten davon ab, auch nur irgendeinen Schritt der praktischen Umsetzung zu unternehmen. Und noch 1966 bremste das Stadtplanungsamt den Fortgang mit dem Hinweis darauf, dass schlichtweg kein Grundstück für eine solche »Zigeunersiedlung« zur Verfügung stehe.⁸⁹ Jedenfalls war das Projekt 1970 noch immer nicht durch Haushaltsmittel fundiert worden, ebenso fehlte eine vertragliche Regelung mit der Bremischen Gesellschaft, die als Bauträgerin auftreten sollte.⁹⁰ Die stadtplanerischen Ziele, die mit der Siedlung verbunden waren, bildeten sich nicht in der konkreten Haushaltsplanung ab, und ebenso ist nicht aktenkundig, dass einer der Beteiligten sich darum bemühte, daran etwas zu ändern.⁹¹ Zudem stand eine alternative Verwendung des Geländes als Gewerbefläche im Raum, was das Desinteresse der Bauverwaltung erklären dürfte, dieses Projekt voranzutreiben. Auch sah sich eine »Zigeunersiedlung« in Freiburg im Breisgau (die den Bremer Beamten in mancher Hinsicht als Vorbild diente) Ende der 60er-Jahre heftiger Kritik ausgesetzt.⁹²

Im Juli 1970 einigten sich alle beteiligten Stellen überraschend auf eine Lösung für das Problem, die noch ein halbes Jahr zuvor verworfen worden war, nämlich die dezentrale Unterbringung der Familien in verschiedenen Wohngebieten. Dies sei »nach Anhörung eines Vertreters der Zigeuner« erfolgt, die offensichtlich ihre Meinung gewandelt hatten, was die Frage aufwirft, mit welcher Ernsthaftigkeit die Wünsche der Betroffenen zuvor in Erfahrung gebracht worden waren.⁹³ Vermutlich hatten sich die Bremer Behörden bei der ursprünglichen Ausgestaltung der Pläne am gängigen Stereotyp orientiert, dass die Romagruppen Europas selbst eine separierte Siedlungsweise im eigenen Familienverbund bevorzugten.⁹⁴ Zumindest die Sozialverwaltung fand es »erstaunlich, daß die Landfahrer selbst den Wunsch äußerten, nicht wieder in einem

88 Zwar ließ sich keine Bank finden, die den Sinti Baudarlehen geben wollte, aber die Landesbausparkasse erklärte sich bereit, Sparbücher anzulegen. Wieso dieser Weg nicht beschritten wurde, bleibt unklar. Schreiben des Stadt- und Polizeiamts an das Stadtplanungsamt samt Anlage, 3. 6.1965, StAB 4,31/6-145; Besprechungsprotokoll, 5. 10. 1970, StAB 4,29/2-1513.

89 Besprechungsprotokoll, 11. 10. 1965, StAB 4,31/6-145; Schreiben des Hauptgesundheitsamts an das Stadtplanungsamt, 6. 1. 1966, StAB 4,130/4-246.

90 Schreiben des Amts für Familienfürsorge an den Senator für Wohlfahrt und Jugend, 30. 7. 1969, StAB 4,31/6-145; Vermerk, 7. 8. 1970, Protokollauszug einer Amtsleitersitzung vom 25. 3. 1970, 13. 5. 1970, StAB 4,29/2-1513.

91 Vielmehr zögerte die Bauverwaltung das Einwerben von Haushaltsmitteln hinaus. Schreiben des Senators für Inneres an den Senator für das Bauwesen, 5. 4. 1965; Entwurf für ein Antwortschreiben, 14. 7. 1965, StAB 4,31/6-145.

92 Vgl. Widmann, Auszug (wie Anm. 5), S. 522.

93 Vermerk, 14. 7. 1970, StAB 4,130/4-246.

94 Vgl. Bogdal (wie Anm. 4), S. 134-137.

Getto angesiedelt zu werden. Sie waren durchaus dafür, die verschiedenen Sippen über die ganze Stadt zu verstreuen.«⁹⁵ Offensichtlich hatten sich die Behördenvertreter andere Vorstellungen von den Sinti des Landfahrerlagers gemacht, obwohl der Aufenthalt in einer abgeschotteten Siedlung die bestehende Segregation nur weiter fortgesetzt hätte. Dass die Bewohner indes ihre persönliche Zukunft nicht so gestalten wollten, scheint nur allzu plausibel.

Um eine dezentrale Ansiedlung umzusetzen, sollten den Sinti einerseits Sozialwohnungen der Bremischen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus vermittelt werden, andererseits sollten sie in Wohnungen eingewiesen werden, die im Besitz der Stadtgemeinde waren.⁹⁶ Unklare Zuständigkeiten und der nachlassende Elan der Beteiligten behinderten eine Umsetzung dieser Maßnahmen, so dass erst im Spätsommer 1972 alle 18 Familien untergebracht waren. Auch belasteten Anwohnerproteste die Bemühungen der Sozialbehörde: »In einem Fall konnte ein kleines Haus des Liegenschaftsamtes im Stadtteil Woltmershausen nicht vermittelt werden, da bereits die Besichtigung mit zwei männlichen Zigeunern, die von den Anwohnern beobachtet worden war, derart angstausslösend auf diese gewirkt hatte, dass es zu Protestäußerungen kam.«⁹⁷ Entgegen den Mutmaßungen des Innensenators regte sich auch nach über fünfzehn Jahren noch Unmut darüber, dass Sintifamilien im Stadtteil wohnten.

Nicht nur die Ablehnung durch Teile der Bevölkerung, auch das Desinteresse der Behörden blieb eine Konstante im Umgang mit den Lagerbewohnern. Denn bei den Wohnungen im Besitz der Stadtgemeinde, die zur Unterbringung der auf dem Lager ansässigen Familien dienten und vom Liegenschaftsamst zur Verfügung gestellt wurden, handelte es sich um zum Abriss vorgesehene Häuser mit entsprechend schlechter Qualität, was zu neuer Unzufriedenheit führte. Gegen diese Form der Unterbringung hatten die Baubehörden Bedenken, aber nicht aus hygienischen oder gesundheitlichen Gründen. Vielmehr waren diese Immobilien der Stadtgemeinde durch Enteignungen zu Zwecken des Straßenbaus zugeflossen. Bei einer Verwendung dieser eigentlich zum Abbruch vorgesehenen Häuser zur Unterbringung der Lagerbewohner fürchtete ein Baubeamter Proteste, die weitere Enteignungen belasten könnten.⁹⁸ Auch war die Umsiedlung nicht von bildungspolitischen Maßnahmen flankiert. So begann erst Ende der 70er-Jahre mit Unterstützung der Volkshochschule und der Universität ein Programm, das den Sinti Möglichkeiten bot, lesen und schreiben zu lernen.⁹⁹

95 »Landfahrerlager wurde eingeebnet«, *Weser-Kurier*, 5. 9. 1972. Gleichzeitig berichtet der Artikel auch darüber, dass »sich auch die drei Sippen durchaus nicht immer ›grün‹ [waren].« Auch diese Unstimmigkeit könnte den plötzlichen Meinungsumschwung bewirkt haben.

96 Besprechungsprotokoll, 5. 10. 1970, StAB 4,29/2 -1513.

97 Bericht über die Räumung und Schließung des Landfahrerlagers in Warturm, [März 1973], StAB 4,29/2 -1513.

98 Bericht über die Räumung und Schließung des Landfahrerlagers in Warturm, [März 1973]; Besprechungsprotokoll, 2. 11. 1970, StAB 4,29/2 -1513.

99 Material dazu findet sich in: StAB 9 S 0 -286 und - 4866.

Daneben setzte sich die Sozialverwaltung für die Unterbringung in der ehemaligen »Asozialensiedlung« Hashude ein. Die Reihenhäuser am Warturmer Platz wurden durch das Liegenschaftsamt verwaltet, das seine Bereitschaft erklärte, »freiwerdende Häuser auch den Zigeunern zur Verfügung zu stellen. Dieser Bereitschaft sollte von hier aus, ggf. auch durch [den] S[enator], weiter Nachdruck verliehen werden. Dabei sollte u. a. auf den ursprünglichen Zweck der Siedlung Heimweg/Warturmer Platz hingewiesen werden...«, notierte ein Mitarbeiter der Sozialbehörde¹⁰⁰, vermutlich ohne die Doppelbödigkeit und böse Ironie seines Vorschlags zu erahnen, nämlich Angehörigen einer Opfergruppe des NS-Regimes und ihren Nachkommen ausgerechnet eine Wohnanlage anzubieten, die als Werkzeug des Repressionsapparates des »Dritten Reichs« eingerichtet und architektonisch entsprechend ausgestaltet worden war.

Auch leistete eine konzentrierte Ansiedlung der Sintifamilien in einem ohnehin schon sozial schwierigen Umfeld, das durch seine neuen Bewohner keine Aufwertung erfuhr, einer fortwährenden Stigmatisierung weiteren Vorschub. Denn wegen der unmittelbaren Nähe zu diversen Industriebetrieben, der abgeschotteten Lage und der langjährigen Nähe zu einer Mülldeponie blieb der Warturmer Platz eine wenig gefragte Wohnlage, wengleich sich verschiedene Initiativen und ab 1992 auch ein Förderkreis um eine Verbesserung der Wohnqualität kümmerten. Ebenso ist auf das Projekt »Die Sintiforscher – Sintijugend auf Spurensuche« hinzuweisen, das die intensiven Bindungen der Sinticommunity am Warturmer Platz bis in die Gegenwart belegt. Auch die Sozialbehörde teilte diese Beobachtung, freilich mit anderen Vorzeichen: Noch 2008 vermerkte eine von der Freien Hansestadt Bremen in Auftrag gegebene Studie die Siedlung am Warturmer Platz als »Problemgegend«, in der »viele Sintis mit Integrationsproblemen« wohnhaft seien.¹⁰¹

VII.

So verantwortungslos das Verhalten der Bremer Behörden gegenüber dieser Sinti-Gruppe im Abstand von vier Jahrzehnten erscheinen mag, war es doch nicht untypisch für die Kommunalpolitik der 50er-Jahre.¹⁰² Die als »Zigeuner« verfolgte Personen sahen sich im Nachkriegsdeutschland, in das sie aus den Konzentrationslagern im Osten zurückkehrten (für Bremen datiert die Forschung dies auf den Sommer 1946¹⁰³), mit den Folgen einer grassierenden Wohnungsnot konfrontiert. Dies galt auch für Bremen: 1955 – im Jahr der Eröffnung des Lagers am Warturmer Platz – waren von 507.000 Einwohnern 26.300 als wohnungssuchend gemeldet. Die Nutzung von Wohnwagen zur dauerhaften Unterkunft dürfte in vielen Fällen nicht ein Versuch gewesen sein, eine mobile

100 Vermerk des Senators für Wohlfahrt und Jugend (samt Anlage), 4. 9. 1970 (Zitat); Besprechungsprotokoll, 5. 10. 1970, StAB 4,29/2 - 1513.

101 Vgl. Polizeirevier Woltmershausen (wie Anm. 60); Monitoring Soziale Stadt Bremen, o. O. 2008, S. 33; StAB 9 S 0 - 5356.

102 Vgl. Margalit, Nachkriegsdeutsche (wie Anm. 12), S. 107 f.; Widmann, Der lange Weg (wie Anm. 53), S. 513 f.

103 Vgl. Margalit, Nachkriegsdeutsche (wie Anm. 12), S. 84; Lang (wie Anm. 14), S. 26.

Lebensweise aufzunehmen, sondern diese Unterbringung war der sozialen und ökonomischen Not nach 1945 geschuldet. Freilich sorgten die westdeutschen Kommunen mit ihrem rigiden Aufenthalts- und Melderecht dafür, dass die »Zigeuner« sich nach 1945 überhaupt erst wieder als eine klar umrissene Außenseitergruppe formierten und auch räumlich von der übrigen Stadtgesellschaft getrennt blieben. So perpetuierte sich das Vorurteil, dass die Sinti und anderen Roma-Gruppen in der Bundesrepublik sich noch in der Phase eines prekären »Übergang(s) von der nomadischen zur sesshaften Lebensweise« (Lukrezia Jochimsen) befänden – ein sozialer Prozess, dessen Erfolg den zeitgenössischen Beobachtern ungewiss erschien.¹⁰⁴

Weil die Lagerbewohner nur schwer auf dem Wohnungsmarkt Ersatz für ihre kümmerlichen Unterbringungen fanden, waren die »Zigeunerlager« zu Dauereinrichtungen geworden.¹⁰⁵ Für den niedersächsischen Raum sind Lager in Hildesheim, Stade, Osnabrück, Leer, Braunschweig und Hannover gut dokumentiert, und auch zu süddeutschen Städten liegen Fallstudien vor.¹⁰⁶ Durchgängig wählten die westdeutschen Gemeindeverwaltungen Plätze schlechter Qualität mit dem Ziel, den Aufenthalt möglichst unattraktiv zu gestalten. Da die Stadtverwaltungen die mit Wohlfahrtsmaßnahmen verbundenen Kosten scheuten, schien den Lokalpolitikern und Kommunalbeamten der Wegzug der »Zigeuner« und anderer »Landfahrer« allemal als der einfachere Ausweg. Prägnant kritisierte ein Freiburger Pfarrer die gewollte Unwirtlichkeit der Stellplätze: »Die Wagen stehen buchstäblich im Mülleimer der Stadt...«¹⁰⁷. Auch die schlechten Sanitäreinrichtungen, die sich in die nachfolgende Generation fortsetzende Analphabetismus, die ökonomische Abhängigkeit von den immer schmaler werdenden Verdienstmöglichkeiten des ambulanten Handels sowie der Verwertung von Schrott und anderen Wertstoffen bestimmten die Situation der Lagerbewohner auf dem Gelände am Warturm wie andernorts. Schon Jochimsen arbeitete 1960 sehr zutreffend heraus, »daß nicht die Kriminalität oder der Wandertrieb, nicht alte Nicht-Seßhaften-Tradition oder bewußte Anti-Sozialität, sondern Analphabetentum und völliger Mangel an beruflicher Ausbildung« die ökonomische Situation der Lagerbewohner bestimmten und ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe begrenzten.¹⁰⁸ Und ebenso kümmerten sich die Stadtverwaltungen hier wie dort erst dann um eine Auflösung der Lager, wenn die Grundstücke nicht mehr zur Verfügung standen oder für andere Zwecke benötigt wurden.

Freilich bildeten die Ämter und Behörden keine geschlossene Phalanx gegen die Lagerbewohner, sondern es offenbarten sich (ähnlich wie in Bremen) Interessenunterschiede. Am besten ist dieses für Freiburg untersucht. Auch

104 Vgl. Zimmermann (wie Anm. 42), S. 35. Zahlen für Bremen nach: Karl Marten Bafuß, Hartmut Müller und Daniel Tilgner (Hg.), *Geschichte* Bd. 1 (wie Anm. 38), S. 255.

105 Vgl. die Klagen in Jochimsen (wie Anm. 47), S. 27-30.

106 Das Folgende nach: *Fremd im eigenen Land, Sinti und Roma in Niedersachsen nach dem Holocaust*, Bielefeld 2012, S. 86-127; Widmann, *Der lange Weg* (wie Anm. 53); Widmann, *Auszug* (wie Anm. 5).

107 Zitiert nach: Widmann, *Auszug* (wie Anm. 5), S. 517.

108 Siehe Jochimsen (wie Anm. 47), S. 66.

dort zeigten sich die Polizei und das Ordnungs- und Gesundheitsamt sehr unzufrieden mit den Zuständen auf dem örtlichen Platz für »Landfahrer«, ohne aber die Familien durch Razzien zu drangsalieren und so zum Fortzug zu bewegen. Denn den Polizeibeamten schien eine geregelte Anwesenheit die beste Möglichkeit zu sein, die Bewohner des Lagerplatzes zu kontrollieren. Aus der – im Vergleich zu Rat und Oberbürgermeister – freundlichen Haltung sprach also kein Interesse an einer Integration dieser Gruppe, sondern der Wunsch nach Überwachung und Eindämmung ihres mutmaßlich schädlichen Verhaltens.¹⁰⁹ Indes unterschied sich die Konstellation in Bremen in einem wichtigen Punkt von den Verhältnissen im Breisgau und andernorts. Die Bestrebungen der bremischen Innen- und Sozialbehörden, eine Verbesserung der Wohnbedingungen zu erreichen, scheiterten am Desinteresse der Bauverwaltung, vermutlich weil die Sinti keine wichtige Klientel von Politik und Verwaltung waren. Dagegen ist eine auf eine regelrechte Vertreibung der Betroffenen zielende »Vertreibungspolitik« (Peter Widmann) nur in der Bürgerchaftsdebatte von 1955 greifbar, ohne dass dieses Konzept in den Quellen zum alltäglichen Handeln gegenüber den Betroffenen nachweisbar ist. Vielmehr bestanden Momente einer Ausschließungspolitik neben einem Ansatz der sozialen Eindämmung, aber auch Bestrebungen der Eingliederung nebeneinander her, ohne dass sich indes – wie in anderen Städten – eine klare Stufenfolge (»Expulsion, Exklusion, Inklusion«) abzeichnete¹¹⁰.

Das Desinteresse der Bremer Politik, die Situation der Lagerbewohner mit den Mitteln des Wohlfahrtsstaates zu verbessern, teilte die Hansestadt indes mit den anderen westdeutschen Großstädten. So hatte der Deutsche Städte-tag 1954 festgestellt, dass die Situation der »Zigeuner« nachrangig gegenüber den sozialen und ökonomischen Sorgen sei, die Vertriebene, Ausgebombte und den Rest der Mehrheitsgesellschaft bewegten. Im Übrigen sei die Unterbringung der Betroffenen keine Frage der Sozialfürsorge, sondern ein ordnungsrechtliches Problem.¹¹¹ Mit ihrem sozialstaatlich defizitären Handeln orientierten sich die Politik und Verwaltung Bremens also an Empfehlungen der kommunalen Spitzenorganisation, die auch andernorts prägend für den Umgang der Kommunen mit diesen Minderheiten waren. In Bremen gründeten die Vorschläge zur Verbesserung der Platzverhältnisse nicht auf einer Sorge um die materielle Existenz der Sintifamilien, sondern zielten auf die Beseitigung eines Zustands, der als Sicherheits- und Hygieneproblem gesehen wurde. Das Landfahrerlager Warturm solle nicht zu einem »Unruhe- und Seuchenherd« werden, wie sich das Stadt- und Polizeiamt noch 1958 ausdrückte.¹¹²

Auch die seit den 60er-Jahren überlieferten Überlegungen zur Umsiedlung der Bewohner des Lagers Warturm bewegten sich in den vom Deutschen

109 Vgl. Widmann, Auszug (wie Anm. 5), S. 517-520; Widmann, Der lange Weg (wie Anm. 53), S. 516 f.

110 So etwa Widmann, Der lange Weg (wie Anm. 53).

111 Vgl. Margalit, Nachkriegsdeutsche (wie Anm. 12), S. 107 f.; Margalit, Zigeunerpolitik (wie Anm. 12), S. 497.

112 Schreiben des Stadt- und Polizeiamts an das Stadtplanungsamt, 19. 2. 1958, StAB 4,130/4 - 246.

Städtetag vorgezeichneten Bahnen. Dieser hatte für die Eingliederung »asozialer« Familien ein Drei-Stufen-Modell entwickelt, das zunächst eine Unterbringung in robusten Notunterkünften und (nach erwiesener Bereitschaft, sich an die sozialen Konventionen anzupassen) eine Einsetzung in einfache Übergangswohnungen vorsah, um dann als letzte Stufe der Bewährung schließlich Zugang zu Normalwohnungen zu gewähren.¹¹³ Auch folgten die Bremer Beamten den zeitgenössischen sozialpädagogischen Überlegungen der 70er-Jahre, wenn sie die für Bremen vorgesehene »Zigeunersiedlung« zwar als Mittel ansahen, um Nachbarschaftskonflikte zu pazifizieren und die hygienische Situation der Einwohner zu bessern, aber auch mit einer intensiven Beschulung und den Mitteln moderner Sozialarbeit den Bewohnern die Eingliederung in konventionelle Arbeits- und Lebensverhältnisse erleichtern wollten.¹¹⁴ Ausschlaggebend hierfür dürfte der Verlauf des Projekts in Freiburg gewesen sein: Dort war die – kostengünstige – Unterbringung in auf den städtischen Rieselfeldern gebauten Baracken gescheitert; die Bewohner, engagierte Bürger und eine verheerende überregionale Presse bewegten die Stadtväter zu einem zweiten Anlauf. Ab 1972 wurde eine den Standards des sozialen Wohnungsbaus entsprechende Siedlung gebaut und den Bewohnern mit sozialpädagogischen und Bildungsangeboten geholfen.¹¹⁵

Die Bremer Sozialverwaltung ging einen anderen Weg. Vermutlich weil dem Projekt einer »Zigeunersiedlung« nicht die nötigen Planungs- und Umsetzungsmittel zuflossen, entschieden sich die Verantwortlichen für eine dezentrale Unterbringung, obwohl eine konzentrierte Ansiedlung eine bessere fürsorgereiche Betreuung der Familien versprach. Gleichzeitig stand dahinter die Zielvorstellung »eine[r] allmähliche[n] Anpassung an die hier herrschenden Gesellschaftsformen.«¹¹⁶, also einer Eingliederung der Betroffenen in die Stadtgesellschaft Bremens, die durch konventionelle Wohnverhältnisse, eine Alphabetisierung und eine dann folgende Aufnahme von Lohnarbeitsverhältnissen erreicht werden sollte. Nicht nur die »Zigeunerlager« (die Radziwills Gemälde noch als romantische Gegenentwürfe zur anonymen, technischen Stadt der Gegenwart darstellte) sollten verschwinden, auch der Sprache und der Kultur der Bremer Sinti wurde kein Eigenwert beigemessen.

Genau deswegen hätte sich ein solch weitreichendes Assimilationsprogramm (wäre es, mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet, zur Umsetzung gelangt) ganz eigenen Problemen gegenüber gesehen: Seit Ende der 70er-Jahre setzten sich zunächst engagierte Bürger, dann auch die Sinti selbst im »Verein zur Durchsetzung der Rechte der Zigeuner in der Stadtgemeinde Bremen« (der sich später in »Bremer Sinti-Verein« umbenannte) für die politischen, ökonomischen und sozialen Rechte der Betroffenen ein. Solches

113 Vgl. Widmann, Auszug (wie Anm. 5), S. 520.

114 Vgl. Widmann, Auszug (wie Anm. 5), S. 523 - 527. Zur Tradition dieses Ansatzes: Bogdal (wie Anm. 4), S. 178f.

115 Vgl. zu Freiburg: Widmann, Der lange Weg (wie Anm. 53), S. 518f.; Widmann, Auszug (wie Anm. 5), S. 525 - 527.

116 Amt für Familienfürsorge an den Senator für Wohlfahrt und Jugend, 30. 7. 1969, StAB 4,31/6 -145.

Engagement für gesellschaftliche Teilhabe befestigte auch die Identität der Sinti und anderer Romagruppen als einer – mittlerweile auch grundgesetzlich anerkannten – ethnischen Minderheit in Deutschland und stärkte das Zugehörigkeitsgefühl ihrer Mitglieder, so dass eine auf gesellschaftliche Assimilation abzielende Fürsorge und Sozialpädagogik ins Leere gelaufen wäre.¹¹⁷

*

Franz Radziwills warf für das Gemälde »Der bunter Gasometer« einen Blick auf seine Heimatstadt abseits von Rathaus, Dom und Schütting oder Schnoor und Böttcherstraße. Sein Bildmaterial fand der Künstler in den Industriegebieten und am Rand der Bremer Neustadt. Mit Woltmershausen arbeitete Radziwill zu einem Viertel, das selten zum Gegenstand künstlerischer oder kultureller Verarbeitung gemacht wurde. Die für Bremen spezielle Prägung des Stadtbildes durch eine Mischung aus Wohnstraßen mit Reihenhäusern und Industriebetrieben scheint den Maler seit den 20er-Jahren fasziniert zu haben – so bringen seine Stadtansichten kompositorisch eine Dominanz des städtischen Wohnens und Alltagslebens durch technische Großanlagen zum Ausdruck. Freilich thematisiert das Bild »Der bunte Gasometer« auch die am Rande der Städte liegenden »Landfahrerlager« und wirft damit ein Schlaglicht auf einen wenig beachteten, aber interessanten Ausschnitt der Gesellschaft der 50er- und 60er-Jahre. Denn das Gemälde zeigt klar den unüberwindbaren Gegensatz zwischen dem Lager und der Stadt und verbindet dabei eine Idealisierung des »Zigeunerlebens« mit der zeitgenössischen Großstadtskepsis. In seiner stilisierten Form deutet das Bild indes nur an, in welchem Ausmaß bittere Armut und soziale Hoffnungslosigkeit in Bremen wie auch anderswo in den »Landfahrerlagern« herrschten.

Die Geschichte der »Landfahrerlager« und ihrer Bewohner bilden neben der – auch bereits für Bremen skizzierten¹¹⁸ – Wiedergutmachung für die durch den NS-Staat als »Zigeuner« Verfolgten sowie der juristischen Verfolgung dieser Taten und der Täter einen eigenständigen Aspekt der Geschichte des Umgangs mit den Sinti und anderen Romagruppen in der Bundesrepublik Deutschland.¹¹⁹ Dass die Stigmatisierung der »Zigeuner« in den 50er- und 60er-Jahren auch als Exkulpationsstrategie diene, um den unangenehmen Fragen der jüngsten Vergangenheit aus dem Weg zu gehen, mag plausibel

117 »Ich werde nie verleugnen, daß ich ein Sinto bin«, Pusdorfer Blatt. Zeitschrift für Woltmershausen, Juni-August 1991, S. 14 - 17; Wolfgang von Salzen u. a., Kinderförderung im Bremer Sinti-Verein e.V., Bremen 1984; StAB 9 S- 286 und - 4866. Vgl. dazu auch: Bernhard C. Schär, »Nicht mehr Zigeuner, sondern Roma«. Emanzipation, Forschung und Strategien der Repräsentation einer »Roma«-Nation, in: Historische Anthropologie 16 (2008), S. 205 - 226.

118 Vgl. Hesse / Schreiber (wie Anm. 14), S. 113 - 144.

119 Im Rahmen dieses Beitrags, der Radziwills Gemälde als Ausgangspunkt nahm, wurden nur Schlaglichter auf eine Geschichte der Sinti in Bremen geworfen, die eine systematische und erschöpfende Darstellung verdient hat. Auch konnten die Geschichte des Gaswerks und der Stadtplanung sowie der Architektur in der Bremer Neustadt nur angerissen werden.

erscheinen¹²⁰. Indes ist es schwierig, eine solche sozialpsychologisch-funktionalistisch argumentierende Hypothese im Rahmen einer Lokalstudie mit Hilfe des Quellenmaterials zu erhärten.

Mögen auch die Ursachen für die soziale Stigmatisierung (die durch behördliche Meldeauflagen noch gefestigt wurde) teilweise offen bleiben, so sind die Wirkungen klar zu benennen: Während die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands der Industriearbeiterschaft und den Angestellten einen beispiellosen sozialen Aufstieg ermöglichte, während die junge Bundesrepublik Sozialleistungen für Vertriebene, Bombengeschädigte, Rentner und andere Gruppen zur Verfügung stellte oder ausbaute¹²¹, blieben die Bewohner der »Zigeunerlager« am Rande dieser modernen Konsumgesellschaft zurück. Dass die öffentliche Hand »Wiedergutmachung« zumeist nur unwillig leistete, ist die eine Seite der Medaille. Ungleich gravierender für die Position der Sinti in der Nachkriegszeit scheint aber, dass sowohl Länder als auch Kommunen auf sozial- und wohnungspolitische Maßnahmen verzichteten und Programme der Förderpädagogik und Erwachsenenbildung unterließen, so dass sich den Betroffenen bis in die 70er-Jahre keine Möglichkeiten eröffneten, etwas an ihrer trostlosen Existenz zu ändern. Die augenblickliche Situation der Roma in Südosteuropa, die verstärkte Migration dieser Gruppen auch nach Deutschland und die aufgeregte Debatte um »Armutszuwanderung« in einem vereinten Europa lassen es m. E. angebracht erscheinen, dieses Beispiel sozialpolitischen Versagens genauer in den Blick zu nehmen.¹²²

120 Vgl. Margalit, Nachkriegsdeutsche (wie Anm. 12), S. 204.

121 Vgl. dazu: Karl Marten Barfuß, Hartmut Müller und Daniel Tilgner (Hg.), Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 2005, Bd. 2, Bremen 2010, S. 289-326.

122 Vgl. Bogdal (wie Anm. 4), S. 400 f.

Die Bremer Bibliothekartage 1954 und 1977: Themen – Tendenzen – Verpasste Chancen?

Von Thomas Elsmann

Bibliothekartage sind heute Großveranstaltungen mit mehreren Tausend Besucherinnen und Besuchern, wie es der diesjährige 103. Deutsche Bibliothekartag in Bremen (3. bis 6. Juni) erneut bewiesen hat. Sie sind ein ›Schau­fenster‹ des deutschen Bibliothekwesens und zugleich zentrale, überregionale Fortbildungsveranstaltung.¹ Dabei erscheint es wie ein Anachronismus, dass sie immer noch von Personalverbänden, nämlich dem *Verein Deutscher Bibliothekare* (VDB) und dem *Berufsverband Information Bibliothek* (BIB), verantwortet werden, die freilich seit einigen Jahren die organisatorische Verantwortung an ein professionelles Messe- und Kongressunternehmen abgegeben haben.

Bibliothekartage sind stets Spiegel ihrer Zeit gewesen – im Guten wie im Schlechten waren auch sie ›Moden‹ und politischen Vorgaben (so z. B. die Bibliothekartage in Posen 1905, Danzig 1934 und Graz 1939) unterworfen. Sie konnten immer auch einen gewissen Charme entwickeln und gelegentlich – wenn auch von den Veranstaltern nicht beabsichtigt – eine ungeahnte Eigendynamik. Ihre zunehmende Zersplitterung in Spezialveranstaltungen, die zudem zeitlich parallel stattfinden, ist seit den 1970er-Jahren, wie auch die stetig wachsende Größe, kritisiert worden. Die aktuellen Bibliothekartage mit ihrem breiten inhaltlichen Spektrum, das die Interessen sowohl der wissenschaftlichen wie der öffentlichen Bibliotheken zu befriedigen hat, belegen seit einiger Zeit die Abkehr vom Bild des Bibliothekars, der sich wesentlich als Wissenschaftler definierte – das mag man bedauern.

Damit im Rückblick verglichen waren die Bibliothekartage der ersten Dezenen nach 1945 kleine, ja intime Veranstaltungen, wenn ihnen auch bereits zu Beginn der 1950er-Jahre mangelnde inhaltliche Stringenz vorgehalten wurde. Dabei ist auffällig, dass als Tagungsorte zunächst auch Nicht-Universitätsstädte oder Städte ohne größere Hochschulen (Konstanz, Bremen, Düsseldorf, Lübeck) in Frage kamen,² womit man an die Vorkriegstradition anknüpfte, auch Gemeinwesen mit wissenschaftlichen Bibliotheken jenseits des unmittelbaren Hochschulcharakters (Landesbibliotheken, wissenschaftliche Stadtbibliotheken) zu berücksichtigen.

1 Literatur zu den einzelnen Bibliothekartagen bei Felicitas Hundhausen, *Verein Deutscher Bibliothekare 1900–2000. Bibliographie und Dokumentation*, Wiesbaden 2004.

2 Vgl. zum Überblick Ulrike Eich, *Der Verein Deutscher Bibliothekare in der Nachkriegszeit*, in: Engelbert Plassmann, Ludger Syré (Hg.), *Verein Deutscher Bibliothekare 1900–2000. Festschrift*, Wiesbaden 2000, S. 121–148.

Der 44. Deutsche Bibliothekartag in Bremen 1954: Einig Bibliotheks-Vaterland?

Der von VDB und VdDB (*Verein der Diplombibliothekare an Wissenschaftlichen Bibliotheken*, Vorläufer von BIB) vom 8. bis zum 11. Juni 1954 veranstaltete Bibliothekartag trug als Leitthema die *Notlage der Instituts- und Hochschulbibliotheken*.³ Wirft man einen Blick auf das Veranstaltungsprogramm, so wurde dieser Punkt tatsächlich nur am Donnerstag abgehandelt. Die diskutierten Probleme sind auch heute noch aktuell, ging es doch um die Frage der Kooperation von Instituts- und Zentralbibliotheken, um ihre Erwerbungsprofile und ihre finanziellen Grundausstattungen, freilich in einem überschaubaren Rahmen sich gerade wieder festigender Universitäten und Hochschulen. Für die Bremer Vertreter unter den 397 Teilnehmerinnen und Teilnehmern dürfte indes der nächste Tagungspunkt von mehr Interesse gewesen sein: *Die Probleme der Landesbibliotheken*. Bremen mag sich hier in vielem wiedergefunden haben, wurde doch die mangelnde finanzielle, personelle und inhaltliche Ausstattung der Landesbibliotheken und wissenschaftlichen Stadtbibliotheken bundesweit beklagt. Sie würden nur marginal wahrgenommen und ihre Aufgaben wenig erkannt: Wahrnehmung des Pflichtexemplarrechtes, Sammlung von landeskundlicher Literatur und *Pflege der allgemeinbildenden und aktuellen Literatur*. Ein Problem sei die nur begrenzte Möglichkeit, Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu erhalten. Diese Diagnose lässt sich fast unverändert auf die zeitgenössische Situation der Staatsbibliothek Bremen anwenden, wobei als Besonderheit die starken Nachwirkungen der Kriegszeit einzurechnen sind.⁴ Die Bibliothek hatte während des Krieges über ein Drittel des Bestandes verloren, darunter fast 1.500 im Herbst 1942 nach Bernburg/Saale ausgelagerte Kisten mit Bibliotheksgut, die in sowjetische Hände fielen. Als verlustig galten u.a. Teile der Handschriftensammlung, Teile der Inkunabelsammlung, Werke des 16. bis 20. Jahrhunderts aus allen Sachgruppen, Spezialsammlungen (Musikaliensammlung, Münz- und Medaillensammlung), dazu fast alle Porträts, Karten, Grundrisse und Veduten. Neben den Abgängen durch Auslagerungen, hatte die Bibliothek weitere durch Brand- und Wasserschäden, Diebstahl etc. zu beklagen. Durch die exponierte Lage in der Nähe des Bahnhofes waren zudem gravierende Schäden am Gebäude eingetreten: Während zweier Großangriffe auf Bremen am 18. August und 6. Oktober 1944 verlor die Bibliothek den gesamten Dachstuhl, einschließlich der Renaissancegiebel, den großen Lesesaal einschließlich der dortigen Buchbestände und das Direktorenzimmer. Ein schon zur Jahreswende 1944/1945 errichtetes Notdach blieb

3 Literatur bei Hundhausen (wie Anm. 1), S. 340, 396; Vgl. dazu: Einladung zum Bibliothekartag in Bremen 8.–11. Juni 1954, o. O. (1954); Gerd Alexander, Der Bibliothekartag in Bremen. 8.–11. Juni 1954, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 1 (1954), S. 243–250; Günther Reichardt, Der Bibliothekartag in Bremen, 8.–11. Juni 1954, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 68 (1954), S. 440–443; Josef Stummvoll, Deutscher Bibliothekartag 1954, in: Biblios 3 (1954), S. 111–113.

4 Zum Folgenden vgl. Thomas Elsmann, Von der *Bibliotheca Bremensis* zur Staats- und Universitätsbibliothek Bremen: Ein historischer Abriss, in: Thomas Elsmann (Hg.), Zurückgekehrte Kostbarkeiten der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, Bremen 1998 (Schriften der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, 4), S. 19–38.

bis in die 1950er-Jahre erhalten, erst 1947 galt es allerdings als regensicher.⁵ Der große Vorteil war, dass – etwa im Gegensatz zu Hamburg – die Magazinräume unzerstört geblieben waren und mit den *Bremensien* der regionale Kernbestand erhalten war. Am 31. Mai 1948 fand die offizielle Wiedereröffnung statt, 1949 wurde der Lesesaal wieder eingerichtet, 1953 ein neuer Katalogsaal und eine neue Ausleihe. Eine von Oktober 1948 bis in das Jahr 1951 vorgenommene Gesamtrevision der Bestände ergab, dank der noch vorhandenen Kataloge, die bis heute bekannte Verlustzahl von über 100.000 Bänden, zuzüglich der Sonderbestände. Die Verluste an historischen Beständen waren nicht auszugleichen, was aber bei den zeitgenössischen Prioritäten der Leserinnen und Leser auch nicht an erster Stelle der bibliothekarischen Handlungsagenda stand. Prioritär war die Beschaffung aktueller Literatur, besonders von Nachschlagewerken für den Lesesaal. Den weiteren inhaltlichen und räumlichen Aufbau der Staatsbibliothek hatte ab 1951 Hans Wegener (1896–1981) als Direktor zu verantworten, nachdem die Bibliothek bis zum 31. Dezember 1950 kommissarisch vom Leiter des Staatsarchivs geleitet wurde, unterstützt von nur zwei weiteren Stellen des Höheren Dienstes (Bernhard Bruch, Hans Jessen).⁶ Wegener stand für eine bedenkenswerte Kontinuität im deutschen Bibliothekswesen, war er doch seit 1940 im bibliothekarischen »Kriegseinsatz« und von 1942 bis 1945 Leiter der Stadtbibliothek bzw. sog. »Westraumbibliothek« (ab 1. Januar 1944) Metz.⁷

Die Bestandszugänge der Nachkriegszeit bis weit in die 1950er-Jahre sind, abgesehen von durchaus bedeutenden historischen Beständen aus Schulbibliotheken, gekennzeichnet durch Uneinheitlichkeit und durch einen stark nichtwissenschaftlichen Charakter. Tatsächlich befand sich die Staatsbibliothek Bremen mit ihren Beständen jenseits der Regionalia und Rara am Grenzrain zwischen wissenschaftlicher und öffentlicher Bibliothek (*eine typische wissenschaftliche Stadtbibliothek* – so Rolf Kluth),⁸ wobei dem allgemeinen Bildungs-

5 Vgl. Friedrich Wilkens, Die Kriegsjahre und der Wiederaufbau 1939 bis 1949, in: Hans Wegener (Hg.), Beiträge zur Geschichte der Staatsbibliothek Bremen, Bremen 1952, S. 195–201; Karl Deminatus, Zur Geschichte der Staatsbibliothek Bremen. Prüfungsarbeit der Hamburger Bibliotheksschule 1952, [Bremen] 1952, S. 21–26; Eberhard Lutze, Kunst und Wissenschaft, in: Wilhelm Berger (Hg.), Erziehungs- und Kulturarbeit in Bremen, Bremen 1956, S. 179–214.

6 Vgl. Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken 36 (1955), S. 38 f.

7 Aspekte hierzu u. a. bei Sven Kuttner, »Manches Wiedersehen nach vielen Jahren zu erleben ...« Der Nachkriegsbibliothekartag in Rothenburg ob der Tauber 1949, in: Felicitas Hundhausen, Daniela Lülfiing, Wilfried Sühl-Strohmenger (Hg.), 100. Deutscher Bibliothekartag. Festschrift, Hildesheim usw. 2011, S. 81–97. Zu Wegener vgl. Alexandra Habermann, Rainer Klemmt, Frauke Siefkes, Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare 1925–1980, Frankfurt am Main 1985 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderheft 42), S. 375; Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken (wie Anm. 6), S. 301. Zuletzt zahlreiche Hinweise zu seinen Tätigkeiten im besetzten Frankreich bei Cornelia Briel, Beschlagnahmt. Erpresst. Erbeutet. NS-Raubgut, Reichstauschsstelle und Preußische Staatsbibliothek zwischen 1933 und 1945, Berlin 2013.

8 Rolf Kluth, Von der Staatsbibliothek zur Universitätsbibliothek Bremen, in: Jahrbuch der Witttheit zu Bremen 19 (1975), S. 207–216, hier S. 207.

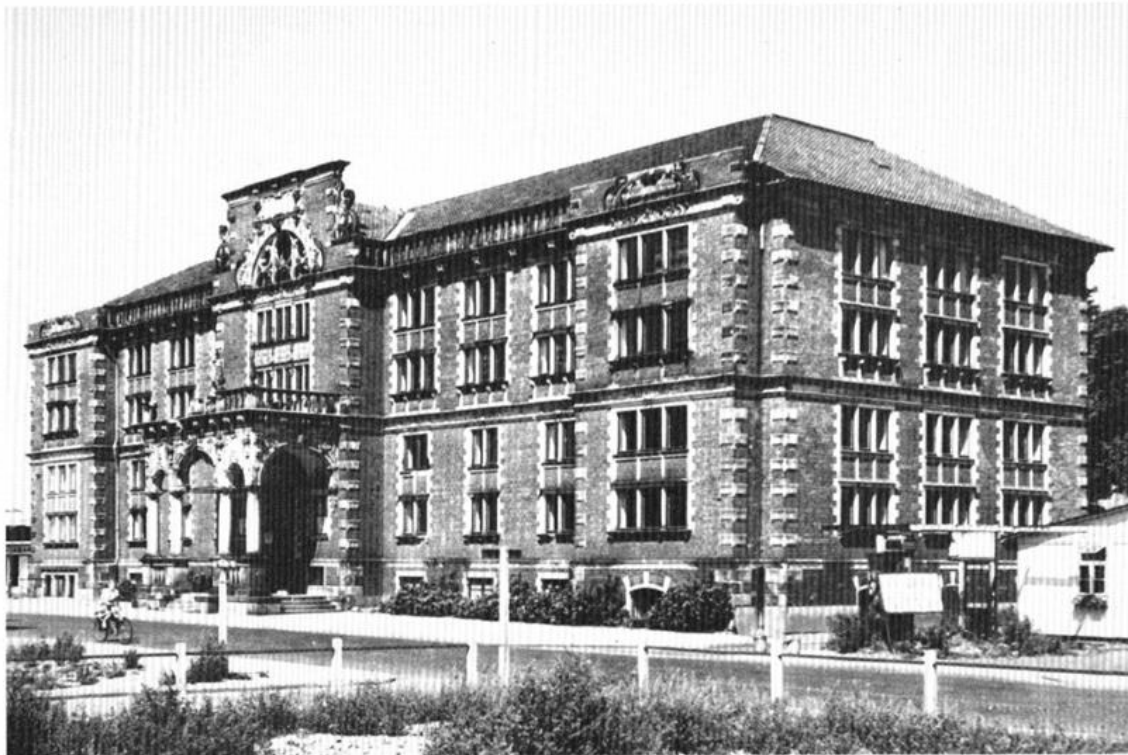


Abb. 1: Die Bibliothek mit Notdach; Ansicht vom Breitenweg, SuUB Bremen (Foto: Thomas Steinle, SuUB Bremen)

auftrag vor dem wissenschaftlichen Aspekt Vorrang eingeräumt wurde (das entsprach dem angelsächsischen Verständnis der *Public Library*), was ihren Nutzungszahlen aber keinen Abbruch tat. Sie stiegen kontinuierlich, ungeachtet der zeitweilig notwendigen Schließung von Lesesälen. So war die Bibliothek in manchen Punkten 1954 noch in einem provisorischen Zustand, besonders was die Raumfragen anbetraf. Sie sollten erst 1955 durch den Aufbau eines weiteren Stockwerkes gelöst werden, freilich um den Preis des Abrisses der letzten, verbliebenen Schmuckelemente.

Während des gesamten Bibliothekartages spielte die Bibliothek selbst nur eine Nebenrolle (die Veranstaltungen fanden durchweg im Rathaus, Schütting oder in der Glocke statt), abgesehen von Wegener, der als Person mit zu Veranstaltern gerechnet wurde. Tatsächlich wurde die Bibliothek am Mittwoch in nur einer Stunde besichtigt, vor den Mitgliederversammlungen der Vereine; als Bibliothek interessanter erschien die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, die am anschließenden Wochenende im Kontext der Jahrestagung der *Maximilian-Gesellschaft* ein umfangreiches Programm bot. Gelobt wurde allerdings der Bremer Zentralkatalog, dessen (Neu-)Aufbau Wegener seit 1952 intensiv betrieb. Er ging letztlich zurück auf eine Idee von Johann Georg Kohl (1808–1878), seit 1863 erster hauptamtlicher Bibliothekar der Stadt, der einen zentralen Nachweis für die z. T. großen Buchbestände der zahlreichen Vereine in der damaligen Stadtbibliothek als ›Centralbibliothek‹ angelegt und eine abgestimmte Erwerbungspolitik eingerichtet wissen wollte. Der neue

Bremer Zentralkatalog bezog sich wesentlich auf die Bestände der Museen, Archive, des Parlamentes, der Gerichte und wenigen Forschungsinstitute, ausgeblendet blieben hingegen diejenigen der Stadtbibliothek mit ihren Zweigstellen. Der alphabetische Bremer Zentralkatalog war den *Preußischen Instruktionen* (PI) angelehnt (da bis 1929 die detaillierte Titelaufnahme nach den PI nicht stattfand), der zweite, systematische Katalog orientierte sich an der Methode Eppelsheimer (nach Hanns Martin Eppelsheimer, 1890–1972), begleitet von einem z. T. differenzierten Schlagwortindex als Einstieg für den Nutzer, einem Personen- und einem Ortskatalog. Die sog. *Bremensien* waren in einem eigenen Katalog erfasst, ebenfalls ergänzt durch einen Schlagwort- und Personenkatalog. Die Frage der Katalogisierung beschäftigte den Bremer Bibliothekartag in der letzten Tagungssequenz. Ähnlich Bremen hatten auch andere Bibliotheken bei den Sachtiteln die strengen Vorgaben der PI aufge- weicht und eine mechanische Wortfolge eingeführt. Das inzwischen föde- rative System der Bundesländer ließ eine Annäherung an angelsächsische Gepflogenheiten zu, die zudem den Nutzern entgegenkamen, da sich die Kataloge von Dienst- zu Öffentlichkeitskatalogen entwickelt hatten. Robert Samulski (UB Münster) vertrat in seinem Referat den gänzlichen Übergang zur mechanischen Wortfolge,⁹ auch aus arbeitsökonomischen Gründen und wegen des Anwachsens nicht-deutschsprachiger Literatur, während Hermann Fuchs (UB Mainz), bei aller Reformbedürftigkeit, für eine Beibehaltung und al- lenfalls korrigierende Eingriffe plädierte.¹⁰ Zum einen um die Konvergenz mit Österreich zu sichern, zum anderen um nicht zwei parallele Katalogsysteme in den Bibliotheken zu führen. Das Thema sollte sich, ohne zu einer Entscheidung zu führen, bis in die 1970er-Jahre hinziehen. Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR gab es zeitgleiche Bestrebungen zur ›Mo- dernisierung und ›Aktualisierung‹ der PI,¹¹ bis an ihre Stelle schließlich spä- testens seit dem Beginn der 1980er-Jahre die *Regeln für die alphabetische Katalogisierung für wissenschaftliche Bibliotheken* (RAK-WB) traten.

Damit sind die ›offiziellen‹ Themen des Bremer Bibliothekartages von 1954 benannt; seine Brisanz auch für die Zukunft erhielt er indes durch ein Pro- blemfeld, das nicht auf der Agenda stand: *Besonders stark wurde der Beifall bei der Begrüßung der Gäste aus der Ostzone und Ostberlin* – so berichtete der *Weser-Kurier* anlässlich der Eröffnungsveranstaltung.¹² Tatsächlich waren in Bremen namhafte Vertreter von wichtigen Bibliotheken aus der DDR anwe- send: Aus Berlin (Hildegard Alberts, Johannes Asen, Helmut Boese, Horst Kun- ze, Eugen Paunel, Günther Reichardt, Erich Stietz, Christa Werner), Dresden

9 Robert Samulski, Die gegenwärtigen Probleme des Alphabetischen Katalogs in Deutschland, in: Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen, Mit- teilungsblatt N.F. 4 (1954), S. 49 - 62.

10 Hermann Fuchs, Für und wider die Preußischen Instruktionen, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 1 (1954), S. 173 - 185.

11 Rudolf Jung, Die Reform der alphabetischen Katalogisierung in Deutschland und die internationale Vereinheitlichung der Katalogisierungsrichtlinien, in: Libri 24 (1974), S. 1 - 18.

12 *Weser-Kurier* vom 10. Juni 1954.

(Karl Assmann, Helene Benndorf, Charlotte Boden), Greifswald (Ernst Zunker), Halle (Fritz Junkte), Jena (Karl Bulling, Ernst Stein), Leipzig (Curt Fleischhack, Helmut Mogk, Albert Paust, Edith Rothe, Ernst Rückert, Johannes Schubert) und Magdeburg (Ludwig Schumacher). Diese Reihe war nicht nur quantitativ ansehnlich, sondern beinhaltete eine Reihe von Persönlichkeiten, die an Schaltstellen des Bibliothekswesens der DDR standen: Karl Assmann, Direktor der Sächsischen Landesbibliothek Dresden; Helene Benndorf, Direktorin der Bibliothek der Technischen Hochschule Dresden; Curt Fleischhack, ab 1955 Hauptdirektor und Leiter der Deutschen Bücherei Leipzig; Helmut Mogk, Direktor der Universitätsbibliothek Leipzig und besonders Horst Kunze, Direktor der Öffentlich-Wissenschaftlichen Bibliothek in Berlin (vom 6. Juni 1946 bis 29. November 1954 so bezeichnet), der späteren Deutschen Staatsbibliothek, und über Jahrzehnte hinweg prägende Figur des Bibliothekswesens der DDR.¹³ In Bremen dokumentierte sich eine auf den ersten Blick erstaunliche Kontinuität, die – wie noch zu zeigen sein wird – in starkem Maße von den Bibliothekarinnen und Bibliothekaren der DDR ausging.¹⁴ Deren erste eigene Tagung im September 1953 stand unter dem Motto *Durch die Zusammenarbeit der deutschen Bibliotheken fördern wir die Einheit Deutschlands*.¹⁵ Dabei schwang natürlich ein gutes Stück Rhetorik des Kalten Krieges mit, aber man war doch bemüht, die Einheit des Bibliothekswesens als besonderes Juwel zu pflegen. 1954 schien dafür die Situation nicht ungünstig, zumal die politischen und öffentlichen gegenseitigen Schuldzuweisungen bezüglich des 17. Juni 1953 abgeebbt waren. So konnte Kunze, seit 1949 Mitglied der SED, in Bremen die Gelegenheit zu einem überraschenden Vorschlag nutzen:¹⁶

Ein Wort aus der Ostzone führte zum Abschluß des offiziellen Teils. Hauptdirektor Kunze – Berlin erklärte, das kurze Befremden, bei den Dankansprachen der ausländischen Gäste nicht zu Worte gekommen zu sein, sei sehr bald abgelöst worden durch das Gefühl des Dankes, stillschweigend in den Kreis der westdeutschen Kollegen mit aufgenommen zu sein. Die Tatsache der Einladung und des Erscheinens so vieler Teilnehmer aus dem Osten habe dies bestätigt. [...] Die Zusammenarbeit zwischen Ost und West solle verstärkt werden durch schriftliche Fühlungnahme zwischen den Fachkommissionen und durch persönliche Besuche. Es sei zu überlegen, ob nicht die Kollegen aus dem Osten bei ordnungsgemäßer Beitragszahlung Mitglieder des VDB werden könnten [...].

13 Vgl. dazu auch Daniela Lülfiing, Die Entwicklung der Deutschen Staatsbibliothek und ihre Rolle im Bibliothekswesen der DDR, in: Peter Vodosek, Konrad Marwinski, Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR, Wiesbaden 1999 (Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens, 31), S. 145 - 157.

14 Vgl. dazu Konrad Marwinski, Kontakte des VDB zum Bibliothekswesen der DDR, in: Plassmann / Syré (wie Anm. 2), S. 149 - 167.

15 Vgl. Heinrich Roloff, Bericht über die Tagung der wissenschaftlichen Bibliothekare in Berlin und Leipzig vom 22. bis 25. September 1953, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 67 (1953), S. 409 - 437.

16 Alexander (wie Anm. 3), S. 249.

Abgesehen von dem Begriff *Osten* dürfte der Berichterstatter Kunzes Vorstoß wahrheitsgemäß wiedergegeben haben, wie der Vergleich mit der Darstellung des gleiches Vorganges in dem in Leipzig erscheinenden Zentralblatt für Bibliothekswesen belegt:¹⁷

Das ganz Besondere dieser Fachtagung aber bestand darin, daß der Verein Deutscher Bibliothekare zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg einer größeren Anzahl von Bibliothekaren aus der Deutschen Demokratischen Republik Gelegenheit gab, die Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Bibliotheken kennenzulernen und in vielen Einzelgesprächen mit den westdeutschen Kollegen Erfahrungen auszutauschen, Vergleiche anzustellen, Maßstäbe zu korrigieren und den tröstlichen Gedanken bestätigt zu spüren, daß in beiden Teilen Deutschlands die ähnliche, ja gleiche Problematik im Bibliothekswesen zur Lösung dringt. In diesem Sinne brachte auch Prof. H. Kunze, ÖWB Berlin, den Dank für die Einladung der Kollegen aus der DDR zum Ausdruck und sprach den Wunsch nach einer noch engeren Zusammenarbeit im Bibliothekswesen aus. [...] Im Sinne der Einheit des deutschen Bibliothekswesens schlug Prof. Kunze vor, die nächste Tagung des Vereins in Ost- und Westberlin durchzuführen und den Verein Deutscher Bibliothekare in Fortführung seiner Tradition dadurch wieder zu einem gesamtdeutschen Verein zu machen, daß die Kollegen auch aus der DDR als Mitglieder beitreten können.

Kunzes Vorschlag entbehrte nicht der Logik: Zum einen existierte bisher keine eigene vergleichbare Vertretung in der DDR (erste Ansätze wurden erst 1956 verfolgt),¹⁸ zum anderen machte die gültige Satzung des VDB von 1948 noch keinen Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen.¹⁹ Indes traf er den VDB unvorbereitet und überrascht: Der Vorsitzende des VDB Gustav Hofmann (1900–1982, Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek) konnte zunächst nicht mehr als eine *gründliche Prüfung der vorgetragenen Anregungen* versprechen. Nach 1945 hatte sich – bei allen noch vorhandenen Gemeinsamkeiten – das Bibliothekswesen beider Seiten auseinander entwickelt. 1946 war in der SBZ die Trennlinie zwischen Öffentlicher und Wissenschaftlicher Bibliothek aufgehoben worden, die Bibliotheken wurden Teil des sozialistischen Erziehungsauftrages, während in den westlichen Zonen neben einer sog. ›Wertefreiheit‹, die freilich revanchistische Töne nicht ausschloss, weiterhin die Eigenständigkeit des wissenschaftlichen Bibliotheksdienstes betont wurde. Retrospektiv geschah die Abgrenzung eher von Seiten des VDB. Ein Problem war, dass das ›Zentralorgan‹ des deutschen Bibliothekswesens, das *Zentralblatt für Bibliothekswesen*, weiterhin in Leipzig erschien. Seit 1948 erschienen zunächst die *Nachrichten für wissenschaftliche Bibliotheken*, die aber keine Konkurrenz zum *Zentralblatt* darstellen konnten, daher folgte die

17 Reichardt (wie Anm. 3), S. 442 - 443.

18 Vgl. Marwinski (wie Anm. 14), S. 158 - 159.

19 Zu den Satzungen des VDB vgl. Holger Knudsen, Die Satzungen des VDB – Nur was sich ändert, bleibt, in: Plassmann/Syré (wie Anm. 2), S. 168 - 181.

Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, deren erster Band ironischer Weise 1954 nach dem Bremer Bibliothekartag publiziert wurde. Hinzu kam die offen propagierte Ablehnung von in der SBZ/DDR erworbenen beruflichen Abschlüssen,²⁰ denen eine für den höheren Dienst vorhandene Vergleichbarkeit abgesprochen und dabei zugleich das Gespenst der politischen Indoktrination an die Wand gemalt wurde. Der VDB war nun in der misslichen Lage, das Thema einer Klärung nahezubringen, ohne zugleich zu wissen, welche Bedeutung eigentlich Kunzes Anliegen hatte: War es eine persönliche Meinung? War es mit den vorgesetzten Behörden abgestimmt oder sollte es – bei einer Ablehnung –



Abb. 2: Teilnehmerkarte, Privatbesitz (Foto: Thomas Steinle, SuUB Bremen).

– nur den Vorwand zu einer eigenen Verbandsgründung liefern? Auf dem Bibliothekartag in Düsseldorf (31. Mai bis 3. Juni 1955) hatte der scheidende Vorsitzende Hofmann von einem quälenden Prozess zu berichten, in Anwesenheit von 22 Vertretern aus der DDR, darunter Joris Vorstius (1894 – 1964) von der Deutschen Staatsbibliothek, der in starkem Maße in das politische Netz der DDR integriert war und dem Bibliothekartag auf den Weg gab.²¹

Professor Vorstius-Berlin dankte im Namen der ostzonalen Kollegen für die Einladung. Wenn auch die Zahl der aus der Deutschen Demokratischen Republik erschienenen Teilnehmer verhältnismäßig klein sei, so dürfe dies nicht als Maßstab gelten für den Wunsch, über die Zonengrenzen hinweg persönlichen und sachlichen Kontakt zu halten. Die

20 Vgl. Dietmar Kummer, Ausbildung und Beruf im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone / DDR 1945 und 1990, in: Vodosek / Marwinski (wie Anm. 13), S. 183 - 193.

21 Joachim Wieder, Der Bibliothekartag in Düsseldorf. 31. Mai bis 3. Juni 1955, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 2 (1955), S. 214 - 225, hier S. 216 - 217.

notwendige fachliche Zusammenarbeit helfe die innere Einheit bewahren und bleibe eine Voraussetzung für die erhoffte politische Wiedervereinigung.

Hofmann konnte dem nur entgegen halten, der Fragenkomplex der bibliothekarischen Zusammenarbeit zwischen Ost und West *hatte dem Vorstand nicht unerhebliche Schwierigkeiten bereitet*.²² Zahlreiche Schreiben seien im Sekretariat des VDB eingegangen, die Haltung in der Kollegenschaft sei keineswegs einheitlich. Als Fazit sei Kunzes Antrag abgelehnt worden *und zwar mit der Begründung, daß unser VDB in seinem Charakter als Berufs- und Standesinteressenvertretung nun einmal an die westdeutschen Verhältnisse gebunden sei*.²³ Eine west-östliche Zusammenarbeit *rein praktischer Art* sei hingegen *als durchaus erwünscht und zweckmäßig anzusehen*. Ein Rückzug auf die reine Formalebene, mit der der VDB streng genommen gegen seine eigene Satzung verstieß, die – wie schon angemerkt – keinen Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland machte. Die Konsequenz, eine Änderung der Satzung, blieb freilich aus! Bemerkenswerterweise übergang der Berichterstatter für das *Zentralblatt für Bibliothekswesen* Günther Reichardt (Deutsche Staatsbibliothek Berlin) diese doch aus der Sicht der DDR eigentlich wichtige Frage.²⁴

Damit war das Thema keineswegs ad acta gelegt, wie sich auf dem *Kongreß Deutscher Bibliothekare* in Berlin 1956 (22. bis 26. Mai) zeigte: *Von befreundeter ausländischer Seite wurde dem Verein die Überprüfung dieser Frage noch einmal nahegelegt und eine Vermittlung angeboten*.²⁵ Die *befreundete ausländische Seite* war Josef Stummvoll (1902–1982), seit 1949 Generaldirektor der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien. Stummvoll hatte, wie Konrad Marwinski dargelegt hat,²⁶ in Nachfolge des Bibliothekartages in Düsseldorf an den neuen VDB-Vorsitzenden Wolf Haenisch (1908–1978, Direktor der Universitätsbibliothek Marburg) und dessen Vorgänger Hofmann appelliert, nach Gesprächen mit Kollegen aus der DDR das Thema der Kontakte erneut zu diskutieren und nicht auf einer Formalebene zu verbleiben. Haenisch und Hofmann blieben skeptisch, sagten aber eine erneute Prüfung zu, die jedoch zu keinem anderen Ergebnis führte. Persönliche Einladungen – ja, aber keine weitergehenden Beziehungen.

Im Mai 1956 tagten in Berlin die Vereine der wissenschaftlichen Bibliothekare seit längerer Zeit erstmals wieder zusammen mit dem *Verein Deutscher Volksbibliothekare*. Für wenige Tage schien sich auf der Tagungsebene so

22 Gustav Hofmann, Joachim Wieder, Verein Deutscher Bibliothekare. Bericht über die siebente ordentliche Mitgliederversammlung [...], in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 2 (1955), S. 225–231, hier S. 226.

23 Ebd.

24 Günther Reichardt, Bibliothekartag in Düsseldorf. 31 Mai bis 3. Juni 1955, in: *Zentralblatt für Bibliothekswesen* 69 (1955), S. 363–364.

25 Wolf Haenisch, Otto Löhmann, Bericht über die 8. ordentliche Mitgliederversammlung [...], in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 3 (1956), S. 258–268, S. 260.

26 Zum Folgenden Marwinski (wie Anm. 14), S. 150–155.

etwas wie ›Einheit‹ im wissenschaftlichen Bibliothekswesen des geteilten Deutschlands zu bilden. Von 580 wissenschaftlichen Bibliothekarinnen und Bibliothekaren kamen 148 aus der DDR, zudem wurden Bibliotheks- und Ausstellungsbesuche im Ostteil der Stadt angeboten.²⁷ Dennoch wurde vom Vorsitzenden des VDB auf der Mitgliederversammlung nochmals das Trennende betont:²⁸ Haenisch gestand zwar die immer noch tiefgehenden Divergenzen im Verein ein, verteidigte aber den schon in Düsseldorf verkündeten Beschluss. Dabei wird deutlich, dass es im VDB große politische Vorbehalte gegenüber den Kolleginnen und Kollegen aus der DDR gab, besonders von ›Ostflüchtlingen‹, es ging um nichts weniger als die Einheit des Verbandes, wohl auch da einige Mitglieder eine ›Unterwanderung durch den Osten‹ vermuteten. Haenisch sah sich veranlasst an diese Kritiker in den eigenen Reihen zu appellieren, *einer sinnvollen Pflege der Beziehungen zu unseren mitteldeutschen Kollegen ihr Verständnis nicht zu versagen*.

Keiner der Teilnehmer an der Berliner Tagung konnte vermutlich ahnen, dass diese die letzte mit einem Zusammentreffen der Bibliothekarinnen und Bibliothekare aus Ost und West für lange Zeit sein sollte – die politischen Entwicklungen setzten dem ein Ende. Die praktische Zusammenarbeit in Berlin ließ selbst für einen Vertreter aus der DDR (Heinrich Roloff, Deutsche Staatsbibliothek) die Frage der Mitgliedschaft im VDB in den Hintergrund rücken:²⁹

Und man muß es beiden Vereinen, die zu diesem Bibliothekartag in breitem Umfang Einladungen in der DDR versandt haben, bestätigen, daß sie sich erfolgreich Mühe gegeben haben, in diesen Gästen – denn die in Bremen angebotene Erwerbung der Mitgliedschaft durch Bibliothekare aus der DDR hatte der Vereinsvorstand der VDB kurz vorher mit plausiblen Gründen als unmöglich bezeichnet – das Gefühl der Fremdheit nicht aufkommen zu lassen.

Selbst der sonst kritische Josef Stummvoll kam zu dem Schluss:³⁰

Als besonders bemerkenswerte Tatsache ist zu verzeichnen, das es allen Hindernissen zum Trotz gelungen ist, die Einheit des deutschen Bibliothekswesens aufrecht zu erhalten.

Bleibt die Frage, ob nach dem Bremer Bibliothekartag eine Chance zur Wahrung der deutschen Einheit im Bibliothekswesen verspielt worden ist. Vermutlich nein, so gekünstelt sich auch die Argumente seitens des VDB heute anhören mögen. Selbst wenn man nach 1954 Bibliothekarinnen und Bibliothekare

27 Vgl. Otto Klapp, Der Kongreß Deutscher Bibliothekare in Berlin. Tagung der wissenschaftlichen Bibliothekare vom 22. bis 26. Mai 1956, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 3 (1956), S. 242 - 251.

28 Haenisch/Löhmann (wie Anm. 25), S. 260.

29 Heinrich Roloff, Der Bibliothekartag in Berlin 22. – 26. Mai 1956, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 70 (1956), S. 436 - 440, hier S. 437.

30 Josef Stummvoll, Deutscher Bibliothekartag Berlin 22. – 26. Mai 1956, in: Biblos 5 (1956), S. 177-179, hier S. 178.

aus der DDR in den Schoß des VDB aufgenommen hätte, so wäre diese Teilhabe kaum von Dauer gewesen. Ein gesamtdeutscher VDB wäre zum Anachronismus im Zeichen der deutlicher zutage tretenden Spaltung Deutschlands geworden. Im Übrigen wurden spätere Einladungen des VDB an den dann gegründeten DDR-Verband von diesem wegen der Nicht-Anerkennung der DDR abgelehnt. Hier ging die Initiative vom VDB aus, während in den 1950er-Jahren die Bibliothekare aus der DDR auf Kooperation drängten – die Interessen hatten sich verschoben.³¹

Bei aller Ablehnung einer formellen VDB-Mitgliedschaft von Bibliothekarinnen und Bibliothekaren aus der DDR blieben doch ›Problemfelder‹. Wie sollte mit Kolleginnen und Kollegen verfahren werden, die VDB-Mitglied waren, aber aus beruflichen oder privaten Gründen aus den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland in das Gebiet der SBZ/DDR gewechselt waren? Man setzte hier das ›Dienstortprinzip‹ an, sodass die Mitgliedschaft entfiel. Aber keine Regel ohne Ausnahme – und diese betraf in Person der bekannten Einbandforscherin Ilse Schunke (1892–1979) indirekt auch Bremen. Ilse Schunke gehörte zu den Protagonistinnen von Frauen im höheren wissenschaftlichen Bibliotheksdienst³² und gelangte am 1. Juli 1929 als Bibliotheksrätin und Stellvertreterin des Direktors der Staatsbibliothek Bremen Hinrich Knittermeyer (1891–1958) in die Hansestadt, wurde aber zum 31. Dezember 1937 unter Bezug auf § 6 des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* in den Ruhestand versetzt.³³ Schunke, die in ihre Heimat Dresden zurücksiedelte, war bis in ihre späten Lebensjahre wissenschaftlich tätig und zählte in der DDR zu den wichtigsten Buch- und Einbandforschern. Gleichwohl geschahen ihre Tätigkeiten ohne feste institutionelle Einbindung, das *Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken* vermerkte 1955 lapidar: *z. Zt. nicht im Bdiendienst tätig*.³⁴ Diese Ungebundenheit hatte ihren guten Grund, sicherte sie doch Ilse Schunke Zahlungen durch das Land Bremen bis zu ihrem Lebensende! Über die Gründe ihrer Entlassung aus dem bremischen Staatsdienst liegen unterschiedliche Aussagen vor, die aber in eine Richtung zielen. So findet sich die Angabe, sie sei wegen ihres Einsatzes für jüdische Leser vom Amt entbunden worden. Schunke selbst gibt an, man habe ihr vorgeworfen, bei der Büchererwerbung nicht im Geiste des Nationalsozialismus vorgegangen zu sein. Beides zielt darauf, die Entlassung mit

31 Vgl. dazu auch den mit sehr persönlichen Erinnerungen gefärbten Sammelband: Georg Ruppelt (Hg.), *West-östliche Bande. Erinnerungen an innerdeutsche Bibliothekskontakte*, Frankfurt am Main 2011 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderband 103).

32 Vgl. dazu Dagmar Jank, *Frauen im Höheren Bibliotheksdienst vor dem Zweiten Weltkrieg*, in: Plassmann/Syré (wie Anm. 2), S. 302–313.

33 Zum Folgenden vgl. auch Jürgen Babendreier, *Geschenkt? Kostenlose Bestandsvermehrung an der Staatsbibliothek Bremen im Dritten Reich*, in: Thomas Elsmann (Hg.), *Auf den Spuren der Eigentümer. Erwerb und Rückgabe von Büchern jüdischer Eigentümer am Beispiel Bremen*, Bremen 2004 (Schriften der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, 5), S. 6–57, bes. S. 26–31.

34 *Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken* (wie Anm. 6), S. 285.

politischen, weltanschaulichen Gründen zu erklären, was sich in der Nachkriegsvita in einem betont antifaschistischen Staat wie der DDR gut ausmachte. Tatsächlich dürfte es sich bei der Entlassung um eine Melange von Gründen gehandelt haben. Womöglich gab es ideologische Differenzen zwischen Knittermeyer, seit dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP, und Schunke, die sich allerdings bei der Aussonderung von unerwünschtem Schrifttum systemkonform verhalten hatte und in Ausstellungen der Staatsbibliothek Bremen die propagandistischen Anliegen des Nationalsozialismus aktiv unterstützte.³⁵ Hinzu traten allerdings persönliche Animositäten, da Knittermeyer offensichtlich mit der als energisch und eigenwillig charakterisierten Schunke nicht zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit gelangen konnte – so lassen sich zumindest Knittermeyers spätere Aussagen deuten, freilich zur eigenen Verteidigung.

Wie also war aus der Sicht des VDB 1956 mit Ilse Schunkes Mitgliedschaft umzugehen? Immerhin war sie seit 1925 im *Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken* verzeichnet, dabei ab 1927 als Mitglied – auch während der Zeit des Nationalsozialismus. Auf der Sitzung des Vereinsausschusses vom 1. Februar 1956 kam man zu einem Beschluss, dem es aus der Rückschau nicht an Ironie mangelt:³⁶

Der Fall Dr. Schunke wird besprochen. Frau Schunke, die in Dresden wohnt, wurde als pensionierte Kollegin und Pensionärin der Staatskasse Bremen aufgenommen zu einer Zeit, als andere Verhältnisse vorlagen. Dieser Fall ist und bleibt ein Ausnahmefall, an dem man nichts ändern will, um die verdiente Kollegin nicht zu kränken. Es wird die Meinung vertreten, daß ihre Mitgliedschaft nur wirksam wird, wenn sie den Boden der Bundesrepublik betritt. Rundschreiben und sonstige Drucksachen werden bei der Geschäftsstelle für sie deponiert.

*Der 67. Deutsche Bibliothekartag in Bremen 1977:
Schöne neue Bibliothekswelt(en) oder das Ende des Aufbruchs?*

1977 war Bremen von einer Randlage in der deutschen Bibliothekslandschaft zwar vielleicht nicht in ihr Zentrum (wie es gerne manche Bremer Vertreter in ihrer Eigenüberschätzung gesehen hätten), aber doch in dessen Nähe gerückt. Aus der Staatsbibliothek Bremen war im Zuge der Gründung der sog. ›Reformuniversität‹ eine, zumindest nach eigenem Anspruch, innovative Universitätsbibliothek geworden, deren Ausformung unmittelbar mit dem Wirken Rolf Kluths (1914–1993) verbunden war.³⁷ Kluth kam nach den Stationen der

35 Vgl. dazu Thomas Elsmann, Die Bibliothek als Ort nationalsozialistischer Identitätsbildung? Die Ausstellungspraxis der Staatsbibliothek Bremen während der NS-Zeit, in: BJB 86 (2007), S. 319–330.

36 Abgedruckt bei Marwinski (wie Anm. 14), S. 156.

37 Die wesentlichen personenbezogenen Daten bei Joachim Stoltzenburg, Rolf Kluth 1914–1993, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 41 (1994), S. 270–274; Alexandra Habermann, Peter Kittel, Lexikon deutscher wissenschaftlicher

Amerika-Gedenkbibliothek (Berlin), der Stadtbibliothek Hannover und der dortigen Technischen Informationsbibliothek 1965 nach Bremen, um zunächst eine ›Universitätsbibliothek im Aufbau‹ zu leiten.³⁸ Wer ihn kannte, der konnte ahnen, dass Kluth in Bremen eine Bibliothek in neuer Struktur schaffen wollte, spätestens seit dem Aufsatz *Bibliothekstruktur und Baustruktur*,³⁹ der in nuce die neue Universitätsbibliothek Bremen aufzeigte: Die klassische Aufteilung in Magazin, Benutzerräume und Verwaltung wurde von einer räumlichen Zuordnung von Büchern, Benutzern und Personal abgelöst. Zentrale Idee war die Freihandaufstellung, beeinflusst durch angelsächsische Vorbilder, die die Benutzerinnen und Benutzer direkt an die Bestände führen sollte, durchaus verstanden als Akt der ›Demokratisierung‹ und der Prozesshaftigkeit, aber auch der scheinbaren Ökonomisierung, da man die Notwendigkeit eines detaillierten Kataloges schwinden sah; hier verschwommen – auch aus der eigenen Vita heraus – die Grenzen zwischen wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken; damit ging man in Bremen über die Strukturen anderer, in der Zeit der 1960er- und 1970er-Jahre gegründeten Universitätsbibliotheken hinaus.⁴⁰ Aus der Rückschau geurteilt, war der Bremer Bibliotheksaufbau nichts anderes als ein groß angelegter Feldversuch – mit dem Risiko des Scheiterns! Anstöße waren bereits 1961 aus dem Gutachten des Universitätsplaners Hanns Werner Rothe hervorgegangen, der von einer Campusuniversität mit der Universitätsbibliothek als *Herz der Universität* ausging. Sie sollte als Zentralbibliothek eines im Wesentlichen einschichtigen Systems im Sinne einer Freihandbibliothek geformt sein.⁴¹ Was später entstand, war ein Solitärbau,⁴² freilich ohne wirkliche Anbindung an den Campus. Die von Kluth favorisierte Freihandaufstellung, keinesfalls eine *communis opinio* unter den deutschen Bibliothekaren, setzte völlig neue Fächersystematiken voraus, die zu entwickeln

Bibliothekare. Die wissenschaftlichen Bibliothekare der Bundesrepublik Deutschland (1981–2002) und der Deutschen Demokratischen Republik (1948–1990), Frankfurt am Main 2004 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderheft 86), S. 89–90.

- 38 Vgl. dazu zuletzt Jürgen Babendreier, Gründerjahre – Das Herz der Universität Bremen und ihr Bibliothekar, in: Thomas Elsmann, Maria Elisabeth Müller, Uwe Staroske (Hg.), Vom Katharinen-Kloster zum Hochschul-Campus: Bremens wissenschaftliche Literaturversorgung seit 1660. Festschrift zum 350jährigen Jubiläum der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, Bremen 2010 (Schriften der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, 7), S. 94–122.
- 39 Rolf Kluth, Bibliothekstruktur und Baustruktur, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 12 (1965), S. 3–33.
- 40 Vgl. dazu als Überblick Hans-Joachim Koppitz (Hg.), Die Neugründungen wissenschaftlicher Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland, München 1990; Peter Vodosek, Werner Arnold (Hg.), Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft: Bibliotheken in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden 2008 (Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens, 43).
- 41 Hanns Werner Rothe, Über die Gründung einer Universität zu Bremen, Bremen 1961, S. 73; Empfehlungen des Beratungsausschusses für die Gründung einer Universität zu Bremen, Bremen 1963, S. 33.
- 42 Vgl. Universität Bremen. Neubau der Zentralbibliothek. – Eine Einführung –, Bremen 1976.

waren. Es scheint, als habe Kluth selbst diesen Aufwand unterschätzt und besonders die Folgearbeiten, also im Prinzip ein kontinuierliches Fortschreiben und Erneuern dieser Systematiken, aus den Augen verloren. Hier traf wohlfeile Theorie auf die Praxis, besonders auffällig ist aus heutiger Sicht die hohe Anzahl der Bücherverluste über die Jahrzehnte, die auch seltene und wertvolle Exemplare betreffen, da in den Anfangsjahren häufig rücksichtslos auch derartige Bestände in die Freihand gestellt wurden. Gescheitert ist schließlich auch – trotz der schon früh von Kluth eingesetzten EDV – die gänzliche Umarbeitung der Bestände aus dem alten Katalog der Staatsbibliothek. Dies Vorhaben musste alsbald aufgegeben werden. Zum einen verlangte die Universität eher nach rezenter Literatur, zum anderen waren in den ersten Jahren derartig hohe Erwerbungssetats vorhanden, sodass die Einarbeitung mit der Erwerbung nicht Schritt halten konnte. Der neuen Bibliothek hafteten so schon bald erste Makel an: Das neue Gebäude auf dem Campus war streng genommen bei seiner Errichtung schon zu klein, das Freihandsystem war bereits nach kurzer Zeit nicht mehr stringent einzuhalten, die nicht bearbeiteten Bestände wuchsen, von der senatorischen Seite wurde der Vorwurf der Ineffizienz erhoben. Kluth konnte dem stetige Nutzer- und Ausleihquoten entgegenhalten, zumal sich – allen Prognosen zum Trotz – 1975 50% der Nutzer als ›Stadtnutzer‹ erwiesen.⁴³

Der Bibliothekartag des Jahres 1977 markierte das Ende der ›Ära Kluth‹, er war Hommage und Schwanengesang in einem, zumal Kluth vorfristig zum 1. Oktober des Jahres in den vorzeitigen Ruhestand treten sollte. Dafür waren z. T. persönliche Probleme verantwortlich, z. T. lagen sie aber auch in der Bibliothek und der sie zu verantwortenden bremischen Politik begründet, die zu einer zunehmenden Resignation führten. So hatte die bremische Haushaltslage zur Folge, dass Stellen in spürbarem Umfang gekürzt wurden, nachdem sie über Jahre (fast unbegrenzt) wachsen konnten.⁴⁴ Zugleich hatte die senatorische Behörde im Dezember 1975 eine umfangreiche, kritische Denkschrift zur Bibliothek vorgelegt und eine mittelfristige Einsparung von mindestens 50 Stellen avisiert. Kluth war zu wenig Idealist, als dass er nicht viele von außen vorgebrachte Kritikpunkte nachvollziehen konnte:⁴⁵ *Tatsächlich ist das Volumen der Erwerbung und der Bearbeitung seit 1972 zurückgegangen [...], zweifellos aber auch, weil das Universitätsmodell das Personal auch nicht-bibliothekarisch beanspruchte.* Damit ist sehr euphemistisch das bremische Mitbestimmungswesen gemeint, das – nicht nur in den Augen Kluths – dienstliche Notwendigkeiten und Innovationen verhinderte (so scheiterte der Direktor u. a. mit dem Vorschlag der Samstagöffnung der Bibliothek). Aus Mitbestimmung waren z. T. Selbstzweck, politische Grabenkämpfe und gewerkschaftliche Beharrung geworden, die Interessen der einzelnen Gruppen blockierten wichtige Angelegenheiten. Gegenüber dieser sich manifestierenden Phalanx aus unterschiedlichen *pressure groups* wurde Kluth kampfes müde: *Niemals war er ein Ideologe, aber zum Schluß seiner Amtszeit*

43 Vgl. Kluth (wie Anm. 8), S. 216.

44 Vgl. Universität Bremen. Bibliothek. Jahresbericht 1977, (Bremen) (1978), S. 12.

45 Kluth (wie Anm. 8), S. 215 - 216.

(1977) sah er sich von Ideologen umstellt.⁴⁶ Eine interne, nochmalige Darlegung und Verteidigung des Bremer Bibliotheksmodells im Juli 1975⁴⁷ für die Bibliothekskommission der Universität wurde selbst von Bibliotheksmitarbeitern nicht mehr mitgetragen; man fiel ihm aus den eigenen Reihen in den Rücken! So mögen ihm manche der bei seinem Abschied vorgetragenen wohlfeilen Worte wie Hohn geklungen haben!⁴⁸ Rolf Kluth hat bis heute prägend auf die nunmehrige Staats- und Universitätsbibliothek Bremen gewirkt: Er war brillanter Theoretiker, gelehrter Bibliothekar⁴⁹ und Praktiker mit hohen Ansprüchen – an sich selbst und andere. Erst aus der aktuellen Perspektive scheint seine Leistung einer angemessenen Würdigung offen gegenüber zu stehen; seine Berufung 1965 nach Bremen erscheint daher heute als umso bemerkenswerter.

Anders als 1954, spielte 1977 die nunmehrige Universitätsbibliothek eine bedeutende Rolle, sowohl durch ihr Personal, durch ihren inhaltlichen und architektonischen Aufbau sowie als Veranstaltungsort.⁵⁰ Der Bibliothekartag 1977 war ein ›Campusbibliothekartag‹ bei laufendem Vorlesungsbetrieb, die große Breite der Themen, die freilich auch als Beliebigkeit bezeichnet werden kann, mit über 50 Veranstaltungen, weit über 50 Vorträgen und 1.300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern führte zu zahlreichen Parallelveranstaltungen⁵¹ und zu einer Selektion in der späteren Kongressveröffentlichung,⁵² sodass Hartwig Lohse (UB Bonn) in seiner Rezension des Tagungsbandes zur (polemischen) Frage gelangte: *Muß es jedes Jahr eine solche Mammutveranstaltung geben?*⁵³ Schon während des beginnenden Bibliothekartages wurde erkannt, dass die auf dem Campus zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten den Notwendigkeiten einer derartigen Tagung nicht gereichten, zumal die Universität über keine großen Hörsäle verfügte. Der amtierende VDB-Vorsitzende Helmut Sontag (UB TU Berlin) meinte denn auch in seiner Eröffnungsansprache: *Hätten*

46 Das Zitat bei Stoltzenburg (wie Anm. 37), S. 274.

47 [Rolf Kluth], Bremer Bibliotheksmodell, (Bremen) 1975 (Privatbesitz).

48 Vgl. Rolf Kluth. Dokumentation zur Verabschiedung, (Bremen) (1977).

49 U. a. Grundriß der Bibliothekslehre, Wiesbaden 1970; Einführung in die Bibliotheksnutzung, Berlin, New York 1971; Lehrbuch der Bibliothekspraxis, Wiesbaden 1979.

50 Wesentliche Literatur zum Bibliothekartag 1977 bei Hundhausen (wie Anm. 1), S. 346, 413-415. Gerade die zahlreichen Neuerungen schienen aus der Sicht des VDB-Vorsitzenden Sontag Bremen als Austragungsort zu prädestinieren, vgl. Helmut Sontag an Rolf Kluth, Berlin, 10. 2. 1976 (Staats- und Universitätsbibliothek Bremen; Bibliotheksarchiv, Akte Bibliothekartag 1977).

51 Zum Programm s. Einladung zum 67. Deutschen Bibliothekartag in Bremen 31. Mai – 4. Juni 1977, in: Bibliotheksdienst 11 (1977), S. 175-182.

52 Alexandra Habermann, Hermann Havekost, Helmut Sontag (Hg.), Die wissenschaftliche Bibliothek 1977. Sacherschließung, Arbeitsplatz, Mitbestimmung, Ausbildung. 67. Deutscher Bibliothekartag in Bremen vom 31. Mai bis 4. Juni 1977, Frankfurt am Main 1978 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderheft 26).

53 Hartwig Lohse, Rezension von Habermann / Havekost / Sontag (wie Anm. 52), in: Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen. Mitteilungsblatt N. F. 28 (1978), S. 289-293, hier S. 293.

wir den großen Zuspruch, den der Bibliothekartag in Bremen findet, geahnt, hätten wir die eindrucksvolle Stadthalle als Tagungsort gewählt.⁵⁴

Der Bibliothekartag fand nicht nur die Bremer Universitätsbibliothek in Veränderungen, ausgelöst durch den angekündigten Leitungswechsel und die ins Hause stehenden Personalreduzierungen, vor, sondern auch eine um ihren ehemaligen Reformanspruch kämpfende Universität. Im Juni 1976 hatte der Bremische Staatsgerichtshof die ›Drittelparität‹ als Mitbestimmungsmodell für verfassungswidrig erklärt, was im März 1977 zur Amtsniederlegung des amtierenden Rektors Hans-Josef Steinberg (1935–2003) führte, der von Alexander Wittkowsky abgelöst wurde. Von diesen Spezifika abgesehen, traf alle akademischen Bildungsinstitutionen die wirtschaftliche

Rezession in der Bundesrepublik Deutschland der späten 1970er-Jahre, die erste einschneidende Haushaltskürzungen zur Folge hatte. Die spürbar betroffenen Bibliotheken beklagten 1977 diese Tatsache, ohne jedoch eine ernsthafte Gegenstrategie zu entwickeln, zumal man – ebenso wie die Universitäten – die zukünftige Anzahl von Studentinnen und Studenten eklatant unterschätzte. Was blieb, war der Ruf zur engeren Kooperation und zur vermehrten Lobbyarbeit – erst auf dem Darmstädter Bibliothekartag 1982 (!) sollte das Thema, für alle sichtbar, plakativ in den Mittelpunkt einer Tagung gerückt werden: *Etatkürzungen und Öffentlichkeitsarbeit. Bibliotheken im Umbruch?* Der Arbeitstitel des Bremer Bibliothekartages war anspruchsvoll und in einem gewissen Sinne allumfassend: *Die wissenschaftliche Bibliothek*



EINLADUNG

zum 67. Deutschen Bibliothekartag
in Bremen

31. Mai – 4. Juni 1977

Arbeits- und Fortbildungstagung

Abb. 3: Programmheft 1977, Privatbesitz (Foto: Thomas Steinle, SuUB Bremen).

54 Helmut Sonntag, Eröffnungsansprache, in: Habermann/Havekost/Sonntag (wie Anm. 52), S. 11–21, hier S. 17.

1977. *Sacherschließung, Arbeitsplatz, Mitbestimmung, Ausbildung*. Die Resultate in Form der gedruckten Vorträge spiegeln manches, was auch heute – unter gänzlich veränderten Rahmenbedingungen – wiederzufinden ist. So beklagte z.B. Eilhard Cordes (UB Osnabrück)⁵⁵ sachfremde Entscheidungen bei der Stellenbesetzung in wissenschaftlichen Bibliotheken, besonders denjenigen mit starker Gruppenorientierung wie Bremen, Oldenburg und Osnabrück. Die Anforderungen der Bibliothek würden zuweilen von Versorgungsinteressen unterschiedlicher Gruppen überlagert.

Die heute häufig beklagte, aber auch häufig unwidersprochene Unterwerfung von bibliothekarischen Dienstleistungen unter ökonomische Parameter kritisierte bereits 1977 Ernst Ludwig Berz (SUB Göttingen):⁵⁶

Wenn mir praktische Alltagsprobleme [...] unlösbar schienen, habe ich gelegentlich zu dem einen oder anderen der in den letzten Jahren immer zahlreicher erschienenen Fachbeiträge gegriffen, die sich mit Betriebswirtschaft, Management- und Organisationsmodellen in Bibliotheken beschäftigen. Bei der Lektüre dieser Beiträge erfuhr ich als praktizierender Bibliothekar und betriebswissenschaftlicher Laie zwar viel Neues, das aber vom Autor sofort wieder verworfen wurde, da es aus der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Privatwirtschaft stamme und aus einer Vielzahl von Gründen auf Bibliotheken überhaupt nicht anwendbar sei. Der verbleibende Rest war meist theoretisch einleuchtend, aber praktisch nicht oder nur am Rande bibliotheksrelevant, [...] Kurzum war ich danach fast niemals der Lösung meines konkreten bibliothekarischen Problems auch nur einen Schritt näher gekommen.

Andere Themen fanden einen unmittelbaren Bezug zur veranstaltenden Universitätsbibliothek Bremen. Bereits am Dienstag, dem Tag vor dem eigentlichen Beginn des Bibliothekartages, hatten Rolf Kluth und der Architekt Eberhard Kaiser in der Kommission für Baufragen ausführlich über bauliche und inhaltliche Struktur der Universitätsbibliothek Bremen referiert, ergänzt durch eine Baubegehung. Das ursprüngliche Vorhaben, in diesem Rahmen mit Hartwig Lohse einen der schärfsten Kritiker der Freihandaufstellung zur Diskussion zu gewinnen, kam nicht zustande. Lohse warf den Befürwortern eine ideologische und keine inhaltliche Zielsetzung vor.⁵⁷ Zur Verteidigung trat auf dem Bibliothekartag Joachim Stoltzenburg von der UB Konstanz in den Ring, deren Ausformung für Kluth eine Matrix bot.⁵⁸ Stoltzenburg, den

55 Eilhard Cordes, Personalpolitik in zentralen Hochschulbibliotheken, in: Habermann/Havekost/Sontag (wie Anm. 52), S. 51 - 60

56 Ernst Ludwig Berz, Geschäftsverteilung und Organisation, in: ebd. S. 39 - 50, hier S. 39.

57 Hartwig Lohse, Buchaufstellung in deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken, Bonn 1974, S. 15 - 16, hier S. 21.

58 Vgl. Rolf Kluth, Universitätsbibliothek Bremen, in: Wolf Haenisch, Clemens Köttelwesch (Hg.), Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken, Frankfurt am Main 1973 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderheft 14), S. 131 - 139.

genius loci nutzend, stellte in sieben Thesen die aus seiner Sicht bestehenden Vorteile der Freihandaufstellung heraus, aus denen sich für ihn logisch die Forderung ergab:⁵⁹ *Ich meine, die Entscheidung neu aufzubauender Bibliotheken kann nur eindeutig und klar für den Aufbau großer Freihandausleihbestände fallen.* Das beinhaltete in Argumentationsschritten eine Auseinandersetzung mit Hartwig Lohse, der sich in der – ohnehin weitgehend negativ gefärbten – Rezension des Tagungsbandes, zu einer bissigen Replik veranlasst fühlte.⁶⁰

Aus der heutigen Sicht ist augenfällig, wie in zwei Punkten, die auch Bremen betrafen, bibliothekarische ›Rückzugsgefechte‹ geführt wurden: Mitbestimmung und Einheitsklassifikation. Erstere war – wie schon dargelegt – ein zentrales Anliegen des bremischen Universitätsmodells und damit auch für die Bibliothek gültig. Der amtierende Senator für Wissenschaft und Kunst Horst-Werner Franke (1932–2004) hatte zwar in seinem Grußwort die gescheiterte ›Drittelparität‹, vielleicht aus sozialdemokratischer Pflicht, nochmals verteidigt, sah sich aber zugleich genötigt, mahnende Worte auch in Richtung der Bibliothek zu richten:⁶¹

Aber das Problem von Mitbestimmungsstrukturen ist, daß es trotz einer forcierten und sehr deutlichen Mitbestimmung nach wie vor Leitungsstrukturen geben muß. Mitbestimmung ist nicht anstelle von Leitung zu praktizieren, sondern Mitbestimmung muß mit Leitungsverantwortung, die an Einzelpersonen gebunden ist, im richtigen Verhältnis stehen. [...] Leitung und Mitbestimmung dürfen jedenfalls – sowohl das eine wie das andere – niemals zum Verteidigen von Privilegien eingesetzt werden. Leitung und Mitbestimmung müssen sich letztlich daran orientieren, was diese Bibliothek für den Benutzer zu bewirken imstande ist, denn sie ist ja des Benutzers wegen da.

Das waren ungewohnt offene Worte, die indes die Realität spiegelten, besonders konfrontiert man sie mit dem Beitrag von Elisabeth Dickmann über das Mitbestimmungsmodell an der Universität Bremen.⁶² Selbstkritik fehlt hier völlig, die hochschulpolitischen Forderungen des DGB von 1973 und ihre Ausführung nach erfolgter rechtlicher Fixierung wesentlich durch die Gewerkschaft ÖTV werden zu Maßstäben erhoben. *Mitgestaltung und Hierarchie*

59 Joachim Stoltzenburg, Thesen und Antithesen zur Freihandaufstellung in großen wissenschaftlichen Bibliotheken, in: Habermann/Havekost/Sontag (wie Anm. 52), S. 191–201, hier S. 201.

60 Lohse (wie Anm. 53), S. 292.

61 Horst-Werner Franke, Grußwort, in: Habermann/Havekost/Sontag (wie Anm. 52), S. 22–24, hier S. 23. Im Übrigen hatte die Behörde für Wissenschaft und Kunst für die Ausrichtung des Bibliothekartag einen Zuschuss von 6.000,00 DM gewährt, vgl. Senator für Wissenschaft und Kunst an Helmut Sontag, Bremen, 16. 5. 1977 (Staats- und Universitätsbibliothek Bremen; Bibliotheksarchiv, Akte Bibliothekartag 1977).

62 Elisabeth Dickmann, Das Mitbestimmungsmodell an der Universität Bremen. Bericht und Erfahrungen, in: ebd., S. 126–136.

werden in grundsätzlichem Konflikt miteinander begriffen.⁶³ In der anschließenden, offensichtlich in gereizter Atmosphäre abgehaltenen Diskussion⁶⁴ wurde zurecht die Frage nach dem zeitlichen Aufwand für dieserart Mitbestimmung, besonders die Arbeit in den sogenannten ›Mitarbeiterkollegien‹ (MAKs), gestellt, zumal diese bei Personalangelegenheiten, bei der Arbeitsorganisation und hochschulpolitischen Fragen eine Mitsprache beanspruchten. Dass es dabei weniger um individuelle oder gruppenspezifische, sondern vielmehr genuin politische Zielsetzungen ging, hatte die Referentin bereits an anderer Stelle betont, als sie für die MAKs ausführte: *Eine politische Orientierung in der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe bzw. ein sonst erarbeiteter politischer Hintergrund ist unerlässlich.*⁶⁵ Das Lob, daß die früher von den Bibliothekaren der BRD geübte gesellschaftspolitische Abstinenz so gut wie aufgegeben erscheint, kam aus der DDR!⁶⁶

Während die Mitbestimmung in ihrer spezifischen Ausgestaltung eine bremsende Besonderheit darstellte, betraf die sog. ›Einheitsklassifikation‹ das gesamte Bibliothekswesen der Bundesrepublik Deutschland, wengleich mit Rolf Kluth einer ihrer vehementesten Protagonisten in Bremen beheimatet war. Dem Thema war der gesamte Vormittag des Freitags gewidmet, mit sieben Beiträgen und unter Moderation von Wilhelm Totok (NLB Hannover). Dass in der folgenden Publikation ausgerechnet der kritische Beitrag von Günther Reichardt (Zentralbibliothek der Kernforschungsanlage Jülich), der von der *Arbeitsgemeinschaft für das Büchereiwesen* (AfB) mit einer Begutachtung beauftragt worden war, fehlte, wurde kritisch angemerkt und die Herausgeber sahen sich dem Vorwurf der Einseitigkeit ausgesetzt.⁶⁷ *Dieser erfolglos beendete Versuch zur Durchsetzung einer einheitlichen klassifikatorischen Sacherschließung für die Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland steht in der Tradition früher schon gescheiterter Unternehmungen mit ähnlichen Zielsetzungen* – so Armin Müller-Dreier in seiner umfangreichen Monografie zur Einheitsklassifikation.⁶⁸ Von 1969 bis 1977 und bis in die unmittelbare zeitliche Nachfolge des Bremer Bibliothekartages beschäftigte das Thema die bibliothekarische Öffentlichkeit kontrovers. Hintergrund des Ganzen war die seit langem beklagte Uneinheitlichkeit im deutschen Bibliothekswesen im Allgemeinen, aber besonders in den Methoden und Ansätzen der

63 Ebd., S. 128-129.

64 Vgl. Eymar Fertig, Von »Arbeitsplatz« bis »Sacherschließung«. 67. Bibliothekartag in Bremen, in: BuB 29 (1977), S. 596-601, hier S. 600-601.

65 Elisabeth Dickmann, Das Mitbestimmungsmodell der Universitätsbibliothek Bremen, in: Robert Funk, Frank Heidtmann (Hg.), Betriebliche Mitbestimmung in Bibliotheken, Berlin 1977, S. 151-162, hier S. 157.

66 Erwin Marks, Rezension von Habermann/Havekost/Sontag (wie Anm. 52), in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 93 (1979), S. 232-234, hier S. 233.

67 Lohse (wie Anm. 53), S. 289, 291. Der Beitrag wurde parallel an anderer Stelle publiziert, vgl. Günther Reichardt, Die Einheitsklassifikation. Ergebnisse des Gutachtens über das Projekt. Vortrag, gehalten auf dem 67. Deutschen Bibliothekartag in Bremen, in: DFW 25 (1977), S. 129-133.

68 Armin Müller-Dreier, Einheitsklassifikation. Die Geschichte einer fortwirkenden Idee, Wiesbaden 1994 (Beiträge zum Buch- und Bibliothekswesen, 35), S. 1.

Katalogisierung. Zwar gelangte man in den neugegründeten Gesamthochschulbibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen zu einer gewissen Vereinheitlichung, ohne jedoch in der Sacherschließung zu kooperieren. Da dies Problem auch die Öffentlichen Bibliotheken gleichermaßen betraf, kam es im Folgenden zur Kooperation – nicht selbstverständlich für ein System, das bis in die 1960er-Jahre die strenge Trennung beider Bibliothekstypen betonte. Es bedurfte der neugegründeten Universitätsbibliotheken mit stark betonter Freihandaufstellung und Personen, die den Dualismus überwinden konnten, eine Rolle, die aus der beruflichen Biografie heraus nur Rolf Kluth einnehmen konnte. Unter seinem prägenden Einfluss legte eine Arbeitsgruppe im Mai 1972 erstmals ein Gutachten zur Frage der Einheitsklassifikation vor, in dem die Machbarkeit grundsätzlich bejaht wurde, auch in Hintanstellung bereits vorhandener Klassifikationssysteme. Kluth trat als Protagonist in der Öffentlichkeit auf. Die Einheitsklassifikation sollte rigoros für alle bundesdeutschen Bibliotheken gelten, nicht auf dem Wege der Verordnung – was in einem föderativen System ohnehin kaum möglich gewesen wäre – sondern über die *Attraktivität des Angebots*.⁶⁹ Was Kluth forcierte, traf auf Kritik und Bedenken, zumal sich wenige Äußerungen über den permanenten Fortentwicklungs- und Evaluationsprozess der einmal konstituierten Klassifikationssysteme für die einzelnen Fächer fanden. Hier drängt sich eine Parallele zu den in Bremen verwendeten Fachsystematiken und ihren Problemen auf. Grundlage des neu zu entwickelnden Systems sollte die in der Bayerischen Staatsbibliothek verwendete *Münchener Systematik* liefern, die aber nicht für die Buchaufstellung geeignet war, sodass eine Entsprechung in Form der *doppelten Notierung* zu erstellen war. Unklar blieb, welche Institution als Zentrale eigentlich die notwendige Sacherschließung vornehmen sollte. Unbeantwortet blieb auch die Frage nach einer tatsächlichen Übernahmequote der zentralen Daten durch die Bibliotheken, die z. T. gänzlich unterschiedliche Anforderungen an die Erschließung stellten, bedingt z. B. durch Material, Personalstärke und Aufgabe. Zwar hatte man schließlich durch Förderung des BMBW die ersten Fächer bearbeiten können, aber eine weitere finanzielle Unterstützung blieb aus. Es schälte sich heraus, dass ausgerechnet auf dem Bremer Bibliothekartag mit Kluth als ›Hausherrn‹ das weitere Schicksal der Unternehmung zu entscheiden war. Die Einheitsklassifikationen für die Fächer Philosophie, Physik und Geschichte wurden vorgestellt und Kluth schloss einige zusammenfassende Bemerkungen an, die resignierend klangen:⁷⁰ *Ich habe in der Zwischenzeit so viel zur EK gesagt und geschrieben, daß mir dazu Neues kaum mehr einfällt*. Reichardt agierte als *advocatus diaboli* und gab seiner Skepsis freien Lauf. Verzweifelt versuchte Kluth einen Entschlussantrag zur Abstimmung zu bringen, um zur Fortführung des Projektes aufzurufen. Die Abstimmung scheiterte an der zu geringen Teilnehmerzahl, sodass Totok als Moderator ein weiteres Kolloquium vorschlug.⁷¹

69 Ebd., S. 88 - 89.

70 Rolf Kluth, Zusammenfassende Bemerkungen zur Einheitsklassifikation, in: Habermann/Havekost/Sontag (wie Anm. 52), S. 164 - 166, hier S. 165.

71 Vgl. Raimund-Ekkehard Walter, 67. Deutscher Bibliothekartag in Bremen, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 24 (1977), S. 531 - 534, hier S.

Das erst nach dem Bremer Bibliothekartag und unter seinen Eindrücken abgeschlossene Gutachten Reichardts brachte schließlich die Erstellung einer Einheitsklassifikation zu Fall. Die Gründe ihres Scheiterns sind nicht monokausal zu erklären und schon mehrfach erörtert worden. Aus der heutigen Sicht markiert sie einen letzten Punkt vor dem Siegeszug der IT in den Bibliotheken und verfolgte ein, der Tradition des 18. Jahrhunderts entstammendes enzyklopädisches Denken. Die weiter zunehmende Differenzierung der einzelnen Fächer und die rasante Entwicklung besonders in den Naturwissenschaften mit ihren Paradigmenwechseln wären nur bei beständiger Neubearbeitung zu berücksichtigen gewesen. Wer sollte dies zentral leisten in einem Land ohne historisch gewachsene Nationalbibliothek, die eine normative Wirkung aus Geschichte und Funktion ableiten kann?

Soweit die ›offiziellen‹, durch das Tagungsprogramm diktierten Themen. Ähnlich 1954 sollte sich aber ein weiteres, öffentlichkeitswirksames hinzugesellen, das aber bereits im Vorfeld des Bibliothekartages absehbar war und auf das der VDB-Vorsitzende Sontag in seiner Eröffnungsansprache Bezug nahm:⁷²

Kollegen aus dem In- und Ausland machen sich Sorgen, daß die in das Strafrecht neu eingeführten Paragraphen 88 a und 130 a StGB zu einer Gefahr für die individuelle Freiheit und das Staatswesen insgesamt werden können. [...] Daß Staatsschutzbestimmungen von den Feinden des Staates mißbraucht werden können und sich dadurch in ihrer Wirkung in ihr Gegenteil verkehren, ist allgemein bekannt. Inwieweit die genannten Bestimmungen für die Arbeit des Bibliothekars Bedeutung haben, darüber werden wir am Donnerstag in der Mitgliederversammlung diskutieren müssen.

Damit fand, nicht unvermittelt, die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er-Jahren erneut Einzug in den Bibliothekartag. Diese politische Wirklichkeit war nicht nur durch die ökonomische Krise, sondern ebenso durch die Auseinandersetzung mit dem linksextremistischen Terror der RAF und der ihr folgenden zweiten Generation in Gestalt der sog. *Bewegung 2. Juni* gezeichnet. Der bundesdeutsche Rechtsstaat befand sich auf einer Gratwanderung zwischen Liberalität und Autorität, bedrängt von politischen und publizistischen Kreisen des Konservatismus. Im Zuge der ›Abwehr‹ des linken Extremismus gelangte man zur Ansicht, auch das sog. ›Vorfeld‹ strafrechtlich zu belegen.⁷³ Dazu gehörte nicht nur das Verfassen von

534. Zynisch zum Ganzen Lohse (wie Anm. 53), S. 291: *Wenn nach R. Kluth die EK »umgebracht« wird, so ist es die Schuld derjenigen, die gewarnt haben! Es erübrigt sich wohl, auf solche Argumente näher einzugehen.*

72 Sontag (wie Anm. 54), S. 16.

73 Vgl. zum Folgenden: Johannes Feest-Hilgenreiner, § 88 a in Aktion. Über Geburt, Leben und Sterben eines Maulkorb-Paragraphen, in: Barbara Lison (Hg.), *Information und Ethik. Dritter Leipziger Kongress für Information und Bibliothek*, Wiesbaden 1977, S. 52-59.

Schriften etc. zur Befürwortung von Gewalttaten, sondern z. B. auch deren Verbreitung, Liefern, Vorrätig halten, Ausstellen und Zugänglichmachen, was natürlich auch die Bibliotheken traf. Nach mehreren Änderungen wurde am 1. Mai 1975 (aufgehoben am 14. August 1981) ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, der nunmehrige § 88 a StGB (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) – ergänzt durch § 130 a StGB (Anleitung zu Straftaten) –, der auf den Entwürfen der sozial-liberalen Koalition beruhte, während die Fraktionen von CDU und CSU weitergehende Sanktionsmaßnahmen forderten. Während die mit dem § 88 a StGB begründeten Strafverfahren in den lediglich fünf Jahren seiner Existenz in geringer Anzahl verblieben, war seine publizistische und mentalitätsgeschichtliche Wirkung enorm. Was die einen – zu Unrecht – als Bollwerk gegen den Extremismus betrachteten, sahen die anderen als Zensur,⁷⁴ als Rückkehr zu überwunden geglaubten Zuständen des Obrigkeitsstaates – aus heutiger Sicht ebenfalls zu Unrecht.

Betroffen waren neben Druckern und Buchhändlern auch Bibliotheken, die bereits auf dem Bibliothekartag in Münster mit dem Thema befasst waren.⁷⁵ In vorseilendem Gehorsam und auch aus Selbstschutz sollten – so der Vorschlag – Medien, die nach den §§ 88 a und 130 a StGB als verdächtig galten, von der Ausleihe ferngehalten und sekretiert werden. Zu Zwecken der Forschung und Lehre, der Kunst und der Wissenschaft konnten allerdings diese Medien ohne Strafbarkeit verbreitet und benutzt werden – für die Bibliotheken eine problematische und gefährliche ›Grauzone‹.

Auf dem Bremer Bibliothekartag, der zeitlich zwischen der Ermordung Generalbundesanwalts Siegfried Buback im April 1977 und dem sog. *Deutschen Herbst* lag, sollte das Thema der §§ 88 a und 130 a StGB durch die ›Hintertür‹ auf die Tagungsagenda gelangen, durch Anträge für die Mitgliederversammlungen von VDB und VdDB; zeitgleich wurde in den Räumen der Universitätsbibliothek eine entsprechende Ausstellung, wohl als ›Ermahnung‹ an die Anwesenden, präsentiert. Dementsprechend wurde auf der Mitgliederversammlung des VDB am 2. Juni 1977 unter TOP 8 eine Resolution bzgl. §§ 88 a und 130 a StGB behandelt,⁷⁶ eingebracht von Bremer Bibliothekarinnen und Bibliothekaren, begründet von Elisabeth Dickmann. Nach kontroverser Diskussion gelangte man zum Ergebnis, den Sachverhalt an die Rechtskommission zur Prüfung zu übergeben und: *Die Kollegen werden gebeten, Vorfälle im Umfeld von Bibliotheken, die eine Einschränkung der Meinungsfreiheit bewirken können bzw. Eingriffe in die Arbeit des Bibliothekars darstellen,*

74 Vgl. Jürgen Babendreier, Politische Aktion und bibliothekarischer Exkurs. Anmerkungen zur Zensur-Debatte vor dreißig Jahren, in: ebd., S. 50 - 69.

75 Vgl. Werner Jütte, Die Verbreitung von Schriften durch Bibliotheken nach dem neuen Strafrecht, in: Helmut Sontag, Wilhelm Totok (Hg.), Überregionale Literaturversorgung und Kostenrechnung in Bibliotheken. Vorträge, gehalten auf dem 66. Deutschen Bibliothekartag 1976 vom 8. bis 12. Juni 1976 in Münster, Frankfurt am Main 1977 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderheft 24), S. 179 - 191.

76 Alexandra Habermann, Verein Deutscher Bibliothekare e. V. Bericht über die 29. ordentliche Mitgliederversammlung am 2. Juni 1977 in Bremen, in: Zeitschrift Bibliothekswissenschaft und Bibliographie 24 (1977), S. 535 - 550.

dem Vereinsvorstand zu melden. Mit dem Material soll ggf. eine Protestresolution untermauert werden. Das war zweifellos ein Kompromiss, der bei 215 anwesenden Mitgliedern mit nur sechs Gegenstimmen und 15 Enthaltungen angenommen wurde. Ähnliches spielte sich am 2. Juni beim VdDB ab. Die Vorsitzende Ingeborg Sobottke (UB Bochum) war bereits im Vorfeld auf einen entsprechenden Antrag vorbereitet,⁷⁷ der aber nicht fristgemäß eingereicht wurde!⁷⁸ Die Resolution konnte zwar satzungsgemäß nicht zur Abstimmung zugelassen werden, der Komplex wurde aber trotzdem auf Initiative der Vorsitzenden diskutiert. Resultat war eine einstimmige EntschlieÙung, die – ähnlich dem VDB – auf eine Bestandsaufnahme setzte, aus der dann ggf. Konsequenzen zu ziehen seien. In beiden Fällen scheiterten die Initiatoren, die im Übrigen auch im Umfeld von Aktionen gegen die sog. »Berufsverbote« zu finden waren. Unabhängig zum formellen Scheitern beim VdDB hätte es den Einbringern im Vorweg klar sein müssen, dass ein derartig polemisch zugespitzter Resolutionstext kaum auf eine Mehrheit bei den Anwesenden hoffen konnte. Apodiktische Formulierungen wie *Die Paragraphen sollen unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung die offene demokratische Auseinandersetzung mit oppositionellen Meinungen verhindern. Sie stellen damit einen schweren Angriff auf die politische Meinungsfreiheit dar* waren eben nicht ohne Weiteres vermittelbar. Das Thema sollte in unterschiedlicher Intensität bis zum Bibliothekartag 1979 in Berlin in der bibliothekarischen Öffentlichkeit präsent bleiben, zweifellos mit einem Höhepunkt auf dem Bibliothekskongress in Stuttgart 1978,⁷⁹ zu dem u. a. eine wiederum maßgeblich von einem Bremer Bibliothekar erstellte Dokumentation zu Fällen von sog. »Zensur« und »Selbstzensur« erschienen war.⁸⁰

Der Bremer Bibliothekartag 1977 war ein unruhiger in unruhigen Zeiten. Die Aufbruchsstimmung in den Bibliotheken nach den Neugründungen war spürbar den Einsichten in die Realitäten gewichen, Reformmüdigkeit machte sich breit, neue Ziele wurden kaum postuliert, große Projekte wie die Einheitsklassifikation erlebten ihre bibliothekspolitische »Bestattung«, womit ein Teil des Kluthschen Lebenswerkes zerstört wurde, kurzum: Es herrschte ein *Moll-Ton*,⁸¹

77 Ingeborg Sobottke an Gisela Rottsahl, Bochum, 16. 5. 1977 (Staats- und Universitätsbibliothek Bremen; Bibliotheksarchiv, Akte Bibliothekartag 1977): *Auf die Mitgliederversammlung bin ich gespannt und rechne mit allem. Nur gut, daß wir keine wichtigen Abstimmungen haben.*

78 Vgl. Ingeborg Sobottke, Mechthild Goth, VdDB. Bericht über die 29. ordentliche Mitgliederversammlung am 2. Juni 1977 in Bremen, in: Zeitschrift Bibliothekswissenschaft und Bibliographie 24 (1977), S. 555-559, bes. S. 558 (mit Text der Resolution).

79 Vgl. Babendreier (wie Anm. 74), S. 63-68.

80 Karl Heinz Ladeur, Martin Walsdorff (Hg.), »Wir verfolgen aufmerksam und bereit ...«. Dokumentation im Anschluß an die Diskussionsgrundlage zur Vorbereitung des Bibliothekskongresses 1978 in Stuttgart, Bremen 1978, in Ergänzung zu: Heinz Jacobi, Eckart Menzler, Eine Zensur findet nicht statt / Hochkonjunktur der Selbstzensur, in: BUB 29 (1977), S. 774-779.

81 So Marks (wie Anm. 66), S. 233.

die wirtschaftliche Rezession forderte auch in den Bibliotheken ihren Tribut. Es gab mehr Fragen als Antworten, es machte sich eine gewisse Ratlosigkeit über die zukünftigen Entwicklungen breit. Für die Universitätsbibliothek Bremen erwies sich der Bibliothekartag, bei allen logistischen und personellen (Ortskomitee) Belastungen, als Imagegewinn. *Die negative Vorauspropaganda* vermochte der VDB-Vorsitzende Sontag nach seinen Erfahrungen kaum mehr teilen;⁸² immerhin konnten viele der Teilnehmer erstmals eine große Universitätsbibliothek mit (fast) konsequenter systematischer Freihandaufstellung persönlich in Augenschein nehmen. Die potenzielle Leistungsfähigkeit der Universitätsbibliothek wurde trotz vielfältiger Probleme deutlich. Das Engagement der Bremer Bibliothekarinnen und Bibliothekare war außerordentlich groß. Empfundene organisatorische Missstände, wie die erstmals durchgeführten Parallelveranstaltungen, lagen nicht in ihrer Verantwortung, wohl aber die weithin gelobte Ausgestaltung des den Kongress abschließenden Mensafestes mit einem *Bibliotheksmusical* und gespielten Sketchen. Gelegentlich ist es das vermeintlich Randständige, was bleibt.⁸³

82 Helmut Sontag an Gisela Rottsahl, Berlin, 28. 8. 1977 (Staats- und Universitätsbibliothek Bremen; Bibliotheksarchiv, Akte Bibliothekartag 1977).

83 Was auch bleibt ist der folgende, bis heute interessante Sammelband: 67. Deutscher Bibliothekartag in Bremen, Hannover 1977 (DFW Sonderheft Universitätsbibliothek Bremen), mit u. a. Beiträgen von Rolf Kluth, Eberhard Kaiser, Wolfgang Budach und Gerhard Knoll.

Erweiterte Recherchemöglichkeiten zu Segelschiffen im Staatsarchiv Bremen

Von Wolfgang Walter

Die Schifffahrtsgeschichte lebt in weiten Teilen von der Beschäftigung mit dem einzelnen Objekt, mit dem konkreten Wasserfahrzeug. Freilich verteilen sich die Informationen zu Schiffen über diverse Archivbestände und Quellengruppen. Auch sind diese Angaben häufig in Form von Listen oder Registern erfasst, in die das einzelne Schiff eingereiht ist und keine weitere Aufmerksamkeit erfährt. Um dem interessierten Schifffahrtshistoriker zu helfen, sind Recherchemöglichkeiten unerlässlich, die Namen einzelner Schiffe, einige Basisdaten und die Fundorte ausführlicherer Informationen aufzeigen. Diese Miszelle stellt einige jüngst abgeschlossene Hilfsmittel vor.

Schiffsregister und -vermessungen

In mehrjähriger ehrenamtlicher Arbeit wurden die Eintragungen aus den Bänden des Bremer Schiffsregisters der Jahre 1698 bis 1868 und den Bremer Schiffsvermessungen der Jahre von 1853 bis 1872 digital erfasst. In der Benutzerberatung des Staatsarchivs Bremen stehen diese nun in Form von EXCEL-Dateien jedermann zur Verfügung. Der Umgang mit beiden Originalquellen ist schwierig, weil die Schiffsregister als handgeschriebene Folianten vorliegen und die Vermessungsprotokolle in Form von tausenden losen, ebenfalls handschriftlich ausgefüllten Blättern. Sie sind chronologisch geordnet; nur für einen zeitlich kurzen Abschnitt liegen vom Staatsarchiv Bremen angefertigte Namensverzeichnisse vor.

Bisher konnten diese nur ausgewertet werden, wenn der Name eines oder die Namen mehrerer Schiffe bekannt waren. Deswegen war es nur mit erheblichem Aufwand möglich, einen Überblick über einen bestimmten zeitlichen Rahmen zu gewinnen oder gezielt einen bestimmten Namen zu suchen, wenn sich die ihn betreffenden Eintragungen nicht an der vermuteten Stelle anfinden. Dagegen bündeln die Computer-Dateien alle Namen von Bremer Schiffen und Bremer Schiffen in einer Handvoll Listen. Dies gestattet Recherchen, ob unter dem gesuchten Namen überhaupt Schiffe verzeichnet waren und in welchen Archivalien das betreffende Schiff oder der Schiffer im Laufe der Jahrhunderte erwähnt wird.

Trotz allem ist dieses Thema immer noch voller Tücken: Als Handelsstadt war Bremen immer bemüht, den Vorschriften des Seerechts zu genügen und seine Schiffe nachzuweisen. In Bremen beheimatete Schiffe wurden von 1698 bis 1868 im Bremer Schiffsregister erfasst, zwischen 1853 und 1872 ergänzt durch eine Verzeichnung Bremer und fremder Schiffe in den Akten der amtlichen

Schiffsvermessung, ohne dass die besagten Bestände lückenlos überliefert sind. Vor etwa 1830 gab es sehr verschiedene Ursachen dafür, dass Unterlagen über Bremer Schiffe verloren gingen. Gerade für die Anfänge sind jahrelange Lücken zu konstatieren, und erst nach der Franzosenzeit, also ab 1813, scheinen die Bestände dann praktisch komplett überliefert zu sein. Immerhin erlauben es die Computer-Dateien jetzt, die Daten gezielt neu anzuordnen und so die Fehlstellen genauer zu erkennen.

Die vorhandenen Unterlagen sind naturgemäß in der jeweils gängigen Sprache verfasst, dennoch sind sie für die Zeit nach 1700 zumeist noch einwandfrei verständlich. Sie sind wegen der unterschiedlichen Handschriften der Kanzleibeamten nicht immer leicht lesbar. Die Transkription der Namen gestattet nun einen schnellen Überblick. Dagegen war ein anderes Problem bei der Bearbeitung nicht endgültig lösbar. Personennamen, Schiffsnamen und Ortsnamen wurden früher nicht mit der heute üblichen Genauigkeit notiert. Auf Grund phonetischer Ähnlichkeit erachteten die Zeitgenossen vielfach zwei unterschiedliche Namen als gleich. Ebenso häufig differiert die Schreibweise des gleichen Namens, obwohl eigentlich nicht unterschiedliche Schiffe gemeint waren, sondern das gleiche. Dem Forscher bleibt nur übrig, bei Zweifelsfällen die weiteren Umstände zu recherchieren.

Welche Ansatzpunkte bieten die Dateien dem Schiffahrtshistoriker? Durch die nunmehr vorliegenden Dateien wird ein übersichtlicher Zugriff auf die vorhandenen Schiffsdaten möglich. Die Dateien lassen sich folgendermaßen gruppieren:

1. Index aller Namen der Schiffer und Schiffe,
die im Schiffsregister vorkommen

Die beiden Indices dienen als Hilfsmittel, wenn Informationen zu einem bestimmten Schiff oder Schiffer gesucht werden. Alle Namen sind grundsätzlich in der Schreibweise wiedergegeben, wie sie bei der ersten Registrierung in Bremen notiert wurde. Erfasst sind hier auch eventuell erwähnte Namen vor und nach der Registrierung in Bremen, soweit sie in den Originalen vorkommen oder aus zuverlässigen Quellen bekannt wurden. Es ist zu beachten, dass der Schiffsname früher möglicherweise mit seinem Artikel geschrieben wurde (Der Neptun) oder mit Zusätzen wie Frau etc. (Die Frau Margaretha) versehen war.

2. Daten der Schiffsregister Band 2 ab 1698 bis Band 10 bis 1868,
mit Erläuterungen

Die Daten der verschiedenen Bände der Schiffsregister sind in getrennten Dateien erfasst, dazu gehören spezielle Erläuterungen. Diese gehen auf die sich im Laufe der Jahrhunderte stark gewandelten amtlichen Anforderungen ein, insbesondere welche Art von Unterlagen für die Registrierung notwendig waren und überliefert sind. Mitunter wurden heute belanglos erscheinende Dokumente gesammelt, dann ausschließlich Bielbriefe oder nur Kaufbriefe. Gelegentlich wird über längere Zeiträume hinweg der Eigentümer des Schiffes oder die Größe des Schiffes

nicht einmal erwähnt, dann wieder werden diese Dinge detailliert aufgeführt. Manchmal wird der Schiffer nicht erwähnt, zu anderen Zeiten ist er Dreh- und Angelpunkt der Registrierung.

3. Daten der Bremer Schiffsvermessungen 1853 bis 1872, mit Erläuterungen

In der amtlichen Schiffsvermessung in Bremen, Vegesack und Bremerhaven wurden zwischen 1853 und 1872 etwa 6.250 Segelschiffe und 165 Dampfer erfasst. Anfangs sind diese Vermessungen aus organisatorischen Gründen nahezu lückenlos dokumentiert. Später durften Schiffe auch in anderen Häfen amtlich vermessen werden, wenn die dortigen Vorschriften dem Bremer Verfahren entsprachen.

Namensindex deutscher Segelschiffe

Es gibt kein allgemeines Inhaltsverzeichnis der umfangreichen Literatur über deutsche Segelschiffe. Dennoch erhebt sich oftmals die Frage, wo irgendeine Information zu einem bestimmten Segelschiff zu finden sein mag. Deswegen gibt es zusätzlich zu den Computerdateien zum Schiffsregister und zur Schiffsvermessung bei der Benutzerberatung im Staatsarchiv Bremen jetzt auch eine Datei mit über 12.000 Namen deutscher Segelschiffe, die in etwa 110 Bänden zufällig durchgearbeiteter Literatur erwähnt werden. Diese Arbeit kann naturgemäß nicht abgeschlossen werden und wird dementsprechend auch weitergeführt. Sie dient ähnlichen Zwecken wie das Bremer Schiffsregister, ersetzt aber nicht die weltweit vorhandenen und heute allgemein gut zugänglichen gedruckten Schiffsregister. Stattdessen bezieht sie sich ausschließlich auf Literatur, also veröffentlichte Bücher.

Dabei ist aus Gründen des Umfangs eine Wiedergabe der Information selbst nicht möglich, sondern es wird lediglich angegeben, wo etwas über ein spezielles Schiff zu finden ist. Als Basisinformationen wurden nur der Name des Schiffs beim Stapellauf, sein Schiffstyp, das Jahr und der Ort seiner Erbauung festgehalten; zudem wurden bis zu sieben Mal das Jahr einer Umbenennung und der neue Schiffsname, eventuell eine Fischereinummer und das Ende des Schiffs samt Jahresangabe ergänzt. Dazu kommen die Literaturangaben. Mit der Suchfunktion des Programms EXCEL lassen sich Schiffsnamen in der Datei unabhängig davon auffinden, ob der Name für das neue Schiff galt oder nach einer Umbenennung.

*

Bremer Segelschiffe, die nach 1868 in Bremen registriert wurden, sind in der vorliegenden Arbeit nicht erfasst. Für die Zeit ab 1868 stellt der Bremer Schiffsindex des Staatsarchivs Bremen (der in der Benutzerberatung eingesehen werden kann) ein komfortables Suchinstrument dar, das den Benutzer schnell zu den vorhanden Quellen führt. Die hier vorgelegten Schiffslisten ergänzen diese Auskunftsmöglichkeiten.

Sie bieten einen breiten Einblick in das weite Thema Segelschiffe aus Bremen oder aus Deutschland und gestatten einen bequemen Zugang zu den alten Unterlagen, ohne jedes Mal auf die empfindlichen Originale zurückgreifen zu müssen. Zudem ermöglichen sie eine weitgehend freie Bearbeitung unter übergeordneten Gesichtspunkten. Aus diesem Grund stellt sie der Autor jetzt der Allgemeinheit zur Verfügung und hofft, dass sie seinen interessierten Nachfolgern von Nutzen sein mögen.

Rezensionen und Hinweise

Baumann, Ludwig in Zusammenarbeit mit Joa, Norbert: Niemals gegen das Gewissen. Plädoyer des letzten Wehrmachtsdeserteurs. Freiburg i. Breisgau: Herder 2014. 126 S.

Der heute hochbetagt in Bremen lebende Ludwig Baumann hat in einem Bereich der NS-Gewaltherrschaft, der bis lange nach Kriegsende nachwirkte, Geschichte geschrieben: Die Problematik der »Wehrmachtsdeserteure« und ihrer Rehabilitierung ist mit seinem Namen verbunden. Googelt man seinen Namen mit dem Zusatz »Wehrmachtsdeserteur«, so findet man Tausende von Einträgen. Zeitungen berichteten über ihn, Fernsehanstalten sendeten Dokumentationen, er kam in Talkshows zu Wort. Im Jahr 2013 führte Norbert Joa intensive Interviews mit Baumann, Grundlage für ein Buch, das ein engagiertes Plädoyer, zugleich eine politische Biografie in Form einer Ich-Erzählung ist.

Neu ist dabei außer der Fülle des ausgebreiteten Materials die Form der Darbietung: Der Einleitung folgen neun chronologisch aufgebaute Kapitel, die in sich Zeitsprünge enthalten. Das erste Kapitel beginnt mit Erinnerungen an zwei Freunde, Kurt Oldenburg und Johann Lukaschitz, die ihre Fahnenflucht mit dem Leben bezahlen mussten. Die biografische Darstellung setzt im Jahr 1979 ein, als Baumann 57-jährig den Vierteiler »Holocaust« im Fernsehen sieht und erschüttert ist, weil ihm das volle Ausmaß der Massenvergasungen bis dahin nicht bekannt gewesen war.

»Dass aber im Grunde auch ich zu den Opfern zählte, war mir damals nicht bewusst. Ich war politisch, hatte aber meine Geschichte verdrängt.« Das Bremer Jugendamt bot ihm eine Tätigkeit als Zuarbeiter an, damit er seine Rente aufbessern konnte, und dort begegnete er Mitarbeitern, darunter »Pazifisten und Kommunisten«, die ihn, den Wehrmachtsdeserteur, erstmals »nicht für den letzten Dreck hielten, im Gegenteil«. (S. 13f.)

Noch im ersten Kapitel springt die Erzählung zurück zur Vergangenheit der Eltern und zur Kindheit und Jugend in Hamburg. Nachdem die Mutter im November 1937 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen ist, wird der 15-jährige Maurerlehrling rebellisch und verweigert sich z. B. der Hitlerjugend. Mit dem Kriegsbeginn am 1. September 1939 endet das Kapitel, Baumann kehrt mit dem Schiff von Helgoland zurück, wo sein Bautrupp an Stollen für Munitionsdepots hatte arbeiten müssen. Das zweite Kapitel behandelt im Wechsel Erlebnisse in den Jahren 1981 (die große Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten im Oktober), 1940 (u. a. Reichsarbeitsdienst in Elbing), 1985 (Proteste gegen Wohlstandskonsum und Mahnwachen gegen Rüstung in Bremen) und 1941 (Einziehung zur Kriegsmarine, Vorbereitung auf die Invasion Englands, Abstellung zur Hafenkompagnie Bordeaux). »Dafür hat man die genommen, die man nicht mehr gebrauchen konnte, die größten Pfeifen – darunter ich.« (S. 27) Am Ende des Jahres reifte der Entschluss zu desertieren, weil Baumann und sein Freund Kurt Oldenburg selbst in Südwestfrankreich erkennen konnten, dass die deutsche Wehrmacht Hunderttausende sowjetische Kriegsgefangene auf freiem Feld erfrieren ließ. »Diesen Krieg, diese Verbrechen wollen wir nicht mitmachen.« (S. 28)

Die Struktur der politischen Biografie folgt dem Reißverschluss-Prinzip. Eine der beiden Schließketten beginnt mit einer Art von politischem Erwachen im Jahre 1979, die andere mit der Kindheit in den 1920er Jahren. Die Zähne greifen zeitlich fortlaufend ineinander bis zum Februar 1966, wo sich die beiden Erzählstränge miteinander verbinden. Baumanns Ehefrau Waltraud stirbt 33-jährig bei der Geburt des

sechsten Kindes. Der alkoholabhängige Ehemann – schwer traumatisiert durch Qualen und Verfolgungen, die er als verurteilter Deserteur hat erleiden müssen – ist verzweifelt und braucht noch Jahre, um sich von seiner Sucht zu lösen. Ab dem 8. Kapitel verläuft die Erzählung linear: Baumann wird zu einer Münchener Großdemonstration gegen rechts im Zusammenhang mit der sog. Wehrmachtsausstellung eingeladen. Vor Zehntausenden Demonstranten hält er am 1. März 1997 eine Rede. Der zähe und von Rückschlägen begleitete Kampf um die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure füllt die folgenden Seiten. Im März 1998 sieht der FDP-Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig in einem Gesetz-Entwurf die Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile vor. Doch auf Betreiben des CSU-Abgeordneten Norbert Geis werden die Urteile gegen Deserteure in der entscheidenden Beratung davon ausgenommen. Die seit Oktober des Jahres regierende rot-grüne Koalition nimmt ihr Vorhaben, die Urteile pauschal aufzuheben, im Zuge des Kosowo-Krieges 1999 wieder zurück. Im Jahr 2001 bittet Baumann die Bundestagsfraktion der PDS um Unterstützung. Diese reicht den SPD-Antrag vom März 1998 wörtlich erneut ein. Nunmehr – bei der ersten Lesung im Mai – lehnt die SPD-Fraktion ihn ab. Er sei »das Papier nicht wert, auf dem er steht – nicht die Zeit wert, die man braucht, um ihn abzulehnen«. (S. 109)

Später entschuldigt sie sich dafür und hebt am 17. Mai 2002 gemeinsam mit den Stimmen der Grünen und der PDS die Urteile gegen die Wehrmachtsdeserteure auf. Von der Rehabilitierung ausgenommen blieben jedoch die als »Kriegsverräter« zum Tode verurteilten NS-Opfer. Der Historiker Wolfgang Wette führte den Nachweis, dass alle noch erhaltenen Todesurteile auf Willkür beruhten und der § 57 Militärstrafgesetzbuch als Gummiparagraf genau dies bezweckte. So fiel auch das letzte Hindernis. Baumann dankt insbesondere dem Bundestagsabgeordneten der Linken Jan Korte für dessen Einsatz. Er habe wesentlich dazu beigetragen, dass das Parlament am 8. September 2009 auch die »Kriegsverräter« rehabilitierte.

Auch andere, noch andauernde Probleme schildert er, z. B. den Konflikt um die Gleichbehandlung von Verfolgten der sowjetischen Besatzungsmacht und der DDR-Justiz einerseits und der Wehrmachtsjustiz andererseits an der Gedenkstätte in Torgau, obwohl sich unter den »Verfolgten« der einen Seite auch Verfolger der anderen befinden.

Die Geschichte der Bewusstwerdung und Annahme der eigenen Geschichte, nicht als Held, aber auch nicht als Feigling (S. 68), erweist sich als sehr lesenswert. Das Buch enthält Dokumente oder Auszüge daraus wie z. B. anonyme Schmähbriefe oder Schreiben offizieller Stellen, es ist einfach ausgestattet, auf die Verwendung von Fotos hat der Verlag verzichtet.

Ulrich Schröder

Behne, Axel und Steimer, Hans Gerhard (Hrsg.): Hermann Allmers. Briefwechsel mit Freunden im Nordwesten. Briefwechsel II. Bremen: Temmen 2014. 888 S.

Es ist zu dem neuen Band der Allmers-Briefe gleich eingangs positiv zu bemerken, innerhalb welcher relativ kurzer Zeit ein zweiter Band mit ausgewählten Briefwechseln von Hermann Allmers (1821–1902) vorgelegt wird. Jeder, der sich mit der kritischen Herausgabe von Briefen, geschweige denn umfangreichen Briefwechseln beschäftigt hat, wird diese Leistung zu würdigen wissen. Sie ist harte philologische Kärnerarbeit, in einem Spannungsprozess zwischen zu vielen und zu wenigen Zusatzinformationen, zwischen zu viel und zu wenig Kommentar. Wie bereits in der

Rezension zum ersten Band des Allmerschen Briefwechsels 2010 (vgl. Brem.Jb. 90, 2011, S. 309-311) hervorgehoben ist das Ganze als sehr gelungen, ja als modellhaft zu bewerten!

In dem vorliegenden zweiten Band werden für den spezifisch an Bremen interessierten Leser weniger Anknüpfungs- und Identifikationsmuster als im ersten, Bremen gewidmeten Band zu finden sein. Dafür weitet sich der Blick in das Hannoversche und Oldenburgische sowie in den nördlichen Raum mit Hamburg und Schleswig-Holstein, die mit 293 ausgewählten Briefen aus den Jahren 1847 bis 1902 vertreten sind. Eine angekündigte, möglicherweise auf Teilbände verteilte Fortführung mit Hinblick auf den gesamten deutschen Sprachraum ist zu begrüßen, zumal Allmers immer auch Kontakte in das südliche Deutschland pflegte.

Bei einer derartigen Themenvielfalt, wie sie einer Korrespondenz wie der vorgelegten eigen ist, ist es der Subjektivität des Rezensenten vorbehalten, Schwerpunkte herauszustellen. Da sind zum einen die Briefe aus den Reisejahren, besonders diejenigen aus Italien, z. T. umfangreich und einem Tagebuch ähnlich. Sie faszinieren durch ihre Lebendigkeit, Detailgenauigkeit und ihren Realismus (Alltagsschilderungen). Dennoch ist bei aller Hingezogenheit zum Süden Allmers die blinde Euphorie so vieler deutscher Italienreisender des 19. Jahrhunderts eher fremd. In Rom findet auch der an Bremen Interessierte seine Bezüge wieder und zwar in Wilhelm Henzen (1816–1887), dem aus Bremen stammenden Direktor des Archäologischen Institutes, und in dem Bildhauer Carl Steinhäuser (1813–1879). Bereits nach der Rückkehr nach Rechtenfleth erwähnt Allmers im Januar 1860 sein kommendes Projekt: *Römische Schlendereien*, die späteren *Römischen Schlendertage*, deren Drucklegung in der Korrespondenz mit dem oldenburgischen Verleger August Schwartz nachvollziehbar wird.

Zum anderen offenbart sich eine gegenseitige Annäherung von Allmers und den Worpsweder Künstlern der Zeit, die von Respekt und Zuneigung gezeichnet war. Allmers geriet, ungeachtet seiner Freundschaft mit dem Worpswede-Gegner Arthur Fitger, in die Rolle eines *pater familias* für Mitglieder der Künstlerkolonie.

Thomas Elsmann

Bickelmann, Hartmut und Peters, Dirk J.: Vierundfünfzigmal Bremerhaven. Miniaturen zur Geschichte von Stadt und Hafen (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven, Bd. 22), Bremerhaven: Stadtarchiv 2013. 352 S.

Mit diesem Sammelband legen Hartmut Bickelmann (bis 2013 Leiter des Bremerhavener Stadtarchivs) und Dirk J. Peters (der im Deutschen Schiffahrtsmuseum die Abteilung »Schiffahrt im Industriezeitalter« verantwortet) eine Reihe von kürzeren Beiträgen zur Bremerhavener Stadtgeschichte vor, die sie im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte in Publikationsorganen wie dem »Niederdeutschen Heimatblatt« oder »Heimat Nordsee-Küste« veröffentlichten und die deswegen bisher nur noch über öffentliche Bibliotheken zugänglich waren.

Die beiden Autoren gliedern ihre Artikel in die Kapitel »Grundlagen und Strukturen«, »Menschen und Ereignisse«, »Häfen, Schleusen, Schiffahrtszeichen«, »Schiffbau und Industrie«, »Stadtentwicklung und Architektur« und »Wohnen, Arbeiten, Freizeitgestaltung« sowie »Grenzen und Grenzüberschreitungen«. Schon die Kapitelüberschriften spiegeln die Bandbreite der von den Autoren gewählten Themen wider, die zumeist in wirtschafts-, sozial- und teilweise auch technikgeschichtlicher Perspektive ausgeleuchtet werden sowie die Stadtentwicklung und Fragen der

Architektur behandeln. Dabei stehen Überblicksartikel (»Junge Stadt mit alter Geschichte«) neben Beiträgen im Duktus von Reportagen (»Spurensuche am Geestemünder Querkanal«), doch auch biographische Skizzen (»Mit Obstsaft gegen Alkohol. Julius Flach, ein Geestemünder Wirtschafts- und Technikpionier«) und firmengeschichtliche Portraits (insbesondere zu den Bremerhavener Werften) sind zu finden. Variato delectat – diese Mischung von Darstellungsformen gestaltet die Lektüre abwechslungsreich, die Beiträge sind durchweg gut recherchiert und mit Hinweisen zu Quellen und Literatur versehen. Dabei greifen Bickelmann und Peters nicht selten auf umfangreiche wissenschaftliche Detailstudien aus ihrer eigenen Feder zurück. Insofern können die vorliegenden Beiträge auch als Quintessenz ihrer wissenschaftlichen Beschäftigung mit Bremerhaven angesehen werden. Auch gelingt es den Autoren, die vergangene Nutzung heute unscheinbarer Orte plastisch zu schildern (so zum Beispiel Bickelmann in »Fisch, Kohl, Gemüse und Obst aus der Region«) und so Schlaglichter auf spannende, aber vergessene Aspekte der Geschichte der Stadt an der Wesermündung zu werfen. Obwohl der Sammelband ein Abdruck verschiedener Beiträge ist, die in fast 30 Jahren entstanden sind, finden sich im Text nur wenige Wiederholungen und diese fallen kaum ins Gewicht. Manche Artikel sind aktualisiert, in anderen sind neue Wissensstände in den Fußnoten nachgetragen worden. Hervorzuheben ist auch das durchweg gute Lektorat und das gründliche Register; freilich hätte sich der nicht-ortskundige Leser eine Karte gewünscht, um die zahlreichen Orte besser lokalisieren zu können.

Wie ist das vorliegende Werk zu nutzen? Wie ergänzt es die bisherige Literatur? Welche Leser wird es erreichen? In mancher Hinsicht erinnert das Buch an die Publikation »Bremen – Handelsstadt am Fluss«, die das Bremer Überseemuseum 1995 vorlegte. Denn die Autoren werfen Schlaglichter auf die Stadtgeschichte Bremerhavens, sie bieten dem Leser kürzere, in sich abgeschlossene und gut lesbare Artikel an. Ohne dem Leser die Lektüre einer systematischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bremerhavens abzuverlangen, greifen Bickelmann und Peters an vielen Stellen die großen Entwicklungslinien auf. »Vierundfünfzigmal Bremerhaven« ergänzt und aktualisiert damit die gängigen Standardwerke zur Stadtgeschichte ebenso wie den hafengeschichtlichen Führer von Lars U. Scholl aus dem Jahr 1980 und das Bremerhavener Personenlexikon. Das Buch bietet keinen lexikalischen Zugriff auf die Bremerhavener Stadtgeschichte, daher ist es eigentlich nicht statthaft, über Lücken zu klagen. So setzen die Autoren ganz bewusst ihre Schwerpunkte. Zahlreiche Beiträge verdeutlichen ihr Engagement für Fragen des Denkmalschutzes, während Themen der Politikgeschichte nur gestreift werden. Der Rezensent ist trotzdem der Meinung, dass Beiträge über die Motorenwerke Bremerhaven und die Rickmers-Werft, das Deutsche Schifffahrtsmuseum und das Alfred-Wegener-Institut diesen Band abgerundet hätten.

Jörn Brinkhus

Böning, Holger und Nagel, Michael: Erster Weltkrieg in Bremen und in der Bremer Presse. Impressionen und Schlaglichter auf das Kriegserleben in der Hansestadt (Presse und Geschichte – Neue Beiträge. Bd. 85). Bremen: edition lumière 2014. 381 S.

Eine Vorbemerkung: Die vorliegende Veröffentlichung will die Wahrnehmung des Krieges durch die regionale Presse in Bremen zeigen und damit einen Beitrag zur Erforschung der Heimatfront leisten.

In ihrer ausführlichen Einleitung setzen sich die Autoren jedoch zunächst einmal ausführlich mit der neuen Literatur zur Kriegsschuldfrage und besonders mit den neuen Forschungsergebnissen Christopher Clarks und seiner umstrittenen Entlastung Deutschlands auseinander. Nach vierundzwanzig Seiten stellen sie fest: »Dieses Buch will allerdings nicht die Frage der Kriegsschuld diskutieren«. Dann hätten sie es doch auch besser sein gelassen.

Presseberichte entführen zu Zeitreisen, »indem sie in die Lebenswirklichkeiten und Stimmungslagen, in die Erwartungen und Enttäuschungen ihrer damaligen Leser versetzt«. Trotz Zensur war während des Ersten Weltkriegs in Bremen eine relativ freie Berichterstattung und Kommentierung möglich. Daher ist in der Tagespresse eine Unterscheidung zwischen Propaganda und verlässlicher Darstellung einigermaßen leicht. Hinzu kommt für Bremen die mit vier Tageszeitungen relativ vielfältige Presselandschaft, die ein Differenzieren zwischen den Zeitungen ermöglicht. »Kriege sind Zeiten der Lügen« heißt der Prolog, in dem sich der Autor mit den Zensurbestimmungen und besonders dem sogenannten »Zensurbuch für die deutsche Presse« vom März 1917 auseinandersetzt. Es folgen Darstellung und Analyse der Weser-Zeitung, der Bremer Nachrichten, der Bremer-Bürger-Zeitung und des Bremer Tageblatts, die nicht nur in Bremen sondern auch in und hinter den Schützengräben an der Front gelesen wurden.

Wie sehr vaterländischer Patriotismus, Nationalismus und Militarismus bereits vor dem Ersten Weltkrieg von Teilen der bremischen Bevölkerung Besitz ergriffen hatte, zeigt Prolog II mit einer Abhandlung über die Jahrtausendfeiern des Krieges von 1813, getragen von Senat, Kirche, den Schulen, dem Theater und weiten Teilen des Bürgertums.

Kriegsbeginn: die Zeitungen berichten von enthusiastischer Begeisterung auf Straßen und Plätzen. Auch Wilhelm Kaisen erinnert in seiner Autobiographie an eine übermächtige Menge, berauscht und immer wieder das Deutschlandlied singend; leider eine wertlose Erinnerung, denn Wilhelm Kaisen befand sich damals gar nicht in Bremen, sondern in Hamburg, wo ihn am 1. August der Einberufungsbefehl erreichte.

Später wird es dann aber stiller, auf den Straßen und in den Zeitungen. Die sozialdemokratische Bürger-Zeitung warnt vor Seuchen, Hungersnot und Krieg, den Geißeln der Menschheit. Die Bilder und Berichte der begeistert ins Feld ziehenden 75er täuschen. Zwischen den Zeilen ist immer wieder auch von Wehmut, stillem Ernst, verzweifelndem Händeringen und tränenreichem Jammer zu lesen. Zeitgenössische Tagebucheintragungen bestätigen das: »Alle haben das Gefühl, es geht direkt zur Schlachtbank«. Die Zeitungen aber sind in den ersten Kriegstagen voller patriotischer Aufrufe, Gedichte und Anzeigen. Abgesehen von der Bremer-Bürger-Zeitung gibt es kaum Stimmen, die den ganzen Ernst und das Ausmaß der kommenden Katastrophe erkennen.

Insgesamt siebzehn Kapitel zählt vorliegendes Buch. Es würde im Rahmen dieser Besprechung zu weit führen, jedes einzelne davon wie bisher zu behandeln. Aber sie sollen wenigstens genannt werden.

Auf »Bremen im Kriegszustand« folgen »Der Alltag geht weiter?«, »Die Mobilisierung der Heimatfront – Liebesgaben und Propaganda zur Erhöhung der Opferbereitschaft«, »Die holde Kunst«, »Not und Hunger an der Heimatfront«, »Berichte von der Front – Verbindungen mit der Front«, »Bismarcks Geburtstag und andere Helden«, »Stimmen der Barbarei – Gegenstimmen«, »Eine Besonderheit – die Bremer-Bürger-Zeitung«, »Der Tod hält Einkehr. Zeitungsanzeigen für Kriegsgefallene und öffentliches Gedenken in Bremen«, »Kriegsüberdruss und Durchhalten an der Heimatfront«.

Den Beitrag »Zensur in Bremen und im Reich« würde man sich methodisch lieber vorne im Buch gewünscht haben, wo es bereits um Zensur und den Quellenwert der Zeitungen geht. Das gleiche gilt für das abschließende Kapitel: »Was Bremer Zeitungsleser wissen konnten oder: Über den Quellenwert der Presse«.

Die Zeitungen stellen eine vorzügliche Quelle für das Eintauchen in das damalige Leben und die Stimmung der Bremer Bevölkerung dar, beim Lesen und Blättern sowohl in den Quellen wie in dem vorliegenden Buch muss man sich aber immer wieder klar machen, dass im Wesentlichen Krieg und Kriegsalltag in Bremen entlang der Zeitungsnachrichten und -berichte geschildert und gespiegelt wird. Was nicht in den Zeitungen steht, wird auch nicht behandelt. Nichts verraten sie z. Bsp. darüber, wie es den Menschen in den Hungerjahren 1916 bis 1918 wirklich in Bremen erging, nichts auch vom Sterben nach Ausbruch der »Spanischen Grippe« an der Heimatfront, das in dem Beitrag über »Der Tod hält Einkehr« ganz ausgeblendet wird. Es bleibt so bei »Impressionen und Schlagzeilen«, aber das ist ja auch die erklärte Intension der Veröffentlichung.

Eine umfangreiche Bibliographie der Bremer Presse 1914 – 1918 beschließt den Band mit seiner reichen Bebilderung an Presseillustrationen, Plakaten, Anzeigen, Karten und Abbildungen aus der Sekundärliteratur, deren drucktechnische »Blässe« allerdings durchgehend zu beklagen ist.

Was schließlich der letzte Beitrag über »Leopold Rosenak, Bremer Rabbiner und Feldrabbiner an der Ostfront bis 1918, im Kampf gegen den Antisemitismus in der Weimarer Zeit« in der vorliegenden Veröffentlichung über den Kriegsalltag in Bremen zu suchen hat, hat sich dem Rezensenten auch nach mehrmaligem Lesen nicht erschlossen.

Hartmut Müller

Brinkhus, Jörn: Die Novemberpogrome 1938 im Land Bremen (Kleine Schriften des Staatsarchivs Bremen. Heft 48). Bremen: Staatsarchiv 2013. 82 S.

Seit 1998 findet im Bremer Rathaus zum Gedenken an die Reichspogromnacht 1938 alljährlich die »Nacht der Jugend« statt. Zur 16. Auflage dieser Veranstaltung am 12. November 2013 hat Jörn Brinkhus, Archivrat im Staatsarchiv Bremen und Herausgeber der Schriftenreihe des Staatsarchivs, eine beeindruckende Broschüre vorgelegt. Sie ist auf der Höhe des gegenwärtigen Standes der NS-Forschung, richtet sich aber vorrangig an eine historisch wenig informierte Leserschaft, für die die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft eine längst vergangene Zeit sind, wie es für viele der jungen Leute zutreffen dürfte, die zur »Nacht der Jugend« ins Bremer Rathaus kommen. Brinkhus verzichtet deshalb darauf, seine Ausführungen mit einem wissenschaftlichen Apparat aus Anmerkungen, Zitatbelegen sowie einem Quellen- und Literaturverzeichnis zu unterfüttern. Stattdessen gibt er abschließend einen Überblick über die Archivbestände und wissenschaftliche Literatur, die er für seine Darstellung herangezogen hat, und stellt darin mit kurzen Kommentaren voneinander abweichende wissenschaftliche Auffassungen zu einzelnen Aspekten des Themas und seine eigene Position in diesen Fällen vor (S. 79 ff.).

Der erste, knapp ein Viertel des Gesamtumfangs ausmachende Teil der Broschüre bietet eine kompakte ereignisgeschichtliche Darstellung der in der Nacht des 9. November 1938 beginnenden und am folgenden Tag andauernden Gewaltexzesse, die besonders auf das »Wechselspiel zwischen zentralen Anordnungen und lokalen Aktionen« sowie die »Dynamik des Verfolgungsgeschehens« (S. 11) abhebt. Regionaler

Bezugsrahmen dieser Darstellung ist das Gebiet des heutigen Bundeslandes Bremen unter Einbeziehung einiger niedersächsischer Umlandgemeinden nordöstlich der Stadt Bremen, deren örtliche SA-Gliederungen der SA-Gruppe »Nordsee« mit Sitz in Bremen zugeordnet waren. Brinkhus arbeitet überzeugend heraus, dass es sich bei dem Pogrom zwar um eine »von oben« angeordnete Aktion handelte, dass es aber wesentlich von besonderen örtlichen Gegebenheiten und vor allem von einzelnen Personen abhing, in welchem Ausmaß es zu Gewalttaten kam, die von Sachbeschädigungen, Plünderungen und Brandstiftung bis zur körperlichen Misshandlung jüdischer Mitbürger gingen und mit der Ermordung von Selma Zwienicki und Heinrich Rosenblum in der Bremer Neustadt sowie von Leopold Sinasohn, Dr. Arthur Goldberg und seiner Ehefrau Martha in Bremen-Nord einen schrecklichen Höhepunkt erreichten.

Im zweiten, zentralen Teil der Broschüre setzt sich Brinkhus anhand von acht Fragen damit auseinander, welche Erklärungen sich aus heutiger Sicht für die damaligen Ereignisse finden lassen und welche Bedeutung das Gedenken daran für unser Geschichtsbewusstsein und unser politisches Selbstverständnis als Bürger eines demokratischen Staates hat bzw. haben soll. Er ordnet die Gewalttaten in den Kontext der Maßnahmen des Regimes ein, die dem Pogrom vorausgingen und unmittelbar im Anschluss daran mit dem Ziel angeordnet wurden, möglichst viele jüdische Mitbürger zum Verlassen Deutschlands zu zwingen oder zu veranlassen, und skizziert die wirtschaftlichen Folgen für die Betroffenen und diejenigen, die von diesen Maßnahmen profitierten (S. 31 ff.). Er legt dar, dass die fünf Morde keine vorab geplanten Taten waren, sondern einer »Dynamik der Gewalt« folgend »scheinbar wahllos« verübt wurden (S. 42), und gelangt in Beantwortung der Fragen »Wie verhielt sich die Bevölkerung« und »Wie spontan waren die Pogrome« zu dem Schluss, dass die meisten Bremer zwar die fortschreitende Entrechtung ihrer jüdischen Mitbürger weitgehend teilnahmslos hinnahmen, dass sie sich aber nicht an den Ausschreitungen beteiligten und eher fassungslos und entsetzt auf die Zerstörungen und Verbrechen reagierten, die dabei angerichtet und begangen wurden (S. 43 ff.). Gestützt auf Ergebnisse der »Täterforschung«, die sich seit einigen Jahren als Teildisziplin der wissenschaftlichen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Herrschaft etabliert hat, zeichnet Brinkhus ein kollektives Sozial- und Mentalitätsprofil der SA-Männer, die sich unmittelbar an den Gewalttaten beteiligten oder entsprechende Anweisungen gaben (S. 51 ff.), das er mit einer historischen Rückblende auf judenfeindliche Tendenzen und Vorfälle in Bremen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und Hinweisen auf die Bedeutung der Kleingruppenstruktur der SA für die Bereitschaft ihrer Mitglieder, Gewalt auszuüben, abrundet (S. 59 ff.). Ein kurzer Abriss der nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft durchgeführten, mit insgesamt unbefriedigendem Ergebnis abgeschlossenen strafrechtlichen Ahndung der Gewalttaten (S. 65 ff.) und ein Überblick über die parallel dazu einsetzenden und bis heute andauernden Bemühungen, die mahnende Erinnerung an das damalige Geschehen unter den jeweils aktuellen, sich kontinuierlich verändernden politisch-gesellschaftlichen Bedingungen und alltäglichen Lebensumständen wach zu halten (S. 69 ff.), komplettieren diesen zweiten Teil der Broschüre, die mit einem differenzierten Resümee zum »historischen Ort der Novemberpogrome« (S. 79 ff.) schließt.

Es ist Jörn Brinkhus gelungen, eine wissenschaftlich anspruchsvolle Darstellung zu einem zentralen Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte zu erarbeiten, die auch für »historische Laien« verständlich und zudem gut zu lesen ist. Sie ist bestens geeignet, als regionalgeschichtliches Basiswerk im schulischen Geschichtsunterricht und in der Erwachsenenbildung eingesetzt zu werden, und kann jedem, der

sich über die Geschichte Bremens in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft insgesamt und die Reichspogromnacht im Besonderen informieren möchte, mit Nachdruck empfohlen werden.

Karl-Ludwig Sommer

Dannhauer, Sören: Deutscher Reishandel 1850–1914. Die zentrale Rolle Bremens und der Familie Rickmers auf einem weltweiten Nahrungsmittelmarkt (Deutsche Maritime Studien, Bd. 22). Bremen: Hauschild 2013. 285 S.

Die Insolvenz des Hauschild-Verlags hat im bremischen wissenschaftlichen Publikationswesen eine Lücke gerissen, von der man gegenwärtig noch nicht weiß, ob und wie sie von anderer Seite wieder aufgefüllt werden kann, obwohl Ansätze für die Zukunft hoffen lassen. Kurz vor Toresschluss erschien in der von Lars U. Scholl initiierten verdienstvollen Reihe Deutsche Maritime Studien des Deutschen Schiffahrtsmuseums in Bremerhaven der 22. Band, der nun wegen der Hauschild-Insolvenz nicht mehr über den Verlag, sondern über das Museum zu beziehen ist.

Im Rahmen des in diesem Jahrbuch bereits früher (Bd. 92, 2013, S. 328–329) gewürdigten Rickmers-Forschungsprojekts waren bereits 2009 zwei Studien in dieser Reihe erschienen (Melanie Leonhard, Die Unternehmerfamilie Rickmers 1834–1918. Schiffbau, Schifffahrt, Handel. Deutsche Maritime Studien, Bd. 8, Bremen 2009; Jörn Lindner, Schifffahrt und Schiffbau in einer Hand. Die Firmen der Familie Rickmers 1918–2000. Deutsche Maritime Studien, Bd. 9, Bremen 2009).

2009 feierte die Firmengruppe ihr 175-jähriges Jubiläum. Der 1834 als Werft in Geestemünde und Bremerhaven entstandene Familienkonzern Rickmers baute und bereederte seine Schiffe, die neben anderen Ladungen vor allem Reis als ein preiswertes Grundnahrungsmittel aus Südostasien nach Deutschland transportierten, um ihn weiterzuverarbeiten und zu vermarkten. Für Rickmers wurde zeitweise die Reismüllerei zum dritten Unternehmensbereich. Neben den substantiellen Studien von Leonhard und Lindner, die sich vor allem Schiffbau und Schifffahrt widmeten, stellte der Rickmersche Reishandel ein Desiderat der Forschung dar, das jetzt mustergültig aufgearbeitet wurde.

Vf. hat 2008 eine leider unveröffentlichte Magisterarbeit über H. H. Meier geschrieben und in seiner Promotion den wissenschaftlichen Schlussstein des Rickmers-Projekts gesetzt. Analysiert werden die sehr wechselnden Marktverhältnisse vor dem Hintergrund des sich entfaltenden ausgeprägten Wirtschaftsliberalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts, Einflüsse wie der einschneidende Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll (1879), Veränderungen in den Warenströmen, Zollfragen, der auch in der heutigen Nahrungsmittelindustrie zu beobachtende Trend zur Kartellbildung (hier die Gründung der Reis- und Handels AG 1901), die Entwicklungen in den wichtigen Reiserzeugerländern Birma und Siam (heute Thailand), speziell für Bremen die 1887–1895 durchgeführte Unterweserkorrektur (S. 134–135) sowie die 1881 gegründete und für den Reistransport neben der veralteten Segelschiffsflotte von Rickmers wichtige Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft »Hansa« (S. 135–138) und viele andere Aspekte mehr. Die technische Weiterverarbeitung in den Reismühlen wird zwar erwähnt, hätte vielleicht aber noch prägnanter und instruktiver auf den Punkt gebracht werden können.

Innerhalb der deutschen Reisindustrie, die der Autor souverän als Ganzes im Blick hat, spielte Bremen eine herausragende Rolle. Darin wird in der Darstellung das Engagement der Familie Rickmers eingebettet, das mit dem Erwerb von Anteilen der

Reismühle Ichon 1872 und der völligen Übernahme 1878 seinen Anfang nahm, und in der umstrittenen Rolle von Andreas Rickmers (1835–1924) gipfelte, der sich vom ursprünglichen Schiffbauer zum herausragenden Reiskaufmann gewandelt hatte. Der legendäre Familienstreit mit seinen Neffen (1908–1909), in der bisherigen Literatur bereits gewürdigt, wird hier noch einmal untersucht (S. 221–224). Er führte zum Ausscheiden von Andreas Rickmers aus dem Konzern und dem Ausstieg der Familienfirma aus dem Reisgeschäft (1910).

Viel ist hier nicht zu monieren. Aus Überzeugung oder als akademische Konzession lässt sich der Vf. auf die modischen Netzwerktheorien (S. 85) ein, über die Ulrich Weidinger in diesem Jahrbuch (Bd. 90, 2011, S. 303) bereits sein kritisches wie zutreffendes Verdikt ausgesprochen hat. Die Betrachtung des Autors ist auch weseraufwärts gerichtet, wo in Hannoversch-Münden seit 1883 eine Reisstärkefabrik für Rickmers arbeitete. Die These, dass eine 1890–1892 auf der eigenen Werft erbaute Flotte aus zwei Schleppern und zwölf Leichtern nicht mehr auf der Oberweser, sondern wegen des Niedergangs der Mühle in Hannoversch-Münden auf der Unterweser eingesetzt wurde, ist anzuzweifeln. In einem Vertrag vom 7. März 1900 überließ die Firma Rickmers ihre Binnenflotte der Mindener Schleppschiffahrts-Gesellschaft (StAB 7,2027-1-1). Die materialreiche Darstellung wird durch einen substantiellen Bestand von Tabellen (dessen Logik in der Nummerierung sich allerdings nicht erschließt) und mit 16 Bildseiten ergänzt. Das Bauschild des bei Rickmers 1902 erbauten frachttragenden Segelschulschiffes HERZOGIN CECILIE (Tafel XVI) hat allerdings mit dem Thema nichts zu tun.

Das Ergebnis ist eine vielseitige wie kenntnisreiche Monographie über den deutschen Reishandel in seiner Blütezeit vor dem Ersten Weltkrieg, die nicht nur die bremische Historiographie, sondern die deutsche wirtschaftshistorische Forschung insgesamt etwas angeht.

Christian Ostersehlte

Dolle, Josef (Hrsg.): Niedersächsisches Klosterbuch. Verzeichnis der Klöster, Stifte, Kommenden und Beginenhäuser in Niedersachsen und Bremen von den Anfängen bis 1810 (Veröffentlichungen des Instituts für historische Landesforschung der Universität Göttingen. Band 56, I–IV). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2012. 2211 S.

Es gilt hier ein ambitioniertes Werk anzuzeigen, dessen Erscheinen bereits wenige Jahre nach Beginn der konzeptionellen Arbeit an dem Vorhaben allein ein Lob verdient. Dass das vierbändige Opus aus einem Guss und als geschlossenes und fertiges Produkt und nicht in Teilbänden und quälenden Teillieferungen erschien, was ein allzu häufiges Schicksal derartiger Vorhaben ist, ist dabei zugleich positiv hervorzuheben.

Das Niedersächsische Klosterbuch hat als ein »Verzeichnis der Klöster, Stifte, Kommenden und Beginenhäuser in Niedersachsen und Bremen von den Anfängen bis 1810« einen enzyklopädischen und handbuchartigen Ansatz, der für ein Druckwerk von über 2000 Seiten im Zeitalter von Internet und Wikipedia von Mut zeugt. Das Wagnis der Bearbeitung eingegangen sind das Institut für historische Landesforschung der Universität Göttingen und der Bearbeiter Josef Dolle. Beiden ist hierfür zu danken, bereichert das Vorhaben doch die vorhandenen historischen Nachschlagewerke und Lexika zu geistlichen Instituten, die auf der Ebene z. B. von einzelnen Orden (Germania Benedictina) bislang z. T. existierten, um ein für die Länder Nieder-

sachsen und Bremen bislang fehlendes, flächendeckendes Werk. Das Handbuch will in seinen Artikeln zu den geistlichen Institutionen »prägnant« die wesentlichen Informationen u. a. zu administrativer und kirchlicher Zugehörigkeit, Rechtsform, Patrozinien, Verfassung, Konfession, Baulichkeiten, Archivalien und Kunstwerken bieten.

Besonders Bremen, das durch die mittlerweile über 100-jährige Existenz einer gemeinsamen Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen in Fragen der Landesgeschichte als zugehörig mitgedacht wird, kann vielfachen Nutzen aus seiner Integration in das Handbuch ziehen. So dürfte es klar auf der Hand liegen, dass in Bremen ein derartiger institutioneller Überblick nicht erschienen wäre, wenn er nicht im Rahmen des vorliegenden Werkes integriert gewesen wäre.

Doch genug der lobenden Vorrede, was enthält das Werk aus Bremer Sicht? Der streng ortsalphabetischen Ordnung des Handbuchs geschuldet, nimmt Bremen bereits im ersten Teilband ca. 60 Seiten Raum ein (S. 193-259). Für die Bearbeitung der Einzelartikel konnten durchweg einschlägig ausgewiesenen Bearbeiterinnen und Bearbeiter gewonnen werden. Beginnend mit dem Domstift St. Petrus folgen das Kollegiatstift St. Willehad / Stephani, das Kloster St. Pauli (alle Ulrich Weidinger), St. Ansgarii (Sabine Presuhn), die Klöster der Zisterzienserinnen von St. Katharinen (Bernd Ulrich Hucker), der Dominkaner (Weidinger), der Franziskaner (Wilhelm Tacke), der Deutsche Orden (Weidinger) und die Jesuiten sowie die Beginen an St. Nicolai und St. Katharinen (alle Tacke).

Alle Artikel sind selbstverständlich nach einem Gliederungsschema gleichförmig strukturiert, was bei mehrmaligem Nachschlagen von Artikeln die Orientierung verbessert und die Suche nach spezifischen Informationen erleichtert. Neben den Hauptartikeln zu »Geschichte und Bedeutung der Institution« werden Nutzer sicher die Informationen zu Quellen und Literatur, aber auch die Listen zu den Institutsvorständen begrüßen, liegen letztere doch für viele Institutionen anderswo nicht oder oft nur an abgelegenen Stellen vor. Dass es bei einem derartigen Werk, an dem 138 (!) Autoren beteiligt waren, zu Abweichungen kommen mag, muss man hinnehmen, für Bremen ist eine angenehme Geschlossenheit der Einzelbeiträge zu konstatieren.

Da Bremen auch im Mittelalter kein isoliertes Territorium war, lohnt der Blick über die Stadtgrenze auf die benachbarten Klöster wie Osterholz, Lilienthal, Hude und Heiligenrode, um nur die nächstgelegenen zu nennen.

Die vier Bände werden als Teile bezeichnet und gezählt. Teil 1–3 enthalten die Ortsartikel, Teil 4 den Anhang (Literatur und Register), mit einem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis, das streng alphabetisch gegliedert ist, mit einem Verzeichnis der Mitarbeiter und einem Index der Personen- und Ortsnamen. Für letzteren wird man trotz des einfachen topographischen Aufbaus des Werkes sehr dankbar sein. Nützlich für alle Benutzer sind in Teil 4 zudem die Karten, die eine Gesamtkarte in einer Einlegtasche und Teilkarten zu den Städten umfassen (Karte 2 Bremen, S. 2183).

Mit dem fast zeitgleich erschienenen Mittelalter-Band der Bremischen Kirchengeschichte (vgl. Brem. Jb. 91, 2012) liegen nun für die mittelalterliche Kirchengeschichte Bremens sowohl ein moderner Überblicksband als auch auf der Ebene der monastischen bzw. klosterähnlichen Institutionen ein systematisches Handbuch vor. Dass hierbei auch in der Person der Bearbeiter Überschneidungen vorkamen, ist ein glücklicher Zufall, der das Jahr 2012 zu einem guten Jahrgang für die bremische Kirchengeschichte werden lässt.

Es sei an dieser Stelle nicht vergessen darauf hinzuweisen, dass die Historische Gesellschaft Bremen für die Bearbeitung von Teilen der Bremen-Artikel finanzielle Zuschüsse geleistet hat. Im Interesse der bremischen Landesgeschichte gut angelegtes Geld.

Konrad Elmshäuser

Fischer, Norbert und Pelc, Ortwin (Hrsg.): *Flüsse in Norddeutschland. Zu ihrer Geschichte vom Mittelalter bis in die Gegenwart* (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden, Bd. 41; Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 50). Neumünster: Wachholtz 2013. 527 S.

»Flussgeschichte« hat als eine querschnittliche Subdisziplin der Regionalgeschichte Auftrieb bekommen. Hier werden unter Zugrundelegung einer geographischen Kategorie Natur-, Siedlungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Kulturräume unter einer ähnlichen methodischen Verklammerung behandelt wie etwa Gebirgsgegenden. Hinzu kommt, dass die Geographie eine ähnliche Vielfalt an Themen und Fragestellungen aufweist wie die Geschichtswissenschaft.

Für die norddeutsche Tiefebene bietet sich diese Herangehensweise geradezu an und hat bereits in der Vergangenheit zu ergiebigen Resultaten geführt. Dabei hat sich der Landschaftsverband der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden besondere Meriten erworben. 2006 gab er einen Sammelband (240 S.) über die Unterelbe mit den Resultaten einer Tagung in Stade 2002 heraus (Rezension im Brem. Jb. Bd. 86, 2007, S. 337-338). Umfangreicher (424 S.) wurde 2011 ein Folgeband über die Unterweser, der die Ergebnisse einer Bremerhavener Tagung 2009 zusammenfasste (Rezension im Brem. Jb. Bd. 91, 2012, S. 299-301).

Von ähnlichem Umfang ist der vorliegende Band, der nach der Behandlung der beiden wichtigsten norddeutschen Flusssysteme gewissermaßen »in die Ecken kehrt«. Insgesamt 22 Autorinnen und Autoren haben insgesamt eine gleiche Zahl von Beiträgen veröffentlicht. Drei Aufsätze von Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt (S. 213-224), Hansjörg Küster (S. 261-270) und Günther Bock (S. 271-304) kommen noch einmal auf die Unterelbe zurück. Für Bremen interessante Themen werden von drei weiteren Beiträgen berührt. Michael Ehrhardt beschäftigt sich mit dem frühneuzeitlichen Wasserbau- und Deichwesen zwischen Drepte und Lune, also auf der rechten Weserseite südlich des heutigen Bremerhavens (S. 379-405). Hartmut Bickelmann reflektiert in vielfach bewährter Manier über die Geeste und Lune (S. 407-440). Der archäologische Aufsatz von Annette Siegmüller handelt über »Die Struktur von Landeplätzen und Ufermärkten des ersten Jahrtausends an Weser und Ems« (S. 441-460). Die übrigen Beiträge befassen sich unter den verschiedensten Aspekten mit den Flüssen Trave, Warnow, Sude, Stör, Krückau, Bille, Ilmenau, Schwinge, Oste und Maade (bei Wilhelmshaven). Vier weitere Aufsätze betreffen künstliche Wasserstraßen bzw. deren Planung vom 16. bis zum 20. Jahrhundert: Alster-Trave-Kanal, Eiderkanal, Dortmund-Ems-Kanal sowie ein unausgeführtes Projekt eines Binnenkanals zwischen der Kieler Förde durch Ostholstein zur Elbe. Aufschlussreich ist ferner der Beitrag von Sylvina Zander über »Eisdecke, Eisgang und Eisschutz« (S. 487-502) mit der Trave als Schwerpunkt, der über den vorindustriellen Umgang mit der winterlichen Vereisung, bevor im 19. Jahrhundert Eisbrechdienste durch Spezialdampfer oder/und eisgängige Schlepper eingeführt wurden. Insgesamt erstreckt sich das Buch thematisch über Norddeutschland vom Emsland bis Mecklenburg.

Es wird dadurch deutlich, dass aufgrund der Vielzahl der Themen und Ansätze die einzelnen Beiträge nicht weiter einzeln gewürdigt werden können. Insgesamt passiert ein buntes Kaleidoskop von Siedlungs-, Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Schifffahrts-, Bau-, Sozial- und Ökogeschichte Revue. Grundsätzliches hierzu wird im einführenden Beitrag der beiden Herausgeber »Flussgeschichte: Zur Einführung« (S. 9-16) gesagt, aber auch von anderen Autoren in ihren Einzelbeiträgen. So sieht Hans-Georg Bluhm in seinem Aufsatz über die Stör die französische

»Annales«-Schule vorbildhaft am Werk (S. 147), während Peter Danker-Carstensen seine Arbeit über die Krückau mit den grundsätzlichen Worten einleitet: »Wasser verbindet und Wasser ernährt. Schon von alters her haben Menschen Flüsse, Seen und Meere viel stärker unter diesem Blickwinkel gesehen, als unter jenem, dass Wasser trennt und gefährlich ist. Selbst die trennende Wirkung des Wassers ist seit eh und je genauso genutzt worden, wie sie unter Umständen als lästig empfunden wurde« (S. 167) und Christina Deggim exemplarisch für ihr Forschungsobjekt, die Schwinge, aber gleichzeitig allgemeingültig subsummiert: »Die Schwinge diente den Stadern und ihren Landesherrn auf vielfältige Art. Sie war Nahrungsquelle, Verkehrsweg, Schutz und Waffe, Werkzeug und Bedrohung. Sie wurde überbaut, kanalisiert, durchstochen und eingedeicht. Durch Verschlickungen und Ausspülungen, Überflutungen und Versandungen schuf sie sich einen eigenen Weg im Zusammenspiel mit der Elbe. Für das Verhältnis von Menschen zu Flüssen in Norddeutschland bietet sie ein lohnendes Forschungsobjekt« (S. 335). Damit ist zur Substanz und Vielfalt dieses Bandes eigentlich (fast) alles gesagt, nur sei hinzugefügt, dass dieses auch in der Herstellung und Illustration qualitätsvolle Buch ohne Ausnahme substantielle Beiträge ausgewiesener Autoren präsentiert, die ein »Pharaonengrab« für die künftige Forschung zusammengetragen haben.

Christian Ostersehle

Focke, Harald: Borgwards Hubschrauber (Carl B. – Auto-Geschichte(n), Bd. 4). Bremen: Peter Kurze 2014. 80 S.

Carl F. W. Borgward (1890–1963) plante in den 1950er Jahren, auch einen leichten mittleren Hubschrauber für drei Personen in Serie zu bauen. Der wohlbekannte Bremer Autofabrikant glaubte damals, der Hubschrauber habe eine ganz große Zukunft, auch als Ersatz für die Autos auf den immer dichter befahrenen Straßen. Für dieses ehrgeizige Ziel holte der Unternehmer Anfang August 1956 den bekannten Bremer Flugzeugkonstrukteur Henrich Focke (1890–1979) in die Hansestadt zurück. Er hatte seinen »Kolibri« auch schon so gut wie fertig. Am 9. Juli 1958 flog der Borgward-Helikopter erstmals über das Werksgelände in Sebaldsbrück mit einer Reisegeschwindigkeit von 160 km/h. Am 21. März 1961 beschloss der Aufsichtsrat der Borgward AG, alle Arbeiten an dem Hubschrauber einzustellen und die bisher von Professor Focke geleitete Abteilung aufzulösen.

Harald Focke rekonstruiert in »Borgwards Hubschrauber« präzise und umsichtig die Historie dieses Projekts und die Gründe für dessen Scheitern. Die fünfjährige Geschichte des Kolibris wird hier vor dem Hintergrund der Nachkriegszeit erstmals gründlich recherchiert, faktenreich erzählt und mit vielen bislang unveröffentlichten Fotos anschaulich illustriert. Dieses Buch erschließt der historisch interessierten Leserschaft ein vormals weithin unerschlossenes Kapitel bremischer Technikgeschichte. Der Autor informiert die Leser übersichtlich gegliedert in 19 Abschnitten über Idee, Entwicklung, Bau, Motor, Vermarktung und andere Aspekte des »Autos der Lüfte«. Das sollte der Borgward-Focke Helikopter sein, billiger als alle anderen Hubschrauber in der Anschaffung und im Unterhalt. Dazu sicher und einfach zu fliegen. Doch es blieb ein Traum.

Jürgen Temper

Handelskammer Bremen (Hrsg.), mit Beiträgen von Lydia Niehoff, Stefan Offenhäuser, Liliane und Georg Skalecki: 475 Jahre Haus Schütting. Bremen: Schönmann 2012. 136 S.

Das nicht nur im architektonischen Sinne spannungsreiche Gegenüber von Rathaus und Schütting gibt dem Bremer Marktplatz seine unverwechselbare Prägung. Während das Rathaus naturgemäß Gegenstand vieler Publikationen ist, darunter eine Reihe von Monografien, fand das Gebäude des Schüttings weniger Beachtung. Hervorzuheben sind hier eigentlich nur Hermann Entholts Monografie von 1931, Rudolf Steins längere Abhandlung in seinen inventarartigen Bänden zu Bremens Architektur 1962 und Peter Hahns Monografie zum 450-jährigen Bestehen des Schüttings von 1988, der erstmals Quellen und Baubefunde zusammenbringt und einer kritischen Analyse unterzieht. Hierauf aufbauend gab die Handelskammer zum 475-jährigen Bestehen erneut eine Monografie heraus, die die Geschichte der Institution und des Hauses auf eine breite Basis stellt. Neben dem Jubiläum war Anlass für die Herausgabe die Sanierung des Daches, verbunden mit der repräsentativen Wiederherstellung und Ausschmückung des Zustandes, wie er durch Max Salzman und Ernst Ehrhardt Ende des 19. Jahrhunderts gestaltet worden war und wie er in der Bombennacht am 6. Oktober 1944 verlorenging. Wobei die neuen Bekrönungen des Dachfirstes auf keiner historischen Abbildung oder Zeichnung im Buch zu erkennen sind und dort auch nicht begründet werden.

Lydia Niehoff beschreibt zunächst das Selbstverständnis der bremischen Kaufmannschaft, wie es sich in der Geschichte des Gebäudes und in Dokumenten spiegelt. Sie kann dabei auf Quellen zurückgreifen, die sich in dem überregional bedeutenden Archiv der Handelskammer erhalten haben. Sprachlich präzise und prägnant, aber dennoch kurzweilig und manchmal augenzwinkernd formuliert, führt Niehoff auch durch das Haus und erzählt dabei die Geschichte der Nutzung und seiner Einrichtung. Nebenbei erfährt der Leser viel über Handel und Seefahrt im Allgemeinen und über die Bremische Geschichte im Speziellen.

Den Hauptteil des Buches mit der Schilderung der Baugeschichte haben sich Landeskonservator Georg Skalecki und seine Frau Liliane geteilt. Georg Skalecki versucht, die architekturgeschichtliche Stellung des Hauses Schütting neu herauszustellen. Bisher wurden der Baukubus und die Architekturformen allgemein aus Flandern hergeleitet. Anhand von Vergleichsbeispielen wie dem Brüsseler oder dem Löwener Rathaus, vor allem aber dem ›Table Ronde‹ und dem Brüsseler Brothaus als analog zu Bremen errichtete Gegenüber zum jeweiligen Rathaus, weist Skalecki die neuartige Schlichtheit der ursprünglichen Bremer Schüttingfassade als eine der frühesten Renaissancearchitekturen im deutschen Kulturraum aus. Skalecki kommt dabei ohne lange, wissenschaftliche Argumentationsketten aus. Alles ist allgemeinverständlich geschrieben. Der schlanke Anmerkungsapparat beschränkt sich entsprechend auf Literaturangaben meist allgemeiner Art und verzichtet auf Seitendiskurse. Bemerkenswert ist seine Identifizierung des Baumeisters des Schüttingbaus von 1536: Johann de Buschener aus Antwerpen mit der in Löwen und Brüssel tätigen Baumeisterfamilie de Busscher. Damit scheint die bisher ungeklärte Frage des Wirkungskreises des im Bremer Baukontrakt Bezeichneten geklärt. Der architekturgeschichtlich bedeutendste Teil des Schüttings, weil noch in Situ weitgehend original erhalten, ist der 1565 neu errichtete und Karsten Husmann zugeschriebene Ostgiebel. Er ist das einzige erhaltene Beispiel, das den ausgeprägten Formenapparat der Hochrenaissance zeigt. Skalecki sieht in der Kombination von Bogen und Pilastern das früheste Beispiel der ›Serliana‹, das auch als ›Palladiomotiv‹ bezeichnet wird. Auch wenn der Rezensent dem so nicht ganz folgen möchte, so ist es dennoch das Verdienst des

Landeskonservators, die architekturgeschichtliche Bedeutung des Schüttings in seiner ursprünglichen Gestalt vor der ›Verschönerung‹ Ende des 19. Jahrhunderts herausgearbeitet und dem Bau damit erstmals den ihm gebührenden Platz bei der Genese der Renaissance in Deutschland zugewiesen zu haben.

Den umfangreichsten Beitrag zum vorliegenden Band leistet Liliane Skalecki mit der Darstellung der Baugeschichte. Akribisch, aber für den Leser trotzdem leicht konsumerabel, breitet sie das Quellenmaterial anhand von vielen eingeflochtenen Zitaten aus. Besonders der Anbau von 1913–15 und der Wiederaufbau nach dem Krieg werden erstmals ausführlicher dargestellt. Vom Fließtext abgesetzt findet der Leser zu den wichtigen Daten der Baugeschichte farblich abgesetzte Kästen, in denen markante Ereignisse in Bremen, Deutschland, Europa und der Welt kurz aufgeführt werden. Diese lockern das Textbild auf, scheinen aber inhaltlich absichtlich keinen Bezug zur Schilderung der Baugeschichte zu haben, irritieren deshalb eher und lenken vom Inhalt ab.

Als letzten Beitrag schildert Stefan Offenhäuser die Sanierungsarbeiten der Außenhaut des Schüttings, die als Abschluss des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg verstanden werden sollen. Nach guter Tradition wurden wieder weitgehend bremische Handwerksbetriebe mit den Arbeiten betraut. Auch wenn das neue Erscheinungsbild ungewohnt wirkt, soll der Schütting sich in das Gebäudeensemble am Markt einfügen.

Der beim Schünemann-Verlag erschienene Bildband im A4-Format ist vorzüglich verarbeitet und repräsentativ gestaltet. Er ist mit vielen ganz- und doppelseitigen Abbildungen ausgestattet, die von Frank Pusch mit künstlerischem Anspruch fotografiert wurden.

Uwe Bölts

Horn, Sabine, Marszolek, Inge, Rohde, Maria und Schöck-Quinteros, Eva: Protest vor Ort. Die 80er Jahre in Bremen und Göttingen. Essen: Klartext 2012. 336 S.

Die Autoren dieses Sammelbandes – Studenten, die ihre im Rahmen eines Projektseminars angefertigten Hausarbeiten für die Drucklegung zur Verfügung gestellt haben – bearbeiten zwei Schwerpunkte: a) die Auseinandersetzungen anlässlich der Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion sowie b) die Neuen Sozialen Bewegungen sowie das Alternativmilieu in der Hansestadt Bremen und in der Universitätsstadt Göttingen (wobei die Untersuchungen zu Göttingen in dieser Rezension außen vor bleiben sollen).

Die Beiträge zu den Auseinandersetzungen am Weserstadion behandeln weniger die – schon häufig dargestellte – Ereignisgeschichte als vielmehr die politischen Debatten im Vor- und Nachhinein. Florian Reible und Christophe Schindler referieren in ihrem Beitrag den Verlauf und die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse in Bonn und Berlin sowie ausschnitthaft die Parlamentsberichterstattung. Mit der Rolle eines wichtigen Leitmediums, der BILD-Zeitung, setzen sich Kim Dresel, Malte Stieber und Rieke Vogel auseinander. Katrin Heitweiler und Eike Hermes lassen die Gewaltdiskussion in Publikationen der »Bremer linken Szene« Revue passieren, während Alexander Melskis Beitrag die Haltung der Landes-SPD zu dem Gelöbnis aufbereitet. Diese Beiträge bestätigen im Wesentlichen das bisherige Bild: Ohne die (in den Untersuchungsausschüssen behandelten) Kommunikationsspannen in der Bremer Landesverwaltung hätten polizeiliche Maßnahmen besser greifen können. Hinsichtlich der Angemessenheit eines Gelöbnisses war die Bremer SPD mit sich

selbst uneins, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Nachrüstungsdebatte. Die Darstellung der Ereignisse im größten Boulevardblatt Deutschlands lässt sich als einseitig charakterisieren. Und schließlich wies die »Linke« in der Hansestadt, untersucht man sie auf die Militanz ihres Protestes und ihre Haltung zum Gewaltmonopol, vielfache Differenzierungen auf. Andere, wichtige Aspekte werden kaum ausgeleuchtet: Das Handeln und die Position wichtiger Akteure wie Henning Scherf oder Hans Koschnick werden hingegen nur oberflächlich thematisiert, obwohl einschlägige Biographien zu diesen Politikern vorliegen. Zudem sollte sich eine Mediendiskursanalyse nicht auf ein Medium beschränken, sondern den Weser-Kurier und auch Radio Bremen als die lokalen Leitmedien einschließen.

Einen zweiten Schwerpunkt bilden Beiträge zum Alternativmilieu und den Neuen Sozialen Bewegungen in der Hansestadt. Ein Autorenquartett beschäftigt sich mit der Bremer Antiatomkraftbewegung und würdigt das Wirken von Jens Scheer, eines wesentlichen Protagonisten. Rahel Killisch und Wiebke Neuser setzten sich mit der Friedensbewegung an der Bremer Universität auseinander, während ein Autorinnen-trio das Wirken der autonomen Frauenbewegung ausleuchtet. Diese organisationsgeschichtlichen Beiträge sind häufig gut strukturiert und instruktiv geschrieben, sie gehen aber nur teilweise über die bisherige Darstellung hinaus (etwa in dem von Christoph Butterwegge und Hans G. Jansen herausgegebenen Sammelband »Neue Soziale Bewegungen in einer alten Stadt«). Ein Beitrag über Kontaktanzeigen in den linksalternativen Medien Bremens liefert Impressionen zum Thema.

Das Urteil des Rezensenten fällt gemischt aus. Die Untersuchungsgegenstände sind sicherlich durchweg interessant und lohnend. Allerdings beschränken sich viele Beiträge darauf – insbesondere die zu den Auseinandersetzungen anlässlich des Rekrutengelöbnisses – einen begrenzten Quellenkorpus zu ordnen und zu referieren. Interpretatorisch bleiben diese Beiträge dann zwangsläufig auf die Thesen und Fragen beschränkt, die auch schon die Zeitgenossen umtrieben. So gelingt es den Autoren nur teilweise, die Geschehnisse am Weserdeich mit einer Analyse der Bremer Landespolitik, der Entwicklung der Bundesrepublik in den 80er-Jahren oder der Diskussion um Gewalt als ein Mittel der Politik zusammenzubringen. Auch die Beiträge, die Aspekte der Neuen Sozialen Bewegungen und des Alternativmilieus beleuchten, bleiben überwiegend den Quellen verhaftet. M. E. schließen diese Studien nur teilweise an den Forschungsstand an (genannt sei nur der Band »Das alternative Milieu« von Sven Reichhardt und Detlef Siegfried), nie gehen sie darüber hinaus. Schließlich schöpfen die Herausgeberinnen in ihrer Einleitung das Potential für vergleichende Perspektiven kaum aus (S. 14 ff.).

Leider lässt die äußere Gestaltung des Sammelbandes zu wünschen übrig: Die meisten Bremer Beiträge sind – im Unterschied zu den Göttingern – ungebildet. Auch hätte ein gründlicheres Lektorat diverse Sach- und Flüchtigkeitsfehler, missverständliche Formulierungen und Unklarheiten sowie Stilblüten korrigieren können. Zudem schränken die nachlässige Zitierweise und kryptische Belegtechnik mancher Autoren die Nachvollziehbarkeit ihrer Ergebnisse empfindlich ein.

Jörn Brinkhus

Landschaftsverband der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden e.V. (Hrsg.): Elbe-Weser-Dreieck. Eine kleine Landeskunde der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden. Band 42). Stade: Landschaftsverband 2013. 458 S.

1963 wurde in Stade der Landschaftsverband der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden gegründet, der seither einen historiographisch notorisch unterbelichteten Raum neu auf die Landkarte der Landesgeschichte gesetzt hat. Neben der Förderung von Kulturprojekten, Museen, Bibliotheken und Bildungsvorhaben hat der Landschaftsverband nämlich kontinuierlich die historische Erforschung des Elbe-Weser-Dreiecks als einer der großen Geschichtsräume des Landes Niedersachsen unterstützt und vorangetrieben. Über 40 Bände seiner Schriftenreihe geben davon ein beredtes Zeugnis, nicht zu sprechen von den zahlreichen weiteren Publikationen und Projekten, die eine Förderung des Landschaftsverbandes erfahren haben.

50 Jahre erfolgreiche Arbeit, dies ist allemal ein guter Anlass, mit einer besonderen Publikation gewürdigt zu werden. Um das Land zwischen Elbe und Weser – oftmals etwas despektierlich Nasses Dreieck genannt – mit allen Facetten vorzustellen, hat der Landschaftsverband mit dem vorliegenden Buch »Eine kleine Landeskunde« herausgegeben, die so klein gar nicht ist. Auf fast 500 Seiten wird ein reich bebildertes, dabei eng bedrucktes und höchst informatives Kaleidoskop geboten, das Land und Leute, Geschichte, Archäologie, Architektur, Kultur und Natur an Niederelbe und Unterweser entfaltet. Grafisch mag hierbei teilweise das Bild ein wenig sehr bunt geraten sein, so dass manche Artikel einen doch sehr illustrierten Charakter haben, dennoch liegt der Charme des Buches in seinem schier unerschöpflichen Themenangebot, das durch eine kluge Mischung auch nach mehrmaligem Blättern und Lesen noch Überraschungen bereithält. Geschichte oder Landesgeschichte findet man nicht nur in den historischen Themenschwerpunkten des Bandes – dies schon allein, weil die historische Komponente in allen Artikeln evident ist. Statt langatmiger Ausführungen hat man konzeptionell auf knappe und konzise Informationen in verständlicher Darbietung gesetzt. Folglich bietet das Buch zwar zahlreiche, aber doch eher kurze Beiträge. Hierzu eröffnet sich der Inhalt des Bandes nach der Liste der Themenschwerpunkte mit einer anschließenden fast registerartigen Auffächerung nach Institutionen, Einrichtungen, Lebensbildern aus der Vergangenheit und Porträts von Menschen von heute. Trotz dieser ausgesprochen kleinteiligen Übersicht rundet zudem noch ein sorgfältiges Register zu Personen und Orten den Band zusätzlich ab. Verantwortlich für das Werk zeichnen zahlreiche Autorinnen und Autoren aus dem Landschaftsverband und aus den Kultureinrichtungen der Region.

Bremen und vor allem Bremerhaven kommen immer wieder in den Blick, da sie dort, wo dies sinnvoll erschien, systematisch in das Konzept integriert worden sind. Dennoch gilt der Band natürlich hauptsächlich dem stadtarmen flachen Land, das hier vielleicht gerade wegen der weitgehenden Abwesenheit von großen Städten historisch ein eigenes Gepräge angenommen hat. Die selbstbewussten Landesgemeinden der Marschen sind hierfür das beredteste Beispiel. Der Band ist sicher kein wissenschaftliches Grundlagenwerk zur Geschichte und Kultur, eher ein buntes Angebot als Anregung für vertieftes Interesse. Als solches ist er als sehr gelungen zu bezeichnen. Dass der Landschaftsverband ihn Schulen kostenlos zur Verfügung stellt, passt zu seinem Selbstverständnis als Kulturvermittler und ist zudem eine gute Idee. Auch Interesse an Geschichte und historischer Identität muss erst einmal geweckt werden – schon allein, um den Nachwuchs für die nächsten 50 Jahre Verbandsarbeit zu rekrutieren.

Konrad Elmshäuser

Trotz vieler Forschungsaktivitäten und Veröffentlichungen sind auch heute noch weiße Flecken in der Geschichte der Juden in Deutschland zu schließen. Das galt bislang auch für Worpswede. Nur einige Fachleute verfügten über Informationen über die Geschichte der jüdischen Einwohner des Dorfes. Es war aber durchaus nicht so, dass es vor Ort keine Anstöße gegeben hätte, sich mit diesem geschichtlichen Kapitel zu beschäftigen. Seit Ende der 1970er Jahre hat der 2012 verstorbene Siegfried Goldschmidt (Fred Goldsmith) wiederholt den Heimatort seiner Familie besucht. Seit 1991 weist eine von ihm gestiftete Tafel in der örtlichen Zionskirche auf den Tod seiner Großmutter Rosa Abraham und ihrer Schwägerinnen in Theresienstadt hin (der Todesort Rosa Abrahams ist tatsächlich Treblinka). Blamabel die Äußerung von Ferdinand Krogmann in seinem 2011 erschienenen Buch *Worpswede im Dritten Reich 1933–1945*, er habe auf ein Kapitel zum Schicksal der jüdischen Familien verzichten müssen, weil die damalige *Wümme-Zeitung* und auch andere Quellen dazu nichts enthielten.

Dagegen hatte die als Kind in der Nachbarschaft von Rosa Abraham aufgewachsene Christa Meiners-DeTroy bereits 1998 mit Nachforschungen zum Schicksal der letzten jüdischen Einwohnerin vor 1945 begonnen. Intensiv fortgesetzt wurden die Recherchen von Anning Lehmensiek, eine bei Worpswede lebende pensionierte Lehrerin, die ihre Arbeitsergebnisse jetzt vorstellt. Damit liegt nun auch endlich für Worpswede eine Monographie zu diesem Thema vor, und zwar eine ganz besondere Arbeit, die den engen lokalgeschichtlichen Rahmen immer wieder sprengt. Geht es doch in dem Buch um zwei weitgehend voneinander getrennte Lebenswelten: Einerseits erhält der Leser am Beispiel Worpswedens einen Einblick in die Geschichte des nordwestdeutschen Landjudentums vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis in die NS-Zeit. Andererseits geht es um den jüdischen Aspekt des »Künstlerdorfes« Worpswede, zog der Ort doch seit Beginn des 20. Jahrhunderts auch Künstler und Kunstbegeisterte mit jüdischem Hintergrund an – Menschen, die (u. a.) jüdische Vorfahren hatten. Ihr Verhältnis zur familiären Herkunft und zum jüdischen Glauben war ganz unterschiedlich ausgeprägt und bestimmte nicht einseitig ihre »Identität«. Erst durch die NS-Rassenpolitik wurden sie als »Juden« oder »Judenmischlinge« definiert und aus der »deutschen Volksgemeinschaft« ausgeschlossen.

Angesichts der damaligen geringen wirtschaftlichen Bedeutung Worpswedens begann die Ansiedlung von Juden erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als im benachbarten Scharmbeck schon eine kleine jüdische Gemeinde existierte. 1804 erhielt Abraham Leuser nach mehrjährigen Bemühungen von der hannoverschen Regierung in Stade eine Niederlassungs- und Gewerbeerlaubnis (»Schutzbrief«). Erfolg hatte endlich, als er die (durchaus eigennützige) Unterstützung seines Niederlassungsgesuchs durch Ortsbewohner fand. Dies ist im christlich-jüdischen Verhältnis um 1800 allerdings nicht mehr ungewöhnlich. Das Dorf hatte immer nur wenige jüdische Einwohner; maximal zwei Familien fanden hier eine Existenzbasis. Wie fast überall im ländlichen Bereich setzte auch in Worpswede in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Abwanderung in die jetzt rasch expandierenden Städte und das Ausland ein. Seit 1930 wohnte nur noch die Witwe Rosa Abraham im Ort. Ihre Kinder lebten mit ihren Familien bis zur Flucht vor der NS-Verfolgung in Bremen bzw. Delmenhorst. Rosa Abraham selbst konnte nicht mehr rechtzeitig auszuwandern. Der Zwischenstation Bremen folgte 1942 die Deportation nach Theresienstadt und von dort aus in das Vernichtungslager Treblinka.

Ein Sonderfall war die 1882 geschlossene erste jüdisch-christliche Mischehe in Worpswede. Beide Ehepartner blieben bei ihrem Glauben, ließen aber alle neun

Kinder christlich taufen. Dass der Ehemann Meinhard Meyer 1919 auf dem christlichen Friedhof bestattet wurde, obwohl er bis zu seinem Tode nicht konvertierte, ist als ein bemerkenswertes Zeichen beiderseitiger Integrationsbemühungen in Worpswede zu werten. Nach 1933 hatten zwei im Ort verbliebene Töchter als »Halbjüdinnen« unter Diskriminierung und Berufsverbot zu leiden.

Die Buchkapitel zum »Künstlerdorf« beginnen mit dem Grafiker und Schriftsteller Karl Jakob Hirsch (Enkel des bekannten neoorthodoxen Rabbiners Samson Raphael Hirsch), der sich 1912 bis 1929 immer wieder zeitweise in Worpswede aufhielt. Seine (nichtjüdische) Frau Auguste Lotz blieb auch nach der Scheidung weiterhin hier wohnhaft und praktizierte als Ärztin. Aufschlussreich ist besonders der Abschnitt über die Briefe von Auguste Lotz an Hirsch über das Verhalten der Dorfbewohner nach 1945 und Hirschs Eindrücke bei einem Besuch Worpswedes 1946. Der Bremer Kunstsammler und Mäzen Walter Steinberg besaß in Worpswede seit 1926 ein Sommerhaus. Sein Schicksal und das seiner nichtjüdischen Lebensgefährtin Elisabeth Hering, ihre Verfolgung, Ausplünderung und schließlich ihr Tod in Theresienstadt bzw. Auschwitz werden hier erstmals detailliert dargestellt. Das gilt auch für den seit 1936 mit seiner Ehefrau in Worpswede lebenden Schriftsteller Erich Schargorodsky. Seine Identität als »Halbjude« blieb verborgen, so dass er unbehelligt das Leben eines deutschen »Volksgenossen« führen konnte. Als Soldat starb er 1942 an der Ostfront.

Fragt man nach dem Verhalten der nichtjüdischen Dorfbewohner einschließlich der Künstler angesichts der Judenverfolgung oder gar nach ihrem Anteil daran, so lassen sich in Worpswede keine gewaltsamen Übergriffe nachweisen, wie sie etwa in der weiteren Umgebung zu verzeichnen sind. Ein aggressiv judenfeindliches Handeln scheint vor Ort kein Ziel gefunden zu haben. Andererseits herrschte auch hier ein hohes Maß der Anpassung und die Bereitschaft zur Mitgestaltung der NS-Politik »von unten«. In diesem Zusammenhang weist die Autorin wiederholt auf die widersprüchliche Haltung des Schriftstellers Manfred Hausmann hin. Der Kreis der Menschen, die zu Rosa Abraham trotz der praktizierten Hetze gegen Juden und »Judengenossen« noch im Verborgenen Kontakt hielten, schrumpfte seit 1933 offenbar rasch. Problematisch ist in diesem Zusammenhang der Verweis der Autorin auf das örtliche Ergebnis der Reichstagswahlen vom Juli 1932 und März 1933 (NSDAP 47,6 bzw. 55 %) als Maßstab für das politische Klima vor Ort. Der Vergleich mit dem Reichsdurchschnitt führt zu einer Fehleinschätzung. Sinnvoller wäre der Vergleich mit ähnlich strukturierten Landgemeinden, wo die NSDAP schon 1932 mehr als 75 % der Stimmen erhielt.

Die Reihe von Menschen mit jüdischem Hintergrund, die sich in Worpswede niederließen, setzte sich nach 1945 bis heute fort. Wohl nur wenigen Worpsweder Einwohnern wird bislang bewusst gewesen sein, welch schweres Gepäck diese Menschen nach eigenen traumatischen Erfahrungen in der Verfolgungszeit oder aufgrund der Familiengeschichte mit sich trugen und immer noch tragen. Heute ist es vielen von ihnen möglich, relativ frei darüber zu sprechen. Man kann nur hoffen, dass sie aufmerksame Zuhörer finden! Ihre im Buch wiedergegebenen Äußerungen zum heutigen Verhalten der Einwohner lassen hoffen.

Der Autorin gelingen eindrucksvolle Lebensbeschreibungen, in denen sie u. a. bislang unveröffentlichte Texte verarbeitet und neben anderen Archivquellen besonders die aufschlussreichen Entschädigungsakten intensiv auswertet. Ergänzt wird die Darstellung durch viele Abbildungen und ein Personenregister. Schade ist es, dass auch in dieser Arbeit weitgehend auf die (natürlich zeitaufwändige) Auswertung der Regionalpresse von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933 verzichtet wurde; sie verdeutlicht und modifiziert unser Bild eines entscheidenden Zeitraumes in der

deutsch-jüdischen Geschichte, in der sich die Forschung nicht auf große Mengen archivierter »Judenakten« beziehen kann.

Die vorhandene Literatur wurde nicht in allen Fällen herangezogen, so etwa das wichtige *Erinnerungsbuch für die als Juden verfolgte Einwohner Bremens* von 2006 oder Klaus Beers *Ein Denkmal für die Familie Cohen* aus Osterholz-Scharmbeck von 2001. In diesem Zusammenhang ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass das 2003 veröffentlichte Manuskript von Max Markreich *Geschichte der Juden in Bremen und Umgebung* keine zuverlässige Darstellung bietet. Wie man durch frühere Publikationen in die Irre geführt werden kann, lässt sich beispielhaft an der zu Anfang des 19. Jahrhunderts durch den Staat durchgesetzten Annahme fester Familiennamen für Juden demonstrieren (S. 74/75). Weder die wiedergegebene anekdotenhafte Darstellung des Schriftstellers Georg Steinberg und erst recht nicht die fantasievoll ausgeschmückte Darstellung einer diskriminierenden Namensvergabe im habsburgischen Galizien Ende des 18. Jahrhunderts durch den Literaten Karl Emil Franzos ergeben ein Bild der tatsächlichen Gegebenheiten in Deutschland. Heranzuziehen wäre stattdessen Wolfgang Marienfelds Aufsatz *Die Annahme unveränderlicher Familiennamen durch die Juden des Königreichs Hannover im Jahre 1828* (Niedersächsisches Jahrbuch 65, 1993, S. 263-296). Dort der Hinweis auf die »bemerkenswert liberal(e)« Regelung der Namenswahl sowie das Verzeichnis zum Amt Osterholz, in dem auch Abraham Steckler aus Worpsswede erscheint (S. 286, Nr. 167).

Der Text ist einerseits sehr persönlich gehalten, andererseits aber deutlich um sachliche Genauigkeit bemüht. Er hebt sich damit positiv von mancher neuerer Veröffentlichung ab, in der sich Fakten und Fiktion unentwerrbar vermischen. Wiederholt wird deutlich, wie die Autorin versucht, sich von gängigen Klischees über das jüdische Leben früherer Tage zu lösen. Trotzdem ist sie davon nicht völlig frei, ist sachlich auch nicht durchweg ausreichend informiert (wobei allerdings die Breite der Thematik zu bedenken ist) und zeigt deshalb Unsicherheiten in der Quelleninterpretation und Wertung. Auch Formulierungsschwächen kommen vor. So wenn die Autorin von einer »entartete(n) Kunstauffassung der Nazis« (S. 129) spricht oder von »Verfehlungen des Judentums« (S. 176).

Bei allen Kritikpunkten in Einzelfragen muss man der Autorin eine bemerkenswerte Leistung attestieren. Ihr Buch ist ein großer Gewinn für Worpsswede und darüber hinaus, es eröffnet viele Einblicke in bislang unbekanntes Terrain. Worpsswede hat der Autorin zu danken, dass sie die mühevollen Aufgabe übernommen hat, ein »unangenehmes« Kapitel der Ortsgeschichte zu erforschen!

Werner Meiners

Meiners, Werner und Obenaus, Herbert (Hrsg.): Juden in Niedersachsen auf dem Weg in die bürgerliche Gesellschaft. Göttingen: Wallstein 2014. 260 S.

Im Rahmen der »Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen« haben die Herausgeber in diesem Band eine Reihe überarbeiteter Vorträge vor dem Arbeitskreis Geschichte der Juden versammelt, die regionale Beispiele für den in seiner Schnelligkeit und Intensität historisch einmaligen sozialen Aufstieg großer Teile der jüdischen Minderheit in das Bürgertum in Deutschland zwischen 1780 und 1870 darstellen. Zwei Aufsätze, die sich mit dem Verständnis und der Historiographie dieses so schrecklich beendeten Phänomens auseinandersetzen, ergänzen dies.

Der Bogen der Themen ist weit gespannt vom häufig persönlich schwer erkämpften Zugang zu akademischen Berufen über Beispiele jüdischer Vereinsbildung, großbürgerliche Formen der Wohltätigkeit und der finanziellen Förderung kultureller Institutionen bis zur Gottesdienstreform und der Anpassung jüdischer Sakralarchitektur an den bürgerlichen Geschmack der Zeit. Die Bedeutung derartiger Untersuchungen zur Lokal- und Regionalgeschichte, so begrenzt ihr Gegenstand scheinen mag, liegt in der Erforschung einer Faktenvielfalt, die erst die umfassende Deutung deutsch-jüdischer Geschichte von Rürup (1975) bis Lässig (2004) ermöglicht.

Auf der Grundlage intensiver Auswertung regionaler und kommunaler Quellen beschreibt Sibylle Obenaus den mühseligen Ausbildungs- und Berufsweg der ersten jüdischen Advokaten im Königreich Hannover. Dem bremischen Leser fällt dabei ein gewichtiger Unterschied zum zeitgleichen Handeln der bremischen Obrigkeit auf: So wenig ausgeprägt auch in der hannoverschen Regierung das Interesse an jüdischen Advokaten war, so sehr war man doch bereit, die in der Franzosenzeit etwa vom Königreich Westfalen ausgesprochenen Ernennungen zu respektieren und anzuerkennen.

In der Regel handelte es sich um die jeweils ersten Akademiker ihrer Familien, für deren sozialen, wenn auch nicht immer materiellen Aufstieg große Anstrengungen, vorrangig Bildungsanstrengungen erforderlich waren. Als gemeinsame Voraussetzungen gilt für fast alle ein gewisser Wohlstand der Familie und der Besuch der Lateinschule bzw. des Gymnasiums als Ort persönlicher Kontakte zur nichtjüdischen Umwelt. Aber auch für Hannover gilt, dass in Einzelfällen erst die Taufe den Weg des beruflichen Fortkommens ebnete.

Deutlich später als Preußen bemühte sich Hannover um den Aufbau eines säkularen jüdischen Schulwesens. Allerdings wurden sowohl an den schulrechtlichen Regelungen als auch an der Schulaufsicht die Landrabbiner beteiligt. Seit 1848 existierte in der Landeshauptstadt eine halböffentliche staatlich bezuschusste jüdische Lehrerbildungsanstalt. Andreas Brämer betont die Bedeutung der jüdischen Elementarschulen als Vermittler sowohl der hochdeutschen Sprache als auch der Grundlagen eines bürgerlichen Bildungskanons bei gleichzeitiger Wahrung einer jüdischen Identität. Gerade ihr Erfolg führte allerdings zu vermehrtem Besuch staatlicher Schulen durch jüdische Kinder und damit zu ihrem späteren Rückgang.

Ambivalent zu sehen ist auch die Rolle der jüdischen *Bnai-Brith-Logen*, die Hans-Dieter Schmidt am Beispiel der beiden stadthannoverschen Logen beschreibt. Stellten sie einerseits eine Übernahme bürgerlicher Geselligkeitsformen und freimaurerischer Traditionen dar, war ihre bloße Existenz andererseits ein Beleg für die weiterhin bestehende gesellschaftliche Isolation auch des akkulturierten jüdischen Bürgertums im Kaiserreich.

Wie groß der Einfluss der nichtjüdischen Umwelt selbst auf den Kernbereich jüdischer Existenz werden konnte, zeigt Ulrich Knufinke am Beispiel jüdischer Sakralbauten und jüdischer Friedhofsgestaltung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Nach Erreichen der staatsbürgerlichen und rechtlichen Gleichstellung sollte sich auch im Synagogenbau, besonders in den Neubauten des bedeutendsten jüdischen Architekten dieser Zeit, Edwin Oppel, ein deutsches Judentum widerspiegeln.

In ihrem Aufsatz *Nationalisierung oder Verbürgerlichung?* setzt sich Christine G. Krüger mit den Positionen von Simone Lässig auseinander, die in ihrem 2004 erschienenen Werk *Jüdische Wege ins Bürgertum* der These von einer jüdischen Assimilation an eine als homogen gedachte nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft und eine deutsche Nationalkultur widerspricht und stattdessen einen gleichermaßen Juden und Nichtjuden betreffenden Transformationsprozess im Zuge einer allgemeinen Verbürgerlichung beschreibt. Krüger überprüft diese These an einem interessanten

Material: Sie vergleicht die Selbstdarstellungen deutscher und französischer Juden in Publikationen und Predigten während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71. Das Ergebnis fällt nicht so eindeutig aus, wie man erwartet: Dass sowohl deutsche als auch französische Juden angesichts des öffentlichen Loyalitätsdrucks während eines nationalen Krieges diejenigen bürgerlichen Werte betonen, die dem nationalen Selbstverständnis entsprachen, kann nicht verwundern. Möglich, dass die zugrunde liegende Dissertation genauere Ergebnisse liefert.

Der Band schließt mit einem gewichtigen Beitrag des heute an der Universität von Montreal lehrenden deutschen Historikers Till van Rahden, der schon mehrfach Beiträge zur Geschichte des jüdischen Bürgertums zwischen 1800 und 1933 vorgelegt hat. Auch er widerspricht der oberflächlichen Sicht, es handele sich beim Prozess der jüdischen Verbürgerlichung um eine Anpassung an eine nichtjüdische Mehrheit, und beklagt die weitgehende Trennung zwischen der Geschichtsschreibung zur Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und einer davon isolierten Geschichte der Juden in Deutschland. Stattdessen sei die letztere als Teil einer deutschen Geschichte der ethnischen, religiösen und kulturellen Vielfalt zu beschreiben. Wer die Nation als Idee einer homogenen Gemeinschaft und nicht als Alltagspraxis aller Mitglieder begreife, werde der geschichtlichen Realität des Spannungsverhältnisses zwischen Einheit und Vielfalt nicht gerecht. Hatten die frühen bürgerlichen Gegner der Juden diese noch mit dem Argument abgelehnt, sie entsprächen nicht den bürgerlichen Wertvorstellungen, so lehnten die späteren Homogenitätsfanatiker sie ab, weil sie keine Deutschen seien. Hier erweist sich die Aktualität des scheinbar nur historiographischen Beitrages von van Rahden.

Andreas Lennert

Schilling, Ruth: Stadtrepublik und Selbstbehauptung. Venedig, Bremen, Hamburg und Lübeck im 16. und 17. Jahrhundert (Städteforschung. Veröffentlichungen des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster. Reihe A: Darstellungen. Band 84). Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2012. 445 S.

Für die frühneuzeitliche Stadt Bremen und ihre kommunalen Führungsschichten – die Ratsmitglieder, die Kaufmannschaft, die Korporationen und auch die städtische Geistlichkeit – gehörten die Besuche und Empfänge der Erzbischöfe in der Stadt zu den prekärsten Ereignissen, die der politische Kalender bieten konnte. Neben allem Pomp und aller Prachtentfaltung, die beide Seiten hierbei bereit waren ggf. aufzubieten, schwang doch immer unverkennbar die meist unausgesprochene, aber doch umso verbissener verteidigte Auffassung mit, dass man sich über den Status der gegenseitigen Beziehungen einig war, nicht einig zu sein. Dies war geeignet, dem Publikum ein ergötzliches Schauspiel zu bieten und den Akteuren ein diplomatisches Tauziehen unter dem Gewand eines Festes. Bremen stand mit dieser Problemlage im Reich jedoch keineswegs allein – überall, wo konkurrierende Ansprüche um Macht und Vorherrschaft, Suprematie und Autonomie in Konflikt gerieten, stellten sich Strategien zur Friedenserhaltung bei gleichzeitiger Wahrung von Ansprüchen ein. Die Selbstbehauptung republikanischer Eigenständigkeit gehörte also für die Städte der frühen Neuzeit als autonome Oasen im weiten Meer fürstlicher Territorien zum politischen und diplomatischen Alltag. Dabei verstanden sich die Vertreter der kommunalen Eliten aber kaum notwendig als nachrangig, sondern nahmen – so ein Ergebnis der vorliegenden Studie – an diesem Wettbewerb auf Augenhöhe mit den fürstlichen Konkurrenten teil.

Es ist ein lohnendes Vorhaben, eine vergleichende Strukturanalyse von verschiedenen Städten vorzulegen, die sich im 16. und 17. Jahrhundert in ähnlicher Konfliktlage befunden haben. Ruth Schilling hat mit ihrer umfangreichen und beeindruckenden Studie diesen Weg beschritten und sich auf die Untersuchung der drei norddeutschen Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck gestützt, deren Politik mit der einer italienischen Stadtrepublik – Venedig – verglichen wird. Es ist sicher ein nicht geringes Wagnis, eine vergleichende Strukturanalyse von vier so bedeutenden Städten vorzulegen, denn die republikanische Politik der städtischen Autonomie in nur einer dieser Städte zu untersuchen, wäre angesichts der meist recht guten Quellenlage allein ein lohnendes Vorhaben gewesen.

Die Arbeit fragt nach den Räumen der politischen und religiösen Selbstdarstellung sowie nach der Inszenierung von Herrschaftslegitimität und sie stellt die Gruppen in der Stadt in ihrer Teilhabe an der gesamtstädtischen Repräsentation dar. Korporationen, Gesellschaften, Bürgerwehren werden auf ihr Verhältnis zum Gemeinwesen untersucht. Spannend und für den Untersuchungsansatz zentral ist auch die Frage nach der städtischen Außendarstellung, in deren Zusammenhang auch die bremischen Probleme mit dem erzbischöflichen Stadtherrn anlässlich der »Huldigungen« zur Sprache kommen.

»Ordnungsvorstellungen in Stadtrepubliken« – dies ist der zentrale Begriff, unter dem das Thema der Untersuchung von Schilling zu subsumieren ist. Ein wahrhaft weites Feld, das vom trockenen Brot der Verfassungsgeschichte bis in das bunte Buffet der öffentlichen Symbolhandlungen und Herrschaftsrituale führt. Rituelle Handlungen stehen vielleicht noch mehr als konkrete Politik im Zentrum der Untersuchung, die es dem Leser nicht immer einfach macht, den vergleichenden Faden in der Hand zu behalten. Werden doch nicht zu allen Themenschwerpunkten Beispiele aus allen Städten angeführt und wird doch keine der Städte einzeln strukturell vorgestellt. So taucht man ein in die beeindruckende Fülle der dargelegten Details, die sich aus Literatur und Quellen zu den vier Städten zusammentragen ließen.

Die Auswahl dieser vier Städte als Untersuchungsobjekte mag zunächst erstaunen. So naheliegend die Auswahl der drei norddeutschen Städte als tatsächlich verwandter hanseatischer Schwesterstädte ist, so erklärungsbedürftig scheint zunächst der Vergleich mit Venedig. Die Autorin hebt hierbei sowohl auf naheliegende Strukturelemente – wie die lange Tradition kommunaler Autonomie – ab, als auch auf funktionale Elemente wie die Hinwendung der Städte zum Handel über See und ihre Funktion als Hafenstädte und ließ sich nicht zuletzt aus der Geschichte selbst zu ihrer Auswahl anregen: In einem durch einen dänischen Gesandten im Jahr 1573 in Venedig überreichten Gedicht habe man die Serenissima bereits mit den drei norddeutschen Hansestädten verglichen. Die reichs- und kaiserferne Lage der norddeutschen Städte mag im Vergleich zu ihren süddeutschen und rheinischen Pendanten zudem die Wahl beeinflusst haben.

Blickt man unter den Städten auf die jeweils konkrete Ausformung der kommunalen Autonomie, so muss man jedoch in der Binnenstruktur auch auf Unterschiede hinweisen. Nur Lübeck war als Reichsstadt tatsächlich frei, Hamburg und Bremen erreichten erst am Ende des Untersuchungszeitraums diesen Status und auch dies aus sehr unterschiedlicher Ausgangsposition. Bremens Landesherrschaft löste sich mit dem Erzstift faktisch auf und geriet in schwedische Hand, Hamburg konnte sich gegen die holsteinischen Ansprüche letztlich durchsetzen.

Arbeiten wie die von Schilling vorgelegte Darstellung müssen trotz aller Materialfülle notwendig den Mut zur Lücke haben. Für die Binnenstruktur des Verhältnisses Bremens zu den Erzbischöfen ist darauf hinzuweisen, dass diese in Bremen nicht nur als angemessene Landesherrschaft auftraten, sondern als auch von der Stadt letztlich

anerkannte Herrschaft, zudem als Eigner einer legitimen territorialen Enklave, der Domimmunität, was ihre regelmäßigen Besuche erklärte und den Status der Unbestimmtheit des weiteren Verhältnisses zur Stadt beförderte. Es ist zu Bremen kritisch anzumerken, dass es bei der Auswahl der Quellen verwundert, dass die für den Untersuchungszeitraum zentrale und zudem sehr lebendige Koster-Chronik, die wichtige Berichte zu der behandelten Problematik bietet, scheinbar nicht herangezogen wurde – dies obwohl sie seit 2004 in der Edition von Hartmut Müller (vgl. Besprechung in Brem. Jb. 84, 2005) gedruckt vorliegt.

So bleibt man fasziniert, doch auch ein wenig ratlos zurück, schließt sich doch an die fünf sachthematischen Teile der Untersuchung keine ausdrückliche Zusammenfassung an, die aus der Fülle der dargebotenen Betrachtungen die Ergebnisse und Schlüsse in Thesen zusammengezogen hätte. Gerade bei einer vergleichend angelegten Studie ein wichtiger Schritt, der zumindest im sechsten Teil unter dem Titel »Politische Ordnungsvorstellungen in Stadtrepubliken: Wandel im Innern, Kontinuität nach Aussen« in Teilen eingelöst wird. Es bleibt festzustellen, dass in der Fülle der dargebotenen Beobachtung mehr steckt, als in diesem Schlusskapitel zusammengeführt wird. Dem Leser bleibt somit aufgetragen, eigene Schlüsse aus den Beobachtungen zu ziehen. Dies ist natürlich reizvoll zumal im Vergleich zu Venedig, dessen opulente und ausgefeilte Selbstinszenierung in den eher biederen Verlaufsformen des politischen Poms in den norddeutschen Stadtrepubliken aber dann doch kaum einen wirklichen Widerhall findet. Es ist daher für eine mutige und ebenso materialreiche wie auch kluge Arbeit zu danken, der man aus dem Blickwinkel nur einer der behandelten Städte nicht gerecht werden kann, die unsere Kenntnis zur politischen Kultur in den Städten der frühen Neuzeit insgesamt aber unbedingt bereichert.

Konrad Elmshäuser

Schöck-Quinteros, Eva u.a.: Eine Stadt im Krieg. Bremen 1914 bis 1918 (Aus den Akten auf die Bühne. Bd. 6.1). Bremen: Universität 2013. 432 S.

Nachdem die Erforschung des Ersten Weltkrieges im Vergleich zur Erforschung des Zweiten Weltkrieges in Bremen lange Zeit nur wenig Beachtung gefunden hat, ändert sich dies nun mit dem Jahr 2014, in dem der Beginn des Ersten Weltkrieges sich zum hundertsten Mal jährt. Zahlreiche Einrichtungen und Wissenschaftler nehmen dieses Jubiläum zum Anlass, sich mit dem Ersten Weltkrieg und seinen Auswirkungen auf Bremen intensiv zu befassen. Neben einem umfangreichen kulturellen Veranstaltungsprogramm mit Ausstellungen und Vorträgen widmen sich auch erfreulicherweise neue Publikationen dem Thema. So erschien im Sommer 2014 das Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2012/13 mit dem Thema »Bremen und der Erste Weltkrieg«, in dem acht Aufsätze verschiedene Aspekte des Kriegsalltags behandeln. Das Jahrbuch konnten die Verfasserinnen und Verfasser des hier zu besprechenden Sammelbands allerdings noch nicht nutzen, da ihre Beiträge bereits im Sommer 2013 veröffentlicht wurden. Zu der Zeit lagen als jüngere lokale Studien wohl lediglich die Dissertationen von Maria Hermes über kriegsbedingte psychiatrische Erkrankungen (2012) und von Berndt Schlüter über die Kriegsernährungswirtschaft (1998) vor. Vor dem Hintergrund dieser vergleichsweise noch wenig erforschten Zeit des Ersten Weltkrieges bietet der vorliegende Band wichtige neue Erkenntnisse, auf die der Wissenschaftsbetrieb im Jubiläumsjahr 2014 bereits zugreifen konnte.

Den Schwerpunkt des Bandes, der als erster von zwei Teilbänden angelegt ist, bildet die Mobilisierung der sogenannten Heimatfront zwischen 1914 bis 1916. Der zweite Band, der bei Redaktionsschluss noch nicht erschienen war, soll sich mit den Entwicklungen in den letzten Kriegsjahren befassen. Zum vorliegenden Sammelband haben neun Verfasserinnen und Verfasser zwölf Aufsätze beigetragen. Ergänzt wird der Band von einer Chronik der Ereignisse, edierten Quellen und zahlreichen Abbildungen.

Anders als in den vorangegangenen Bänden der Reihe, die als wissenschaftliche Aufbereitung zu den szenischen Quellenlesungen der Bremer Shakespeare Company konzipiert ist, stehen in diesem Sammelband keine Biographien im Mittelpunkt der Beiträge, sondern verschiedene Sachthemen oder Quellen privater Provenienz (Tagebuchaufzeichnungen, Feldpostbriefe). Ohne auf jeden Beitrag näher eingehen zu können, sollen hier doch einige kurz erwähnt werden, um einen Eindruck von den Bremer Kriegserfahrungen zu vermitteln. So befasst sich *Sebastian Willert* mit den Regimentern, die in Bremen stationiert waren, und thematisiert deren Kriegseinsätze sowie die Beziehung Bremens zu diesen Regimentern bis zu ihrer Rückkehr (S. 47-85). *Larena Schäfer* behandelt die sogenannten Liebesgaben-Tätigkeit für die Front, die es auch in anderen Städten gab (S. 87-126). Dabei zeigt sie, dass Bremen ein Netzwerk an Organisationen hatte, in denen vor allem Frauen seit dem Kriegsausbruch immer wieder Sach- und Geldsammlungen durchführten, Waren kauften und herstellten, um die Soldaten an der Front mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Schreibmitteln und anderem zu beschenken und Grußbotschaften aus der Heimat zu vermitteln. Dieses bürgerschaftliche Engagement der Spendenbereitschaft und der zumeist ehrenamtlichen Arbeit zielte – neben dem karitativen Bedürfnis – darauf ab, eine emotionale Verbundenheit zwischen den Menschen an der Front und der Heimat zu zeigen und sinnstiftend zu wirken. Erst als die Versorgungslage sich in Bremen drastisch verschlechterte, wurden diese Gaben auch an bedürftige Menschen in Bremen verteilt. Auf die Kriegsgefangenen in Bremen richtet dann *Johannes Beermann* den Blick (S. 127-168). Er untersucht ein von der Bremer Industrie betriebenes Kriegsgefangenenlager im Bereich des Industriedhafens, den Arbeitseinsatz der Gefangenen in Industrie und Landwirtschaft sowie die Kontakte und Beziehungen der Bremer Einwohner zu den Kriegsgefangenen. Auch diesem Verfasser gelingt es, die Facetten des Kriegsalltags in Bremen deutlich zu machen. So war die Bremer Wirtschaft wegen der zum Krieg eingezogenen Arbeitskräfte sehr an den Kriegsgefangenen interessiert, die sie als Zwangsarbeiter verwendete und ausnutzte. Zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Kriegsgefangenen ergaben sich aber auch vielfältige Kontakte, die erst Ende 1916 verboten wurden. Während mit den Kriegsgefangenen wohl nur eine Minderheit in Bremen intensiv zu tun hatte, war die Lebensmittelversorgung für die Menschen eine fundamentale Kriegserfahrung. Diesem Thema geht *Nico Wiethof* in seinem Beitrag nach und knüpft dabei an die Dissertation von Berndt Schlüter zum gleichen Thema an (S. 291-318). Die Darstellung macht deutlich, wie die Lebensmittelversorgung der Menschen sich im Rahmen der Mangelwirtschaft gestaltete und die Stimmung der Bevölkerung maßgeblich beeinflusste. Dabei erodierte das Vertrauen in den Staat, der die Lebensmittelversorgung organisierte und reglementierte, und die Unterstützung für den Krieg zusehends.

Mit diesem Band wurden neue Grundlagen für das Verständnis der Geschichte Bremens im frühen 20. Jahrhundert gelegt. Im Rahmen eines Aufsatzbandes haben es die Studierenden geschafft, zahlreiche Aspekte des Kriegsalltags differenziert zu vermitteln. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Studierenden in vielen Fällen Pionierarbeit leisten mussten, was die Arbeit sicherlich aufwändig machte und zu arbeitsökonomischen Einschränkungen zwang. Das ist unter diesen Voraussetzungen

aber ganz normal. Die Aufsätze werden für die weitere Forschung nützlich sein, zumal es einigen der Studierenden gelingt, solide Arbeiten vorzulegen, in denen sie ihre lokalen Erkenntnisse für Bremen auch in den überregionalen Forschungsstand einordnen. Erste Anfänge der Erforschung Bremens in der Zeit von 1914 bis 1918 sind nun gemacht und werden hoffentlich bald weitere Studien nach sich ziehen. Es gibt jedenfalls im Staatsarchiv und anderswo noch viele Quellen zum Ersten Weltkrieg in Bremen, die auf ihre Auswertung warten.

Lars Worgull

Scholl, Lars U. (Hrsg.): Bremen und der Erste Weltkrieg. Kriegsalltag in der Hansestadt (Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2012/2013). Edition Falkenberg: Bremen 2014. 222 S.

Aus Anlass des Beginns des Ersten Weltkriegs sind in den letzten Monaten zahlreiche Veröffentlichungen zu praktisch allen Facetten und Erscheinungen des Krieges und seiner Folgen für die europäische Geschichte erschienen. Da wollte man auch in Bremen nicht abseits stehen. Das vorliegende Jahrbuch der Wittheit will der Frage nachgehen, wie sich der Krieg in Bremen, d. h. an der sogenannten »Heimatfront«, im Alltagsleben der Menschen ausgewirkt hat.

In ihrem Vorwort stellen Herausgeber und Autoren fest, dass es zu fast allen von ihnen behandelten Themen kaum nennenswerte Vorarbeiten gäbe. Nun, ganz so schlecht ist die Ausgangslage allein angesichts der über fünfzig Seiten, die Herbert Schwarzwälder im zweiten Band seiner Geschichte der Freien Hansestadt Bremen dem Weltkrieg gewidmet hat, nicht.

Die acht Beiträge des vorliegenden Bandes behandeln überwiegend die organisatorischen Seiten des Kriegsalltags in Bremen, d. h. die Rahmenbedingungen innerhalb derer sich die Menschen in Bremen zwischen 1914 und 1918 bewegten. Es sind fundierte wissenschaftliche Untersuchungen, die allerdings allzu oft die Frage offen lassen, was Krieg und Kriegsalltag im Einzelnen für die Menschen bedeutet haben, wie er sie beeinflusst und verändert hat, und welche Folgen letztlich der Erste Weltkrieg für die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in der Weimarer Zeit hatte. Aber vielleicht war das auch gar nicht die Intension der Autoren und Autorinnen.

Andreas Schulz behandelt in einem ersten Beitrag »Vom Burgfrieden zum Klassenkampf« Parlamentarismus und Parteien in Bremen während des Ersten Weltkriegs.

Hieran hätte sich eigentlich gut der erste Teil von Peter Kuckuks Abhandlung über die »Spaltung der Bremer Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg« angeschlossen, der so aber erst zusammen mit dem zweiten Teil über »Etablierung und Niederschlagung der Räterepublik« am Ende des Bandes erscheint.

Karl Marten Barfuß beschäftigt sich in seinem Beitrag »Der Krieg und die Wirtschaft« mit der Umstellung auf die Kriegswirtschaft, mit der Versorgungssituation in der Stadt, behandelt Löhne, Preise und Lebenskosten und beschreibt die Auswirkungen des Krieges auf einzelne Branchen und Unternehmen, besonders für Bremens Schifffahrt und Reedereien. Zusammenfassend kommt Barfuß zu dem Ergebnis, dass der Erste Weltkrieg den Lebensnerv der Wirtschaft der Hansestadt mit ihrer stark überseeischen Ausrichtung auf Schifffahrt, Außenhandel und Rohstoffverarbeitung getroffen habe. Auch der Verlust der deutschen Kolonien hinterließ in Bremen im Übrigen ein schmerzhaftes Gefühl erlittenen Unrechts, an das später die Nationalsozialisten mit ihrer Forderung nach Rückgabe der Kolonien und das neokoloniale

Bündnis aus Rechtskonservativen und Kaufmannschaft auf dem Weg Bremens zur »Stadt der Kolonien« nahtlos anknüpfen konnten.

In das eigentliche Geschehen des Kriegsalltags in Bremen führt Holger Böning mit seinem umfangreichen Beitrag über »Kriegsalltag in der Bremer Presse – einige Schlaglichter und Beobachtungen«. »Kriege sind Zeiten der Lüge«, diese Erfahrung ist nicht neu. Sie gilt für die Berichterstattung im Ersten Weltkrieg, und ihr begegnen wir schließlich heute noch täglich genauso wie vor einhundert Jahren. Propaganda, Lügen, Zensur, Bremer Presselandschaft sind die Felder, auf denen Böning eindrucksvoll das Alltagsgeschehen widerspiegelt. Bremer Zeitungen und ihre Berichte werden kritisch analysiert und anderen zeitgenössischen Quellen gegenübergestellt. Kriegsausbruch, Hurratriotismus, Kriegsalltag, Liebesgaben und Opferbereitschaft an der Heimatfront, Not und Hunger, Kriegspropaganda, Frontberichte, Kriegsgefallene und Todesanzeigen, Durchhalteparolen und auch Kriegsüberdruß sind einige der hier behandelten Themen, wobei besonders die kriegskritische Einstellung der sozialdemokratischen Bremer Bürger-Zeitung herausgearbeitet wird.

Im Brennpunkt des Kriegsalltags an der Heimatfront standen die Frauen: als Hausfrauen, als Ehefrauen und Kriegerwitwen, als Mütter, als Lohnarbeiterinnen, als politische Aktivistinnen für Frieden und eine gerechtere und emanzipatorische gesellschaftliche Teilhabe am öffentlichen Leben. Renate Meyer-Braun schildert in ihrem Beitrag »Zum Kriegsalltag Bremer Frauen« Lebensmittelversorgung und soziale Ungleichheit, Schlange stehen und Hamstern, öffentliche Lebensmittelproteste, Massenspeisung, Kriegsunterstützung, Einsatz in der Kriegswirtschaft, die Auswirkungen des Kriegsalltags auf die Gesundheit der Frauen und als Besonderheit dessen Auswirkungen auf die Partnerbeziehungen von Männern im Schützengraben und Frauen in der Heimat. Am Beispiel der Ehepaare Schweida/Kaisen und Pöhland macht die Autorin eindrucksvoll deutlich, wie der Krieg die Beziehungen der Ehepartner psychologisch in immer neue Krisen führte und in seelische Nöte, denen sie kaum gewachsen waren. »Die Frauen zählten nicht zu den Gewinnern des Krieges« fasst Renate Meyer-Braun zusammen. Die Vorkriegs-Geschlechterordnung wurde nach Kriegsende trotz aller Zugewinne der Frauen an Eigenständigkeit, Verantwortungsbewusstsein und wirtschaftlicher Kompetenzen wieder hergestellt. Eine ganze Generation von Frauen, deren Verlobte im Krieg gefallen waren, blieb später unverheiratet und oft seelisch unterversorgt in ihren Familien alleine zurück – auch das eine Folge des Krieges.

Das Engagement Bremer Frauen in Frauenverbänden und besonders auch im Zentralen-Hilfs-Ausschuss vom Roten Kreuz behandelt Edith Laudowicz in ihrem Beitrag »Organisierte Mütterlichkeit – bremische Frauenverbände im Einsatz an der Heimatfront«. Sie stellt die einzelnen Organisationen vor und zeigt, dass auch politische Aktivitäten zum Engagement von Frauen bürgerlicher Kreise wie Auguste Kirchoff oder Rita Bardenheuer in der Internationalen Frauenliga bzw. im Deutschen Stimmrechtsverband gehörten. Auch sozialdemokratische Frauen wie Helene Schweida/Kaisen waren beteiligt. Doch war ihnen das rein human-soziale Helfen oft zu unpolitisch. So schied zum Beispiel Helene Kaisen nach endlosen Querelen mit dem konservativ-bürgerlichen Vorstand 1916 aus dem Zentralen-Hilfs-Ausschuss des Roten Kreuzes aus.

Wie wirkte sich der Konfirmationsunterricht auf die heranwachsenden 13- bis 14-jährigen Jugendlichen während des Ersten Weltkriegs aus. Darauf konzentriert sich der Beitrag Christoph Auffarths über »Religion in Bremen im Ersten Weltkrieg – Zuspruch und Widerspruch«. Der Autor analysiert die theologischen Ansätze der Predigten des Dompredigers Oscar Mauritz, der sich im Gegensatz zu vielen seiner protestantischen Amtsbrüder gegen eine Theologie des Krieges und gegen die

Verherrlichung des Soldatentodes stellte. Über letzteres hätte man gerne mehr gehört.

Ausführlich beschreibt Brigitta Nimz in ihrem Beitrag »Die Bremer Bildungslandschaft vor und während des Ersten Weltkriegs« die organisatorische und bildungspolitische Situation des bremischen Schulwesens zwischen 1900 und 1913. Es folgt eine Analyse der Auswirkungen des Krieges auf den Schulalltag: Bewältigung des Schulalltags, Lehrermangel, Schulausfall, Einsatz der Schüler im Hilfsdienst sowie bei öffentlichen Straßensammlungen, Notabitur. Kein Wunder, dass dabei die Reformansätze in den Schulen zum Erliegen kamen. Gerne hätte man mehr über die Beeinflussung der Schüler durch Lehrmittel, Lehrstoff, Schulaufsätze, Feierstunden und paramilitärische Übungen hin zu einer Bejahung des Krieges gehört.

In seinem abschließenden Beitrag »Spaltung der Bremer Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Etablierung und Niederschlagung der Räterepublik« lehnt sich Peter Kuckuk weitgehend an seinen entsprechenden Text aus dem Jahre 2012 in »150 Jahre Sozialdemokratie in Bremen und Bremerhaven« an. Er schildert die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD um die Bewilligung der Kriegskredite und um die allgemeine Politik des »Burgfriedens«. Lange bestimmte der linke Flügel der Partei Politik und Organisation der Partei in Bremen, bis es 1916 zur Spaltung in Mehrheitssozialisten und USPDlern kam mit zeitweise drei unterschiedlichen Parteiorganisationen in Bremen. Ausgehend von den Matrosenrevolten in Bremen und im Reich behandelt Kuckuk abschließend die revolutionären Entwicklungen in Bremen hin zu Arbeiter- und Soldatenrat, Absetzung von Senat und Bürgerschaft, Räteregierung und Räterepublik, endend mit der Niederschlagung der Räterepublik durch die militärische Intervention der Division Gerstenberg und des Freicorps Caspari im Februar 1919.

Bleibt der Blick auf das, was nach 1919 kam. Kriegerwitwen, Kinder ohne Väter, Verrohung der Männer durch den Krieg, Kriegstraumata, Kriegskrüppel, Trauer um die gefallenen Söhne, Gefallenendenkmäler, aufkommender politischer Revanchismus, Gedenktage, Heinrich Vogeler und »Nie wieder Krieg«, finanzieller Niedergang des Kriegsanziehens zeichnenden Bürgertums, Umgang mit Krieg und der Kriegsschuldfrage in Politik, Gesellschaft und Kunst, um nur Einiges zu nennen.

Die Blickrichtung des Historikers muss über die deskriptive Behandlung des Kriegsalltags im Ersten Weltkrieg weitergeführt werden auf dessen Folgen für die Weimarer Gesellschaft, das Scheitern der Republik, das Aufkommen des Nationalsozialismus und schließlich für die Katastrophe eines neuen Zweiten Weltkriegs. Eine Forderung, die nicht als Kritik, sondern als Ermunterung verstanden werden sollte.

Hartmut Müller

Schulmuseum Bremen (Hrsg.): Hunger – Demokratie – Rock'n' Roll. Kindheit und Jugend 1945 bis 1960. Bremen: Temmen 2014. 160 S.

Die Zeit zwischen 1945 und 1960 zählt zu den kompliziertesten Abschnitten der deutschen Geschichte. Sie ist anfangs häufig von Hunger, Kälte, Mangelkrankheiten und Knappheit an Gütern aller Art geprägt. In den 1950er Jahren formen die Beseitigung der durch den Krieg entstandenen Schäden und der Wiederaufbau der Wirtschaft mehr und mehr den Alltag der deutschen Bevölkerung.

Aus jugendsoziologischer Sicht war es eine Ära lebenslang einprägsamer gemeinsamer Erlebniswelten, zu denen beispielsweise Wohnungsnot, schmale Kost,

Swing- und Jazz-Musik und »Trümmerliteratur«, Rundfunkserien, Werbung zählten. Die Jugend umfasste oft nur wenige Geburtsjahrgänge. Erstens die »Flakhelfergeneration« der Jahrgänge 1930 bis 1933, aber zweitens auch die Jahrgänge 1933 bis 1938, die noch gute Erinnerungen an ihren Kontrast zum »Bombenkrieg« hatte und deren Spielplätze die Ruinenstädte wie Berlin, Hamburg, Köln oder Bremen waren.

Zum Thema »Hunger – Demokratie – Rock 'n' Roll« hat das Bremer Schulmuseum ein kooperatives Ausstellungsexperiment angeregt und mit etwa 600 Schülern aus 30 Lerngruppen aller Schularten und -stufen aus Bremen realisiert, um Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen zwischen 1945 und 1960 auszuleuchten. Die Schüler haben mehr als 200 Zeitzeugen mit ihren eigenen Fragen interviewt. Die Ergebnisformen haben eine große Vielfalt. Geschichten, Zeitzeugenberichte, Fotos, Zeichnungen, Kurzfilme, Plakate, Theaterszenen und Tonaufzeichnungen machen Geschichte sinnlich wahrnehmbar und somit bemerkenswert anschaulich. Die Ausstellung gliedert sich in die Themenfelder »Familie«, »soziale Verhältnisse«, »Schule« und »Freizeit«. Auf der Grundlage der Ausstellung entstand ein interessanter Katalog, der Gegenstand dieser kurzen Besprechung ist.

Die eher episodische Erzählweise »Geschichte in Geschichten« spannt einen weiten thematischen Bogen der Erinnerung über die Nachkriegszeit und die Jahre des Wiederaufbaus in Bremen. Er wölbt sich vom Leben in Notunterkünften, Spielen in den Trümmerlandschaften der Hansestadt an der Weser über das Bewältigen der Mängel verschiedener Art im Alltag bis hin zu Nachwirkungen von NS-Zeit und Krieg in den Familien und in der Schule. Auch Erinnerungen an Schulspeisung, Traumspeisen aus den 1950er Jahren, Lieblingsspiele der Großeltern der Schüler, Kindergeburtstage, Unterricht in neuen Schulen, Kinobesuche und Tanzabende spielen eine Rolle. Ausstellung und Katalog hatten einen wertvollen, teils kontroversen Dialog zwischen verschiedenen Generationen zur Folge. Er entzündete sich vor allem am Streit über die Rolle der Gewalt in der schulischen und familiären Erziehung der Nachkriegsgeneration. Interessant ist zu erfahren, ob, wie und in welchem Umfang die Gespräche in den Familien weiter geführt wurden.

Das Begleitbuch zur Ausstellung ergänzt die großen thematischen Bereiche der gut besuchten Sonderausstellung in der Unteren Rathaushalle in Bremen im Juni 2014. Das lebendige Geschichtsbuch nähert sich beeindruckend den historischen Erfahrungen der Bremer Familien in jener so bedeutsamen Zeit der Stadtgeschichte zwischen Trümmerwüsten, Hunger, demokratischem Aufbruch und vielseitigen Freizeit-Angeboten der amerikanischen Besatzer für viele Bremer Jugendliche. Die Kuratorinnen der Ausstellung Frauke Hellwig, Ingrid Kemnade und Ulla M. Nitsch haben mit der ausgereiften Idee, pädagogisch umsichtigen Konzeption und überwiegend gelungenen Realisierung unter intensiver Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler mutig Neuland für ein so großes Projekt historisch forschenden Lernens mit beachtlichem Erfolg betreten. Nützlich sind auch die Einblicke in die Vorbereitung der Schüler durch Mitarbeiter des Schulmuseums Bremen. Projektbeteiligte führen in die Zeitzeugenarbeit ein, liefern Expertenwissen und stellen sich als Übungsobjekt für eine probeweise Befragung zur Verfügung. Die Schüler verschiedener Altersstufen und Schularten finden ihren Einstieg in die Geschichte eher mit alltagsgeschichtlichen Fragestellungen: Wie wohnten Kinder und Jugendliche nach dem Zweiten Weltkrieg? Was haben sie besonders gerne gegessen? Hatten sie Haustiere? Ab wann gab es ein Badezimmer, einen Plattenspieler, ein Auto in den Familien? Wie weit mussten sie laufen, um zur Schule, zum Kaufladen oder zu ihren Freund/innen zu gelangen? Worüber haben sie gesprochen, wovon geträumt? Und wie war Schule, wie die Lehrkräfte? Die Auseinandersetzung mit diesen nur scheinbar banalen Fragen erlaubt eine Annäherung an eine Zeit, die für heutige Kinder und Jugendliche

sehr fern ist. Da brauchen sie sinnliches Futter für Augen und Ohren. Das hilft ihnen ein Gefühl für die Lebensverhältnisse, die Sorgen und Freuden im Kinder- und Jugendalltag zu entwickeln. Und schließlich treten danach auch die größeren Fragen der Nachkriegszeit und der frühen Jahre der Bundesrepublik in den Raum der Erörterungen.

Der Band ist informativ getextet und reichlich bebildert mit einer Vielzahl historischer Fotos. Die Autoren suchen in fachkundigen Aufsätzen aus diversen Perspektiven die historischen Hintergründe subjektiver Erinnerungslandschaften differenziert auszuleuchten. Sie betrachten von verschiedenen thematischen Ebenen aus das hoch aufgeladene Spannungsfeld zwischen dem öffentlich verkündetem demokratischen Neubeginn und dem Weiterwirken der NS-Vergangenheit. Alle an diesem komplexen Projekt Beteiligten haben einen außerordentlich wertvollen Beitrag zur alltagsgeschichtlichen Forschung der Geschichte Bremens zwischen 1945 und 1960 geleistet. Sie liefern zudem eine attraktive Skizze des Geisteslebens der 1950er Jahre in Bremen. Das Begleitbuch zur Ausstellung gibt der weiteren Erforschung der Erfahrungsgeschichte Bremens nach dem Zweiten Weltkrieg auf breiter Ebene neue, kräftige Impulse. Noch differenziertere wie auch gut abgewogene Ergebnisse werden wohl nicht ausbleiben.

Jürgen Tremper

Thiel, Reinhold: »Weser« Flugzeugbau. Bremen: Hauschild 2013. 280 S.

Reinhold Thiel hat in seiner neuen Publikation erstmals umfassend die Unternehmensgeschichte des »Weser« Flugzeugbau mit historischen Methoden untersucht und dessen Entwicklung gründlich dokumentiert. Die Schilderung beginnt mit der Vorgeschichte zu Beginn der 1930er Jahre. Sie endet mit der Fusion mit »Focke-Wulf« unter der neuen Firmenbezeichnung »Vereinigte Flugtechnische Werke«, wirksam ab 1. Januar 1964. Dieses Bremische Flugzeugbauunternehmen produzierte in einer Vielzahl von Werken an verschiedenen Produktionsorten und lieferte mehr als 8000 Flugzeuge aus. Auf dem Höhepunkt im Sommer 1944 waren summarisch etwa 28000 Mitarbeiter beschäftigt.

Reinhold Thiel stützt seine Darstellung auf eine ungewöhnlich umfangreiche Quellenbasis. So wertet er das Archiv von Horst Lob, das Historische Archiv von Airbus Bremen, Schriftgut aus dem Staatsarchiv Bremen sowie weitere bislang unerschlossene Quellen aus. Der Autor gestaltet auf dieser fundierten Grundlage eine ansehnliche Themenbreite von Ausbildung, Betriebsausflügen, Betriebskantine über Fertigung, Fließverfahren, Luftangriffe bis zur Unternehmensstruktur und zu Werkfesten. Zahlreiche historische Fotos illustrieren fabelhaft die Unternehmensentwicklung. Der Autor schafft allerdings nicht durchgängig die Balance zwischen erschöpfender Darstellung historischer Fakten und Zusammenhänge sowie deren Wertung mit einer gebotenen kritischen Distanz.

Insgesamt schließt die gut dokumentierte Unternehmensgeschichte eine Lücke in der Historie der deutschen Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland bis 1945 wie auch in der Wirtschafts- und Sozialhistorie der Stadt Bremen. Es wird klar, das Unternehmen hatte in der Nachkriegszeit einen maßgeblichen Anteil am Wiederaufbau der Luftfahrtindustrie in Bremen.

Jürgen Tremper

Denkmalpflege in Bremen

(Schriftenreihe des Landesamtes für Denkmalpflege Bremen)

Aus: Heft 11, 2014 (Mittelalterliche Kirchen)

Ulrich Weidinger, Die Bremer Kirchen und die Mission im Norden und Osten Europas, S. 8-23. – Hans-Christoph Hoffmann, Bremens mittelalterlicher Dom, S. 24-37. – Georg Skalecki, Denkmalpflegerische Grundsätze für die Sanierung des Bremer Doms, S. 38-46. – Frank Schlütter und Herbert Juling, Materialkundliche Untersuchungen bei der Sanierung des Bremer Doms, S. 47-53. – Wilhelm Tacke, Kurze Geschichte der Propsteikirche St. Johann in Bremen, S. 54-70. – Axel Krause, Kirche Unser Lieben Frauen in Bremen, Vorbereitung der Instandsetzungsarbeiten an den Fassaden, S. 71-75. – Rolf Kirsch, Mut zum Zeichen: Der Wiederaufbau von St. Stephani 1947-1967, S. 76-96. – Timothy J. Senior, Der Dominikanerorden in Bremen: Die Formung einer religiösen, kulturellen und städtischen Struktur, S. 97-109 (Katharinenkirche). – Uwe Schwartz, Die Dionysius-Kirche in Wulsdorf, S. 110-118. – Uwe Schwartz / Rolf Kirsch, Zwei Funktionsbauten der hafennahen Wirtschaft von Erik Schott neu unter Denkmalschutz, S. 119-124.

Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte

Aus: Band 99, 2013

Andreas Flurschütz da Cruz: Zwischen Reich und Revolte. Die habsburgischen Gesandten in Hamburg zu Beginn des 18. Jahrhunderts, S. 1-29. – Urszula Bonter: Sehnsuchtsort Hamburg. Der Schriftsteller Johann Timotheus Hermes (1738-1821) und die Vakanzen der Hamburger Hauptpastorate, S. 31-48. – Jan Kreutz: Nationale Agitation und wirtschaftliche Imperative. Die Debatte um den Germanischen Lloyd 1862 bis 1885, S. 49-71. – Marc-Simon Lengowski: Von der »pragmatischen Variante der Studentenbewegung« zum »1. befreiten Institut«. »1968« an der Universität Hamburg und seine lokalen Besonderheiten, S. 73-103.

Zeitschrift für Lübeckische Geschichte

Aus: Band 93, 2013

Iwan A. Iwanow: Eine vergessene Quelle zur Geschichte der hansischen Gesandtschaft nach Moskau 1603. Die Reisebeschreibung des Zacharias Meyer in der Lübecker Rehbein-Chronik. Einführung und Edition, S. 67-120. – Christiana Dalhede: Eisen aus Göteborg. Beziehungsgeflechte schwedischer und norddeutscher Handelsfamilien im frühneuzeitlichen westschwedischen Wirtschaftsraum, S. 121-166. – Antjekathrin Grassmann: »... er fragte den Teufel nach ihren Leuten!« Lübecker im Türkenkrieg 1664, S. 167-196. – Michael Hundt: Die Pressezensur in Lübeck von den Anfängen bis 1810, S. 197-232. – Gerhard Ahrens: Wie der Nachlaß des Malers Friedrich Overbeck in drei Jahrzehnten verhökert wurde, S. 253-278. – Jan Lokers: Nahaufnahme vom 6. März 1933: Ein neuer Blick auf Machtübertragung und Machtergreifung der Nationalsozialisten in Lübeck, S. 299-343.

Stader Jahrbuch (Stader Archiv NF)

Aus: Band 103, 2013 (zugl. Sonderband Karten als Quellen regionalgeschichtlicher Forschung)

Christian Fieseler: »Zur besseren Übersicht des Ganzen«: Kartographierungsprojekte nordwestdeutscher Staaten im 18. Jahrhundert, S. 17-38. – Beate-Christine Fiedler: Ortsansichten, Grundrisse und Festungspläne von 1500 bis 1850 unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Stade, S. 39-76. – Christina Deggim, Überlegungen zu drei Flusskarten des Elbe-Weser-Raums im Staatsarchiv Stade, S. 77-106. – Norbert Fischer: Kartografie und Wasserbau an der Niederelbe vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, S. 107-120. – Sylvina Zander: Eiswinter im Spiegel der Kartographie: Fallstudien zu Elbe und Weser, S. 121-130. – Volker Friedrich Drecktrah: Karten in Gerichtsakten als Quellen regionalhistorischer Forschung: Der Beweis durch Augenschein, S. 171-182. – Michael Ehrhardt: »Elf Meilen Gesumpfe und Morast, dass die wilden Gänse ihre Ruhe haben«. Kognitive Karten des Erzstifts Bremen aus dem Jahr 1571, S. 183-202. – Robert Gahde: Inhalt (Register) der Stader Jahrbücher 95/96 2005/2006 – 102 2012, S. 203-256.

Oldenburger Jahrbuch

Aus: Band 113, 2013

Peter Sieve: Ein Einkünfteverzeichnis der Lastruper Kirche von 1519, S. 9-29. – Jörgen Welp: Der Wappenschmuck der Grabplatten Graf Antons I. von Oldenburg und Delmenhorst und Gräfin Sophias in der Oldenburger St.-Lamberti-Kirche; S. 29-42. – Alwin Hanschmidt: Ackerbau – Strumpfstickerei – Schifffahrt. Zwei Beschreibungen von Amt und Stadt Cloppenburg 1811, S. 43-57. – Thomas Krause: Das »Dammer Kind«. Kindesentführung im konfessionellen Milieu des 19. Jahrhunderts, S. 59-92. – Matthias Nistal: Schiffsunfälle und Unfälle auf Schiffen. Die Arbeit des Seeamts Brake zwischen 1877 und 1946, S. 93-128 [mit Einzelfällen Bremer Schiffe]. – Anke Sawahn: Dora Garbade (1893–1981) und die frühe Landfrauenbewegung im Oldenburger Land. Gutsfrau, Lehrfrau, soziales Engagement, S. 129-141. – Maria Obenaus: »Zerstieben der großherzoglichen Galerie in alle Winde«. Der Verkauf von Kunstwerken aus dem Besitz des ehemaligen Großherzogs von Oldenburg 1919, S. 143-154. – Carolin Krämer: Zum Schriftenverzeichnis Walter Müller-Wulckows, S. 155-176. – Jörg Deuter: Zwei Wegbereiter der Moderne am Landesmuseum Oldenburg. Zur Korrespondenz von Walter Müller-Wulckow (1886–1964) und Gerhard Wietek (1923–2012), S. 177-194. – Jana Esther Fries und Angela Gerdau: Umgang mit Denkmälern aus dem Dritten Reich – das KZ-Außenlager »Alter Banter Weg« in Wilhelmshaven, S. 229-236.

Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte

Hrsg. von der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen
Aus: Band 85, 2013

Herrschaft – Hof – Familie. Handlungsspielräume von adligen Frauen in der Gesellschaft frühneuzeitlicher niedersächsischer Territorien. Vorträge der Jahrestagung der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen in Jever am 11. und 12. Mai 2012. – Weitere Beiträge: Nathalie Kruppa: Die Klosterlandschaft im Bistum Hildesheim im frühen und hohen Mittelalter im Vergleich zu ihren Nachbarbistümern

Paderborn, Minden, Verden und Halberstadt, S. 135-190. – Werner Rösener: Kloster Loccum und das Wirken der Zisterzienser im niedersächsischen Raum während des Hochmittelalters, S. 191-216. – Marie Ulrike Schmidt: De provende to sunte Nicolawes geliik andern luden. Die Pfründner der mittelalterlichen Leproserie der Stadt Lüneburg (1251–1530), S. 229-260. – Claudia Kauertz: Selbstbewusst und unbequem: Eberhard August von Holle (1830–1899) und der militärische Widerstand gegen die preußische Annexion Hannovers, S. 329-360. – Gerd Steinwascher: Archiv und Wissenschaft oder der »intrinsische Wert« des Archivars, S. 371-378.

Hansische Geschichtsblätter

Aus: Band 131, 2013

Carsten Jahnke, Die Hanse. Überlegungen zur Entwicklung des Hansebegriffs und der Hanse als Institution resp. Organisation, S. 1-32. – Mathias Franc Kluge, Zwischen Metropole, Fürst und König: Die Venedische Handelsgesellschaft der Kaufleute Veckinchusen und ihr Niedergang, S. 33-76. – Kilian Baur, Der spätmittelalterliche Barchenthandel vom Heiligen Römischen Reich nach Dänemark, S. 77-110. – Lena Mühlig, Deutsche Kaufmannsgilden auf Bornholm 1327–1525, S. 111-144. – Arned Nedkvitne, Das Bergener Kontor im Mittelalter, S. 145-188. – Mike Burkhardt, Entgegnung auf Nedkvitne, Das Bergener Kontor, 1, S. 189-192. – Justyna Wubs-Mrozewicz, Entgegnung auf Nedkvitne, Das Bergener Kontor, 2, S. 193-194. – Harm von Seggern, Zur Tätigkeit der Prokuratoren vor dem Lübecker Rat gegen Ende des 15. Jahrhunderts, S. 195-227. – Oliver Auge und Martin Göllnitz, Hansegeschichte als Regionalgeschichte: Das Beispiel des Kieler Historikers Wilhelm Koppe (1908–1986), S. 229-273. – Nico Nolden, Aussichten stabil bis wechselhaft. Die Suche nach dem Charakter der Hanse in städtischen Überlieferungen des Hohen und Späten Mittelalters, S. 275-295.

Deutsches Schiffsarchiv

Aus: Band 35, 2012

Hans-Peter Schletter: Der Kaiserswerther Nachen, Ein archäologischer Beitrag zur Rheinschiffahrt der Frühen Neuzeit, S. 13-72 [mit Vergleichen zu archäologischen Schiffsfunden in Bremen]. – Kristin Kube: Magie auf See. Rituale und Tabus deutscher Hochseefischer, S. 233-260 [mit Beispielen aus Bremerhaven].

Weitere Neuerscheinungen zur bremischen Geschichte und Landeskunde

(Vollständigkeit im Sinne einer Bibliographie wird nicht angestrebt.

Besprechungen bleiben vorbehalten.)

- 100 Jahre BUND-Bremen 1914–2014. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Bremen e.V. Bremen 2014. 64 S.
- 100 Jahre Johannis-Freimaurerloge »Zum silbernen Schlüssel« i. O. Bremen 1913–2013; Tochterloge der Großen National-Mutterloge »Zu den drei Weltkugeln« i. O. Berlin. Bremen 2013. 147 S.
- 100 Jahre Schule für Findorff [1912–2012] (Hrsg.: Schulverein der Oberschule Findorff). Bremen: Asco Sturm 2012. 136 S.
- 125 Jahre Bremischer Schwimmverein e.V. Schwimm- und Tennis-Leistungszentrum Achterdiek 1889–2014. Bremen 2014. 20 Bl.
- 90 Jahre Familienforschung in Bremen – von Mausmitgliedern für »Die Maus« zum 90. Geburtstag. Clausthal-Zellerfeld: Papierflieger 2014. 118 S.
- Albrecht, Friedrich Carl: Drei Generationen Knoop. Eine deutsche Unternehmerdynastie in Rußland und Estland. Burgdorf-Ehlershausen 2014. 83 S.
- Bernsmeier, Uta: Quer durch die Sammlungen. Focke-Museum, Bremer Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte (Veröffentlichungen des Bremer Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte, Focke-Museum. 14). Bremen: Focke-Museum 2013. 207 S.
- Bongartz, Oliver A.: Deutsche Geldgeschichte, dargestellt am Beispiel Bremens (Bremer Beiträge zur Münz- und Geldgeschichte. 9). Bremen: Bremer Numismatische Gesellschaft 2014. 332 S.
- Borgmann, Verena und Laukötter, Frank: Sie. Selbst. Nackt. Paula Modersohn-Becker und andere Künstlerinnen im Selbstakt (Hrsg.: Paula Modersohn-Becker Museum). Ostfildern: Hatje Cantz 2013. 143 S.
- Bösenberg, Sibylla: Ein Glück für mich ist die Musik. Elise Müller, eine Bremer Musikerin aus der Zeit der Romantik. [Bremen] 2014. 142 S.
- Bremische Evangelische Kirche (Hrsg.); Andrea Hauser unter Mitarb. von Larena Schäfer (Bearb.): »Mit Gott allzeit bereit!« Der Erste Weltkrieg und die Bremische Evangelische Kirche. Bremen 2014. 27 S.
- Brückner, Herbert, Meyer-Braun, Renate und Oldigs, Beenhard (Hrsg.): 150 Jahre Sozialdemokratie Bremen und Bremerhaven – eine gerechte Gesellschaft kommt nicht von allein. Bremen: Edition Falkenberg 2013. 288 S.
- Buhlert, Magnus: Liberale in der Bremischen Bürgerschaft. Berlin: epubli 2013. 148 S.
- Burg Blomendal e.V. (Hrsg.): Burg Blomendal: die Burg im Bremer Norden. Berlin: Monumente und Menschen 2013. 37 S.
- Büttner, Jan Ulrich, Elmshäuser, Konrad und Hofmeister, Adolf E. (Bearb.): Die Kundige Rolle von 1489: Faksimile-Edition mit mittelniederdeutscher Transkription und hochdeutscher Übersetzung (Kleine Schriften des Staatsarchivs Bremen. Heft 49). Bremen: Bremer Tageszeitungen 2014. 65 S.
- Christian, Claus: Architektur zwischen Bremer Haus und Postmoderne – Architektur Region Bremen. Bremen: Selbstverl. 2013. 123 S.

- Determann, Eva: Aus allen Himmelsrichtungen: Leben und Arbeiten im Forum Ellenor Hof. Nach einer Idee von Ilse Kaisen (Schriftenreihe Wilhelm und Helene Kaisen-Stiftung. Einzelschriften). [Hrsg. Wilhelm und Helene Kaisen-Stiftung]. Bremen 2014. 99 S.
- Dotzauer, Manuel: Bahnlandschaft Elbe-Weser-Region. Spurensuche in Bremerhaven sowie im Dreieck zwischen Bremen, Cuxhaven und Hamburg. Bremen: Kellner 2013. 150 S.
- Engelbracht, Gerda u. a. (Bearb.): Von der Privat-Anstalt für Gemüthsranke zu Rokwinkel zum AMEOS Klinikum Dr. Heines Bremen: 250 Jahre 1764 – 2014 / AMEOS Klinikum Dr. Heines, Bremen. Bremen 2014. 39 S.
- Engelbracht, Gerda: Medizinverbrechen an Bremer Kindern und Jugendlichen in der Zeit des Nationalsozialismus. Frankfurt a. M.: Mabuse-Verlag 2014. 178 S.
- Ewald, Simone: Paula Modersohn-Becker – Berlin, Worpswede, Paris (Hrsg. von der Paula-Modersohn-Becker-Stiftung, Bremen. Katalog). Bremen: Girzig + Gottschalk 2014. 72 S.
- Fiedler, Ulf: Der Bremer Norden. Leben und Arbeiten an Weser und Lesum. Bremen: Kellner 2013. 180 S.
- Funke-Johannsen, Silke: 150 Jahre Remberti-Apotheke. Die wechselvolle Geschichte einer Bremer Apotheke [von 1863 – 2013]. Bremen: Niebank-Rusch-Fachverlag 2013. 148 S.
- Hansen, Dorothee (Hrsg.): Die Kunsthalle Bremen und Alfred Flechtheim. Erwerbungen 1914 bis 1979. Bremen: Schünemann 2013. 103 S.
- Hermes, Maria: Psychiatrie im Krieg: Das Bremer St. Jürgen-Asyl im Ersten Weltkrieg. Bonn: Psychiatrie-Verlag 2013. 175 S.
- Historische Landeskarten von Niedersachsen und Bremen. Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN), Landesvermessung und Geobasisinformation. Hannover: LGLN 2012. 36 S.
- Hofmann, Karl-Heinz (Hrsg.): Bootswerften am Bremer Torfkanal. Bremen 2014. 50 S.
- Horn, Detlef von: Die Dankeskirche in Sebaldsbrück: im Schatten der braunen Vergangenheit. [Hrsg.: Geschichtskreis Sebaldsbrück]. Bremen 2013. 95 S.
- Jugendstil in Bremen: Heinrich Vogelers Entwürfe für die Güldenammer / Henrike Hans und Kai Hohenfeld. (Kataloge des Kupferstichkabinetts. 5). [Kunsthalle Bremen. Der Kunstverein in Bremen] Bremen: Kunsthalle Bremen 2014. 55 S.
- Justus, Friedrich: »Ja, bei uns dort an der Weser ...« Ein Bremer Butjer aus der Waller Feldmark erzählt. Fischerhude: Verlag Atelier im Bauernhaus 2013. 159 S.
- Kirchhoff, Hans: Georg Ferdinand Duckwitz: die Rettung der dänischen Juden (Edition Diplomatie). [Hrsg.: Auswärtiges Amt]. Potsdam: Brandenburgische Universitätsdr. 2013. 101 S.
- Kreicker, Dietmar: 112 Jahre einer norddeutschen Feuerwehr. Geschichte des Löschwesens in Bremen-Schönebeck (Hrsg.: Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Bremen-Schönebeck e.V.). Bremen: Kellner 2013. 454 S.
- Kurze, Peter u. a.: Wir bauen Autos aus Leidenschaft. 75 Jahre Werk Bremen 1938 bis 2013. Bremen: Kurze [2014]. 272 S.
- Landeszentrale für Politische Bildung, Bremen, Erinnern für die Zukunft e.V., Stolpersteine Bremen (Hrsg.): Stolpersteine in Bremen: biografische Spurensuche

- Bremen. [1]. Region Nord: Burglesum, Vegesack, Blumenthal, Ritterhude. Bremen 2013. 180 S.
- Leidig, Ludwig: Bombshell. Houston: Strategic Book Publishing and Rights 2013. XII, 241 S.
- Materassi, Elio: Der lange Weg nach Farge: die Odyssee des italienischen Militär-internierten Elio Materassi. Schwanewede-Neuenkirchen: dokumentations- und lernort baracke Wilhelmine 2012. 19 S.
- Meiners, Peter Michael: Die Marinebahn Farge – Rekum – Neuenkirchen. Schwanewede-Neuenkirchen: dokumentations- und lernort baracke Wilhelmine 2012. 15 S.
- Meiners, Peter Michael: Gräber im Lagerbereich der Bunkerbaustelle. Schwanewede-Neuenkirchen: dokumentations- und lernort baracke Wilhelmine 2013. 27 S.
- Melzer, Christien: Kriegsrückkehrer. Rembrandt, Goya und Toulouse-Lautrec (Kataloge des Kupferstichkabinetts. 2). Bremen: Kunsthalle Bremen 2014. 51 S.
- Müller, Hartmut: Helene Kaisen. Annäherung an eine Biographie. Kaisen-Lesung am 22. Mai 2013 im Rathaus zu Bremen (Schriftenreihe Wilhelm und Helene Kaisen-Stiftung. Kaisen-Lesungen). Bremen 2013. 26 S.
- Niehoff, Lydia: Meilensteine einer Unternehmensgeschichte. 150 Jahre Stucken – von A. Stucken bis zur Stucken Group. Bremen 2013. 56 S.
- Niehr, Klaus (Hrsg.): Historische Stadtansichten aus Niedersachsen und Bremen 1450–1850 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen. Bd. 268). Göttingen: Wallstein 2014. 364 S.
- Noltenius, Rena: Heinrich Vogeler 1872–1942; ein Leben in Bildern mit einem aktuellen Werkkatalog der Gemälde (Hrsg. von Manfred Bruhn). Fischerhude: Galerie-Verlag 2013. 264 S.
- Pourshirazi, Katja und Noltenius, Rainer (Hrsg.): Elisabeth Noltenius – Sehnsucht nach dem vollen ganzen Leben. Bremen: Temmen 2013. 95 S.
- Schule an der Carl-Schurz-Straße (Hrsg.): 100 Jahre Grundschule an der Carl-Schurz-Straße [Red.: Annemarie Stefes]. Bremen: Schulverein Schule an der Carl-Schurz-Straße 2013. 79 S.
- Schumann, Hans-Nikolaus: Chronik des Walfangs von der Weser 1653–1872. Walfang vor Grönland und im Pazifischen Ozean. Lemwerder: Stedinger Verlag 2014. 416 S.
- Skalecki, Liliane: Margarethe von Post: Geschichte der Stiftung (Hrsg. von der Margarethe von Post-Stiftung, Bremen). Bremen: Schünemann 2014. 102 S.
- Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (Hrsg.): Tradition seit 1660 – die Zukunft im Blick: die Staats- und Universitätsbibliothek Bremen. Bremen 2014. 40 S.
- Strotmann, Peter: Wachmannstraße – vom Stern zum Schwachhauser Ring einst und jetzt, eine Chronik, eine Dokumentation. Bremen: Selbstverlag 2013. ca. 400 S.
- Tacke, Wilhelm: 50 Jahre St. Laurentius, Gartenstadt Vahr: die abwechslungsreiche Geschichte einer Diasporagemeinde aus der Zeit des II. Vaticanums. Bremen: Selbstverlag der St. Raphael Gemeinde 2013. 168 S.

HISTORISCHE GESELLSCHAFT BREMEN

150. Jahresbericht (2013)

Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung fand am 16. April 2013 im Vortragsaal des Staatsarchivs Bremen statt.

Der Vorsitzter Prof. Dr. Elmshäuser begrüßte die erschienenen Teilnehmer der Mitgliederversammlung und erstattete satzungsgemäß den Jahresbericht, der besonders aus einem Rückblick auf die Aktivitäten zum 150. Geburtstag der Historischen Gesellschaft im Vorjahr bestand.

Die Mitgliederzahl der Historischen Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Bericht des Vorjahres erhöht und lag zum Zeitpunkt der Mitgliederversammlung 2013 bei 608 Mitgliedern. Die Mitgliederversammlung gedachte anschließend der im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieder.

Anschließend wurde besonders auf die Unterstützung von Aktivitäten und Publikationen zur Erforschung der bremischen Geschichte durch die Historische Gesellschaft hingewiesen. Der Vorsitzter dankte wie in den Vorjahren der Sparkasse Bremen für ihre finanzielle Spende zum Druck des Jahrbuchs 2013 und den bremischen Stiftungen, die sich bereiterklärt haben, das Editionsprojekt Ältestes Bremer Bürgerbuch zu unterstützen. Er berichtete sodann vom Fortgang und vom Stand des Vorhabens.

An den Bericht schloss sich eine Vorschau auf das Jubiläum 100 Jahre Neues Rathaus, auf eine diesbezügliche Ausstellung und auf Veranstaltungen hierzu an. Den Bericht erstatteten der Vorsitzter und Frau Eva Determann.

Vorstand

Der stellvertretende Schriftführer Thomas Elsmann ist auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand ausgeschieden. Auf der Mitgliederversammlung wurde eine Bestätigung des Vorstandes einschließlich aller Ämter vollzogen. Der Vorstand besteht demnach aus folgenden Mitgliedern:

Prof. Dr. Konrad Elmshäuser (Vorsitzter); Dr. Gabriele Hoffmann (Stellvertretende Vorsitzterin); Heinz Salzer (Schatzmeister); Johann Christian Bosse (Stellvertretender Schatzmeister); Dr. Ina Grünjes (Schriftführerin); Dr. Dieter Bischof, Uwe Bölts M.A., Prof. Dr. Franklin Kopitzsch, Prof. Dr. Cordula Nolte, Prof. Dr. Georg Skalecki, Dr. Peter Ulrich (Beisitzer).

Nach dem Vortrag des Schatzmeisters über die solide finanzielle Lage der Historischen Gesellschaft und der Stellungnahme von Herrn Hofmann als Rechnungsprüfer wurden auf Antrag Schatzmeister und Vorstand durch die Mitgliederversammlung entlastet. Als Rechnungsprüfer wurden Herr Hofmann und Herr Worgull bestätigt.

Mitgliederbewegung

Im Jahr 2013 traten 15 Personen der Gesellschaft bei, 9 Austritte aus Alters- oder anderen erklärten Beweggründen waren zu verzeichnen, 6 Mitglieder sind verstorben, eine Mitgliedschaft erlosch wegen unbekanntem Verzug. Am 31. Dezember 2013 hatte die Historische Gesellschaft 603 Mitglieder.

Veröffentlichungen

Band 92 des Bremischen Jahrbuchs ist im November 2013 erschienen. Das Jahrbuch lag bis Ende 2013 in der Geschäftsstelle zur Abholung bereit. Ab 2014 wurde mit der postalischen Versendung begonnen.

Vorträge

Auf Einladung der Historischen Gesellschaft Bremen und in Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Vereinen und Institutionen fanden im Berichtsjahr 2013 folgende Veranstaltungen statt:

1. Dr. Horst Rößler (Bremen): Wandergewerbe und Fahrendes Volk im Elbe-Weser-Raum. Hausierer, Musikanten, Lumpensammler (16. Januar 2013)
2. Prof. Dr. Gerd Althoff (Münster): Das Kaisertum Ottos des Großen. Antike Wurzeln und mittelalterliche Form (22. Januar 2013)
3. Dr. Dirk Maharski (Bremen): Nordische Dinge in der Böttcherstraße (5. Februar 2013)
4. Dr. Frank Laukötter (Bremen): »Entartete, Auswurf der Menschheit« – Über die Diffamierung der Kunst von Paula Modersohn-Becker im Dritten Reich (20. Februar 2013)
5. Dr. Peter Ulrich (Bremen): Zur Biographie des Bremer Landesbischofs Heinz Weidemann, 1895–1976 (13. März 2013)
6. Dr. Thomas Elsmann (Bremen): Im Schatten des Kaufmanns – Gelehrte in Bremen (10. April 2013. Der Vortrag musste leider ausfallen.)
7. Dr. Adolf E. Hofmeister (Verden): 1113–2013: Holländersiedlungen an Weser und Elbe – 900 Jahre Holländer im Bremer Hollerland (14. Mai 2013)
8. Dr. Hartmut Müller (Bremen): Helene Kaisen. Skizze einer biographischen Annäherung. Kaisen-Lesung der Wilhelm und Helene Kaisen-Stiftung (22. Mai 2013)
9. Prof. Dr. Lothar Machtan (Bremen): Epochal gescheitert – Der Endzeitkanzler des deutschen Kaiserreichs Prinz Max von Baden (28. Oktober 2013)
10. PD Dr. Hartmut Kühne (Berlin): Pilgerzeichen und Pilgerwege im Mittelalter (10. Dezember 2013)

Im Rahmen der Vortragsreihe »100 Jahre Neues Rathaus Bremen« wurden folgende Vorträge und Veranstaltungen durchgeführt:

- Prof. Dr. Andreas Schulz (Berlin): Senat, Bürgerschaft und politische Parteien. Bremer Parlamentarismus am Vorabend des Ersten Weltkriegs (8. August 2013)
- Prof. Dr. Gert Sautermeister (Bremen): Kultur und Literatur in Deutschland und Bremen um 1913 (15. August 2013)
- Prof. Dr. Jürgen Paul (Dresden): Rathausbauten im Kaiserreich (22. August 2013)
- Prof. Dr. Iris Reuther, Prof. Dr. Georg Skalecki, Prof. Dr. Konrad Elmshäuser, Prof. Dr. Hans Kloft (Bremen): Bürgerstolz und Identität – Zur Funktion von Repräsentationsbauten in der demokratischen Gesellschaft. Podiumsdiskussion (28. August 2013)
- Prof. Dr. Heinz-Gerd Hauptmeyer (Hannover): »Eine wilhelminische Prachtkommode?« – Zum neuen Rathaus der Stadt Hannover von 1913 (26. November 2013)

Gesprächsabende, Führungen und sonstige Veranstaltungen

Am 27. März 2013 fand eine Führung durch die Ausstellung »Bürger. Polizei. Bremens Polizei 1945 bis heute« in der Unteren Rathaushalle mit Dr. Heinz-Gerd Hofschen statt.

Die Vergabe des von der Historischen Gesellschaft mitfinanzierten Bremer Preis für Heimatforschung der Wittheit zu Bremen fand am 23. April 2013 im Staatsarchiv Bremen statt.

Am 7. Mai 2013 besuchte die Historische Gesellschaft die Ausstellung »Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz« im Focke-Museum mit fachkundige Führung durch die Kuratorin Prof. Dr. Uta Halle.

Am 20. August 2013 bestand Gelegenheit, die Ausstellung »Für Bürger und Senat – 100 Jahre Neues Rathaus Bremen« in der Unteren Rathaushalle mit anschließender Rathausführung zu besuchen. Die Veranstaltung leiteten Prof. Dr. Konrad Elmshäuser und die Kuratorin Eva Determann.

Zu einem vorweihnachtlichen Gesprächsabend trafen sich Interessierte am 9. Dezember 2013. Es wurde Rückblick auf Fahrten des Jahres 2013 genommen, ein Ausblick auf die geplanten Aktivitäten 2014 gegeben und das Jahrbuch 2013 vorgestellt.

Tagesfahrten

Am 20. April 2013 führte unter dem Titel »Wolfenbütteler Schätze« eine Exkursion nach Wolfenbüttel. Besucht wurden das niedersächsische Staatsarchiv Wolfenbüttel mit einer Präsentation von Archivalien. Führungen galten dem Schloss Wolfenbüttel sowie der Herzog August Bibliothek und der Marienkirche (Leitung: Prof. Dr. Konrad Elmshäuser, Uwe Bölts).

Am 21. September 2013 wurde die Sonderausstellung »Credo – Christianisierung Europas im Mittelalter« im Dom- und Diözesanmuseum Paderborn besucht. An die Führung durch die Paderborner Ausstellung schloss sich ein Besuch der Externsteine an. (Leitung: Prof. Dr. Konrad Elmshäuser, Uwe Bölts)

Mehrtagesfahrten

Im Berichtsjahr führten zwei große und aufwändige Auslandsreisen die teilnehmenden Mitglieder der Historischen Gesellschaft in den Süden und in den Norden: nach Italien und nach Dänemark!

Vom 9. März bis zum 15. März 2013 fand unter dem Titel »Rom im Frühling – von der Antike bis zum Barock« eine Flugreise in die Ewige Stadt statt, die nicht zuletzt wegen der zeitgleich stattfindenden Papstwahl zu einem unvergesslichen Erlebnis wurde. Die Hauptsehenswürdigkeiten des antiken und christlichen Roms wurden unter jeweils sachkundiger Führung erkundet. (Leitung: Jörg Schaden, Uwe Bölts)

Vom 9. Juli bis zum 14. Juli 2013 führte eine Exkursion in unser nördliches Nachbarland Dänemark. In Kopenhagen und Seeland wurden dabei u. a. die Schlösser in Kopenhagen besucht, weiterhin die Schlösser Helsingör und Fredensburg, das Museum Luisiana und das Wikingerschiffmuseum in Roskilde. Einen Höhepunkt der hochinteressanten Reise bildete die Fahrt mit dem Nachbau eines Wikingerschiffs auf dem Roskilde Fjord. (Leitung: Dr. Gabriele Hoffmann, Dr. Per Hoffmann, Uwe Bölts)

Vom 11. September bis zum 15. September 2013 führte eine Mehrtagesfahrt in die Altmark und das westliche Brandenburg. Von Salzwedel nach Brandenburg wurden zahlreiche interessante Städte und kulturhistorisch bedeutende Orte besucht. (Leitung: Prof. Dr. Franklin Kopitzsch, Uwe Bölts)

Rechnungsbericht der Historischen Gesellschaft zum 31. Dezember 2013

Bilanz zum 31. Dezember 2013

A k t i v a	Euro	Euro
A. Anlagevermögen		0,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>0,00</u>	0,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		57.127,26
C. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>2.000,00</u>
		<u><u>59.127,26</u></u>

Passiva

A. Kapital		
1. Anfangskapital	43.514,17	
2. Überschuss	<u>- 2.119,41</u>	41.394,76
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen		952,00
C. Verbindlichkeiten		
1. sonstige Verbindlichkeiten		0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>16.780,50</u>
		<u>59.127,26</u>

Erträge und Aufwendungen im Jahr 2013

Erträge	Euro	Euro
Beiträge	10.937,22	
Spenden	6.993,12	
Zinsen	0,00	
Erlöse aus Buchverkauf	0,00	
Erlöse Porto	<u>0,00</u>	17.930,34
Aufwendungen		
Löhne und Gehälter	4.600,70	
Sozialabgaben etc.	1.652,34	
Abschreibung Sammelposten	40,00	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>13.822,64</u>	<u>20.114,98</u>
Jahresfehlbetrag		<u>2.119,41</u>

Gez. Heinz Salzer
Schatzmeister

Geprüft am 29. 4. 2014:

Gez. Karl-Heinz Hofmann
Lars Worgull
Rechnungsprüfer

Anschriften der Autoren und Rezensenten

Uwe Bölts, Am Fuchsberg 23, 28870 Fischerhude

Dr. Jörn Brinkhus, Elisabethstraße 120, 28217 Bremen

Dr. Moritz Burgmann, Enggasse 29, 53127 Bonn

Prof. Dr. Konrad Elmshäuser, Barbarossastraße 20, 28329 Bremen

Dr. Thomas Elsmann, Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, Bibliothekstraße, 28359 Bremen

Dr. Maria Hermes, Elbstraße 2, 28199 Bremen

Andreas Lennert, Schwachhauser Heerstraße 351, 28211 Bremen

Dr. Werner Meiners, Georg-Ruseler-Straße 5, 26203 Wardenburg

Dr. Hartmut Müller, Neuer Weg 57, 28816 Stuhr

Dr. Christian Ostersehlte, Julius-Leber-Straße 14, 28329 Bremen

Prof. Dr. Gert Sautermeister, Universität Bremen, Fachbereich 10, Bibliothekstraße 1, 28359 Bremen

Ulrich Schröder, Geestemünder Straße 16, 28219 Bremen

PD Dr. Karl Ludwig Sommer, Frankenburg 51, 28865 Lilienthal

Dr. Jürgen Tremper, Robert-Bosch-Straße 7, 28357 Bremen

Dr. Peter Ulrich, Sandstraße 13, 28195 Bremen

Wolfgang Walter, Sielwall 73, 28203 Bremen

Dr. Ingrid Weibezahn, Feldstraße 23, 28832 Achim

Lars Worgull, St.-Pauli-Straße 51, 28203 Bremen

BREMISCHES JAHRBUCH

Die 1863 begründete und damit älteste Zeitschrift der Freien Hansestadt Bremen wird vom Staatsarchiv Bremen in Verbindung mit der Historischen Gesellschaft herausgegeben. Sie enthält Beiträge zur bremischen und nordwestdeutschen Landesgeschichte sowie Rezensionen von Neuerscheinungen auf diesem Gebiet. – ISSN 0341-9622.

Lieferbare Bände:	Preis:
Band 54 1976 bis Band 74/75 1995/96	5,00 €
Band 76 1997 bis Band 81 2002	10,00 €
Band 82 2003 bis Band 85 2006	23,00 €
Band 86 2007 bis Band 92 2013	25,00 €

Auslieferung durch das Staatsarchiv Bremen, Am Staatsarchiv 1, 28203 Bremen, Tel. (0421) 361 6228, Fax 361 10 247 sowie durch den Buchhandel.

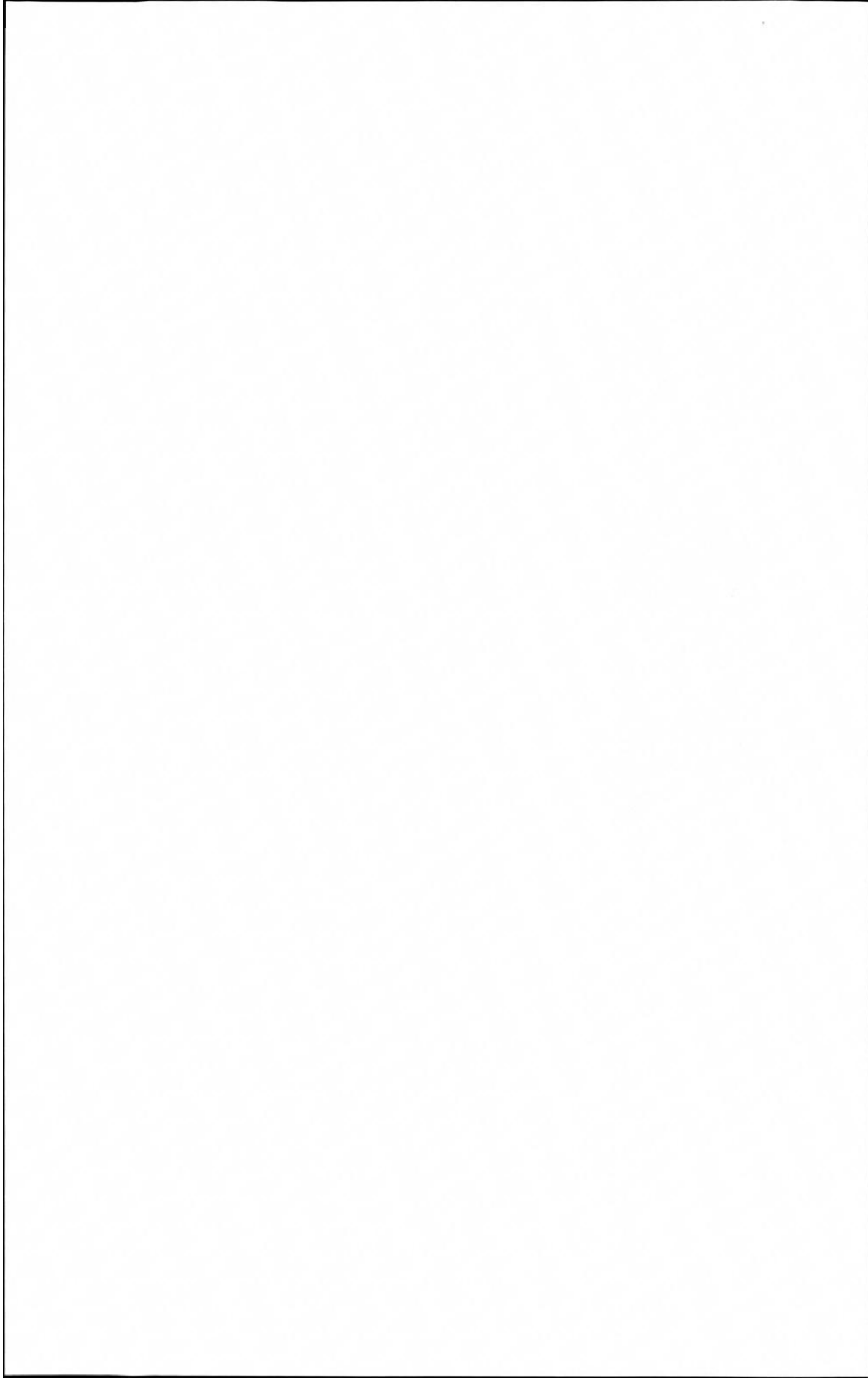
VERÖFFENTLICHUNGEN AUS DEM STAATSARCHIV DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

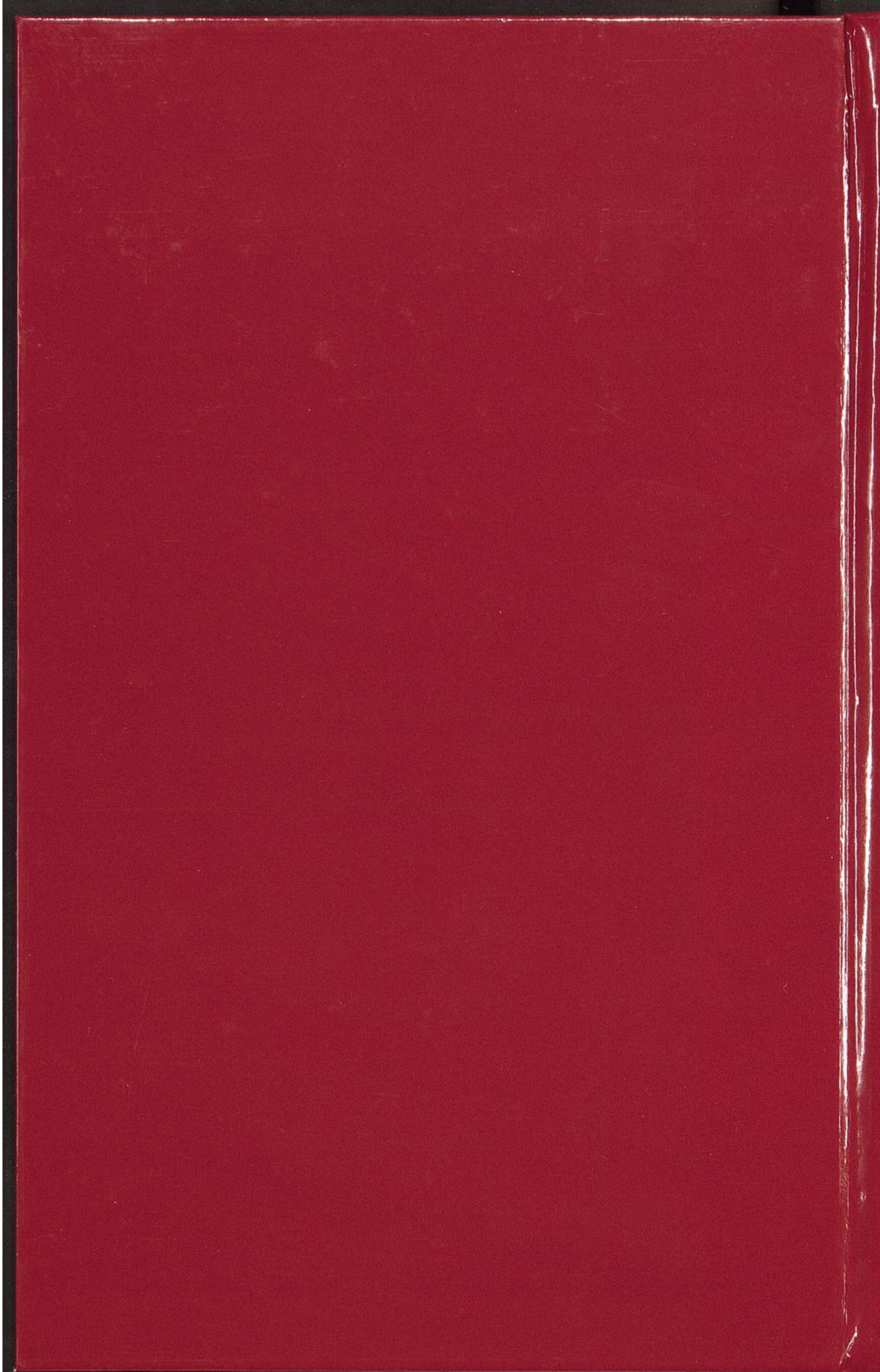
Bd. 56	Karl H. Schwebel: Salz im alten Bremen. 1988. 104 S.	8,00 €
Bd. 59	Karl H. Schwebel: Bremer Kaufleute in den Freihäfen der Karibik. Von den Anfängen des Bremer Überseehandels bis 1815. 1995. 460 S.	30,00 €
Bd. 60	Klaus Schwarz: Die Pest in Bremen. Epidemien und freier Handel in einer deutschen Hafenstadt 1350–1713. 1996. 288 S.	16,50 €
Bd. 61	Uwe Weiher: Flüchtlingssituation und Flüchtlingspolitik. Untersuchungen zur Eingliederung der Flüchtlinge in Bremen 1945–1961. 1998. 269 S.	16,50 €
Bd. 62	Beiträge zur bremischen Geschichte. Festschrift für Hartmut Müller. Hrsg. von Adolf E. Hofmeister. 1998. 248 S.	19,00 €
Bd. 63	Karl-Ludwig Sommer: Humanitäre Auslandshilfe als Brücke zu atlantischer Partnerschaft. CARE und CRALOG und die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach Ende des Zweiten Weltkriegs. 1999. 400 S.	22,50 €
Bd. 64	Reinhard Patemann: Bremische Chronik 1981–1986. 2001. 396 S.	23,00 €
Bd. 65	Thomas Siemon: Ausbüxen, Vorwärtskommen, Pflicht erfüllen. Bremer Seeleute am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1930–1939. 2002. 600 S.	39,00 €
Bd. 66	700 Jahre Bremer Recht. 1303–2003. Hrsg. von Konrad Elmshäuser und Adolf E. Hofmeister. 2003. 376 S.	38,00 €
Bd. 67	Hans Hesse: Konstruktionen der Unschuld. Die Entnazifizierung am Beispiel von Bremen und Bremerhaven 1945–1953. 2005. 520 S.	30,00 €
Bd. 68	Karolin Bubke: Die Bremer Stadtmauer. Schriftliche Überlieferung und archäologische Befunde eines mittelalterlichen Befestigungsbauwerks. 2007. 320 S.	20,00 €
Bd. 69	Nicola Wurthmann: Senatoren, Freunde und Familie. Herrschaftsstrukturen und Selbstverständnis der Bremer Elite zwischen Tradition und Moderne (1813–1848). 2008. 624 S.	35,00 €

- Bd. 70 Anna Maria Pedron: Amerikaner vor Ort. Besatzer und Besetzte in der Enklave Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg. 2010. 404 S. 20,00 €
- Bd. 71 Elke Steinhöfel: »Wohnungsfürsorgeanstalt« Hashude. Die NS-Asozialenpolitik und die Bremer Wohlfahrtspflege. 2014. Ca. 340 S. (erscheint demnächst)

KLEINE SCHRIFTEN DES STAATSARCHIVS BREMEN

- Heft 34 Nachlass Johann Smidt (1773–1857), Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen (Staatsarchiv Bremen Bestand 7,20). Bearbeitet von Monika M. Schulte und Nicola Wurthmann. 2004. 475 S. 19,80 €
- Heft 36 »... sind Sie für den geschlossenen Arbeitseinsatz vorgesehen ...«. »Judendeportationen« von Bremerinnen und Bremern während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Bearb. von Günther Rohdenburg. 2006. 367 S. 10,00 €
- Heft 37 Günther Rohdenburg, Karl-Ludwig Sommer: Erinnerungsbuch für die als Juden verfolgten Einwohner Bremens. [2006]. 399 S. 15,00 €
- Heft 38 Lydia Niehoff: 1806–2006. 200 Jahre Niederländisches Konsulat in Bremen. Hrsg.: Konsulat der Niederlande in Bremen. [2006]. 56 S. 10,00 €
- Heft 39 Occupation – Enclave – State. Die Wiederbegründung des Landes Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dokumente zu Politik und Alltag. Hrsg. vom Staatsarchiv Bremen. 2007. 191 S. 12,00 €
- Heft 40 Vergessene Opfer. Die Erinnerungsarbeit des Vereins Walerian Wróbel Verein Zwangsarbeit e.V. Bremen. Redaktion: Eva Determann u. a. Hrsg.: Verein Walerian Wróbel Verein Zwangsarbeit e.V. 2007. 237 S. 10,00 €
- Heft 41 Hasso Kliese: Bremische Chronik 1987–1995. Redaktion: Günther Rohdenburg. Teil 1: Text. 2011. 494 S. – Teil 2: Register. 2011. 197 S. 19,50 €
- Heft 42 Hasso Kliese: Bremische Chronik 1996–2004. Redaktion: Brigitta Nimz, Günther Rohdenburg. Teil 1: Text. 2008. 521 S. – Teil 2: Register. 2008. 213 S. 19,50 €
- Heft 45 Andree Brumshagen: Das Bremer Stadtmilitär im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Untersuchung zum Militärwesen in einer Hansestadt. 2010. 299 S. 12,00 €
- Heft 46 Eva Determann (Hrsg.): Von Mensch zu Mensch. Die Deutsche Bruderhilfe. Eine Bremer Initiative im geteilten Deutschland. 2010. 176 S. 12,50 €
- Heft 47 Rainer Alsheimer: Bilder erzählen Geschichten. Eine Fotoanthropologie der Norddeutschen Mission in Westafrika. 2010. 369 S. 15,00 €
- Heft 48 Jörn Brinkhus: Die Novemberpogrome 1938 im Land Bremen. 2013. 82 S. ISBN 978-3-925729-69-0 5,00 €
- Heft 49 Die Kundige Rolle von 1489. Faksimile-Edition mit mittelniederdeutscher Transkription und hochdeutscher Übersetzung. Bearbeitet von Jan Ulrich Büttner, Konrad Elmshäuser und Adolf E. Hofmeister. 2014. 66 S. ISBN 978-3-938759-47-7 4,90 €
- Heft 50 Die NS-Vergangenheit früherer Mitglieder der bremischen Bürgerschaft. Projektstudie und wissenschaftliches Colloquium. 2014. 174 S. ISBN 978-3-925729-72-0 (erscheint demnächst)





BREMISCHES JAHRBUCH

BAND 93 · 2014